Wie konnte das geschehen?

Kurt Gossweiler

Sammlung der Analysen, Referate, Kritiken, Reden und Briefe Kurt Gossweilers, die in der Schriftenreihe der KPD, in der offen-siv und der KAZ erschienen sind.

Band 1

Beiträge zur Faschismus- und zur Revisionismusanalyse

Herausgeber:

KPD, offen-siv, Freidenker-Verband, GRH, Eulenspiegel-Verlag

ZIP-Kurzaufnahme der Deutschen Bibliothek:

Gossweiler, Wie konnte das geschehen?

Bodenfelde 2017

Herausgeber:
Kommunistische Partei Deutschlands, Zeitschrift offen-siv, Deutscher Freidenker-Verband, Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung, Eulenspiegel-Verlag.

Verleger:
Kommunistische Partei Deutschlands, Zeitschrift offen-siv.

Kontakt und Bestellungen:
Mail: redaktion@offen-siv.com, Tel. u. Fax: 05572 – 999 22 42

Spendenkonto:
Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover
IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2Hxxx,
Kennwort: Kurt Gossweiler

Redaktionelle Betreuung:
Zeitschrift offen-siv, Anna C. Heinrich und Frank Flegel

Druck:
Druckservice orbital, Wolfgang Lange, Rielasingen-Worblingen

Copyright:
Alle Rechte der Werke Kurt Gossweilers liegen beim Deutschen Freidenker-Verband.
Wir danken für die freundliche Unterstützung.

Printed in Germany

ISBN für diesen Band: 978-3-9818899-1-8

ISBN für die dreibändige Reihe: 978-3-9818899-0-1

16,00 €

Band 1

Redaktionelles…… 4
Zum Geleit……. 5
Torsten Schöwitz: Für Frieden und Sozialismus…….. 5
Die Aufgaben im 21. Jahrhundert……... 7
Gedanken zu Weihnachten 2000 und Neujahr 2001…… 7
Beiträge zur Faschismusanalyse…….. 9
Faschismus und antifaschistischer Kampf - gestern und heute… 9
Der 20. Juli 1944 und die Faschismustheorie…….. 30
Der deutsche Imperialismus und der Platz des Faschismus in seinem Herrschaftssystem heute……... 78
Beiträge zur Revisionismusanalyse…….. 81
Der Revisionismus – Totengräber des Sozialismus. Zur Entstehung des modernen Revisionismus und zu seiner Etablierung in der Sowjetunion unter Chruschtschow 1953-1964……... 81
Die antisozialistische Doppelstrategie des Imperialismus und der historische Wechsel von der Konfrontationspolitik zur – schließlich erfolgreichen – „indirekten Strategie“…… 108
Revisionismus in der kommunistischen Bewegung……. 123
Zur Rolle Stalins und zum Anteil des Chruschtschow-Revisionismus an der Zerstörung der Sowjetunion……... 149
Die Ursprünge des modernen Revisionismus, oder: Wie der Browderismus nach Europa verpflanzt wurde…….. 186
Warum Rückgriff auf „Die Zwiebel Gorbatschow“? Einleitende Bemerkungen zur Wiederveröffentlichung - 15.3.06…… 287
Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow…….. 293
Der Antistalinismus – das Haupthindernis für die Einheit aller antiimperialistischen Kräfte und der kommunistischen Bewegung……. 318
Und schon beginnen sie, ihren Verrat zu besingen – eine Bestandsaufnahme vom 15. Dezember 1991…… 328
Inhalte des 2. und 3. Bandes……. 331

Redaktionelles

Wir wollen mit dieser Veröffentlichung die Texte Kurt Gossweilers, die verstreut in unterschiedlichen Zeitschriften, vor allem in der offen-siv und der Schriftenreihe der KPD, einige auch in der KAZ, erschienen sind, zusammenfassen.

Zunächst erschien das vorliegende Material wie ein riesiger, unstrukturierter Berg. Deshalb haben wir die Analysen, Artikel, Referate und Reden, Kritiken, Repliken und Briefe thematisch und/oder der Form nach geordnet und nach dieser Ordnung zusammengestellt und auf drei Bände aufgeteilt.

Manchmal ließen sich inhaltliche Überschneidungen der Texte nicht vermeiden.

Wir halten sie aber weder für langweilig noch für überflüssig, da Kurt Gossweiler auch bei ähnlicher Thematik immer neue Aspekte, Wechselwirkungen, internationale Bedingungen, Folgen für die kommunistische Bewegung und Perspektiven aufzeigt.

Die Anmerkungen, die vor allem Quellenangaben beinhalten, findet Ihr am Ende des jeweiligen Textes.

Wie eben schon angedeutet, ist die gesamte Veröffentlichung auf drei Bände angelegt.

Der zweite Band wird Kurt Gossweilers Analysen zu unterschiedlichen geschichtlichen Ereignissen enthalten, der Dritte Band Briefe, Kritiken und Repliken, Reden, Analysen zur DKP und von Kurt verfasste Nachrufe. Am Ende dieses ersten Bandes findet Ihr die - vorläufigen - Inhaltsverzeichnisse des zweiten und des dritten Bandes. Der Umfang dieser beiden Bände wird jeweils in einer ähnlichen Größenordnung liegen wie der dieses ersten Bandes.

Wir hoffen, den zweiten Band Mitte/Ende August und den dritten Band Ende September/Anfang Oktober 2017 herausbringen zu können.

Das gesamte Unterfangen wird rund 15.000,- Euro Vorkasse bedeuten. Deshalb bitten wir Euch um Spenden.

Spendenkonto: Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,
IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2Hxxx,
Kennwort: Kurt Gossweiler

Für die Herausgeber: Redaktion offen-siv

Zum Geleit

Torsten Schöwitz: Für Frieden und Sozialismus

Nach der Konterrevolution in der Deutschen Demokratischen Republik, der Annexion und der Zerstörung der DDR und der Beseitigung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als Partei der Arbeiterklasse ist es für jeden Kommunisten in Deutschland eine Pflicht, auf der Grundlage der wissenschaftlichen Weltanschauung, dem Marxismus-Leninismus, die Grundsätze der kommunistischen Bewegung zu verteidigen und die Frage zu beantworten, wie es zu dieser weltweiten verheerenden Niederlage des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung kommen konnte.

Gemeinsam mit allen Fortschrittskräften der Arbeiterklasse ist die im Januar 1990 in der DDR wiedergegründete Kommunistische Partei Deutschlands dieser Aufgabe verpflichtet.

Kurt Gossweiler war immer an unserer Seite. Mehrmals veröffentlichten die KPD Ausarbeitungen zu diesem Thema in ihrer Schriftenreihe. Bestechend war immer die marxistisch-leninistische analytische Klarheit von Kurt Gossweilers Erkenntnissen für die Arbeiterbewegung im Bereich der Faschismusforschung und dann der Untersuchung des modernen Revisionismus. Folgende programmatische Grundaussage der KPD ist von Kurt Gossweiler mit seiner Untersuchung des modernen Revisionismus wissenschaftlich untermauert worden.

„Die kommunistische Partei hat eine revolutionäre Vergangenheit. Sie steht in den besten Traditionen der revolutionären und marxistischen Arbeiterbewegung, des Bundes der Kommunisten, der Internationalen Arbeiterassoziation, der frühen II. Internationale und der Kommunistischen Internationale. Sie bekennt sich zur revolutionären und positiven Rolle und historischen Bedeutung des Sozialismus des 20. Jahrhunderts in der UdSSR und im sozialistischen Teil Europas, also dem sozialistischen Weltsystem in seiner Gesamtheit. Als deutsche Kommunisten verteidigen wir die Deutsche Demokratische Republik als das Beste, was die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse in ihrer Geschichte hervorgebracht hat.

Die kommunistische Partei sieht im Opportunismus und Revisionismus und seiner Hauptkampfform, dem Antistalinismus die Hauptursache für die Niederlage des Sozialismus im Weltmaßstab. Sie verzichtet aber nicht auf eine kritische Auseinandersetzung mit Fehlentwicklungen. Sie gewinnt Erkenntnisse für die Gegenwart, indem sie das Gute bewahrt und aus Fehlern lernt. Die Aufgabe der kommunistischen Partei ist, den Marxismus-Leninismus anzuwenden, schöpferisch

weiterzuentwickeln und gegen den Revisionismus und „linken Radikalismus" zu verteidigen."

Als wir Kommunisten in der KPD vom Tod Kurt Gossweilers erfuhren, überlegten wir, wie wir neben einem Nachruf sein Leben, sein wissenschaftliches Wirken und seinen Beitrag zur marxistisch-leninistische Ideologie würdigen können. Als Marxisten-Leninisten war für uns schnell klar, daß es im Interesse der Arbeiterklasse und ihrer natürlichen Verbündeten sein muß. Also etwas, was zur Klärung von politisch-ideologischer Fehlentwicklung in der kommunistischen Bewegung und zur weiteren Formierung einer starken einheitlichen Kommunistischen Partei in Deutschland auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus beiträgt. Denn nur mit einer starken, in der Klasse verwurzelten, politisch-ideologisch klaren einheitlichen Klassenorganisation ist es dem Proletariat möglich, den Kapitalismus zu überwinden und erneut den Kampf für die Errichtung des Sozialismus aufzunehmen. Deswegen entschieden wir uns, mit allen willigen Verbündeten der kommunistischen Bewegung in Deutschland, einen Dokumentenband herauszugeben, der diesem Ziel dienen soll.

Denn gemeinsam mit Kurt Gossweiler bleibt es für uns Kommunisten bei der von Marx begründen These von der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze. So war sich Kurt Gossweiler auch mit Berthold Brecht einig, dass man die Klassengegensätze benennen muss.

„Da mag dein Anstreicher streichen, den Riß streicht er uns nicht zu! Einer bleibt und einer muß weichen, entweder ich oder du. Und was immer ich auch noch lerne, das bleibt das Einmaleins: Nichts habe ich jemals gemeinsam mit der Sache des Klassenfeinds. Das Wort wird nicht gefunden, das uns beide jemals vereint! Der Regen fließt von oben nach unten, und Klassenfeind bleibt Klassenfeind."

Seine klassenmäßig treffenden Einschätzungen in seinen wissenschaftlichen Werken werden wir in unserem weiteren Kampf verinnerlichen. Sie werden uns stets begleiten.

Torsten Schöwitz, Vorsitzender KPD, Juni 2017

Die Aufgaben im 21. Jahrhundert

Gedanken zur Jahrhundertwende - Weihnachten 2000 und Neujahr 2001

Tagelang dröhnte aus den Medien: Vor zweitausend Jahren ging der Stern von Bethlehem auf und wurde die Botschaft verkündet: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Ein Segensstern und ein Friedensstern sollte der Stern von Bethlehem sein.

Was aber kam tatsächlich über die Menschheit in den zweitausend Jahren im Zeichen dieses Sterns? Frieden? Wohlgefallen? Nein: Kriege von den Kreuzzügen bis zum Zweiten Weltkrieg und zum Atomkrieg. Bekehrung der Heiden mit Feuer und Schwert. Versklavung, Vertreibung und Ausrottung von Völkern in Afrika, Asien, Amerika und Australien. Hungertod von täglich 30.000 Kindern im Jahr 2000 nach Christi Geburt. Rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur bis zur jetzt akut gewordenen Gefahr der Zerstörung der Existenzbedingungen für alles Leben auf der Erde.

Das also ist das Ergebnis von 2000 Jahren im Zeichen des Sterns von Bethlehem.

Aber am Anfang des 20. Jahrhunderts ging ein anderer Stern auf, der fünfzackige rote Sowjetstern. Seine Botschaft lautete: „*Es rettet uns kein hö'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun, uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun!*“ Und: *„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“*

Dort, wo nach dieser Botschaft des Roten Sterns gelebt wurde, in der Sowjetunion, da wuchs eine Gesellschaft heran, die zwar noch viele Muttermale der alten Gesellschaft trug, die aber in nur drei Jahrzehnten vieles von dem erreichte, was die Prediger des Sterns von Bethlehem verhießen, aber in zweitausend Jahren nicht einzulösen vermochten: Die Reichen, für die nach christlicher Verkündigung im Himmelreich kein Platz ist - eher ginge ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass sie in den Himmel kämen -, denen wurde im Zeichen des Roten Sterns die Möglichkeit genommen, sich länger auf Kosten der Arbeitenden zu bereichern: sie wurden von ihren Banken, Fabriken und Handelskontoren befreit und diese der Allgemeinheit als Eigentum übergeben. Damit erhielt die menschliche Arbeit ihren ursprünglichen Sinn zurück: sie diente nicht mehr der Bereicherung der Besitzenden, sondern der immer besseren und reicheren Versorgung der Bevölkerung mit allem für ein von Sorgen um den nächsten Tag freies, kulturvolles Leben Notwendigem.

Somit wurde, was im Zeichen des Sterns von Bethlehem bis heute Normalität ist, im Zeichen des Roten Sterns überwundene menschliche Vergangenheit: Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit und im Winter erfrierende Wohnungslose, aus Armut hungernde und verhungernde Menschen, Kriege zur Eroberung fremder Rohstoffquellen und Absatzmärkte und zur Unterwerfung und Ausbeutung fremder Völker.

Im Zeichen des Roten Sterns erwiesen sich die Völker der Sowjetunion als die entscheidende Kraft bei der Zertrümmerung der Armeen des deutschen Faschismus.

Als drei Viertel des 20. Jahrhunderts vergangen waren, strahlte der Rote Stern schon über gut einem Drittel der Menschheit, und die Herrscher über die anderen zwei Drittel hatten schon berechtigte Furcht, am Ende des Jahrhunderts werde ihr Herrschaftsgebiet nur noch eine Insel im Roten Meer sein.

Aber sie hatten vorgesorgt. Eingedenk der alten Kriegslist zu versuchen, Festungen, die man nicht erstürmen kann, von innen her zu öffnen, suchten und fanden sie Helfer für ein solches Unternehmen, deren einer, nachdem das Unternehmen endlich, nach fast vier Jahrzehnten, zum Erfolg geführt hatte, seine Maske fallen ließ und offenbarte: *„Ziel meines Lebens war die Vernichtung des Kommunismus!“*

Dieses Ziel aber hat er nicht erreicht, es kann weder von ihm noch von irgendjemandem erreicht werde. Gerade die Folgen des „Sieges“ über den Roten Stern, der Absturz der Völker der Sowjetunion in ein unbeschreibliches Elend und die weltweite rücksichtslose Vernichtung aller Lebensgrundlagen durch die immer irrsinniger rasende Jagd nach immer weiterer Profitsteigerung legen den Grund dafür, dass es uns gelingen kann, zwar langsam, aber mit Sicherheit immer mehr Menschen zu der Erkenntnis zu führen, dass ihnen und der ganzen Menschheit gar kein anderer Weg zum Überleben bleibt, als zur Botschaft des Roten Sterns zurückzukehren. Schon muss das Gallup-Meinungsforschungsinstitut registrieren, dass sich in Russland 61 Prozent der von ihnen Befragten „die alten Zeiten“ der Sowjetmacht zurückwünschen.

Natur und Menschheit würden weitere 100 Jahre Herrschaft des Imperialismus nicht überleben. Es ist in diesem 21. Jahrhundert, dass die Menschheit wählen muss zwischen Sozialismus oder Untergang.

Wenn die Menschheit nicht Selbstmord begehen will, und weil sie ihn mit Sicherheit nicht begehen will, deshalb muss und wird das 21. Jahrhundert vollenden, was im 20. Jahrhundert begonnen wurde – den Sturz der Profitwirtschaft, die Errichtung der UdSWR, der Union der Sozialistischen Weltrepublik!

Quelle: offen-siv, Ausgabe Januar-Februar 2001

Beiträge zur Faschismusanalyse

Faschismus und antifaschistischer Kampf - gestern und heute

Interview mit dem Genossen Dr. Kurt Gossweiler

Das Gespräch führte die Genossin Gertrud Bongaerts, Mitarbeiterin des Internationalen Departements der Partei der Arbeit Belgiens, am 15. April 2000 in Berlin

1. Der Faschismus als neue politische Waffe der imperialistischen Bourgeoisie

1. Frage:

Welches sind die ökonomischen und politischen Voraussetzungen für das Entstehen des Faschismus?

Gen. G.:

Der Faschismus ist ein Produkt des Hinüberwachsens des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium und des Eintritts der kapitalistischen Gesellschaft in das Zeitalter der imperialistischen Kriege und der proletarischen Revolutionen. Die mit diesem Übergang neu entstandenen Bedürfnisse der nunmehr imperialistischen Bourgeoisie hat Rudolf Hilferding schon 1910, als er noch ein marxistischer Theoretiker war, hellsichtig erkannt: "Als Ideal erscheint es jetzt, ... die Herrschaft über die Welt zu sichern ... Zugleich stärkt die zunehmende Macht der Arbeiter das Streben des Kapitals, die Staatsmacht zur Sicherung gegen die proletarischen Forderungen noch weiter zu verstärken." (1)

Als Ergebnis seiner Studien über den Imperialismus formulierte Lenin: "Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion." (2)

Die Vorläufer faschistischer Parteien entstanden schon vor und während des ersten Weltkrieges als Antwort auf das von Hilferding und Lenin konstatierte neue Streben der imperialistischen Bourgeoisie nach Reaktion und Gewalt. Faschistische Gestalt nahm dieser Drang aber erst nach dem ersten Weltkrieg und nach dem Sieg der Oktoberrevolution an, also erst nach dem Eintritt des Kapitalismus in das Stadium, das wir - wie ich meine, noch immer zu Recht - als das Stadium seiner allgemeinen Krise bezeichnet haben.

Palmiro Togliatti bezeichnete die faschistischen Parteien deshalb auch als "eine bürgerliche Partei besonderen Typs ... sie ist gleichsam eine Partei 'neuen Typs 'der Bourgeoisie, die den Umständen der Auflösungsperiode des Kapitalismus sowie denjenigen der Epoche der proletarischen Revolutionen entspricht. 3)

2. Frage:

Welche Aufgaben sollte diese neue politische Waffe für die Monopolbourgeoisie lösen?

Gen. G.:

Sie sollte der imperialistischen Bourgeoisie ermöglichen, die Ziele zu erreichen, die zu erreichen ihr mit Hilfe der alten bürgerlichen Parteien nicht mehr möglich war: erstens die Beseitigung der Revolutionsgefahr, zweitens die erfolgreiche Verwirklichung ihrer maximalen Expansionsziele.

Die Revolutionsgefahr sollte in erster Linie durch die Vernichtung der Arbeiterbewegung beseitigt werden; kennzeichnend für die faschistischen Parteien ist aber, daß sie die terroristische Unterdrückung der Arbeiterbewegung begleiten mit dem Versuch, durch scheinsozialistische, scheinrevolutionäre, scheinantibürgerliche Phraseologie und Demagogie große Teile der Arbeiterklasse von ihren alten Organisationen loszulösen und ins rechte, nationalistische Lager zu ziehen, sie zu "nationalisieren", wie das im Jargon der Hitlerfaschisten und ihrer monopolkapitalistischen Förderer genannt wurde. Das kommt bereits im Namen der Nazi-Partei zum Ausdruck, der in jedem seiner Bestandteile lügt: "National-Sozialistische Deutsche Arbeiter Partei".

3. Frage:

Ist die Existenz einer großen Massenbewegung, wie der Mussolini-Partei in Italien und der NSDAP in Deutschland, eine unabdingbare Voraussetzung für die Errichtung einer faschistischen Diktatur?

Gen. G.:

Nein, keineswegs. Die meisten faschistischen Staaten der Zwischenkriegsperiode und auch der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg entstanden im Ergebnis von Militäraktionen: man denke an das Horthy-Regime in Ungarn, an das Zankoff-Regime in Bulgarien, die Franco-Diktatur in Spanien, an die Pinochet-Diktatur in Chile und an das Obristen-Regime in Griechenland, um nur die bekanntesten zu nennen.

Schon 1928 hat Georgi Dimitroff zwei Haupttypen der faschistischen Diktatur unterschieden. Er schrieb: "Die besonderen Bedingungen in den Ländern

Südosteuropas verleihen dem Faschismus einen eigentümlichen Charakter. Die Eigentümlichkeit besteht vor allem darin, daß sich der Faschismus in diesen Ländern, zum Unterschied vom Faschismus in Italien zum Beispiel, vorwiegend nicht von unten, durch eine Massenbewegung, als staatliche Regierungsform durchsetzt, sondern im Gegenteil von oben.

Sich auf die usurpierte Staatsmacht, die militärischen Kräfte der Bourgeoisie und die Finanzmacht des Bankkapitals stützend, versucht der Faschismus in die Massen einzudringen und sich unter ihnen eine ideologische, politische und organisatorische Stütze zu schaffen". (4)

II. Wieso konnte der Faschismus in Deutschland zur Massenbewegung werden?

Die beste, umfassendste Antwort auf diese Frage finden wir noch immer bei Georgi Dimitroff in seinem Referat auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, zu dem wir immer wieder zurückgreifen sollten, wenn wir uns über den Faschismus in Vergangenheit und Gegenwart Klarheit verschaffen wollen.

4. Frage:

War der deutsche Faschismus in Gestalt der Nazipartei NSDAP eine Partei des Kleinbürgertums?

Gen. G.:

Nein. Man darf die soziale Zusammensetzung einer Partei nicht zum Kriterium machen, welche Klasseninteressen sie vertritt. Die Masse der Mitglieder und Wähler der NSDAP kamen in der Tat aus dem Kleinbürgertum. Aber sie war von Anbeginn an eine Partei der reaktionärsten Kräfte der deutschen Oberklassen, der Großbourgeoisie und des Junkertums, sowie der Militärkaste. Ich kann das hier nicht im Einzelnen belegen, habe das aber in meinen Büchern ausführlich getan. (5)

Die NSDAP wurde von Vertretern des Alldeutschen Verbandes und des Militärs aus der Taufe gehoben. Der Alldeutsche Verband war im Wilhelminischen Deutschland die Interessenvertretung der reaktionärsten Kreise der deutschen Schwerindustrie und vertrat die expansivsten Kriegsziele des deutschen Imperialismus.

Es waren gerade diese Kreise, die am gierigsten nach Revanche für den verlorenen Krieg lechzten und als Voraussetzung dafür zum einen die Vernichtung der deutschen Arbeiterbewegung, zum anderen die "Nationalisierung der Arbeiterschaft" durch die Heranbildung einer nationalistischen " Arbeiterpartei" zum Ziele hatten. Ihr Kind, die "Deutsche Arbeiterpartei", die wenig später durch einen Zusatz die Bezeichnung "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" annahm, hatte als ihre Zielgruppe ursprünglich nicht das Kleinbürgertum, sondern die Arbeiter ins Visier genommen.

Aber der erwünschte und erhoffte Zulauf aus der Arbeiterklasse blieb aus. Statt, wie von ihren Förderern aus der herrschenden Klasse erhofft, den beiden Arbeiterparteien - KPD und SPD - die Anhänger wegzunehmen, zog sie die kleinbürgerlichen und bürgerlichen Wähler der alten bürgerlichen Parteien zu sich herüber; diese - die Deutschnationale Volkspartei Hugenbergs, die Deutsche Volkspartei - deren prominentester Führer bis zu seinem Tode 1929 Stresemann gewesen war -, die katholische Zentrumspartei und verschiedene kleinere Parteien, erreichten bei den letzten Reichstagswahlen in der Weimarer Republik im November 1932 zusammen mit knapp 30 Prozent der Wählerstimmen nicht einmal soviel, wie die NSDAP - mit 33 Prozent - alleine. Vier Jahre zuvor, bei den Reichstagswahlen von 1928, sahen die Zahlen noch so aus: Die gleichen alten bürgerlichen Parteien erhielten zusammen über 55 Prozent der Stimmen, die NSDAP dagegen ganze 2,6 Prozent! Die Stimmen für die beiden Arbeiterparteien blieben dagegen fast konstant: 1928 SPD - 29,8 und KPD - 10,6 Prozent; 1932: SPD - 20,4 und KPD - 16,8 Prozent.

5. Frage:

Warum hat das deutsche Großkapital die NSDAP großgezogen? Wofür brauchte sie NSDAP, wenn es der doch nicht gelungen war, die Aufgabe der "Nationalisierung" der Arbeiter zu lösen?

Gen. G.:

Die angestrebte, aber verfehlte Gewinnung einer großen Anhängerzahl aus der Arbeiterklasse war nicht Selbstzweck, sondern war gedacht als ein den Terror gegen die Arbeiterbewegung ergänzendes Mittel zur Erreichung des innenpolitischen Hauptzieles - der Vernichtung der Arbeiterbewegung. Keine der anderen bürgerlichen Parteien war dafür so geeignet wie die NSDAP, die nicht nur Partei war, sondern eine Partei, die zugleich in der SA und der SS - den Sturm-Abteilungen und den Schutz-Staffeln - über von Reichswehroffizieren ausgebildete militärische Terror- und Bürgerkriegstruppen verfügte.

Sie war aber auch wie keine andere Partei der Monopolbourgeoisie geeignet, das deutsche Volk auf ihr außenpolitisches Hauptziel, den zweiten Griff nach der Weltmacht, zu präparieren. Ich muß das nicht weiter ausführen. Die Völker haben noch gut in Erinnerung, wie gut den Nazis da s gelungen ist.

6. Frage:

Du hast in Deinen Aufsätzen davon gesprochen, daß das Legalitäts-Prinzip eine große Rolle gespielt hat bei der Entscheidung der herrschenden Kreise für die NSDAP. Wie ist das zu verstehen?

Gen. G.:

Die reaktionärsten, aggressivsten Kreise der Herrschenden in Deutschland hatten ja schon bald nach 1918 Versuche gemacht, die Weimarer Republik zu stürzen und ein offenes Diktaturregime zu installieren. Der bekannteste dieser Versuche war der Kapp-Putsch im März 1920. Sein Scheitern hat sich im Bewußtsein der klügsten Vertreter der herrschenden Klasse tief eingebrannt. Statt zur erstrebten Militärdiktatur zu führen, hatte dieser Versuch, die Republik durch einen Militärputsch zu beseitigen, den bewaffneten Widerstand der Arbeiterklasse hervorgerufen, zur Bildung einer Roten Armee im industriellen Herzen Deutschlands, im Ruhrgebiet, geführt und die Arbeiterschaft in einem Maße revolutioniert, wie seit den Novembertagen 1918 nicht mehr.

Die entscheidenden Kreise der herrschenden Klasse Deutschlands haben daraus die Lehre gezogen, künftig den illegalen, putschartigen Weg auszuschließen und stattdessen nur den "legalen" Weg zur Beseitigung der Weimarer Republik zuzulassen.

Dieser legale Weg konnte aber nur darin bestehen, im Parlament eine Zweidrittel-Mehrheit für die Außerkraftsetzung der bestehenden Verfassung zu erreichen. Mit ihren beispiellosen Wahlerfolgen seit 1929/30 gewann die NSDAP in den Augen der führenden Kräfte der deutschen Monopolherren, Großgrundbesitzer und Militärs zu allen anderen Vorzügen auch noch den unschätzbaren Vorzug hinzu, die einzige der ihr zur Verfügung stehenden Parteien zu sein, die den notwendigen "legalen" Weg zur Liquidierung der verhaßten Weimarer Republik eröffnen konnte.

Die beiden entscheidenden Schritte zur Verwirklichung des legalen Mordes an der Weimarer Republik waren erstens die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten Hindenburg am 30. Januar 1933 und zweitens die Zustimmung aller im Parlament vertretenen bürgerlichen Parteien - außer der Sozialdemokratischen Partei - am 23. März 1933 zum sogenannten "Ermächtigungsgesetz", das dem Hitlerkabinett freie Hand gab, künftig Gesetze auch ohne Zustimmung des Reichstages zu erlassen.

III. Der Faschismus an der Macht

7. Frage.:

Gab es eine ökonomische Zwangsläufigkeit für den Faschismus in Deutschland oder in Italien?

Gen. G.:

Eine solche Zwangsläufigkeit wurde z. B. von Alfred Sohn-Rethel postuliert. (6) Aber es gab sie weder in Italien noch in Deutschland bei der Errichtung der faschistischen

Diktatur. Es gibt keine ökonomischen Zwangsgesetze, die anstelle des Klassenkampfes über die Gestalt des politischen Herrschaftssystems entscheiden.

Am 30. Januar 1933 fiel eine politische Entscheidung, die nicht unvermeidbar war. Der Machtantritt des Faschismus hätte - genau wie 1920 der Kapp-Putsch - zum Scheitern gebracht werden können, wenn die Antifaschisten wie damals in einer geschlossenen Abwehrfront der faschistischen Regierung entgegengetreten wären.

8. Frage:

Hatte die deutsche Bourgeoisie keinen anderen Ausweg aus der Krise?

Gen. G.:

Ich erinnere mich gut: damals, 1932, waren wir Kommunisten der Meinung, es gäbe in Deutschland nur noch die Alternative: Sowjetstern oder Hakenkreuz, Sowjetdeutschland oder Faschismus. Und auch noch Dimitroff formulierte auf dem VII. Weltkongreß der KI: der Sieg des Faschismus "bringt die Schwäche der Bourgeoisie zum Ausdruck, die ... nicht mehr imstande ist, die Diktatur über die Massen mit den alten Methoden der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus aufrechtzuerhalten."

In dieser Formulierung kam eine große Überschätzung der eigenen revolutionären Kräfte und eine Unterschätzung der Stärke der deutschen Bourgeoisie zum Ausdruck. Die Herrschenden in Deutschland schätzten das Klassenkräfteverhältnis nüchtern ein: Die Weltwirtschaftskrise hatte ihren Tiefpunkt im Herbst 1932 schon durchschritten, von daher war keine weitere Zuspitzung der sozialen Konflikte zu befürchten; die Kommunistische Partei war im wesentlichen eine Partei der Arbeitslosen und daher nicht einmal in der Lage, einen Generalstreik zu organisieren, wenn die Gewerkschaften und die SPD nicht mitmachten, und daß die einem Aufruf der KPD zum Generalstreik nicht folgen würden, dessen konnte sich die Monopolbourgeoisie sicher sein.

Sie wußte also, daß in Deutschland keine siegreiche sozialistische Revolution zu befürchten war.

Was sie in Wahrheit befürchtete, das war der Rückfall aus der bestehenden Präsidialdiktatur, in der nicht mehr das Parlament, sondern der Reichspräsident die Gesetze mit Hilfe des "Notstands"-Artikels der Verfassung erließ, in eine normal funktionierende parlamentarische Republik mit einer gestärkten Linken und anspruchsvollen Gewerkschaften und einer zerfallenen, geschwächten NSDAP, war also die Wiederkehr von Verhältnissen, die alle Hoffnungen auf einen neuerlichen kriegerischen Griff nach der Weltmacht zunichte machen mußten. Diesen Rückfall wollte sie nicht zulassen. Sie wollte endlich die Fesseln des Versailler Vertrages

abschütteln und freie Hand bekommen für den Kampf um die Nummer Eins bei der Neuaufteilung der Welt, für den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und den Raub ihrer Reichtümer. Dazu brauchte sie den Faschismus.

Die Kräfte der Revolution waren 1932/33 leider nicht stark genug, um den deutschen Imperialismus stürzen zu können.

IV. Warum haben die antifaschistischen Kräfte Deutschlands den Machtantritt des Faschismus nicht verhindert?

9. Frage:

Es wird von bürgerlicher Seite oft gesagt, die deutschen Arbeiter hätten sich von den Nazis, den deutschen Faschisten, mitreißen lassen. Stimmt das?

Gen. G.:

Ganz entschieden: Nein. Wahr ist, daß die Nazis große Bemühungen unternommen haben, in die deutsche Arbeiterklasse einzudringen und große Teile von ihr auf ihre Seite zu ziehen. Sie versuchten z. B. arbeitslose Arbeiter zu korrumpieren, indem sie ihnen versprachen, sich um Arbeit für sie zu bemühen, wenn sie der SA beiträten; außerdem erhielten sie mit ihrem Eintritt in die SA kostenlos die SA-Uniform und damit Kleidung und Schuhwerk. Aber sie erlitten bei diesen ihren Bemühungen um die Gewinnung der Masse der Arbeiter kläglichen Schiffbruch. Das geht allein schon aus den Ergebnissen der Reichstagswahlen hervor, die ich vorhin genannt habe. Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 hatte die NSDAP 13,7 Millionen Stimmen erhalten, die sie allesamt den bürgerlichen Parteien abgenommen hatte; damals wurde geschätzt, daß von diesen rund 14 Millionen 12 Millionen aus dem Bürgertum, dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft kamen und nur etwa 2 Millionen aus der Arbeiterschaft. Wie schon vorher gezeigt, blieb die Wählerschaft der beiden Arbeiterparteien KPD und SPD zusammengenommen konstant und betrag 13,2 Millionen, nämlich 8 Millionen SPD-, 5,2 Millionen KPD-Stimmen.

Vor den letzten Reichstagswahlen in der Weimarer Republik - sie fanden am 6. November 1932 statt -, hatten die Nazis ihre soziale Demagogie auf die Spitze getrieben. Die 1929/30 gegründete "NSBO", die "Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation" der Nazis, hat als unternehmerfreundliche Organisation ihre Hauptaufgabe im Kampfe gegen die KPD, gegen die RGO (Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) und gegen die Gewerkschaften gesehen und sich als Streikbrecher-Organisation betätigt. Im August 1932 gab die Leitung der NSBO auf einmal die Mitteilung heraus, sie werde künftig an Mitglieder, die sich an Streiks beteiligen, Unterstützung zahlen, und als die Berliner Verkehrsarbeiter Anfang

November 1932 beschlossen, gegen Lohnherabsetzung in den Streik zu treten, beteiligte sich die NSBO an diesem Streik.

Das brachte Hitler, als er am 19. November vom Reichspräsidenten Hindenburg empfangen wurde, dessen Vorwurf ein, worauf Hitler sich mit der Erklärung entschuldigte: "Die Leute sind sehr erbittert. Wenn ich meine Leute von der Beteiligung abgehalten hätte, hätte der Streik doch stattgefunden, aber ich hätte meine Anhänger in der Arbeiterschaft verloren". (7)

Aber das alles hatte nichts genützt: In den Novemberwahlen verloren die Nazis zwei Millionen Stimmen und fielen auf 11,7 Millionen zurück, die beiden Arbeiterparteien blieben bei 13,2 Millionen, aber die SPD hatte 700.000 Stimmen verloren, die KPD genau die gleiche Stimmenzahl gewonnen. Die NSDAP befand sich in einer empfindlichen Krise, und gerade deshalb beeilte sich das Großkapital nun ganz besonders, sie an die Macht zu bringen, um dieses ihr so sorgfältig großgezogenes Instrument nicht wieder zu verlieren. Kein anderer als der Bankier Kurt von Schröder, der eine besonders aktive Rolle bei der Vorbereitung der Machtübergabe an Hitler gespielt hatte, sagte vor dem Nürnberger Gericht aus: "Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an der Macht zu sehen ... .Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. " (8)

Also: nicht die Stimmen der Millionen Wähler, sondern die Millionäre haben die schon von einer Krise geschüttelte NSDAP Hitlers an die Macht gebracht.

10. Frage:

Hätte die Errichtung und Konsolidierung der faschistischen Diktatur nicht verhindert werden können?

Gen. G.:

Die deutsche Arbeiterklasse hatte - wie schon vorhin erwähnt - im Jahre 1920 bewiesen, daß sie der faschistischen Konterrevolution den Weg verlegen kann, wenn sie einheitlich und geschlossen kämpft. Die Kommunistische Partei hat sich seit dem Aufkommen der faschistischen Gefahr entschlossen und hartnäckig um die Herstellung einer Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten und überhaupt aller Antifaschisten gegen das Vordringen der Nazi-Faschisten bemüht. Aber diese Bemühungen scheiterten an der hartnäckigen Ablehnung aller Aufrufe und Angebote der KPD durch die sozialdemokratischen Führer.

11. Frage:

Vielfach kann man hören und lesen, schuld am Nichtzustandekommen der Einheitsfront sei die zu linke, sektiererische Politik der KPD gewesen?

Gen. G.:

Ja, das ist die uralte, längst widerlegte sozialdemokratische Schutz-Lüge, mit der die eigene Schuld auf die Kommunisten abgewälzt wird, eine Lüge, die heute aber auch zu den Standard-Vorwürfen solcher PDS-Führer wie Gysi, Brie und anderen gegen die KPD gehört.

Zur Begründung werden linke Fehler der KPD angeführt, die es in der Tat als Reaktion auf die pro-imperialistische, arbeiterfeindliche Politik der sozialdemokratischen Führer von Gustav Noske 1918/19 - ("einer muß der Bluthund sein") - bis zum Verbot der 1. Mai-Demonstration 1929 des Berliner SPD-Polizeipräsidenten Zörgiebel und dessen Schießbefehl, dem 33 Tote am 1. Mai 1929 zum Opfer fielen, gab. Zu ihnen gehörte vor allem die "Sozialfaschismus"-These; Die vor dem Vergießen von Arbeiterblut nicht zurückschreckende Politik der Noske und Severing und Zörgiebel sowie die Tatsache, daß solche Führer faschistischer Regime, wie Mussolini in Italien, Pilsudski in Polen, aus der Sozialdemokratie hervorgegangen waren, bildeten die Grundlage für das Entstehen der Theorie, daß die Sozialdemokratie, die sich im ersten Weltkrieg zum Sozial-Imperialismus und zum Sozial-Chauvinismus entwickelt hatte, sich nun auf dem Wege zum Sozialfaschismus befinde und selbst Träger eines faschistischen Regimes sein könne. (9)

Zeitweilig wurde daraus in der Führung der KPD die Schlußfolgerung gezogen, daß die Einheitsfront mit der Sozialdemokratie nur "von unten", mit den sozialdemokratischen Mitgliedern, nicht jedoch "von oben", durch Einheitsfrontabkommen mit den SPD-Führern, zustande kommen könne und dürfe.

Läßt sich diese These noch als eine zwar falsche, aber versländliche und nahezu unvermeidliche Reaktion auf die arbeiterfeindliche Politik der SPD-Führer erklären, so liegt die Sache sehr anders bei dem schweren Fehler der Beteiligung der KPD an dem im Sommer 1931 von den Deutschnationalen und der Nazipartei betriebenen Volksentscheid mit dem Ziel des Sturzes der sozialdemokratisch geführten Regierung Braun-Severing in Preußen. Am Beginn der Nazi-Kampagne hatte die KPD eine klar ablehnende Stellungnahme zu diesem Volksentscheid eingenommen. Durch eine Intrige gelang es aber den beiden Mitgliedern des KPD-Sekretariats Heinz Neumann und Hermann Remmele, diese Stellungnahme umzustoßen und einen Beschluß zur Teilnahme an dem Nazi-Volksentscheid durchzusetzen. (10)

Die beiden hatten damit der SPD-Führung einen hocherwünschten Vorwand geliefert für die Ablehnung aller künftigen Einheitsfront-Angebote der KPD an die SPD, konnte sie ihren Mitgliedern gegenüber diese Ablehnung doch nun damit begründen, ein Einheitsfrontangebot der KPD gegen die Nazis könne doch nicht ernst gemeint sein, nachdem die KPD noch vor kurzem in einer Einheitsfront mit den Nazis die SPD-Regierung in Preußen habe stürzen wollen.

Trotz der grundsätzlich einheitsfrontfeindlichen Einstellung der SPD-Führung und auch trotz der eigenen sektiererischen Hemmungen, wie sie in der Losung "Einheitsfront nur von unten" ihren Ausdruck fanden, kämpfte die KPD unermüdlich um die Herstellung der breitesten Einheitsfront gegen den Faschismus.

Die praktische Politik der KPD-Führung ließ sich stärker von den politischen Erfordernissen des Kampfes gegen den Faschismus als von solchen falschen, doktrinären Festlegungen leiten; sowohl örtlich als auch zentral wandte sich die KPD immer wieder an die Führungen der SPD mit Angeboten und der Aufforderung zum gemeinsamen Kampf gegen die Vorstöße der reaktionären Regierungen und der Faschisten; ein solches Angebot zum gemeinsamen Aufruf zum Generalstreik richtete die Führung der KPD an die SPD und die Gewerkschaftsführung sowohl am 20. Juli 1932, als die Papen-Reichsregierung die sozialdemokratisch geführte Regierung Braun-Severing in Preußen durch einen Staatsstreich absetzte, als auch erneut am 30. Januar 1933 gegen die Bildung der Hitlerregierung. Beide Male leimte die SPD-Führung ab, am 30. Januar mit der Begründung, die SPD werde nicht die erste sein, "die den Boden der Verfassung verläßt". Im Gegensatz zu ihrer Führung kämpften aber viele sozialdemokratische Arbeiter und Angehörige des sozialdemokratisch geführten "Reichsbanner" gemeinsam mit ihren kommunistischen Genossen gegen die Überfälle von SA-Banden.

Wie abwegig, wenn nicht gar nur geheuchelt die Vorwürfe gegen die Kommunisten sind, wird besonders offenkundig, wenn wir die Frage stellen: Warum kommt eigentlich keiner von denen, die diese Vorwürfe gegen die KPD erheben, auf die Idee, diesen Vorwurf gegen die Sozialdemokratie zu kehren? Warum klagen sie diese nicht an, die Einheitsfront verhindert zu haben, da diese doch schon von 1922 an, seitdem die Mussolini-Faschisten ihre Diktatur in Italien errichtet haben, und bis zum heutigen Tage ununterbrochen die Kommunisten mit den Faschisten gleichsetzen, sie als "rotlackierte Faschisten" verunglimpfen? Warum kommt keiner von ihnen auf die Idee, die Schuldigen für die Vereitelung der Einheitsfront in den Noske, Müller, Zörgiebel und Braun-Severing zu sehen oder in den SPD-Reichstags-Abgeordneten, die am 21. März 1933 der Hitler-Erklärung zur Außenpolitik des faschistischen Deutschland ihre Zustimmung gaben?

Die Wahrheit ist: Die Kommunistische Partei Deutschlands hat als einzige unermüdlich und in vollem Bewußtsein dessen, daß der Faschismus Krieg und Vernichtung aller schwer erkämpften Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse und grausamste terroristische Unterdrückung bedeuten würde, für die Herstellung der Einheitsfront gegen den Faschismus gerungen. Die Einheitsfront konnte nicht zustande kommen, weil der Antikommunismus der sozialdemokratischen Führer stärker war und ist als ihr Antifaschismus. Selbst nachdem die Kommunisten auf dem VII. Weltkongreß der Komintern im Jahre 1935 ihre sektiererischen Fehler korrigierten und die Einheitsfrontangebote ohne jede Einschränkung an die Führer der Sozialdemokratie richteten, blieben diese bei ihrer Ablehnung überall dort, wo der Druck von unten auf sie nicht stark genug war. Das schändlichste Beispiel für die Begünstigung des Faschismus lieferte die französische Volksfront-Regierung Leon Blums mit ihrer Weigerung der Unterstützung der spanischen Volksfrontregierung gegen Franco unter dem Vorwand der "Nichteinmischung".

12. Frage:

Wie verhielt sich die deutsche Arbeiterklasse zur faschistischen Diktatur?

Gen. G.:

Die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiter stand der Nazidiktatur noch längere Zeit deutlich ablehnend gegenüber. Das zeigte sich sehr eindrucksvoll noch bei den Wahlen der Vertrauensräte in den Betrieben, die im März/April 1934 stattfanden und bei denen rund 75 Prozent der stimmberechtigten Arbeiter entweder direkt durch ein "Nein" auf den Stimmzetteln oder durch Wahlenthaltung die Nazikandidaten ablehnten. (11)

Selbst ein Jahr später stimmten - nach den in der Nazi-Presse veröffentlichten Angaben! - trotz des nunmehr viel schärferen Terrors noch immer 30 bis 40 Prozent der Arbeiter bei den Vertrauensrätewahlen direkt oder indirekt gegen die Nazi-Kandidaten. 12)

Daraufhin wurden in den folgenden Jahren überhaupt keine Vertrauensrätewahlen mehr durchgeführt.

Erst allmählich gelang es den Faschisten, die mehrheitliche Gegnerschaft in der Arbeiterklasse zu neutralisieren und schließlich auch bei breiten Schichten der Arbeiterschaft ihre Naziideologie zur vorherrschenden Ideologie werden zu lassen.

Den Hauptanteil daran hatten zum einen die vorher von vielen nicht für möglich gehaltene, vornehmlich durch die Aufrüstung bewirkte Verminderung und schließlich völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit von 1932 rund 8 Millionen Erwerbslosen, zum anderen die ebensowenig für möglich gehaltenen, Hitler von den Westmächten

zugespielten außenpolitischen Erfolge, wie die widerstandslose Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Rheinlandbesetzung, das Flottenabkommen mit England, die Annexion Österreichs, die "friedliche" Eroberung des sogenannten "Sudetenlandes" dank des "Münchener Abkommens" Englands und Frankreichs mit Hitler, und schließlich deren widerstandsloses Hinnehmen der Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakei durch Hitlerdeutschland.

Dazu kam, daß sowohl das eine - die Beseitigung der Arbeitslosigkeit -, wie das andere, - die faschistische Außenpolitik -, von sozialdemokratischen Politikern, wie schon erwähnt - gebilligt und von einigen gar in den höchsten Tönen gelobt wurde. So ließ sich z. B. der langjährige sozialdemokratische Reichstagspräsident Paul Löbe einem Vertreter der belgischen Zeitung "Libre Belgique" gegenüber so vernehmen: er sei "objektiv genug, zuzugeben, daß die neuen Führer Deutschlands mit einem schönen Ungestüm Probleme in Angriff genommen hätten, die sie, die Sozialdemokraten, nicht hätten lösen können ... . Wenn es der neuen Regierung gelänge, sechs Millionen Arbeitslose wiedereinzustellen, so wäre das eine Heldentat, die mir Achtung abnötigen würde." (13)

Trotz des Eindringens der Nazi-Ideologie in breite Schichten der Arbeiterklasse war sie die Klasse, aus der heraus dem Faschismus von Anfang an der stärkste, konsequenteste und opferreichste Widerstand geleistet wurde, dessen Träger vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten waren. Der englische Historiker Allan Merson schrieb in seinem 1985 in London, in deutscher Übersetzung 1999 erschienenen Buch über den kommunistischen Widerstand in Deutschland:

"Von allen Parteien und Gruppierungen war der Widerstand der Kommunisten gegenüber dem Dritten Reich der stärkste. Er kam nie zum Erliegen, selbst nicht zu Zeiten des Nichtangriffspakts. Wo immer die Ereignisse Kommunisten zusammenbrachten - ob in Fabriken, Arbeitervierteln, Heereseinheiten, in Gefängnissen oder Konzentrationslagern -, bildeten sie Gruppen und versuchten, politischen Widerstand zu leisten. Seite an Seite hatten sie mit den spanischen Republikanern gekämpft, mit den Partisanen vieler europäischer Freiheitsbewegungen, mit der Roten Armee. Der Preis an Menschenleben war ungeheuer. Von den 300.000 Mitgliedern, die die Partei 1932 hatte, waren schätzungsweise 150.000 verhaftet und verfolgt worden; an die 25.000 bis 30.000 waren ermordet oder hingerichtet worden oder infolge Mißhandlungen in Konzentrationslagern gestorben. Die Verluste überstiegen bei weitem die jeder anderen Widerstandsgruppe oder Partei in Deutschland.")

Der kommunistische Widerstand - das war konzentrierter Ausdruck dessen, daß der Hauptträger des Widerstands die Arbeiterklasse war.

13. Frage:

Welche Rolle spielten die sogenannten bürgerlich-demokratischen Parteien? In welchem Verhältnis stehen sie zur faschistischen Partei?

Gen. G:

Alle bürgerlichen Parteien sind letzten Endes Parteien der herrschenden Klasse, aber jeweils unterschiedlicher Gruppen oder Fraktionen dieser Klasse. Sie vertreten also zunächst Teilinteressen, aber immer innerhalb des Gesamtinteresses des Gesamt-Monopolkapitals. Daher kommt es, daß die bürgerlichen Parteien in der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung auch unterschiedlichen politischen Konzepten folgen und wir in bestimmten Grenzen durchaus zu Recht von bürgerlichen Rechts-, Mittel- und Linksparteien sprechen können.

Aber in Entscheidungssituationen, in denen die Teilinteressen dem Gesamtinteresse völlig unterzuordnen sind, treten sie alle wie eine Partei - eben die Partei des herrschenden Gesamtmonopolisten - auf als es darauf ankam, den legalen Übergang aus der Weimarer Republik in die faschistische Diktatur zu ermöglichen, stimmten alle bürgerlichen Parteien geschlossen dem Ermächtigungsgesetz zu.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten als einzige - die Kommunisten waren bereits in die Illegalität gedrängt - gegen das Ermächtigungsgesetz - eine mutige antifaschistische Handlung. Aber die sozialdemokratische Partei leistete als bürgerliche Arbeiterpartei ihren Beitrag zum Gelingen des Vorhabens, indem sie dessen einzig mögliche Störung, nämlich durch den geschlossenen Arbeiterwiderstand, verhinderte.

Im Verhältnis zum Faschismus spielen die rechten, konservativen Parteien eine besondere Rolle. Solange die faschistischen Parteien - die man heute mit dem weniger belastenden Etikett "rechtsextremistisch" zu versehen beliebt -, noch um ihre Anerkennung als normaler Bestandteil der bürgerlich-parlamentarischen "freiheitlichen Grundordnung" zu ringen haben, fanden und finden die Nazis und die "Republikaner" und die Haiders in den konservativen Parteien - der Deutschnationalen Volkspartei Hugenbergs in der Weimarer Republik, der CSU und CDU in der Bundesrepublik Deutschland, der Österreichischen Volkspartei im Donauland -, ihren wohlwollenden, den mäßigenden Vormund spielenden Förderer, später den unentbehrlichen Koalitionspartner, der den Weg zum weiteren Aufstieg ebnet.

14. Frage:

Kann man die Einheitsfronten der westeuropäischen Kommunistischen Parteien nach dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale als rechtsopportunistisch bezeichnen? (z. B. die Haltung der französischen KP gegenüber der Volksfrontregierung von Leon Blum, oder die Haltung der belgischen KP, die vorgeschlagen hatte, die Partei in eine Fraktion innerhalb der belgischen Sozialdemokratischen Partei zu überfuhren, und die ein Einheitsfrontprogramm ausgearbeitet hat, das sich auf die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie beschränkte?) Ist eine solche Linie durch die Kommunistische Internationale stimuliert worden, z. B. in Frankreich?

Gen G.:

Ich muß Dich leider enttäuschen. Ich weiß darüber zu wenig Bescheid, um auf Deine Fragen aus eigenem Erleben und Studieren der damaligen Ereignisse präzise antworten zu können. Nur das eine kann mit Sicherheit gesagt werden: Die Auflösung einer kommunistischen Partei und ihre Überführung in eine nichtkommunistische Organisation, sei es eine andere Partei oder eine Volksfront oder was immer sonst noch, ist blanker, mit dem kommunistischen Parteiverständnis unvereinbarer Revisionismus.

Zu den anderen Fragen ist es vielleicht am zweckmäßigsten, wenn ich hier wiedergebe, was zum Volksfrontproblem in einem 1981 in der Sowjetunion herausgebrachten Werk ausgeführt wird. Ich zitiere aus diesem Werk einige Passagen, die wenigstens zum Teil eine Antwort auf Deine Fragen enthalten könnten:

"Die Kommunisten bedachten dabei, daß verschiedene Übergangstypen von Regierungen zwischen der herkömmlichen bürgerlichen Regierung und der proletarischen Macht geschaffen werden können. Auf der Sitzung des Sekretariats des EKKI (Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale) am 5. Juni 1936 wurde darauf hingewiesen, daß man auf diesem Wege unterscheiden müsse. 1. eine bürgerliche Linksregierung: 2. eine Regierung, die von der Volksfront abhängt, aber noch keine Volksfrontregierung ist; 3. eine Volksfrontregierung. Die Grenzen zwischen diesen Typen sind nicht als starr anzusehen. Die Flexibilität der Formen der politischen Macht in der Etappe einer allgemeindemokratischen, antifaschistischen Revolution - von einer bürgerlichen Linksregierung am Anfang der Etappe bis zur Volksfrontregierung, die die antifaschistische Demokratie der abschließenden Etappe verkörpert - widerspiegelt auf markante Weise den Übergangscharakter der antifaschistischen Etappe des Kampfes. Definiert wurde auch das Verhältnis der Kommunisten zur Volksfrontregierung, zu den Regierungen, die sich auf die Volksfront stützen. Die Frage der Beteiligung der FKP an der Regierung wurde zweimal eingehend im EKKI erörtert. Die Kommunisten verbanden ihre Teilnahme an der Regierung mit dem Aufschwung des Kampfes der Massen, mit dem Prozeß der

Umwandlung der Regierung in eine wirksame Volksfrontregierung. Sie hielten es aber für politisch unzweckmäßig, zu früh in eine bürgerliche Linksregierung oder in eine Regierung, die sich auf die Volksfront stützt, einzutreten, wenn der unausgereifte Kampfund die dementsprechende Konstellation der politischen Kräfte die Kommunistische Partei zu einem Anhängsel reformistischer und bürgerlicher Linksparteien verurteilen würden ... .

Eine der kompliziertesten Fragender antifaschistischen Politik bestand darin, das politische Hauptziel' des Kampfes der Werktätigen entsprechend den realen Bedingungen dieses oder jenes Landes festzulegen.

Die Kommunisten berücksichtigten die Konstellation der Klassenkräfte in den Ländern mit bürgerlich-parlamentarischen Grundordnungen und kamen zu dem Schluß, daß die allgemeine strategische Leitlinie auf die Errichtung antifaschistisch-demokratischer Ordnungen auf Grund objektiver Ursachen in den meisten Ländern nicht sofort verwirklicht werden kann. Der übergroße Teil der Massen hier war sich noch nicht der Notwendigkeit bewußt, dieses Ziel zu erreichen. Daher wurde als nächstes, unmittelbares politisches Zielformuliert, durch Errichtung der Volksfront einen allgemeinen politischen Linksruck, die Bildung bürgerlicher Linksregierungen oder sozialdemokratischer Regierungen zu erreichen, die imstande sind, energische Maßnahmen gegen den nationalen und internationalen Faschismus zu ergreifen und die unmittelbaren sozialökonomischen Bedürfnisse der Werktätigen und Mittelschichten der Bevölkerung zu befriedigen ... . Das EKKI empfahl, eine maximal flexible Haltung gegenüber einer solchen Regierung einzunehmen, sich den Einfluß der Massenorganisationen auf sie zunutze zu machen, über die Regierungen oder das Parlament verschiedene Maßnahmen im Interesse der Werktätigen durchzusetzen. Neben der Taktik der Druckausübung auf diese Regierungen wandten die kommunistischen Parteien auch die Taktik der Unterstützung ihrer verschiedenen Schritte an, die gegen die Reaktion und den Faschismus gerichtet waren." (15)

Aus diesem Text geht nichts hervor über opportunistische Entstellungen der Einheits- und Volksfront-Politik seitens irgendeiner KP. Indessen berichtet ein Teilnehmer der italienischen Delegation der Gründungskonferenz des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien, die Ende September 1947 in Polen stattfand, Eugenio Reale, darüber, daß auf dieser Konferenz der Vertreter der Sowjetunion, Shdanow, und die Vertreter der Tito-Partei, Kardelj und Djilas, die italienische und die französische KP des Revisionismus und des Opportunismus ihrer eigenen Bourgeoisie und dem amerikanischen Imperialismus gegenüber beschuldigt hätten. (16) In dem in der DDR 1947 veröffentlichen Text der Reden aller Parteivertreter auf dieser Eröffnungskonferenz findet sich nichts von alledem. (17)

Mir scheint jedoch eines klar zu sein: In Frankreich war das Klassenkräfteverhältnis in den Jahren 1936 bis 1939 nicht so beschaffen, daß es der Kommunistischen Partei Frankreichs möglich gewesen wäre, über die Volksfront-Politik den Weg zur sozialistischen Revolution zu öffnen.

V. Wie ist die Situation heute?

15. Frage:

Hat die Bourgeoisie aus der Niederlage des Faschismus nicht die Lehre gezogen, daß sie heute die demokratische Fassade aufrechterhalten muß?

Gen. G.:

Wer aufmerksam zur Kenntnis nimmt, was seit zehn Jahren auch und gerade in Mittel- und Westeuropa vor sich geht, der kommt nicht umhin, festzustellen: Die Herrschenden haben offenbar keine größere Sorge als die, die Hemmnisse möglichst rasch aus dem Wege zu räumen, die sie daran hindern, die demokratische Fassade, besser gesagt, die politischen und sozialen Rechte, die sich die Werktätigen in den Jahrzehnten davor erkämpft haben, noch schneller und gründlicher aus der Welt zu schaffen, als das bisher schon geschehen ist.

Wenn nach dem Sieg über den Faschismus in den meisten westlichen Ländern - keineswegs in allen, man denke an Spanien und Portugal! - für vierzig Jahre relativ stabile bürgerlich-demokratische Verhältnisse herrschten, dann hat das überhaupt nichts damit zu tun, daß die Monopolbourgoisie die Lehre gezogen hätte, nunmehr für immer die Demokratie hochzuhalten. Nein, dazu war sie gezwungen durch die Existenz des Sozialismus auf einem Drittel der Erde und der guten Hälfte Europas.

Da sie den Kalten Krieg gegen die sozialistischen Staaten unter der Fahne "Demokratie statt Diktatur"' führte, mußte sie den Werktätigen soziale und politische Zugeständnisse zugestehen, die ihrer ausbeuterischen Räubernatur zutiefst widerstrebten.

16. Frage:

Braucht denn die Monopolbourgeoisie nach dem Ende der sozialistischen Staaten in Europa noch den Faschismus als Waffe in ihrer politischen Rüstkammer?

Gen. G.:

Die Bedingungen, die den Faschismus als neue politische Waffe der imperialistischen Bourgeoisie hervorbrachten, bestehen weiter:

Erstens: der dem Imperialismus innewohnende Drang nach Reaktion und Gewalt ist nicht schwächer geworden, sondern hatte nur dank der Existenz des sozialistischen Weltsystems jahrzehntelang weniger Möglichkeiten, sich voll auszuleben. Seit dem Wegfall des Sozialismus als gleichgewichtiger Gegenmacht vollzieht der Imperialismus vor unseren Augen einen systematischen Ausbau seines Repressionsapparates.

Schon fordern bundesdeutsche CDU-Politiker ein Gesetz, das den Einsatz der Bundeswehr auch nach innen, gegen die eigene Bevölkerung, erlaubt. Das kündigt an, worauf sich die Herrschenden selbst in den scheinbar gefestigten bürgerlichen Demokratien vorbereiten. Sie möchten gerne, daß die Massen ihrer immer wiederholten Behauptung Glauben schenken: "Der Kommunismus ist tot!" Aber sie wissen nur zu gut, wie wenig diese Behauptung mit der Wirklichkeit zu tun hat. Sie wissen durchaus, daß die Abwälzung der wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten auf die Massen in der Zukunft wachsenden Widerstand breiter Bevölkerungskreise hervorrufen wird.

In Rußland, in fast allen ehemals sozialistischen Staaten, sind die kommunistischen Parteien eine große politische Kraft geblieben. Die sozialistischen Staaten - Volks-China, Vietnam, Nordkorea in Asien, Kuba in Amerika -, sind trotz imperialistischer Erdrosselungs- und Isolierungsversuche sehr lebendig. Besonders Kuba beweist die unbändige Lebenskraft des Sozialismus, indem diese kleine, vor der Haustür der Supermacht USA liegende, mit einem USA-Stützpunkt in Guantanamo versehene, ihrer sozialistischen Verbündeten verlustig gegangene sozialistische Insel nahezu unmögliche Wunder vollbringt.

Wem von uns hätte nicht das Herz höher geschlagen, als er die Nachrichten über das Treffendes G-77-Gipfels vernahm, auf dem sich 122 Vertreter von Staaten aus der sogenannten Dritten Welt in Havanna trafen und Fidel Castro unter ihrem Beifall forderte, das den Entwicklungsländern aufgezwungene Wirtschaftssystem müsse im Rahmen eines neuen "Nürnberger Prozesses" vor ein internationales Gericht gestellt werden, denn es bringe alle drei Jahre durch Hunger und vermeidbare oder heilbare Krankheiten mehr Menschen um, als im gesamten zweiten Weltkrieg in sechs Jahren gelötet wurden!

Es ist unvermeidlich: die Völker werden sich erneut und stärker gegen den Imperialismus erheben, weil sie anders nicht überleben können!

Zweitens: Das Zeitalter der imperialistischen Kriege und der proletarischen Revolutionen ist keineswegs vorbei - wir sind noch mitten darin. Die neue

Umverteilung der Welt unter die imperialistischen Hauptmächte geht vor unseren Augen vor sich. Was im Überfall der NATO auf Jugoslawien ablief und was sich jetzt in Tschetschenien abspielt, sind eine Art Stellvertreter-Kriege: der NATO-Überfall auf Jugoslawien zielte in Wirklichkeit auf Rußland, und die Tschetschenen, weit entfernt davon, für ihre eigenen Interessen zu kämpfen, wie ihre militärischen Führer vorgeben, spielen - genau wie vorher die Kosovo-Albaner -, nur die Rolle von Hilfswilligen, die dem US- und dem deutschen Imperialismus den Weg zu den Ölquellen des Kaukasus und zu den Reichtümern Mittelasiens und Sibiriens freikämpfen sollen.

Hitler und Goebbels haben noch unumwunden ausgesprochen, daß ihr Krieg gegen die Sowjetunion um Öl und die Weizenfelder der Ukraine geführt würde. Die NATO-Aggressoren geben heuchlerisch vor, Kriege zu führen, um Blutvergießen zu beenden und die Menschenrechte zu verteidigen. Heute lancieren sie über die Medien die Forderung, man müsse in Tschetschenien gegen Rußland eingreifen, um die Menschenrechtsverletzungen zu beenden. Und morgen? Müssen morgen oder übermorgen die Menschenrechte durch Truppen der bis nach Asien erweiterten NATO gegen das kommunistische Volks-China in Tibet verteidigt werden? Nichts ist heute mehr unmöglich!

Wer 1998, bei der Bildung der Schröder-Fischer-Regierung vorhergesagt hätte, daß diese Regierung ein halbes Jahr später deutsche Soldaten in den Krieg schicken würde, der wäre für verrückt erklärt worden! Heute ist selbst in bürgerlichen Gazetten zu lesen, daß sogar ein großer Krieg zwischen den Großmächten in der Zukunft nicht mehr auszuschließen sei! Fast jeder Tag bringt neue Beispiele und Beweise für die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze auch zwischen den USA und der von Deutschland dominierten Europäischen Union. Dies alles zusammengenommen bedeutet aber: In der Zukunft werden imperialistische Staaten oder Staatengruppierungen mit Sicherheit sich auch wieder vor Situationen gestellt sehen, die ihnen für geraten erscheinen lassen können, sich erneut der Waffe des Faschismus zu bedienen.

17. Frage:

Ist denn die Errichtung einer faschistischen Diktatur heute noch möglich?

Gen G.:

Deine Frage bezieht sich wohl im wesentlichen auf Europa? Denn ich glaube nicht, daß wir davon sprechen können, es gäbe überhaupt nirgends mehr ein faschistisches Regime auf unserem Erdball.

Ob dann, wenn in irgendeinem Staat oder einer Staatengruppe - etwa in der Europäischen Union - die Herrschenden sich irgendwann zur Etablierung eines faschistischen Regimes entschließen würden, sie dazu auch imstande wären, das hängt in jedem gegebenen Fall von der Stärke und Geschlossenheit der antifaschistischen Kräfte ab. Wie das dann aussehen würde - das kann nicht vorhergesagt werden. Aber daß sich die antifaschistischen Kräfte in einem solchen Falle wiederum als zu schwach erweisen könnten, das kann keineswegs ausgeschlossen werden. Wie uns die Entwicklungen in Österreich, in Italien und auch in der Bundesrepublik Deutschland zeigen, ist die Gefahr, daß die Massenunzufriedenheit mit der Politik der Regierenden vor allem den neofaschistischen Parteien zugute kommt, sehr groß.

Dazu tragen auch solche "Linken" bei, die die Niederlage des Sozialismus nicht auf das zurückführen, was sie wirklich verursacht hat, - nämlich das jahrzehntelange Zusammenwirken äußerer und innerer Feinde des Sozialismus - sondern die sie ausgeben als das unvermeidliche Ergebnis von angeblichen Geburtsfehlern des auf Marx und Lenin zurückgehenden Sozialismus-"Modells", zu dessen schlimmstem Fehler der "Stalinismus" gehöre. Die Verteufelung Stalins und des unter seiner Führung errichteten sozialistischen Staates war ein Hauptfaktor bei der Unterminierung und schließlichen Zerstörung der Sowjetunion, und sie ist ein fortwirkender Hauptfaktor der anhaltenden Schwäche und Zersplitterung der linken und antifaschistischen Kräfte.

Die aktivste, stärkste und konsequenteste antifaschistische Kraft waren in der Vergangenheit die Sowjetunion und die kommunistischen Parteien. Auch heute sind die sozialistischen Staaten und die Kommunisten der stärkste, aktivste und konsequenteste Bestandteil des Kampfes gegen den Faschismus. Je stärker die Kommunisten in einem Land, desto stärker und wirkungsvoller die antifaschistische Bewegung. Deshalb ist Antikommunismus heute wie eh und je Begünstigung des Faschismus.

18. Frage:

Von woher droht die größte Gefahr der Liquidierung der bürgerlichen Demokratie und der Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur? Von den neofaschistischen Bewegungen oder von der Demontage der demokratischen Verfassungen durch die imperialistischen Regierungen?

Gen. G.:

Die Hauptgefahr des Faschismus geht heute wie früher von der imperialistischen Bourgeoisie aus. Die faschistischen Bewegungen sind keine selbständige Kraft, sie werden von den Herrschenden an der kurzen Leine gehalten, wenn sie ihrer in der

Regierung nicht bedürfen; ihr Wachstum zu regierungsfähiger Größe wird aber dann gefördert, - durch politische und wirtschaftspolitische Maßnahmen und durch "Spenden" -, wenn dies als zweckmäßig erscheint, um den gewünschten Sozial- und Demokratie-Abbau forciert voranzubringen oder außenpolitischen Expansionen eine stärkere innere Unterstützung zu sichern.

Im übrigen aber sollten wir nicht erwarten, daß der Übergang zum Faschismus, sollte er irgendwo vollzogen werden, sich als Wiederholung von bereits Bekanntem abspielt Die imperialistische Bourgeoisie verfügt heute über ein ungleich größeres Reservoir von Mitteln sowohl der Manipulierung der Massen als auch der Überwachung jedes Bürgers, als zu Zeiten Mussolinis und Hitlers. Orwell, erlebte er die heutigen Möglichkeiten der Oberen zur Überwachung der Untertanen, z. B. die Einführung der elektronischen Überwachung der Bürger auf den Straßen und Plätzen unserer Städte, müßte wohl feststellen, daß die Wirklichkeit seine Vorausschau des Überwachungsstaates in seinem Buch "1984" schon weit übertroffen hat.

Aber trotz aller Veränderungen, die ein neuer Faschismus des 21. Jahrhunderts gegenüber dem des 20. Jahrhunderts aufweisen würde - auch er würde ohne den Terror, die offene, brutale Gewalt gegen alle seine Gegner nicht auskommen. Wer erlebt hat, mit welch bestialischer Wut die "Sicherheitskräfte" der Berliner Polizei am 9. Januar dieses Jahres auf Männer, Frauen und Jugendliche eindroschen und sie - auch die Frauen! - noch mit Fußtritten weiter traktierten, wenn sie schon am Boden lagen, nur, weil sie sich das Recht zur Demonstration am Tage der Ehrung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts nicht nehmen ließen, der hat einen Vorgeschmack davon bekommen, was in einer künftigen faschistischen Diktatur des 21 Jahrhunderts an die Stelle der SA und der SS treten würde: sie würden sich kaum unterscheiden.

19. Frage:

Was ist zu tun, um die Möglichkeit eines neuen Faschismus nicht zur Wirklichkeit werden zu lassen?

Gen G.:

Erstens: wir müssen unsere Kraft und unseren Einfluß dafür einsetzen, daß jeder Angriff der Herrschenden auf die in langen Jahrzehnten errungenen demokratischen und sozialen Rechte auf eine möglichst breite und möglichst entschlossene Abwehr stößt.

Zweitens: Wir müssen immer wieder daran erinnern, was die Faschisten über ihr Volk und die ganze Menschheit gebracht haben. Die faschistischen Verbrechen dürfen nicht vergessen und nicht vergeben werden!

Drittens: Wir dürfen nicht müde werden, darüber aufzuklären, wessen Instrument der Faschismus war und nach wie vor ist.

Viertens: Wir müssen unermüdlich Klarheit darüber verbreiten, daß Antikommunismus Begünstigung des Faschismus bedeutet.

Fünftens: Wir müssen die Wahrheit zur Massenerkenntnis machen, daß, solange der Imperialismus herrscht, auch die Gefahr des Faschismus bestehen bleibt. Nur der Sozialismus kann der Menschheit eine Welt ohne Kriege und ohne Faschismus bringen.

Anmerkungen:

1) Zitat nach Kurt Gossweiler, Aufsätze zum Faschismus, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1988, S. 580 f
2) Ebenda. S. 581 S. a. Ludo Martens, The road of the World revolution in the XXIst Century, S. 25
3) Gossweiler, Aufsätze ... S. 586
4) ebenda (Aufsatz: Über die Ursprünge und Spielarten des Faschismus), S. 604 f
5) ebenda, S. 316 ff, 468 ff. Ferner für die Frühzeit der NSDAP in Kurt Gossweiler, Kapital, Reichswehr und NSDAP 1914-1924, Pahl-Rugenstein-Verlag 1982, S. 319 ff
6) Aufsätze zum Faschismus, S. 640, 645 f
7) Ebenda, S. 68
8) Ebenda, S. 326
9) Dazu ganz wichtig die Arbeit von Josef Schleifstein: Die "Sozialfaschismus"-These, Frankfurt/M., 1980
10) Näheres dazu in: Ernst Thälmann. "Eine Biographie". Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Günter Hortzschansky. Berlin 1979, S. 528 ff
11) Kurt Gossweiler, Die Röhm-Affäre, Pahl-Rugenstein, Hochschulschriften 151, Köln 1983, S. 52 f.
12) Der Gegen-Angriff, Prag-Paris-Basel, Nr 16 vom 19. April 1935 und Nr. 17 vom 26. April 1935
13) Gossweiler, Röhm-Affäre, S. 58, zit. nach Rundschau, Basel, 1934, S. 545; Allan Merson, Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland, Pahl-Rugenstein., Bonn 1999, S. 293

14) entfällt
15) Die Internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie, Fünfter Band -Erbauer des Sozialismus, Kämpfer gegen den Faschismus, Moskau 1985, S. 294 f
16) Eugenio Reale, Avec Jaques Duclos au banc des aecuses, Paris 1958, S. 129 ff; zitiert in: Isaac Deutscher, Stalin, Reinbeck bei Hamburg, 1992, S. 738 f
17) Für Frieden und Volksdemokratie. Bericht über die Tätigkeit einiger kommunistischer Parteien, gehalten auf der Konferenz in Polen Ende September 1947, Verlag "Tägliche Rundschau" Berlin 1947

Quelle: Schriftenreihe der KPD, Nr. 68

Der 20. Juli 1944 und die Faschismustheorie

Vorbemerkung

Der nachfolgende Aufsatz entstand im Anschluß an ein am 18. Juli 1984 von meinem damaligen Institut, dem Zentralinstitut für Geschichte bei der Akademie der Wissenschaften der DDR, durchgeführtes Kolloquium, gewidmet dem 40. Jahrestag des 20. Juli 1944 unter dem Titel „Der Platz des 20. Juli 1944 in der Geschichte des antifaschistischen deutschen Widerstandskampfes". (1)

Dieses Kolloquium markierte eine gewisse Wende in der Beurteilung des 20. Juli 44 insofern, als nunmehr auch der reaktionärste Teil der Verschwörer mit Carl Goerdeler an der Spitze von dem Vorwurf freigesprochen wurde, mit dem Attentat auf Hitler nur beabsichtigt zu haben, den Weg für eine Verständigung mit den Westmächten gegen die Sowjetunion freizumachen, um so den deutschen Imperialismus vor der totalen Niederlage zu bewahren. Es wurde nunmehr behauptet, Goerdeler habe kurz vor dem Attentat seine früheren Positionen verlassen und habe nur noch die Herstellung des Friedens durch Einstellung der Kampfhandlungen an allen Fronten zum Ziele gehabt. Im Hauptreferat, gehalten von Kurt Finker, wurde das noch etwas zurückhaltend mit den Worten zum Ausdruck gebracht, „die Auffassungen dieses konservativen Hitlergegners" hätten sich „unter dem Druck der Ereignisse weiterentwickelt"; „der Goerdeler von 1944 war nicht mehr der Goerdeler von 1943". (2)

Das war er sicher nicht, aber daß er nunmehr seine Pläne zur Rettung des deutschen Imperialismus durch einen Sonderfrieden mit den Westmächten bei Fortführung des Krieges gegen die Sowjetunion aufgegeben hätte - das wurde nur behauptet, aber nicht belegt.

Diese „Wende" war eben nicht die Folge neuer Forschungsergebnisse, sondern eines Bedürfnisses der Politik, nämlich des Bedürfnisses, eine historische Begründung für die Notwendigkeit und Möglichkeit einer „Koalition der Vernunft" zu liefern, die damals von Erich Honecker als Weg zur Sicherung des Friedens angesehen wurde.

Und so hieß es denn auch am Schluß des Referates von Finker: „Was sich damals angebahnt hatte, war eine Art Koalition der Vernunft. Nur eine solche, über politische und Klassengrenzen hinaufreichende Koalition der Vernunft kann heute den Gefahren der imperialistischen Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik wirksam begegnen - darin liegt das Vermächtnis der Gefallenen." (3)

Also - um des illusorischen Zieles einer Harmonisierung antagonistischer Klasseninteressen willen wurde die Geschichte tatsachenwidrig „harmonisiert".

Dagegen einfach nur Widerspruch laut werden zu lassen, genügte nicht. Man mußte sich schon daran machen, der zweckbestimmten Legendenbildung die historischen Tatsachen entgegenzustellen. Das war der Anlaß dafür, daß ich mich diesem Gegenstand, der eigentlich außerhalb meines eigentlichen Forschungsgebietes lag, zuwandte, den vorliegenden Artikel verfaßte und ihn im November 1984 der Institutsleitung vorlegte.

Obwohl der damalige Institutsdirektor im Januar 1985 ihn als „ein sehr gutes Manuskript" bezeichnete, erfuhr er in einer im März 1985 durchgeführten Beratung mit Fachkollegen eine kollektive Verurteilung. Die Orientierung auf eine „über die Klassengrenzen hinausgehende Koalition der Vernunft" war von meinen Kollegen so sehr verinnerlicht, daß sie eine Betrachtungsweise, die entgegen dem Harmonisierungsbedürfnis an der Herausarbeitung gegensätzlicher, antagonistischer Klasseninteressen festhielt, nicht anders denn als überholt, dogmatisch und störend empfanden.

Dennoch gelangte der Artikel - allerdings nur in einer um die Hälfte gekürzten Fassung - zur Veröffentlichung, als Beitrag zu einer Festschrift für den Widerstandskämpfer und hervorragenden DDR-Historiker Heinrich Scheel. (4)

In vollem Umfang wird der Artikel hier erstmals veröffentlicht. Weggelassen sind nur jene Passagen, die sich mit dem damals aktuellen Problem der „Koalition der Vernunft" befaßten.

I.

Der 20. Juli 1944 ist ein einschneidendes Ereignis in der Geschichte des faschistischen Deutschland, zugleich ein markantes Ereignis in der Geschichte des Widerstands gegen das Hitlerregime. Zu Recht wird diesem Ereignis an seinen Jahrestagen, besonders an den Dezenniums-Jahrestagen, große Aufmerksamkeit gewidmet.

Es gibt nur wenige andere Gedenktage der deutschen Geschichte, an denen so augenfällig abzulesen ist, wie sehr aktuelle Bedürfnisse dazu führen, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt jeweils neue Fragen an die Geschichte zu stellen und jeweils andere Seiten des gleichen Ereignisses stärker als früher zu beleuchten.

Eine der wichtigsten alten Fragen, die aber bislang noch keineswegs ausreichend untersucht wurde, ist die Frage nach der Bedeutung des Attentats vom 20. Juli für die Faschismustheorie. Was sagt dieser Ereigniskomplex über den Charakter des faschistischen Regimes in Deutschland aus?

Der vorliegende Aufsatz greift diese Frage in der bescheidenen Absicht auf, einen Diskussionsbeitrag zu leisten und Überlegungen anzubieten, die für eine noch ausstehende gründliche Untersuchung von Nutzen sein könnten.

Für die vorherrschende bürgerliche Geschichtsschreibung ist der 20. Juli eine klare, unwiderlegliche Bestätigung ihrer Auffassung, der zufolge das faschistische Regime in Deutschland und anderswo die Diktatur der faschistischen Partei und ihres Führers über alle Klassen und Schichten der Gesellschaft darstellt. Denn wenn der Faschismus - so ihre Argumentation - nur das Werkzeug der herrschenden Klasse, sein Führer nur ihr Willensvollstrecker sei, wie die Marxisten behaupten, dann sei doch völlig unbegreiflich, weshalb es der herrschenden Klasse nicht möglich war, dieses Werkzeug einfach aus der Hand zu legen und diesen Führer einfach zu entlassen, nachdem er ihren Interessen nicht mehr nützlich war, sondern einer ihren Interessen entsprechenden Lösung, nämlich einer rechtzeitigen Beendigung des Krieges, im Wege stand.

In der Tat ist damit eine Frage gestellt, auf die unsererseits bisher meines Erachtens nach noch keine ausreichende Antwort gegeben wurde; denn der mitunter anzutreffende Hinweis auf eine kriegsbedingte Verstärkung der relativen Selbständigkeit des politischen Überbaus gegenüber der ökonomischen Basis kann nicht als eine befriedigende Antwort angesehen werden.

Eine solche Antwort kann nur gefunden werden, indem die Erklärung für das Verhalten der herrschenden Klasse und ihrer verschiedenen Gruppierungen gegenüber der faschistischen Führung gesucht wird in ihrer Interessenlage und den ihnen - angesichts des Kriegsverlaufes und der innenpolitischen Probleme - noch tatsächlich oder vermeintlich offen gebliebenen Entscheidungsmöglichkeiten.

Eine solche Untersuchung stößt aber auf schwer zu überwindende Hindernisse. So leicht es fällt, das durch die jeweiligen Umstände gegebene objektive Interesse der Führungskräfte des deutschen Imperialismus zu bestimmen, so schwer fällt es, ihnen entsprechende Äußerungen oder gar Handlungen aus den Reihen dieser Führungskräfte zu eruieren. Was in diesen Kreisen gesagt oder getan wurde über und für eine Beseitigung Hitlers von der Führung, ist, soweit überhaupt, nur durch die Vernehmungen der Akteure des 20. Juli und durch Aufzeichnungen, die den faschistischen Häschern in die Hände fielen, ans Tageslicht gekommen; und auf den Historiker ist davon nur das überkommen, was veröffentlicht oder in den Archiven noch einsehbar ist.

Liest man dieses Material durch, dann fällt sehr bald ein merkwürdiger Umstand auf: Obwohl es in den Aussagen der Verhafteten und in den aufgefundenen Dokumenten nicht wenige Hinweise auf Verbindungen der Verschwörer zu Topmanagern des deutschen Monopolkapitals gibt, haben die faschistischen Untersuchungsorgane ihre Nachforschungen in dieser Richtung entweder gar nicht weitergeführt oder, wenn vereinzelt doch, sie sehr bald wieder eingestellt. Dafür nur einige wenige, aber sehr charakteristische Beispiele.

Bekanntlich machte Carl Goerdeler nach seiner Verhaftung gegenüber den faschistischen Inquisitoren „außerordentlich weitgehende Angaben, durch die u. a. zahlreiche Personen,, die sich in wichtigen Stellungen des öffentlichen Lebens befinden, belastet" wurden (5); selbst Gerhard Ritter konnte nicht umhin festzustellen, daß sich Goerdeler „als eine Nachrichtenquelle für die Gestapo erwies, deren Ergiebigkeit Staunen erweckte". (6) Dadurch und durch andere Quellen wurde bekannt, daß Goerdeler enge Kontakte zu verschiedenen Großindustriellen hatte, und daß Julius Leber in ihm einen „Mann der Großindustrie" sah. (7) Der Gestapo war bekannt, daß leitende Männer des Stuttgarter Bosch-Konzerns und des Krupp-Konzerns seine Auslandsreisen, die der Kontaktaufnahme mit Mittelsmännern zur britischen Regierung dienten, als Reisen in ihrem Auftrage legalisierten. Bekannt war ihr ferner, daß der Krupp-Direktor Löser mit seinem Einverständnis als Finanzminister für eine künftige Regierung Goerdeler vorgesehen war. Dies alles hätte die Sonderkommission zur Untersuchung der Verschwörung doch veranlassen müssen, die großindustriellen Hintermänner der Verschwörung genauso rigoros zu vernehmen und abzuurteilen wie die Verschwörer selbst. Doch nichts dergleichen geschah, Löser wurde zwar verhaftet und verhört, aber nicht zum Tode verurteilt, im Gegensatz zu kleineren Industriellen, wie etwa Walter Cramer, und zu zahlreichen Industrie-Syndici, wie Lejcune-Jung, Syndikus in der Zellstoffindustrie und gleich Löser als Minister (für Wirtschaft) in einer Goerdeler-Regierung vorgesehen. Hans Welz, nach Robert Boschs Tod (März 1942) an der Spitze des Bosch-Konzerns, wurde anscheinend überhaupt unbehelligt gelassen; jedenfalls taucht sein Name in

den Berichten über die Untersuchung der Sonderkommission nicht als einer der Vernommenen auf, obwohl er in die Verschwörung eingeweiht war und sie förderte. (8)

Der Gestapo war ferner bekannt, daß Goerdeler des öfteren in den Zusammenkünften des sogenannten „Reusch-Kreises", eines Zirkels von hochkarätigen rheinisch-westfälischen Industriellen, auftrat und dort seine Auffassungen zur Lage vortrug. Im November 1943 sprach er in diesem Kreise in Anwesenheit des langjährigen Hanielkonzern-Generaldirektors Paul Reusch von der Notwendigkeit, Hitler von der Führung zu beseitigen, um zu einer Verständigung mit den Angelsachsen gegen die Russen zu kommen. (9) Obwohl in ähnlich gelagerten Fällen gegen kleinere Leute Todesurteile nur deshalb ausgesprochen wurden, weil sie derartige Äußerungen nicht zur Meldung brachten, geschah Paul Reusch nichts dergleichen.

Als Mitwisser der Putschpläne Goerdelers wurden auch der Direktor der Deutschen Bank, Oswald Roesler, und das Vorstandsmitglied der Allgemeinen Deutschen Kreditgesellschaft, Schoen von Wildeneck, vorübergehend verhaftet. Auf nähere Auskünfte über die Zukunftsvorstellungen in den Chefzimmern der großen Industrie- und Bankkonzerne war die Sonderkommission jedoch offenbar gar nicht begierig. Roesler und v. Wildeneck bestritten, wie es im Bericht über ihre Vernehmung heißt, „glaubwürdig jede Kenntnis der Goerdeler'schen Pläne", und wurden alsbald auf Antrag des Oberreichsanwaltes freigelassen. (10) Aus diesem Anlaß erhielt der Deutsche Bank-Direktor Roesler zahlreiche Glückwünsche, darunter auch von einem der prominentesten Nazi-Industriellen, Albert Pietzsch; dieser schrieb ihm am 13.12.1944: „Zu meiner großen Freude entnehme ich einer Mitteilung des Aufsichtsrates der Deutschen Bank, daß Sie nunmehr Ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Wir alle waren davon überzeugt, daß das Untersuchungsergebnis nicht anders ausfallen konnte." (11)

In der Tat: Wenn Wirtschaftskapitäne ganz ausnahmsweise doch einmal von den Untersuchungsorganen des SD erfaßt wurden, dann konnte das Untersuchungsergebnis eben „nicht anders ausfallen", denn es gab eine unsichtbare Barriere, vor der die Todesmaschinerie des faschistischen Regimes Halt machen mußte. Ein entsprechendes Haltesignal wurde z. B. durch die schriftliche Weisung für die Begrenzung der Anwendung „verschärfter Vernehmungen", d. h. der Folterung zur Erpressung von Geständnissen, auf einen bestimmten Personenkreis, nämlich „Kommunisten, Marxisten, Bibelforscher, Saboteure, Terroristen, Angehörige der Widerstandsbewegung, Fallschirmagenten, Asoziale, polnische oder sowjetische Arbeitsverweigerer oder Bummelanten" (12) gegeben. Hochrangige Wirtschaftskapitäne fielen generell unter keine dieser Kategorien, auch nicht unter die der „Angehörigen der Widerstandsbewegungen"; denn auch dann, wenn sie nicht nur

Mitwisser, sondern sogar Anreger von Aktivitäten wie derjenigen Goerdelers waren, blieben sie doch diesen Aktivitäten selbst fern: das Prinzip der Arbeitsteilung zwischen Wirtschaft und Politik wurde gerade bei derartigen Unternehmungen strikt gewahrt.

Mit anderen Worten: Die Spitzenkräfte der großen Bank- und Industriemonopole waren für die Gestapo tabu. Dies ist der entscheidende Grund dafür, daß wir zwar recht genau über Beweggründe und Aktionen der Verschwörer Bescheid wissen, über Vorstellungen und Handlungen der „Wirtschaftsführer" dagegen nur sehr vage Nachrichten besitzen.

Diese geringen Kenntnisse haben ihre Ursache also in einem Sachverhalt, der allerdings ganz und gar nicht die These jener stützt, die uns glauben machen wollen, Hitler habe als allmächtiger Diktator alle Klassen und Schichten gleichermaßen seiner Tyrannei unterworfen.

Wir können uns also bei unserer Untersuchung des Verhältnisses der herrschenden Klasse zum faschistischen Regime nach dem Umschwung im Kriegsverlauf, da man nicht mehr darüber im Zweifel sein konnte, daß der Krieg militärisch nicht mehr zu gewinnen war (also etwa beginnend mit 1943) (13), nur auf gesicherte Forschungsergebnisse zu zwei Problemkreisen stützen: zum einen auf die bekannten Fakten über den Komplex des 20. Juni, zum anderen auf die Ergebnisse der relativ jungen Forschungen über die Nachkriegsplanungen und die Überlebensstrategie von Kreisen und Institutionen der deutschen Monopolbourgoisie in den letzten Jahren und Monaten der faschistischen Diktatur. (14)

Diese Tatsachen alleine erlauben aber noch nicht, aus Mosaiksteinchen ein zusammenhängendes, deutlich umrissenes Bild zu entwerfen. Es muß ergänzend versucht werden, die inneren Zusammenhänge durch Rekonstruktion der objektiv gegebenen Interessen der herrschenden Klasse Deutschlands in jener Zeit nachzuzeichnen; um hier die Möglichkeit subjektiver Fehldeutungen so gering wie möglich zu halten, ist es darüber hinaus von Nutzen, den Blick nicht nur auf die Jahre 1943 bis 1945 zu richten, sondern ihn auch zurückschweifen zu lassen, um den Weg und seine wichtigsten Stationen verfolgen zu können, der zum 20. Juli führte.

II.

Eine Situation, in der der Repräsentant des Staates und Oberste Kriegsherr ein Hindernis für den rechtzeitigen Abbruch eines nicht mehr gewinnbaren Krieges wird, war für die imperialistische deutsche Bourgeoisie keine Premiere. (15) Im ersten Weltkrieg war es der Kaiser - der übrigens viele Züge mit Hitler gemein hatte: beide zeichneten sich durch ein bizarres, von den Realitäten weit entferntes Weltbild, durch eine bis ins Groteske gesteigerte Überschätzung der eigenen Kräfte und daraus

entspringende maßlose Eroberungsziele sowie durch ein krankhaft bis zum Größenwahn gesteigertes Selbstbewußtsein aus, und beide stellten sie damit geradezu die ideale Verkörperung der hervorstechendsten Eigenschaften des deutschen Imperialismus dar. Wilhelm II. also war es damals, dessen rechtzeitigen Rücktritt die deutschen Monopolherren und die einsichtigsten Generale zu erreichen suchten, worüber sich der Kaiser in einem Brief vom 3. November 1918 an einen Vertrauten bitter beklagte: „Es war schon alles so schön aufgeteilt, ganz Belgien, Nordfrankreich usw. Die Schwerindustrie hatte auch schon Beschlag auf alles gelegt, und nun kommt es mit einmal anders, und jetzt schimpfen sie natürlich, als wenn ich schuld wäre. Und die Rheinische Schwerindustrie, ... die verhandelt jetzt mit der Entente, lieber einen guten Frieden ohne mich, als einen weniger guten mit mir - weg werfen sie mich. ... . Und das sage ich Ihnen, wenn nur das geringste passiert, dann schreibe ich denen die Antwort mit Maschinengewehren auf das Pflaster, und wenn ich mein eigenes Schloß zerschieße; aber Ordnung soll sein!" (16)

Auch damals war es nicht gelungen, den lästig Gewordenen rechtzeitig loszuwerden; erst als die Revolutionswelle Berlin erreichte, rafften sich die Generale auf und erklärten dem Uneinsichtigen, daß das Heer nicht mehr hinter ihm stehe und er abzudanken habe.

War es für die herrschende Klasse schon damals schwierig gewesen, dem Obersten Kriegsherrn, als er hinderlich wurde, „einfach" den Laufpaß zu geben, so war dies noch um vieles schwieriger gegenüber Hitler. Darauf wies die illegale Landesleitung der KPD in ihrem Dokument vom Juni 1944 „Am Beginn der letzten Phase des Krieges" hin, in dem es hieß: „Aber angesichts der unabwendbaren militärischen Niederlage des deutschen Faschismus beginnen sich alle Vorteile, die das faschistische System bisher dem Finanzkapital bot, in Nachteile zu verwandeln, ohne daß diejenigen, die Hitler holten, ihn heute einfach wieder wegschicken könnten." (17)

Warum konnten sie es nicht, worin bestand jetzt die Schwierigkeit? Wir erwähnten bereits die Erklärung bürgerlicher Historiker und Publizisten, die ihren plastischen Ausdruck in dem einprägsamen Bild vom „Ritt auf dem Tiger" gefunden hat: Wer auf dem Tiger reitet, läuft Gefahr, beim Absteigen von der Bestie zerfleischt zu werden. Dies sei die Situation des deutschen Bürgertums gewesen, als es sich von Hitler und seinem Regime trennen wollte. Gemeint ist damit, daß Hitlers Terrorregime so stark war, daß es jeden Versuch der herrschenden Klasse, ihn fallen zu lassen, gewaltsam zu vereiteln vermochte.

Nun ist es sicher richtig, daß Hitler 1944 sehr viel größere Möglichkeiten besaß, das zu praktizieren, was Wilhelm II. 1918 in seinem ohnmächtigen Zorn zu tun androhte, um sich an der Macht zu halten. Aber genauso sicher ist, daß die Wehrmacht - wenn

sie von einer entschlossenen Führung geschlossen gegen die nazifaschistischen Formationen eingesetzt worden wäre -, mit diesen in kurzer Zeit hätte fertig werden können. Der Beweis wurde am 20. Juli 1944 in Paris geliefert. Die Schwierigkeit bestand also nicht in einer überlegenen Stärke der Hitler zur Verfügung stehenden Kräfte der Waffen-SS und der anderen Naziformationen - eine solche Überlegenheit gab es nicht. Sie bestand vielmehr in der Unmöglichkeit, die Wehrmachtführung zu einem einheitlichen, geschlossenen Handeln zu bringen.

Diese Unmöglichkeit kann nicht mit einer Furcht vor der Auseinandersetzung mit der SS erklärt werden: wie sollte sie sich davor gefürchtet haben, einen unterlegenen Gegner matt zu setzen, da sie sich doch in Friedens- und Kriegszeiten unaufhörlich damit beschäftigt hatte, mit gleichstarken oder gar überlegenen Gegnern fertig zu werden? Zudem lagen ja ausreichende Beweise dafür vor, daß Himmler bereit war, mit den Verschwörern mitzumachen, zumindest in der Weise, daß er seine SS von einem Vorgehen zum Schutze Hitlers abhielt. Schon im Frühjahr 1941 hatte Himmler durch einen Vertrauensmann bei dem Schweizer Diplomaten C. J. Burckhardt nachfragen lassen, ob England mit ihm, Himmler, anstelle Hitlers Frieden machen würde. (18) Und am 25. Juli 1943 schrieb Goerdeler in einem Briefentwurf für den Generalfeldmarschall Kluge: „Ich kann Ihnen auch, wenn Sie es wollen, Herrn Goebbels oder Herrn Himmler zum Bundesgenossen machen: denn auch diese beiden Männer haben längst begriffen, daß sie mit Hitler verloren sind." (19) Mag bei derartigen Versicherungen Goerdelers auch allerhand Übertreibung im Spiele gewesen sein (20), um damit Kluges Zaudern zu überwinden, so kann doch an Himmlers Bereitschaft, Hitler preiszugeben, um die eigene Haut zu retten, kein Zweifel bestehen.

Weshalb also schreckten die meisten Generale und nicht weniger die meisten Generaldirektoren davor zurück, durch eine entschlossene Aktion Hitler von der Führung zu beseitigen?

Der Grund dafür ist einfach genug: So sehr Hitler ein Hindernis war für die Anknüpfung von offiziellen Verhandlungen mit den Westmächten, so unentbehrlich war er für den inneren Gebrauch. Wenn der Terror das Hauptmittel war, die aktiven Antifaschisten zu liquidieren und die passiven Unzufriedenen in der Passivität der Furcht verharren zu lassen, so war Hitler das Hauptintegrationsmittel, das die Mehrheit des Volkes in blindgläubigem Vertrauen zum „Führer" und damit in einem Zustand willenloser Gefolgschaft - entsprechend dem Nazislogan „Führer befiehl, wir folgen Dir!" - hielt. - Neben dem Terror war Hitler also der wirkungsvollste Wall, um die herrschende Klasse vor dem zu schützen, was sie am meisten fürchtete - mehr noch als die militärische Niederlage und die bedingungslose Kapitulation: ein zweites 1918, die Revolution.

Wie aber war es dazu gekommen, daß ein solch irrationaler Wunderglaube an diesen einen Mann zu einem politischen Faktor von solch enormer, erstrangiger Bedeutung hatte werden können?

In den bürgerlichen Medien wird als Antwort auf diese Frage absichtsvoll die Legende vom angeblich unwiderstehlichen Charisma Hitlers oder gar von seiner „Dämonie" verbreitet. Um die tatsächlichen Ursachen für die Integrationswirkung Hitlers zu erkennen, müssen wir kurz deren Entwicklung verfolgen.

III.

Die deutschen Monopolisten und Junker, die im November 1932 von Hindenburg die Berufung Hitlers als Kanzler forderten, begründeten diese Forderung mit der Feststellung, die angestrebte Verfassungsänderung müsse von einer „breitesten Volksströmung" getragen sein, deshalb müsse die Kabinettsumbildung „in einer Weise erfolgen, ... die die größtmögliche Volkskraft hinter das Kabinett bringt", und das mache erforderlich, „die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung" zu beteiligen. (21)

In dieser Eingabe kommt in komprimierter Form die Hauptsorge der deutschen Monopolbourgeoisie seit den Tagen des Zusammenbruchs ihrer Herrlichkeit im ersten Weltkrieg und seit den Tagen des schmählichen Scheiterns des Kapp-Putsches zum Ausdruck, und zugleich auch die fundamentale Lehre, die sie aus den Erfahrungen seit 1914 gezogen hatte: um eine neue Runde des Kampfes um die Neuaufteilung der Welt vorzubereiten und erfolgreich zu bestehen, mußte im Innern eine stabile Massenbasis geschaffen und dauerhaft gesichert werden. Hitler war der Mann, der es am besten verstanden hatte, Millionenmassen für das imperialistische Expansionsprogramm zu mobilisieren. Deshalb konnte die deutsche Monopolbourgeoisie in ihrer Gesamtheit auf die Dauer nicht die Forderung jener aus ihren Reihen zurückweisen, die wie Schacht und Thyssen nicht einen erprobten Konservativen wie etwa Papen oder Hugenberg, sondern den schillernden Emporkömmling Hitler zu ihrem Kanzlerkandidaten erkoren hatten.

Es muß hier unerörtert bleiben, auf welche Weise es Hitler und seinen Förderern in der Weimarer Republik gelungen war, der NSDAP den Millionenanhang zu verschaffen. (22) Es muß genügen, auf eine wesentliche Besonderheit der Massenbearbeitungs- und Massengewinnungsmethode der NSDAP hinzuweisen: sie trat als Partei der Rettung aus dem Sumpf auf, in den die anderen Parteien das Land hineingeritten hätten, und ihr Führer präsentierte sich den Massen als Messias, den die Vorsehung dem Volke gesandt hatte. Sie ließ keinerlei Erörterung des Kurses der Parteiführung durch die Gefolgschaft zu, sondern verlangte blinden Glauben an den Führer und dessen Unfehlbarkeit. Sie setzte nicht auf Vernunft und wirkliche

Interessen der Massen, sondern auf irrationale Sehnsüchte nach Erlösung aus dem gegenwärtigen Elend und lenkte alle Hoffnungen auf die übermenschlichen, wundertätigen Fähigkeiten eines einzigen Mannes. Der als „Wunder" präsentierte Aufstieg Hitlers vom „unbekannten Gefreiten des Weltkriegs" zum „Führer der größten Partei der deutschen Geschichte" mußte als Beweis dafür herhalten, daß er auserwählt war und dafür, daß mit ihm der Sieg über Not und Elend wie über alle Feinde gewiß war. Kurzum, Führermythos und Führerglaube waren das Bindemittel, das die Gefolgschaft mit der Parteiführung am stärksten zusammen kittete. Die Nazipartei setzte damit in ihren Reihen ein Prinzip durch, das auch in dem von den Monopolherren erstrebten „starken Staat" zu herrschen hatte, den sie schon mit dem Kanzler Papen zu erreichen gehofft und zu dem ihnen nach dessen Scheitern Hitler verhelfen sollte, das Prinzip der widerspruchslosen Unterordnung des Volkes unter die Staatsführung. Nur so, durch Beendigung der „Parteienwirtschaft", durch straffe Zentralisierung der Staatsmacht und Bündelung aller Energien und Potenzen des Volkes durch einen einzigen Willen, bestand Aussicht, in einem zweiten Anlauf die weit greifenden Expansionsziele des deutschen Imperialismus zu erreichen.

Mit der Ernennung Hitlers zum Kanzler war aber noch lange nicht ausgemacht, daß er und seine Partei nicht nur formal, sondern auch tatsächlich die Staatsmacht in den Händen halten sollten. Für viele war er nur der Mann, der die Massenbasis des „starken Staates" zu liefern und dessen Bürgerkriegsgarde, die SA, den Widerstand der Arbeiterbewegung gegen die Errichtung der offenen Monopoldiktatur zu brechen hatte, um damit den Weg zu einer Restauration der Monarchie freizumachen, in der die tatsächliche Macht - so die weit verbreitete Vorstellung in den Reihen der Monopolherren und Junker - in den Händen der Generalität, der Führung der Wehrmacht, liegen sollte.

Das Diktaturregime einer herrschenden Klasse, deren größte Furcht die Furcht vor den Massen, vor der Entfesselung ihrer revolutionären Potenzen ist, besitzt indessen eine Eigengesetzlichkeit, die dazu zwingt, demjenigen immer mehr Machtvollkommenheit einzuräumen, der sich auf die Kunst der Massenbeherrschung am besten versteht. Und das war unzweifelhaft Hitler. Und der war sich durchaus bewußt, worin seine Unersetzlichkeit für die Herrschenden bestand, wie zahlreiche seiner Äußerungen bezeugen. (23) Aber diese seine Fähigkeit war an die Voraussetzung gebunden, daß der Glaube an die Auserwähltheit und Erlösungsmission des Führers erhalten und ständig vergrößert wurde, und dies wiederum konnte nur gewährleistet werden, wenn dieser Glaube immer neue Nahrung erhielt. Damit aber war die Erhaltung und ständige Steigerung des Führermythos zur Voraussetzung und Bedingung für die Stabilität der Massenbasis der offenen, terroristischen Diktatur der reaktionärsten Elemente des Finanzkapitals geworden.

Die Monopolherren und Junker mußten somit einen hohen Preis zahlen für die Dienste, die ihnen Hitler und seine Partei leisteten, nämlich den Preis der unlösbaren Verknüpfung ihres Schicksals mit dem Hitlers in dem Unternehmen, für dessen Ingangsetzung und Durchführung er engagiert worden war. Dessen waren sie sich allerdings keineswegs bewußt, als sie Hitler auf den Kanzlerstuhl hievten. Aber diese innere Logik des Machtsicherungsmechanismus, den sie mit der Errichtung der faschistischen Diktatur installiert hatten, setzte sich in allen Situationen durch, in denen Entscheidungen über die weitere Ausgestaltung sei es der Staatsform, der Staatsführung oder des militärischen Oberbefehls zu treffen waren.

Diese innere Logik verlangte, daß der „Führer" - um das Maximum an Massenwirksamkeit zu erzielen - die oberste Spitze der Staatsmacht bildete. Das Führerprinzip und der Führermythos waren unverträglich mit der Unterstellung Hitlers unter ein anderes menschliches Wesen. Über ihm durfte es nur noch die „Vorsehung" geben.

Symptomatisch dafür war die Regelung der Nachfolge Hindenburgs durch Hitler als Staatsoberhaupt. Hindenburg hatte sich stets als den Statthalter für die Hohenzollern betrachtet, und große Teile der konservativen Politiker sahen in Übereinstimmung mit maßgeblichen Kräften in der herrschenden Klasse und der Reichswehrführung die Sache nicht anders. Deshalb brachte das Frühjahr 1934 mit der Erkrankung Hindenburgs eine Belebung der Aktivität monarchistischer Kreise und eine bis an Hitler herangetragene Erörterung der nunmehr vermeintlich auf der Tagesordnung stehenden Restauration der Monarchie. Der Vizekanzler Papen arbeitete emsig für dieses Ziel und erhielt zunächst auch die Unterstützung des Oberbefehlshaber des Heeres, General v. Fritsch.

Der Umstand, daß die Wiedererrichtung der Monarchie im Volke kaum Unterstützung finden, aber bei großen Teilen der Bevölkerung, gerade auch bei jenen, die in Hitler den berufenen Führer des deutschen Volkes sahen, auf Unverständnis und Widerstand stoßen würde, hatte Blomberg und Reichenau indessen schon frühzeitig veranlaßt, der Nachfolge Hitlers anstelle der Wiedererrichtung der Monarchie den Vorzug zu geben, unter der Bedingung allerdings, daß Hitler dafür sich im Rivalitätenkampf zwischen Reichswehr und SA eindeutig auf die Seite der Reichswehr stellen und sich in Fragen der Reichswehrführung nicht einmischen würde. (24) Diese Beweggründe veranlaßten schließlich auch Fritsch, den Bemühungen um Wiedererrichtung der Monarchie seine Unterstützung zu entziehen. Aber nicht genug damit, daß die Reichswehrführung Hitler zum Staatsoberhaupt und damit zum Obersten Befehlshaber der Streitkräfte machte: Reichenau ergriff auch die Initiative für die Abänderung der Eidesformel (25); entsprechend dieser neuen Formel wurden die Wehrpflichtigen nun nicht mehr auf „Volk und Vaterland", sondern auf Treue zur

Person des Führers vereidigt, um damit ein „ähnliches Verhältnis wie zum Kaiser" zu begründen und die Person Hitlers aus jeder kritischen Betrachtung auszunehmen, wie Fritsch auf einer Befehlshaberbesprechung erläuterte. (26) Dies geschah keineswegs aus dem Gefühl einer Schwäche Hitler gegenüber, sah sich doch die Reichswehrführung als eigentlicher Sieger des 30. Juni 1934 nicht nur über Röhm, sondern auch über Hitler.

Welche Befürchtungen in Wahrheit der Option für Hitler und zugleich auch der unziemlichen Eile zugrunde lagen, mit der das Gesetz über die Einsetzung Hitlers als Staatsoberhaupt - noch zu Lebzeiten Hindenburgs! - angenommen wurden, das geht sehr klar aus einem Brief vom 12.08.1934 des späteren Generalmajors und Beteiligten am Attentat vom 20. Juli 1944, Helmuth Stieff, hervor, der dort schrieb: „Die sofortige Regelung der Nachfolge halte ich aus staatspolitischen Gründen für absolut zwingend notwendig. Es durfte keine Minute zweifelhaft bleiben, wer das neue Staatsoberhaupt ist. Unser gesamtes Staatswesen steht z. Zt. auf so schwankenden Füßen, daß jede Unklarheit und jedes Interregnum von gefährlichster Bedeutung hätte werden können. Dazu lag der 30. Juni noch viel zu dicht heran." (27)

Die Furcht vor einem Interregnum, das auch nur einen Spalt für unberechenbare Reaktionen der Massen öffnen könnte - diese Furcht war die treibende Kraft, die 1934 Hitlers weiteren Aufstieg voran trieb, wie sie 1944 seine Beseitigung durch die Verschwörer verhinderte.

Das Bestreben, keine Beeinträchtigung der integrierenden Wirkung des Hitlermythos zuzulassen, gab letzten Endes auch den Ausschlag für den Ausgang der berüchtigten Fritsch-Krise zu Beginn des Jahres 1938.

Oberflächlich betrachtet handelte es sich dabei um eine Intrige Görings und Himmlers, eingefädelt zu dem Zweck, Blomberg als Kriegsminister und Fritsch als dessen voraussichtlichen Nachfolger bei Hitler unmöglich zu machen, um damit für Göring den Weg ins Kriegsministerium und für die SS die Bahn für deren Umwandlung in eine Art vierter Waffengattung frei zu machen. (28) Diese Ziele wurden nicht erreicht. Blomberg und Fritsch mußten zwar ihren Abschied nehmen. Aber Nachfolger Blombergs als Oberbefehlshaber der Wehrmacht wurde nicht Göring, sondern Hitler selbst. Für den kam die ganze Affäre sehr überraschend. Er hatte keineswegs von sich aus auf eine solche Lösung hingearbeitet, wollte vielmehr einen anderen General, - anfangs Fritsch - als neuen Kriegsminister. Der Vorschlag, Hitler selbst solle das Oberkommando übernehmen, kam pikanterweise von dem gerade erst entlassenen Blomberg. (29) Welche persönlichen Beweggründe Blomberg für diesen Vorschlag auch immer gehabt haben mag - er fand die Billigung der Wehrmachtgeneralität, weil er der Logik der ständigen Steigerung des Führermythos entsprach: je näher der Zeitpunkt des Übergangs von der Expansionsplanung zum

bewaffneten Vorgehen rückte, um so lebenswichtiger wurde die Gewährleistung eines sicheren Hinterlandes durch eine Bevölkerung, die in ihrer großen Mehrheit fest hinter der Staatsführung stand, und einer Armee, die durch bedingungslosen Gehorsam und blindes Vertrauen zur Führung immun gegen „zersetzende Einflüsse" und ein zuverlässiges Instrument in den Händen der Vorgesetzten war.

Obwohl eingeleitet durch eine Intrige lagen die Ursachen für die Fritsch-Krise viel tiefer. Sie stand eigentlich am Abschluß einer Auseinandersetzung innerhalb der Führung des faschistischen Deutschland, die schon 1935/36 begonnen hatte und schon im November 1937 zur Entlassung Hjalmar Schachts als Reichswirtschaftsminister geführt hatte. Schacht war dann auch die Schlüsselfigur dieser Auseinandersetzungen. Seine Ernennung zum Reichswirtschaftsminister im Juli 1934 (unmittelbar nach dem Blutbad des 30. Juni) verdankte dieser Vertrauensmann der britischen und US-amerikanischen Hochfinanz vor allem dem Umstand, daß Deutschland in der Phase seiner militärischen Unterlegenheit im Vergleich zu Frankreich für die forcierte Aufrüstung die Rückendeckung durch die USA und Großbritannien gegenüber etwaigen Sanktionsabsichten Frankreichs brauchte. In dieser Zeit war Schacht faktisch der Wirtschaftsdiktator Deutschlands, der sich von Hitler ebenso wenig in seine Domäne hineinreden ließ, wie die Reichswehrführung in die ihrige. (30) Seine Ernennung zum Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft im Mai 1935 brachte seine beherrschende Position auch nach außen zum Ausdruck.

Nachdem - vor allem dank Schachts führender Mitwirkung bei der forcierten Rüstung Deutschlands - die Phase der militärischen Schwäche gegenüber Frankreich durchlaufen war, nahmen die maßgeblichen Monopolkreise des deutschen Imperialismus - mit der Deutschen Bank und den IG-Farben an der Spitze - die nächste Etappe ihres Fahrplanes zur Welthegemonie in Angriff, nämlich die Erringung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, insbesondere der Unabhängigkeit hinsichtlich der Rohstoffversorgung aus Übersee.

Bereits 1930 hatte der Deutsche Bank-Direktor Kehl in einem Vortrag gefordert, an der Spitze aller Überlegungen müsse die politische Handlungsfreiheit stehen; durch eine Art deutschen Fünfjahresplans solle sich das deutsche Volk (!) „freimachen von ausländischer Hilfe". (31)

Nunmehr war der Zeitpunkt für die Verwirklichung dieser Forderung gekommen. Die Vierjahresplan-Denkschrift vom August 1936 (32), deren Konzept den IG Farben-Direktor Carl Krauch zum Verfasser hatte (33), die aber entsprechend den Erfordernissen des Führerprinzips als Denkschrift Hitlers zur Annahme vorgelegt wurde, forderte ganz im Sinne der Ausführungen Kehls einen „Mehr-Jahresplan der Unabhängigmachung unserer nationalen Wirtschaft vom Ausland" und enthielt

scharfe Ausfälle gegen die einem solchen Autarkiekurs widerstrebende Argumentation des Reichswirtschaftsministers Schacht.

Die Autarkiebestrebungen des Vierjahresplanes waren ein eindeutiger Beweis dafür, daß die hinter diesem Plan stehenden Kreise des deutschen Imperialismus Deutschland „blockadefest" machen wollten, um somit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, Blitzfeldzüge nicht nur in Richtung Osten, sondern bei günstiger Gelegenheit in alle Richtungen führen zu können, falls unvermeidlich, auch als Zweifrontenkrieg. (34)

Im September 1936 wurde auf dem Nürnberger Parteitag der Vierjahresplan von Hitler verkündet, im Oktober 1936 Göring mit der Durchführung des Vierjahresplans beauftragt, wodurch Schachts Kompetenz empfindlich eingeschränkt wurde.

Wie aufmerksam in den USA die Entwicklung in Deutschland verfolgt und mit welcher Besorgnis jedes Anzeichen sinkenden Einflusses von Schacht in Washington und New York registriert wurde, geht aus einem Gespräch hervor, das am 23. September 1935 in der USA-Botschaft zwischen dem US-amerikanischen Generalkonsul S. R. Fuller und Hjalmar Schacht stattfand (35) und dessen Inhalt umgehend dem Präsidenten Roosevelt telegrafisch übermittelt wurde.

Der Teil des Gespräches, der in unserem Zusammenhang besonders interessiert, hat folgenden Wortlaut:

F(uller): Einige Ausländer haben das Gefühl, daß Sie Gefahr laufen, Ihre Macht zu verlieren. Sie bemerken einen Kampf zwischen Goebbels und Streicher auf der einen und Ihnen und der Armee auf der anderen Seite.

S(chacht): Die Armee steht hinter dem Führer. ... . Ich werde nicht fallen. Um sich an der Macht zu halten, muß man stets konservativ sein. ... . Ich bin konservativ, und die Armee ist immer konservativ.

F: Wo wird Hitler stehen? Wird er auf Seiten der Armee stehen?

S: Zweifellos.

F: Wird die Armee mit ihm sein?

S: Zweifellos. Das deutsche Volk braucht Hitler. Die Deutschen sind zu 95% für Hitler. Sie mögen unzufrieden sein mit seiner Umgebung, (disagree as to the regime which surrounds him), aber sie wollen und brauchen Hitler.

F: Nochmals: will die Armee ihn wirklich?

S: Zweifellos. Hitler ist eine Notwendigkeit für sie und für Deutschland.

F: Wird Hitler sich der konservativen Seite zuwenden?

S: Zweifellos. Um an der Macht zu bleiben, muß ein Staatsmann konservativ sein.

Die weitere Entwicklung zeigte, daß die ausländischen Skeptiker die Labilität der Position Schachts besser einzuschätzen vermochten als er selbst. Später beklagte sich Schacht bitter darüber, daß ihn die Wirtschaftsführer und überhaupt das Bürgertum im Stich gelassen hätten. Die Wirtschaftsführer seien, als sie sahen, daß er in der Wirtschaft nichts mehr bedeutete, aus seinen Vorzimmern verschwunden und hätten sich in die Vorzimmer Görings gedrängt. (36)

Schacht verwechselt hier absichtlich Wirkung und Ursache: Nicht, weil er seine Macht verlor, wandten sich die Wirtschaftsführer von ihm ab, sondern weil sich die Wirtschaftsführer von ihm und seinem Konzept abwandten, verlor er seine Macht. Und sie wandten sich in ihrer Mehrzahl von seinem Konzept ab, weil es vorsah, die wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands von den USA aufrechtzuerhalten, um von vornherein eine andere Stoßrichtung als die gen Osten, gegen die Sowjetunion, auszuschließen und die Gefahr eines Zweifrontenkrieges erst gar nicht wieder aufkommen zu lassen. Dem lag die zutreffende Einschätzung zugrunde, daß Deutschlands Kräfte für die Führung eines langanhaltenden Krieges gegen die in jeder Hinsicht weit überlegenen angelsächsischen Mächte und deren Verbündete genau so wenig wie im ersten Weltkriege ausreichten. Diese Ansicht wurde von einem erheblichen Teil der Monopolherren - insbesondere von Fritz Thyssen - wie auch von maßgeblichen Militärs geteilt, die aber dennoch in beiden Bereichen eine Minderheit darstellten.

Das Gros der deutschen Monopolisten sah nicht nur die Gefahren, die aus einem möglichen Zweifrontenkrieg hervorgehen konnten, sondern auch jene, die aus einer Abhängigkeit von den Westmächten und von deren leicht durchschaubaren Absichten ausgingen, Deutschland im Kriege gegen die Sowjetunion die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen. Sie waren sich durchaus darüber im Klaren, daß Stalins auf dem 18. Parteitag der KPdSU vorgetragene Analyse der hintergründigen Absichten, die von den Westmächten mit ihrer Nichteinmischungspolitik verfolgt wurden (37), den Nagel auf den Kopf traf. Hitler sprach in seiner Rede vor den Oberbefehlshabern am 22. August 1939 - einen Tag vor dem Abschluß des Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion -, nur aus, worüber sich seine Zuhörer ohnehin klar waren, wenn er sagte: „Nun bestand bei den Westmächten die Hoffnung auf das Mitmachen von Rußland. ... . Der Entschluß, Blut einzusetzen, ist schwer. Man fragt dann leicht: Warum gerade ich? So richtete sich die Hoffnung Englands auf Rußland. Aber nur ein blinder Optimist konnte glauben, Stalin würde so wahnsinnig sein, den Gedanken Englands nicht zu durchschauen: nämlich wie im Weltkrieg im Westen eine Art Stellungskrieg zu führen und im Osten Rußland die Blutlast des Krieges tragen zu

lassen." (38) Hitler brauchte dem nicht hinzuzufügen, daß auch er nicht so wahnsinnig sei, Großbritanniens Absicht, Nazideutschland als Festlandsdegen gegen die Sowjetunion einzusetzen und dabei ausbluten zu lassen, nicht zu durchschauen.

Die deutschen Imperialisten und Generale hatten zu keinem Zeitpunkt die Absicht gehegt, ihre Armeen gegen die Sowjetunion marschieren zu lassen, nur um damit am Ende die Reichtümer des Sowjetlandes für Großbritannien und die USA als lachende Dritte erobert zu haben. Deshalb entschieden sie sich 1936 in ihrer Mehrheit für den Vierjahresplan als Voraussetzung für eine Kriegsführung auf eigene Rechnung und zum eigenen Nutzen, also für Göring und gegen Schacht. Zwar wurde in Hitlers Denkschrift der Vierjahresplan ausdrücklich mit der Notwendigkeit eines Ausrottungsfeldzuges gegen den Bolschewismus begründet, und das war keineswegs nur ein Vorwand. Aber wenn man die Früchte des Sieges alleine ernten wollte, dann durfte man nicht auf die Versorgung und Unterstützung aus Übersee angewiesen bleiben. Dann durften aber auch nicht jene Hemmschuhe unter den Militärs und in der Regierung in ihren Ämtern bleiben, die nichts mehr fürchteten als kriegerische Verwicklungen mit den Westmächten und die mit ihren ewigen Warnungen und Unkenrufen die forcierte Vorbereitung auf die Ausnutzung jeder günstigen Situation, in welcher Richtung sie sich auch bieten würde, störten und behinderten, also Leute wie Fritsch und der Generalstabschef Beck, Schacht und der Außenminister Neurath.

Treibende Kräfte bei dieser „Säuberung" waren bezeichnenderweise jene beiden Naziführer, die über die engsten Kontakte zu den Spitzen der deutschen Monopolbourgeoisie verfügten - Göring (zu den IG-Farben) und Himmler (über den sogenannten „Freundeskreis Reichsführer SS").

Die widerstandslose Hinnahme der unglaublichen Intrige gegen den Oberkommandierenden des Heeres durch die Generalität hatte tiefgreifende Auswirkungen auf Hitlers Verhältnis zur Wehrmachtsführung. Er hörte auf, die Spitzenmilitärs mit dem Respekt des Laien gegenüber hochqualifizierten Fachleuten zu betrachten; anstelle seiner früheren Befangenheit ihnen gegenüber erfüllte ihn immer mehr ein Gefühl der Überlegenheit, gepaart mit Verachtung ob der Servilität eines Keitel und anderer sowie wegen der von ihm als „Kriegsscheu" qualifizierten Bedenken des Generalstabschefs Beck und seines Nachfolgers Halder. Er begann, sich nicht nur als der politische Führer, sondern auch als der Feldherr zu sehen, der den verkalkten Spezialisten erst einmal beibringen mußte, wie ein moderner Krieg geführt wird.

Bei den wenigen Militärs wie Beck und Thomas (39) und Politikern wie Goerdeler und Hassell (40), die aufgrund ihrer genauen Kenntnis des tatsächlichen weltpolitischen und militärischen Kräfteverhältnisses - soweit es den imperialistischen Teil der Welt betraf - ihre Nüchternheit bewahrten, rief die ab

Frühjahr 1938 zunehmend abenteuerliche und geradezu provokatorische Politik der politischen und militärische Führung helles Entsetzen hervor. In zahlreichen Denkschriften und Memoranden an Hitler wiesen sie die Unmöglichkeit für Deutschland nach, einen langandauernden Mehrfrontenkrieg zu führen. (41) Das blieb jedoch sowohl auf Hitler als auch auf die Mehrzahl der Generale und die hinter dem Vierjahresplan stehenden Monopolherren ohne Eindruck, da ihr Konzept, an dessen Durchführbarkeit sie fest glaubten, nach Krauchs Worten vorsah „rasche Kriegsentscheidung durch Vernichtungsschläge gleich zu Beginn der Feindseligkeiten" (42) zu erzwingen. Und da die von den „Hemmschuhen" vorhergesagten katastrophalen Folgen sowohl in der „Sudetenkrise" als auch nach der Besetzung Prags ausblieben, beide Unternehmen vielmehr mit einem triumphalen Erfolg für Hitler endeten, stiegen sein Ansehen im Volk und der Glaube an seine Unfehlbarkeit auf eine neue Höhe, und selbst unter den Generalen wuchs die Zahl derer ständig, die ihn für einen meisterlichen Strategen hielten. Sie übersahen völlig, daß es lediglich der Beschwichtigungspolitik der Westmächte zuzuschreiben war, wenn die von den oppositionellen Politikern und Militärs vorausgesagten katastrophalen Folgen ausblieben, und daß diese Politik der Westmächte nicht etwa ein Ausdruck der Schwäche und Kampfunfähigkeit war, sondern dem Wunsche entsprang, Deutschlands innere Stabilität nicht zu erschüttern, bevor es seine Aufgabe, die Sowjetunion zu überfallen und zu überwältigen, in Angriff genommen hatte. Deshalb nahm man in London die Informationen aus den Reihen der Opposition über Vorbereitungen zum Sturz Hitlers zwar interessiert zur Kenntnis, dachte aber überhaupt nicht daran, Hitler die zur Unterstützung ihres Vorgehens erbetenen außenpolitischen Schwierigkeiten zu bereiten. (43) Der Abschluß des Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion am 23. August 1939 war im deutschen Volk in anderer Weise populär als die vorhergehenden Aktionen. Zum ersten Male war es kein Akt der Aggression und Expansion, sondern ein echtes Friedenssicherungsabkommen (wenn es ernst gemeint war), mit dem die Naziführung das deutsche Volk überraschte. Die Erleichterung darüber war womöglich noch größer als die Überraschung und reichte bis in konservative Kreise hinein. Hitler hatte dort zusätzliches Vertrauen gewonnen, weil er - so meinte man - nun doch an die bewährten Maximen Bismarckscher Außenpolitik anknüpfte.

Ganz anders allerdings sah man in den Kreisen um Schacht und Thyssen, Goerdeler und Hassell die Dinge. Für sie war der Nichtangriffspakt das schlimmste aller Verbrechen Hitlers. Am 2. September 1939, nach dem Abschluß des Nichtangriffspaktes und dem Überfall der deutschen Truppen auf Polen, verließ Fritz Thyssen mit seiner Familie „Großdeutschland" und sandte am 1. Oktober an Göring einen Brief, in dem er die Gründe für seine Emigration darlegte. Darin hieß es über den Abschluß des Nichtangriffspaktes: „Selbst vom Standpunkt einer pragmatischen

Politik (practical politics) kommt diese Politik einem Selbstmord gleich, denn der einzige, der davon profitiert, ist der gestrige Todfeind und heutige Freund des Nationalsozialismus, Rußland, das Land, von dem des Führers engster Berater Keppler in einer Rede vor dem Verwaltungsrat der Reichsbank vor einigen Monaten sagte, es müsse bis hin zu den Bergen des Ural germanisiert werden. Alles, was ich jetzt tun kann ist, an Sie und den Führer dringendst zu appellieren, nicht länger eine Politik zu verfolgen, die, falls erfolgreich, Deutschland in die Arme des Kommunismus treiben, und im Falle des Scheiterns das Ende Deutschlands bedeuten wird." (44)

Ullrich v. Hassell notiert unter dem Datum des 10. Oktober 1939 in seinem Tagebuch folgendes über den Inhalt eines Gespräches mit Goerdeler: „Meiner Grundauffassung stimmt er in jeder Hinsicht zu. Auch nach seiner Ansicht ist die Kriegspolitik ein verbrecherischer Wahnsinn und die Politik mit Rußland in dieser Form eine ungeheure Gefahr. In der Lage ohne Ausweg, in die uns Hitler und Ribbentrop hineinmanövriert hatten, haben sie als einziges Auskunftsmittel die Kooperation mit den Sowjets gesehen, ... Alles tritt aber zurück gegen die unbekümmerte Auslieferung eines großen Teiles des Abendlandes ... an denselben Bolschewismus, den wir angeblich im fernen Spanien auf Tod und Leben bekämpft haben ... . Die ganze Lage führt mich zu dem Schlüsse, daß es hohe Zeit wird, den hinabrollenden Wagen zu bremsen." (45)

Zunächst aber schien der Wagen unaufhaltsam auf der Siegesstraße voranzurollen, dem Endsieg entgegen: Norwegen, Belgien, Frankreich, Jugoslawien, Griechenland - wo immer die deutschen Streitkräfte angriffen, warfen sie den Gegner in einem Blitzfeldzug nieder - in Kürze war Hitlerdeutschland Herr von fast ganz Europa. Mit jedem neuen Sieg wuchs Hitlers blendender Ruhm weiter an und stieg bis ins Unermeßliche, als die deutschen Panzerarmeen auch nach dem Überfall auf die Sowjetunion scheinbar unaufhaltsam vorrollten. Im August 1941, im Zenit seiner Erfolge, rühmten ihn nicht nur die Nazipropagandisten als den größten Feldherrn aller Zeiten, der von Alexander dem Großen bis zu Napoleon alle seine Vorgänger in den Schatten stellte; dies glaubte bis auf wenige Ausnahmen ein ganzes Volk, und dies glaubten auch viele Menschen im Ausland, die sich voller Angst und Verzweiflung fragten, ob es denn überhaupt noch eine Kraft gebe, um Hitler und seine Armeen zu stoppen. Hitler war aber damit auch zum wichtigsten und stärksten, durch nichts und niemanden zu ersetzenden Faktor der inneren Stabilität, der Erhaltung der Kriegsbereitschaft und Durchhaltemoral im deutschen Volk geworden. Das Interesse an der Bewahrung dieser Moral und Ruhe an der „Heimatfront" erforderte die Bewahrung der Wirkung des Hitlermythos auch und erst recht nach dem Umschwung im Kriegsverlauf, als das Vertrauen an der Front und in der Heimat in die Führung durch die ununterbrochene Kette von Niederlagen schweren Belastungen ausgesetzt

wurde. Nicht nur Hitlers Eitelkeit und Ehrgeiz, auch die „Staatsräson" bedurfte der Sündenböcke für die Niederlagen in Gestalt „unfähiger" Generale, die in die Wüste geschickt wurden, als erster Brauchitsch.

Hitler blieb unverzichtbar, jetzt zwar nicht mehr als der Garant des Sieges, aber doch als Träger aller Hoffnungen auf ein Wunder, das den Sieg trotz allem noch herbeiführen könnte; war er doch der Mann, der wie durch ein Wunder aus dem Nichts zum Gipfel einer beispiellosen Macht emporgestiegen war, dem deshalb auch das Wunder zugetraut werden konnte, sich selbst und das Land vor dem Versinken ins Nichts zu bewahren.

Solange sich das Volk in seiner Mehrheit an die Hoffnung Hitler klammerte, waren die Herrschenden davor gesichert, daß es einen Ausweg durch eigenes Handeln suchen würde, abgeschirmt vor der Gefahr einer Wiederholung des November 1918.

Hitler blieb also auch und gerade in der Krise des faschistischen Regimes der „Wert-Faktor", als den er sich selbst bezeichnet hatte, bevor er den Startschuß für die Auslösung des Zweiten Weltkrieges gab.

Aber zugleich war Hitler das entscheidende Hindernis dafür, mit den Westmächten über einen Verständigungsfrieden zu verhandeln, solange Deutschland in einem Handel noch etwas in die Waagschale zu werfen hatte: militärische und wirtschaftliche Stärke und riesige besetzte Gebiete als Faustpfänder.

In diesem Dilemma mußten sich die widerstrebenden Interessen innerhalb der herrschenden Klasse in widerstreitenden Tendenzen der Suche nach einem Ausweg niederschlagen. Grob gesehen lassen sich drei Varianten imperialistischer Haltung angesichts der drohenden Niederlage ausmachen: (46)

Erste Variante: Das Allerwichtigste ist die Revolutionsverhinderung. Jedes Vorgehen gegen Hitler birgt das Risiko eines Dammbruches mit unabsehbaren Folgen in sich, deshalb ist es besser, den Weg mit Hitler bis zu Ende zu gehen. Wie der Krieg auch ausgeht - die unnatürliche Koalition der Westmächte mit der Sowjetunion muß früher oder später an ihren inneren Gegensätzen zerbrechen, und umso rascher, je größer die Erfolge der Roten Armee sind und je näher diese der deutschen Grenze kommt. Deutschland wird für die Westmächte immer als Bollwerk gegen den Bolschewismus unentbehrlich sein. Deshalb ist selbst eine bedingungslose Kapitulation einem Vorgehen gegen Hitler mit dem Risiko einer revolutionären Erhebung vorzuziehen, denn diese würde kaum ein zweites Mal so glimpflich auslaufen wie die Novemberrevolution: damals gab es noch keine Kommunistische Partei, und die Sowjetunion mußte um des Überlebens willen das Brester Diktat akzeptieren. Jetzt aber ist die KPD die einzige organisierte Gegenkraft, und die Rote Armee würde als Siegermacht auf deutschem Boden stehen. Eine Revolution wäre also mit ziemlicher

Sicherheit das Ende des Kapitalismus in Deutschland, die Kapitulation dagegen mit Hilfe der Westmächte nur eine Niederlage mit der Chance des Neubeginns. Deshalb sollte als einziges Mittel, die Westmächte zu Verhandlungen geneigt zu machen, die Verstärkung der militärischen Anstrengungen eingesetzt werden, um ihnen klar zu machen, daß die Fortführung des Krieges auch von ihnen einen ungeheuren Blutzoll fordern würde. Sollte sich aber doch eine Situation ergeben, in der Hitler nicht mehr da ist und sich dadurch der Weg für Verhandlungen mit den Westmächten öffnet, dann wäre das natürlich eine sehr erwünschte Gelegenheit, die unbedingt genutzt werden müßte. Darauf darf man indessen nicht warten. Man muß jetzt schon eine Überlebensstrategie für die Zeit nach dem Kriege entwickeln. Dies war in etwa die Position, die von einem Teil der deutschen Monopolisten und natürlich von den offiziellen Institutionen - z. B. der Reichsgruppe Industrie, dem Reichswirtschaftsministerium, dem Speer-Ministerium - eingenommen wurde. Zeugnisse dafür sind die inzwischen aufgedeckten und bereits erwähnten Nachkriegsplanungen. (47)

Zweite Variante: Natürlich ist die Revolutionsverhinderung das Allerwichtigste. Aber zugleich darf man nicht auf den Versuch verzichten - durch eine Verständigung mit den Westmächten -, von dem, was im Krieg erobert wurde, und an militärischer Macht so viel zu retten wie irgend möglich. Man muß das Interesse der Westmächte daran, daß den Russen der Weg nach Europa verlegt wird, ausnutzen und ihnen anbieten, die ganze militärische Macht des Deutschen Reiches an die Ostfront zu werfen, als Gegenleistung für den Verzicht auf bedingungslose Kapitulation und für einen Frieden, der Deutschland als selbständige Macht bestehen läßt, mit Grenzen, die alle Deutschen oder möglichst viele von ihnen in Mitteleuropa umschließen. Das ist mit Hitler nicht zu erreichen. Deshalb muß ein Weg gefunden werden, Hitler von der Spitze zu beseitigen, sei es auf dem italienischen Wege, durch Verhaftung und Absetzung, sei es durch ein Attentat. Auf welchem Wege auch immer, gesichert werden muß, daß der Wechsel an der Spitze schlagartig und mit Blitzesschnelle erfolgt, um auch nicht für eine Sekunde ein Machtvakuum entstehen zu lassen. Die Soldaten und die Bevölkerung dürfen davon erst erfahren, wenn die neue Regierung schon installiert ist. Jede Bewegung von unten muß verhindert und es muß gesichert werden, daß den Anweisungen und Befehlen von oben bedingungslos Folge geleistet werde. Dies ist um so notwendiger, als der Krieg im Osten auf jeden Fall, im Westen wenigstens bis zum Beginn von Verhandlungen weiterzuführen ist.

Ein Vorgehen gegen Hitler ist natürlich riskant. Es kann nur gelingen, wenn die militärische Führung, zumindest maßgebliche bekannte und populäre Heerführer, mitmachen, und es darf nur in Gang gesetzt werden, wenn vorher von den Westmächten die Zusicherung vorliegt, daß von einer Regierung ohne Hitler keine

bedingungslose Kapitulation gefordert, sondern mit ihr über einen Verständigungsfrieden verhandelt wird.

Die Formulierung eines solchen, sich natürlich im Verlauf des Krieges modifizierenden, aber im Grundlegenden gleichbleibenden Konzeptes finden wir vor allem in den zahlreichen Denkschriften Carl Goerdelers.

„Grundlage seiner Anschauungen war der Antikommunismus", schreibt Kurt Finker über Goerdeler und fährt fort: „In einer Denkschrift vom 1. Juli 1940 malte er das Bild eines unter der Zwangsherrschaft Hitlers verelendenden Europas, dessen notleidende Massen den besten Nährboden für 'bolschewistische Ideen' bieten würden. ... . Goerdeler wollte das faschistische Regime nicht beseitigen, er wollte es reformieren. ... . In der Ende 1940 und Anfang 1941 verfaßten Denkschrift 'Das Ziel' breitete Goerdeler seine Ansichten bis ins Detail aus. Doch handelte es sich nach wie vor nur um eine Variante der reaktionären und aggressiven Vorherrschaftsstrategie des deutschen Imperialismus, eine Variante, die allenfalls durch mehr Elastizität und Flexibilität gekennzeichnet war." 48) Diese Einschätzung wird durch längere Ausführungen aus der Denkschrift belegt. So hieß es dort z. B.: „Der für Deutschland in Betracht kommende Großwirtschaftsraum ist sicherlich Europa. Aber abgesehen davon, daß er zumindest für die beiden nächsten Jahrzehnte infolge der Rückständigkeit Rußlands nicht ausreicht, wäre es schwächlicher Verzicht, wenn wir nicht unsere Leistungsfähigkeit auch in den übrigen Teilen der Welt ausnutzen wollten ... . Die zentrale Lage, die zahlenmäßige Stärke und die hochgespannte Leistungsfähigkeit verbürgen dem deutschen Volk (?! K. G.) die Führung des europäischen Blocks, wenn es sie sich nicht durch Unmäßigkeit oder durch Machtsuchtmanieren verdirbt.

Tut man gar alles, um die Führung unsichtbar zu machen, läßt man anderen bei Äußerlichkeiten betont den Vortritt, so kann man spielend die europäischen Staaten zum gemeinsamen Wohl führen, ... Es ist nicht zu kühn gesagt, daß bei rechtzeitigem Handeln, d. h. Abbruch des Krieges zugunsten eines sinnvollen politischen Systems, der europäische Staatenbund unter deutscher Führung in 10 bis 20 Jahren Tatsache wird ... . Im Osten kann eine fruchtbare wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit einem bolschewistischen Rußland sich nicht entfalten. ... . Das Ziel muß sein, Rußland allmählich in eine europäische Zusammenfassung einzubeziehen." (49)

Goerdeler erkannte sehr klar, daß Deutschland einen langdauernden Krieg nicht gewinnen konnte, und er war sich auch darüber im Klaren, daß die von den deutschen Armeen (in seiner Diktion: von Hitler) praktizierte Politik und Kriegsführung Verbrechen auf Verbrechen häufte und deshalb nur Sturm ernten konnte; das hinderte ihn jedoch nicht, große mit dieser Politik und dieser Kriegsführung eroberte Gebiete

auch für das Deutschland nach Hitler zu beanspruchen. Das wird sehr deutlich an seinem sogenannten „Friedensplan" vom 30. Mai 1941, der für die englische Regierung bestimmt war. (50)

Einleitend wird gesagt, eine „Gruppe deutscher Persönlichkeiten, der führende Männer aller Lebensgebiete angehörten", sei „bereit, die Verantwortung für die Bildung einer Regierung zu übernehmen". Die „maßgebenden Persönlichkeiten" wünschten aber „schon jetzt Klarheit darüber zu gewinnen, ob alsbald nach erfolgter Einsetzung einer solchen, den Nationalsozialismus ablehnenden Regierung gemäß früheren Versicherungen der britischen Regierung (51) Friedensverhandlungen aufgenommen werden können". Sodann werden die „von der deutschen Gruppe verfolgten Friedensziele", die „Grundlage von Verhandlungen" sein sollten, formuliert, darunter: (...)

„2. Bestätigung der vor dem Kriege erfolgten Anschlüsse von Österreich, Sudetenland, Memelland an Deutschland.

3. Wiederherstellung der Grenzen Deutschlands von 1914 gegenüber Belgien, Frankreich, Polen. (...)

5. Rückgabe der deutschen Kolonien oder gleichwertiger Kolonialgebiete unter gleichzeitiger Einrichtung eines internationalen Mandantarsystems für alle Kolonien.

6. Keine Kriegsentschädigung, gemeinsamer Wiederaufbau."

Noch erstaunlicher als die Selbstverständlichkeit, mit der hier Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy und der sogenannte „Polnische Korridor" für Deutschland reklamiert wurden, sind allerdings die „Friedens-Vorschläge", die Goerdeler noch lange nach Stalingrad, im Herbst 1943, den umworbenen britischen Verhandlungspartnern zumuten zu können glaubte.

Man liest da:)52)

„Wir gehen davon aus,

1. daß Deutschland um des deutschen Volkes, der Völker Europas und des Friedens willen moralisch und materiell stark sein muß;

2. daß zwischen England und Rußland Interessengegensätze von Ostasien bis zum Mittelmeer, vom Mittelmeer bis zum Nordatlantik bestehen, die in der Natur der Verhältnisse begründet sind;

3. daß Europa eine Sicherung gegen russische Übermacht braucht;

4. daß diese Sicherung zur Zeit nur durch England oder Deutschland auf längere Zeit sichergestellt werden kann;

5. daß es zweifelhaft ist, ob Amerika dauernd Kräfte für diese Sicherung zur Verfügung stellen wird;

6. daß es daher sinnvoll und geboten ist, die natürliche Interessengemeinschaft zwischen England und Deutschland zu verwirklichen, weil sie alle jene Voraussetzungen erfüllen würde;

7. daß diese Verwirklichung nur erfolgen kann, wenn die europäischen Völker in Freiheit und Selbständigkeit sich zu einem ewigen Friedensbund zusammenfinden, in dem weder Deutschland noch eine andere Macht Vorherrschaft beansprucht;

8. daß kein weißes Volk dazu beitragen darf, Japan eine Ausdehnung auf Kosten anderer weißer Völker oder Chinas zu ermöglichen; ... ."

Von diesen Prämissen ausgehend, kommt Goerdeler zu folgenden deutschen Forderungen:

„Alle Pläne, Deutschland aufzuteilen, müssen immer wieder Spannungen in Deutschland und damit in Europa erzeugen. ... . Als deutsche Grenzen kommen in Betracht:

- im Osten etwa die Reichsgrenze von 1914;

- im Süden die in der Konferenz von München 1938 anerkannte Grenze einschließlich Österreichs; auch muß Südtirol, ein rein deutsches Land, bis zur Grenze Bozen-Meran zu Deutschland zurückkehren ...;

- im Westen ist die Elsaß-Lothringen-Frage schwer zu lösen; es gibt keine Ruhe, wenn Elsaß-Lothringen in seinem alten Bestand zu Deutschland oder Frankreich geschlagen wird; es gibt zwei andere Möglichkeiten: a) entweder Elsaß-Lothringen wird ein autonomes Land etwa in der Stellung der Schweiz, oder b) durch eine neutrale Kommission wird die Sprachgrenze ermittelt, wie sie 1918 und 1938 war. Zwischen diesen beiden Linien muß die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland liegen; ... .

- im Norden muß in ähnlicher Weise wie im Westen die gerechte Grenze gegenüber Dänemark ermittelt werden ... .

Dieser territoriale Bestand des Deutschen Reiches setzt eine Verständigung über (über, nicht: mit! K. G.) Polen voraus. Soweit sich jetzt übersehen läßt, ist der Bestand Polens davon abhängig, daß die deutsche Front im Osten die polnische Ostgrenze von 1938 (also einschließlich Westbjelorußland und Westukraine! K. G.) hält. Bricht sie zusammen, so ist Polen an Rußland verloren. ... . Polen kann Ersatz für Westpreußen und Posen durch eine Staatsunion mit Litauen (also einer

Sowjetrepublik! K. G.) erhalten. Dadurch wird beiden Völkern geholfen und Polen der Zugang zum Meer geschaffen. ... .

An eine Wiedergutmachung des durch den Hitlerismus den europäischen und anderen Völkern zugefügten Schadens ist nicht zu denken. Deutschland ist durch Hitler schon vor diesem Kriege in ungeheure Schulden gestürzt. ... .

Zur Zeit besteht in Rußland ein gleichmäßiges bolschewistisches System. ... . Wenn das heutige Rußland Vorherrschaft über Europa ausübt, werden die mittel- und westeuropäischen Völker, durch den Krieg geschwächt, durch Leidenschaft bewegt, vor schier unerfüllbaren Aufgaben stehend, zunächst dem radikalen Bolschewismus verfallen. Das wäre der Tod der europäischen Kultur und der Geltung Europas, wäre wohl auch für England eine große Gefahr. Noch gefährlicher aber wird Rußland, wenn es zu den wahren Gesetzen der Wirtschaft und der Politik allmählich zurückfindet. Denn dann wird seine Kraft noch größer. Rußland dürfte die einzige Macht auf der Erde sein, die ohne eine große Flotte das englische Empire lebensgefährlich treffen könnte. Es ist selbstverständlich eigenste Sache Englands, diese Lage zu prüfen und jede Schlußfolgerung zu ziehen, die es in seinem Interesse für notwendig erachtet. Wir können nur unsere Meinung sagen, und die besteht darin, daß alle europäischen Völker westlich Rußlands sich gegen eine russische Übermacht und Vorherrschaft sichern müssen. Weder Frankreich noch Italien noch ein Zusammenschluß der kleineren Völker kann diese Sicherung zur Zeit gewähren. Deutschland kann es eben noch, wenn es rechtzeitig die Verbrecher zum Teufel jagt und bestraft, und wenn ihm England und Amerika die Möglichkeit gewähren, den Krieg ohne Zusammenbruch zu liquidieren. Ein Hemmnis hierzu ist die Forderung der bedingungslosen Kapitulation. Die Ereignisse in Italien sollten warnen. Jedenfalls ist eins mathematisch sicher: Wird Deutschland im entscheidenden Moment bedingungslose Kapitulation abgefordert, so legt der deutsche Soldat auch im Osten genau so die Waffen nieder, wie es jeder andere Soldat der Welt tun würde. Damit würde Rußland der Vormarsch freigegeben werden. Wo er zum Stehen kommt, weiß kein Mensch. ... . Am schnellsten erhalten die angelsächsischen Reiche die meisten Kräfte für Ostasien frei, wenn die europäische Sicherung gegen Rußland durch Europa selbst erfolgen kann. ... . Es wird notwendig sein, hierzu die europäischen Völker zusammen zu bringen, aber das erfordert Zeit. Inzwischen wäre es Aufgabe Deutschlands, diesen Schutz zu übernehmen. Das ist wieder nur möglich, wenn man nicht die Forderung auf totale Entwaffnung stellt."

Am Charakter dieses sogenannten Friedensplanes kann nicht der geringste Zweifel bestehen: es ist dies nichts anderes als die Wiederholung des Versuches von 1918, für den deutschen Imperialismus einen „milden" Frieden zu erlangen durch das Angebot zur Übernahme der Rolle des Bollwerks gegen den Bolschewismus. Man vergleiche

mit dem obigen Memorandum Goerdelers die nachfolgenden Auszüge aus den Aufzeichnungen Albert Ballins für Wilhelm II. von Anfang September 1918: (53)

„Noch könnte alles Wesentliche gerettet werden. ... . Wir haben große Trümpfe in der Hand:

1. Die besetzten Länder. Wir können sagen, wenn ihr in einen würdigen Frieden und Völkerbund mit uns eintretet, geben wir die besetzten Gebiete heraus und ersparen euch die furchtbar schwere, vielleicht in Jahren kaum zu bewältigende Aufgabe, uns hinauszuwerfen.

2. Die rasche und kluge Modernisierung (der Ausdruck ist richtiger und giftloser als Demokratisierung) des Reiches. Diese Modernisierung ist zugleich das einzige Mittel, die Dynastie für Dauer zu sichern.

Wir haben im gegnerischen Lager die folgenden Aktiven: ... . Das allgemeine Bedürfnis, die in Rußland investierten Milliarden zu retten und die russischen Bodenschätze vor Zerstörung zu bewahren und die Länder Europas vor Verseuchung durch die Bolschewisten zu schützen.

Was brauchen wir und müssen wir zu erhalten trachten?

1. Fairplay in der Rohstoffverteilung ... .

2. Sicherung des territorialen Reichsbestandes und eines ergiebigen Kolonialbesitzes.

3. Die innere Modernisierung des Reiches muß möglichst vollzogen sein, ehe man Verhandlungen beginnt, sonst erscheint sie von den Gegnern erzwungen und gefährdet die Dynastie." (54)

Es ist geradezu verblüffend, wie sehr sich Geist und Inhalt beider Aufzeichnungen von so verschiedenen Männern mit so verschiedener Herkunft und so verschiedenem Charakter gleichen. Das liegt daran, daß beide das gleiche Klasseninteresse in einer ähnlichen Grundsituation zum Ausdruck bringen.

Die Aufgabe, die vor Goerdeler 1943/44 stand, war indessen womöglich noch komplizierter und unlösbarer, als diejenige Ballins im September 1918.

Goerdeler und seine Freunde in der Wirtschaft mußten, um ihr Ziel zu erreichen, nicht nur einen Gegner - die angelsächsischen Mächte - dazu überreden, auf den bereits sicheren Sieg über den deutschen Konkurrenten zu verzichten, um diesem statt dessen die Möglichkeiten zu belassen, erneut die Führung in Europa an sich zu reißen; sie mußten unter der deutschen Generalität auch die Leute finden, die erstens in der Lage waren und die sich zweitens dazu überreden ließen, das Haupthindernis für Verhandlungen mit den Westmächten, Hitler, aus dem Weg zu räumen. Die

Verhandlungen mit den Westmächten einzuleiten war Sache der Politiker, Diplomaten, Geschäftsleute und Kirchenmänner. Die innenpolitischen Voraussetzungen für Verhandlungen konnten jedoch nur von den Militärs geschaffen werden.

Deshalb verfaßte Goerdeler schon kurz nach Stalingrad eine Denkschrift für die Generalität (55) in der er mit eindringlichsten Worten die Notwendigkeit einer Aktion gegen Hitler und die Möglichkeit einer Übereinkunft mit den Westmächten darlegte. Er leitete diese seine Denkschrift damit ein, daß er aus einer Aufzeichnung aus dem Sommer 1918 an General Ludendorff Auszüge zitierte, die in der Tat sehr geeignet waren, seiner eigenen Argumentation den Nachdruck historisch erhärteter Wahrheit zu geben. In dieser Denkschrift von 1918 hatte deren Verfasser - ein Major Niemann - Ludendorff die unterschiedlichen Aufgaben des militärischen und des politischen Führers vor Augen geführt: „Der Soldat muß an den Sieg glauben, und eine oberste Heeresleitung, die den Glauben und Willen nicht hätte, die Widerstandskraft des Feindes mit Waffengewalt zu brechen, würde ihrer Aufgabe nicht gewachsen sein.

Der Politiker, der die Waffenerfolge in ihrer Wirkung für das zukünftige Weltbild auszuwerten hat, sieht die militärischen Erfolge unter einem anderen Gesichtswinkel ... . Lassen sich die Waffenerfolge so steigern, daß die Hilfskräfte des Feindes erschöpft werden können, dann ist die Aufgabe des Politikers verhältnismäßig einfach. ... . Anders und komplizierter wird die Aufgabe, wenn die Waffengewalt zur radikalen Beseitigung des feindlichen Willens nicht ausreicht. Der Waffenerfolg kann dann nicht mehr als politisches Zwangsmittel, sondern nur noch als Druckmittel gewertet werden. ... . Dauert der Krieg weiter, dann müssen wir den absteigenden Ast der Kurve betreten. ...Wir müssen unsere militärischen Kräfte als Druckmittel ausnutzen, solange wir die militärische Überlegenheit noch besitzen.

Treten wir im Zeichen des Abstiegs an den Verhandlungstisch, dann spielen wir ohne Atouts. Das Druckmittel wird dann von Tag zu Tag wirkungsloser." (56)

Dies war der Hauptgedanke und das schwerwiegendste Argument Goerdelers, um die Generalität von der Notwendigkeit des Handelns gegen Hitler zu überzeugen: Wenn man noch länger zögert, wird es zu spät sein, die militärische Macht noch als Druckmittel einzusetzen. „Entscheidend ist die Tatsache", kommentierte er die Nutzanwendung aus den Niemann'schen Ausführungen, „daß jetzt die deutschen Kräfte auf allen Gebieten sich dem Zustand des Verbrauchtseins nähern, daß wir uns in der absteigenden Linie befinden, während der Kräfteeinsatz der Gegner noch einer erheblichen Steigerung fähig ist." (57)

Um dies den Generalen recht nachdrücklich vor Augen zu fuhren, gab Goerdeler eine drastische Schilderung des allgemeinen Niedergangs auf innenpolitischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet, der nur in einem völligen Zusammenbruch, noch schlimmer als der von 1918, enden könne, wenn er nicht durch eine entscheidende Tat aufgehalten werde. Bezeichnend ist dabei, daß Goerdeler offenbar als eines der wirkungsvollsten Argumente die Behauptung betrachtete, durch Hitlers Führung werde „unser Vaterland nicht nur wirtschaftlich, sondern sittlich allmählich bolschewisiert." (58) Zum anderen reibt er den Generalen die zahlreichen Demütigungen unter die Nase, die sie sich von Hitler hatten gefallen lassen müssen: Hitler sei kein Feldherr, das Feldherrntum sei ihm nur durch Propaganda angedichtet worden; die wirklichen Feldherren aber habe er „abgefunden, wie es ihm paßte, hier mit Beförderungen, dort mit vorschnellen Entlassungen, ja mit Bestrafungen. Er hat sich nie gescheut, ihnen die Verantwortung für das Unglück von Moskau (Winter 1941/42) zuzuschieben und verbreiten zu lassen, daß es nur seinem persönlichen Eingreifen auf dem Schlachtfeld (er habe Generalen die Schulterstücke abgerissen, er habe Verwundeten die Pelze der Offiziere gegeben und sie verbunden!!) gelungen sei, die Katastrophe zu wenden." (59)

Als Fazit seiner Lagebeurteilung forderte Goerdeler, „rechtzeitig die Folgerungen zu ziehen, die allein das heranrückende Unheil abwenden können". An die Stelle des militärischen Tuns müsse man nun, da man den Krieg nicht mehr gewinnen und eine günstigere Situation für Verhandlungen nicht mehr herbeiführen könne, das politische Tun setzen. Das sei mit der gegenwärtigen Staatsführung nicht möglich, deshalb müsse sie „weichen". Die Lage sei noch zu retten „durch Zusammenwirken anständiger und verständiger politischer und militärischer Führung." Es stünden geschulte politische Köpfe in genügender Anzahl in Deutschland zur Verfügung, „allerdings zur Zeit nicht an offiziellen Stellen." (60)

Nachdem Goerdeler derart die Notwendigkeit zum Staatsstreich begründet hatte, legte er seinen Adressaten dar, welches die positivsten Ziele sein müßten, und begründete, weshalb und unter welchen Voraussetzungen diese Ziele noch erreichbar seien. Diesen Passagen gebührt das größere Interesse, weil aus ihnen der imperialistische Charakter des Goerdeler-Programms am unverhülltesten hervortritt.

Als Ziele, die noch durch richtiges Handeln erreichbar seien, nannte Goerdeler an erster Stelle den „Bestand des Reiches in den Grenzen von 1914, vermehrt um Österreich und Sudetenland". Mit den Franzosen müsse man sich im Hinblick auf eine künftige europäische Politik, bei der „rechtzeitige Schonung von Empfindlichkeiten gewaltige Früchte bringen" könne, vielleicht auf eine Sprachgrenze einigen.

Als zweites noch erreichbares Ziel nannte Goerdeler „die führende Stellung Deutschlands auf dem Kontinent", als drittes die Wiedergewinnung Südtirols. Dazu meinte er, die Westmächte würden „es heute mit Vergnügen an Deutschland zurückfallen lassen, wenn wir selbst fähig sind, es zu besetzen."(!)

Hinsichtlich der Kolonien fand Goerdeler, der Zeitpunkt, „Kolonien jetzt zu erwerben" sei verpaßt. Dagegen sei noch zu erreichen, sich mit den Siegermächten nach einiger Zeit über eine Beteiligung Deutschlands „an Verwaltung und Besitz von Kolonien ... zu verständigen. ... . Allmählich läßt sich bei energischer und geschickter Ziel Verfolgung koloniale Betätigung Deutschlands erreichen." (61)

Goerdeler sah sich dann veranlaßt, die Realisierbarkeit dieser verwegen-optimistischen Zielansprüche zu begründen. Diese Ziele, so führte er aus, seien noch erreichbar wegen der Interessenübereinstimmung der angelsächsischen Mächte mit Deutschland:

„a) England und USA haben dasselbe Lebensinteresse wie Deutschland, daß Europa so bald wie möglich zur Ruhe kommt, um ihnen die überquellenden Rohstoffe und Nahrungsmittel abtauschen zu können. ... . Ein solches geordnetes, friedlich arbeitendes Europa ist aber nur zu haben, wenn sein Zentrum Deutschland befriedet und befriedigt ist.

b) Die beiden angelsächsischen Weltreiche haben wie Deutschland ein Lebensinteresse daran, daß der Bolschewismus nicht weiter nach Westen vordringt. Nur Deutschland kann den Bolschewismus aufhalten. Wenn Deutschland durch Kriegsverlust und ungünstigen Frieden geschwächt wird, dann findet der Bolschewismus leichteren, vielleicht allzu leichten Weg nach dem Westen.

c) England hat ein Lebensinteresse daran, daß kein starkes Rußland aus diesem Kriege hervorgeht, denn dieses Rußland kann als einzige Macht England auch ohne Flotte ... empfindlich treffen."

Die Engländer würden sehr klar sehen, „daß Frankreich kein Damm mehr auf dem Festland sein kann", weshalb sie „nunmehr entschlossen sein müssen, ein neues Gleichgewicht zu erstreben, das da etwa lautet: Europa mit deutscher Stärke gegen Rußland".

Goerdeler beschloß die Darlegung der Gründe für die Erreichbarkeit der von ihm genannten Ziele mit der Feststellung, nach der notwendigen Änderung in der Führungsspitze des Reiches könnten die nächsten Schritte „dann einer Entspannung mit den Westmächten gewidmet sein, die es ermöglichen, alle Kriegskräfte des deutschen Volkes auf den Osten zu konzentrieren.“ (62)

Voraussetzungen für all dies sei aber:

„a) Unsere Wehrmacht darf noch nicht unfähig erscheinen, weiter Krieg zu führen; der Sieg darf dem Gegner noch nicht in der Nähe winken. Insbesondere muß die deutsche Wehrmacht fähig bleiben, die Ostfront nicht weiter westlich als die alte Ostgrenze Polens zu halten. Dies ist wichtig, weil wir dann sowohl den Polen wie den Angelsachsen gegenüber den Schlüssel für das Geschick Polens in den Händen halten.

b) Unser Rüstungspotential darf nicht weiter durch Zerstörung und durch Unsachlichkeit vermindert werden.

c) Deutschland muß eine anständige, sachkundige Führung erhalten." Kennzeichnend für den Charakter des Goerdeler'schen Programms sind auch seine Vorstellungen über die Zukunft Polens. „Die Eingliederung Polens in Deutschland wäre auch für uns kein Segen. Ein selbständiges, richtig behandeltes Polen wird ganz von selbst wirtschaftlich und politisch Anschluß an Deutschland suchen müssen." (63)

Um die Bedenken der Generale gegen den geforderten Staatsstreich aus dem Wege zu räumen, führte Goerdeler zusätzlich noch zwei weitere Argumente ins Feld, nämlich erstens, „daß man sich auch in führenden Parteikreisen darüber klargeworden ist, daß es weder persönlich noch sachlich so weitergeht", woraus sich für die Wehrmacht die Möglichkeit ergebe, „mit diesen Kräften der Partei zusammen zu gehen", und zweitens, daß in der Arbeiterschaft ein Prozeß der Radikalisierung im Gange sei, der, wenn man ihn durch Untätigkeit weiter fortschreiten lasse, „sehr viel schlimmere Folgen annehmen (wird) als 1918." (64)

Wir haben aus den Goerdeler-Denkschriften so ausführlich zitiert, um den Nachweis zu führen, daß die in ihnen niedergelegte Zielsetzung exakt dem entspricht, was wir als zweite Variante einer imperialistischen Haltung gegenüber der drohenden Niederlage skizzierten.

Eine wichtige Frage ist die nach dem Verhältnis zwischen Variante eins und Variante zwei.

Zweifellos besteht ein großer Unterschied zwischen einer Haltung, die aus Furcht vor der Revolution es vorzieht, mit Hitler durch Dick und Dünn zu gehen in der vagen Hoffnung, die Antihitlerkoalition werde noch vor der eigenen totalen Niederlage auseinanderfallen, und der durch Goerdeler repräsentierten Haltung, den Bruch der Antihitlerkoalition aktiv zu beschleunigen durch einen Staatsstreich gegen Hitler und „Modernisierung" des Regimes.

Eine Suche nach den Motiven dieser unterschiedlichen Haltungen wird feststellen können, daß im ersten Falle die Furcht vor den unvorhersehbaren Folgen des Verschwindens der Integrationswirkung des Führermythos größer ist als die Furcht vor den Folgen der Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation. Oder positiv ausgedrückt: im ersten Falle ist das Vertrauen in die Wirksamkeit der Klassensolidarität der imperialistischen Sieger mit dem imperialistischen Verlierer größer als das Vertrauen in die Möglichkeit eines Staatsstreiches hinter dem Rücken des Volkes, eines Staatsstreiches ohne das Risiko der Auslösung von Bewegungen von unten bis hin zum Bürgerkrieg. Bei der zweiten Variante liegen die Dinge nahezu umgekehrt.

Es liegt nahe, an solche Feststellungen Betrachtungen darüber anzuknüpfen, ob hinter solch unterschiedlichen Verhaltensweisen nicht unterschiedliche ökonomische Interessen oder Beziehungen zu vermuten sind, etwa derart, daß die erstgenannte Haltung kennzeichnend sei für solche Unternehmen und ihre Leiter, die während des ganzen Krieges hindurch ihre Geschäftsverbindungen zum US-Kapital aufrechterhalten konnten und die deshalb selbst von einem totalen Zusammenbruch nicht so hart betroffen werden würden wie andere.

Die Schwierigkeit besteht indessen darin, daß alle derartigen Vermutungen pure Spekulation bleiben müssen aus Mangel an beweiskräftigen Unterlagen. Wohl kennen wir einige Namen von Monopolherren, die mit Sicherheit Goerdelers Pläne kannten, vielleicht sogar zu deren Inspiratoren gehörten. Aber damit wissen wir noch gar nichts über die Haltung all der anderen, ob sie diese Pläne kannten und wenn ja, wie sie zu ihnen standen.

Mit Bestimmtheit können wir nur sagen, daß es sicherlich keinen einzigen deutschen Wirtschaftskapitän gab, der angesichts der abzusehenden militärischen Niederlage nicht Überlegungen darüber angestellt hätte, welchen politischen Ausweg es aus der militärisch ausweglosen Lage geben könnte, und der dabei nicht seine Hoffnungen auf die Westmächte gesetzt hätte, genauer, auf die Ausnutzung des Wunsches der Westmächte, den Vormarsch der Roten Armee so weit wie möglich im Osten zum Halten zu bringen. Ob jedoch die Mehrheit der deutschen Monopolherren die erste oder die zweite der genannten Varianten eines imperialistischen Ausweges bevorzugte - das läßt sich kaum mit Bestimmtheit sagen. Gewiß, vieles scheint dafür zu sprechen, daß das Gros der deutschen Wirtschaftsführer sich hinter die erste Variante stellte. Aber es kann genauso gut auch anders gewesen sein, denn die Option für eine der beiden Varianten brauchte für das praktische Handeln keinerlei Auswirkungen zu haben, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens aufgrund der bereits erwähnten Arbeitsteilung zwischen Wirtschaftsführern, Politikern und Militärs. Auch für den Monopolherren, der auf einen Staatsstreich

setzte und zu dessen Initiatoren gehörte, blieb es Sache der Politiker und der Militärs, das Unternehmen vorzubereiten und durchzuführen; sein eigener Anteil konnte sich auf eine mehr oder weniger diskrete Förderung beschränken.

Zweitens: Ob Option für Variante I oder II - für ihr ureigenstes Tätigkeitsgebiet stand vor den Wirtschaftsführern in beiden Fällen - wie wir bereits gesehen haben - die gleiche Aufgabe, nämlich die höchste Leistungsfähigkeit der deutschen Kriegswirtschaft zu sichern.

Ähnlich stand es auch um die Nachkriegsplanung. Die Überlegungen darüber, mit welcher Strategie die deutsche Wirtschaft (i. e. das deutsche Monopolkapital) möglichst ungeschoren aus dem Kriege hervorgehen und möglichst rasch die unvermeidlichen Verluste kompensieren könnte, waren gegenüber der Art und Weise, wie der Krieg zu Ende ging und wann, weitgehend neutral. Dadurch, daß der Putsch fehlschlug, die Planungen aber natürlich weitergingen und immer konkretere Gestalt annahmen, erscheint es hinterher so, als hätten alle an diesen Planungen Beteiligten - also fast alle maßgeblichen Kreise der deutschen Monopolbourgeoisie an einen Staatsstreich überhaupt nicht gedacht, als hätten sie allesamt nur die erste Variante in Betracht gezogen. Doch ist dies eine Retrospektive, die über den wahren Sachverhalt durchaus täuschen kann.

Drittens: Etwa bis Frühjahr 1944 galt als unbedingte Voraussetzung für eine volle, aktive Unterstützung eines Staatsstreiches gegen Hitler selbst im Kreise der Verschwörer, erst recht bei den monopolistischen Sympathisanten, die Zusicherung durch die Westmächte, im Falle der Beseitigung Hitlers mit seinen Nachfolgern einen Sonderfrieden zu für Deutschland günstigsten Bedingungen abzuschließen. (65) Die Festlegungen Roosevelts und Churchills in Casablanca im Januar 1943, den Krieg bis zur bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und Japans zu führen, waren ein harter Schlag für alle Hoffnungen, eine solche Zusicherung zu erhalten. Von jetzt ab bestand die Hauptaufgabe der Verschwörer vom Standpunkt der sie unterstützenden Monopolherren darin, in den zahlreichen Verhandlungen mit den Mittelsmännern und Politikern der Westmächte die Zurücknahme der Casablanca-Formel zu erreichen. (66) Da diese Bemühungen erfolglos blieben - und erfolglos bleiben mußten, weil der Krieg längst ein Krieg der Völker gegen die faschistischen Mächte geworden war -, blieben auch die monopolistischen Sympathisanten den Verschwörern gegenüber in einer zurückhaltenden Abwartestellung.

Bei Goerdeler selbst und anderen Teilnehmern der Verschwörung führte jedoch die Ergebnislosigkeit der Versuche, die erhoffte Zurücknahme der Forderung nach „unconditional surrender", nach der bedingungslosen Kapitulation, zu erreichen, zur Annäherung an die dritte Variante.

Diese dritte Variante war die sogenannte „Westlösung". Sie sah vor, die Front im Westen zu öffnen, um den Truppen der Westalliierten den raschen, ungehinderten Vormarsch nach Osten zu erlauben, damit sie bei der Besetzung Deutschlands und vor allem Berlins der Roten Armee zuvorkamen. (67) Ihrem Wesen nach bedeutete diese „Lösung" die unerklärte bedingungslose Kapitulation den Westmächten gegenüber, bei verstärkter Weiterführung des Krieges gegen die Sowjetunion. Diese Variante wurde im Kreise der Verschwörer von Schacht und dessen Vertrauten, dem Doppelagenten Hans Bernd Gisevius, verfochten. Gisevius, 1935 unterlegener Rivale Rudolf Diels' als Leiter von Görings preußischer Geheimer Staatspolizei, war seit 1943 Vizekonsul und Abwehragent beim deutschen Generalkonsulat in Zürich und zugleich Agent des amerikanischen Office of Strategie Service (OSS), das von Allan Dulles geleitet wurde. Dulles, der seit Ende 1942 in der Schweiz, in Bern, residierte, um von dort aus ein Agentennetz in Europa knüpfen zu können, benutzte Gisevius, um die Verschwörer für die „Westlösung" zu gewinnen. (68)

Diese Lösung erschien Goerdeler und anderen im Juli 1944 als einzig mögliche übrig geblichen zu sein. Gerhard Ritter schrieb dazu: „Die Oppositionsführer waren jetzt nahezu bereit, die Formel 'bedingungslose Unterwerfung' den Westmächten gegenüber anzunehmen - freilich immer noch im Vertrauen darauf, daß in deren Lager doch zuletzt nüchterne Staatsräson über den nackten Vernichtungswillen siegen, daß gemeinsame Interessen an der Erhaltung der abendländischen Kultur sich durchsetzen und den deutschen Staat vor dem Schicksal totaler Vernichtung retten würden. Offensichtlich war nicht nur an einen Waffenstillstand mit Verkürzung der Westfront ... gedacht, sondern an eine Art Vereinigung deutscher und angelsächsischer Streitkräfte - zumindest an eine sofortige Besetzung ganz Deutschlands von Westen her, ehe die Roten Armeen auch noch Polen überrannt und die östlichen Reichsgrenzen erreicht hätten." (69)

Der imperialistische, klassenegoistische Charakter auch dieser Konzeption, der das Leben der Soldaten, die im weiterführenden Krieg gegen die Sowjetunion verheizt werden sollten, völlig gleichgültig war, weil ihr alleiniger Richtpunkt in der Erhaltung des kapitalistischen Eigentums bestand, springt in die Augen. (70) Dennoch entsprach diese Variante am allerwenigsten von allen Dreien dem, was die meisten deutschen Monopolisten zu diesem Zeitpunkt für zweckmäßig erachteten. Sie waren nicht bereit, alle Faustpfänder an besetzten Gebieten und militärischer Macht ohne jede Gegenleistung aus der Hand zu geben; selbst im Kreise der Verschwörer wurden Schacht und Gisevius wegen ihrer Propagierung der Auslieferung auf Gedeih und Verderb an die Amerikaner mit Argwohn und Mißtrauen betrachtet und vom Kern der Verschwörung ferngehalten. Soviel zu den drei Varianten einer imperialistischen Antwort auf die drohende Niederlage.

Im Kreise der Verschwörer existierten aber bekanntlich auch andere als imperialistische Bestrebungen und Vorstellungen, solche nämlich, denen es nicht vorrangig um die Erhaltung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, sondern um die Beseitigung eines Regimes des Verbrechens, um die rascheste Beendigung des Krieges und um die Schaffung einer neuen, sozial gerechteren und humanen - wenngleich natürlich bürgerlichen - Nachkriegsordnung in Deutschland ging. Diese Richtungen, die mit dem Offizierskreis um den Obersten Claus Graf Schenk von Stauffenberg und mit dem Kreisauer Kreis umrissen werden können, sind durch mehrere Veröffentlichungen bekannt, so daß es nicht notwendig ist, ihr Konzept im einzelnen darzulegen. (71) Um den grundlegenden Unterschied ihrer Position zu der des Goerdeler-Kreises zu unterstreichen, sei lediglich auf folgende Fakten hingewiesen:

Während für Goerdeler angesichts der Unmöglichkeit, zu einer Verständigung mit den Westmächten zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Sowjetunion zu gelangen, das Hauptmotiv für ein Vorgehen gegen Hitler entfallen war und er die Meinung vertrat, nunmehr müsse man die Dinge eben treiben lassen (72), trat einer solchen Auffassung der Mitstreiter Stauffenbergs, Generalmajor Henning von Tresckow, mit folgenden Worten entgegen: „Das Attentat muß erfolgen, coúte que coúte. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig." (73)

Während durch den Goerdeler-Kreis Kontaktaufnahme mit der sowjetischen Seite nur als Druckmittel gegenüber den Westmächten projektiert wurde (74), trat die Stauffenberg-Gruppe für echte Verhandlungen über Friedensbedingungen mit beiden Seiten, mit den Westmächten und der Sowjetunion, ein. (75) Bezeichnenderweise kam eine Einigung darüber, künftige Verhandlungen nicht nur mit dem Westen, sondern auch mit der Sowjetunion zu führen, erst am 16. Juli, in einer Zusammenkunft in der Wohnung Stauffenbergs, zustande, bei der Goerdeler nicht anwesend war. (76)

Während für die Goerdeler-Gruppe unverrückbares Ziel der einseitige Sonderfriede mit den Westmächten und Weiterführung des Krieges gegen die Sowjetunion blieb, trat die Stauffenberg-Gruppe für die sofortige Beendigung des Krieges an allen Fronten ein.

Obwohl Stauffenberg und seine engsten Freunde in den Wochen und Tagen vor dem 20. Juli und beim Attentat selbst Motor und Seele der Aktion waren, trug die Anlage des Staatsstreiches doch unverkennbar den Stempel der großbürgerlich-imperialistischen Teilnehmer an der Verschwörung. Das schwierigste Problem

bestand für sie darin, wie bei einer Beseitigung Hitlers eine Erschütterung der Massenbasis zu vermeiden und eine Kompensation für den Wegfall der Wirkung des Hitlermythos zu schaffen wäre, um jede selbständige Bewegung von unten auszuschließen. Im Gegensatz dazu hätte eine konsequent demokratisch-antifaschistische Aktion gegen Hitler daran interessiert sein müssen, den Erfolg durch Mobilisierung aller Hitlergegner im Lande sichern zu helfen. Gerade die Mobilisierung der Massen fürchteten Goerdeler und seine Gruppe jedoch am meisten. Deshalb waren sie entschieden dagegen, daß die Basis der Aktion gegen Hitler durch Einbeziehung auch der Kommunisten erweitert werden würde. Und der eigentlich naheliegende Gedanke, über die Kirchenobrigkeit sofort nach der Aktion an die Masse der Gläubigen heranzutreten und sie zur Unterstützung der Aktion aufzurufen, wurde nicht einmal erwogen.

Von der Furcht vor den Massen waren auch andere Planungen und Entscheidungen bestimmt.

Lange Zeit war umstritten, auf welche Weise Hitler auszuschalten wäre, durch Verhaftung oder durch ein Attentat. Den Ausschlag für das Attentat gab die Überlegung, einerseits sei Hitler im Volk und in der Armee noch so populär, daß man so lange er noch am Leben sei, mit Befehlsverweigerung bei jenen Offizieren und Mannschaften rechnen mußte, die gegen ihn und die Naziführung aufgeboten werden würden; andererseits aber könnte die Absetzung und Verhaftung Hitlers zu einer unerwünschten Verstärkung der Aktivität der antifaschistischen Kräfte fuhren, insgesamt also zu einer Polarisierung im Volke und in der Armee und zur Gefahr des Bürgerkrieges. Dies alles würde durch ein Attentat umgangen, weil dadurch ein Loyalitätskonflikt in der Armee und Zweifel und Unsicherheiten über die Rechtmäßigkeit der neuen Regierung in der Bevölkerung vermieden würden.

Hier ließe sich einwenden, daß unter den damaligen Verhältnissen ein Vorgehen gegen Hitler gar nicht anders als streng konspirativ vorbereitet werden konnte, und daß es in der Tat keine andere Möglichkeit gab, einen Umschwung herbeizuführen, als durch die Ermordung Hitlers.

Beides trifft für den Zeitpunkt des Attentats zu; jedoch die „damaligen Verhältnisse" waren nur deshalb so, weil die Spitzen der bürgerlichen Gesellschaft sie so gestaltet hatten, sie waren jedoch keineswegs unantastbar und unerschütterlich. Es bestand für verschiedene gesellschaftliche Führungskräfte durchaus die Möglichkeit, mit anderen als konspirativen Mitteln die auf den Massen lastende lähmende Furcht vor dem Terror in Mut zum Widerstand zu verwandeln und die Wirkungskraft des Hitlermythos zu brechen, wenn sie daran interessiert gewesen wären. Wäre es z. B. den Oberen beider Kirchen nicht möglich gewesen, sich darüber zu verständigen, das zu tun, was heute in lateinamerikanischen Diktaturen fast selbstverständlich ist,

nämlich vor den eigenen Gläubigen und vor aller Welt gegen die Verletzung der Normen christlicher Gebote aufzutreten? Was anderes hat sie stärker daran gehindert als die Furcht, damit das Regime, dessen Sieg über den atheistischen Bolschewismus sie herbeiwünschten, in seiner Kampfkraft zu schwächen?

Und wäre es etwa den Feldmarschällen und Generälen nicht möglich gewesen - sogar ohne Gefahr für Leib und Leben -, geschlossen gegen Hitlers militärisch sinnlose Durchhaltebefehle aufzutreten oder sie einfach zu ignorieren? Was anders hat sie stärker daran gehindert als die Furcht, durch einen solchen Schritt nicht nur die Autorität Hitlers in Frage zu stellen, sondern auch das reibungslose Funktionieren der deutschen Kriegsmaschinerie, die Furcht davor, dadurch die Fähigkeit zu verlieren, den Krieg gegen die Sowjetunion weiterzuführen und die zusammengeraubten Länder wenigstens als Faustpfänder festzuhalten?

Bereits das bisher Gesagte widerlegt alle Auffassungen, denen zufolge das Scheitern des Versuches, Hitler zu stürzen, ein Beweis sei für dessen diktatorische Allmacht, der auch die ökonomisch Mächtigen unterworfen gewesen seien. Denn erstens kann keine Rede davon sein, daß die gesamte Monopolbourgeoisie sich in dem Willen einig gewesen sei, Hitler zu stürzen. Von den drei imperialistischen Auswegsvarianten sah nur eine die Beseitigung Hitlers als zwingend vor. Zum Zweiten läßt der Übergang Goerdelers auf die Position der Westlösung in den Tagen unmittelbar vor dem Attentat darauf schließen, daß auch seine industriellen Freunde und Mentoren angesichts der Wahrscheinlichkeit, mit den Westmächten selbst nach einem Sturz Hitlers keinen Sonderfrieden zu erreichen, in einem Attentat keinen Sinn mehr zu sehen vermochten bzw. zu der Überzeugung kamen, unter diesen Umständen lohne sich das Risiko eines Umsturzes nicht.

Im Unterschied zu Goerdeler drängten jedoch die militärischen Teilnehmer der Verschwörung - und hier vor allem. Stauffenberg und seine Freunde - nach der Landung der Al1iierten in Frankreich noch energischer zur Tat, ohne länger auf Ergebnisse von Verhandlungen mit den Westmächten zu warten. (77) Die mutige Tat des 20. Juli ist in erster Linie ihr Werk.

Daß es mit einem Mißerfolg endete, weil Hitler am Leben blieb, war ein Zufall. Daß damit jedoch das ganze Unternehmen gescheitert war - das war kein Zufall, sondern die unvermeidliche Folge einer Planung, die das Unternehmen hinter dem Rücken des Volkes durchführen wollte und deshalb für den Fall, daß das Attentat mißlang, keinerlei Vorkehrungen getroffen hatte, dies deshalb nicht, weil man vor den Konsequenzen des Entstehens zweier konkurrierender Machtzentren zurückschreckte.

Wie sehr die reaktionäre, volksferne Konzeption des Goerdeler-Kreises dem ganzen Unternehmen seinen Stempel aufdrückte, geht mit eindringlicher Deutlichkeit auch

aus den vorbereiteten Aufrufen der Verschwörer hervor, ganz besonders aus dem Entwurf einer Regierungserklärung, die ein kaum für möglich zu haltendes Beispiel einer die Lebensinteressen der Massen rigoros mißachtenden bürokratischen Beamtenproklamation darstellt. (78)

Die brennendste Frage für das deutsche Volk, die Frage, was die Regierung zu tun beabsichtige, um den Krieg zu beenden, steht in dieser Erklärung nicht nur nicht an erster Stelle - sie wurde überhaupt nicht für wert erachtet, in einem eigenen Abschnitt behandelt zu werden. Lediglich unter der Überschrift „Die Währung sichern" wird auf diese dringendste aller Fragen eingegangen - um beiläufig wissen zu lassen, daß man den Krieg weiter zu führen beabsichtige: „Aber noch ist Krieg. In ihm gebührt unser aller Arbeit, Opfer und Liebe den Männern, die das Vaterland an der Front verteidigen. Ihnen haben wir alles an seelischen und materiellen Werten zuzuführen, was wir irgend schaffen können. Mit ihnen stehen wir in Reih und Glied, aber nunmehr alle wissend, daß nur die zur Verteidigung des Vaterlandes und zum Wohle des Volkes notwendigen, nicht aber die Eroberungssucht und dem Prestigebedürfnis eines Wahnsinnigen dienenden Opfer verlangt werden, und daß wir diesen Krieg bis zum Erlangen eines gerechten Friedens fernerhin mit reinen Händen, im Anstand, mit der Ehrenhaftigkeit, die jeden braven Soldaten auszeichnet, führen werden." (79)

Man vergleiche damit das ein Jahr früher verfaßte Manifest des Nationalkomitees Freies Deutschland, mit dem sich dieses an die Wehrmacht und an das deutsche Volk wandte, und in dem der Weg zur sofortigen Beendigung des Krieges gewiesen wurde: „Eine solche Regierung muß den Krieg sofort abbrechen, die deutschen Truppen an die Reichsgrenzen zurückführen und Friedensverhandlungen einleiten, unter Verzicht auf alle eroberten Gebiete." (80)

Das Manifest des NKFD hatte auch den einzig gangbaren Weg zum Sieg über Hitler gewiesen: „Sie (die neue Regierung, K. G.) kann nur aus dem Freiheitskampf aller Volksschichten hervorgehen, gestützt auf Kampfgruppen, die sich zum Sturz Hitlers zusammenschließen. Die volks- und vaterlandstreuen Kräfte in der Armee müssen dabei eine entscheidende Rolle spielen."

Auf die Verhältnisse des 20. Juli übertragen, hätte das bedeutet, unabhängig vom Ergebnis des Attentats schon bei der Planung des Putsches vorzusehen, durch zuverlässige Truppen die SS zu entwaffnen und mit diesen Waffen die Antifaschisten, die freizulassenden politischen Gefangenen und KZ-Häftlinge, die illegalen Kämpfer, die ausländischen Zwangsarbeiter zu bewaffnen.

Natürlich wäre der Sieg über Hitler nicht ohne Kämpfe und Blutvergießen zu erringen gewesen. Dazu hieß es im Manifest des NKFD: „Wir wissen: Opfer sind unvermeidlich. Aber sie werden um so geringer sein, je entschlossener der Kampf

gegen Hitler geführt wird. Die Opfer im Kampf um Deutschlands Befreiung werden tausendfach geringer sein als die sinnlosen Opfer, die eine Fortsetzung des Krieges erfordert."

Der Entwurf der Goerdeler'schen Regierungserklärung macht dagegen deutlich, daß beabsichtigt war, die Deutschen weiterhin als Untertanen zu behandeln, die geduldig auf die Anordnungen ihrer Oberen zu warten und ihnen widerspruchslos zu folgen, jedenfalls auf jede eigene Initiative im Kampf gegen den Nazismus zu verzichten hatten. Deshalb handelte der erste Abschnitt der Regierungserklärung von der „Wiederherstellung des Rechts", worunter ebenso sehr, wenn nicht noch mehr, die Sicherung der Autorität des Staates als die Beseitigung nazistischen Unrechts verstanden wurde. Dort hieß es nämlich auch: „Die Konzentrationslager werden sobald wie möglich (!) aufgelöst, die Unschuldigen entlassen, Schuldige dem ordentlichen Gerichtsverfahren zugeführt werden." Und weiter: „Aber ebenso erwarten wir, daß niemand Lynchjustiz vollzieht. Wenn wir die Majestät des Rechts wiederherstellen wollen, müssen wir alle Energie gegen persönliche Vergeltung aufwenden, die aus dem Erleiden von Unrecht und aus der Verwundung der Seele menschlich nur zu begreiflich ist. Wer irgendetwas auf dem Herzen hat, erstatte Anzeige, an welcher öffentlichen Stelle er will. Seine Anzeige wird an die richtige Stelle weitergeleitet werden. Die Schuldigen wird unerbittliche Strafe treffen. Aber die Anzeige muß wahr sein. Wahrheitswidrige Anzeigen werden bestraft, anonyme Anzeigen wandern in den Papierkorb." (81)

Daß die Hauptsorge der Inspiratoren dieser Regierungserklärung nicht die Liquidierung des Naziregimes, sondern die Fortführung des Krieges war, wird in der folgenden Passage sichtbar: „Alle Deutschen, die deutsch fühlen und handeln, gehören zusammen. Die einzige Scheidung, die zu vollziehen ist, liegt zwischen Verbrechen und Gewissenlosigkeit auf der einen und Anstand und Sauberkeit auf der anderen Seite. Auf dieser Grundlage wollen wir die innere Aussöhnung des Volkes mit allen Kräften betreiben. Denn nur wenn wir einig bleiben, auf der Grundlage von Recht und Anstand, können wir den Schicksalskampf bestehen, in den Gott unser Volk stellt." (82)

Diese und die anderen Proklamationen, die für einen erfolgreichen Staatsstreich vorbereitet waren, tragen deutlich die Handschrift der Goerdeler-Gruppe. Daß Stauffenberg und seine Freunde nicht darauf drängten, in diese programmatischen Dokumente mehr von ihren Ideen einfließen zu lassen, mag mehrere Gründe gehabt haben; zum einen, daß ihr Hauptaugenmerk der Vorbereitung des Attentats und der Gewinnung potentieller Mitwirkender unter den Kommandeuren galt und sie damit alle Hände voll zu tun hatten; aber wahrscheinlich auch den, daß auch sie noch in der Vorstellung befangen waren, es müsse eine Elite sein, die dem Volke von oben seine

Befreiung bringt, und ferner, daß auch sie der Gedanke an die Möglichkeit einer Aufspaltung des deutschen Volkes in zwei sich bekämpfende Lager zurückschrecken ließ.

In seinem Hauptreferat auf der eingangs erwähnten Konferenz zum 40. Jahrestag des 20. Juli stellte Kurt Finker die Frage: „War die Verschwörung des 20. Juli eine Bewegung innerhalb der herrschenden Klasse, einen Ausweg aus dem verlorenen Aggressionskrieg zu suchen oder war sie der Versuch einer Gruppe innerhalb der herrschenden Klasse, konsequent mit der selbstmörderischen Kriegspolitik zu brechen und damit auch Möglichkeiten eines Bündnisses mit antifaschistischen Volkskräften zu eröffnen?" (83) Finker selbst gab auf diese Eingangsfrage keine explizite Antwort.

Diese Frage kann auch nicht als Entweder-Oder-Frage beantwortet werden, sondern nur mit: sowohl als auch. Die Verschwörung trug keinen einheitlichen Charakter; von Seiten der Goerdeler-Gruppe war sie allerdings als Versuch eines imperialistischen, antisowjetischen, revolutions-verhindernden Auswegs gedacht und angelegt (84), von den patriotischen Kräften um Stauffenberg und des Kreisauer Kreises indessen als Versuch der Rettung Deutschlands vor der Katastrophe durch seine Befreiung von der Hitlerclique und dem Naziregime mit dem Ziel der Beendigung des Krieges und der Errichtung eines erneuerten, sozial gerechten, humanistischen Nachkriegsdeutschland.

Ob dieses zwiespältigen Charakters der Verschwörung ist es unmöglich, eine sichere Aussage darüber zu treffen, welche Konzeption - die des Goerdeler-Kreises oder die der progressiv-patriotischen Kräfte - sich zunächst nach einem geglückten Attentat durchgesetzt hätte.

Eines allerdings darf mit Sicherheit angenommen werden: die aufrüttelnde Wirkung der Tötung Hitlers hätte die durch Terror und Hitlergläubigkeit gleichermaßen bewirkte Lähmung des politischen Denkens und Handelns der Masse des deutschen Volkes entkrampft, hätte den antifaschistischen Kämpfern günstigere Bedingungen für die Aufklärung und für die Mobilisierung der Massen zum Kampf um die sofortige Beendigung des Krieges und um die konsequente Abrechnung mit den faschistischen Verbrechern geboten und somit Voraussetzungen geschaffen für bisher blockierte Entwicklungen.

Aus diesem Grunde wurde die mutige Tat des 20. Juli von der Führung der Kommunistischen Partei, vom Nationalkomitee Freies Deutschland, von allen Antifaschisten sofort begrüßt in der Hoffnung, sie möge der Auftakt für den Kampf des deutschen Volkes gegen das Naziregime sein. Und aus diesem Grunde würdigen auch wir Heutigen diese Tat, ohne jedoch darauf zu verzichten, die Sonde wissenschaftlicher Analyse an sie zu legen und ihre Widersprüchlichkeit und Inkonsequenzen aufzudecken.

Für nicht wenige Menschen ist der Hinweis auf die grausam-blutige Abrechnung des Regimes mit den Verschwörern ein beeindruckendes Argument für die Behauptung, der 20. Juli beweise, daß Hitler eine unumschränkte Diktatur allen Bevölkerungsschichten gegenüber ausgeübt habe. Bei näherem Hinsehen erweist sich aber auch dieses Argument als nicht stichhaltig.

Zum ersten: Es wurde schon eingangs gezeigt, daß die Willkür des Terrors von Himmlers schwarzen Häschern und Folterknechten ihre sehr bestimmten Grenzen hatte, durch die die Repräsentanten des großen Kapitals ihrem Zugriff entzogen waren.

Zum zweiten aber: Die Terrorwelle, die nach dem Attentat über Deutschland hinwegrollte und gewöhnlich allein als Ausfluß des Hitler'schen Rachedurstes, allenfalls auch noch als Himmlers Wüten dargestellt wird, diente in Wirklichkeit dem, was gerade den Monopolherren am meisten am Herzen lag: der Verhinderung dessen, daß die durch das Attentat ausgelöste Aufrüttelung des Volkes zum Ausgangspunkt einer Erschütterung des Regimes, zu einem Durchbruch der Machtsicherungdämme werden könnte.

Denn angesichts der erfolgreichen Eröffnung der zweiten Front und des weiteren Vormarsches der Roten Armee mußte das Attentat in weiten Kreisen des deutschen Volkes als Eingeständnis der unausweichlichen Niederlage erkannt werden, bestand die akute Gefahr des Zusammenbruchs der „Durchhaltemoral", die Gefahr einer Verbreiterung des Widerstandes gegen die Fortführung des Krieges, kurz: des Beginns einer Entwicklung, wie sie 1917 in der Armee und im Hinterland eingesetzt und im November 1918 ihren Höhepunkt gefunden hatte.

Von dieser Gefahr war nicht nur die Naziclique bedroht. Eine Revolution in Deutschland würde - so mußten die Herrschenden befürchten - angesichts der Stärke und Nähe der Roten Armee nicht mehr wie 1918 mit einer Niederlage der Arbeiter enden, sondern die kapitalistische Ordnung in Deutschland ein für allemal liquidieren. Dieser Gefahr konnte in der entstandenen Situation nur durch die äußerste Steigerung des Einsatzes genau derjenigen Mittel entgegnet werden, die schon vor dem Attentat sich als am wirkungsvollsten erwiesen hatten - durch den Terror und den Hitlermythos.

Es entsprach deshalb den Interessen der deutschen Imperialisten ebenso wie denen der Naziclique, daß dem Volk erzählt wurde, die Verschwörer seien nur ein kleines Häuflein ehrloser Vaterlandsverräter und Verbrecher, und daß man an ihnen ein grausames Exempel statuierte, um damit ein Höchstmaß an Einschüchterung und Abschreckung zu erzielen. Es hatte ja im übrigen gar nicht erst der Mordbefehle Hitlers und Himmlers bedurft, um die Verschwörer zu liquidieren; ihre „Kameraden"

begannen damit aus eigener Initiative. Noch bevor Himmler am Abend des 20. Juli in Berlin eingetroffen war, hatte der Vorgesetzte Stauffenbergs, der Befehlshaber des Ersatzheeres General Fromm, den Generalobersten Bock, den Obersten Mertz von Quirnheim, General Olbricht, Leutnant von Haeften und den Obersten Stauffenberg verhaften lassen und die letztgenannten vier in aller Eile im Hofe des Bendlerblockes erschießen lassen, während er Beck eine Pistole in die Hand drückte, damit dieser seinem Leben selbst ein Ende mache. Die Wehrmachtsführung gab dann ebenso, wie sie 1934 die Ermordung der Generale v. Schleicher und v. Bredow gebilligt hatte, jetzt die an der Verschwörung beteiligten Offiziere dem Freisler'schen Blutgericht preis, indem sie ein „Ehrengericht" bilden ließ, das die Betreffenden aus der Wehrmacht ausstieß.

Der deutlichste Beweis dafür, daß es sich bei der Terrorwelle keineswegs nur um einen Rachefeldzug gegen die Verschwörer, sondern um eine Aktion mit systemsichernder Absicht handelte, gezielt vor allem auf die Enthauptung der Arbeiterbewegung, war die Verhaftungs- und Mordwelle vom Juli und August 1944 mit ihrem Höhepunkt am 22. August, der „Aktion Gewitter" (85) Daß man sich jetzt nicht damit begnügte, die Führer der Kommunistischen Partei - allen voran Ernst Thälmann, weiter Bernhard Bästlein, Anton Saefkow, Franz Jacob, Theodor Neubauer, Ernst Schneller, Albert Kuntz und viele andere - hinter Zuchthausmauern und Stacheldraht zu bringen, sondern sie systematisch physisch liquidierte, zeigt am deutlichsten, daß es sich nicht nur darum handelte, das Naziregime vor seinen unerbittlichsten Feinden abzusichern, sondern darum, Vorsorge zu treffen für die Zeit nach Hitler.

Die Kehrseite des gesteigerten Terrors war die Anfachung des irrationalen Glaubens an den wunderwirkenden Führer.

Die Aufruf-Entwürfe der Goerdeler-Gruppe lassen erkennen, daß vorgesehen war, im Falle des Gelingens des Staatsstreiches Hitler zum Alleinschuldigen für den Weg in die Niederlage, für die Verbrechen der SS, aber auch der Wehrmacht, zu erklären. Es war also nicht vorgesehen, dem Volke die ganze Wahrheit darüber zu sagen, in wessen Auftrag und Interesse dieser Krieg vom Zaune gebrochen worden war, es sollte der Hitlermythos nicht entzaubert, er sollte nur umgestülpt werden, um weiter die gleiche Wirkung zu tun: die Massen gefügig zu halten im Vertrauen auf die Führung; das Volk daran zu hindern, sich auf seine eigenen Interessen und seine eigene Kraft zu besinnen.

Das Scheitern des Putsches verhinderte die Umstülpung des Hitler-Mythos. Dafür wurde er nun in seiner ursprünglichen Gestalt zur höchsten Wirksamkeit gebracht. Um den Stoß, den der „Endsieg"-Glaube durch das Attentat erhalten hatte, aufzufangen, wurde das Mißlingen des Anschlages dazu benutzt, den Hitler-Mythos

noch stärker als zuvor für die Weiterführung des Krieges wirksam zu machen. Hitlers angeblich „wunderbare" Rettung wurde von der Propaganda als sichtbarer Beweis dafür ausgegeben, daß die „Vorsehung" Hitler noch für große Dinge ausersehen habe. Wer auf solch wunderbare Weise dem Tode entgangen sei, dem müsse man auch zutrauen, eine scheinbar hoffnungslose militärische Situation zum Besseren zu wenden und dem deutschen Volke noch in letzter Minute den Sieg zu erringen.

Kein anderer als Goerdeler bestätigte durch seine Haltung, daß eine derartige Deutung des Ausganges des Attentats nicht nur den Interessen der Hitlerclique entsprach, sondern denen der imperialistischen Bourgeoisie, deren klassenbewußter Repräsentant er war. In einer Eingabe an Hitler, geschrieben kurz nach seiner Einlieferung ins Gefängnis, im August 1944, schrieb er: „Wenn wir das Vaterland über alles stellen, was doch unser Glaube ist, so haben wir den 20. Juli als ein endgültiges Gottesurteil zu achten. Der Führer ist vor fast sicherem Tode bewahrt. Gott hat nicht gewollt, daß Deutschlands Bestand, um dessen willen ich mich beteiligen wollte und beteiligt habe, mit einer Bluttat erkauft wird; er hat auch dem Führer diese Aufgabe neu anvertraut. Das ist alte deutsche Auffassung. Jeder Deutsche in der Reihe der Umsturzbewegung ist nunmehr verpflichtet, hinter den von Gott geretteten Führer zu treten, auch die Mittel, die einer neuen Regierung zur Verfügung gestellt werden sollten, rückhaltlos ihm zu geben; ob er sie nützen will, für brauchbar hält, entscheidet er." (86) Mit dieser Begründung bot Goerdeler Hitler an, nunmehr nicht mehr für die Opposition, sondern für Hitler mit der westlichen Diplomatie zu verhandeln. An diesem Angebot hielt Goerdeler auch nach seiner Verurteilung zum Tode fest. Er erklärte sich einem Abgesandten Walter Schellenbergs (Leiter des Amtes VI-Auslandsnachrichtendienst - des Reichssicherheitshauptamtes) gegenüber bereit, über seinen schwedischen Freund Wallenberg mit dem „größten Feind der Kommunisten", Churchill, Verbindung aufzunehmen.

Goerdelers Auffassungen mochten sich - wie Kurt Finker in seinem Referat bemerkte (87) - in mancherlei Hinsicht unter dem Druck der Ereignisse weiterentwickelt haben; unverändert blieb jedoch - wie die genannten und andere ungenannte Zeugnisse belegen - auch in seiner Gefängniszelle, den Tod täglich vor Augen, der Antikommunismus die Grundlage seiner Anschauungen und Handlungen.

IV.

Wenn wir den 20. Juli 1944 unter faschismustheoretischem Aspekt untersuchen, dann müssen wir davon ausgehen, daß wir es mit einem Ereignis der Endphase des deutschen Faschismus unter extremen Bedingungen, daß wir es mit der Suche des deutschen Imperialismus nach einem Wege aus der Niederlage zum Überleben zu tun haben. (88)

Worin diese Extrembedingungen genau bestanden, das wird vielleicht am deutlichsten, wenn wir diese Endphase des deutschen Faschismus mit der des italienischen Faschismus, die Bedingungen des Ausweges für den deutschen mit denen des italienischen Imperialismus vergleichen.

Gewöhnlich wird die verblüffende Leichtigkeit, mit der der italienische „Führer", Mussolini, entmachtet werden konnte, damit erklärt, daß er über sich noch den König hatte, dem das Recht zustand, den Ministerpräsidenten zu berufen und abzusetzen. Doch Verfassungsfragen sind bekanntlich Machtfragen. Hätte der König nicht den Machtfaktor Armee hinter sich gehabt, so hätte ihm sein verfassungsmäßiges Recht sehr wenig genützt. Und umgekehrt: Wären die deutschen militärischen Führer im gleichen Maße wie ihre italienischen Kollegen davon überzeugt gewesen, daß der Diktator weg mußte, dann hätten sie mit dem „Führer" genauso verfahren können wie jene mit dem „Duce".

Man muß also schon tiefer loten, will man den Ursachen für den unterschiedlichen Verlauf der Endphase des deutschen und des italienischen Faschismus auf den Grund kommen.

An erster Stelle sind hier die Unterschiede in der ökonomischen, politischen und militärischen Stärke des deutschen und des italienischen Imperialismus zu nennen, sowie die unterschiedliche Situation, aus der heraus jeder von ihnen den Faschismus an die Macht brachte.

Der italienische Imperialismus - der Imperialismus einer Mittelmacht, deren Expansionsbestrebungen nur regionale Ausmaße annehmen konnten - brachte den Faschismus im Oktober 1922 an die Macht, um aus einer krisenhaften Nachkriegsschwäche heraus zu kommen.

Der deutsche Imperialismus brachte den Faschismus an die Macht, nachdem er seine Nachkriegsschwäche in der Weimarer Republik überwunden, ökonomisch wieder die Nummer Zwei in der Welt des Kapitals geworden war und nun danach strebte, durch einen neuerlichen, besser vorbereiteten Waffengang in jeder Hinsicht die Nummer Eins zu werden. Sein Expansionsdrang war also global, was bedeutet, daß die Diskrepanz zwischen Ziel und Möglichkeiten bei ihm viel größer war als beim italienischen. In Deutschland hatte der Faschismus deshalb in viel größerem Maße als in Italien die Aufgabe, diese Kluft zwischen Können und Wollen zu überbrücken durch brutale Ausschaltung aller Widerstände gegen Kriegsvorbereitung und Krieg sowie durch die rücksichtslose Konzentration aller Kraftquellen der Nation auf dieses eine Ziel: rascheste Vorbereitung auf den Krieg, maximaler Einsatz aller nationalen Potenzen für den Krieg. Dies war der entscheidende Grund dafür, daß in keinem Land des Faschismus der Terror so extrem, grausam und effektiv praktiziert und der

Führerkult als Massenmanipulierungs- und Mobilisierungsmittel so maßlos bis zur Vergottung des Mannes an der Spitze getrieben wurde wie in Deutschland.

Die italienische Monopolbourgeoisie hatte es aber nicht nur nicht nötig, Mussolini zur übermenschlichen Messiasfigur aufzubauen; es wäre ihr dies auch gar nicht möglich gewesen, falls sie es gewollte hätte. Dafür war Mussolini zu früh an die Macht gekommen. Als die Weltwirtschaftskrise auch über Italien hereinbrach, wälzten die Faschisten nicht anders als die bürgerlichen Regierungen in allen anderen Ländern die Krisenlasten im Interesse des Kapitals rücksichtslos auf die Werktätigen ab. Dieselbe Weltwirtschaftskrise, die Hitlers Aufstieg zum Hoffnungsträger von vielen Millionen Deutschen ermöglichte, zerstörte bei Millionen Italienern die Illusionen über Mussolini und seine Partei als Schöpfer einer neuen, gerechten Ordnung. Mussolini konnte deshalb auch im Krieg für die italienische Monopolbourgeoisie nicht die gleiche Rolle spielen wie Hitler für die deutsche.

Als sich - spätestens nach Stalingrad - für sie herausgestellt hatte, daß sie wieder einmal den falschen Verbündeten gewählt hatte, gab es für sie bei weitem weniger Grund für Hemmungen vor einer Kapitulation als für die deutschen Imperialisten. Italien war in diesem Krieg nicht der Hauptgegner, sondern nur Juniorpartner des Hauptgegners der Antihitlermächte, ein Juniorpartner, der, je länger desto mehr auf die Stufe des bloßen Vasallen herabgesunken war. Obwohl natürlich auch ihm gegenüber die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation erhoben wurde, konnte er doch auf Belohnung rechnen, falls er noch rechtzeitig mit Hitlerdeutschland brach und die Front wechselte.

Aber dazu war nötig, Mussolini und seine Schwarzhemden zu entmachten. Anders als in Deutschland standen dem in Italien keine gewichtigen Bedenken im Wege. Im Gegensatz zu Hitler war Mussolini für die italienische Monopolbourgeoisie in jeder Hinsicht - nicht nur außen-, sondern auch innenpolitisch - eine Belastung geworden. Er war kein Faktor der Verminderung der Revolutionsgefahr mehr, sondern das Gegenteil davon: solange er an der Spitze stand, würden die Forderungen der Massen nach Umsturz der Machtverhältnisse nur immer dringender und drohender erhoben werden.

Andererseits brauchte die italienische Bourgeoisie eine Ausbreitung der Widerstandsbewegung weit weniger zu fürchten als die deutsche: hier gab es keine Möglichkeit, daß sie von der Roten Armee Unterstützung erhalten würde, sondern sie würde es nur mit den Westmächten als siegreicher Besatzungsmacht zu tun haben, und die würden mit Sicherheit dafür sorgen, daß es zu keiner kommunistischen Machtübernahme kommen würde - selbst wenn die Italienische Kommunistische Partei die überwältigende Mehrheit aller Italiener hinter sich hätte.

Diese vergleichende Betrachtung erhärtet die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung:

Erstens: Hitler und seine Partei waren und blieben auch in der Endphase der faschistischen Diktatur ein Instrument der deutschen Imperialisten und nicht etwa deren Beherrscher.

Zweitens: Dieses Instrument war - im Unterschied zu Italien - nur in einer, in außenpolitischer Hinsicht, stumpf und sogar hinderlich geworden; es erfüllte dagegen noch immer in unersetzlicher Weise seine wichtigste, die innenpolitische Funktion des Hintanhaltens der Gefahr eines revolutionären Durchbruches.

Drittens: Da die deutsche imperialistische Bourgeoisie mit gutem Grund die Revolution mehr als die Niederlage fürchtete, blieb sie in der Frage der Beseitigung Hitlers unentschlossen, schwankte zwischen verschiedenen Möglichkeiten, so daß die wirkliche Entschlossenheit zum Vorgehen gegen Hitler auf den relativ kleinen Kreis der Verschwörer beschränkt blieb, die ihrerseits von ihrer Klasse allein gelassen wurden und isoliert waren und blieben, isoliert von den antifaschistischen Kräften im Volk.

Hierin - und nicht in der von der bürgerlichen Geschichtsschreibung behaupteten „Allmacht Hitlers" lag die wirkliche Ursache für das Scheitern der Verschwörung des 20. Juli.

Anmerkungen:

1) Die Referate und Diskussionsbeiträge dieses Kolloquiums sind publiziert in „Wissenschaftliche Mitteilungen" der Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik. 1985/I-H
2) Ebenda, S. 13
3) Ebenda, S. 24 f.
4) Kurt Gossweiler, Der 20 Juli und die Faschismustheorie, in: Demokratie, Antifaschismus und Sozialismus in der deutschen Geschichte, Berlin 1988
5) Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. Hg. vom Archiv Peter für historische und zeitgeschichtliche Dokumentation, Stuttgart 1961 (künftig: Kaltenbrunner-Berichte), S. 232
6) Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956. S. 417
7) ebenda. S. 391

8) Theodor Heuss, Robert Bosch. Leben und Leistung, Stuttgart und Tübingen, 1946, S. 707
9) Kaltenbrunner-Berichte, S. 550f.
10) ebenda, S. 558 f
11) ZStAP, Deutsche Bank-Akten 5961/ 35
12) Aus der Anweisung des Gestaposchefs Müller v. 12.06.1942, zit. nach: 20. Juli 1944, hg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst. 4. Aufl., Bonn 1961, S. 197
13) Siehe Olaf Groehler, 1944: Die Krise des deutschen Faschismus. Faschistische Agonie und Nachkriegsplanung, in: ZfG 7/1984, S. 588
14) ebenda. Dort auch Angaben über weitere Literatur zur Nachkriegsplanung.
15) Joachim Petzold, Die Absetzung Wilhelm II., in: Zeitschrift für Militärgeschichte, 3/1967, S. 298 ff.
16) zit. nach Eugen Schiffer, Ein Leben für den Liberalismus, Berlin-Grunewald, 1951, S. 136f.
17) Am Beginn der letzten Phase des Krieges. Ein neues, bedeutsames Dokument aus dem illegalen Kampf in Deutschland, in: BzG 3/1979. S. 410. Siehe auch: Deutschland im Zweiten Weltkrieg, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann. Bd. 6, Berlin 1985. S. 290
18) Ritter, Goerdeler, S. 428
19) ebenda, S. 615
20) So behauptete Goerdeler in dem gleichen Brief: „Heute noch kann ich erklären, daß ich Ihnen, Herr Generalfeldmarschall, und jedem anderen zum notwendigen Handeln entschlossenen General die erdrückende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft, der deutschen Beamten und der deutschen Wehrmacht zuführen kann." (ebenda)
21) zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929 - 1933, hg. von Wolfgang Rüge und Wolfgang Schumann, Berlin 1975, S. 83 f.
22) Dazu ausführlich bei: Wolfgang Rüge, Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler, Berlin 1983, und Kurt Gossweiler, Kapital, Reichswehr und NSDAP, Berlin 1982
23) Hermann Rauschning (Gespräche mit Hitler, Zürich/Wien/New York 1940, S. 198) führt Hitlers Äußerung an: „In der Kunst der Massenbeeinflussung ist mir keiner gewachsen, auch Goebbels nicht." Und vor den Wehrmachtbefehlshabern begründete Hitler am 22.08.1939 die Notwendigkeit, jetzt loszuschlagen, u. a. mit folgenden Erwägungen: „Wesentlich hängt es von mir ab, von meinem Dasein, wegen meiner politischen Fähigkeiten. Dann die Tatsache, daß wohl niemand wieder so wie ich das Vertrauen des ganzen deutschen Volkes hat. In der Zukunft wird es wohl niemals wieder einen Mann geben, der mehr Autorität hat als ich. Mein Dasein ist also ein großer Wert-Faktor." (Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946

(amtlicher Text in deutscher Sprache (künftig IMT), Bd. XXVI, S. 338 ff, Dok. 798-PS.)
24) Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/ 34, Köln und Opladen 1960, S. 914 ff.; Kurt Gossweiler, Die Röhm-Affäre. Hintergründe-Zusammenhänge - Auswirkungen, Köln 1983, S. 512 f.
25) Gossweiler, Röhm-Affäre, S. 470, 513; Hermann Foertsch, Schuld und Verhängnis. Die Fritsch-Krise im Frühjahr 1938 als Wendepunkt in der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit, Stuttgart 1951, S. 64
26) ebenda
27) Ausgewählte Briefe von Generalmajor HelmuthStieff,in:VfZ3/1954,S. 298
28) Ausführlich dazu: Hans Bern Gisevius, Bis zum bittern Ende, Stauffenberg und der20. Juli 1944, Berlin, 6. Überarb. Auflage, 1984. S. 60 f.
29) Friedrich Hossbach, Zwischen Wehrmacht und Hitler, Hamburg 1949, S. 9; Hossbach, S. 44, 74
30) Siehe Hjalmar Schacht, Abrechnung mit Hitler. Hamburg 1949, S. 9; Hossbach, S. 44, 74
31) Gossweiler, Röhm-Affäre, S. 44
32) Wortlaut in: VfZ 2/1955; auszugsweise in: Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges, hg. und eingel., von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 144 ff.
33) Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler, Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Nr. 47 (3/1968), S. 221 f.
34) Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 -1945, Bd. I, Berlin 1969, S. 16,36 ff.
35) IMT, Bd. XXXVI, S. 522 ff, Dok. 450 EC. - dieses Gespräch, das wie kaum ein anderes Dokument Schacht als Einpeitscher der Hitlerpolitik kennzeichnet, hat erstaunlicherweise bisher in der Literatur kaum Beachtung gefunden: (vgl. aber George F. W. Hallgarten/Joachim Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt/M. - Köln 1974, S. 304)
36) IMT, Bd. XII, S. 598
37) Im Rechenschaftsbericht an den 18. Parteitag der KPdSU führte Stalin am 10. März 1938 aus: „In der Politik der Nichteinmischung macht sich das Bestreben geltend, die Aggressoren bei der Ausführung ihres dunklen Werkes nicht zu hindern, ... zum Beispiel Deutschland nicht zu hindern, ... sich in einen Krieg gegen die Sowjetunion einzulassen, alle Kriegsteilnehmer tief in den Morast des Krieges versinken zu lassen, sie im stillen dazu anzuspornen, dazu zu bringen, daß sie einander schwächen und erschöpfen, dann aber, wenn sie genügend geschwächt sind,

mit frischen Kräften auf dem Schauplatz zu erscheinen und, natürlich 'im Interesse des Friedens' aufzutreten, um den geschwächten Kriegsteilnehmern ihre Bedingungen zu diktieren." (J. Stalin, Fragen des Leninismus. Moskau 1947, S. 687 f.)
38) Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, S. 296
39) Generalmajor Georg Thomas, Chef des Wehrwirtschaftsstabes des OKW
40) Ullrich v. Hassel!, bis 1937 Botschafter in Rom, Mitverschworener Goerdelers und dessen Kandidat als Außenminister
41) Finker/Busse. Stauffenberg, S. 61 ff.
42) Eichholtz/Gossweiler, Argument Nr. 47, S. 222; Eichholtz, Geschichte der Kriegswirtschaft, S. 50, 61
43) Der deutsche Geschäftsträger in London, der zur Goerdeler-Gruppe gehörte, gab dem englischen Außenminister Halifax am 7. September 1938 eine mündliche Erklärung ab, in der es hieß: „Nach unserer genauen Kenntnis plant Hitler einen Angriff auf die Tschechoslowakei und nimmt an, daß der daraus entstehende Krieg lokalisiert werden könnte. ... . Hitler und Ribbentrop werden wahrscheinlich gar nicht wagen, einen Krieg zu beginnen, wenn eine offene britische Erklärung dem deutschen Volk klar vor Augen führt, daß ein Krieg mit Großbritannien im Falle eines Angriffs auf die Tschechoslowakei unvermeidlich ist. ... . Wenn die erbetene Erklärung gegeben wird, sind die Führer der Armee bereit, gegen Hitlers Politik mit Waffengewalt aufzutreten. Eine diplomatische Niederlage würde einen sehr ernst zu nehmenden politischen Rückschlag für Hitler in Deutschland nach sich ziehen und würde praktisch das Ende des national sozialistischen Regimes bedeuten." (Erich Kordt, Nicht aus den Akten ... . Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg. Erlebnisse, Begegnungen und Eindrücke 1928-1945, Stuttgart (1950), S. 279 ff.)
44) Fritz Thyssen, I paid Hitler, London 1941, S. 47
45) Ullrich von Hassell, Vom andern Deutschland, 3. Aufl., Zürich 1947, S. 86 ff.; s. a. Ritter, Goerdeler, S. 239
46) Vgl. dazu auch die Einschätzung der Landesleitung der KPD in ihrem bereits erwähnten Aufruf (Anm. 17); s. a. Finker/Busse, Stauffenberg, S. 171 f.
47) siehe Olaf Groehler, 1944
48) Finker/Busse, Stauffenberg, S. 68
49) ebenda, S. 69
50) Ritter, Goerdeler, S. 585 ff.
51) Über solche Versicherungen der Regierung Chamberlain berichtet Ritter (S. 258 ff. seines Goerdeler-Buches)
52) Ritter, Goerdeler, S. 586 ff.
53) zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte, 1917-1919, Berlin 1975, S. 43
54) Von Wilhelm II. ist überliefert, daß er noch am 3. November 1918 erklärte: „Das Kriegsende habe (durch den Ausbruch der Revolution) ein ganz anderes Aussehen

erhalten. Es gehe jetzt um den Kampf gegen den Bolschewismus. Es sei nicht ausgeschlossen, „daß die Engländer mir Truppen gegen Rußland anbieten." (Sigurd von Ilsemann, Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des letzten. Flügeladjutanten Kaiser Wilhelm IL, hg. von Harald v. Koenigswald, Bd. I: Amerongen und Doorn 1918-1923, München 1967, S. 35)
55) Ritter, Goerdeler, S. 593
56) ebenda, S. 593 f.
57) ebenda
58) ebenda, S. 595
59) ebenda, S. 596
60) ebenda, S. 602 f.
61) ebenda, S. 603 f.
62) ebenda, S. 604 ff, Hervorhebung von mir, K. G.
63) ebenda, S. 606
64) ebenda, S. 609 f.
65) ebenda, S. 392 f.
66) ebenda, S. 257 ff.
67) ebenda, S. 393 f.
68) Hans Bernd Gisevius, Bis zum bittern Ende, Bd. 2, Hamburg 1947, S. 234 ff.; Allan Welsh Dulles, Verschwörung in Deutschland, Zürich 1948
69) Ritter, Goerdeler, S. 394; s. a. ebenda, S. 407
70) Ritter versucht diese Seite der Goerdeler-Konzeption vergeblich zu verwischen und dessen Einschwenken auf die auch vom bürgerlich-patriotischen Standpunkt aus verwerfliche „Westlösung" moralisch zu rechtfertigen, indem er auf der gleichen Seite (S. 394) behauptet, Goerdeler habe es als Verbrechen empfunden, nachdem der Krieg aussichtslos geworden sei, „auch nur noch das Leben eines einzigen deutschen Soldaten zu opfern."
71) Hier seien nur genannt: Finker/Busse, Stauffenberg; Kurt Finker, Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1978
72) Ritter, Goerdeler, S. 551
73) ebenda, S. 396; Finker/Busse, Stauffenberg, S. 213
74) Ritter, Goerdeler, S. 388
75) Finker/Busse, Stauffenberg; S. 187 f.
76) Ritter, Goerdeler, S. 408
77) Ritter, Goerdeler, S.407
78) 20. Juli 1944, (s. Anweisung des Gestapochefs Müller vom 12.06.1942, a. a. O.), S. 174 ff.
79) ebenda, S. 179

80) Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933 bis 1945. Eine Auswahl von Materialien, Berichten und Dokumenten, Berlin 1957, S. 233 ff.
81) 20. Juli 1944, S. 174
82) ebenda, S. 175
83) Kurt Finker, Der Platz des 20. Juli 1944 in der Geschichte des deutschen antifaschistischen Widerstandskampfes, in: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik 1985/I-1I, S. 6
84) Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 6, Berlin 1985. S. 284 f.
85) ebenda, S. 295
86) Olaf Groehler/Wolfgang Schuhmann, Vom Krieg zum Nachkrieg. Probleme der Militärstrategie und Politik des faschistischen deutschen Imperialismus in der Endphase des zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte 26, Studien zur Geschichte des Faschismus und des antifaschistischen Widerstandes (1), hg. Dietrich Eichholtz/Klaus Mammach, Berlin 1982, S. 276
87) Finker, Der Platz des 20. Juli 1944, S. 13
88) Groehler/Schuhmann, Berlin 1982, S. 276, a. a. O.

Quelle: Schriftenreihe der KPD, Nr. 191

Der deutsche Imperialismus und der Platz des Faschismus in seinem Herrschaftssystem heute

Zu den Auswirkungen der neuen internationalen Rahmenbedingungen auf die Politik des deutschen Imperialismus und auf die faschistischen Organisationen.

Das 20. Jahrhundert war ausgefüllt mit dem Kampf „Wer-Wen?“ zwischen dem niedergehenden Imperialismus und dem bis 1975 unaufhaltsam aufsteigenden Sozialismus. Seine für den Kampf gegen die Sowjetunion unentbehrliche Rolle gab dem deutschen Imperialismus die Möglichkeit, nach seiner totalen Niederlage am Ende seines ersten bewaffneten Griffs nach der Weltmacht mit Hilfe der Sieger in kürzester Zeit wieder so weit erstarkt und gerüstet zu sein, dass er sich in sein zweites Weltherrschafts-Eroberungs-Abenteuer stürzen konnte. Und auch nach seiner noch totaleren Niederlage 1945 halfen ihm die Sieger – und hier vor allem die zur Supermacht aufgestiegenen USA – wieder dazu, in Kurzem erneut zur stärksten imperialistischen Macht des kapitalistischen Europa aufzusteigen als Hauptkraft im

Kampf gegen die Sowjetunion und deren Verbündete, an erster Stelle gegen deren westlichsten, die Deutsche Demokratische Republik.

Als dann gegen Ende des Jahrhunderts dank der dreißigjährigen Unterminierungsarbeit der revisionistischen 5. Kolonne des Imperialismus im Machtzentrum der Sowjetunion diese zusammenbrach und mit ihr ihre europäischen Partner von der politischen Landkarte Europas verschwanden, war dies für alle imperialistischen Länder und ganz besonders für die Bundesrepublik Deutschland wegen der Annexion der DDR ein großer Sieg. Aber dieser Sieg bedeutete für den deutschen Imperialismus zugleich einen folgenreichen Verlust: verloren gegangen war der gemeinsame Feind des Weltimperialismus, dessen Existenz es der deutsche Imperialismus verdankt hatte, dass seine Rivalen ihn nach seinen beiden Niederlagen nicht liquidierten, sondern – immer wieder um sein rasches Erstarken besorgt – hochpäppelten.

Nun befindet er sich in einer völlig anderen Situation: Zwar ist er noch immer „verbündeter NATO-Partner“ der USA, aber der beiden gemeinsame Feind ist entschwunden, geblieben aber ist ihre Rivalität, und die ist aufgrund der neuen Weltsituation um ein Vielfaches verschärft.

Denn das Ende des „Sowjetblocks“ war zugleich der Startschuss für den Beginn einer neuen Runde im Kampf der imperialistischen Staaten um die Neuaufteilung der Welt. Dabei geht es jetzt erstens um die Erlangung des größten Stückes der Beute aus dem Zerfall der „Zweiten Welt“, der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten Europas; dabei geht es zweitens um die Rekolonialisierung bzw. durchgängige Neo-Kolonialisierung der Länder der „Dritten Welt“, denen mit der Sowjetunion und deren europäischen Verbündeten ein wichtiger Rückhalt in ihrem Widerstand gegen die imperialistischen Aggressionen verloren gegangen ist. Verflochten damit geht es drittens um den Kampf um die immer knapper werdenden Rohstoffressourcen, vor allem um jene nur noch für Jahrzehnte ausreichenden des Erdöls. Aber es zeichnet sich ab, dass auch schon jetzt und erst recht in der Zukunft das Trinkwasser zu den umkämpften Naturressourcen gehört. In diesem Kampf um die Neuaufteilung der Welt gibt es nur eine Supermacht – die USA, die als ihr unantastbares Recht ansehen, die „neue Weltordnung“ allein nach ihren Interessen und Vorstellungen der übrigen Welt aufzuzwingen.

Gewöhnlich spricht man davon, dass es für die USA nur noch zwei ernst zu nehmende imperialistische Rivalen gibt – Deutschland und Japan. Aber von den beiden kann gegenwärtig wohl nur von Deutschland als von einem wirklich ernsthaften Rivalen gesprochen werden; denn Japan steht noch immer unter einer starken USA-Kontrolle und hat keineswegs die Bewegungsfreiheit wie die BRD. Und zum anderen hat Japan im Unterschied zu seiner Position vor dem zweiten Weltkrieg

seine Vorherrschaft über den ostasiatischen Kontinent verloren, sieht sich vielmehr der in atemberaubendem Tempo zur stärksten ökonomischen Macht Asiens heranwachsenden Volksrepublik China gegenüber.

Ganz anders die Position der BRD. Der deutsche Imperialismus hat aus den zwei Niederlagen, die er erlitt, als er im Alleingang bzw. mit nur so schwachen Bundesgenossen, wie Österreich und Türkei im ersten, Italien und den Satellitenstaaten der „Achse“ Berlin-Rom in Europa im zweiten Weltkrieg glaubte, die ganze übrige Welt niederringen zu können, gelernt und daraus die Schlussfolgerung gezogen: er kann den dritten Anlauf zum Griff nach der Weltherrschaft nicht mehr mit einem durch Waffengewalt unterworfenen Europa als Hinterland unternehmen, sondern nur mit einem Europa, das Deutschland als die stärkste ökonomische und politische Macht des Kontinents als Führungskraft einer Europäischen Union anzuerkennen bereit ist.

In der Tat hat die BRD als stärkste ökonomische Macht in Europa und dritt- oder gar zweitstärkste ökonomische Macht in der Welt die Vorherrschaft in der Europäischen Union erlangt und strebt danach, die Europäische Union unter deutscher Führung zur ökonomisch, politisch und militärisch den USA zunächst ebenbürtigen, dann aber sie überholenden Macht auszubauen.

Noch aber ist diese EU ein sehr lose vereintes und wegen der zahlreichen Interessendivergenzen ihrer nun schon 25 Mitglieder ein noch recht labiles Gebilde, das aus der Zone der Einsturzgefahr noch nicht herausgekommen ist und noch vor schweren Belastungsproben, z.B. in der Frage der Aufnahme der Türkei als Vollmitglied, steht. Wenn der deutsche Imperialismus diese Europäische Union zu der Basis gestalten will, von der aus er den Kampf mit dem USA-Imperialismus als Kampf aller Mitglieder der EU und des ganzen Kontinents Europa um die Nummer Eins im Weltmaßstabe mit Erfolg führen kann, dann muss er die Empfindlichkeit der europäischen Völker, die er im zweiten Weltkrieg unter seine Stiefel getreten hat, berücksichtigen, dann gefährden schrille revanchistische und nationalistische „Deutschland über alles!“-Töne noch mehr als die Duldung von Antisemitismus das Vorhaben. An ihre Stelle muss die Propagierung eines „Europa-Patriotismus“ treten, zu dem jedoch gehören darf und soll, dass die „deutschen Tugenden“ tragende Elemente eines Europa auf dem Wege „zur modernsten, sich am raschesten entwickelnden und wissenschaftlich führenden Region“ sind.

Dieser Interessenlage des deutschen Imperialismus müssen alle seine Parteien vom rechten bis zum linken Rand Rechnung tragen, was allerdings vor allem für die Parteien im rechten Spektrum – angefangen bei der CDU bis zu den die deutschnationalistische und antisemitische Nazitradition pflegenden neofaschistischen Parteien und Organisationen – nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten vor sich geht.

Quelle: KAZ, Ausgabe 343. Geschrieben im Januar 2005, veröffentlicht in Roland Bach u. a. (Hrsg.), „Antifaschistisches Erbe in Europa – Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter", Eigenverlag, Berlin, 2005, S. 121-133,

Beiträge zur Revisionismusanalyse

Der Revisionismus – Totengräber des Sozialismus. Zur Entstehung des modernen Revisionismus und zu seiner Etablierung in der Sowjetunion unter Chruschtschow 1953-1964

Es ist für mich eine große Freude, diese Veranstaltung (die von offen-siv veranstaltete Konferenz "Revisionismus - der Totengräber des Sozialismus, von den Anfängen bis zur bitteren Niederlage", Lesung und Diskussion mit Kurt Gossweiler und Harpal Brar, Berlin, 24. August 2002) gemeinsam mit dem Genossen Harpal Brar bestreiten zu dürfen, den ich vor neun Jahren in Brüssel beim alljährlichen Mai-Seminar der Partei der Arbeit Belgiens zum ersten Mal erleben durfte.

Dass wir heute gemeinsam hier auftreten können, dafür sind wir alle hier der Zeitschrift "offen-siv" und ihren unermüdlichen Herausgebern, Frank und Anna, Dank schuldig.

Danken möchte ich aber auch den Zeitschriften, die ebenfalls bereit waren, Einladungs-Anzeigen zu dieser Veranstaltung abzudrucken, also der “Jungen Welt”, der “Roten Fahne” der KPD und der “UZ” der DKP.

Das gemeinsame Thema beider heutiger Referenten lautet: „Der Revisionismus – Totengräber des Sozialismus.“ Diese Feststellung wird durch jedes der beiden heute vorzustellenden, aber vollständig unabhängig voneinander entstandenen Bücher belegt. Dass sie dennoch zu genau den gleichen Ergebnissen gelangt sind, bestätigt die Richtigkeit eines früher, als die kommunistischen Weltbewegung noch fest auf dem Fundament des Marxismus-Leninismus stand, unter Kommunisten geläufigen Wortes, das besagte: Wo auch immer Kommunisten leben – ob in Berlin, New York, Moskau oder Peking – sie werden zu allen entscheidenden Fragen des Klassenkampfes unabhängig voneinander überall die gleiche Position einnehmen.

Dabei waren unsere Ausgangspunkte schon allein durch den Altersunterschied bedingt ganz unterschiedlich. Mich als damals fast Vierzigjährigen haben schon die ersten drei Jahre Chruschtschow an der Macht zu der Überzeugung gebracht, die ich in meinem politischen Tagebuch am 19. Januar 1957 mit den Worten niedergeschrieben habe: “Kein Zweifel, an der Spitze der Partei Lenins und Stalins steht zur Zeit ein Feind, ein Vertrauensmann der imperialistischen Geheimdienste, allen voran des us-amerikanischen, ein Komplize des seit langem zum Agenten des Secret Service und des CIA gewordenen Tito.” (Kurt Gossweiler, Die Taubenfuß-Chronik oder die Chruschtschowiade 1953 bis 1964, Bd. 1 1953 bis 1957, München 2002, S.209)

Auch unser Herangehen an die Analyse ist geprägt durch unsere jeweilige Spezialisierung: Genosse Brar als Ökonom hat das Hauptgewicht auf die Analyse der Wirtschaftspolitik Gorbatschows und – im Rückblick – Chruschtschows gelegt. Mein Hauptuntersuchungsfeld war dagegen die innere und äußere Politik Chruschtschows, die Politik gegenüber der Geschichte der eigenen Partei, die Politik gegenüber den Bruderparteien und sozialistischen Bruderländern - besonders gegenüber der DDR-, die Politik gegenüber dem Imperialismus. Die Wirtschaftspolitik blieb natürlich nicht unbeachtet, ihren Schädlingscharakter habe ich, wo ich ihn erkannte, – z. B. bei der Auflösung der MTS, bei der Neulandaktion – , aufgedeckt, aber für eine so genaue Analyse der “Wirtschaftsreformen” unter Chruschtschow und Breshnew, wie sie Genosse Brar durchführte, fehlten mir sowohl die notwendigen politökonomischen Kenntnisse als auch die nötige Materialkenntnis.

Aber wo man die Politik der Revisionisten auch packt: man kommt immer zum gleichen Ergebnis: der Revisionismus zielt auf die Restauration des Kapitalismus, und wo ihm nicht das Handwerk gelegt wird, da wird er zum Totengräber des Sozialismus und – das muss mit Nachdruck ergänzt werden: auch der kommunistischen

Bewegung. Insofern ergänzen sich beide Bücher – ich möchte sagen: in glücklicher Weise – sowohl von der Chronologie her als auch von der Betrachtungsweise her. Und auch von der Zielsetzung her!

Im letzten Absatz seiner "Perestroika" schreibt Genosse Brar:

"Der Verfasser strebt nach Antwort auf die wichtigste Frage, nämlich: Wie war es möglich, dass …diese UdSSR, die einer gewaltigen Hitlerschen Kriegsmaschinerie das Genick brach, als sozialistischer Staat so schmählich kollabierte? Niemand kann die enorme Bedeutung für die ganze kommunistische Bewegung leugnen, eine richtige Antwort auf diese Frage zu finden. Nur die Zeit und weitere Erörterungen werden erweisen, ob der Autor erfolgreich bei ihrer korrekten Beantwortung war." (Perestroika, S.163)

Im Vorwort zu meiner "Taubenfußchronik" ist zu lesen:

"Seit dem Untergang der Sowjetunion und des Staat gewordenen Sozialismus in Europa ist die wichtigste und zugleich quälendste Frage für jeden revolutionären Sozialisten die Frage nach den Ursachen für diese Menschheitskatastrophe… Wenn die Chronik dazu beiträgt, in der kommunistischen und der Arbeiterbewegung einer einheitlichen Auffassung über die tatsäch-lichen Ursachen der keineswegs unvermeidlichen, sondern vermeidbaren Niederlage und darüber näherzukommen, wodurch der keineswegs unmögliche, sondern fast schon sichere, nicht mehr zurückzudrehende Sieg über den Imperialismus in diesem Jahrhundert verhindert wurde, dann hätte dieses Tagebuch doch noch einen gesellschaftlichen Nutzen erzielt und seine Veröffentlichung gerechtfertigt."

1. Einige Bemerkungen zum Ursprung und zur Charakteristik des "modernen Revisionismus"

Der alte, "sozialdemokratische" Revisionismus der Bernstein und Kautsky entstand als der theoretische Ausdruck der Interessen vom Monopolkapital korrumpierter Arbeiterschichten, die ihren Frieden mit einem "reformierten" Kapitalismus gemacht haben. Der "moderne Re-visionismus", also der Revisionismus in den Kommunistischen Parteien und in den sozialistischen Ländern, entstand auf andere Weise, ist nicht "von unten" gewachsen. Den Begriff des "modernen Revisionismus" gab es in der Sowjetunion der Vorkriegszeit nicht, weil es das, was ihn ausmacht, noch nicht gab. Es gab den Trotzkismus als "linke" Abweichung, und es gab rechte, opportunistische Abweichungen von der marxistisch-leninistischen Generallinie der Partei, die durchaus Elemente enthielten, die auch für den modernen Revisionismus kennzeichnend sind, ohne jedoch schon alle dessen Merkmale und Inhalte in sich zu vereinigen.

Beide, der alte und der moderne Revisionismus, haben gemeinsam, dass sie Agenturen der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung sind: Der alte Revisionismus wirkt im Kapitalismus und will die Revolution verhindern, um den Kapitalismus zu erhalten. Der moderne Revisionismus will die Revolution rückgängig machen, um den Kapitalismus wiederherzustellen.

Das sozialistische Land, in dessen führender kommunistischer Partei erstmals an die Stelle des Marxismus-Leninismus das gesetzt wurde, was später den Namen "moderne Revisionismus" erhielt, war Titos Jugoslawien. Aber er war nicht dort entstanden, sondern hatte seinen Ursprung in den USA, und sein Schöpfer war kein anderer als der langjährige Generalsekretär der KP der USA, Earl Browder. Für eine ausführliche Darstellung seiner Auffassungen und des Weges, auf dem diese aus den USA in die kommunistischen Parteien Europas transportiert wurden, fehlt hier die Zeit; (Ausführlich hierzu Kurt Gossweiler, Die Ursprünge des modernen Revisionismus oder: Wie der Browderismus nach Europa verpflanzt wurde – Gedanken bei Lesen der Tagebücher von Georgi Dimitroffs, offen-siv – Zeitschrift für Sozialismus und Frieden 10/03)

Hier sei nur soviel erwähnt: Ab 1942, nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis, schlug Browder einen opportunistischen Kurs ein, löste die KP der USA auf und verwandelte sie in eine Art Propaganda-Verein, befürwortete das Aufgehen der Partei in einer breiten, alle Klassen umfassenden antifaschistischen Front, die Preisgabe des Kampfes der Kommunisten um den Sozialismus in den USA, und verkündete, die USA hätten ihre Absicht, den Sozialismus in der Sowjetunion zu beseitigen, aufgegeben, künftig werde ein dauerhafter Frieden durch die Zusammenarbeit der USA mit der UdSSR gesichert und die Sowjetunion solle ihre zerstörten Gebiete mit USA-Krediten wieder aufbauen.

Seine revisionistischen Ideen fasste er in einer Schrift zusammen. Die wurde während des Krieges in deutscher und französischer Sprache in der Schweiz unter den kommunistischen Emigranten verschiedener Länder – vor allem deutscher, ungarischer und jugoslawischer – verbreitet und in Schulungen breit popularisiert.

Der Mann, der die Übersetzung und die Verbreitung dieser Urschrift des modernen Revisionismus unter den kommunistischen Emigranten betrieb, war ein mit Browder persönlich befreundeter US-Beamter, Noel Field, der nach dem Abzug der Interbrigadisten und deren Einweisung in Lager in Frankreich der internationalen Kommission angehörte, die alle aus Spanien nach Frankreich evakuierten Freiwilligen der Internationalen Brigaden namentlich registrierte. In Frankreich und der Schweiz war er als Leiter einer us-amerikanischen Hilfsorganisation tätig und knüpfte dadurch Beziehungen zu den kommunistischen Emigranten vieler Länder an. Gleichzeitig

arbeitete er mit dem in Bern residierenden Chef des US-Geheimdienstes OSS, (Office of Strategic Services), Allan Dulles, zusammen.

In seinem Buch Perestroika weist Genosse Brar darauf hin, (S.126 f.), dass einer der führenden polnischen Revisionisten, der bürgerliche Ökonom Oskar Lange, in den dreißiger Jahren Vorlesungen an der Universität in Chicago hielt und in seinem 1935 erschienen Buch: "Marxistische Ökonomie und moderne Wirtschaftstheorie" von revisionistischen Positionen aus die marxistische Ökonomie als veraltet und der modernen bürgerlichen Wirtschaftstheorie weit unterlegen erklärte. Er verbreitete Ideen über "eine elementare Gemeinschaft der Grundwerte" der USA und der Sowjetunion, die wir ähnlich bei Browder wieder finden. Es ist durchaus möglich, dass Browder von Langes Vorträgen und Büchern Kenntnis hatte und einige ihrer Ideen übernommen hat.

Zusammenfassend können wir sagen: Im Unterschied zum alten, sozialdemokratischen Revisionismus, der gewissermaßen aus den Oberschichten der Arbeiterklasse herausgewachsen ist, ist der neue, "moderne" Revisionismus als imperialistische Zersetzungsideologie von außen in die kommunistische Bewegung eingeschleust worden.

Wie und warum aber konnte er dort Wurzeln schlagen und schließlich über den Marxismus-Leninismus in der Sowjetunion und ihren europäischen Verbündeten den Sieg davontragen?

Diese Tatsache ist noch schwerer erklärlich, wenn wir uns vor Augen halten, dass auf den beiden Moskauer Konferenzen von 1957 und 1960 der Revisionismus sehr treffend gekennzeichnet und zur Hauptgefahr für die kommunistische Bewegung erklärt wurde. So heißt es in der Erklärung der Beratung von 1957:

"Der moderne Revisionismus ist bemüht, die große Lehre des Marxismus-Leninismus in Verruf zu bringen, er erklärt sie für ‚veraltet', behauptet, sie habe heute ihre Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung verloren.

Die Revisionisten sind bestrebt, die revolutionäre Seele des Marxismus auszumerzen und den Glauben der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes an den Sozialismus zu erschüttern. Sie wenden sich gegen die historische Notwendigkeit der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus,

sie leugnen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei,

sie lehnen die Prinzipien des proletarischen Internationalismus ab,

sie fordern Verzicht auf die grundlegenden Leninschen Prinzipien des Parteiaufbaus und vor allem auf den demokratischen Zentralismus,

sie fordern, dass die kommunistische Partei aus einer revolutionären Kampforganisation in eine Art Diskutierklub verwandelt wird."

In der Schlusserklärung der Moskauer Beratung von 1960 wurde erneut bekräftigt, dass der Revisionismus die Hauptgefahr für die kommunistische Weltbewegung darstellt, darüber hinaus scharf mit dem Tito-Revisionismus abgerechnet:

"Die kommunistischen Parteien haben die jugoslawische Spielart des internationalen Opportunismus, die einen konzentrierten Ausdruck der ‚Theorien' der modernen Revisionisten darstellt, einmütig verurteilt. Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die den Marxismus-Leninismus verrieten, indem sie ihn für veraltet erklärten, haben der Erklärung von 1957 ihr antileninistisches revisionistisches Programm – (das "Laibacher Programm" von 1958, K.G.) – entgegengestellt, ihr Land vom sozialistischen Lager losgerissen, es von der Hilfe der amerikanischen und anderen Imperialisten abhängig gemacht und damit die Gefahr heraufbeschworen, dass das jugoslawische Volk seiner im heroischen Kampf erzielten revolutionären Errungenschaften verlustig geht. Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung. Unter dem Vorwand einer blockfreien Politik entfalten sie eine Tätigkeit, die der Einheit aller friedliebenden Kräfte und Staaten Abbruch tut.

Die weitere Entlarvung der Führer der jugoslawischen Revisionisten und der aktive Kampf dafür, die kommunistische Bewegung wie auch die Arbeiterbewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten abzuschirmen, ist nach wie vor eine unerlässliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien."

Diese Forderung war nur zu sehr berechtigt, aber sie kam viel zu spät. Was hier – 1960! – verlangt wurde: Entlarvung Titos als Revisionist, und Abschirmung der kommunistischen Bewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten – das hatten doch schon 1948, also 12 Jahre vorher, die Parteien des Kommunistischen Informationsbüros – KPdSU, Polnische Arbeiterpartei, Ungarische Partei der Werktätigen, KP der CSR, Bulgarische Arbeiterpartei, KP Frankreichs und KP Italiens – mit ihrer Resolution vom Juni 1948 "Über die Lage in der kommunistischen Partei Jugoslawiens" getan!

Wie konnte es da geschehen, dass wenige Jahre später dennoch der Revisionismus in der kommunistischen Bewegung zur Hauptgefahr werden konnte und sie erneut vor der Wühlarbeit der jugoslawischen Revisionisten gewarnt werden musste? Das ist das "Verdienst" Chruschtschows, dessen Rolle nun etwas näher betrachtet werden soll.

2. Wie Chruschtschow die Zerstörung der Sowjetmacht einleitete

Eine der ersten Handlungen des nach Stalins Tod am 5. März 1953 im September 1953 zum Generalsekretär der KPdSU aufgestiegenen Chruschtschow, die mich stutzig machten, war jene, mit der die erwähnte Warnung der Parteien des Kommunistischen Informationsbüro vor dem Tito-Revisionismus als falsch und unberechtigt erklärt und damit die dringend notwendige Schutzimpfung aller kommunistischen Parteien gegen die Infektion mit dem Revisionismus, die diese Warnung dargestellt hatte, unwirksam gemacht worden war.

Am 26. Mai 1955 erklärte Chruschtschow als Leiter der sowjetischen Delegation bei deren Ankunft auf dem Belgrader Flughafen: "Teurer Genosse Tito! Wir bedauern aufrichtig, was geschehen ist… Wir haben eingehend die Materialien überprüft, auf denen die schweren Anschuldigungen und Beleidigungen beruhten, die damals gegen die Führer Jugoslawiens erhoben wurden. Die Tatsachen (?!) zeigen, dass diese Materialien von Volksfeinden, niederträchtigen Agenten des Imperialismus, fabriziert waren, die sich durch Betrug in die Reihen unserer Partei eingeschlichen hatten."

Ich habe in meinem Tagebuch damals diese Auslassungen Chruschtschows so kommentiert:

"Näheres darüber, welche Dokumente gefälscht sind, wurde nie veröffentlicht. Obwohl die Behauptung, dass die kommunistische Weltbewegung, mit so erfahrenen Genossen wie Stalin, Dimitroff, Togliatti, Thorez usw., sich durch Fälschungen einer Gruppe von Provokateuren zu einer vollkommen falschen Einschätzung der Situation eines Landes habe verleiten lassen; dass die kommunistische Bewegung mit der KPdSU an der Spitze im Unrecht, Tito dagegen der Mann sei, der im Recht ist; obwohl eine solche Situation das Allerunwahrscheinlichste ist, genügte für viele diese eine, durch nichts bewiesene Behauptung, um sie für Tatsache zu nehmen und von nun ab in Tito den "teuren Genossen", dem bitter Unrecht geschehen ist, zu sehen." (Taubenfuß-Chronik I, S.47 f.)

In meiner Chronik führe ich des weiteren Tatsachen an, die beweisen, dass Chruschtschows Reinwaschung Titos eine faustdicke Lüge darstellte. Das Tollste aber ist, dass Chruschtschow selbst, als nach der von Tito mitinszenierten Konterrevolution in Ungarn im Oktober-November 1956 endlich in der kommunistischen Weltbewegung der Revisionismus als Hauptgefahr für die Existenz des Sozialismus erkannt wurde und dadurch Chruschtschows Position an der Spitze der KPdSU gefährdet war, der sich, als habe er niemals seine Flugplatzrede gehalten, als Vorkämpfer gegen den Tito-Revisionismus aufspielte. So hielt er auf dem VII. Parteitag der KP Bulgariens im Juni 1958 eine Rede, in der er u.a. ausführte:

“Die kommunistischen Parteien hüten und wahren die Einheit ihrer Reihen wie ihren Augapfel.“ (Das sagt der Mann, der alles getan hat, um diese Einheit zu zerstören und vor allem Volkschina aus der Gemeinschaft der kommunistischen Staaten auszustoßen!) Doch weiter in seinem Text: “Sie führen einen unversöhnlichen Kampf gegen Revisionismus und Dogmatismus. In diesem Kampf richtet sich das Hauptfeuer der kommunistischen Parteien naturgemäß gegen die Revisionisten als die Kundschafter des imperialistischen Lagers…. Der moderne Revisionismus ist eine Art trojanisches Pferd. Die Revisionisten versuchen, die revolutionären Parteien von innen zu zersetzen, die Einheit zu unterminieren und Verwirrung und Durcheinander in die marxistische Ideologie zu tragen.” (Das ist eine sehr gute Selbstbeschreibung seines Auftrages und seiner Hauptbeschäftigung!)

Doch das ist noch immer nicht alles: mit den folgenden Ausführungen gibt er selbst zu, dass seine Tito-Rehabilitierung von 1955 auf Lügen beruhte:

“Im Jahre 1948 nahm die Konferenz des Informationsbüros eine Resolution ‚Über die Lage in der KPJ’ an, die eine berechtigte Kritik an der Tätigkeit der KP Jugoslawiens in einer Reihe prinzipieller Fragen enthielt. Diese Resolution war im wesentlichen richtig und entsprach den Interessen der revolutionären Bewegung.” (ND v.5.Juni 1958).

Natürlich wusste das Chruschtschow auch 1955, als er in seiner Tito-Rehabilitierung das Gegenteil von sich gab.

Was aber ergibt sich daraus mit zwingender Logik? Einer, der sich selbst als Kommunist ausgibt, aber einem anderen, der sich auch als Kommunist ausgibt, von dem er aber weiß, dass der in Wahrheit ein Kundschafter des Imperialismus, also ein imperialistischer Agent ist, diesem dennoch das Zeugnis eines zuverlässigen Kommunisten ausstellt – der kann nur ein Komplize des Agenten, also selbst ein Agent des Imperialismus sein!

Man sollte meinen, dass dies, wie es Genosse Brar in einem anderen Zusammenhang in seinem Buche formuliert, “selbst Idioten erkennen können.” (Perestroika, S.146) Aber davon kann leider keine Rede sein. Ich erlebe leider immer wieder, dass mir Genossen, die ich schätze und deren Verstand voll intakt ist, auf meine Feststellung: “Chruschtschow ist der Gorbatschow der fünfziger und sechziger Jahre, wie Gorbatschow der Chruschtschow der achtziger und neunziger Jahre ist”, erklären Ja, dass Gorbatschow ein Verräter war, damit hast Du ja recht gehabt. Aber Chruschtschow – das ist doch etwas anderes. Und selbst, wenn ich ihnen dann weitere Beispiele offenkundiger Lügen Chruschtschows und demagogischer Manöver vorführe, die eindeutig beweisen, dass dieser Mann seine Macht und Stellung dazu missbrauchte, den Interessen des Imperialismus zu dienen und darüber die Partei und

das Volk irrezuführen, – dann genügt ihnen das alles immer noch nicht; offenbar reichen ihnen nicht für sich selbst sprechende Tatsachen aus, – sie sind durch Tatsachenzeugnisse von ihrem Glauben an die im Grunde doch guten Absichten des Nikita nicht zu heilen und von Chruschtschows bewusster Schädlingsarbeit nicht zu überzeugen, solange die ihnen nicht durch ein Papier, am besten mit einer von Chruschtschow unterschriebenen Verpflichtungserklärung als V-Mann des CIA , nachgewiesen wird.

Ich greife hier nur zwei weitere solche Tatsachenzeugnisse heraus, von denen jedes einzelne ausreicht, bei einem Kommunisten, der gewohnt ist, die Ehrlichkeit eines Parteiführers gegenüber seinen Genossen als Maßstab für dessen Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit zu nehmen, ausreichen würde, um zu sagen: Du magst alles mögliche sein, aber eines bist Du mit Sicherheit nicht: ein Kommunist oder gar einer, dem man die Führung der Partei anvertrauen darf!

Erstes Beispiel: nach Chruschtschows Totalverdammung Stalins in seiner Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU brachte es der gleiche Chruschtschow fertig, in seiner Festrede auf der Oktoberfeier des Jahres 1957, die völlig im Zeichen des Kampfes gegen den Revisionismus stand und er daher um seine eigene Stellung an der Spitze der Partei bangen musste, – so, als hätte es nie seine Rede auf dem XX. Parteitag gegeben -, zu erklären:

“Die Partei hat alle bekämpft und wird dies auch weiterhin tun, die Stalin verleumden und unter der Flagge der Kritik am Personenkult die ganze historische Tätigkeit unserer Partei falsch und verzerrt darstellen, in der J.W. Stalin an der Spitze des Zentralkomitees stand. Als treuer Marxist und Leninist und standhafter Revolutionär nimmt Stalin einen würdigen Platz in der Geschichte ein. Unsere Partei und das Sowjetvolk werden Stalins gedenken und ihm die gebührende Ehre erweisen.”

Was er darunter verstand, wurde auf dem XXII. Parteitag der KPdSU im Jahre 1961 offenbar, als er nicht nur alle seine Verleumdungen Stalins von 1956 wiederholen, sondern auch die engsten Mitarbeiter Stalins, Molotow und Lasar Kaganowitsch, als “Parteifeinde” aus der KPdSU ausschließen ließ.

Zweites Beispiel: Die Auflösung des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien (Informbüro):

Auf einer Pressekonferenz in Neu Delhi am 14. Dezember 1955 führte der damalige sowjetische Ministerpräsident Bulganin aus:

“Manchmal stellt man die Frage, ob man denn die ‚Kominform’ nicht irgendwie liquidieren könne. Doch aus welchem Grunde sollten die kommunistischen und Parteien eigentlich auf eine allgemeingültige Form des internationalen Verkehrs und

Zusammenwirkens verzichten?…Die Tätigkeit dieser Organisation beunruhigt alle, die das alte, überlebte System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu einer bleibenden Erscheinung machen wollen."

Kurz danach, am 29. Dezember 1995 sprach Chruschtschow selbst zum gleichen Thema vor dem Obersten Sowjet der UdSSR und sagte dabei dies:

"Ausländische Journalisten in Indien fragten uns sehr oft: Warum lösen Sie das Kominform nicht auf? Wir haben darauf geantwortet: Warum schlagen Sie nicht vor, die Sozialistische Internationale aufzulösen? … Natürlich gefällt den Gegnern des Kommunismus das Kominform nicht…" (Taubenfuß-Chronik I, S.92).

In Gestalt westlicher Journalisten wurde Chruschtschow also Ende des Jahres 1955 nachdrücklich die Forderung derer unterbreitet, die durch die Tätigkeit des Informbüros "beunruhigt" waren, dieses aufzulösen.

Und, was geschah? Trotz der überzeugenden Zurückweisung dieser Forderung durch Bulganin und Chruschtschow? Am Dienstag, den 17.April 1956 erschien die Zeitung des Informationsbüros "Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie" zum letzten Mal mit einer "Informatorischen Mitteilung über die Einstellung der Tätigkeit des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien." Als Begründung wurden "Änderungen in der Internationalen Lage" angegeben. Aber zwischen dem Dezember 1955 und dem April 1956 hat nur ein Ereignis stattgefunden, das die internationale Lage in unabsehbarer Weise verändert hat: Der XX. Parteitag der KPdSU. Und der machte sehr schnell deutlich, dass – wie ich in meinem Tagebuch vermerkte – "ein Kontaktorgan der Kommunistischen und Arbeiterparteien noch nie so dringend nötig war wie gerade jetzt!" (Taubenfuß-Chronik I, S.91) Aber genau das war der Grund für seine Auflösung durch die Chruschtschow-Führung.

Der XX. Parteitag der KPdSU war von Chruschtschow dazu ausersehen, den Generalangriff auf das von Lenin und Stalin geschaffene sozialistische System und die marxistisch-leninistische Grundlage der kommunistischen Weltbewegung zu starten. Dazu sollte die tatsächliche ökonomische, politische und militärische Abhängigkeit der europäischen sozialistischen Länder von der Sowjetunion ausgenutzt werden, um diese zur widerspruchslosen Gefolgschaft bei der grundlegenden Kursänderung zu zwingen. Deshalb musste Schluss gemacht werden mit einem Organ, in dem die wichtigsten nächsten Schritte der sozialistischen Staaten und der kommunistischen Parteien kollektiv beraten und alle Parteien prinzipiell gleichberechtigt waren; musste auch Schluss gemacht werden mit dem in diesem Organ herrschenden Grundsatz, dass alle Parteien der kommunistischen Bewegung der Bewegung als Ganzem gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Von jetzt ab hatte zu gelten: Was in Moskau beschlossen wird, das gilt für alle – ausgenommen Tito und

später hinzutretende Revisionisten, wie Gomulka und Kadar. Für sie - und nur für sie - galt der Passus in der von Tito und Chruschtschow am 2.Juni 1955 unterzeichneten "Belgrader Deklaration", der den "Nationalkommunismus" als ein "marxistisch-leninistisches Prinzip" legitimierte:

"Beide Regierungen gehen von folgenden Prinzipien aus: gegenseitige Achtung und Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten, Einmischung weder aus wirtschaftlichen noch aus politischen, ideologischen oder sonstigen Gründen, da die Fragen der inneren Einrichtung, des Unterschiedes in den Gesellschaftssystemen und des Unterschiedes in den konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus ausschließlich Sache der Völker der einzelnen Länder sind." (Handbuch der Verträge, Berlin 1968, S.606 f.)

3. Ziele und Wirkungen des XX. Parteitages der KPdSU

Das Verrückte an der Weigerung mancher Genossen, in Chruschtschow einen zu sehen, der wie Gorbatschow zum Ziel hatte, die sozialistische Ordnung im Lande zu unterminieren, ist, dass sie in ihm einen Heilsbringer und einen Retter des Sozialismus genau wegen der Veranstaltung sehen, die in Wahrheit die wichtigste Grundlage dafür schuf, dass Gorbatschow – gestützt auf die Vorarbeit von Chruschtschow und Breshnew – das von Chruschtschow eingeleitete Zerstörungswerk erfolgreich zu Ende bringen konnte – also wegen des XX. Parteitages.

Beginnt doch kein geringerer als Robert Steigerwald, führender Theoretiker der Deutschen Kommunistischen Partei und seit einiger Zeit auch Vorsitzender der Marx-Engels-Stiftung noch im Jahre 2001 einen ganzseitigen Artikel zum 45.Jahrestag des XX. Parteitages im DKP Organ "Unsere Zeit" vom 9. Februar vorigen Jahres mit den Worten: "Der XX. Parteitag der KPdSU beendete das System schwerer Verletzungen sozialistischen Rechts und sozialistischer Ideale, wie es sich, beginnend gegen Ende der Zwanzigerjahre in der Sowjetunion gebildet hatte."

Es ist dies noch immer die Sicht nicht nur der Mehrheit der Bürger der ehemals sozialistischen Länder - von denen anderer Länder ganz zu schweigen -, sondern auch der Mehrheit der Kommunisten dieser und sicher auch vieler anderer Länder. Und das ist kein Wunder, gleichen doch die Stimmen, die dieser Geschichtsfälschung die Wahrheit über Chruschtschow und seine Bande entgegenhalten, einer einzelnen schwachen Stimme, die gegen das tosende Donnern der Wellen des Meeres der bürgerlichen und revisionistischen Medien anzurufen sucht.

Aber wir rufen weiter, in der Gewissheit: noch jede Wahrheit, die sich schließlich durchgesetzt hat, musste so beginnen!

Ich brauche in diesem Kreise nicht im Einzelnen nachzuweisen, dass der XX. Parteitag der Wendepunkt in der Geschichte der KPdSU war, der aus der bisher führenden und reifsten marxistisch-leninistischen Partei das Leitzentrum des modernen Revisionismus machte. Dies nicht nur wegen der revisionistischen Umschreibung der eigenen Geschichte, sondern wegen der Umschaltung von einer marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis auf eine revisionis-tische auf allen Gebieten – Partei und Staat, Wirtschaft, Innen- wie Außenpolitik, Wissenschaft und der Kultur.

Nicht zu Unrecht aber verbindet jeder mit dem XX. Parteitag vor allem die "Geheimrede" Chruschtschows, seine "Abrechnung" mit Stalin. Die wenigsten aber wissen, dass Chruschtschow diese seine Rede dem Parteitag nach dessen offizieller Beendigung überfallartig aufgezwungen hat.

Als ich damals diese Rede zum ersten Mal las, sagte ich mir und schrieb es in mein Tagebuch: "Es ist ausgeschlossen, dass das Politbüro oder das ZK die Rede so, wie sie gehalten wurde, vorher gebilligt hat. Die Westpresse hat ganz bestimmt recht, wenn sie ‚vermutet', Chruschtschow sei in dieser Rede viel weiter gegangen, als vereinbart." (Taubenfuß-Chronik I, S.74)

Eine Bestätigung dessen erhielt ich 45 Jahre später, als ich die Erinnerungen Lasar Kaganowitschs las. Er schildert sehr anschaulich, auf welche Weise Chruschtschow den Parteitag vergewaltigte. "Der XX. Parteitag ging seinem Ende entgegen. Plötzlich wird eine Pause eingelegt. Die Mitglieder des Präsidiums werden in den hinteren Raum, der zum Ausruhen bestimmt ist, zusammengerufen. Chruschtschow stellt die Frage, auf dem Parteitag seinen Vortrag über den Persönlichkeitskult Stalins und dessen Auswirkungen anzuhören. Gleichzeitig wurde uns der Entwurf des Vortrages in einem rotgebundenen maschinenschriftlichen Büchlein verteilt. Die Sitzung ging unter anormalen Bedingungen vor sich – in einer Enge – manche saßen, andere standen. Es war schwierig, in kurzer Zeit dieses umfangreiche Heft durchzulesen und seine Inhalt durchzudenken, um entsprechend den Normen der innerparteilichen Demokratie einen Beschluss zu fassen. Alles das in einer halben Stunde, denn die Delegierten saßen im Saal und erwarteten etwas für sie Unbekanntes, da die Tagesordnung des Parteitages bereits erledigt war. … Schon vor dem XX. Parteitag hatte das Präsidium die Frage ungesetzlicher Repressalien und begangener Fehler behandelt. Das Präsidium des ZK bildete eine Kommission, die beauftragt wurde, die Angelegenheiten von Repressierten an Ort und Stelle zu untersuchen… und konkrete Vorschläge zu formulieren. Nach der Beratung dieser Fragen im Präsidium war vorgesehen, nach dem XX. Parteitag ein ZK-Plenum einzuberufen, um den Vortrag der Kommission mit entsprechenden Vorschlägen anzuhören. Genau dazu sprachen die Genossen Kaganowitsch, Molotow, Woroschilow und andere zur Begründung

ihrer Einwände. Außerdem sagten die Genossen, dass wir einfach außer Stande seien, den Vortrag (Chruschtschows) redaktionell zu bearbeiten und Korrekturen anzubringen, die unbedingt nötig seien. Wir sagten, dass selbst ein flüchtiges Bekanntmachen zeigt, dass das Dokument einseitig und falsch ist. Die Tätigkeit Stalins könne auf keinen Fall nur von einer Seite beleuchtet werden, notwendig sei eine objektive Beleuchtung aller seiner positiven Seiten, damit die Werktätigen verstehen und allen Spekulationen der Feinde unserer Partei und unseres Landes eine Abfuhr erteilen. Die Sitzung zog sich hin, die Delegierten (im Saal) erregten sich, und deshalb wurde ohne jede Abstimmung die Sitzung beendet und wir begaben uns in den Saal. Dort wurde die Ergänzung der Tagesordnung verkündet: den Vortrag Chruschtschows über den Persönlichkeitskult Stalins anzuhören. Nach dem Vortrag fand keinerlei Aussprache statt, der Parteitag beendete seine Arbeit." (Lasa Kaganowitsch, Pamjatnie Sapiski, Wagrius, Moskwa 1996, S. 508 f., Übers. K.G., zitiert in Taubenfuß-Chronik I, 18)

Es ist wenig bekannt, dass dieser Bericht weder zu Chruschtschows noch zu Breshnews Zeiten in der Sowjetunion veröffentlicht wurde. Die Partei lehnte es ab, ihn als offizielles Parteidokument anzuerkennen. Auch Chruschtschow hat sich während seiner Amtszeit nie als Verfasser seiner Rede bekannt. Veröffentlicht wurde sie kurz nach dem Parteitag zuerst in der New York Times.

Am 14. Mai 1957 gab Chruschtschow dem Korrespondenten der New York Times, Turner Catledge, ein Interview, in dessen Verlauf Catledge Chruschtschow auch folgende Frage stellte:

"Sie wissen vielleicht, dass im vergangenen Jahr die Zeitung New York Times den Text Ihrer Rede auf dem XX. Parteitag, in der Sie die Exzesse der stalinschen Periode kritisierten, veröffentlichte. Sind in dem Text Ihrer Rede, der in den westlichen Ländern veröffentlicht wurde, irgendwelche wesentlichen Auslassungen oder gar Entstellungen unterlaufen?"

Wie antwortete Chruschtschow auf diese Frage?

"Ich weiß nicht, von welchem Text die Rede ist. Ich hörte davon, dass in den USA irgendein Text veröffentlicht wurde, der vom amerikanischen Geheimdienst fabriziert worden ist und dieser Text als Text meines Vortrages auf dem XX. Parteitag ausgegeben wurde. Aber die Veröffentlichungen von Allan Dulles erfreuen sich keiner Autorität in der SU. Ich habe keinerlei Wunsch, Literatur zu lesen, die von Allan Dulles fabriziert wird." (Taubenfuß-Chronik I, S.300)

Man kann getrost diese Antwort Chruschtschows als einen indirekten Hinweis auf die Stelle betrachten, die, wenn nicht selbst als Verfasser der Rede, so doch als Helfer und Begutachter ihres Entwurfes mitbeteiligt war, und ihren Apparat – keineswegs

selbstlos, sondern im ureigensten Interesse -, für ihre weltweite Verbreitung zur Verfügung stellte.

Im westlichen Ausland waren die Anklagen gegen Stalin, die diese Rede enthielt, durchaus nichts Neues. Wurden sie doch dort von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse und den Trotzkisten seit Jahr und Tag verbreitet. Solange sie aus diesen Quellen kamen, waren sie für die Kommunisten in aller Welt nur die Bestätigung dessen, dass die Sowjetunion auf dem richtigen Wege war, denn weshalb sonst würde sie von den Imperialisten und deren Meute so wütend verfolgt? Neu und sensationell war jedoch, dass diese Anklagen diesmal nicht aus dieser Richtung kamen, sondern dass es der Nachfolger Stalins an der Spitze der KPdSU war, der nunmehr bestätigte, dass alles, was die vereinten Antikommunisten im Westen bisher an Hetzlügen über die Sowjetunion verbreitet hatten, gar keine Hetzlügen seien, sondern die Wahrheit.

Die Wirkung auf die Kommunistischen Parteien war verheerend. Ihre erprobtesten Führer, die natürlich ein enges Vertrauensverhältnis zur Führung der KPdSU und zu Stalin gehabt hatten, waren von Heute auf Morgen mit dem Vorwurf belastet, einem Verbrecher zur Hand gegangen zu sein und die eigene Partei zur Gefolgschaft für diesen Verbrecher erzogen zu haben.

Wer bisher zutiefst von der Richtigkeit der Politik der eigenen Partei und der Sowjetunion überzeugt gewesen war, wurde in schreckliche Zweifel gestürzt und verunsichert; für viele war es gerade ihr tief sitzendes Vertrauen zur Sowjetunion, das sie nach schweren inneren Kämpfen sich zu der Haltung durchringen ließ, Stalin so zu sehen, wie dessen Nachfolger ihn schilderte. Wer aber schon vorher die strenge Parteidisziplin und den Kampf um die Reinheit und Einheit der Partei als lästige Fessel und Einengung der eigenen Persönlichkeit empfunden hatte, der empfand Chruschtschows “Abrechnung mit Stalin” als eine Art Befreiung. Ich habe das in meiner Umgebung damals selbst erlebt und in meinem Tagebuch festgehalten:

“Wenn heute bei vielen Kommunisten, ganz zu schweigen von den anderen Menschen, sich mit dem Namen Stalin in erster Linie Gefühle der Ablehnung, ja des Abscheus äußern, dann geht das auf den XX. Parteitag zurück. Und wenn es heute gelingt, in die kommunistische Bewegung Verwirrung zu tragen mit der falschen Frontstellung – Kampf gegen die Stalinisten – , dann wäre das ohne die Art und Weise, wie auf dem XX. Parteitag der Kampf gegen den Personenkult geführt wurde, auch kaum möglich geworden! Es ist auffällig und bemerkenswert, dass gerade von den Parteien, die anerkanntermaßen am besten verstanden haben, sich im eigenen Volk eine Massenbasis zu schaffen, die Proportionen zwischen Verdiensten und Fehlern Stalins genau umgekehrt dargestellt wurden und werden, als dies der XX. Parteitag tat: KP Chinas, KP Frankreichs, KP Italiens” (Taubenfuß-Chronik I, S. 61)

Dazu kommt, dass in zahlreichen Parteien die Erklärung das plötzliche Auftreten parteifeindlicher, trotzkistischer Elemente ermuntert hat, ganz besonders nach den Ereignissen in Ungarn, aber auch schon vorher, die sich gegen die Führer wandten, die schon zu Lebzeiten Stalins an der Spitze der Partei standen.

Besonders gefährlich und verhängnisvoll war die Auswirkung auf die Jugend, die erzogen war, in Stalin die Verkörperung des Besten eines Revolutionärs zu sehen, und die ihn – ich spreche von der fortschrittlichen Jugend – liebte und verehrte von ganzem Herzen, wie nur Jugend lieben und verehren kann. Sie traf die Chruschtschow-Erklärung wie ein vernichtender Keulenschlag. Viele von ihnen hatten erlebt, wie sich ein Ideal, an das sie ebenso fest geglaubt hatten, der Nazismus, als Lüge, Heuchelei und Verbrechen enthüllt hatte. Und jetzt wurde ihnen gesagt, dass sie wieder ihre Verehrung, ihre Begeisterung einem Unwürdigen zugewandt hatten. Sie mussten sich betrogen fühlen; sie fühlten sich betrogen, irregeführt, verhöhnt. Die unvermeidliche Reaktion: nichts mehr glauben, niemandem mehr vertrauen, allem misstrauen, was mit dem Anspruch auf absolute Wahrheit auftritt!

Verlust des Vertrauens nicht nur zu Stalin, sondern zu den Führern, die sie gelehrt hatten, in Stalin das Vorbild zu sehen. Das war das Schlimmste; diese Erklärung hat das Vertrauen der Jugend zur Partei untergraben, hat sie in eine Stimmung der erbitterten Opposition gegen die Partei und deren Führer getrieben, hat sie dazu geführt, in dem, was der Feind sagt, auch eine Quelle der Wahrheitsfindung zu sehen, denn, nicht wahr, der hat das ja schon seit Jahren gesagt, was jetzt Chruschtschow bestätigt hat, und hätten wir früher darauf gehört, dann wäre uns diese Enttäuschung erspart geblieben. Ein zweites Mal soll uns das nicht passieren! – Verlust des Gefühls dafür, wer Feind, wer Freund. Abgleiten in Zynismus und alles verneinende Skepsis – all dem wurde der Boden bereitet, und das war der Zustand, der in Ungarn und Polen die Jugend in die Arme von Demagogen, gegen die Partei, trieb.

Wirkung auf die Intelligenz. Ähnlich wie bei der Jugend. Der Intelligenz gegenüber waren die gröbsten Fehler gemacht worden. Der notwendige Kampf gegen Individualismus, Eigenbrötelei, kleinbürgerlich-anarchistische Stimmung war mit Methoden der dogmatischen ‚Belehrung', der Gängelei, der Einengung des schöpferischen individuellen Schaffens und mit deutlich zum Ausdruck gebrachtem Misstrauen gegen jeden, der ‚aus dem Rahmen fiel', geführt worden. Die Ausgangsstimmung war hier also umgekehrt wie bei der Jugend – eine schon lange aufgestaute Erbitterung über all das. Die Reaktion auf die Erklärung musste aber gerade deshalb ähnlich sein. Die Erklärung war die Bestätigung dafür: Sie, die Intelligenz war im Recht, die Partei hatte ihr Unrecht getan, die Partei hat sich überhaupt nicht um unser Schaffen zu kümmern, sie hat uns keine Vorschriften zu machen, sie versteht nichts davon. Der Drang war riesengroß, jetzt all die aufgestaute

Erbitterung herauszuschreien, mit all den längst empfundenen Fehlern der Vergangenheit gründlich aufzuräumen, damit sie nie, nie wiederkehren konnten. Das wurde zur Hauptsorge: so gründlich abrechnen, dass restlos und für immer Schluss ist damit. Dabei übersahen viele, dass die Hauptsorge die alte geblieben war; das, was wir erreicht hatten – und das war doch bei allen Mängeln etwas ganz Gewaltiges, in Deutschland, Ungarn, Polen noch nie Dagewesenes – das zu schützen und zu verteidigen gegen den immer auf der Lauer liegenden Feind. Die Partei hat das gesagt – aber viele glaubten ihr nicht, weil sie argwöhnten, dahinter verberge sich nur der Unwille, die Fehler der Vergangenheit wirklich zu liquidieren, und weil sie viele Zusammenhänge sahen, die die Führung sah, aber nicht mitteilen konnte. Und sie glaubten auch deshalb nicht, weil sie nach der Chruschtschow-Erklärung in ihrem Vertrauen zur Partei erschüttert waren. Und so gerieten viele ehrliche Intellektuelle an die falsche Front, wie sich in Ungarn zeigte.

Weitere Wirkungen: Große Einbuße an Autorität der KPdSU. Ganz selbstverständlich drängte sich die Überlegung auf: Eine Partei, an deren Spitze jahrzehntelang ein solcher Mann stehen konnte, wie er durch Chruschtschow charakterisiert worden war, – eine Partei die unfähig ist, sich von ihm rechtzeitig zu befreien – , die kann nicht mit dem Anspruch auftreten, mit dem sie bisher aufgetreten ist. So hat diese Erklärung auch den Boden bereitet für antisowjetische Stimmungen, für die Losungen der so genannten Nationalkommunisten. Nicht umsonst berufen sie sich auf den XX. Parteitag. Sie wissen, was sie ihm verdanken!

Diese Erklärung rief hervor bzw. verstärkte enorm eine Feindschaft gegen den Partei- und Staatsapparat. Die Theorien, nach denen der “Apparat” (und nicht etwa die historischen Bedingungen) die Quelle für das Gedeihen des Personenkults sein sollten, fanden breiten Anklang. Die Losung “Demokratisierung” wurde alsbald bei vielen gleichbedeutend mit Kampf gegen den “Apparat”. Er wurde nicht mehr als der eigene Apparat, den man verbessern muss, schlagkräftiger machen muss, sondern als der Feind, der Gegner betrachtet, der liquidiert werden muss.

All diese Dinge zusammengenommen, die ohne Zweifel eine günstige Situation für einen Vorstoß der Konterrevolution schufen, hätten ohne die Chruschtschow-Erklärung, so wie sie gegeben wurde, niemals solch günstige Wachstumsbedingungen finden und der Kampf gegen sie hätte niemals so schwierig werden können. Aber das Ziel, die Überwindung des Dogmatismus usw., hätte sich ohne Zweifel nicht nur auch, sondern besser ohne Anwendung dieser ‚Schock-Therapie’ erreichen lassen. Wir fragten uns damals: Ist es denn nötig, das Pendel jetzt wieder ganz bis ans andere Ende schlagen zu lassen?

Es war nicht nur nicht nötig, es war falsch und schädlich. Dazu kommt noch eine weitere Wirkung: eine gewisse ideologische und politische Demobilisierung,

hervorgerufen durch die Feststellung, dass durch die übertriebene Wachsamkeit Tausende gute Kommunisten unschuldig verurteilt worden waren. Diese Abschwächung der Wachsamkeit wurde noch erheblich verstärkt durch die Erklärung der verschiedenen Parteien, dass die Prozesse gegen Rajk, Kostoff usw. unkorrekt waren, dass also Leute als Agenten verurteilt wurden, ohne es zu sein. Logische Folge: solche Fehler, die dazu führen, unschuldigen Leuten Unrecht zu tun, ja sie hinzurichten, wollen wir nie wieder machen. Also Schluss mit der Agentenfurcht und Agentenriecherei! Ergebnis: Im Oktober 1956 hat der Feind gezeigt, dass er nach wie vor da ist, dass es Agenten des Feindes in den eigenen Reihen gibt, und dass sie nicht zuletzt durch unsere Vertrauensseligkeit so aktiv werden konnten." (Taubenfuß-Chronik I, S. 65-69)

Zu denen, die auf die eine oder andere Weise Opfer des XX. Parteitages wurden, sich aber bis heute nicht als Opfer, sondern als Befreite durch ihn empfinden, gehört auch Genosse Robert Steigerwald. In seinem schon erwähnten Artikel zum XX. Parteitag schreibt er gegen Leute wie Genossen Brar und mich:

"Es wird der Vorwurf erhoben, der XX. Parteitag sei ein Akt der Konterrevolution gewesen, durchgeführt von revisionistischen Kräften, denen es um die Zerstörung der ruhmreichen von Stalin geprägten Partei gegangen sei. Diese Argumentation zerbricht an ihrer inneren Widersprüchlichkeit. Wenn es möglich war, dass innerhalb von drei Jahren (nach Stalins Tod waren drei Jahre vergangen) eine solche Partei konterrevolutionär überrumpelt werden konnte, so war diese Partei schon vorher nicht mehr das, wofür ihre Verteidiger sie halten. Dann hat der Zersetzungsprozess der Partei nicht erst 1956 begonnen. Oder aber, das wäre die andere Seite des Widerspruchs, der XX. Parteitag war, obwohl eine scharfe Wende in der Parteigeschichte, eben kein Akt der Konterrevolution."

Genosse Steigerwald macht es sich entschieden zu leicht. Wir sagen nicht, dass es den revisionistischen Kräften darum ging, die Partei zu zerstören, sondern es ging ihnen darum, sie in ihre Hand zu bekommen, um sie in ein Instrument zur Restauration des Kapitalismus umzuwandeln. Das ist ihnen schließlich gelungen, aber die von Lenin und Stalin in 36 Jahren errichtete sozialistische Ordnung war so stabil, dass die Chruschtschow und Gorbatschow sich 37 Jahre abmühen mussten, um sie wieder aus der Welt zu schaffen.

Das lag in erster Linie daran, dass diese sozialistische Ordnung fest in den Massen verwurzelt war und alle Häuptlinge des Revisionismus – Chruschtschow, Breshnew und Gorbatschow – das Vertrauen der Massen für eine gewisse Zeit nur deshalb erringen konnten, weil sie feierlich ihre Treue zum Leninismus bekundeten und versprachen, die sozialistische Ordnung auf nie gekannte Höhen zu führen. Keiner von ihnen hätte auch nur die unterste Stufe der Macht er-reichen können, hätte er

offen ausgesprochen, dass sein Ziel die Wiedererrichtung des Kapitalismus ist. Sie betrogen die Massen, indem sie ihrem Ziel – der Rückkehr zum Kapitalismus – den Namen "Umbau zur sozialistische Marktwirtschaft" gaben.

Und das lag zweitens daran, dass es der Revisionisten-Bande nicht gelungen ist, die Partei ihrem Willen vollständig gefügig zu machen. Chruschtschow hatte bis zu seinem Sturz im Oktober1964 einen nach außen kaum sichtbaren ständigen Kampf gegen den Widerstand der verbliebenen marxistisch-leninistischen Kräften zu führen. Und Gorbatschow benutzte zunächst die Partei, um den Staatsapparat in die Hand zu bekommen, um dann von dort aus die Partei zu entmachten. In seinem berüchtigten Interview mit dem Spiegel (Spiegel Nr. 3/93, S.127) rühmte er sich dessen mit den Worten:

"Dabei konnte man doch nicht Dinge ankündigen, für die das Volk noch nicht reif war. Man hätte mich für verrückt erklärt, das Volk wäre zerrissen worden, es hätte zum Bürgerkrieg kommen können. Man musste Geduld zeigen, bis die Parteibürokratie so entmachtet war, dass sie das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen konnte."

Und schließlich lag das drittens auch daran, dass in der kommunistischen Weltbewegung starke Kräfte, an ihrer Spitze die Partei Mao Tse tungs, einen erbitterten Kampf gegen den Revisionismus in der kommunistischen Bewegung führten.

Alles das liegt aber außerhalb des Blickfeldes der Verteidiger Chruschtschows und des XX. Parteitages.

4. Zwei Schwerpunkte, mit denen sich die Revisionisten ihre Massenbasis verschafften und die Geschichtslüge, mit der sie die kommunistische Bewegung paralysierten.

Das demagogische Repertoire der Massenverführung und des Massenbetruges der Revisionisten ist umfangreich und vielseitig. Ich greife jene Punkte heraus, von denen ich meine, dass sie die wirkungs- und verhängnisvollsten waren: Erstens: das Anknüpfen an die Friedenssehnsucht: die so genannte "Entspannungspolitik; zweitens: das Versprechen einer raschen Steigerung des Volkswohlstandes, drittens: die paralysierende Geschichtslüge: Die Verteufelung Stalins

Zum ersten Punkt: Kein Gefühl und keine Sehnsucht bei allen am Krieg beteiligten Völkern, ganz besonders aber beim Sowjetvolk, war stärker als die elementare Sehnsucht nach Frieden. Das war nur natürlich nach dem blutigsten und verlustreichsten aller bisherigen Kriege. Aber hinzu kam ein ganz neuer,

schwerwiegender Umstand: der Eintritt der Menschheit ins Atomzeitalter! Krieg bedeutete nunmehr die Drohung mit einem Atominferno, wie es die US-Atombomben in Hiroshima und Nagasaki angerichtet hatten. Das steigerte die Kriegsfurcht der Menschen auf ein bisher nie erreichtes Maß. Nachdem die Sowjetunion das Atomwaffenmonopol der USA gebrochen hatte, konnten die Menschen wieder ruhiger schlafen. Die Atomerpressung als Waffe des USA-Imperialismus gegen den Sozialismus war stumpf geworden.

Die Chruschtschow-Bande, an die Macht gekommen, verhalf dieser Waffe in Komplizenschaft mit den USA-Imperialisten zu neuer Schärfe. Sie rief nach einem abgestimmten Szenario mit ihren imperialistischen Partnern mehrfach Situationen scharfer politischer Zuspitzungen hervor – wie z.B. in der Berlin – und in der Kuba-Krise -, und malte die akute Gefahr eines Atomkrieges in den schrecklichsten Farben an die Wand. Noch heute schreiben Journalisten und Historiker, wenn sie über diese Krisen berichten, die Welt habe damals dicht am Rande eines Atomkrieges gestanden.

Im Ernst dachte im Weißen Haus und im Pentagon aber niemand daran, einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion zu führen, solange dort einer an der Spitze war, der ihr Spiel spielte. Sie hatten spätestens seit dem XX. Parteitag vorrangig auf die innere Zersetzung der Sowjetunion und ihres Machtbereiches gesetzt. Kein anderer als der US-Außenminister John Foster Dulles hatte seiner Hoffnung auf eine solche Entwicklung am 11. Juli 1956 in einer Rede Ausdruck verliehen, von der die Presse wie folgt berichtete:

“Dulles sieht eine Befreiung der Satellitenstaaten für möglich an. Dulles sagt voraus, dass Kräfte der Freiheit, die nun hinter dem Eisernen Vorhang am Werke seien, sich als unwiderstehlich erweisen, und dass sie die internationale Szenerie bis zum Jahre 1965 umändern könnten. Die Anti-Stalin-Kampagne und ihr Liberalisierungsprogramm hätten eine Kettenreaktion ausgelöst, die auf lange Sicht nicht aufzuhalten sei.” (Taubenfuß-Chronik I, S.100 f.).

Wer auf eine solche Kettenreaktion setzt, der denkt im Ernst nicht daran, eine Atomreaktion mit allen ihren Risiken zu entfesseln.

Wozu aber wurde dann die Schürung der Atomkriegsangst gebraucht? Chruschtschow verfolgte und erreichte mit ihr mindestens zwei Ziele: erstens – in der kommunistischen Bewegung und bei der eigenen Bevölkerung die antiimperialistische Grundeinstellung aufzuweichen mit der Behauptung, die Atomkriegsgefahr könne nur gemeinsam mit den USA gebannt werden, der USA-Imperialismus dürfe daher nicht mehr nur als Gegner gesehen werden, sondern er sei der unentbehrliche Partner der friedenssichernden Entspannungspolitik.

Zweitens entwickelte Chruschtschow – angeblich zur Beseitigung der Atomkriegsgefahr, in Wirklichkeit zur Ausschaltung der Kontrolle seiner Geheimbesprechungen mit den Gesprächspartnern der imperialistischen Seite durch das Kollektiv der Parteiführung, und zur Ausschaltung des Außenministeriums – die "Gipfeldiplomatie", mit der er sich als den unermüdlichen Friedensretter darstellte und feiern ließ, die jedoch in Wirklichkeit die Rückkehr zur unkontrollierten Geheimdiplomatie darstellte.

Und schließlich benutzte er diese seine Reisen und Gespräche mit den imperialistischen Spitzenpolitikern, wie dem USA-Präsidenten Eisenhower, auch noch zur Sympathiewerbung für den USA-Imperialismus und seine Spitzenpolitiker.

Zum zweiten Punkt: nach den harten Kriegsjahren mit ihren großen Opfern und Entbehrungen sehnten sich die Menschen der Sowjetunion nicht nur nach Frieden, sondern auch nach einer raschen Wiederherstellung normaler Verhältnisse; und sie erwarteten völlig zu Recht als Früchte des Sieges auch eine spürbare Erhöhung ihres Lebensstandards.

Der Wiederaufbau in den ersten Jahren nach dem Kriege hatte große Erfolge gebracht, aber die Lebensverhältnisse ließen natürlich noch viele Wünsche offen. Die Chruschtschow-Führung nutzte diese Situation in echter Schädlingsart aus: Sie weckte unerfüllbare Hoffnungen mit dem Versprechen, anders als unter Stalin jetzt die Konsumbedürfnisse des Volkes an die erste Stelle zu setzen und die Versorgungslage rasch zu verbessern. Mit der Begründung, dies sei für die rasche Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung notwendig, wurde ein Schädlingsprogramm in Szene gesetzt, indem der Vorrang der Entwicklung der Produktionsgüterindustrie vor der der Konsumgüterindustie, – die unbedingte Voraussetzung für ein stabiles Wachstum der gesamten Wirtschaft – beseitigt und das Verhältnis beider Abteilungen zueinander nahezu umgekehrt wurde. Das musste auf längere Sicht gesehen zu Engpässen und zugespitzten Versorgungsschwierigkeiten auf allen Gebieten führen, und damit auch zu wachsender Unzufriedenheit in der Bevölkerung, und führte in der Tat dazu.

Dass ihre Politik dahin führen würde, das wussten natürlich auch Chruschtschow und seine Fachleute – mehr noch – das war eingeplant. Wer den Sozialismus abschaffen und den Kapitalismus restaurieren will, der muss dafür sorgen, dass der Sozialismus die Unterstützung durch die Massen verliert, dass Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen entsteht und wächst und eine Massenstimmung entsteht, in der alle sagen: So kann es nicht weitergehen!

Revisionistische Wirtschaftspolitik führt deshalb nicht aus Unfähigkeit der revisionistischen Wirtschaftsleiter zum Niedergang der Wirtschaft, sondern er wird

planmäßig herbeigeführt, weil das politische Ziel der Überwindung des sozialistischen Systems und seine Beseitigung nur durch die Ruinierung der Wirtschaft zu erreichen ist.

Die Chruschtschow, Breshnew und Gorbatschow sorgten aber nicht nur für den Niedergang der Wirtschaft im eigenen Land, sondern taten alles, was sie konnten – und das war gewaltig viel! –, um auch die Wirtschaft in allen anderen sozialistischen Länder in krisenhafte Verhältnisse zu stürzen, soweit dies die dortigen revisionistischen Führer – wie in Ungarn und Polen – nicht schon selbst taten.

Schließlich zum dritten Punkt: Die "Enthüllungen" der "Stalinschen Verbrechen."

Darüber müsste sehr viel und ausführlich gesprochen werden, aber meine Redezeit ist fast um.

Daher nur einige Gedanken und Feststellungen.

Die revisionistische Konterrevolution musste schon in den Anfängen stecken bleiben, wenn nicht die Autorität zerstört wurde, die Stalin nahezu uneingeschränkt im Sowjetvolk und in allen kommunistischen Parteien, ja bis weit in die Kreise des Bürgertums in der ganzen Welt genoss, die in ihm als dem Führer des Sowjetvolkes zu Recht den Befreier vom Faschismus erblickten.

Er musste zum Teufel gemacht werden, weil er nicht der bleiben durfte, an dessen Lehren und Taten seine Nachfolger gemessen würden. Und diese Lehren und Taten waren Marxismus-Leninismus in Aktion und lebendig im Bewusstsein der Menschen; jede Abweichung von ihnen hätten sie wachsam gemacht und ihren Widerstand hervorgerufen.

Weil man den Marxismus-Leninismus über Bord werfen wollte, um freie Hand für den Kurswechsel zum Revisionismus zu gewinnen, deshalb musste der personifizierte Marxismus-Leninismus, Stalin, nicht nur über Bord geworfen, sondern zu seinem Gegenteil, zum Anti-Marxisten-Leninisten erklärt werden. Denn das Volk wollte keinen Kurswechsel, sondern an Marx und Lenin und dem Sozialismus festhalten.

Deshalb durfte es den Kurswechsel nicht als das erkennen, was er tatsächlich war, sondern ihm musste vorgemacht werden, dieser Kurswechsel sei die Rückkehr von der Stalinschen Kursabweichung wieder zum richtigen Leninschen Kurs. Dazu wärmte Chruschtschow in seiner Geheimrede die alte Geschichte mit dem als Testament Lenins ausgegebenen Brief Lenins an den bevorstehenden Parteitag wieder auf, mit der schon Trotzki vergeblich versucht hatte, nach Lenins Tod Stalin zu stürzen und sich selbst zum Nachfolger Lenins an die Spitze der Partei aufzuschwingen.

Das schärfste Kontrastbild zu Lenin stellte er aber her, indem er Stalin als willkürlichen, blutgierigen Despoten darstellte. Was er dazu in seinem Bericht ausmalte, war ein Verbrechen an der Partei und der Sowjetmacht. Dies nicht etwa deshalb, weil er bisher kaum oder nur unvollständig bekannte Tatsachen über unschuldige Opfer der "Säuberungen" der Jahre 1936-39 zur Sprache brachte, sondern weil er in der so genannten Geheimrede in vielen Passagen eine ungeheuerliche Fälschung der Geschichte der Sowjetunion beging; auch – aber keineswegs nur – damit, dass er die Prozesse und die "Säuberungen", die von der gesamten Parteiführung beschlossen und getragen wurden, allein Stalin als dessen persönliche Willkürakte zuschrieb.

Wäre Chruschtschows Ziel nicht gewesen, Stalins Autorität ein für allemal zu zertrümmern, um nicht ständig an ihm gemessen zu werden, und um für seine konterrevolutionäre Kursänderung freie Bahn zu haben; und hätte zu seiner Absicht nicht auch gehört, der Überzeugung der Sowjetbürger in die Gerechtigkeit ihrer Sache und dem Stolz auf ihre Sowjetmacht einen schweren Schlag zu versetzen; hätte er wirklich nur im Sinne gehabt, den unschuldigen Opfern der "Säuberungen" Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und die geschichtliche Wahrheit über die Zeit der Repressionen darzulegen, dann hätte in seinem Bericht etwa das Folgende gesagt werden müssen:

"1936, nach der Errichtung der faschistische Diktatur in Deutschland, nach der Aufrüstung des faschistischen Deutschland unter Duldung und sogar Mithilfe der Westmächte, nach dem Verrat der Westmächte an der spanischen Republik, standen wir vor der Gefahr, vom faschistischen Deutschland, – möglicherweise sogar im Einvernehmen mit den Westmächten, – überfallen zu werden und uns allein der stärksten Militärmacht der ganzen Kriegsgeschichte gegenübergestellt zu sehen, von der wir aus dem Spanienkrieg schon wussten, was sich dann in Norwegen und Frankreich später wiederholte, nämlich, dass der faschistischen Wehrmacht im Hinterland der überfallenen Länder "fünfte Kolonnen" von Quislingen und Verrätern zu Hilfe kamen.

Wie groß die Gefahr des Überfalles war, zeigte sich noch viel deutlicher mit dem Münchener Abkommen der Westmächte mit Hitler und der Auslieferung der Tschechoslowakei an ihn, mit der Weigerung der Westmächte, mit uns einen Vertrag über kollektive Sicherheit und gegen-seitigen Beistand zur Bändigung Hitlerdeutschlands abzuschließen.

Unsere Vorbereitungen auf den faschistischen Überfall mussten also auch der Verhinderung der Bildung einer 5. Kolonne in unserem Hinterland gelten. Noch gab und gibt es bei uns Feinde der Sowjetmacht, einst von uns enteignete Kulaken und ihre Nachkommen, Reste der zerschlagenen Gruppe der Trotzkisten und anderen

Oppositionsgruppen, – hatte doch Trotzki mehrfach in seinen Veröffentlichungen dazu aufgerufen, im Kriegsfalle den Aufstand gegen den “Stalinismus” zu beginnen; ferner Leute, die mit den Deutschen sympathisieren, z.B. unter den Wolgadeutschen oder bei bestimmten Nationalitäten, wie den Krimtataren und den Tschetschenen.

Also mussten wir angesichts der tödlichen Bedrohung alles tun, um es möglichen Feinden der Sowjetmacht unmöglich zu machen, im Hinterland mit Fünften Kolonnen den faschistischen Überfall zu unterstützen. Dabei mussten wir in Rechnung stellen und in Kauf nehmen, dass es bei Säuberungen so großen Ausmaßes, wie wir sie für notwendig erachteten, nicht auszuschließen war, dass auch Unschuldige, sei es wegen absichtlicher Falschbeschuldigungen feindlicher Elemente, sei es aus Übereifer örtlicher Organe, sei es durch Anlegen eines zu pauschales Rasters, in erheblichem Umfange von den Maßnahmen betroffen sein würden, wie es dann auch der Fall war.

Aber wir hatten damals abzuwägen, was schwerer wog: Wenn wegen ungenügender Sicherungsmaßnahmen die Sowjetmacht durch kombinierte Schläge der faschistischen Armeen und der Fünften Kolonnen zugrunde ging – oder wenn wir bei den Gegenmaßnahmen nicht nur echte Feinde, sondern auch Unschuldige und sogar eigene Leute treffen würden. Die Partei hat sich für die Sicherung des Landes als die allem anderen übergeordnete Pflicht entschieden.

Jetzt aber ist es an der Zeit, dabei begangenes Unrecht aufzuklären und zu beenden.”

So oder so ähnlich hätte eine ehrliche, kommunistische Stellungnahme zu der für jeden Kommunisten schmerzlichsten Seite der Geschichte der Sowjetunion lauten müssen.

Eine kommunistische, das heißt wahrheitsgemäße Schuldzuweisung auch für diese Opfer hätte klar aussprechen müssen, dass auch ihre Leiden und ihr Tod wie der von 25 Millionen Sowjetsoldaten und der von 50 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges auf das Konto derer geht, die die Führung der Sowjetunion vor eine solch grausame Entscheidung stellten – auf das Konto Hitlers und des deutschen Imperialismus vor allem; in zweiter Linie aber auch auf das Konto derer, die Hitlerdeutschland aufrüsteten, um es als Stoßkeil gegen die Sowjetunion zu lenken und seine Bändigung durch ein kollektives Sicherheitsbündnis sabotierten.

Indem er statt dessen Stalin als Massenmörder Unschuldiger hinstellte, übernahm nun der Führer der KPdSU die bisher nur über die westlichen Medien verbreiteten antisowjetischen Hetz-Lügen aus den Küchen der imperialistischen Spezialisten für psychologische Kriegs-führung und verkündete sie als Wahrheit.

Von daher kommt es, dass ehrliche und überzeugte Kommunisten auch heute noch bedenkenlos die giftige Verleumdung weitergeben, Stalin habe mehr Kommunisten

umgebracht, als Hitler. Die Wahrheit ist, dass alle Kommunisten, alle Kämpfer gegen den Faschismus und alle Juden, die im vom Faschismus besetzten Europa überlebt haben, dies vor allem der Sowjetunion, der Roten Armee und damit auch Stalin verdanken.

5. Einige Schlussbemerkungen

1. Der Sieg des Revisionismus über den Marxismus-Leninismus in der KPdSU und anderen kommunistischen Parteien war die Voraussetzung für den zeitweiligen Sieg des Imperialismus und die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten in Europa.

Die Überwindung des Revisionismus in der gesamten kommunistischen Bewegung ist die Voraussetzung für ihren neuen Aufschwung und für neue Siege des Sozialismus über den Imperialismus

2. Der Anti-Stalinismus der revisionistischen Unterminierer und Zerstörer des Staates gewordenen Sozialismus, von Tito über Chruschtschow bis zu Gorbatschow, ist das stärkste Zeugnis für Stalin:

Es gibt keinen stärkeren Beweis für die positive Rolle Stalins als die Tatsache, dass die Zerstörung seiner Autorität in der Sowjetunion und in der kommunistischen Bewegung die Voraussetzung war für die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion.

Ohne "Entstalinisierung" keine Restauration des Kapitalismus!

3. Der Anti-Stalinimus ist komprimierter Revisionismus, also Anti-Leninismus, jedoch in der Maskerade eines Verteidigers des Leninismus. Der Angriff auf Stalin ist für die Revisionisten vom Schlage Tito-Chruschtschow-Gorbatschow nur der Beginn. Er zielt von Anfang an auf Lenin. Es ist deshalb nur folgerichtig, wenn der Chruschtschow-Zögling und Gorbatshow-Berater Jakowlew in seiner Autobiografie seine Hassorgien mehr noch als auf Stalin gegen Lenin richtet. Die FAZ v. 26. Januar 2004 zitiert aus seinem Buche ("Die Abgründe meines Jahrhunderts"): "In der Geschichte hat es keinen Menschen gegeben, der Russland mehr hasste als Uljanow-Lenin. Was immer er anfasste, verwandelte sich in einen Totenacker, in ein Riesenfeld mit menschlichen, sozialen und ökonomischen Gräben. Alle wurden ausgeraubt – die Lebenden und die Toten." Mit einigem Erstaunen stellt die FAZ fest, dass Jakowlew alle, die der Meinung seien, Stalin, nicht Lenin sei der wahre Unhold der Sowjetmacht gewesen, darüber belehrt, "die Geschichte des Stalinismus weise im Grunde nichts Neues auf". In der Rezension des Jakowlew-Buches im "Neuen Deutschland" (29.1.04) wird der gleiche Tatbestand so beschrieben: "Nach Jakowlew gab es keinen strategischen Bruch zwischen der Periode des weltrevolutionär-

internationalistisch begründeten Revolutionskonzepts W. I. Lenins und der Stalinschen Praxis eines nationalen Sozialismus."

Die konsequentesten Anti-Stalinisten bestätigen damit auf ihre entstellende und verleumderische Weise die Richtigkeit der Feststellung des großartigen französischen Schriftstellers und Kommunisten Henri Barbusse: "Stalin – das ist der Lenin unserer Tage!" (Henri Barbusse: Stalin – eine neue Welt. Rotfront Reprint, Berlin 1996, S.279).

4. Den fünfzigsten Jahrestag des Todes Stalins (5. März 2003) begingen die imperialistischen Medien mit geballten Ladungen von Artikeln und Serien über den "Jahrhundertverbrecher" Stalin, die – was man kaum für möglich halten konnte – noch alles übertrafen, was in den letzten fünfzig Jahren seit Stalins Tod an Hetze gegen ihn "geleistet" wurde.

Wie soll man sich diese alles bisher auf diesem Gebiet Gebotene weit in den Schatten stellende Orgie der Anti-Stalin-Hetze erklären?

Es gibt darauf nur eine Antwort: Die Sieger von gestern sind sich der Dauerhaftigkeit ihres Sieges nicht sicher, sie haben Furcht! Ja, sie fürchten den Einfluss des vor einem halben Jahrhundert verstorbenen Stalin auf die heute Lebenden! Sie erschrecken davor, dass noch immer und sogar immer mehr Menschen in Russland und den übrigen Staaten der früheren Sowjetunion bei ihren Demonstrationen Stalin-Bilder mit sich führen. Sie fürchten, dass die Verlierer von Gestern die Sieger von morgen oder übermorgen sein könnten. Diese Furcht sitzt offenbar auch Jakowlew im Nacken. Weshalb sonst sollte er – wie im "Neuen Deutschland" zu lesen, "das Erhalten von Lenin-Denkmälern" beklagen und – wie die FAZ aus seinem Buche zitiert – höchst beunruhigt und empört feststellen: "Und heute wohnen wir seelenruhig der Reinwaschung Stalins durch einige Behörden und Massenmedien bei!"?

Die Sieger von gestern haben allen Grund zu dieser Furcht. Fünfzehn Jahre nach ihrem Triumph über den Sozialismus stecken sie in der tiefsten Krise ihres Systems: ökonomisch, politisch, sozial, kulturell, und nicht zuletzt: ideologisch. Immer deutlicher wird: die allgemeine Krise des Kapitalismus ist trotz der Niederlage des Sozialismus in Europa nicht überwunden, sondern dauert fort und vertieft sich. Und es wächst der Widerstand.

5. Ein Grund für die Furcht der Sieger von gestern ist mit Sicherheit auch die Erfahrung, dass es ihnen nicht gelungen ist, die Mehrheit der Jugend der ehemals sozialistischen Länder für sich zu gewinnen.

Das folgende Beispiel aus Ostdeutschland kann durchaus Gültigkeit auch für andere ehemals sozialistische Länder beanspruchen. Eine an der Leipziger Universität angefertigte und am 19. September 2002 auszugsweise im "Neuen Deutschland" veröffentlichte Studie macht deutlich:

Nachdem die DDR-Bürger 12 Jahre lang die Segnungen des realen, unverfälschten Kapitalismus über sich ergehen lassen mussten, haben selbst Jugendliche, die nur wenige Jahre noch als Bürger der DDR erlebt haben, die Erfahrung gemacht, dass die in der DDR herrschende sozialistische Gesellschaftsordnung – trotz ihrer fortgeschrittenen Deformation – menschenfreundlich war, die der Bundesrepublik dagegen dies ganz und gar nicht ist. In der Studie ist über die Ansichten der befragten Jugendlichen zu lesen:

"Für 91 Prozent der Befragten gab es vor der Wende mehr Sicherheit, nur 1 Prozent ist der Meinung, dies sei heutzutage besser. …Die Zukunftsfähigkeit des jetzigen Gesellschaftssystems schätzen sie als ziemlich gering ein, nur ein kleiner Teil hofft, dass dieses System für immer erhalten bleibt. … Die Distanz gegenüber dem kapitalistischen System geht mit einer zunehmenden Identifikation mit sozialistischen Idealen einher. … Sozialistisches Gedankengut sei nicht aus den Köpfen der jungen Ostdeutschen verschwunden." (Entnommen meinem Aufsatz: "Der unsterbliche Frühsozialismus, in: "In den Trümmern ohne Gnade. Festschrift für Peter Hacks", Eulenspiegel-Verlag, Berlin 2003, S.225)

6. Die Anti-Stalinisten haben bewirkt, dass seit einem halben Jahrhundert die wichtigsten marxistischen Werke nach denen von Marx, Engels und Lenin, die Werke Stalins, als Werke gelten, von denen ein anständiger Kommunist sich trennt und sie nie wieder in die Hand nimmt. Wie die Päpste die Schriften von "Ketzern" auf den Index setzten, so wurden die Schriften Stalins von den Führern der Parteien des "demokratischen" und "pluralistischen" Sozialismus und Kommunismus moralisch geächtet und also auf den Index gesetzt. (Mit den Werken Stalins, die durch diese Ächtung nach Chruschtschows Stalin-Verdammung auf dem Müll landeten, könnte man viele Bibliotheken füllen.).

Genau mit dem Beginn dieser Index-Zeit begann auch der Niedergang des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung.

Zu den unabdingbaren Voraussetzungen für ihren neuerlichen Aufschwung gehört deshalb auch die massenhafte Hinwendung zum erneuten Studium der Werke Stalins, in denen der ganze Reichtum der Erfahrungen des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus auf den von Lenin gewiesenen Bahnen enthalten ist.

Quelle: Dieser Vortrag wurde – ohne die Schlussbemerkungen – gehalten auf der von "offen-siv" veranstalteten Konferenz "Revisionismus der Totengräber des Sozialismus – von den Anfängen bis zur bitteren Niederlage", Lesung und Diskussion mit Kurt Gossweiler und Harpal Brar, Berlin, 24. August 2002.

Mit den Schlussbemerkungen wurde er am 2. Februar 2004 in einem von Gerald Hoffmann organisierten Kurs "Aktuelle Fragen kommunistischer Theorie und Praxis im Lichte des Manifest der Kommunistischen Partei" vorgetragen.

Veröffentlicht in "offen-siv – Zeitschrift für Sozialismus und Frieden", Sonderheft „Der Revisionismus", 2/2004.

Die antisozialistische Doppelstrategie des Imperialismus und der historische Wechsel von der Konfrontationspolitik zur – schließlich erfolgreichen – „indirekten Strategie“

Den Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung führt die Bourgeoisie schon seit den Zeiten von Marx und Engels auf den Linien einer Doppelstrategie, deren eine Linie der offensive Kampf mit allen Mitteln bis zur brutalen Verfolgung und Unterdrückung ist, deren andere Linie der Versuch der inneren Zersetzung und Aufweichung mit den vielfältigsten Mitteln – Korruption, Erpressung, Entfachung innerer Auseinandersetzungen, Einschleusung von Agenten und anderes mehr – ist.

Mit der gleichen Doppelstrategie bekämpfte die Weltbourgeoisie die Sowjetmacht vom ersten Tage ihrer Existenz an.

Eine Doppelstrategie ist dies, weil sie den Kampf ständig auf beiden Linien führt, wobei je nach den Umständen die eine oder andere den Vorrang hat. Auf die Interventionskriege folgte die Phase der Anerkennung der Sowjetunion mit den Versuchen der Sabotage des wirtschaftlichen Aufbaus und der Förderung der inneren Opposition, auf das Scheitern der Strategie, die Sowjetunion durch Nazideutschland umbringen zu lassen, erst der Kalte Krieg, dann die Politik des „Wandels durch Annäherung“, vom DDR-Außenminister Otto Winzer völlig zutreffend als „Konterrevolution auf Filzlatschen“ gekennzeichnet. Aber nie setzte die Bourgeoisie nur auf die eine Linie, immer wurde die gerade dominierende strategische Linie ergänzt durch parallel laufende Aktivitäten auf der zweiten Linie.

Es war keinesfalls Zufall, dass der Imperialismus stets scheiterte, wenn er auf die Linie der Konfrontation und Gewalt als Hauptlinie setzte: so unwahrscheinlich dies auch sowohl 1918-1920 wie 1941-45 zunächst erschien – der sozialistische Staat erwies sich selbst unter den ungünstigsten Ausgangspositionen immer als stark und unbesiegbar, wenn seine Feinde ihn offen und frontal angriffen. Der Sozialismus erlag dem Imperialismus nicht im offenen Kampf, nicht der bewaffneten Konterrevolution, sondern der Filzlatschen-Konterrevolution. Deren Geschichte muss erst noch geschrieben werden. Einen Anfang dazu hat Sahra Wagenknecht mit ihrem Buch „Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzungen. Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt“ gemacht. Und Wesentliches dazu hat auch Genosse Polikeit in seinem heutigen Referat ausgeführt.

Bei Sahra Wagenknecht findet sich die Feststellung (S.9): „Die indirekte Strategie“ – also das, was Winzer als ‚Konterrevolution auf Filzlatschen‘ bezeichnete – „war der entscheidende Hebel, vermittels dessen die Niederwerfung des ersten Sozialismus

gelang. Wir haben daher allen Grund, uns sehr detailliert mit ihr auseinanderzusetzen.“ Allerdings setzen Sahra Wagenknecht wie Genosse Polikeit den Zeitpunkt des Übergangs von der vorrangigen Anwendung der Politik des Knüppels zur vorrangigen ‚indirekten Strategie‘ zu spät an; so lesen wir bei Wagenknecht (S.8): „Die Strategie des Frontalangriffs … bestimmte in den fünfziger und beginnenden sechziger Jahren das antisozialistische Vorgehen des imperialistischen Blocks.“ So ähnlich vorhin auch Genosse Polikeit.

Ich kann heute nur an einigen wenigen Beispielen deutlich machen, dass der Übergang zur indirekten Strategie bereits in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre eingeleitet, in der zweiten Hälfte der Fünfziger bereits dominierend wurde, jedoch ohne dass die Strategie des Knüppels etwa beiseite gelegt worden wäre.

In den Jahren 1945 bis 1947 unternahmen die imperialistischen Politiker der USA und Englands das nicht ganz einfache Geschäft, der eigenen Bevölkerung im Westen das tief sitzende Gefühl der Freundschaft und Bewunderung für die Sowjetunion auszutreiben und an seine Stelle Furcht und Feindschaft treten zu lassen, wie sie bisher mit vollem Recht gegenüber Hitlerdeutschland empfunden und gepflegt wurden. Den Startschuss dafür gab der alte Sowjethasser Winston Churchill (der während des Zweiten Weltkrieges, wenn er von Stalin sprach, gerne die Worte „my friend Joe“ benutzt hatte), in einer Rede, die er am 5. März 1946 in Fulton, USA, hielt, einer Rede, die nicht zu Unrecht als die Eröffnung des Kalten Krieges in die Geschichtsbücher eingegangen ist. In dieser Rede übernahm er ein Goebbels-Wort vom „Eisernen Vorhang“, um die Notwendigkeit zu begründen, an die Stelle der Antihitlerkoalition mit der Sowjetunion nunmehr ein zweiseitiges Bündnis USA-England treten zu lassen, da „auf die Russen am meisten das Argument der Stärke“ wirke. (1)

Auf diese Rede folgte der Marshall-Plan 1947, die Gründung der NATO 1949, der erste Versuch des militärischen Roll-Back gegen Nord-Korea 1950 und am 27. Januar 1953 eine Rede des frischgebackenen neuen Außenministers der gerade ins Amt getretenen Eisenhower-Administration, John Foster Dulles, in der die Sowjetunion als der gefährlichste Feind der USA in deren ganzer Geschichte an die Wand gemalt wurde: „Wir haben Feinde“, führte er aus, „die unsere Vernichtung planen. Diese Feinde sind die sowjetischen Kommunisten und ihre Verbündeten in anderen Ländern….Diese Bedrohung hat einen todernsten Charakter. Präsident Eisenhower hat erst vor kurzem erklärt, dass die Vereinigten Staaten in größerer Gefahr schweben als jemals zuvor in ihrer Geschichte.“ (2) Dies also ist das Schreckensbild, das Eisenhower und Dulles im Januar 1953 von der Sowjetunion und ihren Verbündeten malten.

Das ändert sich aber in auffälliger Weise schon zwei Monate später – nach Stalins Tod am 5. März 1953. Zu diesem Ereignis ließ sich Dulles wie folgt vernehmen: „Die Ära Eisenhower beginnt, während die Ära Stalins zu Ende gegangen ist…nunmehr ist Stalin tot. Er kann sein Prestige niemandem vererben. Gleichzeitig ist mit Präsident Eisenhower der Mann zum Präsidenten unserer großen Republik geworden, der Westeuropa befreit hat. Sein Ansehen ist einmalig in der Geschichte, eine neue Ära beginnt.“ (3)

Am 16. März 1953 hatte der neue sowjetische Ministerpräsident, Malenkow, seine Regierungserklärung abgegeben und darin den Friedenswillen der Sowjetunion bekräftigt. Vier Tage später, am 20. März, reagierte Eisenhower auf Malenkow mit der Erklärung, seine Regierung werde jedwedem ernstlichen sowjetischen Friedensvorschlag „mindestens auf halbem Wege entgegenkommen, aber er finde keinen Anhaltspunkt für einen Wechsel in der russischen Politik.“ (4) War diese Erklärung auch noch sehr distanziert, so unterschied sie sich doch sehr deutlich von den vorherigen Feindbild-Beschwörungen und enthielt unübersehbar ein Angebot für den Fall eines sowjetischen Entgegenkommens.

Dieses Angebot wurde noch viel nachdrücklicher wiederholt und zugleich verdeutlicht, welche Schritte des Entgegenkommens von der Sowjetunion als Vorbedingung erwartet wurden. In einer Rede am 16. April 1953 ließ sich Eisenhower wie folgt hören: „Die Welt weiß, dass mit dem Tode Stalins eine Epoche zu Ende ging….Jetzt ist eine neue Führergeneration in der Sowjetunion an die Macht gekommen. Die sie mit der Vergangenheit verknüpfenden Bande mögen auch noch so stark sein, sie bedeuten jedoch keine feste Bindung für sie. Die Gestaltung der Zukunft hängt weitgehend von ihrem Willen ab….Die neuen sowjetischen Führer haben somit eine einmalige Gelegenheit, sich….darüber klar zu werden, welchen Grad der allgemeinen Gefährdung wir („wir“!) erreicht haben, und dass sie das ihre tun müssen, den Lauf der Geschichte zu wenden.“ (5)

Ist das nicht schon auf einen Ton gestimmt, als hoffe er darauf, auf der anderen Seite einen Partner zu finden, der die „allgemeinmenschlichen Interessen“ über die marxistische Klassenkampf-Doktrin stellt? Diesem Ton treu bleibend fuhr Eisenhower fort: „Werden sie das tun? Wir wissen es heute noch nicht. In letzter Zeit scheinen gewisse Erklärungen und Gesten der sowjetischen Führung dafür zu sprechen, dass man sich dort dieses kritischen Augenblicks bewusst sein mag. Schon einige wenige klare und eindeutige Taten….würden ein eindrucksvolles Zeichen für das Vorhandensein einer ehrlichen, ernst gemeinten Absicht darstellen….Der erste Schritt auf diesem Wege muss der Abschluss eines ehrenhaften Waffenstillstands in Korea sein“ sowie „die Unterzeichnung eines österreichischen Staatsvertrages durch die Sowjetunion.“

Diese Eisenhower-Erklärung ist ein erster, aber höchst beachtenswerter Hinweis darauf, dass die imperialistische Seite für möglich hält und darauf hofft, dass sich in der „neuen Führergeneration“ der Sowjetunion Leute finden, die „keine feste Bindung“ an die Prinzipien haben, denen die sowjetische Politik bisher gefolgt ist, Leute, die nicht am Grundsatz des Anti-Imperialismus festhalten, sondern bereit sind zur Kooperation mit den imperialistischen Mächten zur Beseitigung der „allgemeinen Gefährdung die wir erreicht haben“, die also bereit sind überzugehen von der Position des Klassenkampfes zur Position der Klassenzusammenarbeit.

Noch deutlicher wird diese hoffnungsvolle Erwartung von Churchill ausgesprochen in einer Rede, die er am 11. Mai 1953 im Unterhaus hielt und in der er zugleich auch Hinweise dafür gab, welche Taktik angewendet werden sollte, um Vertreter solcher Tendenzen in der Sowjetführung zu ermutigen, auf ihrem Wege weiterzugehen: „Das wichtigste Ereignis“ – so Churchill – „ist …natürlich die Änderung der Haltung und, wie wir alle hoffen, des Geistes, die im Sowjetbereich und insbesondere im Kreml seit dem Tode Stalins stattgefunden hat…. Es ist die Politik der (britischen, K.G.) Regierung, es durch jedes Mittel in ihrer Macht zu vermeiden, etwas zu tun oder zu sagen, das irgendeine günstige Reaktion hemmen könnte, die sich ergeben könnte, sowie jedes Zeichen einer Verbesserung in unseren Beziehungen mit Russland zu begrüßen. Wir sind durch eine Serie freundlicher Gesten seitens der neuen Sowjetregierung ermutigt worden…Es würde, glaube ich, ein Fehler sein anzunehmen, dass mit der Sowjetunion nichts geregelt werden kann, sofern und solange nicht alles geregelt wird….So mögen z.B. Frieden in Korea oder der Abschluss des Österreich-Vertrages zu einer Erleichterung in unseren Beziehungen führen….Es würde bestimmt keinen Schaden verursachen, wenn jeder Staat für eine Zeit sich nach Dingen umsehen würde, die zu tun angenehm statt unangenehm für den Partner ist. Vor allem würde es ein Malheur sein, wenn wir durch unser natürliches Verlangen, eine allgemeine Regelung in der internationalen Politik zu erzielen, jedwede spontane und heilsame Evolution hindern würden, die sich innerhalb Russlands abspielen könnte.“ (6)

Dies ist die erste mir bekannte Formulierung des Konzepts der Strategie des „Wandels durch Annäherung“, ausgesprochen von dem Mann, der wohl am klarsten erkannt hat, dass, da es nicht gelang, des Kind der Oktoberrevolution in der Wiege zu ersticken und auch nicht, es durch die Armeen des deutschen Imperialismus auslöschen zu lassen, ein ganz anderer, „friedlicher“ Weg der Zersetzung der politischen und ideologischen Grundlagen des Sowjetstaates und der Sowjetgesellschaft versucht werden musste zu gehen. Churchill beendete seine das Verhältnis zur Sowjetunion betreffende Redepassage mit dem Vorschlag einer Konferenz der führenden Mächte „auf höchster Ebene“. Eine solche Konferenz fand schließlich im Juli 1955 in Genf statt. Sie war der Auftakt zu dem, was als

„Entspannungspolitik“ bezeichnet wurde und schließlich zur Gipfeldiplomatie führte, deren Hauptkennzeichen darin bestand, dass sie die Volksmassen zu passiven Zuschauern der auf diesen „Gipfeln“ öffentlich aufgeführten Schaukämpfe degradierte, sie aber von den wirklich entscheidenden Verhandlungen und Abmachungen hinter den verschlossenen Türen ausschloss, die also ihrem Wesen nach unter neuem Namen eine Rückkehr zur Geheimdiplomatie alten Stiles waren.

Das Jahr 1955 brachte dann gleich mehrere Ereignisse, die Eisenhower, Dulles, Churchill und ihresgleichen in ihrer Hoffnung auf eine ihnen wohlgefällige Entwicklung der sowjetischen Politik zu bestärken geeignet waren, nachdem der von Eisenhower und Churchill 1953 als vorrangiges Zeichen guten Willens geforderte Waffenstillstand in Korea schon im gleichen Jahre zustande gekommen war. In der alljährlichen Botschaft des amerikanischen Präsidenten an den Kongress „zum Stand der Union“ am Jahresbeginn traf Präsident Eisenhower – nach den gewohnten Sentenzen über die kommunistische Gefahr und der Versicherung der ausreichen-den eigenen militärischen Fähigkeit zur Abschreckung des kommunistischen Aggressors – die bemerkenswerte Feststellung: „Dies ist natürlich eine Art von Patt in der Welt.“ Diese Einsicht in die Unmöglichkeit, den Sozialismus mit militärischer Gewalt aus der Welt zu schaffen, zugleich aber auch die seit dem Frühjahr 1953 registrierten Anzeichen eines sich anbahnenden Wandels in der Politik der sowjetischen Führung waren die entscheidenden Faktoren dafür, dass in der imperialistischen Doppelstrategie die Linie der indirekten Strategie stetig an Gewicht gewann. (6a)

Mit Genugtuung dürften in Washington und London die Absetzung des Stalin-Vertrauten Malenkow als Regierungschef und seine Ersetzung durch einen Militär, den bisherigen Verteidigungsminister Bulganin, verzeichnet worden sein, wurde doch dessen Nachfolger als Verteidigungsminister Grigorij Shukow. Dieser Wechsel in der Regierung der Sowjetunion fand am 8. Februar 1955 statt, aber schon am 7. Februar hatte der Chef eines der größten US-Pressekonzerne, Hearst jun. mit Shukow ein langes Interview. Shukow beklagte die gegenwärtig schlechten Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern und ließ keinen Zweifel daran, dass die Verantwortung dafür allein bei den USA lag. Zugleich aber sagte er: „Mein aufrichtiger Wunsch ist es, dass sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern verbessern. Ich möchte die Vereinigten Staaten besuchen, und bei einer Verbesserung der Beziehungen würde ich das mit Vergnügen tun. Vor allem bitte ich, Präsident Eisenhower meine besten Wünsche zu übermitteln. Ich denke oft an die Zeit, als wir gemeinsam im Kontrollrat in Berlin arbeiteten. Damals haben wir viel Nützliches geleistet, und unsere guten Beziehungen haben zum guten gegenseitigen Verständnis zwischen unseren Ländern beigetragen. Ich möchte Präsident Eisenhower meinen Wunsch übermitteln, dass die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern wieder hergestellt werden.“ (7)

Auf einer Pressekonferenz am 27. April 1955 ging Eisenhower indirekt auf dieses Interview ein, als er sagte, „Dass das Gefühl bei ihm vorherrsche, dass die Beziehungen mit der kommunistischen Welt sich im Aufschwung befänden, wenn auch jede Entwicklung, die eine Verringerung der Spannung andeute, durch negative Momente aufgewogen werden könne….Präsident Eisenhower enthüllte auch, dass er in einem privaten Briefwechsel mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Marschall Grigorij Shukow stehe, der auf der alten Freundschaft zwischen ihm und Shukow aus dem Jahre 1945 beruhe, als beide alliierte Kommandanten in Berlin waren.“ (8)

Das zweite Zeichen guten Willens der Sowjetunion, das Eisenhower und Churchill nach der Zustimmung zum Waffenstillstand in Korea in ihren Reden gefordert hatten, war der Abschluss des Staatsvertrages mit Österreich. In ihm verpflichtete sich bekanntlich Österreich zu ewiger Neutralität und erhielt dafür seine volle Souveränität zurück sowie den Abzug aller Besatzungstruppen. Seitens der USA-Politiker wurde die Zustimmung der Sowjetunion zum österreichischen Staatsvertrag sofort als ein Erfolg der Politik der Stärke ausgegeben und daraus die Schlussfolgerung gezogen, jetzt müsse man den Druck auf die UdSSR verstärken, damit sie gezwungen wird, auch einer Neutralisierung der mit ihr verbündeten osteuropäischen Länder zuzustimmen. In einem Bericht über eine Fernsehrede des US-Außenministers J. F. Dulles am 17. Mai 1955 hieß es, Dulles habe „mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die Russen im Falle Österreich zum ersten Male zurückgewichen seien, was von erheblicher Bedeutung für die anderen Staaten Osteuropas so z.B. Ungarns und der Tschechoslowakei sein werde….Die gegenwärtige Entwicklung könnte einen Wendepunkt der Geschichte bedeuten. Die Politik der Stärke beginne ihre Früchte zu tragen.“ (9)

Eine ganz andere Schlussfolgerung hatte der sowjetische Außenminister Molotow aus Anlass der Unterzeichnung des Staatsvertrages gezogen; er mahnte an, nunmehr zur Regelung der deutschen Frage nach dem Vorbild des österreichischen Staatsvertrages überzugehen durch die Herstellung eines neutralen Gesamtdeutschland und Beendigung des Besatzungsregimes. (10) Diese Schlussfolgerung stieß auf geradezu wütende Ablehnung durch die USA-Politiker. In der Herald Tribune war zu lesen: „Ein Regierungssprecher erklärte, dass man sich nur schwer vorstellen könne, dass die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Alliierten einem Vorschlag zustimmen würden, der die durch Jahre unternommenen diplomatischen und politischen Bemühungen hinsichtlich Westdeutschlands zunichte mache und der Sowjetunion die Vorteile eines militärischen Vakuums bieten würde. Die deutsche Mitgliedschaft bei der NATO müsse intakt bleiben.“ (11)

In der gleichen Zeitung war in einem den oben zitierten Dulles-Bericht kommentierenden Leitartikel vom 16. Mai 1955 zu lesen, „dass selbst freie Wahlen in ganz Deutschland keine für den Westen befriedigende Lösung wären, solange die Russen die Länder Osteuropas kontrollieren. Eine Bedingung für die Ermöglichung von Verhandlungen über ein neutralisiertes Deutschland wäre, dass die Satellitenstaaten von dem verderblichen sowjetischen Druck befreit würden.“ (12) Noch im Mai bekräftigte Dulles die nicht mehr rückgängig zu machende Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO und die Richtung, in der die Sowjetunion zu weiterem Zurückweichen gezwungen werden sollte mit den Worten, „Deutschland gehört unumgänglich zum Westen. Denkbar sei aber ein neutraler Korridor östlich von Deutschland.“ (13) Damit Machte Dulles die Hauptstoßrichtung der Versuche deutlich, das sozialistische Lager aufzulösen: die Sowjetunion sollte durch äußeren Druck und durch Entfachung von Loslösungsbewegungen in den sozialistischen Ländern dazu gebracht werden, die Restauration der bürgerlichen Ordnung dort hinzunehmen. Wer solche Pläne entwickelte, der musste mit Kräften in der sowjetischen Führung rechnen, die bereit waren, eine solche „Evolution“ zuzulassen oder gar zu unterstützen.

Ein weiteres, geradezu eine Zäsur schaffendes Ereignis dieses Frühjahrs 1955 war geeignet, solche Erwartungen und Hoffnungen zu verstärken: Die Aussöhnung der Sowjetführung mit Tito im Mai-Juni 1955. Um deren Bedeutung für die künftigen Ereignisse und Entwicklungen voll einschätzen zu können, muss an einige Fakten der Vor- und Nachgeschichte dieser Aussöhnung erinnert werden.

Diese Aussöhnung ging bekanntlich so vor sich, dass Chrustschow der Sowjetunion die alleinige Schuld für die Entzweiung auflud, erklärte er doch wahrheitswidrig: „Wir haben das Material, worauf die schweren Beschuldigungen und Beleidigungen beruhen,….sorgfältig geprüft. Die Tatsachen zeigen, dass dieses Material von den Feinden des Volkes, den verachtungswürdigen Agenten des Imperialismus, die sich durch Betrug in die Reihen unserer Partei eingeschlichen haben, fabriziert worden ist…“ (14) (Der gleiche Chrustschow erklärte 3 Jahre später auf einem Parteitag der Bulgarischen Kommunistischen Partei: „Im Jahre 1948 nahm die Konferenz des Informationsbüros eine Resolution über die Lage in der KP Jugoslawiens an, die eine berechtigte Kritik an der Tätigkeit der KP Jugoslawiens in einer Reihe von Fragen enthielt. Diese Resolution war im wesentlichen richtig und entsprach den Interessen der revolutionären Bewegung.“ (15)

Zum Abschluss des Staats- und Parteibesuches der sowjetischen Delegation unterzeichneten Tito und Bulganin eine Erklärung, über die man in den westlichen Hauptstädten sehr zufrieden gewesen sein dürfte, bot sie doch eine Handhabe dafür, die Forderung an die Sowjetunion, der Neutralisierung der mit ihr verbündeten

Staaten zuzustimmen, als Einlösung dessen auszugeben, was sie in dieser Erklärung unterschrieben haben. Diese Erklärung enthielt nämlich folgenden Passus: „Beide Regierungen gehen von folgenden Prinzipien aus: gegenseitige Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Einmischung weder aus wirtschaftlichen, noch aus politischen, ideologischen oder sonstigen Gründen, da die Fragen der inneren Einrichtung, des Unterschiedes in den Gesellschaftssystemen und des Unterschiedes in den konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus ausschließlich Sache der Völker der einzelnen Länder sind.“ (16)

Etwa drei Wochen nach der sowjetischen Delegation reisten Delegationen der USA, Großbritanniens und Frankreichs zu Verhandlungen nach Belgrad, 24. – 27. 6. 1955. Die Abschlusserklärung über diese Verhandlungen brachte die Zufriedenheit der Westmächte über die Ergebnisse der jugoslawisch-sowjetischen Verhandlungen „im Hinblick auf die positiven internationalen Ereignisse in der letzten Zeit“ zum Ausdruck. Sie unterstrich „die volle Achtung und Anerkennung des Rechts aller Länder auf Unabhängigkeit, Gleichheit, Selbstverteidigung und kollektive Sicherheit“ (17), worunter die Teilnahme am imperialistischen Paktsystem verstanden wurde, worauf die lobende Erwähnung des Balkanpaktes hinwies, dem – im Widerspruch zur Behauptung der Blockfreiheit Jugoslawiens durch seine Führer – außer den beiden NATO-Partnern Griechenland und Türkei eben auch Jugoslawien als Gründungsmitglied angehörte. Durch diesen Pakt war Jugoslawien eingebunden in das von den USA geleitete imperialistische Paktsystem, und beabsichtigte dies auch nach der „Aussöhnung“ mit der Sowjetunion zu bleiben, sagte doch Tito über Jugoslawiens Zugehörigkeit zum Balkanpakt am 3. August 1955 wörtlich: „Das Abkommen ist nicht vorübergehender Natur“ (18)

Hatte die USA-Reaktion auf die sowjetische Unterzeichnung des Staatsvertrages mit Österreich schon gezeigt, dass die Führer der Vereinigten Staaten dazu neigten, auf sowjetische Zugeständnisse mit Verstärkung des Drucks zu reagieren, so wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1955 erkennbar, dass diese Neigung durch das Ausbleiben geforderter und erwarteter Zugeständnisse seitens der Sowjetunion erst recht gestärkt wurde. Vom 18. – 23. Juli 1955 hatte in Genf die von Churchill angeregte Konferenz der westlichen Regierungschefs mit dem der Sowjetunion stattgefunden. Eisenhower und Dulles hatten ihrem Stattfinden nur widerwillig zugestimmt und waren mit ihrem Ergebnis keineswegs zufrieden, hatte sie doch die bestehenden Verhältnisse eher akzeptiert denn eine Handhabe zu ihrer Veränderung zugunsten des Westens geliefert. In den folgenden Monaten hielten Eisenhower und Dulles mehrere Ansprachen, in denen sie diese ihre Unzufriedenheit unverhohlen aussprachen und mit scharfmacherischen Forderungen die West-Ost-Spannungen anheizten.

Am 24. August 1955 wurde in der Presse über eine Rede Eisenhowers in Philadelphia berichtet, „in der er drei Einschränkungen zu der bei der Genfer Viererkonferenz inaugurierten Politik der friedlichen Koexistenz hervorhob: 1. Keine Verewigung des Status Quo für versklavte Völker; 2. Die Teilung Deutschlands kann nicht durch das Interesse der Sicherheit gerechtfertigt werden; 3. gegen die subversive kommunistische Ideologie.“ Wörtlich sagte er: „Der Wunsch, den Krieg zu verhindern,…kann zu Vereinbarungen führen, die direkt oder indirekt die Fehler und Ungerechtigkeiten der Gegenwart für die Zukunft verewigen. An solchen falschen Vereinbarungen dürfen wir nicht teilnehmen.“ (19)

Schnörkellos lautet die in diesem Satz enthaltene Botschaft: ‚Es gibt Höheres als die Erhaltung des Friedens – nämlich den Sieg über den Kommunismus – notfalls auch durch Krieg!‘

Am 10. Oktober 1955 führte Dulles in einer Rede vor der militanten „Amerikanischen Legion“ aus, „dass die Weltmeinung die Sowjetunion zwingen werde, ihre Beherrschung der Satelliten in Osteuropa zu mildern und die Wiedervereinigung Deutschlands zu gestatten…“ Weiter heißt es in dem Bericht über diese Rede: „Dulles warnte davor, die neuen Freundschaftsbeteuerungen der Sowjets ohne sorgfältige Prüfung hinzunehmen. Die Vereinigten Staaten hätten Pläne für beide Eventualitäten vorliegen, ob es sich nun bei der neuen russischen Politik um einen echten Friedenswillen oder aber um ein betrügerisches Manöver handle.“ (20)

Noch scharfmacherischer und aggressiver trat Dulles in einer Rede vor dem Industriellenverband von Illinois auf, in der er zur weltpolitischen Lage nach der Genfer Außenministerkonferenz (27.10.-4.11. und 8.11.-16.11.1955) Stellung nahm: „Wir befinden uns in einer neuen Phase des Kampfes zwischen dem internationalen Kommunismus und der Freiheit. Seit dem letzten Frühling hat es den Anschein, als sei die Phase der Gewalt und der Gewaltdrohung vorüber. Aber wir müssen in unserem Handeln von der Annahme ausgehen, dass in der gegenwärtigen Sowjetpolitik nicht ein Wechsel der Zielsetzungen, sondern der Taktik eingetreten ist. Die freie Welt muss daher die Politik beibehalten, welche die Sowjetunion veranlasst hat, von der Taktik der Gewalt abzugehen. Es ist dies die Politik der klaren Warnung, dass eine bewaffnete Aggression durch eine kollektive Aktion beantwortet würde und dass man bereit wäre, dieser politischen Warnung mit der abschreckenden Wirkung der Vergeltung Nachdruck zu verleihen. Das Programm der Abschreckung der Aggression durch den Aufbau einer Vergeltungsmacht ist nun Wirklichkeit geworden. Wir haben mit unseren Alliierten ein kollektives System großer Macht aufgebaut, das flexibel in jedem nötigen Ausmaß zur Anwendung kommen kann, um einen Angriff für den Gegner verlustreich zu machen. Unsere Fähigkeit zur Vergeltung muss massiv sein, um von allen Formen der Aggression abzuschrecken. Sollten wir jedoch von

dieser Möglichkeit Gebrauch machen müssen, dann würde dies selektiv und in Anpassung an die Gegebenheiten geschehen.“ (13)

Schließlich beschloss Präsident Eisenhower das Jahr 1955 mit einer „Weihnachtsbotschaft“, die über den berüchtigten Kalten-Kriegs-Sender ‚Freies Europa‘ nach Osteuropa ausgestrahlt wurde, in der er verkündete: „Es ist mein Wunsch, Euch in der Weihnacht wissen zu lassen, dass das amerikanische Volk die schweren Prüfungen würdigt, unter welchen ihr leidet, sich mit Euch in Eurem Streben bei der Wiederherstellung der Freiheit des Individuums und der politischen Freiheiten vereint und Euren Glauben teilt, dass das Recht schließlich obsiegen wird, indem Ihr wiederum in den Kreis der freien Nationen der Welt zurückkehrt.

Das neue Jahr 1956 war kaum angebrochen, da gab Außenminister Dulles der amerikanischen Zeitschrift ‚Life‘ ein Interview, dem zu entnehmen war, dass er sich für das neue Jahr noch eine Steigerung der kriegstreiberischen Kampagne gegen die Sowjetunion und darüber hinaus auch gegen die Volksrepublik China vorgenommen hatte. Er führte aus, die USA seien nicht nur bereit gewesen, im Falle des Abbruchs der Waffenstillstandsverhandlungen zur Beendigung des Korea-Krieges durch die Kommunisten den Krieg in Korea wieder aufzunehmen, „sondern ihn darüber hinaus durch Luftbombardements der Mandschurei und durch die Verwendung atomarer taktischer Waffen“ auszuweiten. Wegen dieser Drohungen habe China die Verhandlungen fortgesetzt. Dulles lobte die USA und ihren Präsidenten dafür, dass sie sich nicht gescheut hätten, während der letzten Jahre „bis an die Schwelle des Krieges“ zu gehen, und das dreimal, in den Fällen Korea, Indochina und Formosa. (23) Da er im Interview auch behauptet hatte, England sei mit der geplanten Intervention einverstanden gewesen, erfolgte umgehend ein inoffizielles Dementi dieser Behauptung durch den politischen Korrespondenten der „Times“, die britische Regierung und ihr Außenminister Eden hätten zu keinem Zeitpunkt einer Intervention zugestimmt. (24)

Wie sehr Dulles und Eisenhower von der Genfer Viererkonferenz enttäuscht gewesen waren, ließ Dulles in seinem Interview erkennen, als er wissen ließ, er habe nach dieser Konferenz ein Memorandum verfasst, das im Nationalen Sicherheitsrat als Hauptmaßstab für die Beurteilung der sowjetischen Handlungsweise angesehen werde, und worin es heiße: „Wir müssen annehmen, dass die Sowjetführer ihren kürzlichen Wechsel in der Politik als eine Anwendung des klassischen kommunistischen Manövers betrachten, das als Zick-Zack bekannt ist. Wir dürfen uns durch ein solches Manöver nicht fangen lassen.“

Gegen die Darstellung im Dulles-Interview, als hätten die USA durch ihre Kriegsbereitschaft einen Sieg über die Sowjetunion und Volkschina errungen, wandte sich einer der klügsten amerikanischen politischen Kommentatoren, Walter

Lippmann, in einer sehr treffenden Analyse des beiderseitigen Kräfteverhältnisses in einem Artikel in der „New York Herald Tribune“ (25), in dem es u.a. hieß: „Bisher gibt es keine plausible Erklärung, warum Herr Dulles den Artikel im Life-Magazin über sich schreiben ließ. Die außergewöhnliche Tatsache bei diesem Artikel ist, dass er vorgibt, die innere Wahrheit unserer kürzlichen Politik im Fernen Osten zu enthüllen, aber eine grundsätzlich falsche Darstellung liefert. Das Falsche liegt darin, dass Herr Dulles das, was in Korea, Indochina und der Straße von Formosa geschah, als einseitige Abschreckung seitens der Vereinigten Staaten beschreibt. Was wirklich geschah war, dass beide Seiten und alle Betroffenen in einem Verhältnis gegenseitiger Abschreckung gehalten wurden. Wenn es daher zweifellos wahr ist, dass die Kommunisten aus Furcht vor unserem Rückschlag abgeschreckt wurden, so ist es ebenso unzweifelhaft wahr, dass Dr. Syngman Rhee, General Tschiang Kai-schek, Admiral Redford und jene, die in Indochina intervenieren wollten, aus Furcht vor einem sowjetischen Rückschlag abgeschreckt worden sind. Das Bestehen eines militärischen ‚Patt‘ erklärt – was die einseitige Darstellung des Herrn Dulles nicht tut – die politische Situation in dem strittigen Gebiet in der Nachbarschaft Chinas.

Das tatsächliche Verhältnis gegenseitiger Abschreckung oder eines militärischen ‚Patt‘ ist zuerst von Churchill erkannt worden, als er die Resultate des Versuchs mit der Wasserstoffbombe erfuhr. Bald darauf wurde vom Präsidenten die Schlussfolgerung hieraus in seiner berühmten Erklärung gezogen, dass es keine Alternative zum Frieden gibt. Diese Erklärung, der die Russen seither beipflichten, war es, die zur Genfer Konferenz führte und ihr Herzstück war. Wenn es aber keine Alternative zum Frieden gibt, so kann niemand an die Schwelle des Krieges in dem Sinne schreiten, dass er mit einem Kriege droht. Wenn der Krieg keine Alternative ist, so ist jeder, der mit einem Kriege droht, entweder ein Verrückter oder ein Bluffer. Wenn der Krieg keine Alternative ist, dann müssen strittige Fragen durch einen Ausgleich beigelegt werden. Wenn, wie der Artikel des Herrn Dulles es vorgibt, obzwar er selbst es besser wissen muss, wir die einseitige Abschreckung im Fernen Osten gewesen wären, so würden wir eine militärische Überlegenheit genossen haben, die hingereicht hätte, die Kommunisten zu einem Nachgeben bei den Streitfällen in unserem Sinne zu veranlassen. Alles, was wir aber in der Tat zu erlangen in der Lage waren, war ein Friede auf der Basis des militärischen Status Quo. Beide Seiten hatten einen Frieden ohne Sieg zu akzeptieren.

Herr Dulles muss wohl der erste Außenminister sein, der jemals kriegslüsterner erscheinen wollte, als er wirklich war. Das Life-Magazin hat das Bild eines wagemutigen und drohenden Mannes gemalt, der den Gegner in Furcht gesetzt hat. Tatsache ist, dass jeder in Furcht gesetzt wurde. Die Kommunisten sind von einer Aggression über die Linie des Status Quo hinaus abgeschreckt worden; wir sind von einer Befreiung über diese Linie hinaus abgeschreckt worden. Um diese Linie

aufrecht zu erhalten und zu stabilisieren, an welcher beide Seiten abgeschreckt sind, haben wir nicht nur bekannt gegeben, dass wir kämpfen würden, wenn diese Linie durch bewaffnete Kräfte überschritten würde, sondern wir haben auch Zusicherungen gegeben, diese Linie nicht in der umgekehrten Richtung zu überschreiten."

Die wichtigste Feststellung in diesem Lippmann-Kommentar war die vom militärischen Patt, das keine Alternative zum Frieden lasse, wie ja Eisenhower selbst schon eingeräumt habe. Aber offenbar fiel es den Kalten Kriegern vom Schlage Eisenhower und Dulles schwer, diese Konsequenz zu akzeptieren. Doch je nachdrücklicher sich die Situation des militärischen Patt bestätigte und je mehr Signale aus dem sozialistischen Lager kamen, dass dort ein Prozess des „inneren Wandels" vor sich ging, umso sicherer musste die Politik der „Konterrevolution auf Filzlatschen", auf die Eisenhower und Churchill nach dem Tode Stalins vorsichtig abwägend eingeschwenkt waren, zur dominierenden Linie imperialistischer Strategie im Kampf gegen den Sozialismus werden.

Daher war der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 Ausgangspunkt für die Durchsetzung der „indirekten Strategie" der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion zur Hauptlinie in der Doppelstrategie des Imperialismus gegen den Sozialismus. Der Bruch, der dort mit der bolschewistischen Vergangenheit, mit der marxistisch-leninistischen Theorie vollzogen wurde, überstieg sicherlich selbst die kühnsten Hoffnungen, die man sich in den westlichen Führungsstäben des antikommunistischen Kampfes gemacht haben mochte. Sahra Wagenknecht brachte diesen Bruch auf die kurze Formel: „1. undifferenzierte und pauschale Vergangenheitsabrechnung…und gleichzeitige Revision grundlegender Thesen des Marxismus-Leninismus (etwa die Akzeptanz eines parlamentarischen Weges zum Sozialismus…); 2. Die ausdrückliche Anerkennung des jugoslawischen Weges (zu dessen Grundposition die Ablehnung einer einheitlichen Gesamtstrategie des sozialistischen Lagers gehörte) als rechtmäßigem Weg des sozialistischen Aufbaus; 3. Die ersatzlose Auflösung des Kominformbureaus im Jahre 1956, damit der einzigen Institution, die wenigstens den Anspruch auf eine einheitliche Gesamtstrategie der sozialistischen Weltbewegung noch zum Ausdruck brachte;…" (26)

Es war kein Zufall, dass die erste westlich Stimme, die nach dem XX. Parteitag eine Änderung der Politik gegenüber der Sowjetunion forderte, aus Frankreich kam. Sein Außenminister Pineau übte vor Vertretern der anglo-amerikanischen Presse in einer Rede am 2. März in Paris scharfe Kritik an der amerikanischen und britischen Politik in Nordafrika, im Nahen Osten, in Vietnam und gegenüber der Sowjetunion. Zu diesem letzten Punkt äußerte er: „Gegenüber dem Ostblock gäbe es nur zwei Arten der Haltung: ‚Entweder, man führt mit ihm einen totalen Krieg – eine Politik, die aufgegeben wurde, worüber ich glücklich bin – oder man muss erforschen, wie die

Koexistenz beschaffen sein soll.‘ Pineau meinte, dass die westliche Welt über eine rein statische Konzeption der Koexistenz hinausgehen sollte. Solange der gegenwärtige Zustand währt, werde eine westliche Propaganda in den kommunistischen Ländern ausgeschlossen, während die eigenen Länder einer kommunistischen Propaganda ausgesetzt seien. Wenn man aber den Eisernen Vorhang senke, so würden die kommunistischen Länder gegen die Propaganda der Freiheit nicht unempfindlich bleiben. Deshalb werde die französische Politik systematisch auf einen kulturellen Austausch zwischen Ost und West gerichtet werden.“(27)

Am 21. April berichtete die Presse über eine Rede Eisenhowers zu den Richtlinien der USA-Politik „angesichts der Änderungen des Sowjetregimes“. Diese Rede machte eigentlich nur deutlich, dass man dabei blieb, auf jede in gewünschter Richtung vor sich gehende Änderung in der Sowjetunion den Forderungskatalog mit noch größerem Nachdruck vorzubringen: „Wir müssen mit jedem friedlichen Mittel erstreben, den Sowjetblock zu veranlassen, bestehende Ungerechtigkeiten zu korrigieren und auf echte Art friedlich Ziele in seinen Beziehungen mit anderen Nationen zu verfolgen….Eine Sowjetregierung, die diesen Zielen wahrhaft verhaftet ist, kann freundschaftliche Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und der freien Welt haben, wenn sie es will. Wir werden diesen Tag begrüßen“ (28) – also den Tag der freiwilligen Unterwerfung unter die Richtlinien der USA!

Am 23. April berichtete die amerikanische Presse über eine Rede von John Foster Dulles, nach der zu urteilen dieser erstaunlicherweise ein besseres Empfinden dafür erkennen ließ, dass der XX. Parteitag der KPdSU möglicherweise einen tiefen Einschnitt bedeuten könnte als sein Präsident. „Der Kalte Krieg“, sagte er, „ist in eine neue Phase eingetreten….Die freie Welt kann aus der Tatsache Befriedigung schöpfen, dass man heute innerhalb Russlands Anzeichen von Licht erblicken kann, die das Heraufdämmern dieses neuen Tages ankündigen.“ Er sprach von einem „New Look“ der sowjetischen Politik: „Es ist wichtig, abzuschätzen, was diese Änderungen bedeuten und auch, was sie nicht bedeuten….Sie müssen auch bedeuten, dass liberale Kräfte innerhalb des Sowjetblocks am Werke und mächtig genug sind, um einige Reaktionen herbeizuführen oder mindestens den Anschein solcher Reaktionen zu entwickeln. All dies ist von unermesslicher Bedeutung. Es ist mehr, als die freie Welt vor ein paar Jahren zu hoffen wagte. Unsere Befriedigung darüber muss aber zurückhaltend sein….“ (29)

Die weiteren Auswirkungen des XX. Parteitages in der Sowjetunion und in den europäischen sozialistischen Ländern – z.B. die provokatorischen Ausschreitungen in Poznan – bestärkten Dulles in seinen Hoffnungen auf einen baldigen Umsturz der Machtverhältnisse so sehr, dass er in einer Pressekonferenz um den 10. Juli 1956

voraussagte, „dass Kräfte der Freiheit, die nunmehr hinter dem Eisernen Vorhang am Werke seien, sich als unwiderstehlich erweisen und die internationale Szenerie bis zum Jahre 1965 umändern könnten. Die Sowjetführer hätten durch die Anti-Stalin-Kampagne und ihr Liberalisierungsprogramm eine Kettenreaktion ausgelöst, die sie auf lange Sicht nicht aufhalten könnten.“ Dulles sagte weiter: Aus diesem Grund verfolgt die ganze Welt aufmerksam das wirkliche Resultat der gegenwärtigen Entwicklungen. Wenn diese Entwicklungen Vertrauen erweckende Änderungen in der inneren und äußeren Politik der Sowjetunion ….zeitigen sollten, dann würden sie fruchtbare Veränderungen der Weltlage herbeiführen. Wir warten hoffnungsvoll auf diesen Tag.“ (20) Die vom XX. Parteitag ausgelöste „Kettenreaktion“ hat den erhofften Tag zwar nicht in neun Jahren, bis 1965, her-beigeführt, aber schließlich traten ab 1985 die erwarteten „Vertrauen erweckenden Änderungen“ unter dem Namen von Perestroika in rasantem Tempo ein – die Strategie der „Konterrevolution auf Filzlatschen“, die indirekte Strategie des „Wandels durch Annäherung“ hatte 1989/90 endlich zum Erfolg geführt.

Epilog: Nicht nur John Foster Dulles hatte an den XX. Parteitag der KPdSU und seine Auswirkungen große Hoffnungen geknüpft – es waren vor allem die Kommunisten in der ganzen Welt, die voller Vertrauen die von der Tribüne dieses Parteitages verkündeten Verheißungen über den nicht mehr fernen Sieg des Sozialismus über den Imperialismus aufnahmen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Als der vielen von Euch noch gut bekannte Josef Schleifstein einmal gefragt wurde, ob er – wegen der Enthüllungen über Stalin – den XX. Parteitag als Belastung oder als Befreiung empfunden habe, antwortete er: „In beiden Richtungen,…doch überwog in meinen Gedanken und Gefühlen von Anfang an das Moment der Befreiung, der neuen Möglichkeiten und Perspektiven, die er für die Entwicklung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, für die kommunistische und antiimperialistische Bewegung überall in der Welt eröffnete.“(31)

John Foster Dulles und Josef Schleifstein, der wütende Antikommunist und Spitzenvertreter des US-amerikanischen Imperialismus und der glühende Kommunist und Kämpfer gegen den Imperialismus – beide erhofften sich von der Anti-Stalin-Kampagne und dem Liberalisierungsprogramm des XX. Parteitages dass sie ihre total entgegen gesetzte, konträre Sache zum Erfolg führen würden.

Es lohnt sich nicht nur, sondern ist dringend geboten, darüber nachzudenken und nachzuforschen, weshalb sich die Prognose und die Hoffnungen des Imperialismus erfüllten, die Hoffnungen des Kommunisten dagegen als irrig erwiesen.

Diskussionsbeitrag auf der Konferenz: „Oktoberrevolution 1917 – Gegenstrategien und deutsche Linke“, veranstaltet vom Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in Berlin am 20. und 21. September 1997

Siehe auch den von Kurt Gossweiler zu diesem Diskussionsbeitrag verfassten Anhang unter dem Titel “Einige Daten zur Rolle Tito-Jugoslawiens zwischen West und Ost” (siehe „Beiträge zur Geschichtsforschung“ im 2. Band dieser Veröffentlichung).

Anmerkungen

(1) Gerhard Kade, Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der ‚Gefahr aus dem Osten‘, Berlin 1982, S.119f,.
(2) Keesing’s Archiv der Gegenwart (künftig: AdG) v. 27.1.1953, S. 3840.
(3) AdG v. 9. März 1953, S. 3902.
(4) AdG v. 19. März 1953, S. 3916.
(5) AdG v. 16. April 1953, S. 3953.
(6) AdG v. 15. Mai 1953, S. 3992.
(6a) AdG v. 6. Januar 1955, S. 4946.
(7) AdG v. 14. Februar 1955, S. 5016f..
(8) AdG v. 29. April 1955, S. 5139.
(9) AdG v. 22. Mai1955, S. 5179.
(10) AdG v. 15. Mai 1955, S. 5164.
(11) AdG v. 22. Mai 1955, S. 5179.
(12) ebenda.
(13) AdG v. 6. Juni 1955, S. 5194.
(14) Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie! Organ des Kommunistischen Informati-onsbüros, Nr. 21/1955.
(15) Neues Deutschland, Berlin, 5.6.1958.
(16) Handbuch der Verträge 1871-1964, Berlin 1968, S. 606.
(17) AdG v. 29./30. Juni 1955, S. 5232.
(18) AdG v. 3. August 1955, S. 5292.
(19) AdG v. 24. August 1955, S. 5320.
(20) AdG v. 10. Oktober 1955, S. 5402.
(21) AdG v. 9. Dezember 1955, S. 5512.
(22) AdG v. 25. Dezember 1955, S. 5534.
(23) AdG v. 14. Januar 1956, S. 5565.
(24) ebenda.
(25) AdG v. 19. Januar 1956, S. 5577f.

(26) Sahra Wagenknecht, Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinander-setzungen. Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt, Bonn 1995, S. 34.
(27) AdG v. 3. März 1956, S. 5657.
(28) AdG v. 21. April 1956, S. 5736.
(29) AdG v. 23. April 1956, S. 5739f.
(30) AdG v. 11. Juli 1956, S. 5873.
(31) Deutsche Volkszeitung v. 14.2.1986.

Quelle: offen-siv September-Oktober 1999

Revisionismus in der kommunistischen Bewegung

Am Anfang unseres Jahrhunderts folgten kurz aufeinander das Entsetzen über das blutige Verbrechen des ersten vom Imperialismus entfesselten Weltkrieges und die Hoffnung auf die Befreiung der Menschheit vom Imperialismus und Krieg in diesem Jahrhundert durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland. In einem Lied der italienischen Arbeiter hat diese Hoffnung Ausdruck gefunden:

Licht, im Osten aufgegangen,
immer prächtiger wird Dein Strahlen.
Selbst der Horizont des Westens hebt schon an,
sich rot zu malen.
Schon erheben sich die Völker,
den Bedrückern Trotz zu bieten.
Echt und falsch hat sich geschieden,
Sklaven stehen kampfbereit.

Als dieses Jahrhundert 75 Jahre alt wurde, schien diese Hoffnung ihrer Erfüllung nahe: Der Sozialismus hatte bereits auf vier der fünf Kontinenten Fuß gefaßt und bereits ein Drittel der Menschheit kämpfte um seine Verwirklichung. Damit nicht genug: das vietnamesische Volk, das Volk eines der kleinsten und ärmsten sozialistischen Länder, hatte die imperialistische Supermacht USA in einem jahrzehntelangen Krieg zur Aufgabe gezwungen und so dem imperialistischen Riesen die erste Niederlage seiner Geschichte beigebracht!

Nur 15 Jahre später jedoch war das Rot des Kernlandes des Sozialismus und waren die sozialistischen Länder Europas von der Landkarte verschwunden!

Einen schlimmeren, verhängnisvolleren, in seinen katastrophalen Auswirkungen noch gar nicht übersehbaren Rückschlag hat die Arbeiterbewegung, ja, hat die Menschheit

in ihrer Geschichte noch nicht erlebt. Aber die Alternative 'Sozialismus oder Untergang in der Barbarei' bleibt nicht nur, sie hat sich verschärft zur Alternative Sozialismus oder „Endlösung“ für das Menschengeschlecht!

Um jedoch mit Aussicht auf Erfolg dort neu anzufangen, wo die Konterrevolution zeitweilig gesiegt hat, und dort sich zu halten und weiter voranzuschreiten, wo es nicht gelang, die Macht des Imperialismus wieder zu errichten, ist es erforderlich, sich Klarheit über die Ursachen des Rückschlages zu verschaffen und daraus die Lehren zu ziehen.

Das Angebot an Ursachenerklärungen ist wahrlich riesig, aber größtenteils unbefriedigend bis abwegig. Der Sozialismus sei von einem Einzelnen namens Stalin zugrundegerichtet worden, sagen sehr viele. Als Marxisten-Leninisten wissen wir, daß nicht „Männer" die Geschichte machen, sondern, daß die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist.

Historische Persönlichkeiten können nur als Repräsentanten von Klassen oder Schichten der Gesellschaft geschichtswirksam werden, nicht als Einzelpersönlichkeiten. Deshalb kann der Untergang des Sozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa weder einem Stalin noch einem Chruschtschow noch einem Gorbatschow als Einzelperson zur Last gelegt werden; um die Rolle zu erklären, die sie spielten, muß man herausfinden, die Interessen welcher Klasse oder Schicht sie vertraten, welche gesellschaftliche Strömung sie verkörperten.

Die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Staaten seien an einem Mangel an Demokratie zugrunde gegangen, sagen wieder nicht wenige.

Wenn Mangel an Demokratie eine Ursache für den Untergang von Staaten wäre, dann dürfte es schon längst keinen imperialistischen Staat mehr geben. Oder ist vielleicht die Beseitigung des Menschenrechts auf Arbeit und Wohnung nach der Annexion der DDR und seine Ersetzung durch das Recht der Kapitaleigentümer, Arbeiter ihrer Arbeit zu berauben und Mieter in die Obdachlosigkeit zu treiben, demokratischer als die Verwirklichung dieser Menschenrechte in der DDR?

Es ist hier nicht die Zeit, um noch ähnliche andere Erklärungen ebenso ad absurdum zu führen. Gewiß ist aber eins: Seit Marx und Engels ist der Sozialismus eine Wissenschaft, und seit Lenin ist auf dieser Grundlage auch der Aufbau des Sozialismus auf eine wissenschaftliche Basis gestellt worden. Das besagt: Der Sozialismus kann mit Erfolg aufgebaut werden, und er wird seine Überlegenheit über den Imperialismus offenbaren, wenn und solange dieser Aufbau wissenschaftlich betrieben wird, d. h. unter Berücksichtigung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus. Läßt man jedoch diese Gesetzmäßigkeiten außer acht, geht man von den Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus ab, dann wird der

Kampf „Wer - Wen?" zugunsten des Imperialismus entschieden. Dies ist eine Aussage, der kein Marxist widersprechen kann. Diese unbestreitbare Wahrheit muß deshalb auch der Schlüssel sein für die Suche nach den Ursachen der Katastrophe des europäisch-sowjetischen Sozialismus.

Gab es eine Zeit, in der in der Sowjetunion und in den sozialistischen Ländern der sozialistische Aufbau erfolgreich war und der Sozialismus seine Überlegenheit über den Kapitalismus bewies?

Gewiß, diese Zeit gab es: als der Kapitalismus von der Weltwirtschaftskrise geschüttelt wurde, verwirklichte die Sowjetunion ihren ersten Fünfjahresplan. Das Beispiel der erfolgreichen sowjetischen Planwirtschaft war so wirkungsvoll, daß sogar die kapitalistischen Manager anfingen, sie mit „Vierjahresplänen" und „New Deal" zu kopieren.

Und als die mit den modernsten Waffen bis zur Halskrause ausgerüstete stärkste imperialistische Armee der Welt, die Armee des faschistischen Deutschland, die schon fast den ganzen europäischen Kontinent erobert hatte, die Sowjetunion zu einem Zeitpunkt überfiel, da diese ihre neuen Grenzen noch nicht befestigt hatte und ihr Programm der Ausrüstung der Armee mit modernen Waffen noch weit von der Erfüllung entfernt war, da erwies sich die Sowjetunion mit ihrer Roten Armee als das einzige Land und die einzige Armee des Kontinents, die den Faschisten nicht nur stand hielt, sondern sie schließlich bis in ihre Ausgangshöhle zurückjagte und sie gemeinsam mit den Verbündeten zerschlug.

Alle Hoffnungen der Sowjetfeinde, das Sowjetsystem werde die Belastungen der zeitweiligen Niederlagen an den Fronten und die unerhörten Entbehrungen und Anstrengungen nicht überstehen, die Menschen würden sich von ihm abwenden, die nichtrussischen Nationalitäten die Gelegenheit benutzen, um aus der Union auszubrechen, die Bauern, um den Kollektivwirtschaften den Rücken und wieder zur privaten Bauernwirtschaft zurück zu kehren, fielen in sich zusammen angesichts der politischen und moralischen Einheit einer Bevölkerung, die nicht zu Unrecht „das Sowjetvolk" genannt wurde. Was es an Erscheinungen gab, die aus dieser Einheit herausfielen - und natürlich gab es die, wie hätte es anders sein können! - blieb marginal und ohne Einfluß auf das Gesamtgeschehen.

Die ungeheure Kraftentfaltung der Sowjetunion in der Verteidigung ihrer sozialistischen Ordnung setzte nicht nur ihre Gegner in entsetztes Erstaunen, sondern übertraf selbst alle Hoffnungen und Erwartungen ihrer Freunde.

Es wurde erst ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zum traurigen Geschäft einiger neuer Generalsekretäre der KPdSU, diesen zweiten Höhepunkt der revolutionären Bewegung unseres Jahrhunderts zu schwärzen.

Und es gehört zu meinen traurigsten Erfahrungen, heute selbst in Artikeln aus der Feder von Leuten, die von sich meinen, Sozialisten zu sein, zu lesen, die wirtschaftlichen Erfolge der Sowjetunion in den dreißiger Jahren seien vor allem das Ergebnis des „GULAG-Systems" gewesen.

Für solche Sozialisten ist es auch keineswegs absurd, zu erklären, der Todeskeim für den Sozialismus sei nicht in jener Periode gelegt worden, in der es in der Sowjetunion nicht mehr weiter voran, sondern bergab und zu Ende ging, sondern eben in der Periode, in der die Sowjetunion sich aus einem von Krieg und Bürgerkrieg zerstörten Land in die stärkste politische und wirtschaftliche Macht Europas verwandelt hatte.

Demgegenüber muß, wer Marxist bleiben will, an der elementaren Wahrheit festhalten: So, wie ein erfolgreicher Aufbau des Sozialismus der Beleg dafür ist, daß dieser Aufbau im wesentlichen entsprechend den Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus über die objektiven Gesetzmäßigkeiten vor sich geht, so ist eine Stagnation oder gar ein Abstieg ein untrügliches Symptom dafür, daß vom Weg des wissenschaftlichen Sozialismus abgewichen wird und die Forderungen der objektiven Gesetzmäßigkeiten mißachtet werden.

In welcher Richtung diese Abweichung erfolgte, darauf wurde von der kommunistischen Weltbewegung auf ihren Beratungen in Moskau 1957 und sogar noch 1960 sehr deutlich hingewiesen.

1957: „Die kommunistischen Parteien ... sehen ... unter den gegenwärtigen Umständen die Hauptgefahr im Revisionismus ... als einer Ausdrucksform der bürgerlichen Ideologie, die die revolutionäre Energie der Arbeiterklasse lähmt und die Erhaltung oder Restauration des Kapitalismus fördert." Und weiter: „Der moderne Revisionismus ist bemüht, die große Lehre des Marxismus-Leninismus in Verruf zu bringen, er erklärt sie für 'veraltet', behauptet, sie habe ihre Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung verloren. Die Revisionisten sind bestrebt, die revolutionäre Seele des Marxismus auszumerzen und den Glauben der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes an den Sozialismus zu erschüttern. Sie wenden sich gegen die historische Notwendigkeit der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, sie leugnen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, sie lehnen die Prinzipien des proletarischen Internationalismus ab, sie fordern Verzicht auf die grundlegenden Leninschen Prinzipien des Parteiaufbaus und vor allem auf den demokratischen Zentralismus, sie fordern, daß die kommunistische Partei aus einer revolutionären Kampforganisation in eine Art Diskutierclub verwandelt wird." (l)

1960: „Die kommunistischen Parteien haben die jugoslawische Spielart des internationalen Opportunismus, die einen konzentrierten Ausdruck der 'Theorien' der modernen Revisionisten darstellt, einmütig verurteilt.

Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die den Marxismus-Leninismus verrieten, indem sie ihn für veraltet erklärten, haben der Erklärung von 1957 ihr antileninistisches Programm entgegengestellt. Sie haben den BdKJ der gesamten kommunistischen Weltbewegung entgegengestellt, ihr Land vom sozialistischen Lager losgerissen, es von der Hilfe der amerikanischen und anderen Imperialisten abhängig gemacht und damit die Gefahr heraufbeschworen, daß das jugoslawische Volk seiner im heroischen Kampf erzielten revolutionären Errungenschaften verlustig geht. Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung. ... Die weitere Entlarvung der Führer der jugoslawischen Revisionisten und der aktive Kampf dafür, die kommunistische Bewegung wie auch die Arbeiterbewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten abzuschirmen, ist nach wie vor eine unerläßliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien." (2)

Klare, deutliche, treffende Worte!

Ich zitiere die Aussagen der beiden Beratungen deshalb so ausführlich, um alle daran zu erinnern, die das inzwischen vergessen haben, daß die kommunistische Weltbewegung um diese Zeit noch wußte und deutlich aussprach, woher dem Sozialismus existentielle Gefahr drohte: Vom Revisionismus. Diese Gefahr begleitet die marxistische Arbeiterbewegung fast von ihren Anfängen an. Schon Marx und Engels führten einen unaufhörlichen und unnachsichtigen Kampf gegen die Verfälschungen der Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus durch das Einschleusen bürgerlicher Ideologie der Klassenversöhnung, dieses Kerngehaltes des Revisionismus.

In ihrem berühmten Zirkularbrief aus dem Jahre 1879 an August Bebel und Wilhelm Liebknecht sagten sie mit Bezug auf die Ansichten des Begründers des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie, Eduard Bernstein, und seiner Gesinnungsgenossen: „Wir können unmöglich mit Leuten zusammen gehen, die den Klassenkampf aus der Bewegung streichen wollen." (3) Wie Marx und Engels, so kämpften auch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegen das Aufwuchern des Revisionismus in der deutschen Partei und in der II. Internationale, aber vergeblich. Das unvermeidliche Ergebnis des Sieges des Revisionismus in den Parteien der II. Internationale - mit Ausnahme der von Lenin geführten SDAPR- war die erste große Katastrophe der von Marx und Engels ausgehenden Arbeiterbewegung - der Zusammenbruch der II. Internationale bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914.

Nach dieser schmerzlichen Lehre der Geschichte entstand die kommunistische Bewegung mit Notwendigkeit als antirevisionistische, revolutionäre Bewegung, deren Hauptstütze das Land der ersten siegreichen proletarischen Revolution, Sowjetrußland, und die Partei Lenins wurde.

Trotz dieser Geburt als revolutionäre, antirevisionistische Bewegung sind die kommunistischen Parteien gegen das Eindringen bürgerlicher Ideologien, auch in Gestalt des Revisionismus, nicht gefeit.

Die Stärke des Revisionismus in der Arbeiterbewegung ist gewissermaßen eine geborgte Stärke, weil ein Reflex der Stärke des Imperialismus. Je stärker der Imperialismus, je stärker sein politischer, ökonomischer, militärischer und ideologischer Druck auf die Arbeiterbewegung und die sozialistischen Länder, desto größer die Gefahr, daß es dort zu Schwankungen, Ermüdungserscheinungen und Erscheinungen der ideologischen und politischen Aufweichung kommt, die unausbleiblich dem Imperialismus die Möglichkeit zur Schaffung von Stützpunkten für seine Diversion bietet.

Wodurch unterscheidet sich der Revisionismus in der kommunistischen Bewegung von dem in der Sozialdemokratie?

Der Revisionismus in der alten Vorkriegssozialdemokratie zielte ab auf die Verwandlung der sozialdemokratischen Parteien aus revolutionären Parteien, die den Kapitalismus stürzen wollen, in reformistische Parteien, die den Kapitalismus vor der Revolution schützen und stützen sollen. Mit dem Sieg des Revisionismus in den Parteien der II. Internationale sind diese zu zuverlässigen Stützpfeilern und - wie 1918 in Deutschland, 1974 in Portugal - zur letzten Verteidigungslinie der kapitalistischen Ordnung geworden.

Der Revisionismus in den kommunistischen Parteien äußert sich vor allem in der Abschwächung des Kampfes gegen den Reformismus, in der Annäherung an die Positionen der Sozialdemokratie, in der Verwischung der Scheidelinie zwischen revolutionärer und reformistischer Politik. Er läuft auf die Verhinderung des Sieges über den Imperialismus hinaus.

Begründet wird eine solche Position gewöhnlich mit der Notwendigkeit der Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Aber zu einer solchen Einheitsfront müssen die sozialdemokratischen Führer gezwungen werden, und sie dazu zwingen kann nur eine starke und prinzipienfeste kommunistische Partei, wie die Geschichte gelehrt hat.

Der Revisionismus in den sozialistischen Staaten zeichnet sich unter anderem dadurch aus, daß er den antagonistischen Gegensatz zum Imperialismus vertuscht oder gar

leugnet, die Notwendigkeit der Partnerschaft mit dem Imperialismus im Kampf um den Frieden und für die „allgemein-menschlichen Interessen" propagiert, die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes des Kapitalismus für überholt erklärt und die Möglichkeit des friedlichen Weges zum Sozialismus über das Parlament proklamiert; daß er ferner die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats unter Führung einer marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei leugnet und statt dessen den sozialistischen Staat zum „Volksstaat" und die kommunistische Partei zur „Volkspartei" erklärt, und nicht nur erklärt, sondern sich auch daran macht, beiden ihren proletarischen Charakter zu rauben. Der Revisionismus in kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder zielt also auf die Verhinderung proletarischer Revolution, auf die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung. Der Revisionismus in den sozialistischen Ländern zielte auf und bewirkte die Demontage der sozialistischen und die Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung.

Wie konnte es zum Sieg des Revisionismus kommen?

Das eigentliche Problem ist nicht, was der Revisionismus ist und wie es zum Revisionismus auch in der kommunistischen Bewegung kommen kann; das wirkliche Problem ist, wie er über die marxistisch-leninistischen Kräfte siegen konnte. Auf diese entscheidende Frage Antwort zu geben - eine marxistische Antwort -, wurde schon vielfach unternommen. Doch das Problem ist so umfassend und vielschichtig - zu seiner schlüssigen Beantwortung sind noch so viele bislang unbekannte Fakten erst noch zu erschließen -, daß alle Versuche, eine Erklärung zu finden, unbefriedigend bleiben müssen, weil sie alle noch viel zu viele Vermutungen und Hypothesen zu Hilfe nehmen müssen. Angesichts der schändlichen Rolle, die ein Gorbatschow - vor ihm aber auch schon Chruschtschow! - gespielt hat, ist es verständlich, wenn der Untergang der sozialistischen Staatsmacht in der Sowjetunion und in Osteuropa als sein bzw. ihr Werk betrachtet wird. Und eine solche Feststellung hat ja ihre Berechtigung; aber sie erklärt nicht, wieso ihr verräterisches Wirken zu diesem Ergebnis führte. Auch hier gilt, was Friedrich Engels schon vor 150 Jahren in seiner Arbeit „Revolution und Konterrevolution in Deutschland" schrieb: „Wenn man nach den Ursachen der Erfolge der Konterrevolution forscht, so erhält man von allen Seiten die bequeme Antwort, Herr X oder Bürger Y habe das Volk 'verraten'. Diese Antwort mag zutreffen oder auch nicht, je nach den Umständen, aber unter keinen Umständen erklärt sie auch nur das Geringste, ja sie macht nicht einmal verständlich, wie es kam, daß das 'Volk' sich derart verraten ließ." Die Ursachen, schrieb Engels, seien „nicht in den zufälligen Bestrebungen, Talenten, Fehlern, Irrtümern oder Verrätereien einiger Führer zu suchen, sondern in dem allgemeinen gesellschaftlichen Zustand und in den Lebensbedingungen einer jeden, von Erschütterungen betroffenen Nation." (4)

Im Sinne dieser Engels'schen Hinweise hat Hans Heinz Holz im vierten Kapitel seiner lesenswerten und sicherlich auch manchem Teilnehmer dieser Veranstaltung bekannten Arbeit „Niederlage und Zukunft des Sozialismus" auf drei Umstände hingewiesen, die seiner Ansicht nach entscheidend zum „Scheitern der ersten sozialistischen Gesellschaften" beigetragen haben: 1. Mangelnde Reife der ökonomischen Bedingungen; 2. „Das Bürokratie-Problem"; 3. „Die Verarmung der Theorie".

Anders gehen die Genossen der KPD-Gruppe „Roter Morgen" an diese Frage heran. Den Auffassungen der Partei der Arbeit Albaniens folgend, die nach ihrer Ansicht als einzige Partei von Anfang an einen konsequenten Kampf gegen den Revisionismus in der kommunistischen Bewegung geführt hat, hat die Sowjetunion und haben die europäischen sozialistischen Staaten - außer Albanien - 1956 durch den und im Gefolge des XX. Parteitages der KPdSU aufgehört, sozialistische Staaten zu sein.

In ihrem Buch: „Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte" (5) sagen sie, die Geschichte sei eine Geschichte von Klassenkämpfen, auch das Scheitern des Sozialismus in der Sowjetunion sei das Ergebnis des Klassenkampfes. So weit so gut, fragwürdig jedoch sind die weiteren Ausführungen. In der Sowjetunion sei eine neue Ausbeuterklasse herangewachsen und die habe nach Stalins Tod mit dem XX. Parteitag die Macht an sich gerissen und eine neue Ausbeutergesellschaft errichtet. Diese neue Ausbeuterklasse setze sich aus zwei konkurrierenden Gruppierungen zusammen - zum einen die der Staats- und Parteibürokratie, zum anderen die der Betriebsdirektoren. Die Entstehung dieser Klasse im Schoße der sozialistischen Gesellschaft ergebe sich aus dem Charakter des Sozialismus als einer Übergangsgesellschaft, die noch mit Muttermalen der alten kapitalistischen Gesellschaft behaftet sei, z. B. mit der Arbeitsteilung in leitenden und ausführenden Funktionen. Der sowjetischen Arbeiterklasse und ihrer Partei habe eine Theorie gefehlt, welche die in den sozialistischen Produktionsverhältnissen selbst wurzelnden klassenmäßigen Unterschiede wissenschaftlich analysiert.

Daher erkläre sich auch die irrige Auffassung Stalins, daß es in der Sowjetunion keine überlebten Klassen gäbe, die einen Widerstand organisieren könnten. (Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15, S. 342.)

Der Hinweis auf eine noch ausstehende gründliche Analyse der Widersprüche in der sozialistischen Gesellschaft - sowohl der untergegangenen als auch der bestehenden - ist berechtigt und nützlich.

Insgesamt aber krankt der Erklärungsversuch der Genossen vom „Roten Morgen" daran, daß an seinem Beginn das vorgefaßte Schema von der mit dem XX. Parteitag 1956 erfolgten Ablösung des Sozialismus durch eine Ausbeutergesellschaft steht, ein

Schema, in das die Tatsachen gepreßt werden, soweit sie dazu taugen, während alles, was nicht passend gemacht werden kann, nicht vorkommt.

Die Schwierigkeiten, in die sie offenkundig selbst mit diesem ihrem Schema geraten sind, werden am deutlichsten in ihrer Feststellung, daß ab 1956 in der Sowjetunion eine Ausbeutergesellschaft besteht, daß dies aber keine kapitalistische Gesellschaft sei; sie kommen nämlich nicht daran vorbei, daß der Gesellschaft in der Sowjetunion auch nach 1956 alle Wesensmerkmale einer kapitalistischen Gesellschaft fehlen. Da aber diese Gesellschaft auch keine Feudal- oder eine Sklavenhaltergesellschaft war, muß es sich um einen ganz neuartigen Typ der Ausbeutergesellschaft handeln, dessen Spezifik jedoch die Genossen des „Roten Morgen" nicht zu beschreiben vermögen.

Die andere Schwierigkeit, in die sie geraten, ergibt sich daraus, daß vor unseren Augen sich 1989/90 eine wirkliche Konterrevolution und eine tatsächliche Wiederherstellung der Ausbeutergesellschaft in der Sowjetunion und in den europäischen sozialistischen Ländern vollzogen hat mit all den Merkmalen und Umstürzen, die nun einmal untrennbar mit der Liquidierung einer sozialistischen und der Wiederkehr der Ausbeutergesellschaft verbunden sind. Und das führt natürlich zu der Frage: Wenn das, was wir 1989/90 erlebt haben, schon 1956 vor sich gegangen sein soll - warum hat dann damals alles das gefehlt, was jetzt diesen Umsturz auszeichnete und warum ist dann überhaupt eine zweite Konterrevolution und Restauration nötig gewesen?

Zu den Erklärungsversuchen für die Niederlage in den Sozialismusvorstellungen der DKP

In ihrem Dokument „Sozialismus - die historische Alternative zum Kapitalismus" (6) unternimmt auch die DKP im Abschnitt „Leistungen und Fehlentwicklungen des realen Sozialismus" einen Versuch der Erklärung der Ursachen für die Niederlage des Sozialismus.

So sehr es zu begrüßen ist, daß mit diesem Dokument die DKP unternimmt, offensiv die Notwendigkeit der Beseitigung des Kapitalismus und dessen Ablösung durch den Sozialismus in die öffentliche Diskussion einzubringen, so wenig kann gerade dieser Abschnitt über die vermeintlichen „Fehlentwicklungen" Klarheit über die Ursachen der Niederlage vermitteln. Denn in diesem Abschnitt finden wir statt einer wirklichen Analyse vorwiegend die Wiederholung des verleumderischen Chruschtschow'schen Mängel- und Fehlerkatalogs, der seit dem XX. Parteitag der KPdSU von den auf die KPdSU orientierten Kommunistischen Parteien übernommen und samt der Gorbatschachow'schen „Vertiefung" verinnerlicht wurde. Ein Vergleich dieses Abschnittes mit der Begründung der Geschichtskommission der DKP am 12.05.1994 für ihre Anti-Stalinismus-Anträge ergibt, daß der Abschnitt über „Fehlentwicklungen"

im jetzigen Dokument der DKP noch weitgehend auf dieser Begründung der Geschichtskommission von 1994 fußt.

Es ist schon sehr erstaunlich, daß in diesem Abschnitt über „Fehlentwicklungen" mit keinem Wort auf den XX. Parteitag hingewiesen wird, noch auch nur das Wort „Revisionismus" vorkommt. Nur ganz zum Schluß von zweieinhalb Seiten wird mit ganzen sieben Zeilen erwähnt, daß „schließlich", also erst „gegen Ende" soll das wohl heißen, „opportunistische Entstellungen die Oberhand gewannen".

Das Erstaunen weicht jedoch, wenn wir uns daran erinnern, was seinerzeit in der Erklärung der Geschichtskommission zu lesen war: „Immer wieder hören wir in der Diskussion die Ansicht, mit dem XX. Parteitag der KPdSU und dem damit verbundenen Bruch in der kommunistischen Politik habe der Niedergang der kommunistischen Weltbewegung begonnen. Wir halten das für falsch."

Was stattdessen als Fehlentwicklung aufgezählt wird, zeugt davon, daß anstelle gründlicher Untersuchungen des wirklichen Geschehens die seit dem XX. Parteitag verbreiteten Fehl- und Vorurteile die Vorlage für diesen Abschnitt geliefert haben. Sehen wir uns das im einzelnen an:

1. „Die führende Rolle der Arbeiterklasse mußte unter diesen Bedingungen zunächst weitgehend stellvertretend durch die kommunistische Partei übernommen werden." Und nun folgt, was als „Fehlentwicklung" betrachtet wird: „Dies wurde allerdings auch dann noch beibehalten, als sich ... die Bedingungen geändert hatten." (7)

Damit wird also gesagt: Die führende Rolle der Arbeiterklasse im sozialistischen Staat darf nicht durch die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse, sondern muß durch die Arbeiterklasse selbst direkt verwirklicht werden. Leider bleiben uns die Genossen Verfasser die Antwort auf die Frage schuldig, wie sie sich das konkret vorstellen.

Nirgendwo, mit Ausnahme vielleicht eines Stadtstaates wie Monaco oder San Marino, kann eine Klasse ihre Führungsrolle anders als durch ihre Klassenorganisation verwirklichen. Das müßten die Genossen eigentlich noch von Marx, Engels und Lenin in Erinnerung haben. Aber offensichtlich liegen nicht deren Erkenntnisse, sondern die Forderung des Antrages III AL/1 der Geschichtskommission ihren Erörterungen über „Fehlentwicklung" zugrunde, die da lautet: „Verzicht auf einen Avantgardeanspruch in dem Sinne, daß die Partei der Arbeiterklasse voran geht und ihr den Weg zeigt." (8)

Gegenüber dieser Karikatur der marxistisch-leninistischen Auffassung über das Verhältnis von Partei und Klasse sei daran erinnert, was im Manifest und bei Lenin dazu gesagt ist: Im Kommunistischen Manifest ist die Avantgarde-Rolle der Kommunisten so beschrieben: „Die Kommunisten sind also praktisch der

entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus." (9) Und bei Lenin ist in seiner Arbeit über den „Linken Radikalismus" nachzulesen: „Die Diktatur (des Proletariats) wird durch das in den Sowjets organisierte Proletariat verwirklicht, dessen Führer die Kommunistische Partei der Bolschewiki ist. Im großen und ganzen haben wir also einen der Form nach nicht kommunistischen, elastischen und verhältnismäßig umfassenden, überaus mächtigen proletarischen Apparat, durch den die Partei mit der Klasse und Masse eng verbunden ist und durch den unter der Führung der Partei die Diktatur der Klasse verwirklicht wird." (10)

Wenn dies nicht mehr für richtig gehalten wird, dann ist das keine Abwendung vom „Stalinismus", sondern eine Verabschiedung vom Parteiverständnis des Manifests und des Leninismus. Im Marxismus-Leninismus ist allerdings von einem „Avantgarde-Anspruch" nirgendwo die Rede, sondern nur davon, daß die Führung durch eine Partei des wissenschaftlichen Sozialismus, die „die theoretische Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung der übrigen Masse des Proletariats voraus hat", ein Erfordernis erfolgreichen Klassenkampfes und sozialistischen Aufbaues ist.

Bei Lenin ist auch zu finden, unter welchen Bedingungen die Partei diesem Erfordernis zur Führung der Klasse und der Masse gerecht wird: „... durch ihre Fähigkeit, sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, aber auch mit den nichtproletarischen werktätigen Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sich bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen, ... durch die Richtigkeit der politischen Führung, die von dieser Avantgarde verwirklicht wird, durch die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik, unter der Bedingung, daß sich die breitesten Massen durch eigene Erfahrungen von dieser Richtigkeit überzeugen." (11)

Wenn die Genossen Verfasser des hier kritisch behandelten Abschnittes über die Fehlentwicklungen im Sozialismus sich die Frage vorgelegt hätten, in welchen Phasen des Sozialismus und in welchen sozialistischen Ländern diesen Bedingungen am meisten entsprochen worden ist und wann und wo am wenigsten, sie hätten mit Sicherheit einer sehr kritischen Untersuchung der Entwicklung nach dem XX. Parteitag nicht ausweichen können.

2. Im DKP-Dokument wird als weitere Fehlentwicklung genannt: „Partei und Staat verschmolzen mehr und mehr zu einem administrativbürokratischen Apparat." (12)

Dazu ist zweierlei zu sagen. Erstens: Es ist unvermeidlich und keineswegs von vornherein negativ zu bewerten, daß in einem Staate, in dem die Arbeiterklasse die herrschende Klasse ist, zwischen der Partei der Arbeiterklasse und den staatlichen Institutionen zwecks Koordinierung und Rationalisierung der Arbeit es an bestimmten Stellen zu „Verschmelzungen" kommt. Dazu hat Lenin verschiedentlich Stellung genommen: „Als regierende Partei konnten wir nicht umhin, die 'Spitzen' der Sowjets mit den 'Spitzen' der Partei zu verschmelzen - sie sind bei uns verschmolzen und werden es bleiben." (13) Und in seiner Arbeit „Lieber weniger, aber besser" führte Lenin aus: „Wie kann man denn Parteiinstitutionen mit Sowjetinstitutionen vereinigen? Liegt hier nicht etwas Unzulässiges vor? ... In der Tat, warum sollte man nicht die einen mit den anderen vereinigen, wenn das Interesse der Sache es verlangt? Ist denn diese elastische Vereinigung von Sowjetischem und Parteilichem nicht eine Quelle außerordentlicher Kraft in unserer Politik? Ich glaube, was sich in unserer Außenpolitik bewährt und eingebürgert hat, ... das wird in Bezug auf unseren gesamten Staatsapparat zumindest ebenso am Platz sein" (14)

Verschmelzung von staatlichen und Parteiinstitutionen zu einem „administrativ-bürokratischem Apparat" sind nicht zwangsläufiges Ergebnis jeglicher Verschmelzungsprozesse, sondern Ergebnis dessen, daß sowohl die Partei- wie auch die Staatsführung sich in ihrer Politik nicht mehr von den Interessen der Massen, der Weiterführung der sozialistischen Revolution, leiten ließen, und deshalb den Verlust des Vertrauens und der Unterstützung der Massen zu kompensieren suchten durch bürokratisches Administrieren. Die Genossen Autoren des DKP-Dokumentes hätten bei einer Untersuchung der tatsächlich vor sich gegangenen Entwicklung in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern unschwer entdecken können, daß die von ihnen registrierte Fehlentwicklung der Verschmelzung von Partei und Staat zu einem administrativ-bürokratischen Apparat ein besonders markantes Ergebnis der auf den XX. Parteitag folgenden Periode war.

3. Als weitere Fehlentwicklung führt das DKP-Dokument an: „Die sozialistische Demokratie blieb nicht nur unterentwickelt, sie wurde durch die Mißachtung sozialistischer Rechtsstaatlichkeit massiv verletzt." (15) „Unterentwickelte sozialistische Demokratie?" Wie erklären die Genossen Autoren dieser Einschätzung das Wunder, daß dennoch, nach ihren eigenen, eine Seite vorher getroffenen Feststellungen diese „unterentwickelte sozialistische Demokratie" demokratische Errungenschaften hervorbrachte, wie diese von ihnen beschriebenen: „Der Sozialismus hat soziale Errungenschaften durchgesetzt, die in den reichen imperialistischen Zentren nicht erreicht wurden: Obdach- und Arbeitslosigkeit wurden überwunden, es gab gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle, eine entwickelte Erwerbstätigkeit der Frauen, kostenlose Gesundheitsversorgung und eine hochentwickelte Massenkultur. Die Existenz des Sozialismus und seine

Errungenschaften haben die Bedingungen für den Kampf um soziale und demokratische Reformen in den entwickelten kapitalistischen Ländern wesentlich verbessert. Die Bourgeoisie und ihre Regierungen waren zu bedeutenden Zugeständnissen gezwungen." (16)

Haben nach ihrem Verständnis soziale Errungenschaften, wie die von ihnen hervorgehobenen, nichts mit Demokratie zu tun?

4. Als eine weitere Fehlentwicklung wird genannt: „Bloße Verstaatlichung trat an die Stelle wirklicher Vergesellschaftung. Die Folge war eine zunehmende Entfremdung vom sozialistischen Eigentum." (17) Was ist eine „wirkliche Vergesellschaftung" anstelle einer „bloßen Verstaatlichung"? Darauf antworten die Genossen Autoren im Abschnitt 'Ökonomie' des Entwurfs: der Hauptinhalt der ersten Schritte zum Sozialismus bestehe im Aufbau einer „sozialistischen Selbstverwaltung", was konkret bedeutet: „Die alten Eigentumstitel einzelner Menschen an den großen Konzernen, den Banken und Versicherungen, am Grund und Boden, auf dem die Betriebe wirken, werden gelöscht. Das Recht und die Pflicht, die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen zu steuern, wird an die Produzenten selbst gegeben. Dazu ist eine zentrale, demokratisch bestimmte Planung und Steuerung unverzichtbar. Sie wird im wesentlichen über das gesamtgesellschaftliche Eigentum an den Finanzinstituten und den großen Konzernen (sowohl Produktionsbetrieben wie Distributionsorganisationen) ausgeübt." (18)

Die „bloße Verstaatlichung" wird hier dadurch vermieden, daß über die Rolle des Staates überhaupt kein Wort verloren wird; eine staatliche Plankommission ist in dieser Beschreibung des künftigen Sozialismus nicht vorgesehen. Im ganzen Abschnitt 'Ökonomie' kommen Aufgaben des Staates nicht vor! Ebenso realitätsfern wie eine sozialistische Planwirtschaft ohne Staat ist die Ansicht, die „zunehmende Entfremdung vom sozialistischen Eigentum" habe ihre Ursache in der „bloßen Verstaatlichung". In keinem sozialistischen Land war die Schaffung des sozialistischen Eigentums eine „bloße Verstaatlichung", sondern bedeutete eine tatsächliche revolutionäre Veränderung der Stellung der Arbeiter und Angestellten aus Verkäufern ihrer Arbeitskraft in Angehörige eines Kollektivs, die sowohl an der Festlegung der Arbeitsbedingungen, an der Aufstellung des Plans für den Betrieb und an dessen Erfüllung beteiligt waren und auf dieser Grundlage allmählich auch eine neue Einstellung zu ihrem Betrieb gewannen. Voraussetzung dafür, daß diese neue Einstellung als Miteigentümer des sozialistischen Staatseigentums wächst und dauerhaft bleibt, ist allerdings, daß durch die Arbeit in den sozialistischen Betrieben dauerhaft und beständig eine immer bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen gewährleistet ist. Dies war jedoch bekanntlich nicht der Fall. Wenn die Genossen Autoren die wirklichen Ursachen für die in der Tat „zunehmende

Entfremdung" nicht nur vom sozialistischen Eigentum, sondern auch vom sozialistischen Staat suchten, dann hätten sie der Frage nachgehen müssen, wo die Ursachen für den Niedergang der Wirtschaft in den sozialistischen Ländern lagen; erst dieser Niedergang führte dazu, daß schließlich nicht viel mehr vom sozialistischen Eigentum übrig blieb, als „bloße Verstaatlichung".

5. Als weitere Fehlentwicklung machen die Genossen der DKP fest: „Dieses 'Sozialismusmodell" - gemeint ist das sowjetische 'Modell' -„wurde nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Länder übertragen, die einen sozialistischen Entwicklungsweg beschritten, darunter auch auf entwickelte Länder wie die DDR und die CSSR. Konnten mit dem administrativ-zentralistischen Typ des Sozialismus zunächst bedeutende wirtschaftliche Erfolge erzielt werden, so erwies er sich später als zu wenig flexibel, um die Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu meistern. Die Folge war, daß die sozialistischen Länder in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und des materiellen Lebensstandards immer weiter hinter den entwickelten kapitalistischen Ländern zurückblieben. Das mußte destabilisieren." (19)

An dieser Erklärung stimmt nichts außer der Feststellung des wachsenden Rückstandes der sozialistischen Länder gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern und der destabilisierenden Wirkung dieser Tatsache. Es ist dagegen falsch (und nicht frei vom Anklang an eine gewisse nationale Überheblichkeit), wenn behauptet wird, „dieses Sozialismusmodell" - nicht ausgesprochen, unausgesprochen mit enthalten ist die Ergänzung: eines rückständigen Landes - sei „übertragen" worden selbst auf so entwickelte Länder wie die DDR und die CSSR. Wer die Formulierung von der „Übertragung" des „Sowjetmodells" auf andere sozialistische Länder im gemeinten Sinne von „Aufdrängen" liest, dürfte die Genossen Verfasser kaum fehlinterpretieren.

Demgegenüber muß in Erinnerung gerufen werden, was Lenin über die internationale Bedeutung der russischen Revolution im „Linken Radikalismus" ausführt: „Das russische Vorbild (zeigt) allen Ländern etwas, und zwar etwas überaus Wesentliches aus ihrer unausweichlichen und nicht fernen Zukunft. ... . Daher die internationale 'Bedeutung' ... der Sowjetmacht und ebenso der Grundlagen der bolschewistischen Theorie und Praxis." (20)

Als nach dem Sieg über den Faschismus die volksdemokratischen Staaten in Osteuropa entstanden und sich den Übergang zum Sozialismus zum Ziel setzten, gab es nur ein einziges sozialistisches Land, von dessen Erfahrungen zu lernen war, und zwar war von ihm zu lernen, wie man unter den ungünstigsten Bedingungen aus einem rückständigen, unterentwickelten Land in historisch einmalig kurzer Zeit ein modernes Industrieland und eine sozialistische Gesellschaft entwickelt, fähig, allen

imperialistischen Anschlägen und sogar dem heimtückischen Überfall der stärksten imperialistischen Militärmacht nicht nur standzuhalten, sondern sie zu zerschmettern.

Dennoch wurde den neuen sozialistischen Ländern das sowjetische „Modell" weder übergestülpt, noch wurde es einfach kopiert. Jedes dieser Länder kam auf seinem eigenen Weg zum Sozialismus - unter Berücksichtigung seiner nationalen Besonderheiten. So unterschieden sich z. B. die volksdemokratischen Staaten von der Sowjetunion dadurch, daß die führende Partei aus der Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten entstand, daß sie ein Mehrparteiensystem beibehielten, daß bei ihnen der Boden in der Regel nicht nationalisiert wurde, daß neben volkseigenen Betrieben und Handelsorganisationen auch private oder gemischte Betriebe in Industrie und Handwerk und im Handel bestehen blieben, daß von Anfang an alle Bürger das gleiche Stimmrecht hatten u. a. m. Aber natürlich waren alle diese Staaten dem Sowjetstaat darin gleich, daß sie alle über jene Grundzüge verfügten, die das Wesen der Diktatur des Proletariats, der Herrschaft der Arbeiterklasse, ausmachen. Diese Gleichheit rührt aber nicht daher, daß sie von der Sowjetunion gefordert und „übertragen" wurde, sondern weil in allen kommunistischen Parteien die Lehre von Marx-Engels und Lenin über diese Grundzüge zum ABC ihres Selbstverständnisses gehörten - was heute leider nicht mehr der Fall ist.

Mit der Wirklichkeit hat auch die Darstellung im DKP-Dokument nichts zu tun, als habe in allen sozialistischen Ländern der gleiche, nämlich ein „administrativ-zentralistischer Typ des Sozialismus" geherrscht.

Spätestens nach dem XX. Parteitag hört die Gemeinsamkeit der Grundzüge der sozialistischen Staaten auf, in Auswirkung der Sanktionierung der Ideologie des „Nationalkommunismus" durch die KPdSU. Das geschah bereits 1955, als Chruschtschow als Generalsekretär der KPdSU seine Unterschrift neben die Titos unter ein Dokument setzte, das der Losung des Kommunistischen Manifestes: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" und den Grundsätzen der internationalen Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien und aller sozialistischer Länder ins Gesicht schlug, indem dort postuliert wurde: „Die Frage der inneren Einrichtung, des Unterschiedes ... in den konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus (sind) ausschließlich Sache der Völker der einzelnen Länder." (21)

Die Sowjetunion gab unter der Führung Chruschtschows schon vor dem XX. Parteitag mit dieser Unterschrift eine Grundlage des „sowjetischen Modells" im Prinzip auf. Mit Hilfe Chruschtschows wurden in anderen sozialistischen Staaten nach dem XX. Parteitag Männer an die Spitze der Partei und des Staates lanciert, die offen gegen das „sowjetische Modell" auftraten und sich auf das Jugoslawische Modell" des Tito-Revisionismus orientierten; es waren das Gomulka in Polen und Imre Nagy in Ungarn. Kaum war Gomulka im Oktober 1956 an die Spitze der Polnischen

Vereinigten Arbeiterpartei gelangt, als er auch schon begann, Polen in ein Land der einzelbäuerlichen Wirtschaft zurückzuverwandeln, indem er eine Politik der Auflösung der bestehenden Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und des bevorzugten Verkaufs von Staatsland an die Großbauern betrieb. Im Pressewesen und im Kulturleben wurde das Tor weit geöffnet für das Einströmen westlicher Ideologie, zugleich wurde dem Antisowjetismus und Antisemitismus breiter Raum gelassen. Im schroffen Gegensatz zum „sowjetischen Modell" wurde auch zugelassen, daß die polnische Währung ins kapitalistische Ausland ausgeführt werden konnte.

Der zweite Kandidat, der seinen Aufstieg an die Spitze des Staates Chruschtschow verdankte, war Imre Nagy; er entfesselte im Oktober 1956 die Konterrevolution, erklärte den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und rief die NATO um Hilfe an. Einer seiner Minister war Janos Kadar gewesen. Nach der Niederschlagung der Konterrevolution durch die sowjetischen Truppen wurde Kadar dank Chruschtschow Parteiführer der reorganisierten Partei, die nunmehr den Namen Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP) annahm. Das Ungarn Kadars praktizierte nach außen eine Politik der „Annäherung der Blöcke", die in der NATO nicht den imperialistischen Gegner, sondern den Partner bei der gemeinsamen Friedenssicherung sah; nach innen war das Kadar-Regime durch eine weitgehende Liberalisierung gekennzeichnet, die von westlicher Seite mit wohlgefälligem Beifall bedacht wurde.

Beide, Polen und Ungarn, wiesen nach dem Führungswechsel im Gefolge des XX. Parteitages mehr Züge der Übernahme des Jugoslawischen Modells" als des sowjetischen der Zeit vor dem XX. Parteitag auf. Umso bemerkenswerter ist es, daß es gerade diese beiden Länder waren, und hier wieder vor allem Polen, deren Wirtschaft am frühesten und stärksten in den Abwärtstrend geriet. An diesem Abwärtstrend war eben nicht ein „administrativ-zentralistischer Typ des Sozialismus" schuld, sondern vor allem die Zerstörung der internationalistischen sozialistischen Zusammenarbeit und Arbeitsteilung im RGW-Bereich (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe). Statt eines Zusammenwachsens der planmäßig geleiteten Wirtschaft der RGW-Staaten zu einem großen Wirtschaftsorganismus, fand auf der Grundlage des von Tito und Chruschtschow 1955 unterzeichneten Dokumentes eine wachsende Desintegration der Wirtschaft der sozialistischen Länder statt, während zur gleichen Zeit der Prozeß der Integration der kapitalistischen Länder Europas rasche Fortschritte machte.

Die DDR-Regierung unternahm im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe immer wieder Vorstöße, um den RGW zu einem effektiven Organ der Zusammenführung und gegenseitigen Abstimmung der Wirtschaftspläne zu machen. Dazu wäre notwendig gewesen, den RGW in ein Planungszentrum umzubilden, das nicht nur

Empfehlungen austeilen durfte, sondern dessen gemeinsam erarbeitete Festlegungen den gleichen Grad von Verbindlichkeit für alle hatte wie jene der nationalen Plankommissionen im eigenen Land.

Das aber war unvereinbar mit der „nationalkommunistischen" Position, nach der „die konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus" ausschließlich Sache jedes einzelnen Landes ist. Es ist überhaupt nicht zu ermessen, welch ungeheurer Schaden, welche Riesenverluste an Mitteln und Produktivitätsentwicklung durch die Blockierung der sozialistischen internationalen Wirtschaftsplanung dem Sozialismus zugefügt wurde. Nimmt man dazu noch den Übergang von einer wissenschaftlich fundierten Wirtschaftsplanung zu einer abenteuerlichen Planspielerei, wie sie in Chruschtschows Verkündungen zum Ausdruck kam, bis 1970 die USA in der Pro-Kopf-Produktion eingeholt und bis 1980 die Grundlagen des Kommunismus in der Sowjetunion gelegt zu haben, nimmt man ferner den von Chruschtschow vorsätzlich herbeigeführten Bruch mit der Volksrepublik China hinzu, dann dürfte zu Genüge klar sein, daß die Erklärung, für das Zurückbleiben der sozialistischen Länder sei „der administrativ-zentralistische Typ des Sozialismus" verantwortlich zu machen, von einer erstaunlichen Einseitigkeit und Kurzsichtigkeit zeugt. Offenbar ist den Autoren auch nie bekannt geworden, wie sehr sich die DDR-Führung in den 60er Jahren darum bemüht hat, im RGW die notwendigen Schritte zur Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution einzuleiten und welche Bemühungen sie im eigenen Land dazu unternommen hat - wiederum vergeblich aus den bereits erwähnten Gründen.

6. Als Fehlentwicklung wird weiter benannt: „In den sozialistischen Ländern wurde kein neuer, dem Sozialismus adäquater Typ der Produktivkraftentwicklung geschaffen" (22) Es bleibt ziemlich unklar, was damit gemeint ist. Ich vermute mal, die Genossen Autoren wollen damit zum Ausdruck bringen, daß die EDV-isierung und die Computerisierung ja eigentlich die Erfindung der sozialistischen Länder hätte sein müssen, weil das eine Produktivkraftentwicklung ist, die ihre vollen Möglichkeiten erst im Sozialismus zum Segen der Menschheit entfalten kann. Aber selbst, wenn das so gemeint sein sollte, zeugt auch diese Feststellung von einem erstaunlichen Mangel entweder an Kenntnissen oder an Nachdenken.

Bekannt sind die Ausführungen Stalins aus dem Jahre 1931: „Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in zehn Jahren durchlaufen. Entweder, wir bringen das zuwege, oder wir werden zermalmt." (23) Sie wurden nicht zermalmt, sie haben zuwege gebracht, eine Distanz von 50 bis 100 Jahren in zehn Jahren zu durchlaufen. Mit was für einem Typ der Produktivkraftentwicklung wohl? Etwa mit dem kapitalistischen, mit dem noch kein anderes Land ähnliches erreicht hat? Haben die Genossen Autoren noch nie

Lenins Arbeit „Die große Initiative" gelesen? Betrachten sie etwa die gemeinsame Arbeit in Produktionsgenossenschaften nicht als eine dem Sozialismus adäquate Produktivkraftentwicklung? Oder gehören sie etwa auch zu denen, die mit dem „Schwarzbuch des Kommunismus" meinen, die Wirtschaftserfolge der Sowjetunion in den 30er und 40er Jahren seien nur durch ein Terrorregime erreicht worden? Ich bitte für eine solche Frage zwar um Entschuldigung - aber wie soll man sich sonst die zitierte Feststellung erklären?

7. „Auf die Dauer konnten sich sozialistische Wertvorstellungen nicht umfassend durchsetzen." (24)

Richtiger wäre zu formulieren gewesen: „Die sozialistischen Wertvorstellungen, die sich in der Sowjetunion schon umfassend und in den anderen sozialistischen Ländern schon weitgehend durchgesetzt hatten, konnten sich auf die Dauer nicht halten." Aber ob so oder so formuliert, es wird damit keine Erklärung für die Niederlage gegeben, keine Ursache benannt, sondern eine der Erscheinungen der Niederlage, die selbst nach einer Erklärung verlangt. Erst diese Erklärung würde eine der Ursachen der Niederlage benennen. Sie zu finden, ist aber gar nicht so schwer: Wie sollten sich sozialistische Wertvorstellungen erhalten können, wenn die Zeit, in der sie gewachsen sind, später nicht mehr allein vom Klassenfeind, von dem man nichts anderes erwarten konnte, sondern von den 'eigenen' Leuten jahrzehntelang als eine Zeit gehäufter aufeinanderfolgender Verbrechen dargestellt wurden?

Auch für die folgenden Feststellungen des Dokumentes gilt, daß sie entweder die Wirklichkeit verfehlen oder aber keine Ursachen benennen, sondern Erscheinungen anführen, die selbst der Aufdeckung ihrer Ursachen bedürfen: „Die innere Hauptursache für die Niederlage des Sozialismus sehen wir darin, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse mehr und mehr erstarrten und es nicht gelungen ist, die Aufgabe zu bewältigen, den Sozialismus auf seiner eigenen Grundlage, entsprechend dem erreichten Entwicklungsstand, immer neue revolutionäre Entwicklungsschübe zu geben." (25)

Seit wann „erstarrten" die gesellschaftlichen Verhältnisse mehr und mehr? Was verstehen die Verfasser überhaupt unter diesem „Erstarren"? In der Vorkriegs- und Kriegszeit, die im Positiven wie im Negativen mit der angespanntesten Vorbereitung auf den bevorstehenden imperialistischen Überfall und mit der Verteidigung der Sowjetmacht angefüllt war, kann ja von „Erstarren" wohl keine Rede sein. Und das genaue Gegenteil von Erstarrung, nämlich eine auf Dauer lebensgefährliche Aufweichung der theoretischen, ideologischen, politischen, ökonomischen und kulturellen Grundlagen des sozialistischen Staates ging danach vom XX. Parteitag aus. Darin liegt die Erklärung dafür, daß von da an dem Sozialismus „auf seiner eigenen Grundlage", eben, weil sie zersetzt wurde, keine neuen revolutionären,

sondern zunehmend - besonders ab 1985 - konterrevolutionäre Entwicklungsschübe erwuchsen. Ähnliches ist zu sagen und zu fragen zur Feststellung von der „dogmatischen Erstarrung der Gesellschaftstheorie".

Die auf der Hand liegenden ökonomischen und politischen Fehlentscheidungen in der Chruschtschow-Periode sind nicht Ergebnis dogmatischer Erstarrung, sondern revisionistischer Aufweichung.

Richtig ist dafür aber die Feststellung, die Niederlage des Sozialismus sei zugleich das Ergebnis der äußeren und inneren Konterrevolution. Wie aufmerksam die äußere Konterrevolution die innere Entwicklung in der Sowjetunion verfolgte und wie rasch sie sich darauf einstellte, Entwicklungen und Kräfte zu fördern, von denen sie sich erhoffte, durch deren Stärkung dem Ziel der Beseitigung der Sowjetmacht näher zu kommen, mögen die folgenden Zitate von Churchill und dem USA-Außenminister Dulles illustrieren.

In einer Unterhausrede führte der britische Ministerpräsident Churchill am 11. Mai 1953 aus: „Das wichtigste Ereignis ist ... natürlich die Änderung der Haltung und, wie wir alle hoffen, des Geistes, die im Sowjetbereich und insbesondere im Kreml seit dem Tode Stalins stattgefunden hat ... . Es würde bestimmt keinen Schaden verursachen, wenn jeder Staat sich für eine Zeit nach Dingen umsehen würde, die zu tun angenehm statt unangenehm für den Partner (!, K. G.) ist. Vor allem würde es ein Malheur sein, wenn wir durch unser natürliches Verlangen eine allgemeine Regelung in der internationalen Politik zu erzielen, jedwede und heilsame Evolution hindern würden, die sich innerhalb Rußlands abspielen könnte." (26) Dies ist in der Tat schon ein frühes, vielleicht sogar das erste Konzept der „indirekten Strategie" des „Wandels durch Annäherung". Was John Foster Dulles betrifft, so berichtete die Presse über eine Rede, die er im Juli 1956 hielt, er habe dort unter anderem vorausgesagt, "... daß Kräfte der Freiheit, die nunmehr hinter dem Eisernen Vorhang am Werke seien, sich als unwiderstehlich erweisen und die internationale Szenerie bis zum Jahre 1965 umändern könnten. Die Sowjetführer hätten durch ihre Anti-Stalin-Kampagne und ihr Liberalisierungsprogramm eine Kettenreaktion ausgelöst, die sie auf lange Sicht nicht aufhalten könnten", (27) und, wie sich bei Gorbatschow zeigte, auch gar nicht aufhalten wollten.

Laßt mich zum Abschluß meiner Betrachtungen zu diesem Abschnitt des Sozialismus-Dokumentes der DKP sagen, daß mich seine Lektüre sehr bekümmert hat. Die Genossinnen und Genossen der DKP können auf eine stolze Geschichte jahrzehntelangen, opferbereiten und standhaften Kampfes gegen den deutschen Imperialismus und auf eine große Tradition internationalistischer Solidarität mit dem antiimperialistischen und Friedenskampf der Völker zurückblicken. Von allen in der Bundesrepublik bestehenden kommunistischen Organisationen hat in meinen Augen

die DKP am ehesten die Aussicht, Kristallisationskern einer künftigen gesamtdeutschen kommunistischen Partei zu werden - nach meiner Überzeugung allerdings nur unter der einen Bedingung, daß es ihr gelingt, sich von der Last der vom XX. Parteitag der KPdSU ausgegangenen Entstellungen der Geschichte der eigenen Bewegung zu befreien.

Unser Ausgangspunkt war die Frage, weshalb der Revisionismus in der Sowjetunion und den europäischen sozialistischen Staaten - Albanien ausgenommen - siegen konnte. Wir sahen, daß die Antwort der Genossen vom „Roten Morgen" in eine Sackgasse führt. Die Genossen der DKP wiederum stellen sich nicht einmal diese Frage, weil sie ausdrücklich leugnen, daß der Revisionismus in der KPdSU über den Marxismus-Leninismus gesiegt habe. Bei der Beantwortung dieser Frage sind, meine ich, folgende Gesichtspunkte und Gegebenheiten in Rechnung zu stellen:

I.

Der Sieg der Sowjetunion im Vaterländischen Krieg war auch ein Sieg und ein Triumph der marxistisch-leninistischen Politik der KPdSU (B). Das Ansehen der Sowjetunion, des Sozialismus und der Kommunisten hatte nicht durch Propaganda, sondern durch die vor den Augen der ganzen Welt vollbrachten Taten und Leistungen des Sozialismus, der Sowjetunion und ihrer Menschen, eine kaum zu überbietende Höhe erreicht. Wer damals behauptet hätte, die Politik der KPdSU (B) und ihres Führers habe die kommunistische Bewegung in die Katastrophe geführt - er wäre für irrenhausreif erklärt worden.

Zugleich aber waren mit dem Ende des Krieges Bedingungen entstanden, die eine Wiederbelebung der revisionistischen Strömungen in der kommunistischen Bewegung wie selten zuvor begünstigten:

Erstens hatte die Anti-Hitlerkoalition auch die Wirkung, bei nicht wenigen Kommunisten das Bewußtsein des letztlich unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Imperialismus und Sozialismus abzuschwächen oder gar auszulöschen. Eine Einteilung der Imperialisten in „bündnisfähige", gute und vertrauenswürdige - die Bundesgenossen der Anti-Hitlerkoalition - und in unakzeptable, feindliche - die faschistischen Achsenmächte - machte sich breit. Das führte zu einer Abschwächung der Wachsamkeit gegen feindliche Umtriebe und Zersetzungsarbeit von US-amerikanischer und englischer Seite.

Zweitens traten in manchen kommunistischen Parteien Tendenzen auf, aus der Praxis der breiten antifaschistischen Volksfront liquidatorische Schlußfolgerungen zu ziehen in dem Sinne, daß man um der Erhaltung dieser breiten Einheitsfront willen die kommunistische Partei in ihr aufgehen lassen, also auflösen solle (z. B. Browderismus

in den USA). Solche Tendenzen traten auch in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens auf.

Drittens war im Sowjetvolk nach den unerhörten Anspannungen und Opfern der Kriegsjahre die Sehnsucht begreiflicherweise riesig, endlich einmal die Früchte der langen Entbehrungen und des Sieges zu ernten. Das schuf eine günstige Situation für Demagogen vom Schlage Chruschtschow, sich eine Massenbasis zu schaffen durch die Verheißung einer raschen Verbesserung und Erleichterung des Lebens im Ergebnis eines „neuen Kurses", der Verlagerung des Schwergewichtes der Wirtschaftspläne von der Produktionsgüter- auf die Konsumgüterindustrie.

Viertens begegneten nach dem Kriegsende erstmals hunderttausende Sowjetmenschen durch die Öffnung nach außen den Lebensbedingungen, dem Alltag in den kapitalistischen Ländern, insbesondere in Deutschland. Zum ersten Mal erlebten sie das große Gefälle an Komfort und Alltagstechnik, das zwischen dem kapitalistischen Westen und dem eigenen Land bestand, ein Gefälle, das selbst noch in den Trümmerwüsten der deutschen Städte zu erkennen war. Hatten die Sowjetbürger ihre Lebensverhältnisse bisher immer nur mit denen ihrer Eltern vor der Revolution verglichen und daraus die Gewißheit von der Überlegenheit des Sozialismus gewonnen, so wurde jetzt der Vergleichsmaßstab das Leben im kapitalistischen oder bis 1945 kapitalistischen Westen, und dabei mußten sie mit Bitterkeit feststellen, daß sie, die Sieger, schlechter lebten als die besiegten Deutschen. Das schuf einen günstigen Nährboden für die Aufnahme von Parolen, welche die Abschwächung der Konfrontation zum Kapitalismus und die Annäherung der Systeme propagierte.

Fünftens: Von ganz außerordentlicher Bedeutung wurde die Tatsache, daß die Welt nunmehr in das Atomzeitalter eingetreten war, womit über der Menschheit ständig drohend die Gefahr der Selbstauslöschung durch die Auslösung eines Atomkrieges schwebte.

Dies konnte ausgenutzt werden - und wurde durch die Revisionisten vom Schlage Tito, Chruschtschow und Gorbatschow ausgenutzt - zum einen dazu, die bewaffneten Kämpfe nationaler Befreiungsbewegungen gegen den Imperialismus zur Einstellung zu bringen oder wenigstens zu dämpfen mit dem heuchlerisch-besorgten Argument, hinter jedem lokalen Konflikt lauere die Gefahr der Ausweitung zu einem Atomkrieg. Zum anderen wurde die Furcht vor einem Atomkrieg dazu benutzt, dem Friedenskampf der Völker seine antiimperialistische Stoßrichtung zu nehmen, indem der Imperialismus mit den USA an der Spitze nicht mehr als Ausgangspunkt der Atomkriegsgefahr entlarvt und bloßgestellt, sondern umgekehrt zum unentbehrlichen und vertrauenswürdigen, zur friedlichen Koexistenz bekehrten Partner der Bemühungen um die Sicherung des Friedens und der Verhinderung des Atomkrieges hingestellt und behandelt wurde.

Sechstens erwies sich je länger desto mehr, daß in besonders starkem Maße gerade Vertreter jener Schicht gegenüber der „westlichen Lebensweise" anfällig waren und zu deren Propagandisten wurden, deren eigentliche Aufgabe in der sozialistischen Gesellschaft die Bewahrung und Weiterentwicklung der sozialistischen Kultur und Ideologie gegen das Eindringen bürgerlicher Denk- und Lebensweisen war - der Schicht der Intellektuellen, insbesondere der Kulturschaffenden. Nicht so sehr jene, die ihren Weg zur Arbeiterbewegung unter kapitalistischen Bedingungen gefunden hatten, sondern vor allem jene, die nach dem Sieg der Revolution geboren und aufgewachsen waren, waren für die Losungen von der Freiheit der künstlerischen Persönlichkeit, von ihrem Recht auf „Selbstverwirklichung" als einem einmaligen Individuum empfänglich.

Einige von ihnen beanspruchten von der sich gerade erst entwickelnden Gesellschaft eine Freiheit für das Individuum, die erst der entfaltete Sozialismus, der nicht mehr um seine Selbstbehauptung kämpfen muß, gewähren kann, empfanden aber die Forderung, ihre Fähigkeiten in den Dienst der Gesellschaft zu stellen, als unzulässige Beeinträchtigung ihrer Freiheit, und wurden so eine leichte Beute der revisionistischen Seelenjäger auf ihrer Suche nach namhaften Persönlichkeiten, deren Namen man für die Attacken gegen die Kommunistische Partei und den angeblichen „Stalinismus" mißbrauchen konnte.

Die genannten neuen Bedingungen haben also günstige Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die revisionistische Abkehr von den leninistischen Prinzipien nicht als solche erkannt wurde, vielmehr den verlogenen Versicherungen Glauben geschenkt wurde, es handele sich dabei um eine zeitgemäße, schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus entsprechend den neuen historischen Bedingungen.

II.

Aber noch entscheidender für den Sieg des Revisionismus über den Marxismus-Leninismus in der Sowjetunion und, von dort ausgehend, in den europäischen sozialistischen Ländern, war ein anderer Umstand.

Wie bereits im ersten Teil des Vortrages gezeigt, fand seit dem XX. Parteitag der KPdSU innerhalb der kommunistischen Bewegung ein heftiger Kampf zwischen den revisionistischen und den marxistisch-leninistischen Kräften statt. Die Verteidiger der marxistisch-leninistischen Position in der KPdSU gerieten auf die Verliererstraße, weil sie in diesem Kampf - aus Gründen, über die noch zu sprechen sein wird - elementare Grundsätze des politisch-ideologischen Kampfes nicht befolgten. Solche nicht befolgten Grundsätze waren:

Erstens: Der politisch-ideologische Kampf darf nicht anonym und abstrakt, sondern muß konkret, mit Namen und Adresse geführt werden.

Zweitens: Dieser Kampf muß öffentlich, unter Teilnahme der gesamten Parteimitgliedschaft, vor den Augen und Ohren und mit der Teilnahme des ganzen Volkes geführt werden. Nur dann werden die Mitglieder und die Volksmassen in den Stand gesetzt, sich ein eigenes Urteil zu bilden und zu erkennen, wer für und wer gegen ihre Interessen handelt.

Beide Grundsätze wurden von den Verteidigern der Leninschen Positionen - zu nennen sind hier vor allem Molotow und Kaganowitsch - außer acht gelassen. Das gilt aber auch für die antirevisionistischen Kräfte in den europäischen sozialistischen Ländern, unter denen an hervorragender Stelle Walter Ulbricht zu nennen ist.

Als durch die Ereignisse in Polen und Ungarn im Herbst 1956 sehr drastisch deutlich geworden war, in welch verhängnisvoller Weise der XX. Parteitag alle konterrevolutionären Kräfte aktivierte und zur Offensive ermuntert hatte, gingen die marxistisch-leninistischen Kräfte in der KPdSU und im internationalen Maßstab zur Gegenoffensive über, aber eben derart, daß diese Gegenoffensive entweder vor der Öffentlichkeit abgeschirmt oder anonym erfolgte. Dafür nur zwei charakteristische Beispiele:

Erstens: Nach der Konterrevolution in Ungarn waren die antirevisionistischen Kräfte in der KPdSU zu der Überzeugung gelangt, daß Chruschtschow nicht länger an der Spitze der Partei verbleiben durfte. Sie gingen nun aber nicht etwa in die Öffentlichkeit, um zu begründen, warum ein Chruschtschow nicht länger der Führer der Partei Lenins bleiben dürfte, sondern sie versuchten im Juni 1957, Chruschtschow durch einen Überraschungsstreich abzusetzen, nämlich durch einen Absetzungsbeschluß im Präsidium des ZK der KPdSU, in dem die Gegner Chruschtschows über eine Mehrheit verfügten. Mit dieser Mehrheit - zu der außer Molotow und Kaganowitsch noch Woroschilow, Perwuchin, Saburow und andere gehörten - wurde Chruschtschow auf dieser Präsidiums-Tagung in der Tat abgesetzt. Chruschtschows enge Vertraute sorgten aber dafür, daß sofort ein ZK-Plenum einberufen wurde, auf dem die Anhänger Chruschtschows über die Mehrheit verfügten, und dieses Juli-Plenum von 1957 hob seine Absetzung wieder auf und enthob dafür Molotow und Kaganowitsch ihrer Parteiämter (später wurden beide als 'Parteifeinde' aus der Partei ausgeschlossen). Der Versuch, die revisionistischen Kräfte unter Ausschluß der Öffentlichkeit von der Parteiführung zu verdrängen, hatte also das Gegenteil, die Festigung ihrer Position, bewirkt.

Zweitens: In dieser Situation versuchten die Marxisten-Leninisten der internationalen kommunistischen Bewegung in ihrem Sinne die Entwicklung zu beeinflussen. Wie

bereits im ersten Teil des Referats erwähnt, wurde auf den beiden internationalen Beratungen in Moskau von 1957 und 1960, an denen noch die KP Volkschinas und die Partei der Arbeit Albaniens teilnahmen, der Revisionismus in scharfer und eindeutiger Weise zur Hauptgefahr für die kommunistische Bewegung und für den Sozialismus erklärt. Jedoch wurde im Dokument von 1957 niemand, keine Partei und keine Person, als Träger des Revisionismus benannt, im Dokument von 1960 lediglich der Bund der Kommunisten Jugoslawiens. Ungenannt blieb dagegen auch diesmal der für die kommunistische Bewegung gefährlichste Träger, Verbreiter und Beschützer des Revisionismus - Chruschtschow. Er erhielt vielmehr die Möglichkeit, die kommunistische und sowjetische Öffentlichkeit über seine Rolle erneut zu täuschen und seine Spuren zu verwischen, indem er selbst dieses Dokument der Verurteilung des Revisionismus mit unterzeichnete.

Die Dokumente von 1957 und 1960 sind Zeugnisse einer Art zeitweiligen Burgfriedens zwischen Marxisten-Leninisten und den Häuptlingen des Revisionismus: die Revisionisten akzeptierten und unterschrieben die - anonyme - Verurteilung ihrer eigenen Politik, die Marxisten-Leninisten akzeptierten und unterschrieben offen revisionistische Thesen wie die von der Möglichkeit des parlamentarischen Weges zum Sozialismus und die uneingeschränkte Zustimmung zu den „historischen Beschlüssen des XX. Parteitages" als eines „Beitrages zur weiteren Entwicklung der kommunistischen Bewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus". Dem entsprach auch, daß, wenn sich revisionistische Parteiführer wie Chruschtschow oder Gomulka mit ihren antirevisionistischen Gegenspielern, wie etwa Walter Ulbricht, auf Konferenzen oder bei gegenseitigen Besuchen begrüßten, dies nie ohne Bruderküsse geschah: nach außen wurde das Bild des brüderlichen Einvernehmens gewahrt.

Wie konnte es geschehen, daß einem so erfahrenen Bolschewiken wie Molotow, der schon zu Lebzeiten Lenins der Parteiführung angehört hatte, im Kampf gegen die Revisionisten so schwerwiegende Unterlassungen unterliefen? Darüber können nur Vermutungen angestellt werden, solange nicht Dokumente darüber Auskunft geben.

Meine Vermutungen gehen dahin: Anfangs, von 1953 bis zum XX. Parteitag, wurde die Größe der Gefahr unterschätzt und die Ersetzung Chruschtschows an der Spitze der Partei durch einen zuverlässigen Marxisten-Leninisten als eine ohne große Schwierigkeiten zu lösende Aufgabe angesehen.

Nach dem XX. Parteitag und den Ereignissen von 1956 war die Größe der Gefahr erschreckend deutlich geworden. Zugleich aber hatte sich die Situation im Lande und international um so vieles schwieriger gestaltet, daß ein offener Kampf um die Macht mit der Chruschtschow-Gruppe unberechenbare Risiken in sich barg:

1. Die von Dulles mit Recht so hoffnungsvoll begrüßte Auslösung der Anti-Stalin-Kampagne auf dem XX. Parteitag hatte in der gesamten kommunistischen Bewegung einen furchtbaren Schock ausgelöst und sie in eine Krise gestürzt, manche kommunistische Partei sogar an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Mußte nicht befürchtet werden, ein neuer „XX. Parteitag", diesmal mit der Ablösung und Verurteilung Chruschtschows, werde einen noch viel heftigeren Schock auslösen und die Krise der kommunistischen Bewegung vielleicht in eine Existenzkrise münden lassen?

2. Entsprechend den zitierten Empfehlungen Churchills, sich gegenüber der neuen Führung in der Sowjetunion nach Stalins Tod so zu verhalten, daß dort jede heilsame Evolution" nicht gehindert, sondern gefördert würde, waren die imperialistischen Mächte schon damals von ihrem schroffen Konfrontationskurs abgegangen und hatten 1955 auf der Viermächtekonferenz in Genf Bereitschaft zum Übergang zu einer Politik der Entspannung signalisiert. Solche Signale hatten bei den Massen im eigenen Lager, aber auch im sozialistischen Lager große Hoffnungen auf ein Ende des ständigen Lebens mit der Furcht vor Krieg und Atomkriegsdrohung erweckt. Mußte man nicht mit Sicherheit damit rechnen, daß die imperialistischen Politiker auf die Beseitigung ihres Hoffnungsträgers Chruschtschow aus der Führung mit der sofortigen Rückkehr zu einer schroffen Konfrontationspolitik reagieren würden, um damit die Gegner Chruschtschows als die Urheber der neuerlich entstandenen Kriegsgefahr hinzustellen und die Forderung nach der Rückkehr des „Friedenskämpfers und Friedensretters" Chruschtschow zu einer Forderung der Massen werden zu lassen?

3. Welche Wirkung würde überhaupt die Offenbarung einer Spaltung in der Führung der Partei und eines offenen Führungskampfes auf die Partei und für das ganze Land haben? Konnte ausgeschlossen werden, daß damit nicht sogar die Gefahr eines Bürgerkrieges hervorgerufen wurde? Hatte es sich doch im Falle Berija erwiesen, daß Chruschtschow bestimmte Teile der bewaffneten Kräfte hinter sich gebracht hatte!

4. Nachdem in Polen und Ungarn Partei und Staat in die Hände von Parteigängern Chruschtschows und Titos geraten waren, konnte eine Beseitigung Chruschtschows von der Macht nicht ohne gefährliche Auswirkungen bleiben: sie mußte die unmittelbare Gefahr einer Spaltung und eines Konfliktes im eigenen Lager hervorrufen, mußten doch Gomulka und Imre Nagy um ihre eigene Position fürchten.

5. Wenn in einer solchen Situation eines tiefgehenden Konfliktes, ja sogar einer Spaltung in der Sowjetführung und im sozialistischen Lager von den revisionistischen Führern einer oder mehrere das tun würden, was Imre Nagy im November 1956 ja tatsächlich getan hat - nämlich NATO-Truppen für die eigene Seite zu Hilfe zu rufen - mußte dann nicht befürchtet werden, daß die NATO-Mächte eine solche

Gelegenheit, endlich ihre Pläne des „Roll-Back" zu verwirklichen, sich nicht entgehen lassen würden? Drohte durch ein offenes Vorgehen gegen die Chruschtschow-Gruppe also nicht sogar die Auslösung eines neuen Krieges?

Wenngleich die Annahme, solcherart Bedenken seien die Erklärung dafür, daß die offene Auseinandersetzung mit dem Revisionismus in der Sowjetunion unterblieben ist, nur Vermutungen sind, so sind doch die aufgezählten Risiken objektiv vorhandene und nicht etwa ausgedachte Risiken gewesen, und jeder verantwortungsvolle Politiker müßte sie in Betracht ziehen. Die Auflistung dieser Risiken bestätigt die im ersten Teil getroffene Feststellung: Die Stärke des Revisionismus ist eine geborgte Stärke, sie ist der Widerschein der Stärke des Imperialismus.

Der Revisionismus ist der „Weichmacher" des Imperialismus in seinem Kampf gegen den Sozialismus. Er arbeitet für ihn wirkungsvoller und zuverlässiger als seine modernsten Massenvernichtungsmittel. Wenn man seinem schleichenden Zersetzungswerk keinen Einhalt gebietet, vermag er im Laufe der Zeit selbst granitenes Urgestein, wie die bolschewistische Partei, in eine Puddingmasse zu verwandeln, die selbst ein Pizza-Hut-Vertreter und ein Alkoholiker beiseite zu räumen vermögen. Die Geschichte ist ein grausamer Lehrmeister. Weil die sowjetischen Gegenspieler der revisionistischen Usurpatoren ihren Kampf gegen die Revisionisten nicht der Lenin'schen Forderung nach offenem Austragen der Gegensätze entsprechend führten, sondern verborgen vor den Augen der Öffentlichkeit, erlaubten sie dem „Weichmacher" des Imperialismus, ungestört die Partei und die Sowjetmacht zu zersetzen.

Lenin lehrte: „Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun." (28) Daß nicht immer und nicht konsequent danach gehandelt wurde - das ist, so meine ich, eine der entscheidendsten Ursachen für die Niederlage des Sozialismus. Künftig immer und unter allen Umständen nach dieser Lehre Lenins zu handeln - das ist eine der wichtigsten Lehren aus unserer Niederlage.

Anmerkungen:

1) Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, 14. bis 16. November 1957 stattgefunden in Moskau; Berlin 1957, S. 16/17.
2) Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau, November 1960, Berlin, 2. Aufl., S. 61.
3) Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 34, Berlin 1966, S. 407.
4) MEW, Bd. 8, Berlin l960, S. 6.

5) Hat der Sozialismus Zukunft? Bd. 1. Wann und Warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte, Stuttgart 1996.
6) Sozialismusvorstellungen der DKP, Entwurf, Stand 30. Juli 97.
7) ebenda, S. 5.
8) „Letzte Fassung nach Diskussion in parteiöffentlicher Sitzung der Geschichtskommission am 12.05.1994 in Leverkusen", S. 10.
9) MEW, Bd. 4, Berlin l959, S. 474.
10) W. I. Lenin, Werke (LW), Bd. 31, Berlin 1959, S. 32/33.
11) Ebenda, S. 9.
12) Sozialismusvorstellungen ...; S. 5.
13)W. I. Lenin, Werke, 4. Ausgabe (russ.), Bd. 32, S. 153.
14) LW, Bd. 33, Berlin 1963, S. 483.
15) Sozialismusvorstellungen ...;S. 5.
16) ebenda, S. 4/5.
17) ebenda, S. 5.
18) ebenda, S. 9.
19) ebenda, S. 5.
20) LW, Bd. 31, S. 6.
21) Handbuch der Verträge 1871-1964, hgg. von Helmut Stoecker, Berlin 1968, S. 606.
22) Sozialismusvorstellungen ...; S. 5.
23) J. W. Stalin, Werke, Bd. 13, Berlin l955, S. 36.
24) Sozialismusvorstellungen ...; S. 6.
25) ebenda, S. 6.
26) Keesings Archiv der Gegenwart, (AdG) v. 15. Mai 1953, S. 3992.
27) ebenda, v. 11. Juli 1956, S. 5873.
28) LW, Bd. 26, Berlin 1961, S. 246.

Quelle: offen-siv 2-1998, Sonderheft „Inhaltskonferenzen der Linken, Heft 1“

Zur Rolle Stalins und zum Anteil des Chruschtschow-Revisionismus an der Zerstörung der Sowjetunion

Seit ich politisch zu denken angefangen hatte - dank meiner Mutter und ihres zweiten Mannes, beide waren Mitglied der KPD seit 1927, - also seit meinem zehnten

Lebensjahr, war die Sowjetunion für mich das Land meiner Bewunderung und das Heimatland aller Kommunisten.

Aber es war keineswegs so, daß im Laufe der Zeit das Vertrauen in die Sowjetunion und ihre Führung nicht auch Belastungsproben unterworfen gewesen wäre.

Die erste waren für mich wie für meine Genossen aus dem illegalen KJVD die Moskauer Prozesse.

Wir hatten damals auch eine Diskussion mit einem Jugendgenossen, der zu den Trotzkisten abgedriftet war und über die Prozesse schon damals alles das von sich gab, was seit den Chruschtschowschen und Gorbatschowschen Rehabilitierungen der damals Verurteilten nun auch zum Standardrepertoire aller „Erneuerer“ und „Reformer“ in verschiedenen kommunistischen und ehemals kommunistischen, inzwischen umbenannten Parteien gehört: daß alle Verurteilten natürlich unschuldig seien und nur sterben mußten, weil sie Stalins Allmachtstreben im Wege standen.

Auch das heute immer wieder ins Feld geführte angebliche „Testament“ Lenins, in dem er vor Stalin gewarnt habe, brachte dieser junge Trotzkist schon damals vor.

Natürlich hatten wir damals keine Möglichkeit, all dies zu überprüfen. Aber dafür, zu überprüfen, ob unser Vertrauen zur Sowjetunion und zu Stalin gerechtfertigt war, gab es ein sehr einfaches und zugleich überzeugendes Mittel: die Prüfung der Taten der Sowjetunion und Stalins in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus!

Im Sommer 1936 hatte Franco seinen Putsch gegen die Spanische Volksfrontregierung unternommen und damit das Startzeichen für die Intervention des faschistischen Deutschland und Mussolini-Italiens zugunsten der Errichtung eines faschistischen Regimes in Spanien gegeben, als Vorspiel zum geplanten großen Krieg.

Damit wurde die Stellung zum Krieg in Spanien zum Prüfstein für die Stellung aller Staaten, Parteien und Einzelpersönlichkeiten zum Faschismus.

Wie allen bekannt, gab es nur einen Staat in der ganzen Welt, der die Spanische Republik verteidigen half gegen die Hitler- und Mussolini-Aggressoren, und dieser Staat war nicht etwa das benachbarte Frankreich mit seiner Volksfrontregierung, es war auch nicht England und es waren auch nicht die USA - sie alle halfen vielmehr durch ihre heuchlerische Nichteinmischungspolitik Franco, Hitler und Mussolini bei der Erwürgung der Spanischen Republik.

Allein die Sowjetunion kam dem spanischen Volk und den Freiwilligen in den Interbrigaden mit Waffen und Soldaten zu Hilfe. Sie tat also genau das, was wir von ihr erwarteten. Sie hat unser Vertrauen nicht enttäuscht.

Eine zweite Belastungsprobe stellte im August 1939 der Abschluß des Nichtangriffsvertrages der Sowjetunion mit Hitlerdeutschland dar.

Ich war damals zum Arbeitsdienst eingezogen und in ein RAD-Lager in Pommern verbracht worden. Die meisten der anderen „Arbeitsmänner“ stammten aus Pommern und waren, wenn nicht Nazis, so doch auf keinen Fall bewußte Nazigegner. Aber mit mir war noch einer aus Berlin in meinem „Trupp“, und nicht nur das - auch er kam aus einem kommunistischen Elternhaus, und wir fanden schnell heraus, daß wir beide von der gleichen Farbe waren.

Eines Tages im August erzählte er mir, sein Vater sei am Wochenende zu Besuch hier gewesen und habe ihm eine ganz unwahrscheinliche Ankündigung gemacht. Es werde - so habe er gesagt - in nächster Zeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein Vertrag geschlossen werden, er solle sich schon darauf einstellen. Woher sein Vater das hatte, habe er ihm nicht gesagt.

Ich hielt das dennoch für eine ausgesprochene Latrinenparole und sagte das meinem Kumpel auch.

Aber dann kam der 23. August, und da gab es keinen Zweifel mehr: Die Sowjetunion hatte mit Hitlerdeutschland einen Nichtangriffs-Vertrag geschlossen! Und die Nazipresse berichtete so darüber, als handelte es sich dabei um ein gegen die Westmächte gerichtetes Bündnis.

Was sollten wir davon halten?

Das Wichtigste für uns beide war, den veröffentlichten Wortlaut des Vertrages daraufhin zu untersuchen, ob in ihm irgend eine Passage enthalten war, die über ein Abkommen zum gegenseitigen Nichtangriff hinausging und dem Ganzen Bündnischarakter verliehen hätte. Es gab zu unserer großen Beruhigung keine einzige solche Passage. Bei der Suche nach Gründen, welche die Sowjetunion zu diesem Schritt veranlaßt haben könnten, waren wir uns einig, daß die Sowjetunion damit sicher der ja offenkundigen Gefahr vorbeugen wollte, daß die Westmächte etwa mit Hitlerdeutschland ein neues Münchener Abkommen, diesmal aber auf Kosten der Sowjetunion, schließen würden; wir wußten beide sehr gut, daß sie die Aufrüstung Nazideutschlands nicht nur geduldet, sondern gefördert hatten in der Hoffnung, die deutsche Aggression gegen die Sowjetunion lenken zu können. Wenn es der Sowjetunion mit diesem Abkommen gelang, Zeit zu gewinnen, dann konnte uns das nur recht sein. Daß es nur um Zeitgewinn gehen konnte, dessen waren wir uns gewiß; denn soviel wußten wir: das wichtigste Kriegsziel Hitlers und seiner finanzkapitalistischen Hintermänner war die Vernichtung der „bolschewistischen Gefahr“, der Sowjetunion. Wenn sich Deutschland zunächst gegen den Westen

wenden würde, dann auch mit der Absicht, sich den Rücken frei zu machen für einen späteren Krieg gegen die SU.

Auch die Besetzung der ostpolnischen Gebiete durch die Rote Armee am 17. September, die noch heutzutage von sogenannten „demokratischen Sozialisten“ in höchsten Tönen moralischer Entrüstung als grobe Verletzung des Völkerrechts verurteilt wird, - von den gleichen Leuten also, die heute, sobald sie in die so heiß begehrten Regierungsämter gelangt sind, sich zu Bütteln der Durchsetzung der Programme des Kapitals zur Ausplünderung der Wähler hergeben, denen sie vorher die Vertretung ihrer Interessen versprachen, - diese Besetzung zu bejahen und zu begrüßen machte uns überhaupt keine Schwierigkeiten. Zum einen deshalb, weil, wo die Rote Armee Wache hielt, die Wehrmacht nicht weiter vorrücken konnte, die Bevölkerung also davor bewahrt blieb, unter den Stiefel der Faschisten getreten zu werden.

Aber noch viel wichtiger: wir wußten doch, daß dies Gebiete waren, die zu Weißrußland und zur Ukraine gehört hatten und 1920 vom Pilsudski-Regime gewaltsam und völkerrechtswidrig annektiert worden waren. Wir empfanden es als einen Geniestreich Stalins, die gegenwärtigen Verstrickungen der imperialistischen Mächte dazu auszunutzen, friedlich das zurückzuholen, was Sowjetrußland seinerzeit gewaltsam entrissen worden war.

Als ich im Oktober 1940 -jetzt schon als Angehöriger der Wehrmacht - für drei Monate Studienurlaub erhielt, nahm ich natürlich wieder die Verbindung zu den Genossen unserer KJVD-Gruppe auf. Auch sie hatten die genannten Ereignisse genauso beurteilt wie ich und mein Genosse im RAD-Trupp.

Im übrigen war unsere Haltung zur Sowjetunion in dieser komplizierten Zeit, und so abgesperrt, wie wir seit 1933 von Informationen waren, bestimmt von einem durch lange Jahre nie enttäuschten Vertrauen zur sowjetischen Führung. Wir waren auch ganz sicher, daß früher oder später die Wehrmacht den Befehl zum Überfall auf die Sowjetunion erhalten würde, und genauso sicher waren wir auch, daß dies dann der Anfang vom Ende des Hitlerregimes in Deutschland sein würde.

Auch darin sollte unser Vertrauen in die Sowjetunion und ihre Führung nicht enttäuscht werden.

Am 21. Juni 1941 war es dann so weit, daß Hitler den Befehl zur Verwirklichung des „Planes Barbarossa“, zum Beginn des Überfalles auf die Sowjetunion gab.

Vom ersten Tage an bis zum 14. März 1943, dem Tag meines Übertritts auf die Seite der Roten Armee, war ich gezwungenermaßen Teilnehmer des „Ostfeldzuges.“

Natürlich war ich nach meinem Übertritt für die sowjetische Seite ein Kriegsgefangener und kam in ein Arbeitslager. Das Leben dort war hart, Arbeit im Torfmoor zur Torfgewinnung als Brennmaterial für ein nahegelegenes Kraftwerk, mit nur zu oft kaputten Schuhen im Wasser der Entwässerungsgräben.

Aber ich wußte, wie sowjetische Kriegsgefangene durch die Deutschen behandelt wurden, hatte selbst erlebt, wie Verwundete einfach abgeknallt wurden, wußte, daß in den „Stalags“ in Deutschland sowjetische Kriegsgefangene in Massen durch Arbeit, Hunger und Krankheit vorsätzlich umgebracht wurden. Wir dagegen erlebten, wie sich sowjetische Ärzte bemühten, das Leben verwundeter deutscher Kriegsgefangener zu retten.

Die Verpflegung bei uns im Lager war so, daß der Hunger zwar nie völlig gestillt wurde, aber wir wußten auch: der Bevölkerung im nächsten Dorf ging es nicht besser. Wir haben erlebt, daß in einem besonders strengen Winter - ich glaube, das war 1945 auf 1946 - die Leute im Dorf ihren Mahlzeiten Baumrinde beigaben, während wir selbst in den schlechtesten Zeiten in unserem Essen Büchsenfleisch aus den US-Lieferungen fanden.

Kurzum, ich erlebte auch als Kriegsgefangener, daß man sich auf Stalins Wort verlassen konnte: „Wenn sich der deutsche Soldat ergibt, wird er entsprechend den internationalen Abmachungen behandelt!“ Das ging - zum großen Ärger vieler „Landser“ - so weit, daß auch die Vorschriften eingehalten wurden, die den Offizieren eine Vorzugsbehandlung einräumten.

Nach einigen Monaten wurde ich zusammen mit anderen Kameraden als Kursant auf die zentrale Antifa-Schule in Taliza geschickt, auf der wir - insgesamt zehn Kursanten - nach Absolvierung des Lehrgangs als Assistenten der dort als Lehrer wirkenden Emigranten-Genossen arbeiteten. Ich blieb dort bis zu meiner Entlassung nach Deutschland im Sommer 1947. Das waren Jahre angespanntesten Studiums, denn wir mußten uns die Kenntnisse aneignen, die nötig waren, um Vorlesungen zu halten und Seminare durchzuführen auf den Gebieten: Deutsche Geschichte, Geschichte Rußlands und der Sowjetunion, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Politische Ökonomie und marxistisch-leninistische Philosophie.

Diese Jahre an der Antifa-Schule - sie waren meine eigentliche Universität; und ich übertreibe nicht, wenn ich sage: von dem dort Gelernten zehre ich noch heute, denn ohnedem wäre es mir nicht möglich gewesen, die Chruschtschowerei als Verrat am Marxismus-Leninismus und als feindliche Diversion zu erkennen.

Das, was uns dort der stärkste Ansporn war und auch die größte Befriedigung gewährte, war das Bewußtsein, dazu beizutragen, daß Landser, die Hitler dazu mißbraucht hatte, die Sowjetunion zu zerstören, als Antifaschisten in die Heimat

zurückkehrten, um zu helfen, das schwere geistige und materielle Erbe des Faschismus zu überwinden und eine neue, antifaschistische Ordnung in ganz Deutschland zu errichten.

Nach meiner Rückkehr in die Heimat im Sommer 1947 arbeitete ich bis zum Jahre 1955 in der Bezirksleitung der SED, um dann 1955 eine Doktor-Aspirantur an der Humboldt-Universität zu beginnen.

Am 5. März 1953, also noch in der Zeit meiner Arbeit im Parteiapparat, starb Stalin. Während der gewaltigen Trauerdemonstration, die in Berlin wie in der ganzen Welt stattfand, hörte ich nicht nur einmal die fast verzweifelte Frage: „Was soll denn nun werden? Wie wird es weitergehen?“ Ich habe damals gedacht und wohl auch diesem und jenem gesagt: „Wie kann ein Marxist nur so fragen? Es werden andere an seine Stelle treten und seine Sache, die Sache Lenins, weiterführen!“

Nur zu bald sollte ich feststellen, daß ich unrecht, daß ich die Rolle der Persönlichkeit doch unterschätzt hatte.

Woher kam das? Mir war noch nicht klar, was ich erst langsam hinzulernte: daß nämlich die Rolle der Persönlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft um vieles bedeutsamer ist als im Kapitalismus.

Im Kapitalismus wäre ganz unmöglich, daß ein Partei- oder Staatsführer durch eine Politik des Verrates an seiner Klasse die kapitalistische Ordnung unterminieren und Schritt für Schritt und Stück für Stück in eine nicht mehr kapitalistische, in eine sozialistische überführen könnte.

Im Sozialismus aber ist ein solcher Weg der Unterminierung der sozialistischen Ordnung und ihre Perestroika in eine kapitalistische mittels einer Politik des Klassenverrates durch die Partei- und Staatsführung nicht nur möglich, sondern von Chruschtschow begonnen und von Gorbatschow zum Erfolg geführt worden.

Woran liegt das?

Die Erklärung kennen wir eigentlich alle, aber wir machen sie uns nicht bewußt: Der Kapitalismus ist ein sich selbst regulierendes System, dessen Gesetzen die Menschen unterworfen sind.

Der Sozialismus ist in Theorie und Praxis eine Wissenschaft. Der sozialistische Aufbau muß also auch wissenschaftlich betrieben werden, d. h., der sozialistische Politiker und Ökonom muß die Gesetze der Entwicklung der Gesellschaft und die ökonomischen Gesetze des Sozialismus kennen und darauf seine Politik aufbauen.

Oder anders gesagt: Während der Prozeß der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus ein spontaner Prozeß ist, ist der Prozeß der Errichtung und Entwicklung des Sozialismus ein bewußter, organisierter Prozeß.

Das aber bedeutet, daß die Führungsqualitäten der führenden Persönlichkeiten im Sozialismus eine für das Schicksal des Sozialismus, für das Gelingen oder das Scheitern des sozialistischen Aufbaus, entscheidende Rolle spielen.

Das bedeutet aber auch, daß die imperialistischen Politiker über ganz andere und wirkungsvollere Mittel der Einflußnahme auf die politische Entwicklung in den Ländern des Sozialismus verfügen, als umgekehrt. Das sozialistische System kann durch Einschleusung von Agenten des Imperialismus in seinen Herrschaftsapparat oder durch Korrumpierung von Führungskräften paralysiert und sogar zerstört werden, das kapitalistische System nur durch den Kampf der Massen.

Die Bourgeoisie weiß um diese besonders große Bedeutung revolutionärer Persönlichkeiten für den Sieg des Sozialismus offenkundig besser Bescheid als wir. Daher gehört die Planung von Morden an besonders fähigen, populären und unbestechlichen Führern der kommunistischen Parteien und der antiimperialistischen Bewegungen ebenso zum Alltagsgeschäft der imperialistischen Geheimdienste, wie die Zersetzung revolutionärer Bewegungen und der kommunistischen Parteien von innen.

Und daher auch ihre besonders großen Hoffnungen auf das Ableben von besonders populären und hervorragenden revolutionären Führern, und die besonders intensiven Bemühungen, nach deren Tod auf die Wahl des Nachfolgers Einfluß zu nehmen. Dazu gab es die Einteilung der Führer der kommunistischen Parteien in die „Tauben“ die zu fördern und die „Falken“, die zu bekämpfen waren; später taufte man dann die zu Fördernden in die „Antistalinisten“ und „Reformer“ um, und die zu Bekämpfenden und zu Eliminierenden in „Stalinisten“ und „Betonköpfe.“

Schon in den letzten Wochen und Tagen Lenins hoffte man im Westen auf die Schwächung und Zersetzung der Sowjetmacht durch Machtkämpfe um die Nachfolge Lenins nach dessen Tod. Und sie hatten Grund zu solchen Hoffnungen, denn der jahrzehntelange Gegner Lenins, der erst in den letzten Monaten vor der Oktoberrevolution, auf dem VI. Parteitag der Bolschewiki im August 1917, durch Eintritt in die Partei Lenins auf den Zug der von den Bolschewiki vorbereiteten und geführten Revolution aufgesprungen war, Trotzki, setzte alles daran, sich als Nachfolger Lenins an die Spitze der Partei zu setzen.

Wäre ihm das gelungen, wäre das gleichbedeutend gewesen mit dem Ende der Partei als marxistisch-leninistischer Partei, und damit gleichbedeutend mit dem Ende der Sowjetmacht. Denn im Gegensatz zu Lenin und der Mehrheit der führenden Genossen

vertrat Trotzki vehement die These, daß der Sieg und der Aufbau des Sozialismus in einem Lande unmöglich sei.

Lenin hatte 1915 in einem Aufsatz in der Schweizer Zeitung „Sozialdemokrat“ erstmals davon gesprochen, daß der Sieg des Sozialismus in einem einzeln genommenen Lande möglich sei.

Er schrieb in dem Artikel „Die Vereinigten Staaten von Europa“:

„Als selbständige Losung wäre ... die Losung Vereinigte Staaten der Welt wohl kaum richtig, denn erstens fällt sie mit dem Sozialismus zusammen, und zweitens könnte sie die falsche Auffassung von der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande und eine falsche Auffassung von den Beziehungen eines solchen Landes zu den übrigen entstehen lassen. Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist.“ (Nachzulesen ist das in Bd. 21, S. 345 der Werke Lenins, Berlin 1960).

Sofort meldete sich Trotzki mit einem Gegenartikel zu Wort, in dem er schrieb: „Das einzige einigermaßen konkrete historische Argument gegen die Losung der Vereinigten Staaten wurde im schweizerischen 'Sozialdemokrat' in folgendem Satz formuliert: 'Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus.’ 'Daraus zog der 'Sozialdemokrat' den Schluß, daß der Sieg des Sozialismus in einem Lande möglich sei.“

Dem widersprach Trotzki mit der Feststellung, es wäre aussichtslos, zu glauben, „daß zum Beispiel ein revolutionäres Rußland einem konservativen Europa gegenüber sich behaupten ... könnte.“ (In: Trotzki, Schriften, Bd. III, Teil I, S. 89).

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution hofften natürlich alle Revolutionäre in Rußland, daß ihrem Beispiel die Arbeiter in anderen Ländern, vor allem in Deutschland, folgen würden. Als sich dann nach dem Abklingen der revolutionären Welle herausstellte, daß Sowjetrußland zunächst allein in einer kapitalistischen Umkreisung leben müsse, waren Lenins Worte von 1915 von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande, noch dazu einem Lande wie Rußland, das gewissermaßen einen eigenen Kontinent darstellte, der Leitfaden für das Handeln der wirklichen Bolschewiki.

Trotzki dagegen hielt an seiner These von der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande fest und verkündete, ohne den Sieg der Weltrevolution sei die Sowjetunion zum Untergang verurteilt. Die Revolution müsse deshalb

„permanent“ gemacht werden und nötigenfalls mit den Bajonetten der Roten Armee nach Westen getragen werden - oder sie werde „auf dem Halm verfaulen“

Trotzkis „Theorie der permanenten Revolution“ verbarg in Wahrheit unter „revolutionärem“ Etikett eine Theorie der Kapitulation für den Fall, daß die „Weltrevolution“ nicht baldigst die russischen Revolution aus der Isolierung befreien würde. Diese Theorie war zugleich abenteuerlich und defätistisch, und auf jeden Fall konterrevolutionär. Der Kampf gegen sie war deshalb ein Kampf, von dessen Ausgang die Existenz der Sowjetmacht abhing.

Weil Stalin am entschiedensten gegen Trotzkis Untergangsthese von der „Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande“ Lenins These von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande, in der Sowjetunion, verteidigte, konzentrierten Trotzki und die Seinen das Hauptfeuer auf Stalin. Sie haben immerhin erreicht, daß die meisten Leute heute glauben, Stalin sei der „Erfinder der Theorie von der Möglichkeit des Sozialismus in einem Lande“ gewesen und keine Ahnung davon haben, daß diese Theorie von Lenin stammt, noch davon, mit welchen Argumenten Stalin diese Leninsche Theorie verteidigte und begründete. Deshalb sei hier vorgetragen, was Stalin dazu in seiner Arbeit „Zu den Fragen des Leninismus“ 1926 geschrieben hat:

„Was bedeutet die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande?

Das bedeutet die Möglichkeit, die Gegensätze zwischen Proletariat und Bauernschaft mit den inneren Kräften unseres Landes zu überwinden, die Möglichkeit, daß das Proletariat die Macht ergreifen und diese Macht zur Errichtung der vollendeten sozialistischen Gesellschaft in unserem Lande ausnutzen kann, gestützt auf die Sympathien und die Unterstützung der Proletarier der anderen Länder, aber ohne vorherigen Sieg der proletarischen Revolution in anderen Ländern.

Was bedeutet die Unmöglichkeit des vollen, endgültigen Sieges des Sozialismus in einem Lande ohne den Sieg der Revolution in anderen Ländern? Das bedeutet die Unmöglichkeit einer vollständigen Garantie gegen die Intervention und folglich gegen die Restauration der bürgerlichen Ordnung, wenn die Revolution nicht wenigstens in einer Reihe von Ländern gesiegt hat.“ (Nachzulesen in Band 8, S. 58 der Stalin-Werke.)

Nicht wenige Leute meinen heute, der Untergang der Sowjetunion beweise, daß Trotzki mit seiner These von der Unmöglichkeit des Sozialismus in einem Lande doch gegen Stalin recht behalten habe.

Sie übersehen dabei jedoch erstens, daß die Sowjetunion nicht unterging, als sie noch der einzige sozialistische Staat der Erde war, sondern nachdem es sozialistische

Staaten und Staaten sozialistischer Orientierung schon in allen Erdteilen außer Australien gab, die in den Jahren von 1948/49 an bis 1960, bis zum von Chruschtschow bewerkstelligten Bruch mit der Volksrepublik China und Albanien, eine sozialistische Staatengemeinschaft gebildet hatten, die bereits ein Drittel des Erdballs ausmachte. Das Problem des Sozialismus in einem Lande war damit gegen Trotzki im Sinne Lenins und Stalins gelöst. Und diese Leute vergessen nun ganz und gar, daß allein das bisherige Überleben des sozialistischen Winzlings Kuba im Würgegriff seines übermächtigen Nachbarn USA nach dem Untergang seiner wichtigsten Unterstützer die Trotzki-Theorie von der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande der Lächerlichkeit preisgibt und beweist, daß Trotzki nie begriffen hat, wo die Wurzeln der Überlebenskraft der proletarischen Revolution liegen.

Noch vor Lenins Tod begann er den Kampf um die Macht. Selbst in der nach dem XX. Parteitag „entstalinisierten“ „ Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ aus dem Jahre 1970 (erschienen in Berlin 1971), wurde dies noch wahrheitsgemäß berichtet: „Trotzki machte sich den Umstand zunutze, daß der Führer der Partei, W. I. Lenin, infolge seiner schweren Erkrankung aus der Arbeit ausgeschieden war, und nahm den Kampf gegen die Partei erneut auf. Er hoffte, daß die Schwierigkeiten im Lande seine Pläne begünstigen würden, die Führung der Partei an sich zu reißen und eine Linie durchzusetzen, die letztlich zur Restauration des Kapitalismus geführt hätte.“ (S. 423).

Dabei setzte er vor allem auf Lenins Aufzeichnungen vom 23./ 24./ 25. Dezember 1922 und 04. Januar 1923, die als Brief an den bevorstehenden XIII Parteitag gedacht waren. Aus diesen Aufzeichnungen spricht die große Sorge Lenins, die Auseinandersetzungen in der Partei, vor allem zwischen Trotzki und Stalin, könnten zur Spaltung der Partei führen. Er gab in diesen Aufzeichnungen auch eine kurze Charakteristik der wichtigsten Genossen der Führung der Partei, - Trotzki, Stalin, Sinowjew, Kamenjew, Bucharin und Pjatakow, wobei er deren Vorzüge und Mängel benannte.

Dabei war Stalin der einzige, bei dem er an seiner politischen Haltung nichts auszusetzen hatte, wohl aber an, wie er sie nannte, Stalins Grobheit in den innerparteilichen Auseinandersetzungen. „Stalin ist zu grob“, schrieb er am 04. Januar 1924, „und dieser Mangel, der in unserer Mitte und im Verkehr zwischen Kommunisten durchaus erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte, und jemand anderen an diese Stelle zusetzen, der sich in jeder Hinsicht von Gen. Stalin nur durch einen Vorzug unterscheidet, nämlich dadurch, daß er toleranter, loyaler, höflicher und den Genossen gegenüber aufmerksamer, weniger

launenhaft usw. ist. Es könnte so scheinen, als sei dieser Umstand eine winzige Kleinigkeit. Ich glaube jedoch, unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung einer Spaltung und unter dem Gesichtspunkt der von mir oben geschilderten Beziehungen zwischen Stalin und Trotzki ist das keine Kleinigkeit, oder eine solche Kleinigkeit, die entscheidende Bedeutung erlangen kann.“ (Die genannten Aufzeichnungen vom 22. 12. 1923 bis zum 04. 01. 1924 sind nachzulesen in Band 36, S. 577-580, Berlin 1964 der Lenin-Werke).

Die trotzkistische Propaganda behauptet bis zum heutigen Tage, Stalin habe diese Kritik Lenins vor der Partei verheimlicht.

Wie es sich wirklich verhielt, das wird in einem 1995 in Moskau erschienenen und natürlich antikommunistischen Buch mit dem Titel: Stalin. Briefe an Molotow 1925-1936, in Deutschland 1996 im Siedler Verlag herausgebracht, von einem der Herausgeber wie folgt beschrieben:

„Nur Nadeschda Krupskaja, Lenins Frau, kannte den vollen Inhalt des Dokuments, das sie nach Lenins Tod Anfang 1924 zusammen mit anderen Papieren dem Zentralkomitee übergab. Die Parteiführung entschied, Lenins Brief nicht in das offizielle Protokoll des bevorstehenden XIII. Parteitages aufzunehmen, sondern es den einzelnen Delegationen vertraulich zu verlesen. Stalin bot seinen Rücktritt als Generalsekretär an, dies wurde aber nicht akzeptiert. Der Brief selbst wurde nicht veröffentlicht.“ (S.33 des angegebenen Buches).

Veröffentlicht wurde jedoch Stalins Rede über „Die trotzkistische Opposition früher und jetzt“ vom 23. Oktober 1927, in der Stalin auf die sogenannte „Eastman-Affäre“ einging und dann ausführte:

„Man sagt, Genosse Lenin habe in diesem `Testament´ dem Parteitag vorgeschlagen, man solle sich im Hinblick auf Stalins `Grobheit´ überlegen, ob man nicht Stalin als Generalsekretär durch einen anderen Genossen ersetzen solle. Das stimmt durchaus. Ja, Genossen, ich bin grob gegen diejenigen, die grob und verräterisch die Partei zersetzen und spalten. Ich habe das nicht verheimlicht und verheimliche es nicht. Möglich, daß hier eine gewisse Milde gegenüber den Spaltern erforderlich ist. Aber das bringe ich nicht fertig. Gleich in der ersten Sitzung des ZK-Plenums nach dem XIII. Parteitag ersuchte ich das Plenum des ZK, mich von der Funktion des Generalsekretärs zu entbinden. Der Parteitag selbst behandelte diese Frage. Jede Delegation behandelte diese Frage, und alle Delegationen, unter ihnen auch Trotzki, Kamenew, Sinowjew, verpflichteten Stalin einstimmig, auf seinem Posten zu bleiben.

Was konnte ich tun? Von meinem Posten davonlaufen? Das ist nicht meine Art, ich bin niemals von irgendeinem Posten davongelaufen, und ich habe kein Recht, davonzulaufen, denn das wäre Desertion ... . Ein Jahr danach richtete ich erneut einen

Antrag an das Plenum, mich von meiner Funktion zu entbinden, aber man verpflichtete mich erneut, auf meinem Posten zu bleiben. Was konnte ich weiter tun?

Was die Veröffentlichung des `Testaments´ angeht, so beschloß der Parteitag, es nicht zu veröffentlichen, da es an den Parteitag gerichtet und nicht für die Presse bestimmt war.“

In der Tat hatte nicht Stalin, sondern hatten andere eine Veröffentlichung zu fürchten, hatte Lenin doch Trotzki „Nichtbolschewismus“ bescheinigt, von Kamenew und Sinowjew gesagt, „daß die Episode im Oktober natürlich kein Zufall war“ - (im Oktober 1917 hatten die beiden der bürgerlichen Presse den in der Parteiführung beschlossenen Termin für den Beginn des bewaffneten Aufstandes zugespielt, weshalb Lenin damals für diesen Verrat ihren Ausschluß aus der Partei verlangt hatte); und hatte Lenin doch von Bucharin gesagt, „er gilt mit Recht als Liebling der ganzen Partei, aber seine theoretischen Anschauungen können nur mit sehr großen Bedenken zu den völlig marxistischen gerechnet werden.“

Trotzki aber benutzte das „Testament“ mit der Empfehlung, Stalin als Generalsekretär durch einen anderen zu ersetzen, dazu, der Parteiöffentlichkeit zu suggerieren, Lenin habe als seinen Nachfolger an der Spitze der Partei ihn, Trotzki, im Auge gehabt. Dabei gab ihm das 1925 herausgebrachte Buch eines amerikanischen Journalisten und Trotzki-Sympathisanten, Max Eastman, mit dem Titel: „Since Lenin Died“, kräftige Hilfestellung. Zu diesem Eastman und seinem Buch hatte Stalin in der erwähnten Rede ausgeführt:

„Es gibt da einen gewissen Eastman, einen ehemaligen amerikanischen Kommunisten, der dann aus der Partei hinausgeworfen wurde. Nachdem sich dieser Herr eine Zeitlang in Moskau unter Trotzkisten herumgetrieben und verschiedene Gerüchte und Verleumdungen in Bezug auf Lenins 'Testament' gesammelt hatte, fuhr er ins Ausland und gab unter dem Titel 'Nach Lenins Tod' ein Buch heraus, in dem er nicht an Farben spart, um die Partei, das Zentralkomitee und die Sowjetmacht zu verleumden, und in dem alles darauf aufgebaut ist, daß das ZK unserer Partei angeblich das 'Testament' Lenins 'verheimlicht'. Da dieser Eastman eine Zeitlang mit Trotzki in Verbindung stand, forderten wir, die Mitglieder des Politbüros, Trotzki auf, sich von Eastman abzugrenzen, der dadurch, daß ersieh an Trotzki klammert und sich auf die Opposition beruft, Trotzki für die Verleumdungen unserer Partei hinsichtlich des 'Testaments' verantwortlich macht. Da die Frage so offenkundig war, grenzte sich Trotzki wirklich von Eastman ab und gab eine entsprechende Erklärung an die Presse. Sie wurde im September 1925 in Nummer 16 des 'Bolschewik' veröffentlicht.“

Dieses Buch war eine unverhohlene Hilfestellung für Trotzki in dessen Kampf um die Nachfolge Lenins. Was von Eastmans „Enthüllungen“ zu halten ist, schildert der

Mitherausgeber der oben erwähnten Dokumentation der Stalin-Briefe an Molotow aus dem Jahre 1995 wie folgt:

„Frühere westliche Interpretationen sind stets davon ausgegangen, daß Eastmans Buch, lange Auszüge des Testaments 'korrekt wiedergibt'. Als ich 'Since Lenin Died' las, stellte ich zu meiner Überraschung fest, daß dies weit von der Wahrheit entfernt ist. Eastman gibt das Testament nicht nur stark entstellt wieder. Vielmehr dienen seine Entstellungen alle ganz offensichtlich einem politischen Zweck, der im Schlußsatz des Buches unzweideutig formuliert ist: Die Revolutionäre anderer Länder sollten sich daran erinnern, daß ,sie nicht gelobt haben, im Namen des 'Leninismus' die internationale Autorität einer Gruppe zu akzeptieren, vor der Lenin in seinen letzten Worten warnt und die wesentlichen Texte Lenins unterschlagen hat, um diese Autorität aufrechtzuerhalten.

Eastman interpretiert das Testament als eine 'direkte Bestätigung von Trotzkis Ansehen'. Um zu dieser Schlußfolgerung zu kommen, mußte er die positiven Äußerungen über andere Führungspersönlichkeiten und die negativen Bemerkungen über Trotzki weglassen. Die Schuld für diese Fehler ist nicht in erster Linie Eastman anzulasten, der sich auf, drei verantwortliche hochgestellte Kommunisten in Rußland' berief die das Testament gelesen und 'sich seine wichtigsten Sätze eingeprägt' hatten. In seinen Memoiren, die 1964 erschienen, erinnert sich Eastman, daß Trotzki auf dem XIII. Parteitag im Jahre 1924 mich in eine verborgene Ecke des Palastes zog und mir dort die wichtigsten Sätze aus Lenins 'Testament' mitteilte. (In einem Memorandum an Stalin, ... deutet Trotzki an, er habe Eastman während dieser Zeit nicht getroffen.) Vor der Veröffentlichung zeigte Eastman sein Manuskript Christian Rakowski, einem Gefolgsmann Trotzkis, der damals in Frankreich tätig war. Rakowski stimmte der Veröffentlichung zu. Die Verantwortung für die Entstellungen scheint deshalb bei der Trotzki-Gruppe selbst zu liegen.“ (S. 34/35)

Damit hatte Trotzki eine Grube gegraben, in die Stalin stürzen sollte, in die er aber nun selber fiel. Er konnte nicht anders, als der Forderung des Politbüros nachzukommen und sich von den Lügen und Verleumdungen Eastmans in dem von Stalin erwähnten Artikel zu distanzieren.

In seiner Rede über die trotzkistische Opposition zitierte Stalin eine lange Passage aus diesem Artikel Trotzkis. Trotzki hatte darin festgestellt:

„Es versteht sich von selbst, daß alle diese Briefe und Vorschläge (Lenins) stets bestimmungsgemäß weitergeleitet, den Delegierten des XII. und XIII Parteitags zur Kenntnis gebracht wurden und selbstverständlich immer entsprechenden Einfluß auf die Beschlüsse der Partei ausübten, und wenn nicht alle diese Briefe veröffentlicht wurden, so deshalb, weil sie von ihrem Verfasser nicht für die Presse bestimmt waren

... . Alle Redereien über ein verheimlichtes oder verletztes ‚Testament' sind böswillige Erfindungen und sind ganz und gar gegen den faktischen Willen Wladimir Iljitschs sowie gegen die Interessen der von ihm geschaffenen Partei gerichtet."

Das kam einer Selbstentlarvung gleich, denn jedem mußte klar sein, daß die Quelle für Eastmans „Enthüllungen" nur Trotzki selbst und seine Gruppe sein konnte. Die „Eastman-Affäre" dürfte daher mit dazu beigetragen haben, daß der Versuch, Lenins Tod dazu auszunutzen, durch Entfesselung eines Machtkampfes die KPdSU zu schwächen und führungsunfähig und dadurch den Weg für eine kapitalistische Restauration frei zu machen, kläglich scheiterte. Das Hauptverdienst dafür kam Stalin zu. Es war ein Glücksfall für die KPdSU und für die Sowjetunion, daß nach Lenins Tod ein Mann wie Stalin bereitstand, der Lenins Ideen wie kein zweiter sich zu eigen gemacht hatte und die notwendige Elastizität und Härte besaß, die notwendig war im Überlebenskampf der Sowjetunion gegen die feindlichen Umkreisung, besonders, nachdem der Imperialismus die Sowjetunion mit dem Überfall des faschistischen Deutschland bedrohte.

Ich habe diese weit zurückliegende Geschichte so ausführlich erzählt, weil sie nach Stalins Tod - 05. März 1953 - wieder hervorgeholt wurde, um zu dem gleichen Zweck eingesetzt zu werden, zu dem sie damals von Trotzki und den Seinen eingesetzt worden war: wieder erhofften sich die Imperialisten vom Tode des verhaßten und gefürchteten Bolschewikenführers eine Chance, in die unvermeidliche Situation der Unsicherheit während der Herausbildung der neuen Führung zu ihren Gunsten eingreifen und Leute ihrer Wahl an die Spitze bringen zu können.

Hätte ich damals, 1953, schon das westdeutsche „Keesings Archiv der Gegenwart" gekannt und dessen Veröffentlichungen verfolgt, es wäre mir schneller gelungen, dahinter zu kommen, daß man in London und Washington mit der neuen Moskauer Führung sehr zufrieden war und große Hoffnungen auf sie setzte. Ich hätte dann nämlich folgende Berichte lesen können:

Der neue USA-Präsident Eisenhower hielt am 16. April 1953 eine Rede, in der er sagte:

„Die Welt weiß, daß mit dem Tode Stalins eine Epoche zu Ende ging ... . Jetzt ist eine neue Führergeneration in der Sowjetunion an die Macht gekommen. Die sie mit der Vergangenheit verknüpfenden Bande mögen auch noch so stark sein, sie bedeuten jedoch keine feste Bindung für sie." (Zwischenfrage: Woher wußten die das?) Eisenhower fuhr fort: „Die Gestaltung der Zukunft hängt weitgehend von ihrem Willen ab ... . Die neuen sowjetischen Führer haben somit eine einmalige Gelegenheit, sich ... darüber klar zu werden, welchen Grad der allgemeinen

Gefährdung wir erreicht haben, und daß sie das ihre tun müssen, den Lauf der Geschichte zu wenden.“

Churchill am 11. Mai 1953 im Unterhaus: „Das wichtigste Ereignis ist natürlich die Änderung der Haltung und, wie wir alle hoffen, des Geistes, die im Sowjetbereich und insbesondere im Kreml seit dem Tode Stalins stattgefunden hat ... . Es ist die Politik der (britischen) Regierung, es durch jedes Mittel in ihrer Macht zu vermeiden, etwas zu tun oder zu sagen, das irgendeine günstige Reaktion hemmen könnte, die sich ergeben könnte, sowie jedes Zeichen einer Verbesserung in unseren Beziehungen zu Rußland zu begrüßen.“

Hätte ich das damals schon zu lesen bekommen, ich hätte mich bestimmt gefragt: Was ist denn da los? Woher auf einmal soviel Hoffnung auf und Wohlwollen gegenüber dieser neuen Kreml-Führung? Haben die da etwa einen Vertrauensmann drin?

Ich hatte es aber nicht gelesen und brauchte deshalb viel länger, bis ich wegen einer Abfolge von Ereignissen zwischen 1953 und 1956 schließlich doch auch auf die gleiche Frage gestoßen wurde.

Die Ereignisse, die das waren, kann ich aus Zeitmangel hier nur benennen. Was es war, das mich stutzig und mißtrauisch machte, habe ich in der Einleitung meines Buches einigermaßen ausführlich genannt, und vielleicht haben wir in der Diskussion noch Zeit, darauf zurückzukommen.

Der erste Anlaß dafür, daß ich mich fragte, warum die Freunde in Karlshorst so etwas zuließen oder vielleicht sogar die Anweisung dafür gegeben haben, war das Kommunique der SED-Parteiführung über den „Neuen Kurs“, das am 11. Juni 1953 veröffentlicht wurde. (Ausführliches kann man dazu in meinem Buch „Wider den Revisionismus“ in dem Artikel über den 17. Juni 1953 nachlesen.)

Das zweite Ereignis, das mich überraschte und mir den Eindruck vermittelte, daß da drüben in der SU etwas nicht mehr ganz rund lief, war die Mitteilung im Dezember 1953 über die Erschießung Berijas, - nach Stalins Tod zusammen mit Malenkow, Molotow und Chruschtschow prominentes Mitglied der neuen „kollektiven Führung“ der KPdSU, nun zum Tode verurteilt mit der Beschuldigung, seit dem Bürgerkrieg schon ein imperialistischer Agent gewesen zu sein.

Als Drittes dann im Mai 1955 Chruschtschows Totalrehabilitierung Titos mit der Erklärung, alle 1948 und danach gegen ihn erhobenen Vorwürfe seien Erfindungen von Staatsfeinden und imperialistischen Agenten gewesen, - eine Behauptung, die ganz offenkundig falsch war und die Frage aufwarf, was eigentlich mit dieser Geschichtslüge bezweckt wurde. Schließlich wußte ja alle Welt, daß Tito Jugoslawien

in den Balkanpakt geführt hatte, dessen weitere Mitglieder die NATO-Staaten Türkei und Griechenland waren und der zum US A-geführten, gegen die Sowjetunion gerichteten Bündnissystem gehörte. Nicht weniger bekannt war, daß die USA, die ein striktes Waffenausfuhrverbot in die sozialistischen Staaten erlassen hatten, keinerlei Bedenken trugen, Tito-Jugoslawiens Armee mit Waffen auszurüsten.

Als Viertes und bislang Verwirrendstes - Chruschtschows Stalin-Verdammungsrede auf dem XX. Parteitag im Februar 1956. Sie schlug nicht nur allem ins Gesicht, was wir bisher aus der Sowjetunion über Stalin gehört, gelesen und in Filmen gesehen hatten, und es war das auch so sehr das Gegenteil dessen, was bisher Chruschtschow selbst über Stalin gesagt hatte, vor allem aber enthielt diese Rede nicht wenige ganz offenkundige Unwahrheiten, daß ich mich nunmehr ernsthaft fragte: Wer ist denn dieser Chruschtschow wirklich? Kann man ihm tatsächlich weiterhin voll vertrauen?

Und dann geschah schließlich im Herbst des Jahres 1956, in den Tagen der Konterrevolution in Ungarn, das absolut Unbegreifliche und Unverzeihliche: Die Rote Armee stand mit ihren Panzern im Lande und griff tagelang nicht ein, als das ungarische Faschistengesindel wie in den Tagen der Liquidierung der Räterepublik in Ungarn im Jahre 1919 die Kommunisten jagte und an den Bäumen aufknüpfte. Die Verantwortung dafür konnte nur bei der Spitze, bei Chruschtschow liegen.

Was aber sollte man von einem Manne halten, der einen Liebling des Imperialismus, wie Tito, trotz erwiesener Feindschaft gegen die Sowjetunion und ebenso erwiesener Mitgliedschaft im USA-geführten Paktsystem rehabilitierte und einen „Teuren Genossen“ nannte - gleichzeitig aber den Rotarmisten in Ungarn den Befehl gab, tagelang tatenlos zuzusehen, wie die ungarischen Genossen ermordet wurden?

In meinem Buche - (Die Taubenfußchronik) - schildere ich, wie ich schließlich zu der Gewißheit gelangte, daß mit Chruschtschow als Generalsekretär der KPdSU das Undenkbare Wirklichkeit geworden war - daß nämlich ein als Marxist-Leninist getarnter Feind an die Spitze der Partei Lenins gelangt war.

Diese Feststellung klingt manchem noch heute ungeheuerlich, aber nach den Erfahrungen mit einem Gorbatschow als KPdSU-Chef wohl doch nicht mehr so ganz unwahrscheinlich und abenteuerlich, weil sich das Undenkbare nun doch vor aller Augen als nicht nur denkbar, sondern als traurige Wirklichkeit erwiesen hat.

Umso dringlicher aber stellt sich die Frage: Wie war das möglich?

Bis wir imstande sein werden, darauf eine umfassende Antwort zu geben, wird noch viel Zeit vergehen, weil es noch lange dauern wird, bis wir Zugang auch zu den Archiven bekommen, in denen ein Teil der Antwort verborgen ist.

Aber Wesentliches zum Aufkommen und Wuchern des Revisionismus können wir doch schon heute sagen.

Opportunismus und Revisionismus - stete Begleiter der marxistischen Arbeiterbewegung

1. Stalins Kampf gegen trotzkistische und opportunistische Abweichungen von der Linie Lenins (Aus Zeitmangel nur in Stichpunkten)

Proletarischer Klassenkampf - unerhört hart.

Stetige kleinbürgerliche Einflüsse in Richtung: Schwierigkeiten ausweichen, Gegensätze abmildern, Schwierigkeiten aus dem Wege gehen.

Beispiel II. Internationale: als revolutionäre Bewegung daran zugrunde gegangen.

Der Kampf um Errichtung der sozialistischen Gesellschaft inmitten feindlicher imperialistischer Umkreisung: noch um vieles schwieriger, kann erfolgreich nur sein und bleiben, wenn harter und konsequenter Kampf nicht nur gegen den Klassenfeind, sondern auch gegen Opportunismus und Revisionismus in den eigenen Reihen.

In Sowjetrußland mußte dieser Kampf von Anfang an geführt werden:

1917: Beschluß zum Bewaffneter Aufstand: dagegen Sinowjew und Kamenjew! Sie verraten diesen Beschluß an den Gegner durch Bekanntgabe in der bürgerlichen Presse. Lenin forderte dafür ihren Ausschluß, findet dafür aber keine Mehrheit.

1918: Brester Frieden: Dagegen: Trotzki. Seine verräterische Erklärung: „Weder Krieg noch Frieden“

1920: Lenin: Übergang vom Kriegskommunismus zu einer neuen ökonomischen Politik (NÖP)

Die einen: (z. B. Bucharin): „Die NÖP ist die Wirtschaftspolitik des sozialistischen Staates auf Dauer.“ (s. Huar, Stalins Beiträge zur Ökonomie des Sozialismus, offensiv 8/02, S 41 f.)

Dagegen Lenin und Stalin „Die NÖP ist die Politik der proletarischen Diktatur, die gerichtet ist auf die Überwindung der kapitalistischen Elemente und den Aufbau des Sozialismus durch Ausnutzung des Marktes, vermittels des Marktes.“ (Stalin Werke, Bd. II, S. 128.)

1928-31: Sozialistische Industrialisierung:

Stalin im Februar 1931: (Kurzer Lehrgang, S. 425)

„Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in zehn Jahren durchlaufen. Entweder bringen wir das zuwege, oder wir werden zermalmt.“ Zehn Jahre später - das war das Jahr 1941!

Dagegen: Trotzki, Sinowjew, Kamenjew: „Keine forcierte Industrialisierung, nicht nötig und nicht möglich. Statt dessen: verstärkt ausländische Konzessionsbetriebe ins Land holen.“ (Kurzer Lehrgang, Kap. X, l, 2.)

1928/29: Kollektivierung, Übergang von der Politik der Einschränkung der Kulakenelemente zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse.

Ganz im Sinne Rosa Luxemburgs: aus ihrer Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD: „Es wäre ein Wahn, den Sozialismus ohne Landwirtschaft zu verwirklichen. Vom Standpunkt der sozialistischen Wirtschaft läßt sich überhaupt die Industrie gar nicht umgestalten ohne die unmittelbare Verquickung mit einer sozialistisch umorganisierten Landwirtschaft.“ (In: Rosa Luxemburg: Ich war, ich bin, ich werde sein, Berlin 1958, S. 126 f)

Gegen die durchgängige Kollektivierung und gegen Liquidierung des Kulakentums als Klasse trat vor allem Bucharin auf. Das sei nicht nötig, denn „die Kulaken würden friedlich in den Sozialismus hineinwachsen.“ (Kurzer Lehrgang, Kap. XI, 2)

Die Wahrheit über die Schärfe des Klassenkampfes auf dem Lande und den erbitterten Kampf der Kulaken gegen die Sowjetmacht - nachzulesen nicht nur im „Kurzen Lehrgang“, sondern auch bei Scholochow, Neuland unterm Pflug.

1933: Der Machtantritt des Faschismus in Deutschland bedeutet eine Verschärfung des Klassenkampfes sowohl international als auch innerhalb der Sowjetunion.

1933: Deutschland wird zum Stoßtrupp des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion.

1936: Deutsch-italienische Intervention in Spanien.

1938: Münchener Abkommen.

Widersprüchliche Entwicklung in der Sowjetunion:

Zum einen: Die wirtschaftliche und politische Stabilisierung macht große Fortschritte.

Zum anderen: wachsende Gefahr eines imperialistischen Überfalles auf die SU.

Und: die geschlagene trotzkistische und Bucharin-Opposition vereinigt sich und geht vom offenen Kampf zu konspirativen Verschwörungen über.

Den Fortschritten entsprach der Beschluß v. Februar 1935, die alte Verfassung aus dem Jahre 1924 durch eine neue abzulösen.

Die dazu gebildete Kommission legte den Entwurf im November 1936 dem VIII. Sowjetkongreß vor, der die Annahme beschloß. (Kurzer Lehrgang, Kap. XII, 3. Stalin, Werke, Rede über den Entwurf der Verfassung, Bd. 14, S. 57 ff.; H. H. Holz: Diese Verfassung - Vorbild für die Verfassung einer sozialistischen Gesellschaft.)

In der Außenpolitik:

SU tritt 1934 dem Völkerbund bei, schließt 1935 Militärbündnis mit Frankreich und Tschechoslowakei. Kämpft für kollektive Sicherheitsabkommen gegen einen Angriff von Seiten des faschistischen Deutschland.

Kommt als einzige Macht dem republikanischen Spanien zu Hilfe, auch militärisch.

Die andere Seite: Verschärfung des Kampfes der Opposition:

Dezember 1934: Mord am 1. Sekretär KPdSU Leningrad, Sergei Kirow.

Die Suche nach den Hintermännern führte 1936 zum 1. Moskauer Prozeß. Angeklagte: Trotzki (im Ausland), Sinowjew, Kamenjew und andere. (Über diesen und die folgenden Prozesse: Kurzer Lehrgang, Kap. XII, 4, Ludo Martens, Stalin anders betrachtet, ab S. 166, A. J Wyschinski, Gerichtsreden, Berlin 1951, ab S. 491)

Stalin auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 3. März 1937 „Es ist notwendig, die faule Theorie zu zerschlagen und beiseite zu werfen, daß der Klassenkampf bei uns mit jedem Schritt unseres Vormarsches mehr und mehr erlöschen müsse, daß der Klassenfeind in dem Maße, wie wir Erfolge erzielen, immer zahmer werde. ... .

Im Gegenteil, je weiter wir vorwärtsschreiten, je mehr Erfolge wir erzielen werden, umso größer wird die Wut der Überreste der zerschlagenen Ausbeuterklassen werden, umso mehr Niederträchtigkeiten werden sie gegen den Sowjetstaat begehen, umso mehr werden sie zu den verzweifeltsten Kampfmitteln greifen, als den letzten Mitteln zum Untergang Verurteilter.

Man muß im Auge behalten, daß die Reste der zerschlagenen Klassen in der UdSSR nicht alleine dastehen. Sie genießen die direkte Unterstützung unserer Feinde jenseits der Grenzen der UdSSR.“ (In: J. W. Stalin, Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler, Berlin 1954, S. 22 f.)

Das war eine absolut zutreffende Einschätzung und Mahnung. Chruschtschow machte aus ihr jedoch in seiner Geheimrede auf dem XX. Parteitag einen weiteren Anklagepunkt: Stalin habe diese Feststellung nur gebraucht als Rechtfertigung für die unberechtigten Massenrepressalien.

Stalins Hauptsorge war es jedoch: Das Werk Lenins, das erste sozialistische Land so stark zu machen, daß es jedem imperialistischen Invasor nicht nur standhalten, sondern ihn auch schlagen konnte.

Und ferner, dafür zu sorgen, daß dem äußeren Feind keine Hilfe von inneren Feinden, von einer „Fünften Kolonne“, wie sie Franco in Spanien gegen die Verteidiger der Republik zu Hilfe kam, geleistet werden konnte.

Denn er wußte, wie furchtbar die Folgen des Unterganges der Sowjetmacht nicht nur für das eigene Land und das eigene Volk, sondern für alle unterdrückten Völker, ja, für die ganze Menschheit sein würden.

Stalin am 7. Dezember 1926 auf dem VII. erweiterten Plenum des EKKI (Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale): „Was wäre die Folge, wenn es dem Kapital gelänge, die Republik der Sowjets zu zerschlagen? Eine Epoche der schwärzesten Reaktion würde über alle kapitalistischen und kolonialen Länder hereinbrechen man würde die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker vollends knebeln, die Positionen des internationalen Kommunismus würden liquidiert!“ (In: Stalin, Werke, Bd. 9, S. 29)

Auch das eine prophetische Voraussage, deren Wahrheit wir heute schmerzlich erleben!

1939: von Anfang bis August 39 bemüht sich SU, mit England und Frankreich zu einem gegenseitigen Beistandspakt gegen Nazideutschland zu kommen. Westmächte ignorieren aber Stalins Warnung an ihre Adresse (10. März 1939 auf dem 18. Parteitag): „Der Gedanke liegt nahe, man habe den Deutschen Gebiete der Tschechoslowakei als Kaufpreis für die Verpflichtung gegeben, den Krieg gegen die Sowjetunion zu beginnen ... . Es ist jedoch notwendig zu bemerken, daß das große und gefährliche politische Spiel, das die Anhänger der Nichteinmischungspolitik begonnen haben, für sie mit einem ersten Fiasko enden kann ... . Die Aufgaben der Partei auf dem Gebiet der Außenpolitik bestehen in folgendem:...2. Vorsichtig zu beobachten und den Kriegsprovokateuren, die es gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, nicht die Möglichkeit zu geben, unser Land in Konflikte hineinzuziehen.“ (Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag ..., Berlin 1949, S. 15, 18.)

Das war deutlich, aber die Westmächte, die schon in Geheimverhandlungen mit Nazideutschland getreten waren, unterschätzten, wie immer, die Sowjetunion und ihre Führung.

Die Strafe folgte auf dem Fuße. Am 23. August erfuhren sie die für sie niederschmetternde Nachricht, die Sowjetunion habe mit Deutschland einen

Nichtangriffsvertrag unterzeichnet. Stalin und seine Genossen handelten damit ganz im Sinne Lenins, der im November 1920 in einer Rede ausgeführt hatte: „Vorläufig sitzen die Imperialisten da und warten auf einen günstigen Augenblick, um die Bolschewiki zu vernichten. Wir aber schieben diesen Augenblick hinaus ... . Noch mehr würde uns der Umstand retten, wenn die imperialistischen Mächte sich in einen Krieg verwickelten. Wenn wir gezwungen sind, solche Lumpen wie die kapitalistischen Diebe zu dulden, von denen jeder das Messer gegen uns wetzt, so ist es unsere direkte Pflicht, diese Messer gegeneinander zu richten.“ (In: W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXV, Wien-Berlin, 1930, S. 633 f.)

Der Nichtangriffsvertrag war der genialste Schachzug weitsichtiger sozialistischer Außenpolitik: Die Sowjetführung nahm die zeitweilige Verwirrung, die in den kommunistischen Parteien entstehen konnte, in Kauf, weil sie wußte, daß das wichtigste Kriegsziel Hitlerdeutschlands die Vernichtung der Sowjetunion war und blieb, der Überfall also früher oder später kommen würde. Dann aber würden die bisher von Hitler Überfallenen Länder - ob ihre Regierungen wollten oder nicht - zu Verbündeten der Sowjetunion.

Der Nichtangriffsvertrag verhinderte das Schlimmste - eine Antisowjetische Koalition der Westmächte mit Hitlerdeutschland - und legte den Grund für die Anti-Hitlerkoalition.

Ohne Nichtangriffsvertrag - keine Anti-Hitlerkoalition!

Hat Stalin leichtfertig Hitler vertraut, wie Chroschtschow behauptete?

Urteilt selbst!

Über die Hauptpunkte einer Rede Stalins vor Absolventen der Militärakademie am 5. Mai 1941 wurde im ND vom 8./9. Juni 96 berichtet (Artikel: Fakten wider Behauptungen): „Die Situation ist äußerst ernst. Mit einem deutschen Angriff in naher Zukunft muß man rechnen. Die Rote Armee ist noch nicht stark genug, die Deutschen ohne weiteres schlagen zu können. … Die Verteidigungsanlagen an den neuen Grenzen sind unzulänglich. Die Sowjetregierung will mit allen ihr zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln versuchen, einen bewaffneten Konflikt mit Deutschland zumindest bis zum Herbst hinauszuzögern, weil es um diese Jahreszeit für einen deutschen Angriff zu spät sein wird. Dieser Versuch kann gelingen, er kann aber auch fehlschlagen. Wenn er gelingt, wird der Krieg mit Deutschland fast unvermeidlich im Jahre 1942 stattfinden, und zwar unter viel günstigeren Bedingungen, da die Rote Armee dann besser ausgebildet und besser ausgerüstet sein wird.“

Die aus den Fingern gesaugten Behauptungen Chruschtschows über Stalins angeblichen Zusammenbruch am Tage des Überfalles hat schon Shukow in seinen Erinnerungen als Lügen entlarvt. Über Stalin am Tage des Überfalls ist die Wahrheit auch in Dimitroffs Tagebuch nachzulesen. (Von mir zitiert in: „Die Ursprünge des modernen Revisionismus“, S. 17.) Außerdem ausführlich bei U. Huar: Stalins Beiträge zur marxistischleninistischen Militärtheorie und -politik 1941 - 1942/43, in: offen-siv 14/03, S. 24 ff, und Schriftenreihe der KPD, Heft 150.

Stalins Reden während des Großen Vaterländischen Krieges - (Sammelband „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“) - großartige Analysen der jeweiligen Situation, erstaunlich genaue Voraussagen und eine mächtige Quelle der Kraft und der Siegeszuversicht für das ganze Volk und die Rote Armee.

In der Rede vom 3. Juli 41 finden wir auch dies: „In diesem Befreiungskrieg werden wir nicht alleine dastehen. In diesem großen Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch am deutschen Volk ... . Unser Krieg für die Freiheit unseres Vaterlandes wird verschmelzen mit dem Kampf der Völker Europas und Amerikas für ihre Unabhängigkeit, für die demokratischen Freiheiten.“

In dieser Voraussage hat er sich nur im Hinblick auf den Beitrag des deutschen Volkes geirrt. Aber welcher Hitlergegner hat sich in diesem Punkte nicht geirrt?

Zugleich finden wir aber auch solche Worte, mit denen Stalin eindringlich klarmachte, daß dies ein Kampf auf Leben und Tod der Sowjetmacht war, der mit äußerster Entschlossenheit und Härte geführt werden mußte: „Wir müssen einen schonungslosen Kampf organisieren gegen alle Desorganisatoren des Hinterlandes, gegen Deserteure, Panikmacher, Verbreiter von Gerüchten... Man muß sich vor Augen halten, daß der Feind heimtückisch und hinterlistig ist, erfahren im Betrug und in der Verbreitung falscher Gerüchte ... . Alle, die durch ihre Panikmacherei und Feigheit die Landesverteidigung behindern, müssen ohne Ansehen der Person sofort dem Kriegsgericht übergeben werden.“

Unvergeßlich und wahrhaft von historischer Bedeutung ist Stalins Rede am 6. November 1941, zum Jahrestag der Oktoberrevolution: Die Deutschen Truppen standen vor Moskau, Hitler hatte schon lange geprahlt, an diesem Tage werde die Hakenkreuzfahne über dem Kreml wehen.

Würde Stalin wie in jedem Jahr seine Ansprache halten? War er überhaupt noch in Moskau, oder nicht schon wie ein Großteil der Regierung in Kuibyschew? Stalin war in Moskau, und in Moskau fand am 6. November wie in jedem Jahr eine Festsitzung, diesmal des Moskauer Sowjets, zum Jahrestag der Großen Sozialistischen

Oktoberrevolution statt, und am 7. November die traditionelle Truppenparade auf dem Roten Platz.

In seiner Rede auf der Festsitzung, die wegen der Gefahr eines Fliegerangriffes in der Metrostation Majakowskaja stattfand, sprach Stalin auch über die Ursachen der zeitweiligen Mißerfolge der Sowjetarmee, konnte aber schon feststellen, daß der Blitzkrieg der deutschen Armeen gescheitert und ihre Niederlage unvermeidlich ist.

„Die deutschen Landräuber wollen den Vernichtungskrieg gegen die Völker der Sowjetunion. Nun wohl, wenn die Deutschen einen Vernichtungskrieg wollen, so werden sie ihn bekommen!“

Stalin sprach auch zu den Truppen, die von der Parade auf dem Roten Platz sofort in den Kampf gegen die deutschen Truppen am Stadtrand von Moskau zogen. Er schloß seine Reden mit der Losung, die zur Losung des Vaterländischen Krieges wurde: „Unsere Sache ist gerecht - der Sieg wird unser sein!“

Stalins Reden an diesem Tage waren für das Sowjetvolk, für seine Armee und weit darüber hinaus für die gegen Hitler kämpfenden Völker eine Quelle ungeheurer Kraft und Siegeszuversicht.

Die sowjetische Schriftstellerin Vera Inber schrieb darüber in ihrem Tagebuch über die Belagerung Leningrads, das unter dem Titel „Fast drei Jahre“ veröffentlicht wurde: „Von Stalins Rundfunkrede hörte ich nur die zweite Hälfte ... . Die Vernehmlichkeit war ganz erstaunlich gut. Es war, als ob Stalin im gleichen Gebäude, im gleichen Saal ... spräche. Unsagbar bezwingend ist Stalins Stimme. Man spürt - es spricht der, der alles weiß und der niemals etwas wider sein Gewissen sagen wird. Über unsere Beziehungen zu den Verbündeten sprach er in dieser Rede ruhig und sicher. Über den Sieg - mit unumstößlicher Gewißheit. Am Sieg zweifelt ja auch niemand. Es fragt sich nur, wann er kommen wird. Aber nach dieser Rede ist selbst dieses „wann“ nähergerückt.“ (SWA-Verlag, 1947, S. 51 f.)

Sogar von Kommunisten in Deutschland wurde diese Rede gehört. Ein Illegaler der Berliner KPD-Organisation berichtete darüber: „Plötzlich haben unsere Genossen, die ausländische Radiostationen abhörten, die freudige Nachricht vom 7. November erlauscht, über die ich heute nur mit größter innerer Erregung schreiben kann. Auf dem Roten Platz in Moskau fand die Parade der Roten Armee statt, und an sie, wie an das ganze Sowjetvolk, wandte sich Genosse Stalin mit einer Rede. Unseren Genossen ist es gelungen, fast den vollen Wortlaut seiner Rede auf dem Roten Platz festzuhalten, wie auch die wichtigsten Teile seines Referates in der Sitzung des Moskauer Stadtsowjets am 6. November ... . Das war der glücklichste Tag im Leben unserer Organisation seit Beginn des verfluchten Krieges. Jeder von uns fühlte sich

neu gestärkt. Alles, was uns bisher quälte, wurde verständlich und klar.“ (Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 2, Akademie-Verlag Berlin, 1976, S. 63.)

Rede Stalins am 9. Februar 1946, Wählerversammlung: Darin u. a. zwei wichtige Feststellungen:

Erstens über den Charakter des II. Weltkrieges: Der Zweite Weltkrieg gegen die Achsenmächte „nahm, zum Unterschied vom ersten Weltkrieg, gleich von Anfang an den Charakter eines antifaschistischen, eines Befreiungskrieges an ... . Der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen die Achsenmächte konnte den antifaschistischen und Befreiungscharakter des zweiten Weltkrieges lediglich verstärken und hat ihn tatsächlich verstärkt.“

Zweitens über die Sowjetunion: „Der Krieg brachte eine Art Examen für unsere Sowjetordnung, unseren Staat unsere Regierung, unsere Kommunistische Partei und zog das Fazit ihrer Arbeit, als wollte er uns sagen: da sind sie, eure Menschen und Organisationen, ihre Taten und ihr Leben - schaut sie euch aufmerksam an und würdigt sie nach ihren Werken ... . Welches sind also die Ergebnisse des Krieges? ... .

Unser Sieg bedeutet vor allem, daß unsere sowjetische Gesellschaftsordnung gesiegt hat, daß die sowjetische Gesellschaftsordnung die Feuerprobe des Krieges mit Erfolg bestanden und ihre volle Lebensfähigkeit bewiesen hat. ... Die sowjetische Gesellschaftsordnung ist erwiesenermaßen lebensfähiger und stabiler, als die nichtsowjetische Gesellschaftsordnung, (ist) eine bessere Form der Gesellschaftsorganisation als jede nichtsowjetische Gesellschaftsordnung.

Unser Sieg bedeutet zweitens, daß unsere sowjetische Staatsordnung gesiegt hat, daß unser sowjetischer Nationalitätenstaat alle Prüfungen des Krieges bestanden und seine Lebensfähigkeit bewiesen hat ... . Die sowjetische Staatsordnung hat sich als Vorbild eines Nationalitätenstaates erwiesen, die sowjetische Staatsordnung stellt ein System der Staatsordnung dar, worin die nationale Frage und das Problem der Zusammenarbeit der Nationen besser gelöst ist, als in irgendeinem anderen Nationalitätenstaat. So verstehen wir konkret den Sieg unseres Landes über seine Feinde.“

In der Tat: 1945 konnten nicht einmal die Feinde der Sowjetunion die Wahrheit dieser Feststellungen bestreiten. Und erst recht wäre kein Kommunist auf die Idee gekommen, solch merkwürdige Feststellungen zu treffen, wie sie heute leider in Veröffentlichungen auch der DKP zu lesen sind, wie dies: die Geschichte habe bewiesen, daß „das sowjetische Modell“ ein unbrauchbares Modell für den Aufbau des Sozialismus gewesen sei.

Man kann sich nur wundern darüber, daß es Kommunisten gibt, die nicht erkennen können, daß die Sowjetunion der Chruschtschow, Breshnew und Gorbatschow, die wie ein morsches Haus zusammenbrach, eine ganz andere Sowjetunion war als jene, die die allerhärteste Prüfung, die es je in der Geschichte für einen Staat und eine Gesellschaftsordnung gab, siegreich bestand.

Was aber kann man von Sozialismusvorstellungen solch urteilsschwacher Leute erwarten?

Stalins Rolle bei der Neugestaltung der Welt nach dem Sieg über den Faschismus

1. Hilfe beim Sieg der Volkskräfte in Jugoslawien, Polen, CSR, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Albanien. Dazu lesen: Dokumentensammlung „Teheran- Jalta- Potsdam.“ Und: „Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee Roosevelt und Truman, 1941-1945.“

2. Ganz wichtig Stalins Rolle bei der Ausarbeitung der Charta der Vereinten Nationen. Nur weil bei der Ausarbeitung der Charta der Vereinten Nationen die sozialistische Sowjetunion und Stalin persönlich um deren demokratische Gestaltung mit Erfolg hartnäckig gerungen haben, konnte die UNO bis heute eine viel positivere Rolle spielen als der frühere Völkerbund.

Die neuen Waffen des Imperialismus im Kampf gegen die SU und den Sozialismus. (Ausführliches dazu in „Die Ursprünge des modernen Revisionismus“, in: offen-siv 10/03, S. 80 ff.)

Erstens: Die Atomwaffe.

Zweitens: den neuen Revisionismus. Browder, Field, Tito.

Die Entschärfung dieser neuen Waffen durch Stalin

Zur Bombe: Truman und Stalin auf Potsdamer Konferenz (Ursprünge, S. 82). Hiroshima und Nagasaki. (6. u. 9. August 45). (Ursprünge, S. 81). Die sowjetische Atombombe : 25. September 49! Das USA-Monopol gebrochen! Atomerpressung unmöglich gemacht!

Zum „modernen Revisionismus“: (Ursprünge, S. 82 ff). Tito-Jugoslawien als „Gegenzentrum“ gegen SU installiert. Durch Beschluß des Informbüros vom Juni 1948 durchkreuzt. „Schutzimpfung“ für alle Kommunistischen Parteien und sozialistischen Länder. (Ursprünge, S. 84 f).

Chruschtschow kommt mit seiner Verleumdung Stalins dem Imperialismus zu Hilfe

Die kommunistische Bewegung mit dem Antistalinismus zu verseuchen gelingt Chruschtschow vor allem mit der verleumderischen Behauptung willkürlicher massenweiser Liquidierung Unschuldiger durch Stalin. (Gegen diese Verleumdungen mit vielem Tatsachenmaterial: Ludo Martens: „Stalin anders betrachtet“, Kapitel „Die große Säuberung.“ Ferner: Gossweiler, Wider den Revisionismus“, München 1997, und Artikel „Der Revisionismus - Totengräber des Sozialismus“, in: offen-siv 2/04)

Chruschtschows „Geheimrede“ - eine Vergewaltigung des XX. Parteitages.

Nicht nur der Inhalt, auch die Umstände, unter denen diese Rede gehalten wurde und wie sie verbreitet wurde, lassen erkennen: diese Rede war ein feindlicher Angriff auf die Partei, auf die Sowjetmacht!

Wieso?

1. Chruschtschow hat diese Rede dem schon an seinem Ende angelangten Parteitag putschartig aufgezwungen. Lasar Kaganowitsch, Teilnehmer an der Oktoberrevolution und Mitglied der Partei- und Staatsführung bis 1957, berichtet in seinen Erinnerungen, wie Chruschtschow den Parteitag überrumpelte:

„Der XX. Parteitag ging seinem Ende entgegen. Plötzlich wird eine Pause eingelegt. Die Mitglieder des Präsidiums werden in den hinteren Raum, der zum Ausruhen bestimmt ist, zusammengerufen. Chruschtschow stellt die Frage, auf dem Parteitag seinen Vortrag über den Persönlichkeitskult Stalins und dessen Auswirkungen anzuhören. Gleichzeitig wurde uns der Entwurf des Vortrages in einem rotgebundenen maschinenschriftlichen Büchlein verteilt.

Die Sitzung ging unter anormalen Bedingungen vor sich - in einer Enge, manche saßen, andere standen. Es war schwierig, in kurzer Zeit dieses umfangreiche Heft durchzulesen und seinen Inhalt zu durchdenken, um entsprechend den Normen der innerparteilichen Demokratie einen Beschluß zu fassen. Alles das in einer halben Stunde, denn die Delegierten saßen im Saal und erwarteten etwas für sie Unbekanntes, da die Tagesordnung des Parteitages bereits erledigt war. ... .

Schon vor dem XX. Parteitag hatte das Präsidium die Frage ungesetzlicher Repressalien und begangener Fehler behandelt. Das Präsidium des ZK hatte eine Kommission gebildet, die beauftragt worden war, die Angelegenheiten von Repressierten an Ort und Stelle zu untersuchen ... und konkrete Vorschläge zu formulieren.

Nach der Beratung dieser Fragen im Präsidium war vorgesehen, nach dem XX. Parteitag ein ZK-Plenum einzuberufen, um den Vortrag der Kommission mit entsprechenden Vorschlägen anzuhören. Genau dazu sprachen die Genossen Kaganowitsch, Molotow, Woroschilow und andere zur Begründung ihrer Einwände.

Außerdem sagten die Genossen, daß wir einfach außerstande seien, den Vortrag (Chruschtschows) redaktionell zu bearbeiten und Korrekturen anzubringen, die unbedingt nötig seien. Wir sagten, daß selbst ein flüchtiges Bekanntmachen zeigt, daß das Dokument einseitig und falsch ist. Die Tätigkeit Stalins könne auf keinen Fall nur von einer Seite beleuchtet werden, notwendig sei eine objektive Beleuchtung aller seiner positiven Seiten, damit die Werktätigen verstehen und allen Spekulationen der Feinde unserer Partei und unseres Landes eine Abfuhr erteilen.

Die Sitzung zog sich hin, die Delegierten (im Saal) erregten sich, und deshalb wurde ohne jede Abstimmung die Sitzung beendet und wir begaben uns in den Saal. Dort wurde die Ergänzung der Tagesordnung verkündet: den Vortrag Chruschtschows über den Persönlichkeitskult Stalins anzuhören. Nachdem Vortrag fand keinerlei Aussprache statt, der Parteitag beendete seine Arbeit."

2. Chruschtschows Rede zur Verteufelung Stalins war also kein Parteidokument, sondern die Arbeit einer parteifeindlichen Gruppe, die - wie der schon zur Verteilung vorbereitete Druck der in der Tagesordnung überhaupt nicht vorgesehenen Rede belegt - die Vergewaltigung des Parteitages sorgfältig in allen Einzelheiten vorbereitet hatte. Weil sie kein Dokument des Parteitages war, wurde die Rede in der Sowjetunion bis Gorbatschows Machtantritt auch nicht veröffentlicht.

3. Aber Chruschtschow und seine Komplizen hatten schon dafür Sorge getragen, daß diese „Geheimrede" in kürzester Zeit in der ganzen Welt verbreitet wurde, als erstes durch die „New York Times."

4. Die nächste Merkwürdigkeit: als ein Korrespondent dieser Zeitung, Turner Catledge, Chruschtschow in einem Interview, das der ihm am 14. Mai 1957 gab, fragte, ob der in der New York Times veröffentlichte Text mit dem seiner Rede übereinstimme, verleugnete Chruschtschow seine Rede, indem er die Veröffentlichung in der New York Times als ein Fabrikat der CIA bezeichnete - (womit er möglicherweise sogar die Wahrheit sprach und ganz gegen seine Absicht einen Hinweis gab auf die Stelle, die an der Vorbereitung dieses Putsches gegen die Partei ratgebend beteiligt gewesen war).Wörtlich sagte Chruschtschow: „Ich weiß nicht, von welchem Text die Rede ist. Ich hörte davon, daß in den USA irgendein Text veröffentlicht wurde, der vom amerikanischen Geheimdienst fabriziert worden ist und dieser Text als Text meines Vortrages auf dem XX. Parteitag ausgegeben wurde. Aber die Veröffentlichungen von Allan Dulles erfreuen sich keiner Autorität in der SU. Ich habe keinerlei Wunsch, Literatur zu lesen, die von Allan Dulles fabriziert wird." (Aus: Dokumentation der Zeit, Heft 144, 20. Juni 1957. Zitiert in der Taubenfußchronik, Bd. 1, S. 299).

Wäre Chruschtschows Ziel nicht gewesen, mit seiner „Geheimrede“ Stalins Autorität ein für allemal zu zertrümmern, um nicht ständig an ihm gemessen zu werden, und um für seine konterrevolutionäre Kursänderung freien Bahn zu haben; und hätte zu seinen Absichten nicht auch gehört, der Überzeugung der Sowjetbürger in die Gerechtigkeit ihrer Sache und dem Stolz auf ihre Sowjetmacht einen tödlichen Schlag zu versetzen; hätte er wirklich nur im Sinn gehabt, den unschuldigen Opfern der „Säuberungen“ Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und die geschichtliche Wahrheit über die Zeit der Repressionen darzulegen, dann hätte in seinem Bericht etwa das Folgende gesagt werden müssen:

„1936, nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland, nach der Aufrüstung des faschistischen Deutschland unter Duldung und sogar Mithilfe der Westmächte, nach dem Verrat der Westmächte an der spanischen Republik, standen wir vor der Gefahr, vom faschistischen Deutschland - möglicherweise sogar im Einvernehmen mit den Westmächten - , überfallen zu werden und uns allein der stärksten Militärmacht der ganzen Kriegsgeschichte gegenübergestellt zu sehen, von der wir aus dem Spanienkrieg schon wußten, was sich dann in Norwegen und Frankreich später wiederholte, nämlich, daß der faschistischen Wehrmacht im Hinterland der Überfallenen Länder „fünfte Kolonnen“ von Quislingen und Verrätern zu Hilfe kamen.

Wie groß die Gefahr des Überfalles war, zeigte sich noch viel deutlicher mit dem Münchener Abkommen der Westmächte mit Hiller und der Auslieferung der Tschechoslowakei an ihn, mit der Weigerung der Westmächte, mit uns einen Vertrag über kollektive Sicherheit und gegenseitigen Beistand zur Bändigung Hitlerdeutschlands abzuschließen.

Unsere Vorbereitungen auf den faschistischen Überfall mußten also auch der Verhinderung der Bildung einer 5. Kolonne in unserem Hinterland gelten. Noch gab und gibt es bei uns Feinde der Sowjetmacht, einst von uns enteignete Kulaken und ihre Nachkommen, Reste der zerschlagenen Gruppen der Trotzkisten und anderer Oppositionsgruppen – hatte doch Trotzki mehrfach in seinen Veröffentlichungen dazu aufgerufen, im Kriegsfalle den Aufstand gegen den „Stalinismus“ zu beginnen; ferner Leute, die mit den Deutschen sympathisierten, z. B. unter den Wolgadeutschen oder bei bestimmten Nationalitäten, wie den Krimtataren und den Tschetschenen.

Also mußten wir angesichts der tödlichen Bedrohung alles tun, um es möglichen Feinden der Sowjetmacht unmöglich zu machen, im Hinterland mit Fünften Kolonnen den faschistischen Überfall zu unterstützen.

Dabei mußten wir in Rechnung stellen und in Kauf nehmen, daß es bei Säuberungen so großen Ausmaßes, wie wir sie für notwendig erachteten, nicht auszuschließen war,

daß auch Unschuldige, - sei es wegen absichtlicher Falschbeschuldigungen durch feindliche Elemente, sei es aus Übereifer örtlicher Organe, sei es durch Anlegen eines zu pauschalen Rasters -, in erheblichem Umfange von den Maßnahmen betroffen sein würden, wie es dann auch der Fall war.

Aber wir hatten damals abzuwägen, was schwerer wog: wenn wegen ungenügender Sicherungsmaßnahmen die Sowjetmacht zugrunde ging - oder wenn bei unseren Sicherungsmaßnahmen nicht nur echte Feinde, sondern auch unschuldige und sogar eigene Leute getroffen würden.

Die Partei hat sich für die Sicherung der Sowjetmacht als der allem anderen übergeordneten Pflicht entschieden.

Jetzt aber ist es an der Zeit, dabei begangenes Unrecht aufzuklären und wiedergutzumachen."

So oder so ähnlich hätte eine ehrliche, kommunistische Stellungnahme zu der für jeden Kommunisten schmerzlichsten Seite der Geschichte der Sowjetunion lauten müssen.

Eine kommunistische, das heißt wahrheitsgemäße Schuldzuweisung auch für diese Opfer hätte darüber hinaus klar aussprechen müssen, daß auch ihre Leiden und ihr Tod wie der von 25 Millionen Sowjetsoldaten und Sowjetbürgern und der von 50 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges auf das Konto derer geht, die die Führung der Sowjetunion vor eine solch grausame Entscheidung stellten - auf das Konto Hitlers und des deutschen Imperialismus in erster Linie, in zweiter aber auch auf das Konto derer, die Hitlerdeutschland aufrüsteten, um es als Stoßkeil gegen die Sowjetunion zu lenken, und seine Bändigung durch ein kollektives Sicherheitsbündnis sabotierten.

Indem er statt dessen Stalin als Massenmörder hinstellte, übernahm nun der Führer der KPdSU die bisher nur über die westlichen Medien verbreiteten antisowjetischen Hetz-Lügen aus den Küchen der imperialistischen Spezialisten für psychologische Kriegsführung und verkündete sie als Wahrheit.

Von daher kommt es, daß ehrliche und überzeugte Kommunisten auch heute noch bedenkenlos die giftige Verleumdung weitergeben, Stalin habe mehr Kommunisten umgebracht als Hitler.

Die Wahrheit ist, daß alle Kommunisten, alle Kämpfer gegen den Faschismus und alle Juden, die im vom Faschismus besetzten Europa überlebt haben, dies vor allem der Sowjetunion, der Roten Armee und damit auch Stalin verdanken.

Dessen waren sich damals die Menschen weltweit bewußt. Und selbst seine imperialistischen Gegenspieler vom Format eines Churchill konnten nicht umhin, Stalins historische Größe anzuerkennen. Er würdigte Stalin nach dessen Tod mit folgenden Worten: „Er war eine herausragende Persönlichkeit, die in unserer rauhen Zeit, in der Periode, in der sein Leben verlief, imponierte. Stalin war ein außergewöhnlich energischer, belesener und äußerst willensstarker Mann, heftig, schroff, schonungslos in der Sache wie im Gespräch, dem selbst ich, der ich im englischen Parlament großgeworden bin, nichts entgegenzusetzen vermochte ... .

In seinen Werken spürt man eine hünenhafte Kraft. Stalins Kraft war so groß, daß er unter den Führern aller Völker und Zeiten nicht seinesgleichen kennt ... . Die Menschen konnten seinem Einfluß nicht widerstehen. Als er den Raum der Konferenz von Jalta betrat, erhoben wir uns alle, buchstäblich wie auf Kommando. Und, so seltsam es ist, wir legten die Hände an die Hosennaht. Stalin besaß einen tiefschürfenden, gründlichen und logischen Verstand. Er war ein unübertroffener Meister darin, in schweren Momenten einen Ausweg aus der auswegslosen Lage zu finden ... . Er war ein Mann, der seinen Feind mit den Händen seiner Feinde vernichtete, der uns, die er offen Imperialisten nannte, zwang, gegen Imperialisten zu kämpfen. Er übernahm das Rußland des Hakenpflugs und hinterließ es im Besitz der Atomwaffe.“

Warum konnten die Revisionisten in der Sowjetunion über die Leninisten siegen?

Auf diese Zentralfrage soll und kann hier keine umfassende Antwort gegeben werde. Ich will jedoch auf einige mir wichtig erscheinende Gesichtpunkte hinweisen.

Auf den Beratungen der Kommunistischen und Arbeiterparteien 1957 und 1960 wurde der moderne Revisionismus zur Hauptgefahr erklärt und wurden seine Hauptbestandteile aufgezählt.

So lesen wir in der Erklärung der Beratung von 1957: „Der moderne Revisionismus ist bemüht, die große Lehre des Marxismus-Leninismus in Verruf zu bringen, er erklärt sie für 'veraltet', behauptet, sie habe heute ihre Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung verloren. Die Revisionisten sind bestrebt, die revolutionäre Seele des Marxismus auszumerzen und den Glauben der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes an den Sozialismus zu erschüttern. Sie wenden sich gegen die historische Notwendigkeit der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, sie leugnen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, sie lehnen die Prinzipien des proletarischen Internationalismus ab, sie fordern Verzicht auf die grundlegenden Leninschen Prinzipien des Parteiaufbaus und vor allem auf den demokratischen

Zentralismus, sie fordern, daß die kommunistische Partei aus einer revolutionären Kampforganisation in eine Art Diskutierklub verwandelt wird.“

Diese Aufzählung ist sehr nützlich, hat aber auch zwei große Mängel:

Der erste: das ist zwar ein sehr hilfreicher Katalog der Kennzeichen des modernen Revisionismus. Es fehlt aber ein ganz wichtiges Merkmal des Revisionismus: die Verschleierung des unheilbar friedensfeindlichen Charakters des Imperialismus und seiner unversöhnlichen Feindschaft gegenüber dem Sozialismus, die Verbreitung der Illusion, der Imperialismus könne dazu gebracht werden, auf Dauer mit dem Sozialismus friedlich zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten. Diese Illusion ist lebensgefährlich für den Sozialismus, weil sie zur duldenden Hinnahme einer Politik der freiwilligen Entwaffnung und schließlichen Selbstauslieferung an den Todfeind führen kann und tatsächlich ja auch geführt hat.

Die Verbreitung einer solchen Illusion auch in der kommunistischen Bewegung und in der Sowjetunion fand nach dem Ende des zweiten Weltkrieges einige günstige Bedingungen vor: Solche waren z. B. 1. Die Anti-Hitler-Koalition erleichterte Illusionen über eine Wandlung des Imperialismus und über das Verschwinden des antagonistischen Gegensatzes zwischen Imperialismus und Sozialismus. 2. Kriegsmüdigkeit, Friedenssehnsucht der Menschen. 3. Die Existenz der Atomwaffen: das revisionistische Argument erschien jetzt besonders einleuchtend: der Frieden kann nicht gegen, sondern nur zusammen mit dem Imperialismus gesichert werden.

Der zweite große Mangel: Es fehlt in diesem Katalog die klare Aussage darüber, wer die Träger dieser Auffassungen sind. Es werden zwar die inhaltlichen Merkmale des Revisionismus beim Namen genannt; aber über Namen und Adressen der führenden Revisionisten wurde geschwiegen. Hätte man diese benannt, dann hätte zusammen mit Tito Chruschtschows Name an erster Stelle genannt werden müssen.

Er hat auf dem XX. Parteitag den Marxismus-Leninismus für veraltet erklärt, indem er verkündete, jetzt sei auch der parlamentarische Weg zum Sozialismus möglich!

Er hat den Glauben an die Gerechtigkeit des Sozialismus, des eigenen Werkes erschüttert, indem er auf dem XX. Parteitag der KPdSU die Geschichte der Sowjetunion als die Geschichte eines Landes darstellte, das seit 1924 von einem Verbrecher und Massenmörder geleitet wurde.

Er hat für die Gegenwart die proletarische Revolution und in der Sowjetunion die Diktatur des Proletariats für entbehrlich erklärt, als er verkündete, sie sei in der Sowjetunion von der „Herrschaft des Volkes“ abgelöst worden.

Er erklärte solche Revisionisten, wie Tito und Gomulka, die die Notwendigkeit der führenden Rolle der Kommunistischen Partei beim Aufbau des Sozialismus leugneten, zu zuverlässigen Marxisten-Leninisten.

Er erklärte den Verzicht auf die Prinzipien des proletarischen Internationalismus, als er 1955 zusammen mit Tito die jugoslawisch-sowjetische Belgrader Deklaration unterzeichnete, in der es u. a. heißt: „die Fragen der inneren Ordnung, des Unterschieds zwischen den konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus sind ausschließlich Sache der einzelnen Länder."

Das war Chruschtschows Segen zum Tito-revisionistischen sog. „Nationalkommunismus!"

Aber er blieb ungenannt, konnte sich vielmehr auf beiden Tagungen als Vorkämpfer gegen den Revisionismus aufspielen.

Auf der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 wurde die Anonymität des Revisionismusvorwurfes durchbrochen, indem eine scharfe Kennzeichnung und Verurteilung des Tito-Revisionismus in die Abschlußerklärung aufgenommen wurde; aber wiederum blieb der gefährlichste aller Revisionisten, Chruschtschow, ungenannt:

„Die kommunistischen Parteien haben die jugoslawische Spielart des internationalen Opportunismus, die einen konzentrierten Ausdruck der , Theorien' der modernen Revisionisten darstellt, einmütig verurteilt. Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die den Marxismus-Leninismus verrieten, indem sie ihn für veraltet erklärten, haben der Erklärung von 1957 ihr antileninistisches revisionistisches Programm - (das „Laibacher Programm" von 1958, K. G.) - entgegengestellt. Sie haben den BdKJ der gesamten kommunistischen Weltbewegung entgegengestellt, ihr Land vom sozialistischen Lager losgerissen, es von der sogenannten Hilfe der amerikanischen und anderen Imperialisten abhängig gemacht und damit die Gefahr heraufbeschworen, daß das jugoslawische Volk seiner im heroischen Kampf erzielten revolutionären Errungenschaften verlustig geht. Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung. Unter dem Vorwand einer blockfreien Politik entfalten sie eine Tätigkeit, die der Einheit aller friedliebenden Kräfte und Staaten Abbruch tut. Die weitere Entlarvung der Führer der jugoslawischen Revisionisten und der aktive Kampf dafür, die kommunistische Bewegung wie auch die Arbeiterbewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten abzuschirmen, ist nach wie vor eine unerläßliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien."

Diese Forderung war nur zu sehr berechtigt, aber sie kam viel zu spät.

Was hier verlangt wurde - Entlarvung Titos als Revisionist, und Abschirmung der kommunistischen Bewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten - das hatten die Parteien des Kommunistischen Informationsbüros - KPdSU, Polnische Arbeiterpartei, Ungarische Partei der Werktätigen, KP der CSR, Bulgarische Arbeiterpartei, KP Frankreichs und KP Italiens - schon 12 Jahre vorher mit ihrer Resolution vom Juni 1948 „Über die Lage in der kommunistischen Partei Jugoslawiens“ getan.

Aber wir hatten ja schon gesehen, daß Chruschtschow 1955 mit seiner Totalrehabilitierung Titos diese - wie von der Beratung 1960 so nachdrücklich bestätigt - notwendige Schutzimpfung der ganzen kommunistischen Bewegung unwirksam gemacht hatte. Tito wurde von Chruschtschow zum Opfer von Verleumdungen von Parteifeinden und imperialistischen Agenten, fast zu einem unschuldig verfolgten Heiligen erklärt.

Stalin aber, der genau das getan hatte, was in der Erklärung von 1960 verlangt wurde, - Stalin wurde auch dafür von Chruschtschow auf dem XX. Parteitag als Verfolger des unschuldigen Tito verdammt.

Und wie erfüllte Chruschtschow nun, 1960, die Forderung der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien?

Überhaupt nicht!

Er tat das genaue Gegenteil! Er führte den Bruch mit den konsequentesten Kämpfern gegen den Tito-Revisionismus, mit China und Albanien, herbei und entfesselte eine beispiellose Hetzkampagne gegen diese beiden sozialistischen Bruderländer! Bereits auf dem Kongreß von 1960 griff er Albanien und China massiv an.

Von ihm war der Verlauf des Kongresses von 1960 ganz anders geplant gewesen: er hatte eine Anklageschrift gegen die KP Chinas verfaßt, die vor Beginn des Kongresses an alle Delegationen verteilt wurde. Er wollte einen Kongreß, der Jugoslawien erneut volle Rehabilitation gewährte und dafür Volkschina auf die Anklagebank setzte.

Das ist ihm damals gründlich mißlungen! Statt dessen wurde daraus ein Kongreß, der seinen Schützling Tito verurteilte.

Das war für ihn ein Betriebsunfall, der schnellstens korrigiert werden mußte: Keine weiteren Entlarvungen der Tito-Revisionisten, sondern volles Feuer gegen Mao und Enver Hodscha, gegen Volks-China und Albanien!

Warum kam er damit durch? Ein wesentlicher Grund war: Chruschtschow gelang es, wie schon auf der Beratung von 1957, durchzusetzen, daß in dem Dokument der Beratung der XX. Parteitag und seine Festlegungen als richtig bestätigt wurden.

Dazu schrieb die KP Chinas in ihrem Dokument vom 14. Juni 1963 „Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“: „Viele der falschen Ansichten im Erklärungsentwurf der Führung der KPdSU wurden abgelehnt ... . Auch die Delegation der KP Chinas und die Delegationen einiger anderer Parteien machten gewisse Zugeständnisse, nachdem die Führer der KPdSU damit einverstanden waren, ihre falschen Ansichten fallen zu lassen und die richtigen Ansichten der Bruderparteien anzunehmen. So zum Beispiel gingen unsere Meinungen über die Frage des XX. Parteitages der KPdSU ... auseinander, aber mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der KPdSU und einiger anderer Bruderparteien gaben wir unsere Zustimmung, in diesen ... Fragen die gleiche Formulierung wie in der Deklaration von 1957 zu gebrauchen.“ (In: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, hgg. von der KAZ 1993, Nachdruck der Ausgabe des Oberbaumverlages, Berlin 1971).

Diese Formulierung lautete: „Die. historischen Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU haben nicht nur für die KPdSU und den kommunistischen Aufbau in der UdSSR große Bedeutung, sondern leiteten auch in der internationalen kommunistischen Bewegung eine neue Etappe ein und trugen zu deren weiterer Entwicklung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus bei.“

Um der Erhaltung der Einheit willen gingen damals die Parteien, die auf unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Standpunkten standen, eine Art Handel ein: Läßt Du meine Formulierung an dieser Stelle zu, dann lasse ich auch Deine an jener Stelle zu.

In Wahrheit wurde damit aber nicht die Einheit erhalten, sondern eine nicht vorhandene Einheit nach außen hin vorgezeigt - ein Vorgehen, daß der Forderung Lenins nicht gerecht wurde, sondern sie mißachtete: vorhandene Gegensätze in grundsätzlichen Fragen müssen ausgetragen und dürfen nicht verkleistert werden!

Chruschtschow hatte - nach dem Zeugnis von Enver Hoxha in seinem Buch „Die Chruschtschowianer“ (S. 502) - erklärt: „Das Dokument war ein Kompromiß, und Kompromisse haben ein kurzes Leben.“

Er hat damit zum Ausdruck gebracht, daß er nicht im mindesten daran dachte, sich an das zu halten, was ihm an diesem Dokument nicht paßte. Er wollte, was er 1953 begonnen und 1956 zu einem ersten Höhepunkt geführt hatte, siegreich zu Ende führen. Sein Sturz im Oktober 1964 verhinderte dies zunächst. Aber er hatte für Fortsetzer seines Zerstörungswerkes gesorgt. Es waren das solche wie Gorbatschow,

die einer der Redenschreiber und Bewunderer Chruschtschows, Fjodor Burlatzki, als „Generation des XX. Parteitages“ bezeichnete, (in seinem Buch „Chruschtschow. Ein politisches Porträt“, Düsseldorf 1990, S. 13). Gorbatschow war der Chruschtschow der 80er und 90er Jahre, so wie Chruschtschow der Gorbatschow der 50er und 60er Jahre war.

Einige Schlußbemerkungen

1. Der Sieg des Revisionismus über den Marxismus-Leninismus in der KPdSU und anderen kommunistischen Parteien war die Voraussetzung für den zeitweiligen Sieg des Imperialismus und die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten in Europa.

Die Überwindung des Revisionismus in der gesamten kommunistischen Bewegung ist die Voraussetzung für ihren neuen Aufschwung und für neue Siege des Sozialismus über den Imperialismus

2. Der Anti-Stalinismus der revisionistischen Unterminierer und Zerstörer des Staatgewordenen Sozialismus, von Tito über Chruschtschow bis zu Gorbatschow, ist das stärkste Zeugnis für Stalin: Es gibt keinen stärkeren Beweis für die positive Rolle Stalins als die Tatsache, daß die Zerstörung seiner Autorität in der Sowjetunion und in der kommunistischen Bewegung die Voraussetzung war für die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion.

Ohne „Entstalinisierung“ keine Restauration des Kapitalismus!

3. Der Anti-Stalinimus ist komprimierter Revisionismus, also Antileninismus, jedoch in der Maskerade eines Verteidigers des Leninismus. Der Angriff auf Stalin ist für die Revisionisten vom Schlage Tito-Chruschtschow-Gorbatschow nur der Beginn. Er zielt von Anfang an auf Lenin. Es ist deshalb nur folgerichtig, wenn der Chruschtschow-Zögling und Gorbatschow-Berater Jakowlew in seiner Autobiografie seine Haßorgien mehr noch als auf Stalin gegen Lenin richtet. Die FAZ v. 26. Januar 2004 zitiert aus seinem Buche („Die Abgründe meines Jahrhunderts“): „In der Geschichte hat es keinen Menschen gegeben, der Rußland mehr haßte als Uljanow-Lenin. Was immer er anfaßte, verwandelte sich in einen Totenacker, in ein Riesenfeld mit menschlichen, sozialen und ökonomischen Gräben. Alle wurden ausgeraubt - die Lebenden und die Toten.“ Mit einigem Erstaunen stellt die FAZ fest, daß Jakowlew alle, die der Meinung seien, Stalin, nicht Lenin sei der wahre Unhold der Sowjetmacht gewesen, darüber belehrt, „die Geschichte des Stalinismus weise im Grunde nichts Neues auf. In der Rezension des Jakowlew-Buches im „Neuen Deutschland“ (29.01.04) wird der gleiche Tatbestand so beschrieben: „Nach Jakowlew gab es keinen strategischen Bruch zwischen der Periode des

weltrevolutionär-internationalistisch begründeten Revolutionskonzepts W. I. Lenins und der Stalinschen Praxis eines nationalen Sozialismus."

Die konsequentesten Anti-Stalinisten bestätigen damit auf ihre entstellende und verleumderische Weise die Richtigkeit der Feststellung des großartigen französischen Schriftstellers und Kommunisten Henri Barbusse: „Stalin - das ist der Lenin unserer Tage!" (Henri Barbusse: Stalin - eine neue Welt. Rotfront Reprint, Berlin 1996, S. 279).

4. Den fünfzigsten Jahrestag des Todes Stalins (05. März 2003) begingen die imperialistischen Medien mit geballten Ladungen von Artikeln und Serien über den „Jahrhundertverbrecher" Stalin, die - was man kaum für möglich halten konnte - noch alles übertrafen, was in den letzten fünfzig Jahren seit Stalins Tod an Hetze gegen ihn „geleistet" wurde.

Wie soll man sich diese alles bisher auf diesem Gebiet Gebotene weit in den Schatten stellende Orgie der Anti-Stalin-Hetze erklären?

Es gibt darauf nur eine Antwort: Die Sieger von gestern sind sich der Dauerhaftigkeit ihres Sieges nicht sicher, sie haben Furcht! Ja, sie fürchten den Einfluß des vor einem halben Jahrhundert verstorbenen Stalin auf die heute Lebenden! Sie erschrecken davor, daß noch immer und sogar immer mehr Menschen in Rußland und den übrigen Staaten der früheren Sowjetunion bei ihren Demonstrationen Stalin-Bilder mit sich führen. Sie fürchten, daß die Verlierer von gestern die Sieger von morgen oder übermorgen sein könnten. Diese Furcht sitzt offenbar auch Jakowlew im Nacken. Weshalb sonst sollte er - wie im „Neuen Deutschland" zu lesen, „das Erhalten von Lenin-Denkmälern" beklagen und - wie die FAZ aus seinem Buche zitiert - höchst beunruhigt und empört feststellen: „Und heute wohnen wir seelenruhig der Reinwaschung Stalins durch einige Behörden und Massenmedien bei!?"

Stalins Weitblick hat sowohl seine Verteufelung als auch deren schließliche Überwindung vorausgesehen. Während des Krieges hatte er zu Molotow geäußert: „Ich weiß, nach meinem Tode wird man mein Grab mit Haufen von Schmutz bedecken. Aber der Wind der Geschichte wird ihn schonungslos hinwegfegen." (F. Tschujew, 140 Gespräche mit Molotow, Moskau 1991, russ., S. 228) Wir aber dürfen nicht auf den Wind der Geschichte warten - wir müssen selbst dieser reinigende Wind sein, der die Lügen vertreibt und die geschichtliche Wahrheit wieder in ihr Recht setzt. Die Sieger von gestern haben allen Grund zur Furcht. Fünfzehn Jahre nach ihrem Triumph über den Sozialismus stecken sie in der tiefsten Krise ihres Systems: ökonomisch, politisch, sozial, kulturell, und nicht zuletzt: ideologisch. Immer deutlicher wird: die allgemeine Krise des Kapitalismus ist trotz der Niederlage des

Sozialismus in Europa nicht überwunden, sondern dauert fort und vertieft sich. Und es wächst der Widerstand.

5. Ein Grund für die Furcht der Sieger von gestern ist mit Sicherheit auch die Erfahrung, daß es ihnen nicht gelungen ist, die Mehrheit der Jugend der ehemals sozialistischen Länder für sich zu gewinnen.

Das folgende Beispiel aus Ostdeutschland kann durchaus Gültigkeit auch für andere ehemals sozialistische Länder beanspruchen. Eine an der Leipziger Universität angefertigte und am 19. September 2002 auszugsweise im „Neuen Deutschland“ veröffentlichte Studie macht deutlich: nachdem die DDR-Bürger 12 Jahre lang die Segnungen des realen, unverfälschten Kapitalismus über sich ergehen lassen mußten, haben selbst Jugendliche, die nur wenige Jahre noch als Bürger der DDR erlebt haben, die Erfahrung gemacht, daß die in der DDR herrschende sozialistische Gesellschaftsordnung - trotz ihrer fortgeschrittenen Deformation - menschenfreundlich war, die der Bundesrepublik dagegen dies ganz und gar nicht ist. In der Studie ist über die Ansichten der befragten Jugendlichen zu lesen:

„Für 91 Prozent der Befragten gab es vor der Wende mehr Sicherheit, nur 1 Prozent ist der Meinung, dies sei heutzutage besser. ... . Die Zukunftsfähigkeit des jetzigen Gesellschaftssystems schätzen sie als ziemlich gering ein, nur ein kleiner Teil hofft, daß dieses System für immer erhalten bleibt. ... . Die Distanz gegenüber dem kapitalistischen System geht mit einer zunehmenden Identifikation mit sozialistischen Idealen einher. ... Sozialistisches Gedankengut sei nicht aus den Köpfen der jungen Ostdeutschen verschwunden.“ (Entnommen meinem Aufsatz: „Der unsterbliche Frühsozialismus, in: „In den Trümmern ohne Gnade. Festschrift für Peter Hacks“, Eulenspiegel-Verlag, Berlin 2003, S. 225)

6. Die Anti-Stalinisten haben bewirkt, daß seit einem halben Jahrhundert die wichtigsten marxistischen Werke nach denen von Marx, Engels und Lenin, die Werke Stalins, als Werke gelten, von denen ein anständiger Kommunist sich trennt und sie nie wieder in die Hand nimmt. Wie die Päpste die Schriften von „Ketzern“ auf den Index setzten, so wurden die Schriften Stalins von den Führern der Parteien des „demokratischen“ und „pluralistischen“ Sozialismus und Kommunismus moralisch geächtet und also auf den Index gesetzt. (Mit den Werken Stalins, die durch diese Ächtung nach Chruschtschows Stalin-Verdammung auf dem Müll landeten, könnte man viele Bibliotheken füllen).

Genau mit dem Beginn dieser Index-Zeit begann auch der Niedergang des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung.

Zu den unabdingbaren Voraussetzungen für ihren neuerlichen Aufschwung gehört deshalb auch die massenhafte Hinwendung zum erneuten Studium der Werke Stalins,

in denen der ganze Reichtum der Erfahrungen des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus auf den von Lenin gewiesenen Bahnen enthalten ist.

Vortrag am 27. März 2004 in Bernburg

Quelle: Schriftenreihe der KPD, Nr. 172

Die Ursprünge des modernen Revisionismus, oder: Wie der Browderismus nach Europa verpflanzt wurde

Gedanken beim Lesen der Tagebücher Georgi Dimitroffs

VOR 60 JAHREN: VORBEREITUNG DES ÜBERFALLES AUF DIE SOWJETUNION

1. Dimitroffs Tagebücher – keine Freude für Antikommunisten.

Vor 60 Jahren näherte sich die Atempause, die sich die Sowjetunion durch den Nichtangriffsvertrag mit Deutschland verschafft hatte, ihrem Ende. In aller Stille, aber mit größter Intensität wurde seit Herbst 1940 in Berlin der „Fall Barbarossa“, der Überfall auf die Sowjetunion, vorbereitet. Mit diesem Überfall wurde die erst 24 Jahre junge neue sozialistische Gesellschaftsordnung einer in der ganzen Geschichte der Menschheit beispiellos schweren Prüfung unterworfen.

Der Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über den vom Weltimperialismus zum Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion aufgerüsteten deutsch-faschistischen Imperialismus war nach der Oktoberrevolution das weltgeschichtlich bedeutendste Ereignis des 20. Jahrhunderts. Nicht zufällig erwies sich die Sowjetunion als das einzige der vom faschistischen Deutschland überfallenen Länder, das der bis dahin modernsten und höchstgerüsteten Armee nicht nur standhielt, sondern sich imstande zeigte, auch aus eigener Kraft die faschistische Bestie in ihrer Höhle zu erlegen. Entgegen allen Hoffnungen ihrer Feinde und aller Befürchtungen ihrer Freunde erwies sich die Sowjetmacht – wie schon 1917-1920 – als unbesiegbar, als die

weltweit festeste, tief im Volk verwurzelte Gesellschaftsordnung. Noch niemals in der Geschichte hatte ein Staat und eine Gesellschaftsordnung eine ihr auferlegte Prüfung so triumphal bestanden. Der Grund dafür: das feste Fundament der Sowjetmacht und ihrer Politik war der wissenschaftliche Sozialismus, der Marxismus-Leninismus. Solange das so blieb, schritt die Welt des Sozialismus auf der Straße des Sieges voran.

Es wird in diesem Jahr eine Fülle von Gedenkartikeln von Freunden und – überwiegend – von Feinden der Sowjetunion in allen Medien geben. Zum Glück haben wir seit kurzem die Möglichkeit, auch zu diesem Ereignis einen Zeitzeugen zu Wort kommen zu lassen, der dem deutschen Faschismus seine allererste Niederlage bereits im Jahre 1933 beibrachte: Georgi Dimitroff. Seine Tagebücher wurden im vorigen Jahr der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. (1)

Natürlich wurde sofort versucht, Dimitroffs Aufzeichnungen im antikommunistischen Sinne auszuschlachten. Der Aufbau Verlag und der Herausgeber der Tagebücher Bayerlein machten bereits die Buchvorstellung zu einer antikommunistischen Veranstaltung. Zum Ort der Veranstaltung wählten sie das Willy-Brandt-Haus in Berlin, und als Hauptdarsteller wurden Wolfgang Leonhard und Hermann Weber engagiert, beide aus früheren Zeiten hinlänglich aus vielen Sendungen des Westfernsehens als dessen Spezialisten für Kreml-Astrologie und SED-Beschimpfung bekannt. Die für Geschichte zuständige Mitarbeiterin des „Neuen Deutschland“, Karlen Vesper, zeigte sich von beiden gebührend beeindruckt. Es sei schon frappierend gewesen, schrieb sie in der Nummer vom 25./26.November vorigen Jahres, „wie Wolfgang Leonhard aus lakonischen Tagebuchnotizen faktisch einen Theaterabend gestaltete.“ Karlen Vesper ist es offenbar richtig gruselig geworden; in ihrem Bericht ist zu lesen: „Unheimliche Stimmung. Bei der Beschwörung der Geister und Dämonen des Weltkommunismus wirkte die Statue Willi Brandts im Berliner SPD-Domizil noch verlorener als sonst.“ Herausgeber Bayerlein trug das Seine dazu bei, die „unheimliche Stimmung“ noch unheimlicher zu machen, pries er doch, wie Karlen Vesper notierte, „die Tagebücher als bisher einzigartiges Zeitzeugnis, das die Herrschaftsmechanismen im Labyrinth der Komintern, KPdSU und der sowjetischen Geheimdienste offenbare.“

Im übrigen war das Echo auf die Tagebücher bei aller antikommunistischen Übereinstimmung doch zwiespältig und fast ein wenig hilflos. Gemeinsam war allen Rezensenten von der FAZ bis zum ND, dass sie die Tagebücher dazu benutzen wollten, die ihnen fatale und lästige weltweite Hochachtung für Dimitroff, den unvergessenen Helden von Leipzig, endlich aus der Welt zu schaffen. Die einen tun das, indem sie behaupten, aus den Tagebüchern gehe hervor, dass Dimitroff im Grunde nur eine ohnmächtige, von Stalin missbrauchte und missachtete Marionette

gewesen sei. Dimitroffs Aufzeichnungen lassen aber eine solche Auslegung schlechterdings nicht zu, weil sie – wie bereits schon 1933 sein Auftreten vor dem Reichsgericht in Leipzig – keinen Zweifel daran lassen, dass hier ein Mann das Wort ergreift, der die Sache der Sowjetunion ohne jeden Abstrich zu seiner ureigenen Sache gemacht hat. Deshalb werden seine Tagebücher von anderen als Zeugnisse dafür bezeichnet, dass er ein „skrupelloser Stalinist“, und also keinerlei Hochachtung würdig, gewesen sei.

Jedoch: aus Dimitroffs Tagebüchern können Antikommunisten keinen Honig saugen. Wohl aber enthalten sie wertvolle Zeugnisse zur Widerlegung antikommunistischer Erfindungen und Legenden. Im Folgenden soll das an einigen Beispielen gezeigt werden.

2. „Stalin hat Dimitroffs Linie des VII. Weltkongresses gegenüber der Sozialdemokratie über Bord geworfen“

Die alten Verleumder der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale, die Leonhard und Weber und tutti quanti, haben schon immer verbreitet, Stalin sei ein Gegner der Dimitroffschen Einheits- und Volksfrontbeschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale gewesen und habe sie bei erster bester Gelegenheit wieder über Bord geworfen und den Kampf gegen die Sozialdemokratie verschärft wieder aufgenommen. Diese Version haben die gewendeten unter den ehemaligen DDR-Historikern (2) brav übernommen. In sein Tagebuch hat Dimitroff jedoch am 6. März 1941 folgendes eingetragen: „Mit D.S. (Manuilski) den Entwurf der Thesen über die Zweite Internationale beraten. (Habe angemerkt: in den Thesen wird unsere Zielstellung nicht erkennbar; keine klare Ausrichtung auf unser Ziel, die Sozialdemokratie endgültig aus der Arbeiterbewegung zu verdrängen, eine einheitliche Führung der Arbeiterbewegung in Gestalt der KP herzustellen; nicht zuzulassen, dass die Sozialdemokratie wieder auf die Beine kommt und die konterrevolutionäre Rolle erfüllt, die sie am Ende des Ersten imperialistischen Weltkrieges gespielt hat usw.)“ (S.354)

Wie ist dieser Wandel bei Dimitroff von seiner Position 1935 zu dieser von 1941 zu erklären? Ist es überhaupt ein Wandel ?

Die Sache ist sehr einfach: 1935 ging es darum, eine Einheits- und Volksfront zu schaffen als einzige reale Möglichkeit, den deutschen Faschismus zu stürzen und damit die Aggressionskriege des deutschen Imperialismus zu verhindern. Die Sozialdemokratie hat aber alle Angebote der Kommunisten nicht nur ausgeschlagen,

sondern ihren antikommunistischen Kurs verstärkt. Die faschistische Intervention in Spanien 1936 war die Probe auf die Ernsthaftigkeit des Antifaschismus der Sozialdemokratie und der westlichen Demokratien. Hier wurde im Grunde entschieden, ob die faschistischen Aggressoren geschlagen werden oder ob ihnen der Weg in den Weltkrieg geöffnet wird. Beide, die Sozialistische Internationale und die westlichen Demokratien, opferten die Spanische Republik – und später in München noch die Tschechoslowakei und dann auch Polen, – weil das faschistische Deutschland ermuntert werden sollte, endlich den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion zu beginnen.

Es waren diese Erfahrungen der Jahre 1935 bis 1941, die Dimitroff wie die gesamte Kommunistische Weltbewegung zu der oben zitierten Stellungnahme vom 6. März 1941 geführt hatten. Was in ihnen ausgedrückt wurde – nämlich, dass die Arbeiterbewegung nur siegreich sein kann, wenn sie den Opportunismus aus ihren Reihen vertrieben hat – das waren allerdings Erkenntnisse, die weder von Stalin noch von Lenin stammten, – es waren Marx und Engels, die sie zuerst ausgesprochen und dementsprechend gehandelt hatten.

Der Kampf gegen den Opportunismus war und ist für Kommunisten nie ein Kampf aus Konkurrenzgründen gegen eine zweite Arbeiterpartei gewesen, sondern war immer ein Kampf um die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer marxistischer Grundlage als der unabdingbaren Voraussetzung für die Überwindung der Macht des Kapitals. Er wurde deshalb nach dem Sieg über den Faschismus auch nicht als Kampf gegen die Sozialdemokratie, sondern als Kampf um den Zusammenschluss beider Arbeiterparteien geführt. Dieser Kampf konnte damals in der Sowjetischen Besatzungszone und in den Ländern der Volksdemokratie zum Erfolg geführt werden, erstens, weil die geschichtlichen Erfahrungen den Menschen die Lehre eingebrannt hatten, dass die Spaltung der Arbeiterbewegung dem Faschismus den Weg freigemacht hat und der Drang zur Einheit deshalb auf beiden Seiten stark war, zweitens, weil die Spaltungspolitik der rechtssozialdemokratischen Führer dort, wo sie nicht von der Besatzungsmacht unterstützt (wenn nicht gar inszeniert) wurde, zum Scheitern verurteilt war. Die Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung durch die Vereinigung der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien entsprach sowohl den Ausführungen Dimitroffs auf dem VII. Weltkongress als auch denen vom März 1941. Zweites Beispiel:

3. „Stalin hat Hitler vertraut und die Anti-Hitler-Propaganda unterbunden“

Der Abschluss des Nichtangriffsvertrages der Sowjetunion mit Hitlerdeutschland durchkreuzte die imperialistischen Pläne, Deutschland und die Sowjetunion in einen Krieg zu verwickeln, bei dem England und die USA als lachende Dritte abwarten konnten, bis sich – wie Truman es als Wunsch ausgesprochen hatte, – beide

gegenseitig umgebracht hätten. Nichts natürlicher, als das Hass- und Wutgeheul in London und Washington über diesen Strich durch ihre Rechnungen, und die Ausnützung dieses Nichtangriffsvertrages als Beweis für die Richtigkeit der antisowjetischen Hetzparole von der Gleichheit von Hitlerdeutschland und Sowjetunion, von Faschismus und Sozialismus.

Schlimmer in seiner Auswirkung auf die kommunistische Bewegung und die vielen Millionen Freunde der Sowjetunion in der ganzen Welt war es jedoch, als Chruschtschow in seiner „Geheimrede“ auf dem XX. Parteitag die ungeheuerliche Lüge als „Aufdeckung der Wahrheit“ verkündete, die Anfangserfolge der deutschen Armeen hätten ihre Ursache darin, „dass Stalin alle Warnungen vor dem deutschen Überfall nicht in Betracht gezogen“ und „keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen“ habe, um das Land zur Verteidigung vorzubereiten und das Überraschungsmoment auszuschließen.

Hätte Chruschtschow den Delegierten und der Weltöffentlichkeit nicht eine bösartige Lüge, sondern die Wahrheit über die Haltung Stalins zur von Seiten Hitlerdeutschlands drohenden Gefahr eines Überfalles vortragen wollen, dann hätte er aus der ihm selbstverständlich bekannten Rede Stalins vom 5. Mai 1941 vor den Absolventen der Militärakademien die folgenden Ausführungen zitieren müssen: „Die Situation ist äußerst ernst. Mit einem deutschen Angriff in naher Zukunft muss man rechnen… Die Rote Armee ist noch nicht stark genug, die Deutschen ohne weiteres schlagen zu können… Die Verteidigungsanlagen in den neuen Grenzgebieten sind unzulänglich… Die Sowjetregierung will mit allen ihr zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln versuchen, den bewaffneten Konflikt mit Deutschland zumindest bis zum Herbst hinauszuzögern, weil es um diese Jahreszeit für einen deutschen Angriff zu spät sein wird. Dieser Versuch kann gelingen, kann aber auch fehlschlagen. Wenn er gelingt, wird der Krieg mit Deutschland fast unvermeidlich im Jahre 1942 stattfinden, und zwar unter viel günstigeren Bedingungen, da die Rote Armee dann besser ausgebildet und besser ausgerüstet sein wird. Je nach der internationalen Situation wird die Rote Armee einen deutschen Angriff abwarten oder aber selbst die Initiative ergreifen.“ (3)

Müssen sich angesichts der feindseligen Entstellung der geschichtlichen Wahrheit durch Chruschtschow, die nur den Feinden der Sowjetunion nützen und in die eigenen Reihen nur Zersetzung tragen konnte, nicht alle jene DKP-Genossen, die, wie erst kürzlich wieder Genosse Steigerwald in einem Artikel in der UZ (9.2.01), immer noch den XX. Parteitag für einen Parteitag der Wende zur Wiederherstellung des sozialistischen Rechts und sozialistischer Ideale und Chruschtschow als den mutigen Vorkämpfer für diese Wende halten, endlich zu der Einsicht durchringen, dass, wer so skrupellos log und die Geschichte fälschte wie Chruschtschow, keinesfalls von edlen

Motiven geleitet sein konnte, sondern damit bewusst die Partei und das Land in die Irre führte?

Auf der Vorarbeit von Chruschtschow konnte Gorbatschow aufbauen. Unter seiner Führung verwandelten sich Presse, Radio und Fernsehen der Sowjetunion endgültig in Organe konzentrierter antisowjetischer und antikommunistischer Verleumdungen und der Reklame für die vorbildlichen Segnungen des Imperialismus, insbesondere der USA.

Der „Sputnik“, einst eine mit vollem Recht auch in der DDR geschätzte sowjetische Zeitschrift, wurde nun zu einem Organ, dazu bestimmt, diesen zersetzenden antikommunistischen Geist des „Neuen Denkens“ auch in die anderen sozialistischen Länder zu tragen. Die Nummer 10 von 1988 tat sich dabei besonders hervor. In dieser Nummer wurde ein Brief des Journalisten Ernst Henri an Ilja Ehrenburg vom 30.Mai 1965 abgedruckt, der unter der Überschrift, „Hätte es ohne Stalin Hitler gegeben?“ den deutschen Imperialismus von der Verantwortung für den Faschismus entlastete, indem er sie Stalin zuwies. In skrupellosester Weise häufte er Lüge auf Lüge. Stalins Werk sei gewesen:

– „Die Vereitelung der antifaschistischen Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Westen“.

– „Stalin räumt Hitler die Chance ein, vor dem Überfall auf die Sowjetunion Frankreich und Großbritannien auszuschalten und die USA zu neutralisieren“.

– „Diskreditierung der westlichen kommunistischen Parteien durch den Befehl von 1939, die antifaschistische Bewegung aufzugeben“.

– „Stalin ermöglicht es Hitler, die Sowjetunion zu überrumpeln, obwohl mehrere glaubhafte Warnungen vorlagen.“

Ein anderer, genauso skrupelloser Lügen-Autor, ein Julian Semjonow, schrieb in der gleichen Sputnik-Nummer: „Die deutschen Kommunisten wagten es nicht, sich mit den Sozialdemokraten im Kampf gegen die Nazis zu vereinigen. Hätten sie dies getan, so wäre es Hitler nicht gelungen, die Reichstagswahlen zu gewinnen.“ (Abgesehen von der völligen Unkenntnis des Autors über die tatsächlichen Vorgänge und Verhältnisse in Deutschland ist für seine Vorstellungswelt auch kennzeichnend, dass er damit zum Ausdruck brachte, die Wähler, nicht die deutsche Monopolbourgeoisie, hätten Hitler an die Macht gebracht!) Aber es kommt noch schöner: „Nach China und später nach Japan wurde (Richard) Sorge offenbar deshalb geschickt, weil man befürchtete, in Deutschland könne er sich um den Zusammenschluss von Kommunisten und Sozialdemokraten, um die Herstellung der Einheitsfront bemühen.“ Als wegen dieser antikommunistischen Hetzartikel die

Verbreitung des Sputnik in der DDR verhindert wurde, kam es zu einer recht merkwürdigen Welle der Empörung. Merkwürdig deshalb, weil sich die Empörung nicht dagegen richtete, dass in einem sowjetischen Magazin antikommunistische Hetze betrieben wurde, sondern dagegen, dass die Verbreitung dieser Hetze auf staatliche Anordnung unterbunden wurde.

Ich erinnere mich an die Diskussion in unserer Parteigruppe am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften, in der ebenfalls die Empörung über das „Sputnik-Verbot“ hohe Wellen schlug. In einem Punkt waren wir uns alle einig: die amtliche Reaktion auf diese Ausgabe des Sputnik war von kaum glaublicher Dummheit und zeugte von absoluter Unfähigkeit zu realistischer Einschätzung der Massenstimmung. (Das ND vom 18./19.November 1988 verbreitete damals als ADN-Meldung eine „Mitteilung der Pressestelle des Ministeriums für Post und Fernmeldewesen“, in der es hieß, der „Sputnik“ sei von der Postzeitungsliste gestrichen worden, weil das Magazin keinen Beitrag zur Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft leiste, sondern verzerrende Beiträge zu Geschichte verbreite.) Jeder Leser fühlte sich zu Recht in beleidigender Weise verkohlt dadurch, dass sich die Partei- und Staatsführung und Erich Honecker persönlich in unwürdiger Weise hinter der Pressestelle des Postministeriums versteckte. Als ich aber meinen Genossinnen und Genossen sagte, dass ich mich dennoch darüber wundere, dass ihr Zorn und ihre Empörung sich nicht in allererster Linie gegen die Ungeheuerlichkeit antikommunistischer Propaganda und Hetze in einer sowjetischen Zeitschrift wendet, sondern gegen unsere Organe, die – wenn auch in total verkehrter Weise – gegen diese Hetze Stellung nehmen, stand ich buchstäblich völlig alleine da. „Gorbi“ hatte bereits erreicht, dass die „Partei-Intelligenz“ – meine Kollegen im Institut waren mit wenigen Ausnahmen Mitglied der SED – mit nur noch wenigen Ausnahmen die Konterrevolution verteidigte, sofern sie mit sowjetischem Signum auftrat.

Seitdem gehört die Lüge vom „Moskauer Verbot der Anti-Hitlerpropaganda“ in der Zeit nach Abschluss des Nichtangriffsvertrages bis zum Überfall auf die Sowjetunion zur Standard-Ausrüstung der als Anti-Stalinismus ausgegebenen antikommunistischen Verleumdungskampagnen.

Wie die Haltung der Sowjetunion wirklich war, das kann man auch zu dieser Frage bei Dimitroff nachlesen.

Bevor wir zu dieser Lüge die Tagebuchnotizen Dimitroffs sprechen lassen, einige Ausschnitte aus Dokumenten der KPD:

1. Aus der Erklärung des ZK der KPD vom 3.September 1939:

„Die KPD hat stets… die Auffassung vertreten, dass die Erlösung unseres Volkes von der faschistischen Diktatur nicht von außen kommt, (Krieg), sondern das Ergebnis des

Kampfes der Volksmassen… sein wird. Deshalb haben die Kommunisten seit Jahren alle Kräfte auf die Entfaltung des Massenkampfes gegen Hitlers Kriegspolitik konzentriert.“

2. Aus der Politischen Plattform der KPD vom 30.Dezember 1939:

„....Die großkapitalistischen Kräfte wälzen die ganze Last des Krieges auf die Schultern der werktätigen Massen. Die nationalsozialistische Behauptung, „dass in Deutschland fortschrittliche soziale Verhältnisse beständen, dass eine gleichmäßige Verteilung der Lasten erfolge, dass keine Kriegsgewinne zugelassen würden, dass es einen deutschen Sozialismus gäbe, entspricht nicht den Tatsachen. Es ist notwendig, den Massen den Widerspruch zwischen den nationalsozialistischen Behauptungen und den Tatsachen zum Bewusstsein zu bringen, den Schwindel über die angebliche „Volksgemeinschaft“ zu enthüllen…“ (4)

Und nun zu Dimitroffs Aufzeichnungen in seinem Tagebuch.

Unter dem Datum des 7.November 1940, dem 24. Jahrestag der Oktoberrevolution, gibt Dimitroff den Inhalt von Ausführungen Stalins gelegentlich des gemeinsamen Mittagessens der führenden Genossen wieder. Bei dieser Gelegenheit sagte Stalin auch: „Wir sind auf einen solchen Luftkampf, wie er zwischen Deutschland und England geführt wird, nicht vorbereitet. Es hat sich herausgestellt, dass unsere Flugzeuge nur 35 Minuten in der Luft bleiben können, die deutschen und englischen aber bis zu einigen Stunden! Wenn unsere Streitkräfte, das Transportwesen usw. nicht genau so stark sind wie unsere Gegner (und das sind alle kapitalistischen Staaten, auch jene, die sich als unsere Freunde ausgeben!), dann werden sie uns auffressen.“ (S.316)

Vom November 1940 an wendet sich Dimitroff in seinen Aufzeichnungen besonders häufig Bulgarien zu. Dies nicht etwa deshalb, weil ihn die Entwicklungen in seinem Heimatlande und dessen Kommunistischer Partei verständlicherweise in ganz besonderem Maße beschäftigten; nein, der Hauptgrund war, dass vom November 1940 an deutlich wurde, dass Nazideutschland sich in Bulgarien ein neues Aufmarschgebiet zu schaffen bemüht war. Das schuf eine sowohl für die Sowjetunion als auch für die Kommunistische Internationale außerordentlich komplizierte Situation. Denn zum einen mussten beide daran interessiert sein, die durch den Nichtangriffsvertrag gewonnene Atempause bis zum Ausbruch des unausweichlichen bewaffneten Zusammenstoßes möglichst bis in das Jahr 1942 hinaus auszudehnen. Das aber hieß, sowohl seitens der Sowjetunion als auch seitens der Kommunistischen Internationale strikt alles zu unterlassen, was die deutsche Führung veranlassen konnte, den geplanten Überfall auf die Sowjetunion lieber früher als später zu beginnen. Zum anderen aber musste die Sowjetunion allen Manövern

Hitlerdeutschlands entgegentreten und sie durchkreuzen, die darauf hinausliefen, die Weltöffentlichkeit glauben zu machen, die Sowjetunion billige alle ihre aggressiven, kriegstreiberischen Akte. Diese Situation erforderte sowohl von der Sowjetregierung als auch von der Führung der KI ein Höchstmaß an diplomatischem Geschick bei einer wirklich lebensgefährlichen politischen Gratwanderung.

Und natürlich erforderte dies eine ständige Abstimmung des Vorgehens beider. Das erstrangige Interesse der kommunistischen Weltbewegung war die erfolgreiche Verteidigung der Sowjetunion, und deshalb war es selbstverständlich, dass die Kommunistische Internationale und alle ihre Sektionen ihr eigenes Vorgehen mit der Führung der Sowjetunion und der KPdSU aufs Engste koordinierten. Dass damit die antikommunistische bürgerliche wie auch die sozialdemokratische und trotzkistische Propaganda die verleumderische These von der „Instrumentalisierung der Kommunistischen Internationale zu einem Instrument der sowjetischen Aussenpolitik“ begründet, kann nicht verwundern. Das gehört nun einmal zum Geschäft derer, die sich selbst zu Sprachrohren der eigenen und der USA-Regierung gegen die Sowjetunion und für die „Menschenrechts-Verteidiger“ qualifiziert haben, denen sich zu ihrer Schande auch etliche wendehälsische ehemals namhafte DDR-Historiker zugesellten.

Dimitroffs Aufzeichnungen lassen uns zu nachträglichen Zeugen der Abstimmung zum koordinierten Vorgehen von Sowjetführung und Führung der Kommunistischen Internationale in einer besonders komplizierten und gefährlichen Situation des Kampfes gegen den Faschismus werden.

Notiz vom 25. 11. 40: „Bei Molotow. Haben über Bulgarien gesprochen. Habe ihn darauf hingewiesen, dass es notwendig ist, sofort Maßnahmen zu ergreifen, damit Bulgarien nicht unter den ausschließlichen Einfluss Deutschlands gerät und nicht als dessen höriges Werkzeug ausgenutzt werden kann.

Molotow: Wir agieren in dieser Richtung. Gerade heute werden wir eine Reihe konkreter Maßnahmen diskutieren.

In Berlin“ – (Molotow war am 12. November zu Sondierungsgesprächen in Berlin gewesen) – „haben wir mit den Deutschen keinerlei Abkommen abgeschlossen und keinerlei Verpflichtungen übernommen.“ (Das war eine große Enttäuschung für die Naziführung, hatte Hitler doch am 24. 10. 1940 – wie der Generalstabschef des Heeres, Franz Halder, in seinem Tagebuch notierte -, erklärt: „Molotow wird nach Berlin kommen. Dann erwartet man Eintritt Rußlands in den Dreierpakt.“ (5) „Die Deutschen bearbeiten jetzt die Türkei… Was die Türkei machen wird, kann man schwer vorhersehen. Aber wir beobachten aufmerksam, was dort und um die Türkei herum geschieht. Die Deutschen wollen die Sache so darstellen, als hätten wir ihre

Pläne auf dem Balkan gebilligt. Dies haben wir anlässlich des Beitritts Ungarns zum Dreimächtepakt öffentlich dementiert. Nun werden alle erfahren, dass wir keineswegs zugestimmt haben.

Dimitroff: Wir streben die Zersetzung der deutschen Okkupationstruppen in verschiedenen Ländern an, und diese Aktivitäten wollen wir, ohne es an die große Glocke zu hängen, noch verstärken. Wird das die sowjetische Politik nicht behindern?

Molotow: Selbstverständlich muss man das tun. Wir wären keine Kommunisten, wenn wir diesen Kurs nicht einhalten würden. Nur muss es lautlos geschehen."

Dimitroff fährt fort: „Gerade in die Komintern zurückgekehrt, wurde ich zu Stalin bestellt…. Stalin: Heute unterbreiten wir den Bulgaren den Vorschlag, einen Beistandspakt zu schließen. Wir bieten keine Garantien an…, sondern einen Pakt über gegenseitigen Beistand…. Wenn die Bulgaren diesen Vorschlag von uns nicht annehmen, werden sie völlig in die Klauen der Deutschen und Italiener fallen und dann zugrunde gehen…. Es ist ein Fehler, anzunehmen, England sei geschlagen. Es verfügt im Mittelmeerraum über starke Streitkräfte. Es steht unmittelbar an den Meerengen. Nach der Eroberung der griechischen Inseln hat England seine Position in dieser Region gestärkt. Unsere Beziehungen zu den Deutschen sind nach außen hin höflich, doch gibt es zwischen uns ernst zu nehmende Reibungen. Der Vorschlag ist heute der bulgarischen Regierung übergeben worden… Dieser Vorschlag muss der breiten Öffentlichkeit Bulgariens bekannt gemacht werden." (S.320/21).

Allerdings bedurfte es dafür - wie aus der nachfolgenden Notiz Dimitroffs ersichtlich,- noch genauerer Hinweise, um den gewünschten Erfolg unter den besonderen, komplizierten internationalen Bedingungen nicht zu gefährden:

14.12. 40: Eine Direktive an das ZK (Sofia) geschickt. Die Kampagne über den Pakt darf keinen parteilichen, antibürgerlichen, antidynastischen und antideutschen Charakter tragen. Man darf sie nicht auf klassenmäßiger, sondern muss sie auf allgemeinnationaler und staatlicher Grundlage führen." (S.325).

Unter dem 27.11.1940 notierte Dimitroff: „…Der patriotische, antideutsche Geist der Tschechen ist nicht gebrochen. Ungeheurer Hass der Tschechen gegen das nationalsozialistische Deutschland. In dieser Atmosphäre ist die nationale Solidarität der Tschechen augenscheinlich geworden. Eine sehr kleine Schicht ist bewusst in den Dienst der Deutschen getreten." (S.323).

Notiz vom 12.1.1941: „Habe Molotow angerufen wegen des möglichen Einmarschs der deutschen Truppen in Bulgarien. Er versprach, mit Stalin ein Treffen in dieser Sache zu vereinbaren. Molotow sagte: „Wir haben die TASS-Erklärung

veröffentlicht, dass der Durchmarsch deutscher Truppen durch Bulgarien nicht mit uns abgestimmt ist. Vorerst unternehmen wir nichts weiter.“ (S.331).

Zum gleichen Problem folgt auf S. 332/33 Dimitroffs Notiz: „Habe Stalin einen persönlichen Brief geschickt: ‚Lieber Gen. Stalin,

Ich bitte Sie sehr, mich wegen der Frage, welche Linie die bulgarische KP im Zusammenhang mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Bulgarien verfolgen soll, zu empfangen. Der vorbereitete Einmarsch deutscher Truppen in Bulgarien stellt die bulgarische KP vor eine außerordentlich schwere und komplizierte Aufgabe. Die KP, die im Land über einen gewaltigen Einfluss verfügt, kann diese Aktion von Seiten Deutschlands, die mit Zustimmung oder Duldung der bulgarischen Regierung erfolgt, natürlich nicht mit Stillschweigen übergehen. Doch die Frage ist: wie und womit soll sie reagieren und welche konkrete Position soll sie einnehmen?

Meines Erachtens muss die KP entschieden gegen die Entsendung deutscher Truppen nach Bulgarien auftreten, unter welchem Vorwand diese Entsendung auch immer erfolgt; dabei muss sie darauf hinweisen, dass eine solche Verletzung der Neutralität Bulgariens die Verstrickung des bulgarischen Volkes in einen Krieg für fremde Interessen nach sich zieht und die Gefahr birgt, dass das Territorium Bulgariens zu einem Kriegsschauplatz und die selbständige Existenz des Landes aufs Spiel gesetzt wird. Gleichzeitig muss sie die Verantwortung von Zar Boris und der Regierung entlarven, die durch ihre Ablehnung des sowjetischen Paktvorschlags diese Entwicklung unmittelbar verschuldet haben, und sie muss in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit eines Beistandspaktes zwischen Bulgarien und der UdSSR noch stärker betonen.

Durch Verbreitung der TASS-Erklärung muss die KP den von Regierungskreisen an den Massen verübten Betrug entkräften, dass die Entsendung der Truppen angeblich mit der UdSSR abgestimmt worden sei. Die KP muss außerdem eine Massenbewegung gegen die Errichtung eines Okkupationsregimes (im Lande) und gegen die Vereinnahmung von ökonomischen und Nahrungsmittelressourcen initiieren und unbedachte Aktionen, provokatorische Maßnahmen und bewaffnete Zusammenstöße vermeiden.

Mit kameradschaftlichem Gruß, G. Dim‘.

Nachts um zwei rief Stalin mich an: ‚Ich habe Ihren Brief gelesen. Ich bin mit Ihrer Haltung einverstanden. Man muss entlarven und Provokationen vermeiden. Solche Handlungen würden es den Deutschen lediglich erleichtern, das Land zu okkupieren… Die Partei soll nicht als Gehilfe der Sowjetunion fungieren, sondern in ihrem Namen auftreten. Die bulgarische Regierung verschweigt unsere Erklärung. Wir werden sie auf Bulgarisch im Radio senden.‘ “

21. 1. 41: „Mit Molotow über Bulgarien und andere Fragen gesprochen. Molotow teilte mit, die sowjetische Regierung habe gegenüber der deutschen Regierung erklärt, dass Bulgarien und die Meerengen zur sowjetischen Sicherheitszone gehören.“ (S.337).

4. 3. 41: „Veröffentlichung des Kommuniqués der sowjetischen Regierung, in dem die Politik der bulgarischen Regierung und die Billigung des Einmarsches der deutschen Truppen verurteilt werden.“ (S.354).

Etwa zur gleichen Zeit, da sich Deutschland um die Einbeziehung Bulgariens in das Aufmarschgebiet seiner Armeen zu bemühen begann, knüpfte es Fäden nach Belgrad, um zu erreichen, dass sich Jugoslawien dem Block der „Dreierpakt Mächte“ anschloss. (6) Als am 25. März 1941 die reaktionäre jugoslawische Regierung dem Antikomintern-Pakt (7) beitrat, konnten Hitler und die Wehrmachtsführung schon glauben, nun stünde der Einhaltung der Hitlerschen Terminplanung für den Überfall auf die Sowjetunion nichts mehr im Wege. Am 31. Juli 1940 hatte Hitler seinen Generalen verkündet: „Entschluss: Im Zuge dieser Auseinandersetzung muss Rußland erledigt werden. Frühjahr 1941.“(8) Diese Planung des Weltherrschafts-Aspiranten Hitler wurde durch die antifaschistischen Kräfte in Jugoslawien durchkreuzt. Dimitroff notiert in seinem Tagebuch: „27.3.4: Antideutscher Militärputsch in Jugoslawien.“ (S.363).

Natürlich wurde diese Nachricht in Moskau mit großer Freude und Genugtuung aufgenommen, musste das Scheitern der Einbeziehung Jugoslawiens in das deutsche Aufmarschgebiet doch auf jeden Fall dazu führen, die Atempause für die Sowjetunion zu verlängern. Die weitere Entwicklung komplizierte aber auch die ohnehin äußerst schwierige Aufgabe, die antideutschen und antifaschistischen Kräfte so zu unterstützen, dass daraus dem Bemühen um eine möglichst lange Aufrechterhaltung der Wirksamkeit des Nichtangriffs-vertrages nicht entgegengewirkt wurde. Die Aufzeichnungen Dimitroffs über den Austausch von Berichten und Weisungen zwischen der KP Jugoslawiens und Dimitroff zeigen sehr eindrucksvoll, wie um den richtigen Weg zur Lösung dieses schwierigen Problems gerungen wurde: „28.3.41: Vom ZK der jugoslawischen Partei ein Telegramm über ihre Haltung zu den Ereignissen in Jugoslawien erhalten. Die Partei organisiert den allgemeinen Widerstand gegen den deutsch-italienischen Einfall in Jugoslawien und gegen die Versuche Englands, Jugoslawien im Krieg auf seine Seite zu bringen. Das Volk übt auf die neue Regierung Druck aus, Forderung nach Aufkündigung des Wiener Vertrages und Abschluss eines Beistandspaktes mit der UdSSR. Wachsamkeit gegenüber der neuen Regierung.“ (S.364).

„29.3. 41: Abends bei Wjatscheslaw Michailowitsch (Molotow) im Kreml. Haben uns über Jugoslawien unterhalten. (Molotow): Es ist nicht zweckmäßig,

Straßendemonstrationen zu organisieren. Die Engländer würden das ausnutzen. Die innere Reaktion ebenfalls. Die Kader der kommunistischen Bewegung würden zerschlagen .- In der jetzigen Situation muß man die Kräfte sammeln und sich vorbereiten.- Nicht lärmen, nicht herumschreien, sondern konsequent sein Ziel verfolgen. - Das sollte man auch den jugoslawischen Genossen raten… Die jugoslawische Geschichte war eine Ohrfeige für die Deutschen. .. Habe zur Übermittlung nach Jugoslawien (an das ZK der KP) vorbereitet: ´Wir raten dringend, sich in der gegenwärtigen Etappe darauf zu beschränken, den Massen Ihre Haltung nachdrücklich und überzeugend klarzumachen, von Straßendemonstrationen jedoch Abstand zu nehmen und unter allen Umständen bewaffnete Zusammenstöße zwischen den Massen und der Staatsmacht zu vermeiden. Geben Sie keinen augenblicklichen Stimmungen nach. Lassen Sie sich nicht zu lautstarken und allein auf den äußeren Effekt ausgerichteten Aktionen hinreißen und konzentrieren Sie sich voll und ganz auf die Propagierung unserer Prinzipien und Losungen sowie unserer kommunistischen Politik; auf die Stärkung der Partei, auf die Einigung und Organisierung der Kräfte der Arbeiterklasse, der Bauernmassen und der werktätigen Bevölkerung der Städte sowie die allseitige Entfaltung dieser Kräfte; konzentrieren Sie sich auf die Stärkung des Einflusses der Partei in der Armee und unter der Jugend. Preschen Sie nicht vor. Lassen Sie sich nicht durch den Feind provozieren. Sie dürfen die Avantgarde des Volkes nicht gefährden und sie nicht vorzeitig ins Feuer schicken.. Der Augenblick für Entscheidungskämpfe mit dem Klassenfeind ist noch nicht gekommen. Ständig Aufklärungsarbeit zu leisten und sich selbst und die Massen gründlich vorzubereiten – darin besteht jetzt die Aufgabe der Partei. Nehmen Sie das zur Kenntnis und handeln Sie entsprechend. Bestätigen Sie den Empfang. Informieren Sie uns regelmäßig.‘ “ (S.365).

„2.4.41: Haben an das ZK in Sofia eine Warnung im Zusammenhang mit den antiserbischen Demonstrationen geschickt – ‚…Die Verwicklung Bulgariens in den Krieg gegen Jugoslawien ist nicht nur ein Akt schäbigen Verrats gegenüber dem benachbarten Brudervolk, sondern bedeutet auch für das bulgarische Volk selbst, dass es endgültig zu einem Knecht des deutschen Imperialismus wird, der sein Blut für fremde Interessen vergießt und das eigene Land schrecklicher Zerstörung und Vernichtung preisgibt. Entfalten Sie eine Kampagne in diesem Sinne und lassen Sie sich durch den Feind nicht provozieren.‘ “ (S.367).

„4.4.41: … Unsere Direktive ist in Jugoslawien angekommen. Der Vertrag zwischen Jugoslawien und der UdSSR wurde in der Nacht vorbereitet.“ (S.368).

„5.4.41: … In der Nacht wurde der (Freundschafts- und Nichtangriffs-) Vertrag mit Jugoslawien unterzeichnet.“ (S. 369)

„6.4.41: Der Vertrag mit Jugoslawien wurde zusammen mit einem Foto veröffentlicht, auf dem die jugoslawische Delegation mit Molotow, Stalin u .a. abgebildet ist. Deutschland hat Jugoslawien und Griechenland den Krieg erklärt.“ (S.369)

„9.4.41: Mit Shdanow wegen des Aufrufs der KI zum 1. Mai gesprochen. – Wir halten es nicht für zweckmäßig, dass die Komintern unter den gegenwärtigen Bedingungen zum 1. Mai mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit tritt. (Eine ausführliche Analyse vorzulegen würde bedeuten, in einigen Punkten unsere eigenen Karten aufzudecken, den Feinden Gelegenheit zu geben, dies gegen uns auszunutzen usw.) – Die Ereignisse auf dem Balkan ändern nichts an unserer generellen Einstellung zum imperialistischen Krieg und zu den beiden kriegführenden kapitalistischen Gruppierungen. Wir billigen die deutsche Expansion auf dem Balkan nicht. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir vom Pakt mit Deutschland abgehen und uns auf die Seite Englands schlagen. Die Leute von uns, die so denken, unterschätzen die selbständige Rolle und Macht der Sowjetunion. Sie denken, man müsse sich entweder auf die eine oder auf die andere imperialistische Gruppierung orientieren, aber das ist grundfalsch.“ (S.370)

„18.4.41: Telefonat mit Shdanow wegen unserer Direktive zur Durchführung des 1. Mai. Er teilte mit, Jossif Wissarionowitsch (Stalin) habe angemerkt, man müsse zwischen den verschiedenen Ländern unterscheiden: den kriegführenden, den nichtkriegführenden, den besetzten Ländern usw.- Bezüglich der Grundaussagen (‚Der imperialistische Krieg ist Sache der Imperialisten; der Völkerfrieden Sache der Arbeiterklasse und der Völker‘, ‚Der Krieg des griechischen und jugoslawischen Volkes gegen die imperialistischen Aggressoren ist ein gerechter Krieg‘ usw.) habe er keine Bedenken.“ (S.373).

Mit der Feststellung vom gerechten Krieg des griechischen und des jugoslawischen Volkes ist ein erster Schritt weg von der pauschalen Beurteilung des zweiten Weltkrieges als imperialistischer und damit ungerechter Krieg von Seiten aller kriegführenden Staaten und hin zur Beurteilung des Krieges gegen das faschistische Deutschland als gerechter Krieg getan. Aber erst in seiner Rede am 9. Februar 1946 zog Stalin im Rückblick auf den Krieg und die Vorkriegsperiode die Schlussfolgerung: „Angesichts dessen nahm der zweite Weltkrieg gegen die Achsenmächte zum Unterschied vom ersten Weltkrieg gleich bei Beginn den Charakter eines antifaschistischen, eines Befreiungskrieges an…Der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen die Achsenmächte konnte lediglich den antifaschistischen und Befreiungscharakter des zweiten Weltkrieges verstärken und hat ihn auch wirklich verstärkt.“ (9)

Eine solche Beurteilung schon zu Beginn des Krieges zu geben, war unmöglich. Sie konnte erst gegeben werden, nachdem all die nicht wenigen Versuche der reaktionären Kräfte in den USA und England, doch noch zu einem Sonderfrieden mit Hitlerdeutschland zu gelangen, um dem die Hände für einen Einfrontenkrieg gegen die Sowjetunion frei zu machen, nicht vermocht hatten, die Anti-Hitler-Koalition zu sprengen. Erst der gemeinsame Sieg über die Achsenmächte erlaubte es, den Krieg gegen sie von Anfang bis Ende als gerechten, antifaschistischen Krieg einzuschätzen.

Aber wir haben vorgegriffen. Zurück also zu den Notizen Dimitroffs.

„23.4.41: … Allgemeine Schlussfolgerungen: Die Ereignisse auf dem Balkan beschleunigen die Beendigung des Krieges nicht, sondern verlängern und verstärken ihn vielmehr. Der Weltkrieg ist ein langwieriger Krieg. Die Flamme des Krieges nähert sich immer mehr den Grenzen der Sowjetunion, die sich nach Kräften auf alle möglichen >Überraschungen< vorbereiten muss. Die Sowjetunion bekommt in Bezug auf den Westen immer mehr die Hände frei.“ (S.376).

„5.5.41: Abends im Kreml Festsitzung der Absolventen der Militärakademie und anschließend Empfang. Auf der Festsitzung hielt J.W. (Stalin) eine Rede. ‚… Warum wurde Frankreich zerschlagen, warum erleidet England Niederlagen und warum haben die Deutschen Erfolge zu verzeichnen? Die Hauptursache ist, dass Deutschland, als besiegtes Land, neue Mittel und Wege gesucht und gefunden hat, um die schwierige Lage zu überwinden, in die es nach dem Ersten Weltkrieg geraten war. Es hat eine Armee und Kader geschaffen und reichlich aufgerüstet, vor allem Artillerie und die Luftwaffe. Frankreich und England unterdessen gerieten nach ihren Erfolgen in einen Siegestaumel, prahlten mit ihrer Macht und ließen es an der notwendigen militärischen Vorbereitung fehlen…. Eine Armee, die sich für unbesiegbar und weitere Vervollkommnung für unnötig hält, ist zum Untergang verurteilt.

Ist die deutsche Armee unbesiegbar? Nein. Sie ist nicht unbesiegbar. Erstens hat Deutschland den Krieg unter der Losung „Befreiung von Versailles“ begonnen. Und es konnte auf das Wohlwollen jener Völker zählen, die unter dem Versailler System litten. Aber jetzt setzt Deutschland den Krieg unter dem Banner der Unterwerfung, der Unterdrückung anderer Völker, unter dem Banner der Hegemonie fort. Das ist ein großes Minus für die deutsche Armee. Sie verfügt nicht mehr über das bisherige Wohlwollen einer Reihe von Ländern und Völkern, sondern hat im Gegenteil viele von ihr okkupierten Länder gegen sich aufgebracht. Eine Armee, die auf feindlichem Boden kämpfen muss und im Hinterland feindliche Territorien und Massen hat, ist ernsthaften Gefahren ausgesetzt. Das ist das andere Minus für die deutsche Armee. Außerdem beginnen die deutschen Führer bereits an Größenwahn zu leiden. Sie glauben, sie könnten alles, ihre Armee sei stark genug, und es sei nicht notwendig, sie

weiter zu vervollkommnen. All dies zeigt, dass die deutsche Armee nicht unbesiegbar ist…. Unsere Armee muss ständig stärker werden, sich vervollkommnen. Und unsere Militärschulen müssen mit ihr Schritt halten und dürfen nicht zurückbleiben…. Unsere Politik des Friedens und der Sicherheit ist gleichzeitig eine Politik der Kriegsvorbereitung. Es gibt keine Verteidigung ohne Angriff. Man muss die Armee im Geiste des Angriffs erziehen. Man muss sich auf den Krieg vorbereiten.‘ “ (S.380 ff.).

„21.6.41: Im Telegramm von Tschou En-lai aus Chongqing nach Yan‘ an (an Mao Tse-tung) wird unter anderem darauf hingewiesen, dass Tschiang Kai-schek hartnäckig behauptet, Deutschland werde die UdSSR überfallen, und er nennt sogar das Datum – den 21.6.41! Die Gerüchte über den bevorstehenden Überfall mehren sich von allen Seiten. Man muss auf der Hut sein… Am Morgen rief ich Molotow an. Ich bat ihn, mit Jossif Wissarionowitsch die Lage und die notwendigen Weisungen für die kommunistischen Parteien zu besprechen.

Molotow: Die Lage ist unklar. Es wird ein großes Spiel gespielt. Nicht alles hängt von uns ab. Ich werde mit J.W. reden. Wenn es irgendetwas Besonderes gibt, rufe ich an!“ (S.392).

„22.6.41: Sonntag. Um 7 Uhr morgens wurde ich dringend in den Kreml beordert. Deutschland hat die UdSSR überfallen. Der Krieg hat begonnen … In Stalins Arbeitszimmer sind Molotow, Woroschilow, Kaganowitsch, Malenkow.

Stalin zu mir: ‚Sie haben uns angegriffen, ohne irgendwelche Forderungen zu stellen, ohne irgendwelche Verhandlungen zu verlangen, haben uns niederträchtig überfallen, wie Räuber. Nach dem Überfall, nach der Bombardierung von Kiew, Sewastopol, Shitomir und anderen Orten erschien Schulenburg (der deutschen Botschafter) mit der Erklärung, dass Deutschland sich durch die Konzentration sowjetischer Truppen an der Ostgrenze bedroht fühlte und Gegenmaßnahmen ergriffen habe. Die Finnen und Rumänen sind auf Seiten der Deutschen. Bulgarien nimmt die Vertretung der Interessen Deutschlands in der UdSSR wahr‘. Nur die Kommunisten können die Faschisten besiegen…“ Erstaunlich sind die Ruhe, Festigkeit und Zuversicht Stalins und aller anderen.“ (S. 392).

Man erinnere sich an dieser Stelle an das bösartige Lügen-Bild, das Chruschtschow den Delegierten des XX. Parteitages vorsetzte von einem Stalin, der nach dem Überfall verzweifelt und kopflos war, alles verloren gab und sich „über lange Zeit“ auf seine Datsche flüchtete und sich um nichts mehr kümmerte! Es ist ganz erstaunlich, dass dieses Bild noch heute als das wahre Bild von Stalin zu Kriegsbeginn auch in den kommunistischen Parteien überlebt hat, obwohl schon 1969 in Moskau Marschall Shukows Erinnerungen erschienen sind, die in aller Deutlichkeit

die Lügenhaftigkeit der Chruschtschowschen Darstellung nachweisen; es genügt hier, nur die folgende Passage aus Shukows Buch zu zitieren: „Stalin war ein willensstarker Mensch und kein Feigling….Nach dem 22. Juni 1941 hat Stalin während des ganzen Krieges mit dem Zentralkomitee der Partei und der Sowjetregierung fest und sicher das Land, die militärischen Operationen und die internationalen Angelegenheiten geleitet.“ (10)

Wie ist es zu erklären, dass selbst in kommunistischen Parteien wie der DKP keinerlei Bemühungen festzustellen sind, wenigstens die offenkundigsten der Chruschtschowschen Geschichtsfälschungen als solche nachzuweisen und ihnen die geschichtliche Wahrheit entgegenzustellen? Wäre es dazu nicht endlich an der Zeit, zehn Jahre nach dem Sieg der Konterrevolution? Wäre der doch ohne die auf dem XX. Parteitag begonnene Umschreibung der Geschichte des Sozialismus – und zwar nicht nur der Geschichte der UdSSR, sondern aller sozialistischen Länder und ganz besonders auch der DDR! – als Abfolge schlimmster Verbrechen nicht möglich gewesen!

4. Dimitroff zur Auflösung der III. Internationale

In einer Diskussion mit namhaften Genossen der DKP über die Auflösung des Kommunistischen Informationsbüros durch Chruschtschow, in der ich diese Auflösung als eine der Maßnahmen bezeichnete, mit denen Chruschtschow anstelle des marxistisch-leninistischen Prinzips des proletarischen Internationalismus dem von der Tito-Partei propagierten „Nationalkommunismus“ Eingang in die Kommunistische Bewegung verschaffte, wurde mir entgegnet: „Dann musst Du diesen Vorwurf erst recht gegen Stalin erheben, denn der hat, ohne jemanden zu fragen, 1943 eigenmächtig die Auflösung der Kommunistischen Internationale angeordnet und damit der kommunistischen Bewegung einen schweren Schlag versetzt!“ Diese Sicht auf die Komintern-Auflösung ist ebenso wie in der DKP in der PDS und natürlich erst recht bei allen auf Trotzki eingeschworenen Parteien und Grüppchen als vorherrschend vorzufinden Sie hat mit der Wahrheit aber ebenso wenig zu tun wie die in den beiden vorangegangenen Teilen behandelten und mit Hilfe der Dimitroff-Tagebuch-Eintragungen widerlegten Legenden.

Wie es wirklich war, das erfahren wir ebenfalls von Dimitroff.

Zur Vorgeschichte gehört ein USA-Gesetz, das vom Präsidenten Roosevelt am 17.Oktober 1940 unterzeichnet wurde. Dieses Gesetz untersagte Organisationen in den USA jegliche internationale Einbindung. Damit drohte der Kommunistischen Partei der USA wegen ihrer Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale das Verbot. Ihr damaliger General-sekretär, Earl R. Browder, saß zu diesem Zeitpunkt im Gefängnis. Er war im Januar 1940 wegen „Passvergehen“ zu einer vierjährigen

Gefängnisstrafe verurteilt worden. Auf seinen Vorschlag richtete die Partei eine Anfrage an das EKKI – das Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale - ob es nicht angebracht sei, dem Verbot der Partei durch die Lösung der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale zu entgehen. (11) Auf diese Anfrage bezieht sich offenbar die folgende Aufzeichnung im Tagebuch Dimitroffs:

16. 11. 40: Ercoli, (d. i. Togliatti), Marty und Gottwald bei mir wegen der Anfrage der KP Amerikas im Zusammenhang mit deren außerordentlichem Parteitag. Einigten uns auf folgende Antwort: „Wenn es unbedingt erforderlich ist, einen Beschluss in der Frage der Zugehörigkeit (der Organisation zur Komintern) zu fassen, dann muss ein solcher die Treue der Partei zum Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus gerade in dem Moment unterstreichen, in dem die Partei gezwungen ist, die formellen Beziehungen zur KI zeitweilig abzubrechen, um die Möglichkeit zu wahren, legal zu arbeiten.“ (S.319)

Fünf Monate später, im April 1941 berichtet Dimitroff über eine Äußerungen Stalins im Kreise führender Genossen: 20. 4.41: Es wurde auch auf meine Gesundheit getrunken. Aus diesem Anlass sagte J.W. (Stalin): Bei Dimitroff in der Komintern treten Parteien aus (Anspielung auf die amerikanische Partei). Das ist nicht schlecht. Im Gegenteil, man sollte die kommunistischen Parteien zu völlig eigenständigen Parteien machen anstatt zu Sektionen der KI. Sie müssen nationale kommunistische Parteien werden, mit verschiedenen Bezeichnungen – Arbeiterpartei, marxistische Partei usw. Der Name ist nicht wichtig. Wichtig ist, dass sie in ihrem Volk Fuß fassen und sich auf ihre eigenen spezifischen Aufgaben konzentrieren. Sie müssen ein kommunistisches Programm haben, müssen sich auf eine marxistische Analyse stützen, nicht immer nach Moskau blicken, sondern die im jeweiligen Land anstehenden konkreten Aufgaben selbständig lösen… Denn die Situation und die Aufgaben sind in den verschiedenen Ländern völlig unterschiedlich. …Wenn die kommunistischen Parteien auf diese Weise erstarkt sind, dann können sie ihre internationale Organisation wiederherstellen.

Die Internationale wurde zu Marx‘ Zeiten in Erwartung der nahenden internationalen Revolution gegründet. Die Komintern wurde unter Lenin geschaffen, ebenfalls in einer solchen Periode. Jetzt rücken nationale Aufgaben für jedes Land in den Vordergrund. Dass jedoch die kommunistischen Parteien als Sektionen einer internationalen Organisation dem Exekutivkomitee der KI unterstehen, ist ein Hindernis… Halten Sie nicht an dem fest, was gestern war. Berücksichtigen Sie konsequent die neu entstandenen Bedingungen…. Unter den jetzigen Bedingungen erleichtert die Zugehörigkeit der kommunistischen Parteien zur Komintern es der Bourgeoisie, sie zu verfolgen, und begünstigt ihren Plan, sie von den Massen des

eigenen Landes zu isolieren; die kommunistischen Parteien werden daran gehindert, sich eigenständig zu entwickeln und ihre Aufgaben als nationale Parteien zu lösen…

Dimitroffs Schlussfolgerung: Die Frage nach der Weiterexistenz der KI in nächster Zeit und nach den neuen Formen der internationalen Verbindungen und der internationalen Arbeit unter den Bedingungen des Weltkrieges ist klar und deutlich gestellt worden. (S.374 f.)

Zur Beratung über diese Frage setzte sich Dimitroff mit führenden Genossen des EKKI zusammen: 21. 4. 41: Habe Ercoli und Maurice (Thorez) mit der Frage konfrontiert, ob das EKKI seine Tätigkeit als führende Instanz für die kommunistischen Parteien in der nächsten Zeit einstellen und den einzelnen kommunistischen Parteien völlige Selbständigkeit gewährt werden solle; ob man sie in wirkliche nationale Parteien der Kommunisten der einzelnen Länder umwandeln solle, die sich zwar von einem kommunistischen Programm leiten lassen, ihre konkreten Aufgaben aber auf ihre Weise lösen, den Verhältnissen in ihren Ländern entsprechend, und die selber Verantwortung für ihre Entscheidungen und ihr Handeln tragen. Anstelle des EKKI – ein Organ zur Information und zur ideologischen und politischen Unterstützung der kommunistischen Parteien. Beide meinten, diese Fragestellung sei im Grunde richtig und entspreche völlig der gegenwärtigen Situation der internationalen Arbeiterbewegung. (S.375)

Kurze Zeit später führte Dimitroff mit weiteren Genossen, wie D.S.Manuilski und A.A. Shdanow, weitere Beratungen über diese Frage durch: „12. 5. 41: Diskutierten mit D. S. Manuilski darüber, wie der Beschluss über die Einstellung der Tätigkeit des EKKI begründet werden soll. Mit dieser Umgestaltung sind zahlreiche unklare und schwierige Fragen verbunden. Im ZK (bei Shdanow). Haben über die Komintern gesprochen.

1) Der Beschluss muss prinzipiell begründet sein, da man dem Ausland wie auch unseren sowjetischen Kommunisten gegenüber eine stichhaltige Erklärung für einen solchen Schritt liefern muss. Die Komintern hat eine große Geschichte, und plötzlich hört sie auf, als einheitliches internationales Zentrum zu existieren und zu handeln. In dem Beschluss müsste man im Voraus alle möglichen Schläge des Gegners in Betracht ziehen, z.B., dass es sich hierbei angeblich um ein Manöver handele oder die Kommunisten dem Internationalismus und der internationalen proletarischen Revolution abgeschworen hätten. Unsere Argumentation muss so sein, dass sie zu einem Aufschwung bei den kommunistischen Parteien führt und nicht etwa Grabesstimmung und Unsicherheit auslöst. … Die Ideen der Kommunistischen Internationale sind in den Reihen der führenden Schichten der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staaten tief verwurzelt. In der gegenwärtigen Etappe ist es erforderlich, das sich die kommunistischen Parteien als selbständige nationale

Parteien entwickeln. Nach einer Blütezeit der nationalen kommunistischen Bewegung in den einzelnen Ländern wird in der nächsten Etappe auf festerer und breiterer Basis eine internationale kommunistische Organisation wiedererstehen. Man muss deutlich machen, dass die Auflösung des EKKI keine Absage an die internationale proletarische Solidarität bedeutet. Im Gegenteil – es ändern sich nur ihre Erscheinungsformen und Methoden, damit die Formen und Methoden der gegenwärtigen Etappe der internationalen Arbeiterbewegung besser entsprechen.

2) Dieser Schritt muss absolut ernsthaft und konsequent sein. Man darf nicht die Kleidung wechseln, alles andere aber beim alten lassen, d. h. dass das EKKI zwar aufgelöst wird, tatsächlich jedoch in anderer Form als international leitendes Zentrum weiter besteht.

3) Sehr wichtig ist die Frage, auf wessen Initiative hin das geschieht: auf eigene Initiative der Leitung oder auf Vorschlag einer Reihe kommunistischer Parteien. Letzteres ist wahrscheinlich besser.

4) Die Sache ist nicht eilig; man sollte sie nicht übereilen, sondern ernsthaft diskutieren und vorbereiten. Drei Fragen bedürfen der Diskussion: a) wie soll man es prinzipiell begründen; b) auf wessen Initiative ist der Beschluss zu fassen; c)das Erbe der KI, wie geht es weiter?

5. Auf jeden Fall kann die kommunistische Bewegung mit diesem Schritt große Vorteile erreichen: alle Antikominternpakte verlieren ihre Grundlage; der größte Trumpf der Bourgeoisie wird hinfällig: dass nämlich die Kommunisten einem ausländischen Zentrum unterstünden und damit „Verräter“ seien; die KP wird in jedem Land ihre Selbständigkeit stärken und sich in eine wirkliche Volkspartei ihres Landes verwandeln; der Eintritt jener Arbeiter-Aktivisten in die KP wird erleichtert, die jetzt nicht eintreten wollen, weil sie der Meinung sind, dass sie sich dadurch von ihrem Volk entfremden.“ (S.386 f.)

Sechs Wochen vor dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion war also, wie man sieht, die Auflösung der KI schon so gut wie beschlossen. Der Beginn des Vaterländischen Krieges gegen das faschistische Deutschland rückte begreiflicherweise nun ganz andere Fragen in den Vordergrund. Außerdem gewann die Anleitung der kommunistischen Parteien durch das EKKI unter den völlig veränderten Bedingungen des Bündnisses der Sowjetunion mit England und den USA für eine gewisse Zeit noch einmal eine große Bedeutung, wie im nächsten Abschnitt zu zeigen sein wird.

Erst nach dem großen Sieg der Roten Armee in der Stalingrader Schlacht, mit dem die Armeen des faschistischen Deutschland endgültig auf den Weg der Niederlage gezwungen worden waren, im Mai 1943, findet sich in Dimitroffs Tagebuch wieder

die erste Eintragung seit dem faschistischen Überfall, die sich mit der Auflösung der Kommunistischen Internationale beschäftigt:

„8.5.43: Nachts mit Manuilski bei Molotow. Haben uns über die Zukunft der Komintern unterhalten. Sind zu dem Schluss gekommen, dass die Komintern als Führungszentrum für die kommunistischen Parteien unter den gegenwärtigen Bedingungen ein Hindernis für ihre selbständige Entwicklung und die Erfüllung ihrer speziellen Aufgaben ist. Ein Schriftstück zur Auflösung dieses Zentrums wird erarbeitet.“

Von diesem 8. Mai 1943 an bis zum 22. Mai vergeht fast kein Tag, an dem in Dimitroffs Tagebuch keine Notiz über Beratungen zu dieser Frage verzeichnet ist. Am 11. Mai 43 wurde ein von Dimitroff und Manuilski verfasster Entwurf einer Erklärung des EKKI-Präsidiums Stalin zur Kenntnis gebracht, der damit einverstanden war. Dieser Entwurf wurde im EKKI-Präsidium mehrfach beraten und am 20. Mai in die endgültige Fassung gebracht, am 21. Mai auch vom Politbüro der KPdSU einstimmig akzeptiert und am 22. Mai 1943 in der Prawda (mit Datum vom 15. Mai) veröffentlicht. (12) Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Die historische Rolle der kommunistischen Internationale die im Jahre 1919 im Ergebnis des politischen Zusammenbruchs der überwältigenden Mehrheit der alten Arbeiterparteien der Vorkriegszeit entstanden war, bestand darin, dass sie die Lehren des Marxismus vor ihrer Verflachung und Verdrehung seitens der opportunistischen Elemente der Arbeiterbewegung verteidigte, in einer Reihe von Ländern den Zusammenschluss der Vorhut der fortgeschrittenen Arbeiter in wahrhaften Arbeiterparteien förderte, ihnen half, die Massen der Werktätigen zu mobilisieren zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen, zum Kampf gegen den Faschismus und den von ihm vorbereiteten Krieg, zur Unterstützung der Sowjetunion als Hauptstütze gegen den Faschismus. Die Kommunistische Internationale hat zur rechten Zeit die wahre Bedeutung des „Antikominternpaktes“ enthüllt, dessen sich die Hitleristen als Werkzeug zur Vorbereitung des Krieges bedienten. Sie hat lange vor dem Kriege unermüdlich die schändliche Wühlarbeit der Hitleristen in den anderen Staaten entlarvt, die diese mit ihrem Geschrei über eine angebliche Einmischung der Kommunistischen Internationale in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten maskierte.

Noch lange vor dem Kriege wurde es immer klarer, dass mit der zunehmenden Komplizierung sowohl der inneren als auch der internationalen Situation der einzelnen Länder die Lösung der Aufgaben der Arbeiterbewegung jedes einzelnen Landes durch die Kräfte irgendeines internationalen Zentrums auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen wird.

Dieser Unterschied der historischen Wege der Entwicklung der einzelnen Länder der Welt, der unterschiedliche Charakter, ja sogar die Gegensätzlichkeit ihres gesellschaftlichen Aufbaus, der Unterschied im Niveau und im Tempo ihrer gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, schließlich der Unterschied im Grade des Bewusstseins und der Organisiertheit der Arbeiter bedingen auch, dass vor der Arbeiterklasse der einzelnen Länder verschiedene Aufgaben stehen. Der ganze Verlauf der Ereignisse im verflossenen Vierteljahrhundert und die von der Kommunistischen Internationale gemachte Erfahrung haben überzeugend gezeigt, dass die Organisationsform, die vom I. Kongress der Kommunistischen Internationale zur Vereinigung der Arbeiter gewählt wurde und die den Anforderungen der Anfangsperiode der Wiedergeburt der Arbeiterbewegung entsprach, mit dem Wachstum der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern und der Komplizierung ihrer Aufgaben sich immer mehr überlebte, ja sogar zu einem Hindernis für die weitere Stärkung der nationalen Arbeiterparteien wurde.

Der von den Hitleristen entfesselte Weltkrieg hat die Unterschiede in der Lage der einzelnen Länder noch mehr verschärft, er schuf eine tiefe Kluft zwischen den Ländern, die zu den Trägern der Hitlertyrannei wurden, und den freiheitsliebenden Völkern, die in der mächtigen Antihitlerkoalition zusammengeschweißt sind. Während in den Ländern des Hitlerblocks die Hauptaufgabe der Arbeiter, der Werktätigen und aller ehrlichen Menschen darin besteht, allseitig auf die Niederlage dieses Blocks durch die Untergrabung der hitleristischen Kriegsmaschine von innen heraus hinzuarbeiten, an dem Sturz der am Kriege schuldigen Regierungen mitzuwirken – ist es in den Ländern der Antihitlerkoalition eine heilige Pflicht der breiten Volksmassen und vor allem der fortgeschrittenen Arbeiter, die Kriegsanstrengungen der Regierungen dieser Länder allseitig zu unterstützen, um den Hitlerblock aufs rascheste zu zerschmettern und die Zusammenarbeit der Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu sichern. Dabei darf ebenso nicht aus dem Auge gelassen werden, dass auch einzelne Länder, die der Antihitlerkoalition angeschlossen sind, ihre besondere Aufgabe haben. So besteht zum Beispiel in den von den Hitleristen okkupierten und ihrer staatlichen Unabhängigkeit beraubten Ländern die Hauptaufgabe der fortgeschrittenen Arbeiter und breiten Volksmassen in der Entfaltung des bewaffneten Kampfes, der in den nationalen Befreiungskrieg gegen Hitlerdeutschland hinüber wächst. Gleichzeitig hat der Befreiungskrieg der freiheitsliebenden Völker gegen die Hitlertyrannei die breitesten Volksmassen in Bewegung gebracht, die sich ohne Unterschied ihrer Partei- oder Religionszugehörigkeit in den Reihen der mächtigen Antihitlerkoalition zusammenschließen, und hat offensichtlicher gezeigt, dass der allnationale Aufschwung und die Mobilisierung der Massen zum raschesten Sieg über den Feind

durch die Vorhut der Arbeiterbewegung jedes einzelnen Landes am besten und fruchtbarsten im Rahmen ihres Staates verwirklicht werden kann.

Schon der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Jahr 1935, der die Veränderungen berücksichtigte, die sowohl in der internationalen Lage als auch in der Arbeiterbewegung vor sich gegangen waren, und der eine große Beweglichkeit und Selbständigkeit von den Sektionen der Kommunistischen Internationale forderte, unterstrich die Notwendigkeit, dass die Exekutive der Kommunistischen Internationale bei der Beschlussfassung über alle Fragen der Arbeiterbewegung >von den konkreten Verhältnissen und Besonderheiten jedes einzelnen Landes auszugehen und in der Regel ein unmittelbares Eingreifen in die internen organisatorischen Angelegenheiten der kommunistischen Parteien zu vermeiden< hat.

Von diesen Erwägungen ließ sich die Kommunistische Internationale leiten, als sie den Beschluss der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten von Amerika im November 1940 über ihren Austritt aus den Reihen der Kommunistischen Internationale zur Kenntnis nahm und billigte. Die Kommunisten, die sich von den Lehren der Begründer des Marxismus-Leninismus leiten lassen, waren niemals Anhänger der Aufrechterhaltung überlebter Organisationsformen; sie haben immer die Organisationsformen der Arbeiterbewegung und die Arbeitsmethoden dieser Organisationen untergeordnet den grundlegenden politischen Interessen der gesamten Arbeiterbewegung, den Besonderheiten der konkreten gegebenen historischen Lage und den Aufgaben, die aus dieser Lage unmittelbar entspringen. Sie erinnern sich des Beispiels des großen Marx, der die fortgeschrittenen Arbeiter in den Reihen der Internationalen Arbeiter-Assoziation zusammen schloss und nach der Erfüllung der historischen Aufgabe der Ersten Internationale – die Grundlage für die Entwicklung der Arbeiterpartei in den Ländern Europas und Amerikas zu schaffen – im Ergebnis der herangereiften Notwendigkeit der Schaffung von nationalen Massenarbeiterparteien zur Auflösung der Ersten Internationale schritt, da diese Organisationsform diesen Notwendigkeiten schon nicht mehr entsprach.

Von den vorstehenden Erwägungen ausgehend, unter Berücksichtigung des Wachstums und der politischen Reife der kommunistischen Parteien und ihrer leitenden Kader in den einzelnen Ländern sowie auch angesichts des Umstandes, dass im Verlauf des jetzigen Krieges eine Reihe Sektionen die Frage der Auflösung der Kommunistischen Internationale als leitendes Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung aufwarfen, gestattet sich das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale – da es unter den Bedingungen des Weltkrieges nicht die Möglichkeit hat, den Kongreß der Kommunistischen Internationale einzuberufen – folgenden Vorschlag den Sektionen der Kommunistischen Internationale zur Bestätigung zu unterbreiten:

Die Kommunistische Internationale als leitendes Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung aufzulösen und die Sektionen der Kommunistischen Internationale von den aus dem Statut und den Beschlüssen der Kongresse der Kommunistischen Internationale entspringenden Verpflichtungen zu entbinden.

Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ruft alle Anhänger der Kommunistischen Internationale auf, alle ihre Kräfte auf die allseitige Unterstützung und aktiven Teilnahme am Befreiungskrieg der Völker und Staaten der Antihitlerkoalition zu konzentrieren zur raschesten Zerschmetterung des Todfeindes der Werktätigen – des deutschen Faschismus, seiner Verbündeten und Vasallen."

Diese Erklärung wurde allen Sektionen der Komintern zur Stellungnahme zugeschickt, alle Parteien stimmten ihr ausnahmslos zu. Unter dem Datum des 29. 5. notierte Dimitroff den Wortlaut der Zustimmungserklärung der Kommunistischen Parteien Englands, Australiens und Jugoslawiens; außerdem den Wortlaut eines Interviews, das Stalin zur Auflösung der Komintern dem Moskauer Reuter-Korrespondenten King gegeben hatte.

Am 8. Juni trat das Präsidium des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale zu seiner letzten Sitzung zusammen; Dimitroff hielt in seinem Tagebuch fest:

„8. 6. 43: Habe die letzte Sitzung des Präsidiums des EKKI durchgeführt.

1. Haben festgestellt, dass alle Sektionen…den Vorschlag zur Auflösung der Komintern einstimmig begrüßt haben und dass keine einzige Sektion einen Einwand gegen diesen Vor-schlag erhoben hat.

2. Haben die Auflösung des Exekutivkomitees der Komintern, seines Präsidiums und des Sekretariats sowie der Internationalen Kontrollkommission erklärt."

„10. 6. 43: In der ‚Prawda' ist unsere Mitteilung über den Beschluss des Präsidiums vom 8. Juni 1943 veröffentlicht worden."

Soweit also die Dokumentation der Notizen Dimitroffs in seinen Tagebüchern zur Geschichte der Auflösung der Komintern. Sie zerstören gründlich die Legende von der „plötzlichen Auflösung der Kommunistischen Internationale durch einen einsamen Beschluss Stalins."

Die Wahrheit ist: den Anstoß zur Erwägung der Auflösung gab das USA-Gesetz vom Oktober 1940, das die KP der USA mit dem Verbot bedrohte, falls sie weiterhin eine Sektion der Komintern bliebe. Der erste Schritt zur Auflösung war dann die daraufhin erfolgte Lösung der Verbindung der KP der USA zur Kommunistischen Internationale.

Der entscheidende Grund für die Auflösung der Komintern waren zum einen die veränderten objektiven Bedingungen, unter denen die Fortführung einer zentralen Leitung der Arbeit der Kommunistischen Parteien zu einem Hindernis ihres weiteren Wachstums und der Vertiefung ihrer Verbindung mit den Werktätigen ihres jeweiligen Landes geworden wäre, und zum anderen die Überzeugung, dass inzwischen die kommunistischen Parteien zu reifen marxistisch-leninistischen Parteien herangewachsen waren, die einer Führung von einer Zentrale aus nicht mehr bedurften.

Die Auflösung erfolgte nach jahrelanger Beratung im Präsidium des EKKI und mit Zustimmung aller Sektionen der KI auf einwandfrei demokratische Weise. Deshalb war die Auflösung der KI in keiner Weise ein Abgehen vom Internationalismus, da der Internationalismus ein untrennbarer Wesensbestandteil jeder wirklich marxistisch-leninistischen Partei ist, unabhängig von der jeweiligen organisatorischen Form ihrer Zusammenarbeit. Sowohl von Stalin als auch vom Präsidium des EKKI war überdies ausdrücklich für die Zukunft ins Auge gefasst worden, unter neuerlich veränderten Bedingungen in der Zukunft auch wieder eine internationale Organisation der kommunistischen Parteien zu schaffen in der Form, die den dann bestehenden Verhältnissen entsprechen würde.

Als ein Schritt zu solch einer Organisation wurde bekanntlich im September 1947 auf einer Konferenz in Warschau das Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien gegründet, weil, wie im Kommunique der Konferenz gesagt wurde, der mangelhafte Kontakt zwischen den auf der Konferenz vertretenen Parteien negative Erscheinungen hervorgerufen habe. Als Aufgaben des Informationsbüros wurden genannt die Organisierung des Erfahrungsaustausches zwischen den Parteien und nötigenfalls die Koordinierung ihrer Tätigkeit auf der Grundlage gegenseitigen Übereinkommens. (13)

Teilnehmer der Konferenz und Gründungsmitglieder der abgekürzt „Informbüro“ genannten Vereinigung waren Vertreter von regierenden kommunistischen Parteien – KPdSU, KP Bulgariens, KP Jugoslawiens, Polnische Arbeiterpartei, KP Rumäniens, KP der Tschechoslowakei, KP Ungarns – und zweier Kommunistischer Parteien Westeuropas, der KP Frankreichs und der KP Italiens. Das Informationsbüro bestand insgesamt nur 9 Jahre.

Sein Ende unterschied sich grundlegend vom Ende der Kommunstischen Internationale. Zwar wurde nach außen hin die Form gewahrt: in der „Informatorischen Mitteilung über die Einstellung der Tätigkeit des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien“ (14) wird die Auflösung ebenfalls mit „neuen Bedingungen für die Tätigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien“ begründet, und formuliert: „Die Zentralkomitees der zum

Informbüro gehörenden kommunistischen und Arbeiterparteien haben einen Meinungsaustausch zu den Fragen seiner Tätigkeit gepflogen und anerkannt, dass das von ihnen 1947 gegründete Informationsbüro seine Funktionen erschöpft hat; im Zusammenhang damit haben sie in gegenseitigem Einvernehmen den Beschluss gefasst, die Tätigkeit des Informationsbüros… und das Erscheinen seines Organs, der Zeitung ‚Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!', ein-zustellen."

Nur stellt sich die Frage: Was hat sich eigentlich seit dem 14. Dezember 1955 und dem 17. April 1956 so Grundlegendes geändert, um von der Verteidigung der Existenz des Informbüros plötzlich zu der Ansicht zu gelangen, es habe „seine Funktionen erschöpft"?

Am 14.Dezember 1955 hielten nämlich Chruschtschow und Bulganin in Neu Delhi gemeinsam eine Pressekonferenz ab, in der Bulganin wie folgt Stellung nahm: „Manchmal stellt man die Frage, ob man denn die „Kominform" nicht irgendwie liquidieren könne. Doch aus welchem Grunde sollten die kommunistischen Parteien eigentlich auf eine allgemeingültige Form des internationalen Verkehrs und Zusammenwirkens verzichten? Warum haben z.B. diejenigen, die die Frage einer Liquidierung der „Kominform" aufwerfen, nichts gegen die Tätigkeit der Sozialistischen Internationale, die die sozialdemokratischen Parteien vereint? Warum scheint es ihnen natürlich und rechtmäßig, dass die Kapitalisten sich zu internationalen Monopolvereinigungen zusammenschließen und regelmäßig konferieren, um gemeinsam ihre Geschäfte zu betreiben, während man der Arbeiterklasse zumutet, sie solle auf die schon von Marx und Engels verkündete große Devise der internationalen Solidarität ‚Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!', die ja den ureigensten Interessen aller Werktätigen entspricht, verzichten?"(15)

Das war doch eine treffliche Abfuhr für jene westlichen Herrschaften, denen das „Kominform" – so der im Westen übliche Terminus für das Informbüro – schon lange ein Dorn im Auge war! Wieso sollte dies vier Monate später nicht mehr gelten? Was hatte sich denn so grundlegend geändert? Darauf gibt es nur eine Antwort: Inzwischen hatte der XX. Parteitag der KPdSU stattgefunden, der die Wende eingeleitet hat weg von der Leninschen Politik des Kampfes gegen den Imperialismus mit dem Ziel seiner Überwindung hin zur Politik der Aussöhnung mit dem Imperialismus, zur dauerhaften und freundschaftlichen „Koexistenz" und Zusammenarbeit mit ihm; also die Wende weg von der revolutionären Politik des unversöhnlichen Klassenkampfes im Sinne des Kommunistischen Manifestes und hin zur revisionistischen Politik der Klassenversöhnung.

Das Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien war so zusammengesetzt, dass es ein Zentrum des Widerstandes gegen die Durchsetzung

dieser Wende in der kommunistischen Weltbewegung werden konnte. Der Zwang, den das Informbüro auch auf die Führung der KPdSU ausübte, die eigenen Entscheidungen mit den Partnern im kollektiven Beratungsorgan abzustimmen, das war die als „erschöpft“ bezeichnete Funktion, – deshalb musste es verschwinden! Chruschtschow brauchte freie Bahn für seine bereits bei der Aussöhnung mit Tito im Juni 1955 und dann auf dem XX. Parteitag mit seiner „Geheimrede“ erfolgreich angewandte Überrumpelungstaktik, die anderen kommunistischen Parteien vor vollendete Tatsachen und dadurch vor die Alternative zu stellen: gehorsame Gefolgschaft oder Bruch mit der KPdSU! Was die Verweigerung der Gefolgschaft für Konsequenzen haben würde, das wurde allen 1960 und danach am Beispiel des Bruches mit Albanien und China vorgeführt. Das war der revisionistischen KPdSU-Führung aber nur möglich, weil es kein kollektives Organ der kommunistischen Bewegung mehr gab.

Wo diese Wende – hin zur Erfüllung der Wünsche und Forderungen des Klassenfeindes – in der kommunistischen Bewegung erstmals die Oberhand gewann, und von wem und wie der Ungeist dieser Wende auch in die europäischen kommunistischen Parteien hineingetragen wurde, das soll im nächsten Teil gezeigt werden.

WIE DER BROWDERISMUS NACH EUROPA VERPFLANZT WURDE

I. Georgi Dimitroffs nur allzu berechtigte Warnung vor dem Eindringen imperialistischer Agenten in die kommunistischen Parteien

Georgi Dimitroff vermerkt in seinem Tagebuch am 13. Mai 1942 Folgendes: „14.5.42: Habe das amerikanische ZK angewiesen, sich nicht mit der Anwerbung von Leuten für den englischen und amerikanischen Geheimdienst durch das amerikanische Wolff-Komitee (16) zu befassen. Die Leute sollen angeblich für die Zersetzungsarbeit im deutschen Hinterland eingesetzt werden. Das amerikanische ZK soll jeglichen Kontakt der amerikanischen Kommunisten zu diesen Diensten abbrechen, da dies ein Eindringen von Geheimdienstagenten in die Partei ermöglicht und die Arbeit der amerikanischen und anderen kommunistischen Parteien gefährdet. “ (S. 515)

1. Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung in der Emigration und im „Spanischen Krieg“

Eine solche Warnung war nur allzu berechtigt. Ihr zugrunde lag eine jahrzehntelange Erfahrung. So lange es eine revolutionäre Arbeiterbewegung gibt, so lange hat sie es

mit der Abwehr von Bemühungen der Organe der herrschenden Klasse zu tun, die Bewegung durch Einschleusen von V-Leuten als Informanten und Agents provocateurs unter ständige Beobachtung zu bekommen und von innen her zu zersetzen. Im Gefolge der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland entstanden für die imperialistischen Geheimdienste Möglichkeiten, in ganz neuen Formen und in vielfach größerem Ausmaß als bisher, auf diesem Gebiet aktiv zu werden und Erfolge zu erzielen. Die von den Faschisten in die Emigration getriebenen deutschen und die Kommunisten aus den okkupierten Ländern, denen die Flucht ins westliche Ausland gelungen war, standen größtenteils völlig mittellos da und bedurften dringend solidarischer Hilfe. Diese Hilfe wurde ihnen geleistet natürlich von den Genossen der kommunistischen Parteien der Zufluchtsländer, aber auch von Sympathisierenden, von Antifaschisten, sowie auch von Angehörigen bürgerlich-demokratischer und christlicher Hilfsorganisationen.

Natürlich gehörte es zum selbstverständlichen Alltagsjob der imperialistischen Geheimdienste, so genau wie möglich alle kommunistischen Emigranten, aus welchem Lande sie auch kamen, zu erfassen und unter Kontrolle zu halten. Und ihre Leiter und Mitarbeiter wären ihr Gehalt nicht wert gewesen, hätten sie nicht dafür gesorgt, dass in den verschiedenen Hilfsorganisationen auch Leute tätig waren, die mit ihnen zusammenarbeiteten und ihnen die gewünschten Informationen lieferten. Noch um vieles günstiger wurden die Möglichkeiten dieser Dienste, in die Reihen der kommunistischen und anderer antifaschistischer Kämpfer einzudringen, als Zehntausende von ihnen nach Spanien eilten, um zu helfen, die spanischen Republik gegen den Putschisten Franco und die deutschen und italienischen Invasoren zu verteidigen.

Die Sowjetunion war der einzige Staat, der der spanischen Republik mit der Entsendung von Freiwilligen der Sowjetarmee, mit Lieferung von Lebensmitteln und Waffen zu Hilfe kam.

Die Organe der sowjetischen militärischen Abwehr mussten sehr bald die gleiche Feststellung machen, die auch Ludwig Renn als Stabschef der 11. Internationalen Brigade gemacht und in seinem Buch „Der spanische Krieg“ (17) ausführlich geschildert hat, nämlich, dass unter den Truppen der spanischen republikanischen Armee trotzkistische Kräfte, die ihrerseits mit ausländischen Geheimdiensten in Verbindung standen, eine rege Tätigkeit entfalteten. Der Höhepunkt ihrer feindlichen, Franco direkt in die Hände spielenden Aktivitäten war die Entfesselung eines Aufstandes in Barcelona im Mai 1937.

Ludwig Renn gibt dazu in seinem Buch (S.269) den Bericht eines Abwehroffiziers der republikanischen Armee wieder:

„In Barcelona haben die Trotzkisten und ein Teil der Anarchisten einen regelrechten Aufstand gegen die republikanische Regierung gemacht. Der ist ihnen missglückt. Schon bei Beginn der Untersuchung haben sich die unglaublichsten Dinge herausgestellt. Die POUM, (Partido Obrero de Unificacion Marxista = Arbeiterpartei der Marxistischen Vereinigung, K.G.), also die Trotzkisten, hatten an der Front von Aragon eine Division. Sie kämpften dort nicht gegen die Faschisten. Den Führer der POUM mit Namen Andres Nin haben wir glücklich festnehmen können. – Was die Schädlings-Arbeit bei Eurer Brigade anlangt, so haben wir noch nicht die Beweise, aber vermuten, dass sie mit diesem Aufstand zusammenhängt. Man darf über diese Dinge nicht offen sprechen, weil ausländische Mächte mit im Spiel sind, die gar zu gern Spanien den Faschisten ausliefern wollen, um Hitler einen Gefallen zu tun, – und natürlich aus Hass gegen die Sowjetunion.. – Ich glaube, dass Ramos, Nicot und andere, zum Teil in ziemlich hohen militärischen Stellungen, Agenten sind, die wahrscheinlich im französisch-englischen Auftrag den Aufstand von Barcelona mit Sabotage an anderen Fronten unterstützen sollten. “

An anderer Stelle (S.275) schreibt Ludwig Renn: „Erst allmählich wurden Einzelheiten über den Aufstand von Barcelona bekannt. Sein Anführer war Andres Nin, der früher Trotzki als Privatsekretär gedient hatte. Er war Leiter der POUM…Diese Partei setzte sich wieder aus der scheinradikalen Bauern-Partei eines gewissen Maurin und den eigentlichen Trotzkisten zusammen. Sie bekämpften die spanische Volksfront und die Sowjetunion und beschimpften beide als vom revolutionären Wege abgewichen. Ihre wichtigsten Losungen waren: ‚Völlige soziale Revolution.. Kollektivierung der Landwirtschaft.‘ Damit trafen sie sich mit dem radikalen Flügel der Anarchisten, der nur zum Schein in der Volksfront mitmachte. “

Zur schändlichen Rolle des von Ludwig Renn erwähnten Maurin hat Fritz Teppich, selbst ehemals Offizier der spanischen republikanischen Armee, einen ausführlichen Bericht geschrieben: „Der Fall Maurin. (Blick auf eine Selbstdarstellung – POUM und FRANCO-PARTEI)“, der sofort – wie könnte es anders sein – eine heftige trotzkistische Gegenattacke hervorrief. (18)

Die revisionistischen und trotzkistischen Autoren, die sich zum Spanischen Krieg äußern, versäumen nie, die sowjetischen Abwehr schlimmster Methoden zu bezichtigen und die Sowjetunion dafür anzuklagen, dass sie die eigenen Spanienkämpfer nach ihrer Rückkehr in die Sowjetunion, statt sie zu feiern mit Misstrauen verfolgt habe. Das Bild würde aber erst richtig rund, wenn sie auch berichten würden, wer in den Spanienkämpfern potenzielle Verbündete gegen die Sowjetunion sah und sie in diesem Sinne zu instrumentalisieren suchte. Oder soll für das Zusammenfallen der nachstehend genannten Ereignisse das Wort: „Ein Schelm, wer Böses dabei denkt“ gelten?

2. Das auffällige Interesse der Gomulka, Imre Nagy und Tito an den Spanienkämpfern im Herbst 1956

Am 19.-21. Oktober 1956 fand das 8. Plenum der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei statt. Der 1948 wegen antisowjetischer Tendenzen und wegen Begünstigung der Großbauern und Sabotage der Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften als Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei abgesetzte Wladislaw Gomulka wurde auf diesem Plenum zum Generalsekretär der PVAP gewählt und verkündete in einer langen Rede ein offen revisionistisches und antisowjetisches Programm.

Zwei Tage später, 23. Oktober 1956: Beginn der Konterrevolution in Ungarn.

24.Oktober 1956: Imre Nagy. von 1953 bis 1955 bereits einmal Ministerpräsident, 1955 aber wegen rechter opportunistischer Entstellung der Politik der Partei der Ungarischen Werktätigen abgesetzt und aller seiner Funktionen enthoben, gelangt auf dem Rücken der ansteigenden Welle der Konterrevolution wieder auf den Sessel des Ministerpräsidenten. In den folgenden Tagen seiner Regierungszeit entfaltet sich der weiße Terror und steigert sich zu einer mörderischen Kommunistenjagd, die zunächst von den im Lande befindlichen Sowjettruppen gestoppt wird.

30. Oktober: Die Sowjettruppen werden auf Verlangen Nagys in ihre Unterkünfte zurückgezogen.

1. November 1956: Imre Nagy erklärt den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Vertrag und ruft die Westmächte um Hilfe „für die Wahrung der Neutralität Ungarns“ an. Der weiße Terror flammt wieder auf und erreicht eine bisher unbekannte Steigerung. Die Moskauer Führung mit Chruschtschow an der Spitze lässt – obwohl die sowjetischen Truppen in Ungarn stehen – die weißen Banden tagelang wüten. Erst am 4. November erhalten die Sowjettruppen die Erlaubnis, der blutigen Kommunistenhatz in Ungarn ein Ende zu machen.

In der inzwischen von der Gomulka-PVAP dirigierten polnischen Presse wird die ungarische Konterrevolution begeistert begrüßt. In einer Artikelserie der Wroclawer deutschsprachigen „Arbeiterstimme“ der ersten Dezembertage 1956 wird die ungarische Konterrevolution als eine „mächtige, elementare Volkserhebung“ gefeiert. Der „Ungarische Aufstand“ sei ein „Kampf um dieselbe Souveränität wie bei uns.“ Die weiteren Ausführungen des Verfassers Roman Jurys klingen so vertraut, als wären sie in unseren Tagen von André Brie geschrieben worden: wolle man zu Marx zurückkehren, schrieb er, dann bedeute Sozialismus nicht mehr als die gesellschaftliche Herrschaft über die Produktionsmittel. „Also unterscheidet nicht die staatliche Plankommission unsere Gesellschaftsordnung von der kapitalistischen, sondern die gesellschaftliche Beherrschung der Produktionsmittel…Die objektiven

Rechte fordern, dass auf dem Markt natürliche Anreize zur Entwicklung bestehen: vor allem der Ansporn des Wertes und der damit verbundenen Konkurrenz."

Besonders aufschlussreich ist die Wendung: „Ungarn ist ein Aufstand auf internationaler Ebene gegen die stalinistischen Verletzungen der objektiven Entwicklungsrechte."

Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die neue polnische Führung den revisionistischen, seinem Wesen nach konterrevolutionären Umsturz in Polen und Ungarn als Ausgangspunkte für gleichartige Entwicklungen „auf internationaler Ebene", also auch in den anderen sozialistischen Ländern, betrachtetet und darauf hinarbeitetet, ihre Konterrevolution zu exportieren. Dass diese Ereignisse aber letzten Endes ferngelenkt waren, und von wo aus, dafür gibt es viele Hinweise, von denen hier nur zwei zitiert werden sollen.

Als erstes eine Passage aus einer Rede des USA-Außenministers John Foster Dulles am 11. Juni 1956, über die das „Archiv der Gegenwart" wie folgt berichtet: (19) „Dulles sieht eine Befreiung der Satellitenstaaten für möglich an. Dulles sagt voraus, dass Kräfte der Freiheit, die nun hinter dem Eisernen Vorhang am Werke seien, sich als unwiderstehlich erweisen, und dass sie die internationale Szenerie bis zum Jahre 1965 umändern könnten. Die Anti-Stalin-Kampagne und ihr Liberalisierungs-Programm hätten eine Kettenreaktion ausgelöst, die auf lange Sicht nicht aufzuhalten sei." Wer so bestimmt zu prophezeien vermochte, der verfügte über sehr intime Kenntnisse über internste Vorgänge im gegnerischen Lager. Zu ihrer Kenntnis dürfte sein Bruder, der Geheimdienst-Chef der USA Allan Dulles, erheblich beigetragen haben.

Einen guten Monat später, am 18. Juli 1956, wurde im Nationalen Sicherheitsrat der USA der Beschluss 5608 gefasst, in dem es hieß, „in der gegebenen weltpolitischen Situation seien die Möglichkeiten der USA, die Loslösung der Ost-Mitteleuropäischen Staaten von der Sowjetunion zu fördern, außerordentlich eingeschränkt, die Regierung müsse daher danach streben, in diesen Staaten als ersten Schritt auf dem Wege zur wahren Unabhängigkeit die Machtübernahme der nationalkommunistischen politischen Kräfte zu unterstützen.." (20)

Das Leitzentrum dieser „nationalkommunistischen Kräfte" aber saß in Belgrad. Tito-Jugoslawien – seit 1953 Mitglied des zum NATO-Paktsystem gehörenden Balkan-Paktes -, befand sich seit 1955, dank der „Aussöhnung" Chruschtschows mit Tito, mit der Chruschtschow nicht nur sich selbst, sondern die Sowjetunion zum Bundesgenossen Titos gemacht hatte -, in der komfortablen Lage, dank der Komplizenschaft Chruschtschows mit ihm wichtigste Vorgänge im Lager der RGW- und Warschauer-Pakt-Staaten aus erster Hand zu erfahren und an seinen Schutzherren

in Washington und Chef des Bündnisses, zu dem er wirklich gehörte, weiterzuleiten. Daher die prophetische Gabe des Außenministers Dulles und die Umorientierung der US-Außenpolitik auf den Vorrang der „indirekten Strategie“ schon zu diesem Zeitpunkt, auf die „Machtübernahme der nationalkommunistischen Kräfte“ in den sozialistischen Staaten als „ersten Schritt zur wahren Unabhängigkeit“.

Es war daher nur folgerichtig, dass Imre Nagy nach der Niederschlagung der Konterrevolution dorthin floh, wo er seine besten Freunde und etwas mehr als das wusste: er floh in die jugoslawische Botschaft in Budapest! Und ganz eindeutig wird die Rolle Titos als Erfüller der Prophezeiung von Foster Dulles und Verwirklicher des Beschlusses 5608 des Nationalen Sicherheitsrates der USA durch die Rede, die er am 11. November 1956 in Pula zu den Ereignissen in Ungarn und zu den Aufgaben und Zielen, wie er sie sah, gehalten hat. Zu Ungarn und der dortigen neuen Führung mit Janos Kadar an der Spitze führte er aus: „Ich kann Ihnen sagen, dass ich die Männer in der neuen Regierung kenne, und dass sie nach meiner Auffassung das vertreten, was in Ungarn das Anständigste ist…sie sind wirklich für eine neue Entwicklung… Aber die sowjetische Intervention schwächt dieses Programm Wir müssen ihr (der Regierung) helfen, weil sie sich in einer sehr schweren Lage befindet. “

Besonders aufschlussreich waren seine Ausführungen zu Polen: „Auch wenn wir mit unserer inneren Entwicklung noch nicht ,,voll zufrieden sind, so sind wir doch nun einmal so, und so werden wir auch bleiben: und noch mehr werden wir wirken, dass diese Propheten und Ratgeber keinen Erfolg haben mit ihren Bemühungen, den Prozess aufzuhalten, der 1948 in Jugoslawien begonnen hat und jetzt in Polen weiter geht… Ebenso notwendig ist es, dass wir in engstem Kontakt mit der polnischen Regierung und Partei arbeiten und ihnen helfen, soviel wir können. Gemeinsam mit den polnischen Genossen werden wir gegen solche Tendenzen kämpfen müssen, die in den verschiedenen anderen Parteien in den Ostländern oder im Westen auftreten. Dieser Kampf wird schwer und langwierig sein, denn jetzt geht es wirklich darum, ob in den kommunistischen Parteien der neue Geist siegen wird, der in Jugoslawien seinen Ausgang genommen hat, und für den in den Beschlüssen vom XX. Kongress der KPdSU ziemlich viele Elemente geschaffen wurden. “

All das macht wohl zur Genüge deutlich, dass die Ereignisse im Oktober-November 1956 in Polen und Ungarn nicht spontan und isoliert voneinander entstanden, sondern geplant und ausgelöst worden waren als Auftakt zu dem „schweren und langwierigen Kampf“ zur Durchsetzung des „neuen Geistes in den kommunistischen Parteien, der von Jugoslawien seinen Ausgang genommen hat und für den die Beschlüsse des XX. Kongresses der KPdSU viele Elemente geschaffen hat“, für die „Machtübernahme der nationalkommunistischen politischen Kräfte in diesen Staaten als ersten Schritt zur wahren Unabhängigkeit“. (Wie diese „wahre Unabhängigkeit“ à la USA aussieht, das

hat kein Land so grausam erfahren wie Jugoslawien seit 1990. Doch das ist schon wieder ein neues Thema.)

In der Planung für den Weg zur „Machtübernahme der nationalkommunistischen Kräfte“ war auch den Spanienkämpfern eine bestimmte Rolle zugedacht. Ausgerechnet genau in den Wochen der Machtübernahme Gomulkas in Polen und Imre Nagys in Ungarn, nämlich vom 19. bis 27. Oktober 1956, wurden die Spanienkämpfer zu Treffen in Polen und Ungarn eingeladen, und für den 30.Oktober nach Belgrad. Die Veranstalter in Belgrad, Warschau und Budapest versprachen sich von diesen Treffen offenbar, dass viele der international hoch angesehenen Spanienkämpfer von den Ereignissen, deren Zeugen sie in Warschau und Budapest wurden, sowie von deren Interpretation durch Tito in Belgrad, tief beeindruckt und dadurch zu Helfern der Verbreitung des „neuen Geistes“ in ihren Parteien und Heimatländern werden würden.

Woher diese Hoffnung der „nationalkommunistischen Kräfte“ auf die Spanienkämpfer? Genau daher, woher in der Sowjetunion 1939 umgekehrt die Zurückhaltung und ein gewisses Miss-trauen gegenüber den Spanienkämpfern herrührten: aus bestimmten Ereignissen und Erfahrungen mit Bemühungen zur feindlichen Unterwanderung durch Trotzkisten und imperialistische Geheimdienste während des Kampfes gegen Franco und die deutschen und italienischen Interventen; aus dem Wissen darum, dass damals unter den Spanienkämpfern nicht ganz ohne Erfolg von trotzkistischen und imperialistischen Agenten Kader geworben worden waren zur künftigen Arbeit in ihrem Sinne. Erinnern wir uns an den Anlass für die Warnung Dimitroffs: „Habe das amerikanische ZK angewiesen, sich nicht mit der Anwerbung von Leuten für den englischen und amerikanischen Geheimdienst durch das amerikanische Wolff-Komitee zu befassen. Die Leute sollen angeblich für die Zersetzungsarbeit im deutschen Hinterland ein-gesetzt werden. “

Wie bereits erwähnt, war das Wolff-Komitee, das die KP der USA dafür gewinnen wollte, mitzuhelfen, Leute für den englischen und amerikanischen Geheimdienst anzuwerben, eine Gründung des ehemaligen Kommandeurs des Lincoln-Bataillons in Spanien, Milton Wolff. (21) Das muss gar nicht bedeuten, dass Wolff selbst damit böse Absichten verfolgte; für einen loyalen nichtkommunistischen antifaschistischen US-Staatsbürger musste die Mitarbeit im US-Geheimdienst zum Zwecke des Kampfes gegen Nazideutschland keineswegs etwas Verwerfliches sein. Aber es unterstreicht noch einmal, dass sich den imperialistischen Geheimdiensten in Spanien ein ideales Rekrutierungsfeld eröffnet hat.

3. Wie und warum sich Browder über die Anweisung Dimitroffs hinwegsetzte

Noch günstiger wurde für sie die Situation, nachdem die Sowjetunion, England, Frankreich und die USA Bundesgenossen in der Anti-Hitlerkoalition geworden waren. Die Waffenbrüderschaft der Armeen imperialistischer Staaten mit der Roten Armee der Sowjetunion im Kampf auf Leben und Tod mit den faschistischen Aggressoren war geeignet, auch in den Reihen der Kommunisten und der Bürger der Sowjetunion vergessen zu machen, dass dennoch der Imperialismus der Klassenfeind war, dessen Ziel unverändert die Auslöschung der sozialistischen Sowjetunion blieb, und dass es deshalb darauf ankam, trotz und gerade wegen der Waffenbrüderschaft mit den imperialistischen Verbündeten die Klassenwachsamkeit nicht abzuschwächen, sondern noch um Vieles zu verstärken Die strikte Befolgung der eingangs zitierten Anweisung Dimitroffs und Beachtung seiner Warnung vor Kontakten mit den imperialistischen Geheimdiensten war jetzt geradezu lebenswichtig für die kommunistischen Parteien geworden.

Dimitroff hat aber sehr wahrscheinlich nicht geahnt, wie sehr berechtigt und notwendig diese Warnung gerade an die Adresse der KP der USA und ihres Generalsekretärs Earl Browder war, besaß dieser, der seit 1929 schon diese Funktion innehatte, doch soviel Vertrauen, dass das EKKI ihn zu seinem Vertreter in Amerika gemacht hatte.

Im Januar 1940 war er unter dem Vorwand von „Passvergehen“ verhaftet und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, nach zwei Jahren jedoch freigelassen worden, worüber Dimitroff in seinem Tagebuch vermerkte:“17.5.42: Nachricht aus New York, dass Browder aus dem Gefängnis entlassen ist. Erklärung des ‚Weißen Hauses’… ‚im Interesse der Festigung der Einheit der nationalen Front‘. “ (S. 517. Hervorhebung K.G.) Damals wurde Browders Entlassung aus dem Gefängnis als Erfolg der breiten Kampagne der Partei für die Freilassung Browders gewertet. (22) Die späteren Aktionen Browders, die ganz der regierungsseitig ausgesprochenen Zuversicht entsprachen, legen aber die Vermutung nahe, dass die Behörden sich zur Freilassung bereit fanden, weil sie einigen Grund dafür hatten, von Browder nach seiner Freilassung zu erwarten, er werde Wesentliches zur „Festigung der Einheit der nationalen Front“ beitragen. Zu dieser Vermutung wird man noch mehr gedrängt, wenn man sich daran erinnert, wie unempfindlich die Justiz der USA gewöhnlich gegenüber Massenprotesten, sogar weltweiten, ist; man denke nur an die Fälle von Sacco und Vanzetti und Ethel und Julius Rosenberg, und in unseren Tagen an Mumia Abu Jamal..

Was war es, womit Browder den amtlich in ihn gesetzten Hoffnungen entsprach? Zum einen führte er – lange vor Tito, Chruschtschow und Gorbatschow – „Ideen“ in die kommunistische Bewegung ein, die später zum Kerngehalt des „Reformkommunismus“ der Tito, Chruschtschow und Gorbatschow gehörten:

a) die Lossagung vom Leninschen Konzept der Partei;

b) die Propagierung des Aufgehens der kommunistischen Partei in einer nationalen antifaschistischen Front;

c) die Leugnung des antagonistischen Gegensatzes von Imperialismus und Sozialismus und die Orientierung auf deren dauerhaftes Nebeneinander in vertrauensvoller Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe.

Zum anderen benutzte er nach außen hin private, aber mit den staatlichen Behörden, darunter auch den US-Geheimdiensten, wie dem von Allan Dulles geleiteten OSS („Office of Strategic Services“), kooperierende karitative Hilfsorganisationen zur Verbreitung seiner revisionistischen Konzeption unter den vor dem Faschismus geflüchteten kommunistischen Emigranten der europäischen Länder. Er handelte damit bewusst gegen die vom EKKI der Führung der KP der USA übermittelten und oben zitierten Direktive.

Wie sah dies alles konkret aus? Eine objektive Darstellung der einschlägigen Tatsachen findet sich in dem bereits erwähnten Buche des damaligen Vorsitzenden der KP der USA, W. Z. Foster. Eine tendenziöse, die Wahrheit gelegentlich unbedenklich entstellende, aber dennoch – entgegen der Absicht des Verfassers – die wahre Rolle Browders und die des Haupthelden des Verfassers, Noel Field, mehr enthüllende als verschleiernde Darstellung findet sich im bereits genannten Buche von Wolfgang Kießling; auf diese beiden Arbeiten stützen sich die folgenden Ausführungen. Als Ausgangspunkt für seine revisionistischen Vorstöße wählte Browder die Deklaration der Teheraner Konferenz – 28.November bis 1.Dezember 1943 -, in der Roosevelt, Stalin und Churchill erklärt hatten, dass ihre Länder auch nach dem Krieg zusammenarbeiten werden.

Über Browders Auslegung der Deklaration der Teheraner Konferenz schrieb der Vorsitzende der KP der USA, Foster, in seinem Buch: „Earl Browder, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, zog den voreiligen Schluss, dass die Nachkriegseinheit, die die ‚Großen Drei‘ in Teheran als erwünscht bezeichnet hatten, tatsächlich vereinbart und daher der Friede und die Zusammenarbeit nach dem Kriege garantiert seien. Er war der Ansicht, die herrschenden Kreise des amerikanischen Monopolkapitals seien an einem friedlichen Zusammenleben und freundschaftlichen Wettbewerb mit der UdSSR interessiert… Browder… unternahm es, den wesentlichen Inhalt dieses imaginären Teheraner Abkommens zu präzisieren. Er tat dies im Januar 1944 auf einer Tagung des Nationalkomitees der Kommunistischen Partei in New York. Später entwickelte er seine These ausführlich in seinem Buch: , Teheran: Our Path in Peace and War’… ‚Der Kapitalismus und der Sozialismus‘, sagte Browder, , haben begonnen, den Weg zum friedlichen Zusammenleben und zur

Zusammenarbeit in der gleichen Welt zu finden.'…. Browder… behauptete, ‚es ist der dümmste Fehler, wenn man unterstellt, die amerikanischen Interessen, selbst die des amerikanischen Monopolkapitals, vertrügen sich keinesfalls mit der unumgänglichen Volksrevolution in Europa .' Ebenso leicht machte er sich die Sache in der Frage der Kolonialrevolution. Die Profitinteressen, so argumentierte er, nötigten den amerikanischen Kapitalismus offensichtlich, große Märkte in den kolonialen und halbkolonialen Ländern zu schaffen. Infolgedessen würde ein Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien zur Befreiung, Industrialisierung und Demokratisierung dieser Gebiete äußerst praktisch (ja unvermeidlich) sein. … Browder erklärte, die ‚einsichtsvollen' Kapitalisten würden die nationale Einheit auf der Grundlage aller seiner Projekte – Duldung der Revolutionen in Europa und in den Kolonien, Verdoppelung der Löhne, Abschaffung des Antisemitismus und der Negerverfolgung — entsprechend ihren ‚wahren Klasseninteressen' herbeiführen. In seiner Begeisterung für eine nationale Einheit auf der Grundlage der Zusammenarbeit der Klassen erklärte er am 12. Dezember 1943 in einer Rede in Bridgeport (Connecticut):, Wenn J. P. Morgan diese Koalition (im Geiste Teherans) unterstützt und entsprechende Konzessionen macht, bin ich als Kommunist bereit, ihm die Hand zu drücken und mit ihm zusammenzugehen, um sie zu verwirklichen.'.

Browders nationale Einheit setzte auch voraus, dass sich die Arbeiter mit dem Zweiparteiensystem bei den Wahlen vorbehaltlos abfinden würden. Er sagte: ‚Die Arbeiterklasse teilt sehr weitgehend die in der Nation allgemein verbreitete Ansicht, dass dieses >Zweiparteiensystem< angemessene Möglichkeiten biete, um die demokratischen Rechte im wesentlichen zu schützen.'

Da Browder den Kapitalismus, die Klassenzusammenarbeit und das Zweiparteiensystem akzeptierte und den nationalen Befreiungskampf des Negervolkes preisgab, war es nur logisch, dass er die Kommunistische Partei für überflüssig hielt. So beantragte er ihre Auflösung und die Gründung einer kommunistischen Schulungsorganisation. Diese Organisation sollte bei Wahlen keine eigenen Kandidaten aufstellen und ‚überparteilichen Charakter' tragen. Sie sollte unter den Massen weiterhin im Sinne des ‚Marxismus' arbeiten. Vom Leninismus, dem Marxismus unserer Zeit, war überhaupt nicht mehr die Rede."

Soweit also die Kennzeichnung der Theorien und der Praxis Browders durch W. Z. Foster.

Und so werden wir von Kießling über den gleichen Gegenstand unterrichtet: „Browder fand die (Teheraner) Erklärung augenblicks- und zweckbedingt und blauäugig. Er, der nicht nur sein Land und die imperialen Bestrebungen der USA genau kannte, sondern auch die Wirtschaft, den Staat und die Partei der Sowjetunion

und das Streben Stalins, die Sowjetunion rein machtpolitisch durch die Annexion fremder Territorien, wie im Falle Polens, Finnlands, des Baltikums und auf dem Balkan zu erweitern und dies als sozialistische Siege, als Volksrevolution hinzustellen, dachte darüber nach, was denn tatsächlich getan werden müsste, um die Teheraner Erklärung nicht nur aus der Sicht einer der beiden Seiten realisierbar zu machen. “ (S. 100).

Mit dieser Passage hat Kießling nicht nur seinen eigenen revisionistischen Antisowjetismus, sondern auch den seines Helden Browder deutlich gemacht. Aber lesen wir weiter: „Browder…war verantwortlich für die kommunistische Partei im ökonomisch und militärisch stärksten kapitalistischen Land in der kommenden Welt nach Hitler. Und er war bereit, sich dieser Verantwortung schon jetzt zu stellen und nicht auf Richtlinien aus Moskau zu warten, die, das hatten seine Erfahrungen mit der Komintern gezeigt, immer im sowjetstaatlichen Interesse und nicht unter dem nationalen Aspekt der USA-Kommunisten gegeben wurden. Browder ließ sich nicht mehr davon täuschen, dass russischer Nationalismus als proletarischer Internationalismus deklariert wird. “

Was hinter der Berufung auf „nationale Aspekte“ bei Revisionisten in Wahrheit steckt, das hatte Wolfgang Kießling, als er noch Mitarbeiter im Institut für Marxismus-Leninismus des ZK der SED war, im Neuen Deutschland vom 6. September 1968 in einem Artikel, überschrieben „Nationalismus als .Sprengmittel"“, sehr treffend gegen die „Prager Reformer“ zu sagen gewusst: „Die Revisionisten und die Konterrevolutionäre unserer Tage wollen aus dem Gedächtnis der Völker streichen, dass dank der Sowjetunion die staatliche Unabhängigkeit der Tschechoslowakei und anderer Länder wiederhergestellt wurde… Wenn das Gift des Nationalismus in das Bewusstsein führender Funktionäre eines sozialistischen Staates dringt, wenn kleinbürgerlich-nationale Beschränktheit auf die Staatspolitik Einfluss gewinnt, dann werden dem äußeren Imperialismus und der inneren Konterrevolution Chancen geboten. Nicht von ungefähr hat Lenin die Notwendigkeit des unversöhnlichen Kampfes gegen die Verseuchung des Proletariats mit bürgerlichem Nationalismus, und sei es auch in seiner verfeinertsten Form‘, hervorgehoben. “

Inzwischen hatte Kießling die Front gewechselt und war zum Bewunderer eines Browder geworden und konnte daher dessen Artikulationsprobleme voll nachempfinden: „Die größte Schwierigkeit“, schrieb er in seinem Buche, „war für ihn, die heiklen Probleme öffentlich zu machen und sie so darzulegen, dass er weder in den USA noch in der Sowjetunion missverstanden werden könnte.“ (S. 100). Das ist die Schwierigkeit, vor der alle „Re-form-kommunisten“, von Tito über Chruschtschow und Gorbatschow, bis zum heutigen Tage ebenso stehen wie die „Reformsozialisten“, nämlich, ihren Übergang vom Kampf für den Sozialismus und

gegen den Kapitalismus zum Verrat am Sozialismus und zur Verteidigung des Kapitalismus „so darzulegen," dass er für die einfachen Mitglieder und Sympathisanten nicht als Verrat und Frontwechsel zu erkennen ist.

Browder ist das zeitweilig hervorragend gelungen. Wie schon bei Foster zu erfahren war, hielt Browder am 7. Januar 1944 vor etwa 500 Parteifunktionären eine Rede, in der er seine Thesen über die Bedeutung der Teheraner Deklaration entwickelte. (23) Drei Tage später, am 10. Januar 1944, hielt Browder eine Rede auf einer New Yorker Großkundgebung, in der er schon sehr viel weiter ging, – was Kießling als großen Fortschritt lobte: „Sensationell war seine Schlussfolgerung für die KPUSA, für deren Organisationsaufbau und ihren politischen Auftrag….Browder schlug vor, die kommunistische Organisation solle aufhören, sich als Partei zu bezeichnen und statt dessen einen Namen führen, , der ihre Rolle als Teil einer größeren Einheit der Nation besser kennzeichnen wird, einen Namen wie Communist Political Association (Kommunistische Politische Vereinigung)". (S. 101).

Aber auch andere Bestandteile seiner Ideen konnte man – als Ideen eines Führers der Kommunisten der USA – „sensationell" nennen, nämlich seine Sorge um den Absatz überschüssiger Waren und überschüssigen Kapitals der „amerikanischen Geschäftswelt", die er mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht hat: „Wenn der Krieg beendet ist, werden Europa und Asien mehr als je nach amerikanischen Waren und amerikanischem Kapital hungern….Die Aussichten auf Export und Kapitalanlagen für die amerikanische Geschäftswelt stehen im direkten Verhältnis zur Erfüllung des Programms von Teheran". Kießlings Kommentar zu diesen Browder-Ideen: „Ohne von sowjetischer Seite danach gefragt worden zu sein, gab ihr der amerikanische Internationalist (?!) Earl Browder noch vor Kriegsende indirekt die Empfehlung, ...zum Wiederaufbau ihres zerstörten Landes amerikanische Kredite aufzunehmen. " (S. 102 f.). Über die Aufnahme von Browders vorweggenommenen Perestroika-Ideen berichtet Kießling:. „Auf dem XII. Parteitag der KPUSA im Mai 1944 wurden Browders Vorschläge angenommen und die Arbeit unter dem neuen Namen und mit veränderter Organisationsstruktur weitergeführt. Die Kommunistische Vereinigung in den USA hatte sich von den Prinzipien einer marxistisch-leninistischen Partei Stalinscher Prägung gelöst. Der ‚demokratische Zentralismus' mit seinen diktatorischen Vollmachten der Führung auf allen Ebenen und die an der KPdSU orientierte Ausrichtung der Einheit und Reinheit der Parteiideologie waren aufgehoben…. In seiner Rede vom 10. Januar hatte Browder gesagt: ‚Der Kapitalismus und der Sozialismus haben begonnen, den Weg zum friedlichen Nebeneinanderleben und zur Zusammenarbeit in der gleichen Welt zu finden, ohne dass einer den anderen fürchtet. Wenn man daran denkt, dass es diese dauernde Furcht voreinander war, die Feindseligkeit von dem Augenblick an schuf, als die Sowjetunion errichtet wurde, dann überragt die neue Ära der Verständigung, die mit

Teheran eröffnet wurde, alle anderen in der Geschichte…. Denn was wäre die Alternative zu Teheran? Es wäre eine dunkle, unsichere Zukunft, die unvermeidlich zu Bürgerkrieg und zu internationalen Kriegen fuhren würde. “ (S. 101.)

Wer sich noch an die Reden Chruschtschows und Gorbatschows erinnert, der wird sofort erkennen, dass Browder schon geschickt jenes demagogisch benutzte Hauptmotiv zur Gewinnung der Sympathie und des Vertrauens der Massen erklingen ließ, das auch diese beiden so virtuos zu spielen wussten, dass sie von den Massen zunächst begeistert als Friedensbringer gefeiert wurden – das Motiv: „Nie wieder Krieg! Frieden für immer!“ Damit hatte Browder zunächst einen durchschlagenden Erfolg. Vergeblich unterzog Foster bereits am 20.Januar 1944 in einem Brief an das Nationalkomitee der Partei Browders opportunistische Ansichten auf außen- und innenpolitischen Gebiet einer scharfen Kritik und kennzeichnete deren Kerngehalt wie folgt: „In dieser Darstellung verschwindet der amerikanische Imperialismus praktisch, vom Klassenkampf bleibt kaum noch eine Spur, und der Sozialismus spielt praktisch überhaupt keine Rolle. “ (24)

Seit 1956, dem Erscheinen des Buches von Foster in der DDR, konnte jeder Interessierte in unserem Lande, und musste ein Historiker des führenden wissenschaftlichen Instituts der SED, wie Kießling, der sich mit der Geschichte der Kommunistischen Partei der USA beschäftigte, wissen, dass der Vorsitzende der KP der USA, Foster, entschieden und scharf gegen die Ausführungen des Generalsekretärs Browder schon unmittelbar nach Browders Reden im Januar 1944 Stellung genommen hat. Kießling aber scheint das bei seinen Studien völlig entgangen zu sein; denn: nicht nur, dass er davon nichts berichtet, nein, er schreibt ausdrücklich: „Wie die überwältigende Mehrheit der amerikanischen Kommunisten, ihr Landesvorsitzender William Foster inbegriffen, der später unter Druck von außen widerrief, stimmten ihnen Field zu..(S.103) … Doch Browders Glück währte nicht lange. Der Gegenschlag kam nicht aus Moskau und nicht aus New York. Er kam im April 1945 aus Paris, mit einem Artikel ‚Über die Auflösung der Kommunistischen Partei der USA‘ von Jaques Duclos in den ‚Cahiers du Communisme‘.

Wie ein altgedienter Profi in Sachen Antikommunismus fügt dem Kießling hinzu: „Die KPdSU hütete sich, selbst auf den Plan zu treten“. … William Foster bedankte sich bei Duclos für die Hilfe bei der Befreiung vom ‚politischen Gift‘ und sprach nun selbst von Browders ‚destruktivem Revisionismus‘. (S.106. Hervorhebung en von mir, K.G.) Das ist eine unglaubliche, wissentliche Entstellung der Wahrheit, also eine bewusste Lüge . Denn: aus Fosters Buch hätte Kießling – wenn er es gelesen hätte, wie es sich für einen Partei-Wissenschaftler gehört, der sich mit der Geschichte der Bruderpartei der USA beschäftigt -, ersehen können, dass Jaques Duclos sich in seinem Artikel gegen Browder ausdrücklich auf den zitierten Brief Fosters an das

Nationalkomitee berief. Und wenn er diese Tatsache nicht aus dem Buche von Foster kennengelernt hat, dann aber mit Sicherheit aus dem Artikel von Duclos selbst, den er gelesen hat und immerhin mit den Worten zitiert: „Duclos nannte damals Browders ‚politischen Kurs … eine gefährliche Abweichung von der siegreichen marxistisch-leninistischen Lehre'." (S.106). So also geht Kießling, der „Kämpfer gegen die Verfälschung der Wahrheit", selbst mit der historischen Wahrheit um!

Bei Foster lesen wir, wie es sich wirklich zugetragen hat: „Die Parteimitgliedschaft hatte der revisionistischen Teheran-Politik Browders von Anfang an ohne rechte Überzeugung zugestimmt. Es dauerte nicht lange, bis diese Unsicherheit sich zu Zweifel und Opposition steigerte. Dieser Stimmungsumschwung beruhte vor allem auf der Tatsache, dass der Verlauf der Ereignisse in Amerika und in der Welt sehr bald erkennen ließ, wie falsch Browders ganze Linie war. … Die bedrohliche innen- und außenpolitische Situation rief in der Communist Political Association wachsende Zweifel hinsichtlich ihrer politischen Linie hervor. Sie fanden ihren Niederschlag im Politischen Ausschuss. Eugene Dennis wies darauf hin, dass nach dem Kriege in den Vereinigten Staaten kein Klassenfrieden, sondern heftige Kämpfe zu erwarten seien. … Foster unterstützte alle diese Zweifel hinsichtlich der Richtigkeit der Parteilinie und benutzte jede Gelegenheit, Browders Politik zu kritisieren und ihre Fehler aufzudecken. Daher traf Browder alle erforderlichen Maßnahmen, um Foster in naher Zukunft auszuschließen.

… Während sich so die internationale Lage rasch veränderte, veröffentlichte Jaques Duclos, der Sekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, im April 1945 in der französischen Zeitschrift ‚Cahiers du Communisme' einen Artikel, in dem er gegen Browders Politik heftig zu Felde zog. Duclos wurde zu diesem Artikel vor allem dadurch veranlasst, dass kurz vorher in der kommunistischen Zeitschrift ‚France Nouvelle' ein Artikel erschienen war, der Browders Politik in den Himmel hob. Dazu kam, dass die auf Browders Initiative erfolgte Auflösung der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten liquidatorische Tendenzen in der Kommunistischen Partei Frankreichs ermutigte.

In seinem Artikel gab Duclos eine ausführliche Darstellung der Browderschen Politik und stellte ihr umfangreiche Zitate aus dem Schreiben Fosters an das Nationalkomitee gegenüber. Daraus zog Duclos eigene Schlüsse und erklärte: ‚Wir finden hier bei Browder und seinen Anhängern eine offensichtliche Revision des Marxismus, einen Revisionismus, der in der Vorstellung zum Ausdruck kommt, dass in den Vereinigten Staaten der Klassenfrieden auf lange Zeit gesichert sei, dass in der Zeit nach dem Kriege der Klassenkampf verhindert und die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit hergestellt werden könne.' Er verurteilte Browder wegen seiner falschen Darstellung der diplomatischen Erklärung von Teheran als ‚eines politischen Programms des

Klassenfriedens‘ und verdammte die Auflösung der Kommunistischen Partei in Grund und Boden.. ‚Nichts‘, so erklärte er, ‚rechtfertigt die Auf-lösung der Kommunistischen Partei Amerikas.‘ Im Gegenteil, die Lage‘ setzt die Existenz einer starken Kommunistischen Partei voraus.‘

Der Duclos-Artikel wirkte elektrisierend auf die Communist Political Association. Er brachte die sich bereits entwickelnde Opposition gegen Browders Politik schnell zur Reife. Innerhalb weniger Wochen wandte sich die gesamte Partei, von den Ortsgruppen bis zum Politischen Ausschuss, fast einmütig gegen den Teheran-Opportunismus. … So …erleichterte Duclos durch seinen berühmten Artikel die Zerschlagung des Browderschen Opportunismus erheblich, und dafür ist die Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten Jaques Duclos und der kommunistischen Partei Frankreichs zu tiefem Dank verpflichtet.

Am 20. Mai 1945 erhielt die Communist Political Association ein Exemplar des Artikels von Duclos. Im Politischen Ausschuss wurde sofort eine Diskussion über den Artikel eröffnet. Die gesamte Politik des Vereins wurde alsbald einer sorgfältigen Prüfung unterzogen mit dem Ergebnis, dass Browders Kurs von einer Zweidrittelmehrheit im Ausschuss abgelehnt wurde. Bald darauf herrschte im Ausschuss volle Einmütigkeit gegen Browder. Von seiner eigenen Unfehlbarkeit durchdrungen und ohne jede Spur von Selbstkritik beharrte Browder auf seinem Standpunkt, obgleich er damit offensichtlich Schiffbruch erlitten hatte. Folglich wurde er einige Tage danach seines Postens als Generalsekretär enthoben, und an seine Stelle trat ein dreiköpfiges Sekretariat, in das William Z. Foster, Eugene Dennis und John Williamson gewählt wurden..

Vom 18. bis 20.Juni tagte das Nationalkomitee. Es brachte die praktisch einmütige Stimmung der Mitgliedschaft zum Ausdruck, indem es Browders Kurs einstimmig verurteilte, dem Duclos-Artikel zustimmte, sich geschlossen hinter Fosters früheres Schreiben an das Nationalkomitee stellte und den Entwurf einer neuen politischen Resolution annahm. Es bestätigte auch die endgültige Absetzung Browders als Generalsekretär und berief für die Zeit vom 26. bis 28. Juli einen außerordentlichen Parteitag nach New York City ein..

Der außerordentliche (XIII.) Parteitag billigte einmütig die vom Politischen Ausschuss und vom Nationalkomitee getroffenen Maßnahmen. Der Parteitag übte schärfste Selbstkritik bezüglich des schweren Fehlers, den die Partei dadurch begangen hatte, dass sie dem Revisionismus Browders zum Opfer gefallen war. In diesem Zusammenhang erklärte der Parteitag: ‚Die Quelle unserer früheren revisionistischen Fehler ist in dem ständigen Druck der bürgerlichen Ideologie und des bürgerlichen Einflusses auf die Arbeiterklasse zu suchen.‘ Der Parteitag ging daran, die Partei gründlich vom Browderschen Revisionismus zu säubern und ihr

wieder eine feste marxistisch-leninistische Basis zu geben. Der Verein wurde aufgelöst und die Kommunistische Partei neu konstituiert.“ (S.616-620).

Zum Vorsitzenden der Partei wurde wieder William Z. Foster gewählt. Ich habe diese Schilderung Fosters aus einem doppelten Grunde so ausführlich wiedergegeben: zum einen als Beleg für meine Feststellung der bewussten Entstellung der Wahrheit durch Kießling,, zum anderen aber, weil sie uns in einer Zeit, in der die kommunistische Bewegung vor der schwierigen und langwierigen Aufgabe steht, sich von allen Überresten des unter Chruschtschow und Gorbatschow implantierten Revisionismus zu befreien, ein besonders ermutigendes Bei-spiels des erfolgreichen Kampfes gegen den Revisionismus vor Augen führt .

Halten wir aber fest: Kießling selbst sagt unumwunden und findet Worte höchster Anerkennung dafür, dass Browder in seinen Reden und Schriften bewusst und gewollt Gegenkonzeptionen gegen die marxistisch-leninistische Partei-Konzeption und gegen die marxistische Elementar-Erkenntnis vom antagonistischen Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus entwickelte und der Politik der KP der USA zugrunde gelegt hat. Wie man sieht, stellt der „Browderismus“ die amerikanische Urform des „modernen Revisionismus“ dar.

Wie aber und von wem ist er über den großen Teich in die europäischen Kommunistischen Parteien eingeschleust worden?

II. Noel Field und die kommunistische Emigration in Frankreich und der Schweiz

Zur Beantwortung der oben gestellten Frage werde ich mich vor allem auf das Buch von Wolfgang Kießling stützen. Das macht es allerdings notwendig, vorher etwas über dessen Verfasser und darüber zu sagen, weshalb er dieses Buch geschrieben hat. Dieses Buch ist eine Verteidigungsschrift für Noel Field und alle, die wegen Kontakten zu ihm und zu seinem Bruder Hermann Field in den sozialistischen Ländern angeklagt, verurteilt oder Untersuchungsverfahren unterworfen wurden, und es ist zugleich eine Anklageschrift gegen ihre Ankläger in den Verfahren gegen sie.

1. Die Prozesse gegen Raik und Slansky zur Rolle Noel und Hermann Fields

Diese Verfahren waren als erstes der Rajk-Prozess in Ungarn im September 1949, als zweiter der Kostoff-Prozess in Bulgarien im November/Dezember 1949, als dritter der Slansky-Prozess in der Tschechoslowakei vom November 1952, und die im Anschluss an diese Prozesse in der DDR durchgeführten Untersuchungsverfahren der Zentralen Partei-Kontroll-Kommission (ZPKK) der SED gegen Genossen, die in der Emigration mit Noel oder Hermann Field zu tun gehabt hatten. Zunächst also etwas zu diesen Prozessen.

Im Raik-Prozess sagte der Angeklagte Dr. Tibor Szönyi Folgendes aus: „Mit dem amerikanischen Geheimdienst knüpfte ich im Herbst 1944 in der Schweiz eine Verbindung an. Während des Krieges hielt ich mich als politischer Emigrant seit Ende 1938 in der Schweiz auf. In der Schweiz befand sich während des Krieges aus den mitteleuropäischen und osteuropäischen Ländern, beinahe aus jedem, eine große Anzahl von politischen Emigranten, unter ihnen auch linkseingestellte kommunistische Gruppen. Unter den links eingestellten politischen Emigranten entfalteten die geheimen Kundschafterorgane Englands und besonders der Vereinigten Staaten bereits im ersten Jahr des Krieges eine sehr aktive Tätigkeit. In der Schweiz war während des Krieges die europäische Zentrale des amerikanischen militärstrategischen Kundschafter-dienstes,, das so genannte Office of Strategie Services, (OSS), dessen Leiter als europäischer Beauftragter Allan Duttes war. Offiziell war Allan Dulles Zugeteilter der Berner amerikanischen Gesandtschaft. Tatsächlich war er der europäische Leiter der OSS. Gegen Ende des Krieges, im letzten Jahr, als es im Sommer schon offenbar wurde, dass ein Teil der osteuropäischen und mitteleuropäischen Länder von den Sowjettruppen befreit wird, stellte der amerikanischen Kundschafterdienst mit Allan Dulles an der Spitze in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit die Aufgabe, dass er aus den dortigen politischen Emigranten, besonders aus links eingestellten kommunistischen Gruppen, Spione eingliedere, mit der Zielsetzung, dass er diese in jenen Gebieten, die von den Sowjettruppen befreit werden, in die Minierarbeit gegen die kommunistischen Parteien einstelle. Im Laufe dieser Tätigkeit kam auch ich mit der amerikanischen Spionageorganisation in Verbindung. Der Hauptmithelfer und unmittelbare Mitarbeiter des Allan Dulles in dieser Arbeit, nämlich im Anwerben von Spionen unter den politischen Emigranten, war: Noel H. Field, der in der Schweiz offiziell Leiter einer amerikanischen Hilfsorganisation, der unitarischen Hilfsorganisation, Unitarian Service Comitee, tatsächlich aber unmittelbarer Mitarbeiter des Dulles in der Spionageorganisation war. Seine Aufgabe bestand darin, dass er als Leiter der Hilfsorganisation den politischen Emigranten wirtschaftliche Unterstützung und Hilfe zukommen lasse und dadurch mit letzteren eine Verbindung und Freundschaft ausbaue, sowie eine Eingliederungstätigkeit für die amerikanische Spionageorganisation entfalte. “ (25) Im Slansky-Prozess sagte der Beschuldigte Ludvik Frejka aus: „Meine Schuld besteht weiterhin darin, dass ich …in der Zeit des zweiten Weltkrieges Verbindungen… mit dem bedeutenden amerikanischen Spion Hermann Field angeknüpft habe. Field war in dieser Zeit einer der führenden Leute des so genannten Trust Fund in London, welchen die anglo-amerikanischen Imperialisten unter dem Vorwand der Unterstützung der Emigranten gegründet hatten. In Wirklichkeit aber war dieser Trust Fund ein wichtiges Zentrum der anglo-amerikanischen Spionageorganisationen (26)

2. Die Stellungnahmen der SED zu Noel und Hermann Field

Nach den beiden ersten Prozessen veröffentlichte das ZK der SED und ihre Zentrale Parteikontrollkomission am 24. August 1950 eine „Erklärung zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Committee. Noel H.Field.“ (27) In diesem zwanzigseitigen Dokument wird eine sehr ins Einzelne gehende Darstellung der Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen über die Verbindungen der deutschen kommunistischen Emigranten zu Noel Field gegeben. In der Erklärung wird u. a. gesagt: „Die Prozesse gegen Rajk und Kostoff …in Ungarn und Bulgarien erbrachten eine Fülle von Beweisen, dass die britischen und amerikanischen Geheimdienste bereits während des zweiten Weltkrieges eine Reihe von Agenten in die illegale Arbeiterbewegung entsandten. In Voraussicht der unvermeidlichen Niederlage Hitlerdeutschlands an der deutsch-sowjetischen Front und unter dem Eindruck des ständig wachsenden Einflusses der Sowjetunion richteten sich ihre Bemühungen vor allem auf eine Zersetzung der kommunistischen Parteien. “ (S.71) An anderer Stelle wird gesagt: „In unserer Partei war es nicht unbekannt, dass eine ganze Reihe deutscher Genossen, die in der Schweiz oder in Frankreich in der Emigration lebten, mit demselben Noel H. Field Beziehungen unterhalten haben. Es war daher notwendig, den Charakter dieser B-ziehungen zu untersuchen.“ (S.72)

Im Folgenden wird dann die Geschichte der Beziehungen Noel Fields mit deutschen Antifaschisten sehr detailliert dargestellt. Einleitend heißt es: „Der im Rajk-Prozess genannte Noel H. Field tauchte zum ersten Male gegen Ende des spanischen Bürgerkrieges auf. Als Beamter des State Department der USA gehörte er der internationalen Militärkommission des Völkerbundes an, die gegen Ende 1938 in Bisaura del Ter eine Registrierung derjenigen Angehörigen der Internationalen Brigaden vornahm, die in ihre vom Faschismus beherrschten Heimatländer nicht zurückkehren konnten, (s.a. Kießling, S. 29ff.) Offiziell wurde die Registrierung mit einer Evakuierung dieser Interbrigadisten in demokratische Länder begründet, obgleich der Völkerbund getreu seiner zur Unterstützung Francos betriebenen Nichteinmischungspolitik niemals daran dachte, dieses Versprechen zu verwirklichen. In der Tat erfolgte die Registrierung nur deshalb, um den imperialistischen Spionageorganisationen eine lückenlose Namensliste dieser Interbrigadisten zu verschaffen. Nach Beendigung der Kämpfe in Spanien setzte diese Kommission ihre Tätigkeit teilweise noch in den französischen Lagern Argeles sur Mer und St. Cyprien fort. Zu dieser Zeit hatte sie ihren Sitz in Perpignan, die Registrierungsscheine tragen die Originalunterschrift Noel H. Field, Um die gleiche Zeit betätigte sich sein Bruder Hermann Field bei der Evakuierung der deutschen und tschechoslowakischen Emigranten von der CSR nach England. (Kießling, S. 33 ff.). Auf diese Weise

verschafften sich der amerikanische OSS und der britische Intelligence Service umfangreiche personelle Unterlagen über die antifaschistische Emigration und dadurch die fiir ihre Tätigkeit notwendigen Voraussetzungen.

Im Herbst 1939 brachte Hermann Field seinen Bruder Noel in Zürich mit dem Mitglied der Kommunistischen Partei der Schweiz Sally Liebermann in Verbindung. (Kießling, S.34/35). Im Hause des Liebermann verkehrten deutsche kommunistische Emigranten. Hier gelang Noel H. Field der erste Einbruch in die deutsche politische Emigration, indem er feste und dauernde Verbindung zu Bruno Goldhammer aufnahm.

Sein Eindringen in die verschiedensten politischen Emigrationsgruppen vollzog sich stets in der gleichen Art und Weise. Überall wo er auftauchte, verstand er es, sich den Mantel eines Freundes der verfolgten Antifaschisten umzuhängen. Einige sparsame Bemerkungen über seine angebliche große Hilfe für die Interbrigadisten verschafften ihm sofort Freunde.“ (S.72 f)

„Field knüpfte gleichzeitig Verbindungen zu dem später als Trotzkisten ausgeschlossenen damaligen Vorsitzenden der KP der Schweiz, Hofmaier, an. (Kießling,S.39, 43). Als neutrales Land bildete die Schweiz eine ausgezeichnete Ausgangsbasis für die zahlreichen als Wohlfahrt- und Hilfsorganisationen getarnten Spionageorgane der imperialistischen Länder. Von 1940 ab erscheint Field als Leiter des amerikanischen Unitarian Service Committee für die Schweiz und Frankreich. (Kießling, S.38). Von Februar 1941 bis zur Besetzung Südfrankreichs im November 1942 unterhielt er in Marseille, 15, Rue Fortune, ein Büro dieser Organisation. Sein Hauptsitz war bereits zu dieser Zeit in Genf im Büro des von Frau Berta Hohermut geleiteten International Emigration Service… Nach der Besetzung Südfrankreichs verlegte er seinen Sitz auch offiziell an diese Stelle. “ (S. 74). (Kießling, S.87).

„Noel H. Field… brachte Bruno Goldhammer mit dem unter dem Namen Dr. Hoffmann an der Charite in Zürich tätigen Dr. Tibor Szönyi zusammen. (Kießling, S.91). … Tibor Szönyi verbreitete in Fields Auftrag über die Gruppe der österreichischen Emigranten die Theorie… Browders.“ (S.82). (Kießling, S .107.) „Die Zusammenarbeit mit Noel H. Field und der deutschen Emigration trug gegen Ende 1944 bereits antisowjetischen Charakter. Am 19. April 1944 hatte die bereits erwähnte Verbündete Fields, Frau Berta Hohermuth, in der schweizerischen Landeskonferenz für soziale Arbeit ein Referat über „Schweizerische Nachkriegshilfe für kriegsgeschädigte Länder“ gehalten. (Kießling, S. 113 ff.). Bei der Schilderung der Notlage der durch Kriegsereignisse vertriebenen Menschen bezichtigte sie die Sowjetunion der gleichen Verbrechen, wie sie der deutsche Faschismus begangen hatte. Das Referat diente der Werbung zur Teilnahme an Kursen zwecks Ausbildung sozialfürsorgerischer Kräfte. Ein solcher Kursus wurde von Field Ende 1944

organisiert und begann im Februar 1945. Obwohl das antisowjetische Programm der „Schweizerischen Nachkriegshilfe für kriegsgeschädigte Länder“ bekannt war, nahmen Bruno Goldhammer und Frau sowie Hans Teubner an diesem Kursus teil. “ (S. 84).

Nach dem Slansky-Prozess fasste das ZK der SED am 20.Dezember 1952 einen zweite Beschluss: „Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slansky“, und auf der 13. Tagung des ZK der SED, die am 13. und 14. Mai 1953 stattfand, hielt Hermann Matern ein Referat „Über die Durchführung des Beschlusses des ZK der SED ‚Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slansky'“, zu dem am 14. Mai auch ein Beschluss gefasst wurde. In diesem Beschluss wird gesagt: „In der deutschen Emigration sind viele Genossen mit den als Unterstützungsorganisationen getarnten Spionageeinrichtungen in Berührung gekommen. Das heißt natürlich nicht, dass diese Parteimitglieder allein dadurch zu Feinden geworden sind. Wo sich jedoch in der Tätigkeit von Parteimitgliedern nach 1945 Erscheinungen feindlicher Arbeit zeigen, muss man alle Berührungspunkte aus der Vergangenheit besonders sorgfältig prüfen.“ (Matern, S.42).

Im Beschluss vom 20. Dezember 1952 werden Versuche Fields geschildert, nach dem Sieg über den Faschismus in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone die alten Verbindungen weiterzuführen und selbst dort Fuß zu fassen. Dazu heißt es u.a.: „Er versuchte mehrmals Listen von Opfern des Faschismus zu erhalten und wandte sich deshalb an das Zentralsekretariat der SED. Da er hier jedoch abgewiesen wurde, knüpfte er durch fingierte Telefonanrufe eine Verbindung zum Berliner Hauptausschuss der Opfer des Faschismus an, wo es ihm tatsächlich gelang, nach mehreren Besprechungen eine Liste mit 25 Namen zu erhalten. Seine persönlichen und schriftlichen Verbindungen in Berlin und anderen Orten Deutschlands liefen bis zum Frühjahr 1949. Mehrmals versuchte er, Erika Glaser in der Leipziger Universität unterzubringen. Im Jahre 1948 hatte er eine längere Besprechung mit Leo Bauer, der sich in der Folge lebhaft dafür verwandte, Field, Erika Glaser und deren Mann Bob Wallach, ebenfalls ein Offizier des OSS, in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zu einer Anstellung zu verhelfen. Auch Paul Merker bemühte sich in ähnlicher Weise und schlug im Jahre 1948 Noel H. Field als Dozenten für außenpolitische Fragen an der Universität Leipzig vor.“ (S.86)

„Bei der Untersuchung ergab sich, dass eine Reihe von ehemaligen Emigranten der Partei nicht behilflich waren, die Zusammenhänge einwandfrei zu klären. …Sie gaben nach dem Rajk-Prozess der Partei keine Mitteilung über ihre Beziehungen zu Noel H. Field, sondern mussten erst dazu aufgefordert werden.“ (S. 87)

Dafür einige eindrucksvolle Bestätigungen aus dem Buche Kießlings: S.27/28: „Die im Parteiarchiv liegenden Erinnerungen (Paul Merkers) sind bezüglich Noel Fields

ohne Wert. Deutlich gesagt, in den Jahren 1965 bis 1968, als Merker an seinen Memoiren für das Parteiarchiv schrieb, gab er mir das zu Protokoll, was er dort verschwieg. “ Kießlings entschuldigende Erklärung dafür: Merker habe „den Lügen der Vernehmer, deren Auftrag darin bestand, ihn dem Henker auszuliefern, nur die eigene Lüge entgegensetzen“ können.

Es ging damals aber darum, Klarheit zu schaffen darüber, wie weit es den imperialistischen Geheimdiensten gelungen war, in die kommunistischen Parteien einzudringen und sich dort Stützpunkte zu schaffen. Wer sich nicht selbst darauf eingelassen hatte, ein solcher Stützpunkt zu werden, konnte als Kommunist kein anderes Interesse als seine Befrager haben, nämlich, alle möglichen Einbruchsstellen des imperialistischen Gegners aufzudecken! Doch weiter bei Kießling. Über das Verhalten eines Genossen – Hans Teubner -, der in der Schweiz eng mit Paul Merker und Noel Field zusammengearbeitet hatte, nach Kießlings Zeugnis (S. 232) Browder bewunderte und dessen bereits zitierten revisionistischen, antisowjetischen Ansichten nicht nur voll zustimmte, sondern für deren Verbreitung unter den kommunistischen Emigranten sorgte, ist bei Kießling zu lesen:

„Auffallend ist, dass Teubner nach der Rückkehr aus dem Exil in seinen Personalpapieren und auch 1975 in seinem Buch den mehr als anderthalbjährigen Aufenthalt in Brissago zu verschleiern suchte und den Eindruck erweckte, er wäre mit den anderen von Gordola nach Brassecourt gegangen. Sogar die Zentrale Parteikontrollkommision (ZPKK) brachte er am 4.Oktiober 1949 auf diese Fährte. … Diese Falschangabe findet sich auch in der internationalen Literatur. Teubner, der von sich sagte, er habe vor der Partei niemals Geheimnisse, und der die Ehrlichkeit ihr gegenüber als das Grundgesetz eines Genossen ansah, erklärte am 8. Juni 1950 vor der ZPKK: ‚Browder haben wir glatt abgelehnt. Da gab es keine lange Diskussion bei uns‘ (S.232)…. Zwischen Teubner und Field hatte es ein nützliches Zusammenspiel gegeben. …Ihre Korrespondenz der Jahre 1943/44 ist verloren gegangen. (Verloren gegangen??): Teubner hat, als er 1949 in Bedrängnis geriet, Fields Briefe vernichtet. In seinem Schweizbuch von 1975 stehen beider Namen in keinem Zusammenhang. Der Amerikaner wird lediglich als Briefträger zwischen Bertz und Merker und in seiner karitativen Funktion benannt. (S.234). Und schließlich noch dies: „Auf die Frage, wann er – (Teubner) – Field erstmals begegnete, antwortete er von Anfang an und blieb dabei: ‚In der Sozialen Frauenschule in Zürich, …d.h. frühestens im Januar 1945, als die von Field vermittelte partielle Zusammenarbeit deutscher Kommunisten mit Vertretern der Berner US-Mission bereits angelaufen war – auch mit dem von Allan Dulles geleiteten Nachrichtendienst, dem Office of Strategie Service (OSS), der bis April 1945 unter Mitwirkung von Erica Glaser rund 50 deutsche Genossen, zum Teil bewaffnet und mit Funkgeräten ausgerüstet, aus Frankreich über die Schweiz oder direkt von der Schweiz nach Deutschland schleuste. Es gelang Teubner, der

ZPKK zu verbergen, dass er es war, der am Lago Maggiore mit Field die Grundlinie dieser Zusammenarbeit vereinbart hatte.“ (S.237).

Die Genossen der Parteiführung hatten also allen Grund zu der Schlussfolgerung, dass jene Genossen, die mit der Wahrheit zurückhielten, sich Noel Field, dem Mitarbeiter von Allan Dulles, stärker verpflichtet fühlten als der Partei, zu deren Führung sie gehörten, und dass sie deshalb in Führungspositionen der Partei nicht mehr tragbar waren. Im Abschnitt „Schlussfolgerungen“ des Beschlusses hieß es denn auch: “ Spionageorganisationen handeln stets nach dem Grundsatz, einmal in ihre Netze geratene Menschen nicht mehr loszulassen. Daher können besonders die nach 1945 unterhaltenen Beziehungen nicht bagatellisiert werden. Die am engsten mit Field verbundenen Paul Merker, Leo Bauer,… haben dem Klassenfeind in umfangreicher Weise Hilfe geleistet und werden aus der Partei ausgeschlossen.“ Andere Genossen, „deren Beziehungen zu Field ebenfalls sehr eng -waren, deren Tätigkeit aber nur zu einer mittelbaren Unterstützung des Klassenfeindes führte, werden aller ihrer Funktionen enthoben.“ (S.88).

Im Slansky-Prozess kamen zusätzlich neue Namen deutscher Emigranten zur Sprache, die mit Field in der Emigration in Verbindung gestanden hatten. Dazu wurde in einem Beschluss des ZK der SED vom 20. Dezember 1952 über „Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slansky“ Stellung genommen. Diesem ganzen Komplex war auch ein Hauptpunkt der Tagesordnung der 13. ZK-Tagung der SED (13.-14. Mai 1953) gewidmet. Das Referat dazu hielt Hermann Matern. Er wiederholte noch einmal, was schon im Beschluss von 1950 als Erkenntnisse aus den Prozessen gewonnen worden war, – was man aber heute gar nicht oft genug wieder ins Bewusstsein heben kann, weil es offenbar bei Allzu vielen in tiefe Vergessenheit gefallen ist oder gar ungläubig als stalinistische Erfindung abgetan wird: „Die Prozesse… lehren uns, dass die feindlichen Agenturen auf lange Sicht arbeiten, um Positionen in den kommunistischen und Arbeiterparteien zu erringen. Schon lange vor Beendigung des Weltkrieges war ihnen klar, dass die von der Sowjetarmee befreiten Völker einen antiimperialistischen Weg einschlagen würden und dass die kommunistischen und Arbeiterparteien die führenden Kräfte dabei sein werden. Deshalb haben der angloamerikanische Imperialismus und seine Spionagedienste schon frühzeitig begonnen, geeignete Elemente zu bearbeiten und als Agenten zu werben, um sie in führende Positionen der kommunistischen und Arbeiterparteien in den Ländern der Volksdemokratie zu lancieren. Die Prozesse haben uns gezeigt, wie das den feindlichen Agenturen vorübergehend gelungen ist, wie aber auch die Feinde entdeckt und ihre Absichten zerschlagen wurden. Im Prozess gegen Rajk und Konsorten wurde damals die Rolle des amerikanischen Spions Noel H. Field aufgedeckt.“ (S. 10) „Wie raffiniert der Feind seine Agenten in die Reihen der kommunistischen und Arbeiterparteien einzubauen versucht, das zeigt besonders die

Methode mit dem amerikanischen Agenten Field. In Spanien tritt er als Helfer der Interbrigaden auf. In Frankreich und in der Schweiz hilft er scheinbar den Emigranten. Vorsichtig wird lanciert, dass er Kommunist ist, aber nicht öffentlich auftreten darf. Überall tritt er als Freund und Helfer auf. Um ihn in die Deutsche Demokratische Republik einzubauen, wird er wegen Unterstützung der Kommunisten von seiner amerikanischen Dienststelle entlassen. Um ihm eine Grundlage in der CSR zu schaffen ,wird er vom unamerikanischen Komitee öffentlich als kommunistischer Agent angeklagt. Zur gleichen Zeit aber erhält er von Allan Dulles, dem Leiter der amerikanischen Spionage, seine konkreten Agentenaufträge.“ (S.27).

3. Die Verwandlung des Dulles-Vertrauten Field in ein Opfer Stalins

In den drei Prozessen wurde auch die Rolle Titos als Helfershelfer bei den imperialistischen Bemühungen zur Unterminierung der sozialistischen Staaten aufgedeckt. Das kam einer Schutzimpfung der kommunistischen Bewegung gegen den Revisionismus-Virus gleich. Die Wirkung dieser Schutzimpfung wurde jedoch 1955 zunichte gemacht durch die bereits erwähnte Aussöhnung Chruschtschows mit Tito. Im Gefolge dieser Totalrehabilitierung Titos und der mit dem XX. Parteitag der KPdSU eingeleiteten „Entstalinisierung und Liberalisierung“ wurden, wie John Foster Dulles so zufrieden und zukunftsgewiss konstatiert hatte, die Kräfte freigesetzt, von denen er völlig zurecht die Zerstörung der sozialistischen Ordnung erwartete, falls ihnen nicht Einhalt geboten wurde. Zu dieser „Entstalinisierung“ und „Liberalisierung“ gehörte auch die Rehabilitierung der Brüder Noel und Hermann Field und aller der in den genannten Prozessen wegen ihrer Verbindung und Zusammenarbeit mit diesen beiden Verurteilten.

Dem von der Chruschtschow-Führung in dieser Richtung ausgeübten Druck nachgebend wurden auch alle in den Jahren 1949 bis 1955 in der DDR wegen ihrer Verbindungen zu Field Verurteilten oder ihrer Funktionen Enthobenen pauschal rehabilitiert. Dass diese Rehabilitierungen indessen nicht das Ergebnis durch neue Nachforschungen gewonnener Erkenntnisse, sondern der „Wünsche“ aus Moskau waren, das konnte in der DDR, wer erfahren genug war, schon daran erkennen, dass die solcherart Rehabilitierten nicht in ihre alten Funktionen wiedereingesetzt wurden. Für nicht wenige andere aber erschienen die Rehabilitierten als Kommunisten, denen böses Unrecht geschehen war, das einige sogar in den Selbstmord getrieben hätte; ein Unrecht, das aber durch die Rehabilitierung nur ungenügend wieder gutgemacht worden wäre, eben weil den Betreffenden offenkundig verwehrt wurde, in ihre früheren Funktionen wieder zurückzukehren. So sah das wohl auch Wolfgang Kießling. (28)

III. Wolfgang Kießling und die historische Wahrheit im Falle Merker, Browder und Field

Als er die oben erwähnte Erklärung des ZK der SED vom August 1950 in der Presse las, war Kießling ein junger Lehrer von 21 Jahren an der Schule eines Erzgebirgsdorfes. (S.9) Damals hatte er sicherlich keinen Zweifel daran, das die Beschuldigungen gegen Field und die deutschen Kommunisten, an erster Stelle Paul Merker, die in der Emigration mit Field zusammengearbeitet hatten, zutrafen. Als er dann aber 1956 im Alter von 27 Jahren lernen musste, dass die damaligen Beschuldigungen zurückgenommen und die Beschuldigten rehabilitiert bzw. aus der Haft entlassen wurden, weil sich die Vorwürfe gegen sie als unberechtigt erwiesen hätten, wurde wahrscheinlich schon der Grund dafür gelegt, dass er später seine Aufgabe darin sah, als Anwalt der zu Unrecht verfolgten Field, Merker und anderer, mit vielen Veröffentlichungen aufzutreten. Der entscheidende Anstoß dafür war aber, wie er selbst in seinem Buch berichtet, dass er 1965 die persönliche Bekanntschaft Paul Merkers machte. Er – Kießling – war damals als Redakteur in der zum Institut für Marxismus-Leninismus (IML) des ZK der SED gehörenden Redaktion der Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ (BzG) tätig.

Paul Merker – im Sommer 1950 aus der SED ausgeschlossen, vom November 1952 bis März 1955 in Untersuchungshaft, am 30. März 1955 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, – wurde im Januar 1956 aus der Haft entlassen. (S.277 f, 337)

Kießling, der an seiner Dissertation über das Thema der Bewegung „Freies Deutschland“ in Mexiko arbeitete, befragte dazu die noch erreichbaren seinerzeit dort tätigen Emigranten als Zeitzeugen, also auch Paul Merker. (S.9 f.) Kießling war tief beeindruckt von der Persönlichkeit Merkers und von dessen Berichten über seine vielseitigen Aktivitäten als Führungskader der KPD und der Komintern, vielleicht noch tiefer betroffen darüber, welches Unrecht an Merker, Field und so vielen anderen Unschuldigen – Paul Merkers Berichten zufolge – verübt worden war; Berichte, an deren Wahrheitsgehalt er nicht zweifelte – wie sollte er auch, hatte doch Chruschtschow, der erste Mann der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, „enthüllt“, dass solches Unrecht die normale Praxis des „stalinistischen Systems“ gewesen sei, und hatte doch die SED-Führung selbst im Falle Merkers erklärt, „dass die ihm zur Last gelegten Anschuldigungen in der Hauptsache politischer Natur“ seien „die eine strafrechtliche Verfolgung nicht rechtfertigen.“ (S.337) Es ist deshalb nicht nur verständlich, sondern spricht durchaus für Kießling, dass er seine künftige Aufgabe darin sah, als Historiker mit seinen Veröffentlichungen den Nachweis für

den verleumderischen Charakter der Beschuldigungen und Anklagen gegen die zu Unrecht Beschuldigten zu führen.

So lässt sich denn der Kerninhalt der meisten Nachwende-Veröffentlichungen Kießlings mit den Worten seines Freundes Holger Becker in der „jungen Welt“ in dessen Nachruf-Artikel für den am 1. März 1999 verstorbenen Wolfgang Kießling wiedergeben: „In einer Reihe von Veröffentlichungen arbeitete er heraus, dass es sich hier um Verfolgungen handelte, die der sowjetische Geheimdienst mit dem Ziel steuerte, die nationalen kommunistischen bzw. sozialistischen Parteien zur widerspruchslosen Befolgung des Moskauer Kurses zu disziplinieren.“ (29)

1. Paul Merker findet in Wolfgang Kießling einen Jünger

Die Sache hat jedoch einen fatalen Haken: diese nach dem XX. Parteitag offiziell gewordene und von Kießling unter dem dominierenden Einfluss Merkers übernommene Sicht auf die Dinge hat nichts mit der geschichtlichen Wahrheit zu tun, sondern stellt sie auf den Kopf. Das Schlimme bei Kießling ist nun aber, dass er bei dieser die Wahrheit entstellenden Deutung der Dinge auch dann noch blieb, nachdem ihm die ihr entgegenstehenden und sie widerlegenden Tatsachen bekannt geworden sind – wie aus seinem Buches zu ersehen. Die Seiten seines Buches sind voll von Beispielen des krassen Widerspruches zwischen den angeführten Tatsachen und seiner diesen direkt widersprechenden Deutungen oder aber ihrer einfachen Negierung. An einem einzigen Musterbeispiel sei dies an dieser Stelle als ein Fall von vielen vorgeführt:

„Ich (Kießling).fragte Merker, worauf sich der am 1.September 1950 im ‚ND‘ nachzulesende Vorwurf des ZK und der ZPKK stützte, er habe‘ kein Verständnis für den Abschluss des deutsch-sowjetischen Paktes 1939? gezeigt…Merker antwortete: ‚Dass ich kein Verständnis für den Pakt gehabt hätte, basiert auf einer Aussage Anton Ackermanns, die er im Mai 1940 gegenüber Pieck und Ulbricht, möglicherweise auch vor speziellen sowjetischen Dienststellen gemacht hat…‘ Weiter sagte mir Merker zu seinem angeblichen Unverständnis für den Pakt von 1939: ‚Ende August 1950 …verlangte Herta Geffke von mir umgehend eine schriftliche Stellungnahme zu der ihr vorliegenden Aussage eines Genossen,… dass ich mich in einer Sekretariatssitzung in Paris gegen den Pakt gestellt hätte. Ich gab es ihr schwarz auf weiß: >Ich habe niemals eine falsche Auffassung zum Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion gehabt. Es hat keine Besprechung in Paris stattgefunden, in der ich die mir vorgehaltenen Äußerungen getan habe.<“ (S. 15 f.)

Also: Kießling will uns mit seiner Formulierung vom „angeblichen Unverständnis“ und der anschließend zitierten Aussage Merkers zeigen, dass auch hier Merker zu Unrecht beschuldigt wurde. Auf S.57 aber gibt er uns wieder, was ihm Merker aus

seiner Erinnerung über seine Einschätzung des Nichtangriffsvertrages als Leiter der Auslandsleitung der KPD in Frankreich erzählt hatte: „Die neue Phase des Krieges verlangte von uns die Klärung politischer Fragen, die wir an Wilhelm Pieck nicht stellen konnten, weil längst alle Kontakte nach Moskau abgebrochen waren, und die wir ihm nicht hätten stellen wollen, damit er selbst keinen Ärger bekam. Der Abschluss des Paktes zwischen Nazideutschland und der Sowjetunion war in seinen Folgen für alle kommunistischen Parteien verhängnisvoll. Die Kommunisten konnten nicht mehr unter ihren nationalen Bedingungen arbeiten. Sie waren, und dazu noch unvorbereitet, der höchst zweifelhaften sowjetischen Außenpolitik unterworfen. Wir vom Auslandssekretariat der KPD bekamen dies besonders zu spüren. Der sich in Frankreich verschärfende Antikommunismus war in bestimmtem Maße der Stalinschen Politik geschuldet“ (S.57 f.)

Genau diese Auffassung war Merker von der ZPKK vorgehalten worden, und genau diese geäußert zu haben hatte er entschieden abgestritten. Kießling aber scheint gar nicht zu bemerken, dass er mit der Anführung dieses Merker-Zitats ein Eigentor geschossen hat. Sein eigener als „nur Antistalinismus“ verstandener Antikommunismus ließ ihn den Merkerschen Antisowjetismus als völlig normal und frei von jeder Kritikwürdigkeit erscheinen. Oder richtiger: Für ihn war Merker schon in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in einem solchen Maße zur unanfechtbaren Quelle der Wahrheit über die Geschichte der Partei und der Emigration geworden, dass er nicht nur den Willen, sondern auch die Fähigkeit zu jeder kritischen Betrachtung und zu jeder Äußerung verlor, die auch nur den leisesten Zweifel am Wahrheitsgehalt der Darstellungen Merkers zu wecken geeignet war. So wurde nach dem Sieg der Konterrevolution nach 1989 aus dem ehemaligen Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus und DDR-Historiker ein gewendeter Publizist, der mit einer langen Kette von Artikeln im ebenfalls gewendeten ehemaligen Zentralorgan der SED und mit seinem hier genannten Buch über Noel Field wie kaum ein zweiter die Forderung des ehemaligen BRD-Außenministers und Verfassungsschutz-Chefs Kinkel bediente, die DDR zu delegitimieren und als „Unrechtsstaat“ nachzuweisen.

2. Noel Field – Kommunist und selbstloser Helfer kommunistischer Emigranten – oder V-Mann von Allan Dulles?

Zur Beantwortung dieser Frage seien hier nochmals in Kürze wichtige Daten des Lebens und Wirkens von Noel Field, deren wichtigste bereits im Dokument der SED aufgezählt wurden, (siehe oben, S. 13-17), zusammengestellt. (Die Angaben nach Kießling, S.28.ff.) Noel Field wurde als Sohn seines in der Schweiz lebenden US-amerikanischen Vaters und seiner aus England stammenden Mutter 1904 in Zürich

geboren. Nach dem Tod des Vaters 1921 und nach Noels Abitur 1922 zog Noels Mutter mit ihren drei Kindern in die USA.

Vom Staatsbeamten zum Leiter einer amerikanischen Hilfsorganisation in der Schweiz.

Nach einem Jura-Studium an der Harvard-Universität wurde er 1926 Mitarbeiter der Westeuropa-Abteilung des US-Außenministeriums, des State Departments. 1936 stieg er zum Vertreter der USA beim Sekretariat des Völkerbundes in Genf auf, wo er auch mit seiner Frau Wohnung nahm. 1938 wurde er einer der Sekretäre der Völkerbundskommission, die in Spanien den Abzug der Interbrigadisten zu kontrollieren hatte. „Seine Tätigkeit begann mit der Erfassung aller ausländischen Soldaten, mit einer Aufstellung von Listen, auf denen sie entsprechend ihrer Nationalität gruppiert waren. “ (S.31) 1939 nahmen die Fields die 17-jährige Erica Glaser in Pflege, weil das Mädchen, an Typhus erkrankt, nicht mit ihren Eltern, – die beide, der Vater als Arzt, die Mutter als Krankenschwester, der spanischen Republik geholfen hatten -, die Flucht nach Frankreich mit antreten konnte. (S.32). Wie sich zeigen sollte, begann mit dieser Hilfe-leistung Noel Fields ein Weg, der Erica Glaser wenige Jahre später geradewegs zu Allan Dulles als dessen Mitarbeiterin im OSS führte.

„Nach der Niederlage der Spanischen Republik lebten die Fields wieder in Vandoeuvres (Vorort von Genf, K. G.). Erica ging in Genf zur Schule. Noel Field war nach wie vor beim Völkerbund beschäftigt und blieb es bis zum 13.Oktober 1940. „Faktisch hatte er für diese Liga der Nationen nichts mehr zu tun. Sein amerikanischer Pass und der Ausweis des Völkerbundes ließen ihn ungehindert die Grenze zwischen der Schweiz und Frankreich passieren und ermöglichten ihm jederzeit, die Internierungslager in Südfrankreich zu besuchen, mit den Flüchtlingen zu sprechen und ihnen in zunehmendem Maße auch zu helfen. “ (S. 32). „Noel Fields Reisen nach Südfrankreich waren im Mai 1940 wegen des Krieges auf französischem Boden plötzlich zu Ende…“ (S.36)

Aber es fand sich bald ein ebenbürtiger Ersatz, der ihm die Möglichkeit bot, seine Kontakte mit den Emigranten verschiedener Nationalitäten nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern noch zu intensivieren. Ihm wurde die Stellung eines Direktors der Marseiller Filiale der von einer christlichen Gruppierung der Unitarier 1940 in Boston ins Leben gerufenen amerikanischen Hilfsorganisation USC – Unitarian Service Committee – angeboten. Die bereits seit dem Herbst 1940 bestehende USC-Vertretung in Lissabon wurde von einem Dr. Robert Dexter geleitet, der nun sein Chef wurde. Ihm werden wir in Bälde in anderer Eigenschaft wieder begegnen.

Wegen seiner neuen Arbeitsstelle zogen die Fields im Frühjahr von Genf nach Marseille, ließen jedoch Erica in der Schweiz zurück.

„Als sich Noel Field in Basel vom Vorsitzenden der Schweizer KP, Karl Hofmaier, verabschiedete, gab ihm dieser – (unaufgefordert? K.G.) – einen guten Hinweis. Zwei deutsche Genossinnen, Maria Weiterer und Hilda Maddalena, hatten Hofmaier per Postkarte kundgetan, dass sie sich nach mehr als einjähriger Internierung in dem in den Cevennen gelegenen Frauenlager Rieucros nunmehr am Mittelmeer im Hotel Bompard befinden“, das jetzt eine Außenstelle des Marseiller Polizeigefängnisses war. „Sie bekämen Ausgang, um ihre noch ungewisse Ausreise zu betreiben…. Maria Weiterer und Hilda Maddalena waren sehr überrascht, als sie Noel Field im Hotel Bompard besuchte, sie von ihrem Bekannten aus Basel grüßte, sich als Vertreter des Bostoner Unitarian Service Committee in Marseille vorstellte und sie bat, sie möchten ihm behilflich sein, den Not leidenden deutschen Antifaschisten in den Lagern Le Vernet, Rieucros, Gurs und anderswo Lebensmittel sowie den bedürftigen Nichtinternierten soziale und medizinische Betreuung zukommen zu lassen. Ihm ständen dafür genügend Mittel aus Spenden amerikanischer Bürger zur Verfügung. Er brauche Namen und Adressen; denn er müsse der Zentrale garantieren, dass die Solidaritätsgelder tatsächlich diejenigen erreichen, die sie dringend benötigen… Er suche mindestens zwei zuverlässige deutsche Helfer, die sich in Marseille frei bewegen können. “ (S. 36-41).

Die beiden Frauen gingen nicht sofort auf Fields Angebot ein, sondern erst, nachdem Hofmaier auf eine briefliche Anfrage Paul Merkers geantwortet hatte, „Field sei Kommunist, vertrauenswürdig und absolut zuverlässig. “ (S.43).

„In seinem Büro sagte ihnen Field – (den Helferinnen, die er durch Vermittlung von Maria Weiterer und Hilda Maddalena bekommen hatte, K.G.) -, er sei auf Helfer verschiedener Länder angewiesen. In den Lagern haben sich die Gefangenen in Landsmannschaften zusammengeschlossen. Folglich brauche er ungarische, italienische, spanische, jugoslawische, polnische und auch deutsche Helfer, die von den Internierten ihrer Nationalität akzeptiert werden…Field erklärte, wie er sich die Arbeit der beiden deutschen Frauen dachte: Sie suchen sich, da sie persönliche Briefe in die Lager schicken können, …jeweils eine Vertrauensperson, von der sie Namenslisten potentieller Paketempfänger erhalten. Field führte die Frauen in das dem Büro des USC angegliederte Lager. Hier stapelten sich per Schiff aus den USA eingetroffene Waren, vor allem Fleischkonserven, Milchpulver, Reis, Zucker, Teigwaren und Textilien wie Decken, Unterwäsche, Oberhemden und Jacken… Henny Stibi erinnerte sich: ‚… Vier Monate waren wir noch in Marseille. Wir kauften, packten und transportierten.‘ “ (S.46/47).

Als die deutschen Truppen am 10. November 1942 begannen, ganz Frankreich zu besetzen, mussten die Fields fluchtartig Marseille verlassen. Sie kehrten nach Genf zurück und er eröffnete nun hier sein Büro der USC. „Die erzwungene Verlagerung der USC-Arbeit von Marseille nach Genf brachte keine großen Probleme. Die Bankkonten hatte Field sowieso in der Schweiz. Das Lager in Marseille war faktisch leer gewesen… Der tatsächliche Verlust bestand im plötzlichen Abbruch der direkten Kontakte zu seinen Helfern. Aber schon bald, wenn auch nicht im bisherigen Umfang, führte Field die Hilfsaktionen von der Schweiz aus nach Südfrankreich weiter…. Das Büro der USC eröffnete Field in den Räumen des von Berta Hohermuth geleiteten International Emigration Service. “ (S. 86/87).

Just um diese Zeit erhielt Field des Besuch seines Chefs Dexter aus Lissabon. Und was der seinem Untergebenen Field erzählte, schildert uns Kießling so: „Von Robert Dexter, seinem Chef in Lissabon,… erfuhr Field, in den USA sei ein Office of Strategie Services (OSS) geschaffen worden. Es solle Grundlagenstudien für Entscheidungen der politischen und militärischen Führung erarbeiten. Zunächst habe man öffentlich zugängliche Informationen gesammelt und ausgewertet. Nunmehr sei es zentrale Aufgabe, Geheiminformationen zu beschaffen. Geschulte Agenten seien dafür nur bedingt verwendbar. Viel ergiebiger könnte es sein, in neutralen Ländern Europas wie Schweden, Portugal, der Schweiz und der Türkei, zu denen das Deutsche Reich vielfältige Beziehungen unterhält, an Nichtnazis, an Geschäftsleute, Firmenvertreter und Wissenschaftler heranzukommen. Mitarbeiter des OSS bauten unter dem Schutz der Immunität der Gesandtschaft der USA in Bern ihre Europa-Zentrale auf. Robert Dexter wurde in diese Aufgabe einbezogen. Als Chef des OSS für Zentraleuropa war Allan Welsh Dulles vorgesehen. Field kannte ihn, wenn auch nur flüchtig, aus seiner Tätigkeit im State Department. Dulles sollte im November 1942 nach Bern kommen. “ (S. 81/82).

Field nutzte seine Bekanntschaft mit dem kommunistischen Emigranten Leo Bauer dazu, Bauer mit seinem Chef, dem OSS-Mann Dexter, bekannt zu machen.. „Leo Bauer fand es nicht abwegig, als ihm Field den Vorschlag machte, sich mit Dexter zu treffen und zu sondieren, ob sie sich gegenseitig nützlich sein könnten. Warum sollte er nicht zu Vertretern der USA, dem Hauptverbündeten der Sowjetunion im Kampf gegen Hitler, in Kontakt treten. In England ließ zur gleichen Zeit die Leitung der KPD-Emigration unter ihren jungen Mitgliedern zum freiwilligen Dienst in der Armee des Gastlandes werben.“ (S.82). Bei einem Treffen Bauers mit Dexter brachte der einen zweiten Mann mit, der Bauer fragte, ob er bereit sei, Aufträge von ihm, also dem OSS, anzunehmen. Bauer zeigte dazu Bereitschaft. (S.82/83). Die Verbindung des OSS zu Bauer war besonders wichtig, weil, wie Paul Merker gegenüber Noel Field einmal geäußert hatte, „der Weg zu Bertz“ – dem in gut geschützter Illegalität in Basel lebenden Leiter der Schweizer Parteiorganisation der KPD – „führe nur über

Leo Bauer“. (S.60). Aus Kießlings Schilderung geht also klar hervor – obwohl er das selbst nicht so klar sagt -, dass Field den Kommunisten Leo Bauer dem amerikanischen Geheimdienst OSS zuführte, der ihn mit Erfolg zur Mitarbeit anwarb.

Aber nicht nur Leo Bauer, sondern offenbar auch seine, Fields, Pflegetochter Erica Glaser. Allerdings lässt uns Kießling überraschenderweise völlig im Unklaren darüber, wie der Kontakt Erica Glasers mit dem OSS zustande kam, obwohl er uns sonst mit allen wichtigen Etappen ihrer Entwicklung bekannt macht. Wir erfahren nur ganz beiläufig durch einen Hinweis Kießlings auf eine Äußerung Erica Glasers in ihrem Erinnerungsbuch (Erica Wallach, „Licht um Mitternacht“, München 1969), dass sie bei dem Treffen Leo Bauers mit den OSS-Leuten, bei dem ihm, Leo Bauer, ein Fragebogen des OSS übergeben worden war, ebenfalls zugegen war, (S.83). Wir dürfen daraus schlussfolgern, dass sie selbst damals auch schon etwas mit dem OSS zu tun gehabt hat. Indem Kießling uns vor dieser Passage mitteilt, Erica Glaser „war durch Noel Field mit Leo Bauer bekannt geworden. Sie nannte ihn rückblickend ihren politischen Lehrer und Freund‘, mit dem sie ein sehr enges, ein Liebesverhältnis hatte“, lässt er der Vermutung Raum, es sei wohl Leo Bauer gewesen – also nicht ihr Pflegevater Noel Field -, der sie dem OSS zugeführt hatte.

Einen weiteren – ebenfalls recht undeutlichen – Hinweis darauf, dass Erica Glaser eine enge Beziehung zum OSS hatte, gibt Kießling zwei Seiten weiter: nachdem er darüber berichtete, dass Leo Bauer kurz nach dem Gespräch mit den OSS-Leuten von der Genfer Geheimpolizei mitsamt dem Fragespiegel, den ihm die OSS-Leute übergeben hatten, verhaftet worden war, lesen wir bei ihm auf S.85: „Über Erica legte das OSS Bauer nahe, auf keinen Fall die Quelle des Fragebogens zu nennen. Auf Hilfe des OSS könne er nicht rechnen.“ Daraus darf geschlossen werden, dass Noels Pflegetochter schon zu dieser Zeit eine „inoffizielle Mitarbeiterin“, also eine „IM“ des Allan Dulles war.

Aber erst viele Seiten weiter – auf S. 121 – erfahren wir: Bei den Verhandlungen mit den Amerikanern darüber, deutschen Kommunisten dabei behilflich zu sein, bewaffnet nach Deutschland zu gelangen, um am Kampf gegen Hitler teilzunehmen, „wirkte Erica Glaser mit, die mit Zustimmung der Schweizer KPD-Leitung in den Dienst der OSS getreten war.“ Das aber spielte sich erst Anfang 1945 ab (s. Kießling,. S. 120), die Verhaftung Leo Bauers aber schon im Oktober 1942. Schon damals aber war, wie wir durch Kießling erfuhren, Erica Glaser mit dem OSS liiert; von einer Zustimmung der Schweizer KPD-Leitung dazu hat er an dieser Stelle jedoch nicht gesprochen. Er ließ also – und das sicherlich nicht „aus Versehen“ – im Dunkel, wie es zum ersten Kontakt der Erica Glaser mit dem OSS und zu ihrer Übernahme in die Reihen seiner Mitarbeiter kam. Aber es wäre doch immerhin wichtig zu wissen, wer sie auf den Weg einer Spionin brachte, der dazu führte, dass sie 1950 von einem

sowjetischen Militärgericht zum Tode verurteilt, dann zu 15 Jahren Lagerhaft begnadigt wurde und einige Jahre – bis zur Annullierung ihrer Strafe und ihrer Entlassung in den Westen – in Workuta zubringen musste. (Kießling, S.32, 238).

Helfer in zwei Richtungen

Noel Fields Tätigkeit als Chef des Genfer USC erfuhr zwei gänzlich entgegen gesetzte Ein-schätzungen. Seine Beurteilung in den Prozessen von Budapest und Prag und durch die Führung der SED als Helfer von Allan Dulles haben wir schon kennen gelernt; erinnert sei nur an die bereits auf S. 17 wiedergegebene Feststellung Hermann Materns: „Wie raffiniert der Feind seine Agenten in die Reihen der kommunistischen und Arbeiterparteien einzubauen versucht, das zeigt besonders die Methode mit dem amerikanischen Agenten Field.“ Kießling dagegen findet gar nicht genug Worte, um uns Field als einen der edelsten und selbstlosesten Helfer verfolgter kommunistischer Emigranten vorzustellen. In seinem Buch zitiert er – S. 26 – zustimmend einen anderen Autor, der über Field schrieb: „Zweifellos ein empfindsamer, aufrichtiger Idealist – ja, ein guter Mensch … Friede, Gerechtigkeit, Verantwortungsgefühl, Hilfsbereitschaft… bildeten Sinn und Zweck seines Lebens…. War er Kommunist? Zweifellos ja, und dabei ist es gleichgültig, ob er auch formell der Partei beigetreten ist.“ An anderer Stelle – S.51 – gibt Kießling als Äußerung von Paul Merker, Maria Weiterer und Georg Stibi wieder: „Field ist ein guter Mensch, eine Samariterseele. Wir alle wären ärmer ohne solche Menschen.“ Und schließlich zitiert er Paul Merker aus einem Gespräch, das er in den sechziger Jahren mit diesem geführt hatte – (S. 149) : “Wir standen tief in seiner Schuld, obwohl Menschlichkeit niemals aufzuwiegen ist… Er hätte Ehrenbürger eines demokratischen Nachkriegsdeutschland werden müssen.“

Welches Field-Porträt trifft zu?

Kießling führt nicht wenige Beispiele von Hilfe Fields für Emigranten an, für die jene, denen er sie erwiesen hatte, ihm gegenüber tiefe Dankbarkeit empfanden und oft lebenslang bewahrten. So sorgte er beispielsweise dafür, dass eine im Polizeigefängnis in Frankreich internierte deutsche Emigrantin, Sophie Marum, die im zum Polizeigefängnis umgewandelten Hotel Bompard in Marseille der Geburt eines Kindes entgegensah, aus dem Gefängnis in ein Heim der Quäker überführt wurde, wo sie ihr Kind – eine Tochter Andrée – unter weniger bedrückenden Umständen zur Welt bringen konnte. (Kießling, S. 56). Zu den von Kießling angeführten Beispielen zählt auch das der internierten kommunistischen Emigrantin Maria Weiterer, die der Auslieferung an das faschistische Deutschland dadurch entging, dass ihr dank Fields Hilfe gelang, illegal über die Grenze in die Schweiz zu gelangen. (S.80). Und natürlich waren die von Fields USC geleisteten finanziellen

Zuwendungen und die Lebensmittelpakete für die in den Lagern internierten Interbrigadisten eine willkommene Hilfe.

Aber: sind solche Hilfeleistungen etwa ein Beweis dafür, dass es sich bei Field keinesfalls um einen Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes gehandelt haben kann? Natürlich nicht. Davon könnte nur dann die Rede sein, wenn diesen Hilfeleistungen nicht auch andere Tatsachen zur Seite stünden, die auf eine Geheimdienst-Verbindung hinweisen. Ist es doch eine Binsenweisheit, dass, wer in eine feindliche Organisation eindringen will, dies am besten dadurch bewerkstelligt, dass er sich als deren Freund und Sympathisant ausgibt und, um Vertrauen zu erwerben, durch Taten für behauptete Freundschaft auch Beweise liefert. Und welche Taten wären mehr geeignet, solches Vertrauen zu schaffen, als Hilfeleistungen für Menschen in existenziell gefährdeten Situationen?

Im Falle Noel Field nun enthalten nicht nur die Materialien der Prozesse gegen Rajk und Slansky und der Untersuchungen der ZPKK der SED solche Tatsachen über Fields Tätigkeit als Mitarbeiter von Allan Dulles und dessen OSS; nein, auch in Kießlings Buch finden wir Hinweise auf solche Tatsachen in nicht geringer Zahl, und zudem erstaunliche Widerspräche in Kießlings Ausführungen, mit denen er alle Vorwürfe gegen Field als unbegründet und konstruiert nachzuweisen sucht.

Field und das USC – Dexter und das OSS des Allan Dulles

Wie wir sahen, war Field, von seiner Dienststelle, dem US-Außenministerium, 1936 zum Völkerbund delegiert, ab 1938 als einer der Sekretäre des Völkerbundes mit der listenmäßigen Erfassung der aus Spanien abgezogenen Interbrigadisten beschäftigt. (Kießling, S.31). Dass Zweitschriften der dabei erstellten Listen auch vom State-Department verlangt und ihm geliefert wurden, versteht sich am Rande. Klar war, dass sich unter den darin Aufgelisteten nicht wenige besonders einflussreiche Angehörige der Kommunistischen Parteien aus verschiedenen Ländern, besonders aus Deutschland, befinden mussten, über die Näheres – ihre Funktionen, ihre Verbindungen und ihre späteren Aufenthaltsorte und Tätigkeiten – zu wissen für die US-Kommunistenbekämpfer von erstrangigem Interesse war. Man brauchte dazu aber nicht nur Namenslisten, sondern persönliche Kontakte. Die zu bekommen, war unter den gegebenen Umständen ziemlich einfach, waren die Interbrigadisten doch größtenteils in französischen Lagern interniert. Den Weg zu ihnen wiesen die aus der Solidarität linker Organisationen für die Spanienkämpfer und überhaupt für die aus ihren Ländern vertriebenen Antifaschisten entstandenen Hilfskomitees, wie zum Beispiel das von den Kommunisten der USA ins Leben gerufene „North American Committee to Aid Spanish Democracy“, dessen Leitung der parteilose New Yorker Chirurg Edward K. Barsky übernommen hatte, (daher auch „Barsky-Komitee“).

Es lag nahe, demjenigen, der schon die ersten persönlichen Kontakte mit den Interbrigadisten bei deren listenmäßiger Erfassung gehabt hatte, auch ihre weitere Betreuung (in doppelter Hinsicht) zu übertragen. Eine solche Erklärung für Fields Wechsel seines Arbeitsplatzes vom Völkerbund zum USC ist jedenfalls sehr viel plausibler als die Erklärung, dieser Wechsel sei das Ergebnis gewesen von Fields unbändigem Wunsch, Menschen in Not zu helfen, oder gar das Ergebnis dessen, dass er Kommunist gewesen sei.

Field blieb bis Oktober 1940 als Angehöriger des State Department beim Völkerbund beschäftigt, (Kießling,S.32), danach übernahm er – wie schon erwähnt, (s.o.) die Leitung des Genfer Büros der USC. Darüber, wer ihn für diesen Posten vorgeschlagen hat, stellt Kießling merkwürdigerweise Vermutungen an, ob es der Vertreter des Christlichen Vereins Junger Männer gewesen sei, wie die Field-Biografin Flora Lewis meinte, oder Dr. Edward Barsky, (S.38), obwohl doch die Lösung ziemlich nahe liegt, nämlich: dass dies der Mann war, dessen Untergebener er in der neuen Funktion wurde – Dr. Robert Dexter. Doch es ist verständlich, wenn Kießling bemüht war, nicht den Eindruck großer Nähe Fields zu Dexter aufkommen zu lassen, war der doch, wie schon erwähnt, (s.o., S. 24), ein Mitarbeiter von Allan Dulles beim Aufbau der Europa-Zentrale des USA-Geheimdienstes OSS, dem Vorläufer der CIA, in Bern. Und derselbe Dexter war es, der Field darum bat, ihm zu helfen, Leute ausfindig zu machen, die für die Aufgaben des OSS nützlich sein könnten, woraufhin Field dem Dexter Leo Bauer zuführte. (S. ebenda). Und es kann ja wohl auch nicht gegen den Willen Fields geschehen sein, dass seine Pflegetochter Erica Glaser – zuerst inoffiziell, später dann ganz offiziell – in den Apparat des OSS eingebaut wurde. Übrigens war ihr Mann, Bob Wallach, ebenfalls ein Offizier des OSS, (s. Matern, S.86). Von Kießling wird dieser Mann allerdings überhaupt nicht erwähnt.

Immerhin: Kießling kommt, wie gezeigt, nicht umhin, Tatsachen aufzuführen, die eindeutig beweisen, dass Fields christlich-wohltätiges „Unitarian Service Committee“ mit dem OSS des Allan Dulles zusammenarbeitete. Dagegen verheddert sich Kießling erheblich bei seinen Versuchen, uns Field als überzeugten Kommunisten vorzustellen.

Noel Field – Kommunist oder nicht?

Wir erfahren, dass in den dreißiger Jahren Field Bekanntschaft mit dem damaligen Vorsitzenden der KP der USA, Earl Browder, machte. Kießling dazu: „Fields Gespräche mit Browder und die Lektüre marxistischer Literatur führten dazu, dass er von sich meinte, er sei Kommunist. Eingetragenes Mitglied der KP zu werden und sich am Parteileben zu beteiligen, hätte zum baldigen Ende seiner Laufbahn als Regierungsbeamter geführt. “ (Kießling, S.30).

Auf S. 132 zitiert Kießling sogar aus einer Antwort Paul Merkers auf eine Anfrage Franz Dahlems über Field vom 26. November 1946 – zu dieser Zeit waren beide, Dahlem und Merker, Mitglieder des Parteivorstandes der SED – : „Ich teile nicht die Auffassung der Genossin Anne von Fischer, dass es sich bei Field um einen amerikanischen Agenten handelt. Field gehört der KP Amerikas an. “

In der bereits zitierten Erklärung des ZK und der ZPKK der SED vom 24.August 1950 ist zu der angeblichen KP-Mitgliedschaft Fields jedoch auf S. 85 ausgeführt: „Im Sommer 1945 begab Field sich nach Mexiko, um auch dort die bereits in Marseille angeknüpften Verbindungen wieder aufzunehmen. Paul Merker, der mit ihm dort eine längere Unterredung hatte, trifft der schwere Vorwurf, die Verbindung zu Field wieder aufgenommen zu haben, obgleich das ZK der KP der USA ihm keine Auskunft über Field erteilt hatte. Merker beruhigte sich damit, dass das der KP der USA nahe stehende Barsky-Komitee ebenfalls mit Field in Verbindung stand.“

Kießling ist diese Feststellung keine Beachtung wert, sie wird deshalb in seinem Buche nicht erwähnt. Dafür aber zitiert er nach der Erklärung: „Ich bin mit ihm eins“ aus dem Buche „Schauprozesse“ des Ungarn Georg Hermann Hodos: „War er (Field) Kommunist? Zweifellos ja, und dabei ist es gleichgültig, ob er auch formell der Partei beigetreten ist.“ (Kießling, S.26). Um diese Feststellung zu untermauern, stellt uns Kießling Noel Field auch als einen naiv-gläubigen Verehrer der Sowjetunion vor, indem er uns erzählt, was ihm einmal Georg Stibi über ein Gespräch mit Field berichtet habe. Stibi war kommunistischer Emigrant, der in Moskau und ab 1937 in Madrid die Leitung deutschsprachiger Radiosendungen innehatte, danach in Frankreich interniert wurde und dort Field kennen lernte. Ihn fragte Field einmal nach seinen Erfahrungen in der Sowjetunion, und, so berichtete er Kießling, in seiner Antwort habe er ihm nichts von seinen dortigen negativen Erlebnissen mitgeteilt; er habe Field nichts von ihnen sagen können, denn: „Er hätte annehmen müssen, ich wolle an seinen Glauben rühren. Seine idealistisch begründete Verehrung für die Sowjetunion war eine Wurzel seiner Solidarität mit allen vom Faschismus Verfolgten.“ (Kießling, S. 49). Wir werden weiter unten durch keinen anderen als Kießling Handlungen von Field kennen lernen, die mit einer von Stibi angenommenen und uns von dem gleichen Kießling präsentierten Verehrung Fields für die Sowjetunion beim besten Willen nicht in Einklang zu bringen sind.

Aber nun noch eine andere Äußerung zu Merkers Behauptung von Fields KP-Mitgliedschaft. Auf S. 145 zitiert Kießling eine Aussage der Witwe Egon Erwin Kischs, Gisl Kisch, vom September 1953. „Bei einem Besuch von Field in meiner Wohnung (im September 1948) teilte mir dieser mit, dass er mit der Aufenthaltsverlängerung in der CSR Schwierigkeiten habe und bat mich um Rat, was er in dieser Sache unternehmen soll. Konkret hat er mich gefragt, ob ihm die KPTsch

nicht helfen könne. Ich habe ihm geantwortet, es wird schwer gehen, da er kein Parteigenosse ist.“

Was der Gisl Kisch bekannt war, das war mit Sicherheit erst recht Paul Merker, der zu Field ein viel längeres und viel engeres Verhältnis hatte als sie, bekannt. Den Widerspruch zwischen den beiden von ihm zitierten Aussagen bagatellisiert Kießling mit der Erklärung, für Merker sei der Unterschied zwischen „Kommunist“ und „Parteimitglied“ „nur eine Nuance“ gewesen, habe er doch „oft genug erfahren, dass nicht das Parteibuch einen Kommunisten ausmacht, sondern sein Verhalten „. (S.44/45). Das schafft aber die Tatsache nicht aus der Welt, dass Merker die Partei mit seiner Behauptung, Field sei Mitglied der KP der USA, bewusst belogen hat.

Die Schlüsselfrage zu Fields Hilfeleistungen: Cui bono?

Die Fragwürdigkeit oder auch „Ambivalenz“ – um ausnahmsweise einmal diesen von manchen mit Vorliebe zum Ausweis von Wissenschaftlichkeit benutzten Ausdruck zu benutzen – der Hilfe von imperialistischen Geheimdiensten für Kommunisten möchte ich – exemplarisch für das Wesentliche solcher „Hilfe“ – an einem Fall, nämlich der Hilfe Fields für Paul Merkers Flucht nach Mexiko, dartun. Um die Doppeldeutigkeit dieser Hilfe deutlich zu machen, werde ich zwei Fragen nachgehen:

Erstens: Wer und welche Institutionen waren an dieser Hilfeleistung beteiligt? Das Material zur Beantwortung dieser Frage werde ich ausschließlich dem Buche Kießlings entnehmen. (S. 55, 63-65, 73-75).

Und zweitens: Wer – außer den oder dem direkt Betroffenen, in diesem Falle Paul Merker, – ist noch Nutznießer dieser Hilfe? Zur Beantwortung dieser Frage werde ich auf die Erklärung des ZK der SED zurückgreifen. (Matern, S.78-80)

Zur ersten Frage. Paul Merker war es in Frankreich gelungen, Ausreisepapiere nach Mexiko zu erhalten. Um aber ausreisen zu können, fehlte ihm das französische Ausreisevisum. Das hätte er nur gegen Vorlage eines Entlassungsscheins des Lagers Les Milles, in dem er interniert war, beantragen können. Einen solchen Schein konnte er aber nicht vorweisen, weil er das Lager illegal verlassen hatte und untergetaucht war. Sein Retter war Noel Field. Er erreichte, dass Merker von der französischen Ausländerbehörde ein Ausreisevisum erhielt. Die Einzelheiten dieser Rettung grenzen an ein Wunder. Folgen wir Kießling, vergessen wir dabei jedoch nicht, dass er die wiedergegebenen Dialoge nicht aus einem Protokolldokument zitiert, sondern sich auf Erinnerungsberichte Merkers und anderer bezieht, und dass er mit denen das Interesse gemeinsam hat, nachzuweisen, die Beschuldigung, bei Field habe es sich um einen amerikanischen Geheimdienstagenten gehandelt, sei aus der Luft gegriffen und entbehre jeder Grundlage. Dies sollte man beim Lesen des Folgenden immer im Hinterkopf haben: „Lex Ende beriet sich mit dem Anwalt Jerome Ferucci, seinem

Verbindungsmann zur französischen Partei. Ferucci wusste, dass in der Ausländerbehörde der Präfektur eine Madame Esmiol die Ausreiseanträge bearbeitete. Sie sei eine Gegnerin des Vichy-Regimes und sympathisiere mit der gaullistischen Bewegung Freies Frankreich. Trotzdem wäre es… leichtfertig, darauf zu bauen. Die Ausländerbehörde unterstand dem Innenministerium und wurde offiziell vom Zweiten Büro, der Geheimpolizei, kontrolliert. Frau Esmiol war verpflichtet, sich jedes Visum vom Innenministerium in Vichy bestätigen zu lassen. Dennoch gab es keine andere Wahl. Diese Madame Esmiol musste direkt gefragt werden. Nur ein Unbeteiligter konnte, ohne sich selbst zu gefährden, zu ihr gehen und die Lage sondieren. Noel Field war dazu sofort bereit….Er brachte von der Präfektur die Nachricht, die Beamtin Esmiol werde ausnahmsweise die Anträge – (außer Merker handelte es sich dabei noch um drei weitere Genossen, die mit Merker das Lager Les Milles illegal verlassen hatten) – auch ohne Entlassungsscheine des Lagers Les Milles annehmen. Daraufhin habe er ihr die vier Namen genannt, und sie ließ durch ihn übermitteln, die Männer könnten unbesorgt zu ihr kommen. Paul Merker erinnerte sich: ‚Frau Esmiol… empfing uns freundlich. Sie hatte sich bereits telefonisch vom Lager Les Milles bestätigen lassen, dass wir dort geführt waren. Wir füllten die Anträge aus und sollten die Visa am folgenden Tag abholen. Als wir schon im Korridor waren, kam uns Frau Esmiol nach. Sie fasste mich am Ärmel und zog mich beiseite: ‚Monsieur Merker, es tut mir sehr leid. Sie können das Visum nicht bekommen. Sie stehen auf der Fahndungsliste des Innenministeriums. Die deutsche Seite verlangt Ihre Auslieferung. Ich bin laut Gesetz verpflichtet, Sie verhaften zu lassen. Von mir haben Sie nichts zu befürchten. Meine Ehre als Französin verbietet es mir, einen deutschen Antinazi seinen Henkern auszuliefern. Auch wenn ich Ihren Namen übersehen haben würde, Sie haben nach meinem Ermessen keine Chance, an Bord eines Schiffes zu gelangen. Im Hafen werden alle Reisenden dreifach kontrolliert: vom Zoll, von französischer Gendarmerie und von deutschen Geheimpolizisten in Wehrmachtsuniform. Ich rate Ihnen, wieder unterzutauchen und Marseille zu meiden. Denken Sie daran, Ihr Besuch bei mir und unser Gespräch haben nie stattgefunden.'“ (S.63 f.)

Schon bis hierher ist das eine Geschichte, die fast an ein Wunder grenzt. Gerade deshalb wirft sie schon hier einige Fragen auf, z. B.: Hätte es nicht viel näher gelegen, dass der Anwalt Ferucci, der die Dame Esmiol ja offenbar recht gut, vielleicht sogar persönlich kannte, es über-nahm, bei ihr zu sondieren, als ein ihr unbekannter Ausländer? Aber – vielleicht war Field für die Dame Esmiol gar kein Unbekannter, sondern sie war durchaus im Bilde darüber, in welcher Eigenschaft er sich in Marseille aufhielt? Denn: kann man sich vorstellen, dass die Dame Esmiol, die immerhin von Amts wegen auch mit dem französischen Geheimdienst verbandelt war, auf die Anfragen irgendeines „Unbeteiligten“ hin das Risiko eingeht, sich sofort

bereit zu erklären, aus ihrem Lager ausgebrochene deutsche Internierte nicht nur nicht zu verhaften, sondern ihnen überdies ohne die dazu erforderlichen Unterlagen Ausreisepapiere auszustellen?

Nein, das ist unvorstellbar. Dieses Wunder konnte nur jemand bewirken, der eine Autorität hinter sich hatte, die selbst vom französischen Zweiten Büro respektiert wurde, zum Beispiel das US-State Department oder, noch wahrscheinlicher, ein US-Geheimdienst. Und das gilt noch viel mehr für den zweiten Teil dieser Geschichte. Denn da es für Merker keine Möglichkeit gab, unter seinem richtigen Namen über die Grenze oder auf ein Schiff zu gelangen, musste er die Ausreise mit falschen Papieren auf einen anderen Namen unternehmen. Aber woher falsche Papiere bekommen? Wieder war der Retter Noel Field. Doch lassen wir wieder Wolfgang Kießling erzählen. Bei einem Abschiedsessen im Oktober 1941 für Merkers Frau, die mit dem nächsten Schiff ausreisen konnte, „stand Field plötzlich vom Tisch auf und erklärte, er werde noch einmal mit Madame Esmiol sprechen. Es müsse einen Ausweg geben. Zumindest wolle er von ihr hören, ob sie wenigstens einen Rat hat.. Seine Vorsprache war nicht umsonst… Madame Esmiol versicherte: Merker erhält eine Ausreise, wenn er sie auf einen anderen Namen beantragt. Voraussetzung sei, dass die Reisedokumente echt und nicht gefälscht sind. Aber wie? Das war die Frage. Merker musste eine andere Identität erhalten. Das aber war nur möglich, wenn für dieses Vorhaben die mexikanische Regierung und ihr Konsul in Marseille als Partner gewonnen werden. Dr. Leo Zuckermann, der zu denen gehörte, die am 18. Oktober Marseille verließen, erhielt den Auftrag, in Mexiko die notwendigen Schritte einzuleiten…“ (S.65).

„Ende April, Merker hatte inzwischen von der Hicem erfahren, dass für Siegmund Ascher (das war der Name, auf den seine neuen Papiere ausgestellt waren; wer für ihn diese Papiere besorgt hat und auf welchem Wege, bleibt unerörtert. K.G.) eine Schiffspassage bezahlt ist, kam plötzlich die überraschende Nachricht, in einer Woche werde ein portugiesisches Schiff von Lissabon über Casablanca nach Veracruz fahren… Jerome Ferucci füllte einen Schein aus. Er belegte Aschers Entlassung aus einem Lager. Die Reisegesellschaft Hicem gab es am 27. April 1942 schriftlich, dass für Herrn Ascher ein Platz auf der „Guinée “ bezahlt sei und er in wenigen Tagen von Marseille abfahren müsse. Jetzt stand der entscheidende Gang bevor: der Weg zur Präfektur. Sieben Monate waren seit der Zusage von Frau Esmiol vergangen, Merker das Visum bei Vorlage echter Papiere mit anderem Namen zu geben. Konnte sie jetzt dieses Versprechen einlösen?… Nicht er, nur Field vermochte ohne Risiko die Antwort einzuholen. Field nahm sein Auto und fuhr zur Präfektur. Nach einer halben Stunde hatte Merker die Antwort: Madame Esmiol steht zu ihrem Wort. Er möge kommen. Sie werde ihn fraglos wiedererkennen…. Dazu Merker selbst: ‚Ich kam unmittelbar vor Büroschluss in die Präfektur. Mitarbeiter von ihr waren schon im

Aufbruch. Zu einem von ihnen sagte sie, er solle ruhig gehen, sie werde den Antrag allein entgegennehmen. Zwischen uns fiel kaum ein Wort. Sie sah sich meine Unterlagen sehr genau an. Schließlich sagte sie, offensichtlich selbst erleichtert, ich könnte am nächsten Tag das Ausreisevisum abholen. Doch es zog sich in die Länge, weil, wie mir Madame Esmiol sagte, die Erlaubnis für die marokkanische Durchreise… noch nicht vorliege. Vier Tage hintereinander war ich in ihrem Büro. Jedes Mal sagte sie, ich solle wiederkommen. Es würde noch rechtzeitig alles da sein. Ich erhielt das Visum erst am Tage der Abreise, am 4. Mai…‘ Als Siegmund Ascher verließ Paul Merker faktisch in letzter Minute Frankreich..“ (S.73 f.)

Als Merker von der ZPKK 1954 über seine Tätigkeit in der Emigration und seine Verbindungen zu Field befragt wurde, betraf eine der Fragen auch die Rolle Fields bei den Kontakten mit Madame Esmiol, was durchaus verständlich ist angesichts der außergewöhnlichen Bereitschaft dieser Dame, nach Unterredungen mit Field Merker in der geschilderten Weise hilfreich zu sein. Die Genossen der ZPKK dürften mit Recht davon ausgegangen sein, dass, wäre Field nur ein gewöhnlicher Leiter einer der verschiedenen amerikanischen Emigranten-Hilfsorganisationen gewesen, seine Fürsprachen nicht solche Wirkungen gezeitigt hätten. Kießling schreibt: „Eine an ihn gerichtete Frage lautete: ‚Warum ließen Sie die Angelegenheit mit der Mitarbeiterin des französischen Geheimdienstes gerade durch den Agenten Noel H. Field erledigen?‘ Antwort: , Weil niemand weiter da war, der die Frau Esmiol persönlich kannte.'“

Diese Begründung steht in einem bemerkenswerten Widerspruch zu der, die wir auf S. 63 lasen; dort war es der französische Anwalt Ferucci, der die Esmiol kannte; dagegen wurde Field – so die Erklärung auf S.63 – deshalb als der richtige Mann angesehen, weil er „ein Unbeteiligter“ war. Das aber war Ferucci auch! Davon jedoch, dass nicht nur Ferucci, sondern auch Field diese Dame persönlich kannte, war auf S. 63 mit keinem Wort die Rede gewesen!

Die Antwort auf die erste der eingangs gestellten Frage ist nach alledem: Die Hilfeleistung für Merker erfolgte von einem amerikanischen Beamten des US-State Department, dessen Einfluss stark genug war, um auch eine Beamtin des französischen Geheimdienstes seinem Wunsche gemäß handeln zu lassen. Die Schlussfolgerung, dass es sich bei ihm also um einen Mann des USA-Geheimdienstes handelt, kann in keiner Weise als weit hergeholtes Konstrukt betrachtet werden.

Zur Beantwortung der zweiten Frage zitiere ich, wie angekündigt, aus dem ZK-Beschluss der SED vom August 1950, (Matern, S. 78-80): „Zwischen dem ZK der KPF und dem Genossen Walter Beling als Leiter der deutschen Emigrationsleitung in Südfrankreich wurde Ende 1940 eine Übereinkunft getroffen, die den Einsatz des größten Teiles der deutschen Emigration für die politische Agitation unter den

deutschen Soldaten vorsah. Nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion erhielt dieser Kampf gegen den Faschismus eine erhöhte Bedeutung….

Es lag jedoch nicht in den Plänen des anglo-amerikanischen Imperialismus, große deutsche Truppenmassen in Frankreich zu fesseln und dadurch eine Erleichterung für die sowjetisch-deutsche Front zu schaffen. Wie sie die Schaffung der zweiten Front hinauszögerten, so hemmten sie auch die Entfaltung der Widerstandsbewegung. Durch ihren Agenten Noel H. Field wirkten sie daher auf die Leitung der deutschen Emigration ein, um die Durchführung der mit dem ZK der KPF‘ getroffenen Vereinbarungen zu hintertreiben….

Im Frühjahr 1942 waren die Voraussetzungen für einen größeren Einsatz deutscher Emigranten in der nordfranzösischen Widerstandsbewegung geschaffen. In einem besonderen Beschluss forderte das ZK der KPF die Entsendung einer größeren Zahl deutscher Emigranten nach Paris. Die deutsche Leitung in Marseille war jedoch zu diesem Zeitpunkt bereits so stark unter den politischen Einfluss Fields geraten, dass sie diesen Beschluss missachtete. Obgleich Paul Merker und Lex Ende durch den Genossen Beling von der Übereinkunft mit dem ZK der KPF vollinhaltlich unterrichtet waren, bezweifelten beide die Echtheit des Beschlusses. Ohne sich um diesen Beschluss zu kümmern, floh Paul Merker nach Mexiko, während Lex Ende zum offenen Verrat überging. Mit Hilfe von Willy Kreikemeyer übergab er Noel H. Field den Text des Beschlusses des ZK der KPF zur Weitergabe an Paul Bertz. Auf diese Weise erfuhr der Chef des OSS, Allan Dulles, von den Plänen des antihitleristischen Kampfes. Die Antwort wurde mit Wissen von Leo Bauer durch Bertz und Field gemeinsam ausgearbeitet und lag in der Richtung der Ablehnung des Beschlusses des ZK der KPF. Diese Haltung entsprach der Politik des amerikanischen Imperialismus, der an der zweiten Front zu diesem Zeitpunkt nicht interessiert war. Sein Ziel war vielmehr, die Frühjahrsoffensive der deutschen Faschisten nicht zu behindern, um eine weitmöglichste Schwächung der Sowjetarmee herbeizuführen. Aus dem gleichen Grund war der USA-Imperialismus ebenfalls nicht an einer Ausbreitung der antifaschistischen Widerstandsbewegung in Frankreich interessiert.“

Bei diesem Sachverhalt kann auch nicht als weit hergeholt und konstruiert betrachtet werden, wenn als Antwort auf die zweite Frage festgestellt wird: Mit- und Hauptnutznießer der Hilfe Fields an Merker und seine Genossen waren jene Kräfte in der US-Außenpolitik, deren Ziel es war, die Sowjetunion im Kampf gegen das faschistische Deutschland maximal zu schwächen.

Der Ausbau des Beziehungsnetzes des Noel Field.

Wie schon weiter oben wiedergegeben, wird in den Beschlüssen des ZK der SED ausgeführt, Field habe systematisch sich ein Stützpunkt-Netz unter den kommunistischen Emigranten in Frankreich und in der Schweiz geschaffen.

Kießling hat sein Buch geschrieben, um den Nachweis zu fuhren, dass alle derartigen Beschuldigungen eine Fiktion seien: „Aus dem Mann Noel H. Field war eine Fiktion gleichen Namens geworden, eine künstliche Schöpfung, eine immaterielle sowjetische Wunderwaffe, gedacht als Garant des Sieges in der großen Schlacht des Kalten Krieges zwischen Ost und West.“ (Kießling, S..21).

Schaut man sich in seinem Buch an, wie er die Entstehung der Beziehungen Fields zu den kommunistischen Emigranten schildert, dann findet man alles bestätigt, was in den SED-Beschlüssen an diesbezüglichen Fakten aufgeführt wird. Was jedoch dort als Ergebnis systematischen Vorgehens Fields zum Zwecke des Aufbaus von Stützpunkten für seine Geheimdiensttätigkeit gewertet wird, das schildert uns Kießling ganz anders, nämlich als häufig genug durch glückliche Zufalle entstandene Beziehungen, die sich einzig und allein aus Fields grenzenlosem Drang, möglichst vielen Menschen in Not zu helfen, ergaben. Aber auch wer sich an Kießlings Darstellung hält, kommt nicht umhin, die Feststellung in den SED-Beschlüssen bestätigt zu sehen, am Ende habe Field die Fäden zu so vielen Genossen, vor allem zu den führenden, in den Händen gehalten und sei von ihnen selbst über ganz interne Parteiangelegenheiten informiert worden, dass er das ganze Parteileben der kommunistischen Emigranten in der Schweiz und in Südfrankreich unter seiner Kontrolle hatte. Den ersten Kontakt zu den in der Schweiz lebenden deutschen Kommunisten erhielt Noel Field kurz vor Beginn des zweiten Weltkrieges nach seiner Ankunft in Zürich. Er machte dort einen Besuch im Hause eines Sally Liebermann, mit dem die getrennt von ihrem Mann lebende Frau seines Bruders Hermann zusammenlebte; der war wenige Monate vor ihm ebenfalls dort zu Besuch gewesen, zur „endgültigen Klärung seiner Beziehungen“ zu seiner Frau. (Kießling, S.35). Dabei hatte er den bei den Liebermanns verkehrenden deutschen Kommunisten Bruno Goldhammer kennen gelernt; für Hermann Field, der sich, wie sein Bruder Noel, mit der Hilfe für kommunistische Emigranten befasst hatte, – dies allerdings in der Tschechoslowakei -, war Bruno Goldhammer sicherlich eine hochinteressante Persönlichkeit, selbst wenn ihm nicht bekannt geworden sein sollte, dass Goldhammer zur Abschnittsleitung Süd der KPD gehörte. Anzunehmen ist jedoch, dass Hermann seinem Bruder Noel über seine Bekanntschaft mit Goldhammer hatte Nachricht zukommen lassen. Jedenfalls verkehrten die Fields – Noel, seine Frau und Erica Glaser – nach ihrer Ankunft in Zürich des öfteren bei Liebermann. „Bruno Goldhammer war der einzige deutsche Kommunist, der noch vor Kriegsbeginn beide Fields kennen lernte und der erste, der sich wiederholt mit Field unterhielt. Deswegen und mit der Begründung, er sei ‚der Hauptschuldige für das Eindringen Noel H.

Fields in die deutsche Emigration in der Schweiz‘, wurde er am 28. April 1954 in einem Geheimprozess vor dem Obersten Gericht der DDR zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt“, aber im Zuge der Rehabilitierungen aus der Haft entlassen. „Die Fields… behandelten Goldhammer, als würde er zur Familie Liebermann gehören. Erica lernte er bald näher kennen. .. Vertrauen und Akzeptanz verspürte er auch bei allen Gesprächen mit Noel Field, dem er bis Mitte 1940 mehrmals im Hause Liebermann begegnete. Im Juli wurde Goldhammer von der Kantonalpolizei festgenommen und beschuldigt, als Ausländer Schweizer Jugendliche politisch beeinflusst zu haben…Die meisten der im Lande lebenden kommunistischen Emigranten erhielten den Ausweisungsbeschluss des Bundesrates, vollstreckt in Form ihrer Internierung. Das plötzliche Ende von Bruno Goldhammers Besuchen im Hause Liebermann bedeutete nicht den Abbruch der Kontakte zu Noel Field und Erica Glaser. Sie blieben bestehen, bis Goldhammer 1945 die Schweiz in Richtung Deutschland verließ.“ (Kießling, S.34-36.)

In der Erklärung des ZK der SED vom 24. August 1950 wird zur Verbindung Field-Goldhammer ausgeführt: ‚Bruno Goldhammer ist der Hauptschuldige für das Eindringen Noel H. Fields in die deutsche Emigration in der Schweiz. Sein Verhalten veranlasste andere kommunistische Emigranten, gleichfalls mit diesem amerikanischen Agenten in Verbindung zu treten. In unverantwortlicher Weise unterließ er es, Erkundigungen über Field einzuziehen. Er beruhigte sich damit, dass Liebermann und Erika Glaser Fields lügenhafte Erzählungen über seine Tätigkeit in Spanien bestätigten, obgleich er genau wusste, dass deren einzige Informationsquelle Field selbst war.“ (Matern, S. 74). In der Schweiz „hatte zunächst nur eine Verbindung zwischen Field und Bruno Goldhammer bestanden. Die Internierung fast der gesamten politischen Emigration sowie ihre geringe zahlenmäßige Stärke ließen ihre Bedeutung hinter der starken Emigration in Südfrankreich in den Hintergrund treten. Noel H. Field beschränkte sich daher in der Schweiz zunächst auf die Verbindung mit Bruno Goldhammer und baute über diesen seine Mitarbeiterin Erika Glaser – (und mit ihr eine „IM“ von Allan Dulles‘ OSS! K.G.) – in die kommunistische Emigration ein. Über seine engen Verbindungen mit Bruno Goldhammer kam er mit dem Genossen Hans Teubner in Beziehung. Er verschaffte Bruno Goldhammer häufig Urlaub aus dem Internierungslager und brachte ihn mit dem unter dem Namen Dr. Hoffmann an der Charité in Zürich tätigen Dr. Tibor Szönyi zusammen.“ (Matern, S.81/82).

Wie weiter oben schon geschildert, hatte Field vor seinem Umzug nach Marseille im Frühjahr 1941 durch einen Hinweis von Hofmaier, dem damaligen Vorsitzenden der KP der Schweiz, die Adresse von zwei dort in Südfrankreich internierten deutschen Kommunistinnen, Maria Weiterer und Hilda Maddalena, erhalten, hatte mit denen den Kontakt aufgenommen und durch sie die Lebensgefährtin und spätere Frau Paul

Merkers, Grete Menzel, und Henny Stibi als Mitarbeiterinnen für seine USC-Filiale in Marseille gewinnen können.

Kießling: „Die Arbeit von Henny Stibi und Grete Merker für das USC brachte es mit sich, das die Fields auch deren Männer kennen lernten..“ (Kießling, S.48). Welch ein Glück für Noel Field! Denn Merker war der wichtigste Mann der Leitung der KPD in Marseille. Er, Paul Bertz und Franz Dahlem hatten bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges zum Auslandssekretariat der KPD, das damals seinen Sitz in Paris hatte, gehört. Mit dem Vorsitzenden der KP der Schweiz, Hofmaier, war er ja schon länger gut bekannt; nun hatte er auch eine persönliche Beziehung zum Leiter der KPD in Frankreich geknüpft, die sich bald zu einem Verhältnis unbegrenzten Vertrauens Merkers zu Field entwickelte. Um aber seine Aufgabe auch unter den in der Schweiz lebenden Kommunisten leisten zu können, fehlte ihm noch der persönliche Kontakt zum Leiter der KPD-Organisation in der Schweiz. Paul Merker half ihm dabei, die persönliche Bekanntschaft mit Paul Bertz herzustellen. In Kießlings Darstellung war es allerdings nicht Merker, der Field half, sondern umgekehrt Field, der sich selbstlos bereit erklärte, Merker zu helfen, die fehlende Verbindung aus Marseille zu Bertz in der Schweiz herzustellen.. Bei Kießling liest sich das so:

„Mit Bertz waren politische Probleme zu besprechen, und Kaderfragen zu klären. Nur einer kam als Mittelsmann in Frage. Und dieser eine war Noel Haviland Field. Der Amerikaner reagierte auf Merkers Bitte im ersten Moment vor allem praktisch. Er sah eine gute Gelegenheit, diesmal nicht als Leiter des Marseiller USC, sondern als inoffizieller Vertreter des Barsky-Komitees in Europa tätig zu werden und illegalen deutschen Antifaschisten, die in ihr Heimatland hinüberwirken, Geld für ihren Lebensunterhalt zu geben. Als er hörte, der Weg zu Bertz führe nur über Leo Bauer, der unter einem französischen Namen an einem nicht bekannten Ort in Genf lebe, aber Verbindung zu Leon Nicole in Genf habe, sah Field keine besondere Schwierigkeit, Merkers Wunsch zu erfüllen. Merker konnte ihm bedenkenlos diesen zu Bertz führenden Weg aufzeigen. Zwar kannte er Nicole nicht persönlich, aber Hofmaier hatte ihn in seinem Brief an Merker als einen Mann genannt, der sich für Field verbürge. Leon Nicole, seit Jahrzehnten ein bekannter sozialdemokratischer Politiker der französischen Schweiz und Mitte der dreißiger Jahre Präsident des Staatsrates im Kanton Genf, wurde 1939 wegen seiner zunehmenden Annäherung an die Kommunisten aus der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ausgeschlossen. Nach der 1940 durch den Bundesrat erzwungenen Auflösung der Schweizer KP gründete Nicole mit Linkssozialisten und Kommunisten die inzwischen, im Mai 1941, verbotene Féderation Socialiste Suisse. Nicole wiederzusehen, reizte Field zusätzlich. Bedenken hatte er, als ihm Merker den von seinem Wesen her nicht leicht zugänglichen Paul Bertz beschrieb. Vorausgesetzt, Bertz ist überhaupt bereit, sich mit Field zu treffen, müsse er zunächst dessen Misstrauen jedem Fremden gegenüber

abbauen. Gelingt es ihm, das Vertrauen von Paul Bertz zu gewinnen, werde er einen zuverlässigen Partner und auch einen liebenswerten Menschen kennen lernen. Merker habe mit ihm immer gut zusammengearbeitet. Er hoffe, Field werde schon dadurch Zugang zu Bertz finden, dass er ihm sage, er käme im Auftrag von Merker und Willi Kreikemeyer.“ (S.60).

Merker hatte also Field gründlich auf die Begegnung mit dem schwierigen und misstrauischen Bertz vorbereitet, was Field sehr half, den Zugang zu Bertz zu finden. Das hatte aber Kießling anscheinend schon vergessen, als er folgende überschwängliche Eloge auf den feinfühligen Noel Field zu Papier brachte: „Die humanitären Leistungen des Unitarien Service Committee in Europa sind ohne Noel Haviland Field undenkbar. Sie waren geprägt von seiner Persönlichkeit, von seinem feinfühligen Umgang mit den Helfern aus vielen Nationen, von seinem Einfühlungsvermögen in unterschiedliche Mentalitäten. Er besaß die Gabe, sich hineinzudenken in die Lebensumstände der ihm anvertrauten Flüchtlinge. Die Liebe zum Mitmenschen, sein Verständnis für die Not derer, zu deren Betreuung er berufen war, entsprang seiner christlichen Motivation und hatte sich seit dem Spanienkrieg mit seiner antifaschistischen Überzeugung untrennbar verbunden… Die Erinnerungen derjenigen, die mit ihm zu tun hatten, bezeugen, dass er sich auf die unterschiedlichsten Menschen einzustellen und auf sie einzugehen vermochte. Völlig problemlos hatte er den Zugang zu dem von anderen als äußerst schwierig beschriebenen Paul Benz gefunden. „. (S.77. Unterstreichung von mir, K.G.).

Doch weiter in Kießlings Bericht: „‚Wir haben dann‘, berichtete Merker, alle Fragen durchgesprochen, die er mit Bertz klären sollte. Field notierte sich Stichworte in einer für andere unleserlichen Schrift. An Hand seiner Merkworte wiederholte er alles. Das war notwendig, um auch nichts in Nuancen zu verändern….

Mit Fields Versprechen, er werde alles versuchen, Merkers Wunsch zu erfüllen, waren beide im September 1941 in Marseille auseinander gegangen… In Genf suchte Field unverzüglich Leon Nicole auf. Dieser hatte keine Ahnung von einem Leo Bauer. Doch Nicols Sohn Pierre sagte, er könne vielleicht helfen. Die Erklärung, er käme im Auftrag von Freunden aus Marseille und habe Grüße zu bestellen, genüge nicht. Field müsse ihm Fakten nennen, die ihn als Emissär glaubhaft machen. Daraufhin erhielt Pierre exakte, obwohl unverbindliche Angaben und begab sich… zur Wohnung des Bankangestellten Paul-Eric Perret alias Leo Bauer. Nachdem dieser vernommen hatte, was ihm Pierre von Field. zu sagen wusste, schrieb er, es war Montag der 29. September, mit Geheimtinte einen Brief… (an Bertz, K.G.). Leo Bauer schickte den Brief an Arthur (Paul Fels) in Basel. Nur dieser kannte das Haus, in dem Paul Bertz wohnte. .. Paul Bertz war einverstanden, sich mit Field zu treffen… am Montag, dem 6. oder am Dienstag, dem 7. Oktober begegneten sich Field und

Bertz erstmals. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass sie irgendwelche Schwierigkeiten hatten, sich zu verständigen, denn von nun an trafen sie sich in kürzeren oder längeren Abständen dreieinhalb Jahre lang, bis Bertz 1945 nach Deutschland zurückkehrte.“ (S.59-62).

Das war aber noch nicht alles. Kießling berichtet auch: „Einst hatte Field den Kontakt zwischen Merker in Marseille und Bertz in Basel hergestellt. Nunmehr half er, die Verbindungen der deutschen Kommunisten innerhalb der Schweiz zu knüpfen: Zwischen dem Illegalen Paul Bertz, den legal lebenden Schauspielern und ihrem Umfeld in Zürich und der Mehrheit der KPD-Genossen, die 1943 im Sonderlager für ‚Linksextremisten‘ in Gordola nördlich von Locarno interniert waren und mit Hans Teubner, Bruno Fuhrmann und Fritz Sperling die engere Leitung bildeten.“

Diese Rolle Fields als Mittelsmann von Merker und Bertz wird in der Erklärung des ZK der SED vom August 1950 wie folgt gewertet: „Field hatte sich inzwischen durch seine Unterstützungszahlungen eine große Vertrauensbasis in der deutschen Emigration geschaffen. Im Herbst 1941 war er bereits so tief eingedrungen, dass die deutsche Emigrationsleitung in der Schweiz ihn als Kurier nach Südfrankreich verwandte. Der inzwischen verstorbene frühere Reichstagsabgeordnete Paul Bertz und der jetzt als langjähriger amerikanischer Agent entlarvte Leo Bauer diktierten Field parteiinterne Angelegenheiten zur Übermittlung an Paul Merker. Letzterer bediente sich ab Januar 1942 im Einverständnis mit Lex Ende und Maria Weiterer des gleichen Weges. Er übergab Field eine Einschätzung der Lage mit Anweisungen, ‚wie man sich dementsprechend einstellen müsse‘. Merker ermächtigte Paul Bertz ausdrücklich, parteiinterne Mitteilungen über Field zu geben. Von nun an wurden in der Schweiz alle internen Fragen durch den Agenten Leo Bauer an Field gegeben, während Willi Kreikemeyer dieselbe Aufgabe in Marseille erfüllte. “ (Matern,S.79/80).

Man wird in der Geschichte der Kommunistischen Parteien in der Zeit bis 1945 wohl kaum ein weiteres Beispiel dafür finden, dass führende Genossen einer Person, von der bekannt war, dass sie mit dem imperialistischen Geheimdienst zusammenarbeitet, freiwillig einen vollen Einblick in die Interna der Parteiarbeit gewährten und ihm erlaubten, ein Verbindungsnetz in der Parteiorganisation aufzubauen, dessen Fäden in seiner Hand lagen.

3. Field als Propagandist und Verbreiter der „Browdwer-Ideen“

Am Schluss des Abschnitts I/3 kam ich als Ergebnis der Kennzeichnung der Konzeption Browders durch Kießling als bewusste und gewollte Gegenkonzeption gegen den Marxismus-Leninismus zu der Feststellung, der Browderismus sei die amerikanische Urform des „modernen Revisionismus“, – also des Revisionismus in

der Kommunistischen Bewegung. Und ich stellte die Frage: wie und von wem ist der Browderismus über den großen Teich in die europäischen Kommunistischen Parteien eingeschleust worden?

Nun endlich kann die Antwort darauf gegeben werden: Auch dies war das Werk Noel Fields. Diese Seite seiner „Hilfstätigkeit“ enthüllt deren wirklichen Charakter am deutlichsten. Mit ihr erzielte er die verhängnisvollsten und nachhaltigsten, bis in die Gegenwart und darüber hinaus reichenden Wirkungen. Lassen wir auch dazu unseren Kronzeugen Kießling sprechen. Folgt man ihm, dann hat Browder Field zum Kommunisten gemacht: „Es ist fraglich, ob Noel Field ohne den ideellen, den weltanschaulichen Einfluss Earl Russel Browders (1891-1973) und die Bekanntschaft mit ihm zum überzeugten Kommunisten geworden wäre. Der um fünfzehn Jahre ältere und seit 1929 unangefochten amtierende Generalsekretär der KPUSA war ihm Vorbild und Beispiel als pragmatischer Politiker und theoretischer Denker. Er bewunderte ihn als glänzenden Essayisten und brillanten Verfechter seiner Auffassungen..“ (S.96).

„Anfang 1943 erhielt Field über die Gesandtschaft in Bern Browders neueste Publikation, das Buch ‚Victory and After‘ (Der Sieg und nach dem Sieg). …Browder schrieb: ‚Dieser Krieg ist nicht ‚für oder gegen den Kommunismus’…, deshalb wird auch nicht der Kommunismus gewinnen, sondern das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung, das heißt: gewinnen wird die Demokratie.‘ Das Ziel der Alliierten sei die nationale Freiheit der Völker. Daraus folgt, dass alles der Aufgabe, den Krieg zu gewinnen, untergeordnet werden muss. Browder erklärte, dass die amerikanischen Kommunisten aus diesem Grunde die Sozialismuspropaganda für die Dauer des Krieges zurückgestellt haben. Ein Jahr später kam er zu dem Schluss, auch nach dem Krieg stehe die Forderung nach einer sozialistischen Umgestaltung der amerikanischen Gesellschaft nicht auf der Tagesordnung. Die KPUSA, die ‚einzige Partei des Sozialismus in diesem Lande‘, müsse ihre Programmatik an den nationalen Realitäten messen. Und diese besagen, die überwiegende Mehrheit des amerikanischen Volkes wünscht keine grundlegende Veränderung der Gesellschaft, man könne auch sagen, ‚dass das amerikanische Volk subjektiv sehr schlecht für eine tiefgehende Veränderung in Richtung auf den Sozialismus vorbereitet ist.; dass Nachkriegspläne mit einem derartigen Ziel die Nation nicht einigen, sondern sie noch weiter spalten würden. Und sie würden gerade das demokratische und fortschrittliche Lager weiter zersplittern und schwächen, während sie die reaktionären Kräfte im Lande einigen und stärken würden.‘ Browder meinte, ‚für die Vereinigten Staaten ist die Perspektive der Nachkriegszeit nicht eine Perspektive des Sozialismus, sondern des Wiederaufbaus auf einer kapitalistischen Basis.‘ (S.98/99). Diese Ausführungen Browders unterstreichen noch einmal, dass die US-Justizbehörden guten Grund

hatten, Browder in der Gewissheit aus dem Gefängnis zu entlassen, das läge „im Interesse der Einheit der nationalen Front.“

Browders Argumentation ist im übrigen ein Musterbeispiel dafür, dass für Revisionisten die Zeit für den Sozialismus nie reif ist: in einem kapitalistisch schwach entwickelten Land kommt eine sozialistische Revolution „zu früh“, „weil die objektiven Bedingungen für den Sozialismus noch nicht reif sind“; aber in einem kapitalistisch hoch entwickelten Land kommt sie auch „zu früh“, „weil die überwiegende Mehrheit auf den Sozialismus sehr schlecht vorbereitet ist.“ (Diese Zwischenbemerkung zum Nachdenken für alle, die dazu neigen, jenen recht zu geben, die erklären, die Sowjetunion sei nach 70 Jahren, in denen die sozialistische Gesellschaftsordnung das Land innerhalb von 20 Jahren zur politisch und wirtschaftlich zweitstärksten Macht der Erde werden ließ, daran zugrunde gegangen, dass 1917 Russland noch nicht reif gewesen sei zur sozialistischen Revolution und deshalb von Anfang an keine Überlebenschance gehabt habe!)

Doch zurück zu Field und Browder. Folgen wir weiter Kießling: „Nachdem Noel Field den Wortlaut der Rede Earl Browders und die dazugehörigen Kommentare und Erläuterungen in der theoretischen Zeitschrift ‚New Masses‘ erhalten hatte, zeigte er sich bei einer Begegnung mit Bruno Goldhammer besonders von den wirtschaftspolitischen Aspekten, wie sie sich später im Marshallplan, den die Sowjetunion für sich und ihren Einflussbereich radikal ablehnte, wieder fanden, beeindruckt…

Die breite und dennoch viele Themen ausklammernde Wiedergabe der Browderschen Gedankengänge ist notwendig, um Noel Field besser kennen zu lernen und zu verstehen. Wie die überwältigende Mehrheit der amerikanischen Kommunisten… stimmte ihnen Field zu. Dabei fiel besonders ins Gewicht, dass er für sie in Europa eintrat und sie in der Schweiz und damit auch unter den kommunistischen Emigranten aus mehreren Ländern verbreiten half. (Hervorhebung von mir, K. G.) Mit der Leitung der Partei der Arbeit der Schweiz kam er überein, Browders Rede vom 10. Januar 1944 und ergänzende Materialien aus ‚New Masses‘ zu übersetzen und ihren Druck finanziell zu unterstützen. Die 68 Seiten umfassende Schrift von E.R. Browder ‚Krieg oder Frieden?‘, erschien, herausgegeben von der Partei der Arbeit, (in Wirklichkeit von Field und Allan Dulles!, K.G.), Zürich-Wiphingen, 1944 in einer deutschen und einer französischen Ausgabe. “ (S. 102/103).

In einem Nachwort der Partei der Arbeit wird versucht, den Bruch Browders mit den Grundsätzen der kommunistischen Bewegung zu vertuschen, indem gesagt wurde, die Orientierung, die Browder gäbe, enthalte „nichts grundsätzlich Neues“ (S. 103). Doch weiter im Kießling-Text:

„Browders Schrift wurde von den deutschen Internierten ebenso lebhaft diskutiert wie von den Kommunisten am Züricher Schauspielhaus und denen in der Illegalität. Die meisten der von Browder aufgeworfenen Fragen stellten sich ihnen auch, jetzt und in naher Zukunft, wenn sie ihren Platz wieder in Deutschland einnehmen würden. Hans Teubner, Bruno Goldhammer, Ernst Eichelsdörfer, Fritz Sperling, Walter Fisch, Leo Bauer und andere fanden besonders gut, dass Earl Browder vorausschauend neue Entwicklungsprobleme erkannte und Lösungsvorschläge machte, die ihn als klugen Marxisten auswiesen. “ (S. 104). Kießling sagt, – womit er durchaus recht hat -, dass Browders Ansichten eine „Absage an die marxistisch-leninistische Partei neuen Typus war.“

Da aber genau dies auch die Einschätzung des ZK der SED war und der Vorwurf gegen Merker, Teubner und die anderen Genossen gerade der war, dass sie Browders Ansichten zugestimmt hätten, wogegen sie sich der ZPKK gegenüber damit verteidigten, sie hätten das damals nicht durchschaut, sieht sich Kießling einer Schwierigkeit gegenüber: er will mit seinem Buch doch beweisen, dass die Vorwürfe und Beschuldigungen gegen Field und gegen die mit ihm verbundenen Genossen jeglicher Grundlage entbehrten; dass diese Vorwürfe nur stalinistische Erfindungen waren. Diese seine Kernthese würde er aber selbst ad absurdum führen, würde er diese Genossen für ihre Zustimmung zu Browders „Absage an die marxistisch-leninistische Partei neuen Typs“ loben und damit bestätigen, dass die Vorwürfe der ZPKK nicht aus der Luft gegriffen waren, sondern zutrafen. Also lesen wir bei ihm, sie, diese Genossen, „durchschauten aus der geographischen Ferne kaum, dass es die Absage… an die marxistisch-leninistische Partei neuen Typus war“. Aber Kießlings weitere Ausführungen bezeugen, dass dem keineswegs so war: „Bemerkenswert, aber nicht verwunderlich ist, dass Hans Teubner in seinem 1975 in der DDR erschienen Buch über das kommunistische Exil in der Schweiz weder die Diskussionen über Earl Browders Konzeptionen noch überhaupt den Namen des Amerikaners erwähnt. Selbst Karl Hans Bergmann, der als Kommunist sicherlich an den Gesprächen über Browder teilgenommen hatte oder zumindest den hohen Stellenwert Browders in der Schweiz kannte, schwieg sich in seinem 1974 in der BRD erschienenen Buch über das Schweizer Exil von 1943 bis 1945 darüber aus. Nur von Paul Bertz ist bekannt, dass er Vorbehalte gegen Browders Konzept hatte….Als Bertz vierzehn Tage nach dem Rajk-Prozess vom September 1949 Hermann Matern gegenüber seine Kontakte zu Field erklären musste, stellte er sich, obwohl er nicht wissen konnte, was Field selbst ausgesagt hatte, auch in der Frage Earl Browder schützend vor ihn: ‚Bei allgemeinen politischen Unterhaltungen stand F. immer positiv zur Sowjetunion. Und als Browder seine bekannte Rede hielt,… verurteilte F ., nach kurzen Schwankungen Browders Theorie. “

Dass dies eine Lüge war, stellt Kießling mit den sofort anschließenden Zeilen klar:

„Tatsächlich hatte Field nicht nur den Druck der Browderschen Broschüre veranlasst, sondern viele Gelegenheiten genutzt, darüber zu sprechen. Die junge Schweizer Kommunistin Rosemarie Muggli, die später den deutschen Emigranten Walter Trautzsch heiratete und hier Mitglied der SED wurde, war im Sommer 1944 wegen ihrer Bewerbung um Teilnahme an einem vom USC mitgetragenen Sozialkurs in Fields Wohnung bestellt worden. Daran erinnerte sie sich, als sie 1950 von der ZPKK der SED vernommen wurde. Nachdem sie damals, 1944, ihr Schreiben bei Field abgegeben hatte, ‚wurde ich gefragt, ob ich die Rede Browders kenne. Ich sagte, ich hätte davon gehört, sie aber noch nicht gelesen, worauf Field erwiderte, sie sei hoch interessant und wirklich lesenswert.‘ Wenig später, während dieses Lehrganges von Schweizern und Emigranten, an dem nicht nur Kommunisten teilnahmen, ‚wurde viel vom Geist von Teheran gesprochen. Unsere Gruppe diskutierte eingehend die Rede Browders. Sie stieß nicht auf Ablehnung….Meine Einwendungen gegen Browders Politik waren nur schwach und dahingehend, dass eine kommunistische Partei doch etwas ganz anderes bedeute als nur eine kommunistische Vereinigung und dass eine KP doch wohl auch wirksamer gegen den Faschismus kämpfen könne als ein Verein. Als aber die Schweizer Partei die gleiche Stellung zur Browderrede einnahm wie die Genossen im Schulungskurs sie vertraten, nahm ich diese Argumentation auch an..‘ (S. 104-106).

Über Teubners Stellung zu Browder schreibt Kießling an anderer Stelle (S.231/32): „Teubner, in Brissago von anderen Arbeiten befreit, verfasste politische Analysen, schrieb Material für die sich in Zürich herausbildende Bewegung Freies Deutschland in der Schweiz und Flugblätter für die illegale Arbeit in Süddeutschland. 1944 überwarf er sich mit Paul Bertz wegen einer spektakulären Rede des Vorsitzenden der KP der USA, Earl Browder…. Teubner pries in einem Brief vom 6. August 1944 an die Genossen in Brassecourt, die Wichtigkeit der Rede Browders.‘ Er habe in Locarno Freunde getroffen, … die ihm berichteten: ‚Helm (Deckname für Bertz) führt eine wüste Hetze gegen die Browder-Rede und erklärt, für Browder stünden nur aus der Gemeinschaft (der kommunistischen Parteien) Ausgeschlossene ein. Ich habe dessen ungeachtet den Freunden eingeschenkt, dass sie ’s H. ordentlich geben könnten.‘ Bertz nannte Teubners Position opportunistisch und reformistisch und verwahrte sich gegen den Versuch, ‚auch mich auf diesen Unsinn festzulegen.‘“

Mit dieser Meinung stand Bertz aber ziemlich alleine. Merker, Teubner, Bauer und die meisten anderen deutschen Genossen der Schweizer Emigration waren mit Field Anhänger und Verbreiter der Browder-Ideen. Kießling weiß zu berichten: Als Field Paul Merker im Dezember 1945 in Mexiko besuchte, „bedauerten Merker und Field, dass die Kommunisten der USA von dem von Earl Browder vorgezeichneten nationalen Weg abgebracht wurden.“ (S.127). Diese Bemerkung bezog sich darauf, dass der Kampf der amerikanischen Kommunisten unter Führung William Fosters um

die Wiederherstellung der kommunistischen Partei der USA am 20. Mai 1945 dazu geführt hatte, dass Browder als Generalsekretär der Communist Political Association abgesetzt, diese Organisation Ende Juli 1945 aufgelöst, die KP der USA neu konstituiert und Foster wieder zu ihrem Vorsitzenden gewählt wurde.

Zum „nationalen Weg“ des Earl Browder gehörte auch, wie wir oben sahen, die Idee des „Wiederaufbaus des zerstörten Europa und der Sowjetunion mit amerikanischer Finanzhilfe“, also das, was dann als „Marshallplan“ von den USA lanciert wurde. Dessen Ablehnung wurde nicht nur von den deutschen Field- und Browder-Freunden heftig missbilligt. Leo Bauer veröffentlichte 1956 einen Erinnerungsartikel, in dem er sich und seine tschechischen Gesinnungsgenossen als Anhänger dieser ursprünglichen Browder-Idee und zugleich als Tito-Freunde vorstellte: „Im Sommer 1948 hatte ich anlässlich eines Aufenthaltes in Prag die Gelegenheit, mit einigen jener Männer zu sprechen, die später … den Tod am Galgen fanden. Slansky selbst, Clementis, André Simone und andere erzählten mir über die Ereignisse des Jahres 1947, als die Tschechoslowakei sich für den Marshall-Plan aussprach und nur unter dem Druck von Moskau die bereits ausgesprochene Zustimmung zurückziehen musste … Was mir Slansky, Clementis und andere sagten, war mir nicht fremd. Aus ihren Worten sprach die große Unzufriedenheit mit dieser Entwicklung. Denn die Gespräche fanden nach dem Bruch des Kominform mit Tito statt“. (S.142).

Das ist ein Hinweis darauf, dass die Sympathisanten der Browder-Ideen auch Sympathisanten der Tito-Ideen waren Und das ist im Grunde selbstverständlich, da Tito und die jugoslawischen Revisionisten ihre Ideen nicht selbst erfunden, sondern von Browder und Field übernommen haben. Tibor Szönyi – wir haben ihn schon als einen Arzt Dr. Hoffmann an der Züricher Charité kennen gelernt, dem Noel Field Bruno Goldhammer als Patienten zuführte –, deckte im Rajk-Prozess auch die Verbindungen von Allan Dulles und Field zur Tito-Gruppierung auf. (31) Aus seiner ausführlichen Schilderung sei nur das Folgende zitiert: „Weitere Mithelfer und unmittelbare Mitarbeiter des Allan Dulles …waren die jugoslawischen Spione. Namentlich war Mischa Lompar, der damals in Zürich offiziell als Leiter der dortigen jugoslawischen Emi-grantengruppe figurierte, in Wirklichkeit schon damals amerikanischer Spion und direkter Mithelfer Dulles‘. Später wurde Mischa Lompar Generalkonsul in Zürich, also Berufsdiplomat….Unter dem politischen Einfluss des Mischa Lompar, bei dem die Theorie des früheren Leiters der Amerikanischen Kommunistischen Partei, Browder, eine große Rolle spielte, wurden diese Ansichten im Auftrag der amerikanischen Geheimorgane von Lompar und Field in der Schweiz in französischer und deutscher Sprache in großer Auflage gedruckt und verbreitet.“ Es handelt sich dabei um die von der Partei der Arbeit herausgegebene Schrift, von der oben schon die Rede war und mit der Field dem „Browderismus“ den Weg nach Europa bereitet hatte.

Stellen wir noch einmal die Kernsätze Kießlings nebeneinander, mit denen er hervorhob, was er als ein besonderes Verdienst Fields hielt, was aber in Wahrheit stärker als alles übrige Kießling und seine krampfhaften Bemühungen widerlegt, uns Field als überzeugten Kommunisten und treuen Freund der Sowjetunion vorzuführen: „Dabei fiel besonders ins Gewicht, dass er (Field) für sie (die Browderschen Gedankengänge) in Europa eintrat und sie in der Schweiz und damit auch unter den kommunistischen Emigranten aus mehreren Ländern verbreiten half“. (S.103). Und: „Noch ehe die sowjetische Nachkriegspolitik in ihrem europäischen Einflussbereich in Aktion trat, lag mit Browders Programmatik ein kommunistischer (?!K.G.) Gegenentwurf vor. Und Noel H.Field war derjenige, der ihn kolportiert hatte.“ (S.104)

Berücksichtigen wir die Beurteilung des „Browderismus“ durch solch hervorragende Führer der kommunistischen Bewegung, wie William Foster und Jaques Duclos, sowie das, was uns Kießling selbst als den wesentlichen Inhalt der Browder-Ideen vorgeführt hat, dann kann man als Kommunist zu keinem anderen Ergebnis kommen als zu dem: Diese von Kießling so positiv bewertete „Leistung“ des Noel Field bestätigt die Auffassung derer, die in Field einen besonders fähigen und dadurch besonders gefährlichen V-Mann des Allan Dulles sahen und es daher für notwendig hielten, dementsprechende Maßnahmen zum Schutze der jungen antifaschistisch-demokratischen bzw. sozialistischen Staatswesen und der in ihnen führenden kommunistischen und Arbeiterparteien zu ergreifen.

Das „Verdienst“ Fields, den „Browderismus“, diese Urform des „modernen Revisionismus“, in die kommunistischen Bewegung in Europa implantiert zu haben, ist in ihren Auswirkungen so weittragend, dass Noel Field nach Browder und zusammen mit Tito, Chruschtschow und Gorbatschow ein „Ehrenplatz“ in der Galerie der verdienstvollsten Köpfe von Führern der von den imperialistischen Geheimdiensten gesteuerten Fünften Kolonnen im kommunistischen Lager gebührt. Übrigens erschien lange, bevor Kießling sein Buch begann, nämlich 1972, in den USA ein Buch über das OSS, das an der Rolle Fields als Mitarbeiter von Allan Dulles keinen Zweifel zulässt. Der Titel des Buches lautet einfach: „OSS“. Es ist erschienen im Verlag University of California Press, Berkeley, Los Angeles. Sein Verfasser, R. Harris Smith, schreibt dort (S.228) über Fields Bemühungen, eine formelle Arbeitsbeziehung des OSS mit dem „Komitee Freies Deutschland für den Westen“, zustande zu bringen: „Die Front(organisation von CALPO) wurde von deutschen Kommunisten dominiert…Field schlug vor, dass OSS eine formelle Arbeitsbeziehung mit CALPO in Frankreich etabliert….Dulles, der die Schwierigkeiten kannte, die OSS London bei seinen deutschen Operationen erfahren hatte, glaubte, dass diese Idee einigen Nutzen hatte.“ Deshalb schickte er Field nach Paris zum dortigen OSS-

Hauptquartier. Dort aber stieß dieses Projekt auf große Vorbehalte. „Die vorgeschlagene Allianz mit den deutschen Kommunisten wurde abgelehnt.“

Was sich aus dieser Einschleusung des Browderismus in die europäische kommunistische Bewegung an Folgen ergab, unterstreicht die Berechtigung und Notwendigkeit der Warnung Dimitroffs, mit der wir diesen Teil IV einleiteten. Mit Betrachtungen zu diesen Folgen wird sich der nun folgende und letzte Abschnitt beschäftigen.

IV. Zum Anteil des Revisionismus an der Niederlage des Sozialismus in Europa

1. Hat der Revisionismus überhaupt etwas mit der Niederlage des Sozialismus zu tun?

Schon Marx und Engels, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bekämpften den Revisionismus als eine bürgerliche Ideologie der Sozialismus-Verhinderung, und die Kommunistischen und Arbeiterparteien charakterisierten den Revisionismus auf ihren Internationalen Konferenzen als eine Agentur der Bourgeoisie zur Sozialismus-Liquidierung. Selbst in den Erklärungen der Beratungen von 1957 und 1960, die – als Kompromissprodukte des erbitterten Kampfes der Marxisten-Leninisten mit den Vertretern der KP Chinas an der Spitze gegen die Revisionisten mit Chruschtschow als deren Hauptvertreter – ein Gemisch von marxistisch-leninistischen und revisionistischen Aussagen darstellen, wird festgestellt: „Die Beratung betont die Notwendigkeit, Revisionismus und Dogmatismus in den Reihen der kommunistischen und Arbeiterparteien entschlossen zu überwinden. … Während die kommunistischen Parteien den Dogmatismus verurteilen, sehen sie unter den gegenwärtigen Umständen die Hauptgefahr im Revisionismus oder mit anderen Worten im rechten Opportunismus als einer Ausdrucksform der bürgerlichen Ideologie, die die revolutionäre Energie der Arbeiterklasse lähmt und die Erhaltung oder Restauration des Kapitalismus fordert“.

Zur Abschwächung dieser Konzentration des Feuers auf den Revisionismus als der aktuellen Hauptgefahr setzten die Revisionisten – das Trio Chruschtschow, Gomulka, Kadar als deren Hauptvertreter – als nächsten Satz folgende Ergänzung durch: „Jedoch können auch Dogmatismus und Sektierertum in bestimmten Entwicklungsphasen einzelner Parteien die Hauptgefahr darstellen. Jede kommunistische Partei entscheidet, welche Gefahr für sie im gegebenen Zeitpunkt die Hauptgefahr ist.“

Den Marxisten-Leninisten gelang es allerdings wiederum, einen Katalog der wichtigsten Merkmale und Zielsetzungen des modernen Revisionismus in das Dokument zu bringen: „Der moderne Revisionismus ist bemüht, die große Lehre des Marxismus-Leninismus in Verruf zu bringen, er erklärt sie für ‚veraltet‘, behauptet, sie habe heute ihre Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung verloren. Die

Revisionisten sind bestrebt, die revolutionäre Seele des Marxismus auszumerzen und den Glauben der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes an den Sozialismus zu erschüttern. Sie wenden sich gegen die historische Notwendigkeit der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, sie leugnen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, sie lehnen die Prinzipien des proletarischen Internationalismus ab, sie fordern Verzicht auf die grundlegenden Leninschen Prinzipien des Parteiaufbaus und vor allem auf den demokratischen Zentralismus, sie fordern, dass die kommunistische Partei aus einer revolutionären Kampforganisation in eine Art Diskutierklub verwandelt wird.“ (32)

Es gelang jedoch nicht, die Träger des Revisionismus aus der Anonymität herauszuholen und sie im Dokument mit Namen und Adresse zu nennen; kein Wunder, hätte dann doch gleich nach dem Namen „Tito“ der Name „Chruschtschow“ stehen müssen. Die Erklärung der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 trägt den gleichen zweideutigen Kompromisscharakter wie jene von 1957. Einerseits wird die Gefahr des Revisionismus bagatellisiert, indem in völligem Widerspruch zur Realität behauptet wird: „Die kommunistischen Parteien haben die Revisionisten in ihren Reihen, die sie vom marxistisch-leninistischen Weg abzubringen versuchten, ideologisch zerschlagen. Im Kampf gegen den Revisionismus haben sich die einzelnen kommunistischen Parteien wie die kommunistische Weltbewegung in ihrer Gesamtheit ideologisch und organisatorisch noch mehr gefestigt.“

Dann jedoch erfolgt – was 1957 Chruschtschow noch zu verhindern gelang – eine scharfe Kennzeichnung und Verurteilung des Revisionismus der Tito-Partei (womit jedoch – da nur sie genannt wurde – zugleich alle anderen und vor allem der gefährlichste Revisionist, Chruschtschow selbst, bestätigt bekamen, einwandfreie Marxisten-Leninisten zu sein): „Die kommunistischen Parteien haben die jugoslawische Spielart des internationalen Opportunismus, die einen konzentrierten Ausdruck der ‚Theorien‘ der modernen Revisionisten darstellt, einmütig verurteilt. Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die den Marxismus-Leninismus verrieten, indem sie ihn für veraltet erklärten, haben der Erklärung von 1957 ihr antileninistisches revisionistisches Programm entgegengestellt. Sie haben den BdKJ der gesamten kommunistischen Weltbewegung entgegengestellt, ihr Land vom sozialistischen Lager losgerissen, es von der so genannten Hilfe der amerikanischen und anderen Imperialisten abhängig gemacht und damit die Gefahr heraufbeschworen, dass das jugoslawische Volk seiner im heroischen Kampf erzielten revolutionären Errungenschaften verlustig geht. Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung. Unter dem Vorwand einer blockfreien Politik entfalten sie eine Tätigkeit, die der Einheit aller friedliebenden Kräfte und Staaten Abbruch tut. Die

weitere Entlarvung der Führer der jugoslawischen Revisionisten und der aktive Kampf dafür, die kommunistische Bewegung wie auch die Arbeiterbewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten abzuschirmen, ist nach wie vor eine unerlässliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien….Die Interessen der weiteren Entwicklung der kommunistischen und Arbeiterbewegung erfordern auch in Zukunft, wie es in der Erklärung der Moskauer Erklärung von 1957 heißt, einen entschiedenen Zweifrontenkampf: gegen den Revisionismus, der die Hauptgefahr bleibt, und gegen den Dogmatismus und das Sektierertum.

Indem der Revisionismus, der Rechtsopportunismus den Marxismus-Leninismus entstellt und ihn seines revolutionären Geistes beraubt, widerspiegelt er die bürgerliche Ideologie in Theorie und Praxis, lähmt er den revolutionären Willen der Arbeiterklasse, entwaffnet und demobilisiert er die Arbeiter, die Massen der Werktätigen im Kampf gegen das Joch der Imperialisten und Ausbeuter, im Kampf für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und den Triumph des Sozialismus.“ (33)

So treffend diese Charakteristik auch war: ihr Pferdefuß zeigte sich darin, dass alle anderen von Revisionisten geführten Parteien und deren Führer – an ihrer Spitze Chruschtschow – ungenannt blieben und damit die Möglichkeit erhielten, die jetzt zu recht gebrandmarkte Tito-Partei samt ihrem Chef wieder – wie schon 1955 – als „teurer Genosse Tito!“ wieder in die Festung hereinzuholen und dann den Spieß gegen seine Ankläger zu richten – wie es ja dann auch wenig später geschah.

Dennoch habe ich diese Passagen aus zwei Gründen so ausführlich zitiert:

Erstens bringen sie eindeutig die marxistische Erkenntnis zum Ausdruck, dass eine revisionistische Politik zum Untergang des Sozialismus, zur Restauration des Kapitalismus führt.

Zweitens lässt die Aufzählung der Merkmale revisionistischer Politik –

– den Marxismus-Leninismus für veraltet erklären

– die revolutionäre Seele des Marxismus ausmerzen,

– die Überzeugung der Werktätigen an die Richtigkeit des Sozialismus erschüttern,

– Leugnung der Notwendigkeit der proletarischen Revolution,

– Leugnung der Diktatur des Proletariats,

– Leugnung und Verneinung der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei,

– Ablehnung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus,

– Verzicht auf die grundlegenden Leninschen Prinzipien des Parteiaufbaus, besonders auf den demokratischen Zentralismus,

– Verwandlung der kommunistischen Partei aus einer revolutionären Kampforganisation in eine Art Diskutierklub,

keinen Zweifel daran, dass die Politik nicht nur Titos, sondern auch Chruschtschows, Gomulkas und Kadars revisionistisch war, also zur Liquidierung des Sozialismus führen musste, falls ihr nicht Einhalt geboten wurde. Das geschah jedoch nicht, sondern sie wurde fortgeführt und durch Gorbatschow zur Vollendung, also zur völligen Liquidierung des Sozialismus in der Sowjetunion und in den europäischen sozialistischen Staaten geführt.

In diesen Erklärungen ist die Antwort auf die Frage nach den Ursachen für die Niederlage des Sozialismus in Europa gegen Ende des Jahrhunderts enthalten, von dem wir erwarteten und erhofften, es würde das Jahrhundert des nicht mehr rückgängig zu machenden Triumphes des Sozialismus werden, das Jahrhundert der endgültigen Befreiung der Mehrheit der Menschheit von der Herrschaft des Kapitals.

Diese Antwort lautet: Weil der Revisionismus – trotz der Warnungen der Beratungen der kommunistischen Parteien vor dem Revisionismus als der Hauptgefahr für den Bestand des Sozialismus – in der führenden Partei des sozialistischen Lagers, in der KPdSU, über den Marxismus-Leninismus siegte, konnte der Imperialismus über den Sozialismus in der Sowjetunion und Europa siegen. So selbstverständlich die Feststellung, dass der Sozialismus nur auf dem Wege des wissenschaftlichen Sozialismus mit Erfolg aufgebaut werden kann, jedes Ab-weichen von diesem Wege aber den Sozialismus ruiniert, für jeden Marxisten auch sein müsste – sie ist es nicht.

Und leider gehören zu denen, die dieser Feststellung widersprechen und sie zu widerlegen suchen, auch so erprobte und geschulte Kommunisten wie der im vorigen Jahr verstorbene Antifaschist, Spanienkämpfer und Hochschullehrer in Fragen des Marxismus-Leninismus, Genosse Fred Müller. In verschiedenen Artikeln und in zwei großen Sonderheften von „offen-siv“ hat er – neben Vielem, dem ich nur aus vollem Herzen zustimmen konnte –, Thesen aufgestellt, über die ich mit ihm schon zu seinen Lebzeiten gestritten habe und über die ich meinen genossenschaftlichen Streit mit ihm weiter führen wollte. Sein Tod hat das verhindert. Aber diese seine Thesen können nicht unwidersprochen bleiben, erstens, weil sie meiner Ansicht nach nicht Klärung, sondern Verwirrung bewirken, und zweitens, gerade weil sie von ihm kommen und also ernst genommen werden müssen.

Fred Müllers Erklärung lautet, kurz gesagt, so: Der Niedergang des Sozialismus ist nicht die Folge falscher Politik, sondern die Folge dessen, dass er infolge des Ausbleibens der Weltrevolution nicht nur die ganze Zeit über schwächer blieb als der

Imperialismus, sondern nach dem Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg im Verhältnis zum Imperialismus sogar noch schwächer wurde als vor dem Kriege. Deshalb war sein Untergang unvermeidlich, denn über Sieg oder Niederlage entscheidet nur das Kräfteverhältnis, nicht die höhere gesellschaftliche Qualität. Bei Fred Müller liest sich das so: „Lenin hat zur Hauptfrage ‚wer – wen' nie ein Hehl daraus gemacht, dass es der Stärkere sein wird, der sie zu seinen Gunsten entscheidet. … Wenn eine real existierende sozialistische Gesellschaft nicht mehr die wirtschaftliche Potenz besitzt, um im internationalen Kräfteverhältnis die erforderliche politische und militärische Unabhängigkeit zu garantieren, ist sie dem Niedergang und schließlich der Niederlage ausgesetzt. … Das internationale Kräftemessen stand seit der Oktoberrevolution unerbittlich vom ersten Tage an für die beiden antagonistischen Systeme auf der Tagesordnung und wurde nicht dadurch entschieden, wer die historisch höhere Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern wer zur Aufrechterhaltung seiner Ordnung die dazu erforderliche Macht besaß!" (34)

Fred Müller hat mit diesen Sätzen Lenin kräftig missdeutet. Lenin sagte nirgends, dass im Kampfe „Wer-Wen?" gesetzmäßig der Stärkere siegen müsse. Wäre es so, brauchte man den Kampf erst gar nicht anzufangen. Denn jede neue Gesellschaftsordnung, die aus der alten hervorgeht, ist zunächst einmal für längere Zeit der schwächere Teil. Lenin sagte vielmehr, der Kampf ‚wer-wen' werde in letzter Instanz durch die höhere Arbeitsproduktivität entschieden.

Müller hat nicht beachtet und nicht erwähnt, dass die Sowjetunion in den ersten drei Jahrzehnten ihrer Existenz aufgrund der höheren Arbeitsproduktivität der sozialistischen Planwirtschaft einen Großteil des Rückstandes Russlands aufgeholt hat und nach nur zwei Jahrzehnten, zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, in der Liste der Industriemächte bereits den zweiten Platz hinter den USA einnahm und imstande war, nach deren Überfall auf die Sowjetunion die bis dahin größte und stärkste imperialistische Kriegsmaschine, die des deutschen Faschismus, zu zerschmettern.

Fred Müller registrierte zwar, dass dann in den fünfziger Jahren der „unaufhaltsame", – wie er meint, – Niedergang begann. (S.28). Aber er nahm nicht Kenntnis davon, dass an die Stelle einer bisher vom wissenschaftlichen Sozialismus geleiteten Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik in der Sowjetunion nach dem XX. Parteitag der KPdSU eine Politik betrieben wurde, die immer deutlicher jene oben aufgeführten Merkmale aufwies, die von der 1957er Beratung als Merkmale des modernen Revisionismus aufgelistet wurden. Es muss auffallen, dass in seinem Geschichtsbild die scharfe Auseinandersetzung mit dem Revisionismus in der Kommunistischen Bewegung nicht vorkommt.

Selbst den Begriff des modernen Revisionismus wird man bei ihm vergeblich suchen. Stattdessen finden wir bei ihm dies: „Manche suchen die Gründe in der Entartung des Systems vor allem im Eindringen des ideologisch zersetzenden Einflusses des Klassenfeindes. Des weiteren in dem politischen und fachlichen Unvermögen, den Fehlern und Verfehlungen, die sogar kriminellen Charakter annehmen konnten, der verantwortlichen Funktionäre…. Die fast ein Jahrhundert bestehende Sowjetunion hat unter Beweis gestellt, dass nicht irgendwelche Fehler und Verfehlungen ihre Existenz gefährdeten, sondern der Verlust der materiellen, besonders wirtschaftlichen Grundlagen zur Aufrechterhaltung des Systems.“ (S.17)

Fred Müller bestreitet hier eine der unbestreitbaren marxistischen Erkenntnisse: dass nämlich, da der Sozialismus eine Wissenschaft ist, auch der Aufbau der sozialistischen Ordnung nur erfolgreich sein kann, wenn er wissenschaftlich betrieben wird, dass also Sieg oder Niederlage nicht nur von objektiven Bedingungen, sondern natürlich auch davon abhängen, ob die Politik der führenden Partei den gesellschaftlichen Bedingungen entspricht und ob sie die ökonomischen Gesetze kennt und berücksichtigt.

Das alles gibt es bei Fred Müller aber nicht, und deshalb stellt er auch gar nicht erst die Frage, woher es denn wohl kommt, dass in der Sowjetunion auf einmal „das System entarten“ konnte und „die materiellen, besonders wirtschaftlichen Grundlagen zur Aufrechterhaltung des Systems“ verloren gingen. Denn er weiß ja mit Bestimmtheit, dass die Ursache dafür „nicht im subjektiven Handeln“, sondern darin liegt, dass „die Folgen des Krieges, den die Sowjetunion gegen den Faschismus geführt und gewonnen hatte, nicht nur die Befreiung der Völker des eigenen Landes und vieler Völker der Welt bedeutete, sondern auch den eigenen Niedergang und die Niederlage einleiteten und unvermeidbar machten.!“ (S.28.) Wenn Fred Müllers Erklärung für den Untergang der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten europäischen sozialistischen Staaten zutreffend wäre, dann wäre es nur durch ein Wunder zu erklären, dass das sozialistische Kuba auch 12 Jahre nach dem Verlust seines stärksten ökonomischen, politischen und militärischen Rückhaltes noch immer dem übermächtigen USA-Imperialismus standgehalten hat. Warum bloß hat er das nicht selbst gesehen, und uns statt dessen eine Erklärung vorgelegt, die einen Gorbatschow vom Vorwurf, zum Untergang der Sowjetunion aktiv beigetragen zu haben, freispricht, ihm vielmehr den Rang eines Vollstreckers des Urteils der Geschichte zuweist ?

Denn – so wieder Fred Müller: „Bedeutete denn die Erweiterung durch die Länder der Sozialistischen Staatengemeinschaft eine spürbare Verbesserung? Nein, im Gegenteil. Sie bedeutete neben den anderen internationalen Verpflichtungen eine zusätzliche schwere Belastung für die Sowjetunion.“ (S.31). Schließlich noch dieses Argument

von Fred Müller: „Nur durch die siegreiche Weltrevolution ist der endgültige Sieg des Sozialismus gewährleistet. Weil diese Voraussetzung nicht vorhanden war, ist dies der Hauptgrund, dass die Bedingungen für die Entwicklung der Übermacht des Imperialismus so wirksam werden konnten, dass der Niedergang und die Niederlage des real existierenden Sozialismus nicht mehr verhindert werden konnten.“ (S.17.)

Es muss verwundern, dass Fred Müller einerseits beklagt, dass „die siegreiche Weltrevolution“ ausblieb und darin eine Ursache für die Unvermeidlichkeit des Niederganges und der Nieder-lage im Kampfe „Wer-Wen?“ sah, andererseits aber die Ereignisse, die doch tatsächlich Glieder der sich in Etappen vollziehenden Weltrevolution waren, nämlich die Erweiterung des Machtbereiches des Sozialismus „durch die Länder der Sozialistischen Staatengemeinschaft“, ebenfalls zur Ursache für die Unvermeidlichkeit der Niederlage erklärte – wegen der „zusätzlichen schweren Belastung für die Sowjetunion“, die dazu geführt habe, den USA einen „großen, sehr schnell wachsenden wirtschaftlichen Vorsprung“ zu verschaffen. (S.29).

Fred Müller kam nicht in den Sinn, dass es keine Stärkung, sondern eine Schwächung des Imperialismus bedeutet,

– wenn sein Macht- und Ausbeutungsbereich um die Hälfte Europas, um das nach der Sowjetunion größte und volkreichste Land der Erde, um China, um Nordkorea und Vietnam, verkleinert wurde; – wenn er in Korea und Vietnam militärische Niederlagen einstecken musste, weil sein Atomwaffenmonopol gebrochen wurde und der Sozialismus auf allen Kontinenten, Australien ausgenommen, Fuß gefasst hat;

– wenn damit dem an sich grenzenlosen Streben des Imperialismus nach Auspressung von Superprofiten aus allen anderen Ländern und Völkern Grenzen gesetzt wurden, weil ihnen das sozialistische Lager in ihrem Kampf um Unabhängigkeit und Abwehr der imperialistischen Erpressungsversuche Rückhalt bot!

All dies sieht Fred Müller nicht – stattdessen: eine Stärkung des Imperialismus durch die Schrumpfung seines Machtbereiches und eine Schwächung des Sozialismus durch die Ausdehnung seines Herrschaftsbereiches auf ein Drittel statt eines Sechstels des Erdballs!

Ich vermisste bei Fred Müller ferner, dass er bei seiner Suche nach den Ursachen für die Niederlage nicht wenigstens die Frage stellte, ob zur Schwächung des Sozialismus nicht doch auch die Spaltung des sozialistischen Lagers durch die feindliche Konfrontation der Sowjetunion gegen Volks-China beigetragen hat. Und ich frage mich, ob er diese Spaltung ebenfalls als unabhängig von der Politik nur als Folge der objektiven Gegebenheiten erklärt hätte.

Fred Müllers Postulat der Erklärung der Niederlage ausschließlich als Ergebnis objektiver Gegebenheiten kann von ihm selbst nicht durchgehalten werden: Wie wir sahen, erklärt er einerseits, nicht Fehler der sowjetischen Politiker hätten die Niederlage verursacht, sondern das Ausbleiben der Weltrevolution. Warum aber blieb sie aus? Wäre er konsequent gewesen, hätte er auch dafür objektive Gegebenheiten anführen müssen. Wie aber erklärte er ihr Ausbleiben tatsächlich? In einer Erwiderung auf Einwände von mir (35) gegen einige Punkte seiner Darlegung schrieb er: „Der Verrat der Sozialdemokratie war ausschlaggebend, dass der Rote Oktober nicht in den Sieg der Weltrevolution überging.“ (36)

Wenn aber der Verrat der Sozialdemokratie das Ausbleiben der Weltrevolution verursachen konnte, – warum sollte dann „der Verrat des Revisionismus“ nicht das Ausbleiben des Sieges des Sozialismus bewirken können?

Lassen wir uns also nicht länger davon abhalten, den Anteil des Revisionismus an der Niederlage des Sozialismus näher zu betrachten.

2. Zum Problem von objektiven und subjektiven Ursachen der Niederlage des Sozialismus

Die Tatsache, dass es auch in der kommunistischen Bewegung opportunistisch und revisionistische Tendenzen, ja sogar Strömungen gibt, macht keine Erklärungsschwierigkeiten. Ein echtes Problem stellt aber die Tatsache dar, dass der Revisionismus in der Mutterpartei des Marxismus-Leninismus, in der KPdSU, die Oberhand gewinnen konnte über den Marxismus-Leninismus.

Nun ist dieses Ereignis ja nicht ohne Beispiel in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Etwas durchaus Gleichartiges geschah ja auch schon der Mutterpartei des Marxismus, der noch von Marx und Engels von ihrer Gründung an mit Rat und Tat begleiteten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Es könnte scheinen, das würde die Antwort auf die Frage, warum es dazu kommen konnte, erleichtern: gleichartige Ereignisse haben in der Regel ja auch gleich geartete Ursachen. Und die Antwort auf die Frage nach den Entstehungsursachen und auch nach den Ursachen für den Sieg des Revisionismus in den Parteien der II. Internationale haben ja im Ansatz schon Marx und Engels und hat nach ihnen grundlegend und allgemeingültig Lenin gegeben.

Friedrich Engels wies schon 1858 in einem Brief an Marx auf den Zusammenhang hin zwischen der Ausbeutung der Welt durch die englische Bourgeoisie und der Verbürgerlichung der englischen Arbeiterklasse, indem er schrieb, „dass das englische Proletariat faktisch mehr und mehr verbürgert, so dass diese bürgerlichste aller Nationen es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche

Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat neben der Bourgeoisie zu besitzen. Bei einer Nation, die die ganze Welt exploitiert, ist das allerdings gewissermaßen gerechtfertigt.“ (37)

Lenin hat vor allem in seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ und in zahlreichen anderen Arbeiten – zu nennen sind hier vor allem die Schriften „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“, geschrieben im Januar 1916, und „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, geschrieben im Dezember 1916, den Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus herausgearbeitet. In seinem Hauptwerk über den Imperialismus schrieb er: „Der Imperialismus, der die Aufteilung der Welt und die Ausbeutung nicht allein Chinas bedeutet, der monopolistisch hohe Profite für eine Handvoll der reichsten Länder bedeutet, schafft die ökonomische Möglichkeit zur Bestechung der Oberschichten des Proletariats und nährt, formt und festigt dadurch den Opportunismus. … Der Imperialismus hat die Tendenz, auch unter den Arbeitern privilegierte Kategorien auszusondern und sie von der Masse des Proletariats abzuspalten.“ (38) Das Entstehen und das Wuchern des Revisionismus in den Parteien der II. Internationale hängen also ursächlich mit Veränderungen in der Ökonomie, mit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus, zum Imperialismus, zusammen.

Was liegt da näher, als die Ursachen für das Entstehung und für den Sieg des Revisionismus in kommunistischen Parteien ebenfalls in Veränderungen in der Ökonomie zu suchen, und Erklärungen, welche die Ursachen nicht nur dort, sondern auch in der Politik suchen, als unmarxistisch, idealistisch und personalistisch zu empfinden..

Sogar Rolf Vellay, der schon 1989 gesehen und geschrieben hatte: „Michail Gorbatschow als Generalsekretär, das ist die Konterrevolution an der Spitze der KPdSU! Michail Gorbatschow als Staatspräsident der UdSSR, das ist das Ende des Sozialismus in der Sowjetunion!“, wandte in einem Brief an mich vom 18. Mai 1998 gegen meine Ursachenerklärung für den Sieg des Revisionismus in der Sowjetunion ein: „So interessant es ist, wenn Du die Linien der ideologischen Auseinandersetzungen in der KPdSU und in der kommunistischen Weltbewegung nachzeichnest,… beantwortet es für mich doch nicht zu voller Zufriedenheit die Frage, wie es ‚dazu hat kommen können‘. Ich denke, in letzter Instanz haben politische Veränderungen grundsätzlicher Art ihre Ursachen in der Ökonomie. In der einst revolutionären deutschen Sozialdemokratie konnten deshalb die Reformisten am Ende das Übergewicht gewinnen, weil der sich entwickelnde Imperialismus mit Hilfe der Bismarck’schen Sozialgesetzgebung einerseits und dem‘ sozialen‘ Wirken z.B. solcher Unternehmer wie Krupp, Bosch, Abbé materielle Voraussetzungen schufen

für die sich ausbreitende Illusion vom ‚friedlichen Weg', vom ‚Hineinwachsen in den Sozialismus', Ohne diese für einen Teil der Arbeiter und die sich herausbildende Schicht von Funktionsträgern der Arbeiterbewegung bereits im Kapitalismus spürbare Besserung der sozialen Situation, verbunden mit der Hoffnung, dass es mit der Zeit für noch größere Teile des Proletariats noch besser würde – das war die Voraussetzung, dass Bernstein und Konsorten mit ihrem Reformismus Anhang finden konnten. Umgekehrt denke ich mir, dass die Revisionisten in der KPdSU und am Ende in den Parteien der anderen europäischen sozialistischen Länder nicht deshalb die Oberhand gewannen, weil die prinzipientreuen, revolutionären Genossen politische Fehler gemacht hätten – z. B., wie Du am Schluss Deines Beitrages (39) ausführst ‚die Gegensätze nicht offen vor den Volksmassen auszutragen' -, sondern dass die unbefriedigenden Ergebnisse sozialistischer Ökonomie den Revisionisten die Plattform lieferten, um in den entscheidenden Parteigremien schließlich das Übergewicht zu erlangen."

Rolf hatte natürlich recht mit der Feststellung, alle politischen Veränderungen grundsätzlicher Art hätten ihre Ursache in letzter Instanz in der Ökonomie. Aber eben – in letzter Instanz! Und mitunter durch eine lange Kette von Vermittlungsgliedern im nicht-ökonomischen Bereich! Ohne Erforschung und Kenntnis dieser Vermittlungsglieder direkt auf die Ökonomie als Verursacherin zu schließen muss zu Fehleinschätzungen führen, wie das auch Rolf in diesem Falle passiert ist. Analogieschlüsse vom „alten" Revisionismus in den Parteien der II. Internationale auf den „modernen" Revisionismus in den Parteien der III., der Kommunistischen Internationale, führen gar zu leicht zu Fehlschlüssen, wenn sie die gravierenden Unterschiede außer acht lassen, die trotz grundlegender Gemeinsamkeiten zwischen beiden bestehen.

3. Gemeinsamkeiten und Unterschiede von „altem" und „modernem" Revisionismus

Gemeinsam ist dem alten wie dem neuen, dem „modernen" Revisionismus, dass beide innerhalb der revolutionären marxistischen bzw. marxistisch-leninistischen Arbeiterbewegung den revolutionären Antikapitalismus und Anti-Imperialismus zu verdrängen und zu ersetzen suchten durch eine Ideologie und Praxis des Reformismus, der Klassenzusammenarbeit, und dass beide sehr bald zu Agenturen der Bourgeoisie, zu Instrumenten der bourgeoisen Konterrevolution wurden.

Ein Grund dafür ist, dass die Bourgeoisie ein wachsames Auge auf alle politischen Organisationen wirft, ein ganz besonders wachsames auf die kommunistischen Parteien, und dass sie die ihr gefährlich erscheinenden Organisationen nicht nur durch Repression, sondern auch durch Diversion bekämpft. Mit größter Aufmerksamkeit verfolgen ihre dafür zuständigen Organe innerparteiliche Auseinandersetzungen in den kommunistischen Parteien, und jede innerparteiliche Opposition besitzt eine

magische Anziehungskraft auf Mitarbeiter dieser Organe. Auf allen möglichen und unmöglichen Wegen suchen sie Kontakt zu solchen Oppositionellen, aber nicht nur Kontakt, sondern die Möglichkeit, auf solche Oppositionsgruppen – sei es von außen, noch besser aber von innen – Einfluss zu nehmen und schließlich sie in eine gewünschte Richtung zu steuern.

Aber die Aufgabe, die sich der alte Revisionismus der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien stellte, und jene, vor die sich der modernen Revisionismus in den regierenden kommunistischen und Arbeiterparteien gestellt sah, waren trotz Einigkeit im Ziel geradezu gegensätzlich:

Der alte Revisionismus hatte zum Ziel, den revolutionären Sturz der bestehenden Ordnung, des Kapitalismus, zu verhindern, also die bestehende Ordnung, ein bisschen reformiert, zu erhalten.

Der moderne Revisionismus hatte und hat zum Ziel, die bestehende Ordnung, den Sozialismus, zu beseitigen, durch „Liberalisierung“ und schrittweise Rückkehr zu kapitalistischen Verhältnissen.

Der „alte“ und der „moderne“ Revisionismus sind auch auf unterschiedliche Weise entstanden. Zwar sind beide aus dem Boden des Imperialismus erwachsen, aber auf doch recht unterschiedliche Weise und unter ganz unterschiedlichen Bedingungen.

Der alte Revisionismus entstand, wie schon oben abgehandelt, als ideologische und politische Strömung der vom Imperialismus privilegierten Oberschichten der Arbeiterklasse, die ihren Frieden mit der gegebenen kapitalistischen Ordnung gemacht hatten. Diese Strömung und ihre Ideologen und Wortführer in der Spitze der Sozialdemokratie fanden die kräftige Unterstützung der klügsten Vertreter der imperialistischen Bourgeoisie. Wo die revisionistischen Führer die Partei in die Hand bekamen, wandelten sie diese um in Parteien, für die Kurt Tucholsky das treffende Bild vom Radieschen fand: außen rot und innen weiß. Im ersten Weltkrieg erwies sich, dass diese Parteien bereits zu bürgerlichen Arbeiterparteien und damit Stützen der imperialistischen Ordnung, zu Agenturen des Imperialismus in der Arbeiterklasse, geworden waren.

Anders entstand der moderne Revisionismus.

Ich rechne die linken und rechten Strömungen, die es in der Geschichte der kommunistischen Bewegung und vor allem in der KPdSU in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg gab, nicht dem modernen Revisionismus zu, sondern zu seinen Vorläufern. Dies deshalb, weil sie nie zur Formulierung eines solch umfassenden Gegenprogramms gelangten, wie es das in ersten Grundzügen von Browder verfasste, dann aber von den jugoslawischen Revisionisten unter Führung Titos

weiterentwickelte Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens war, dessen Kerngehalt in der Erklärung der internationalen Moskauer Beratung vom November 1957 beschrieben, und das - systematisiert und kodifiziert -1958 auf dem Ljubljanaer Parteitag der Tito-Partei als Gegenprogramm gegen das noch auf dem Marxismus-Leninismus beruhenden Programm der KPdSU angenommen wurde.

Die Besonderheit der Entstehung des modernen Revisionismus besteht nun darin, dass bereits seine ersten Schritte sich des erwartungsfrohen Segens des USA-Imperialismus erfreuten: Wir erinnern an die Begründung des Weißen Hauses, mit der Browder aus dem Gefängnis entlassen wurde – die Entlassung liege „im Interesse der Einheit der nationalen Front“ – und daran, dass es der Vertrauensmann von Allan Dulles, Noel Field war, der für die Verbreitung der Browder-Thesen unter den Mitgliedern der europäischen kommunistischen Parteien, insbesondere unter den deutschen, tschechischen, polnischen und ungarischen kommunistischen Emigranten, sorgte.

Bei der Geburt der Urform des modernen Revisionismus, des „Browderismus“, waren also US-Staatsorgane wenn nicht Geburtshelfer, so doch Pate und Entwicklungshelfer. Und dabei blieb es nicht nur, sondern diese Sorge der imperialistischen Geheimdienste um das Wohl und Wehe und Gedeihen des modernen Revisionismus wurde vor allem nach der Bildung antifaschistisch-demokratischer und sozialistischer Staaten im Osten Europas immer intensiver.

Browders „nationale Einheitsfront“-Thesen waren zum einen das Produkt des enormen Drucks des amerikanischen Kapitalismus und seines Staates auf die kommunistische Bewegung (Verbotsdrohung!) und auf ihn selbst, (Verurteilung zu vier Jahren Gefängnis), zum anderen des ganz ungewöhnlichen und vorher für unmöglich gehaltenen Bündnisses der imperialistischen Führungsmacht USA mit der so lange verfemten und zum Reich des Bösen erklärten sozialistischen Sowjetunion in der Anti-Hitler-Koalition und schließlich der Bemühungen des US-Geheimdienstes, die Bindung der Kommunistischen Partei der USA an die Sowjetunion und die Komintern zu lösen und sie zu einer das System mittragenden reformistischen Organisation umzuwandeln..

Browders Wirken als Generalsekretär der KP USA nach seiner Haft-Entlassung lag ganz auf der Linie der Erfüllung der Wünsche der Herrschenden: Auflösung der KP und ihre Verwandlung in einen Verein, Loslösung nicht nur organisatorisch, sondern auch politisch-ideologisch von der Komintern und der KPdSU, Verkündung der Zurückstellung der sozialistischen Zielsetzung zugunsten der Bildung einer dauerhaften klassenübergreifenden nationalen Einheitsfront, dies mit der Begründung, das sei der Beitrag der Kommunisten der USA zur Fortführung der Zusammenarbeit USA – UdSSR auch nach dem Kriege und damit zur Sicherung des Friedens.

Als es Browder zunächst gelang, die Mehrheit der Parteimitglieder für seinen „nationalen Weg“ und für die Umwandlung der Partei in einen „politischen Verein“ zu gewinnen, erkannten die US-amerikanischen Spezialisten für die Bekämpfung des Kommunismus sehr schnell, dass der „Browderismus“, wenn es gelang, ihn zu internationalisieren und in alle kommunistischen Parteien zu implantieren, insbesondere in jene, die im Osten Europas voraussichtlich bald Regierungsparteien sein würden, geeignet war, neben dem Trotzkismus eine neue wirkungsvolle Waffe zur Schwächung und Zersetzung der kommunistischen Bewegung von innen zu werden. Welche praktischen Schlussfolgerungen daraus gezogen wurden, haben wir am Beispiel des Wirkens von Noel und Hermann Field gesehen.

Mit den Ergebnissen der Bemühungen von nur zwei Jahren, also bis zum Jahr 1946, um das Einpflanzen von Keimen des modernen Revisionismus in weitere kommunistische Parteien konnten Field und Dulles hochzufrieden sein:

Die inzwischen zur regierenden Partei gewordene Kommunistische Partei Jugoslawiens wurde ausschließlich von Verfechtern des modernen Revisionismus beherrscht. (40) Jugoslawien wurde von den Führern der KPJ mit dem Spitzentrio Tito, Kardelj und Rankovic in Koordinierung mit dem britischen und US-amerikanischen Geheimdienst zu einem Gegenzentrum gegen die Sowjetunion ausgebaut, während die KPJ selbst die Rolle eines Trojanischen Pferdes des Imperialismus in der Festung der Kommunistischen Parteien und zugleich die Rolle eines Leitzentrums des modernen Revisionismus für die Stützpunkte in anderen kommunistischen Parteien übernahm.

Noch während die kommunistischen Parteien im Osten Europas im Kampfe gegen die faschistischen Okkupanten standen, war es in einigen von ihnen Funktionären, die auf nationalistischen, antisowjetischen, prowestlichen, also auf Browder- und Tito-Positionen standen, gelungen, Schlüsselpositionen zu besetzen:

In der Polnischen Arbeiter-Partei war seit 1943 Erster Sekretär Wladylaw Gomulka, auf den Tito große Hoffnungen setzte, dass es ihm gelingen werde, die PAP zu einer Partei nach dem Vorbild der KPJ umzugestalten. (41)

In der Kommunistischen Partei Ungarns war es Laszlo Rajk (42) – Mitglied der Kommunistischen Partei seit Anfang der 30er Jahre, 1931 Verhaftung durch die Horthy-Polizei, freigekommen, nachdem er eine Bereitschaftserklärung zur Zusammenarbeit mit der Polizei unter-zeichnet hatte, 1937 mit Auftrag der Polizeibehörde nach Spanien zum Rákosi-Bataillon, dort im Juni 1938 aus der Partei ausgeschlossen, 1939 in Frankreich im Lager Vernet interniert, dort Anschluss an eine Gruppe jugoslawischer Trotzkisten und Besuch auch von Noel Field, 1941 zur Arbeit nach Deutschland verbracht, von dort im August 1941 nach Budapest zurückgekehrt –

dem es gelang – da den Genossen nichts von allem ihn Belastenden bekannt war – zunächst Sekretär der Budapester Parteiorganisation zu werden, und nach dem Sturz des faschistischen Szalasi-Regimes und der Bildung der ersten kommunistisch geführten Regierung der Ungarischen Republik im Februar 1946 sogar zum Innenminister in der Regierung aufzusteigen, die von Imre Nagy als Ministerpräsident geleitet wurde – auch dieser ein – wie sich zehn Jahre später zeigen sollte – Parteigänger Titos. (43)

In der Kommunistischen Partei Bulgariens wurde Traitscho Kostoff im März 1945 1. Sekretär des ZK und damit der Stellvertreter Georgi Dimitroffs in Bulgarien bis zu dessen Rückkehr aus Moskau Ende 1945. Kostoff arbeitete mit dem englischen und dem jugoslawischen Geheim-dienst zusammen. (44)

In der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei bekleidete den Posten des Generalsekretärs Rudolf Slansky, seit 1921 Mitglied und schon seit den späten zwanziger Jahren leitender Funktionär der Partei. Er benutzte seine Machtvollkommenheit, um Leute in Schlüsselpositionen im Staats- und Wirtschaftsapparat einzubauen, von denen ihm bekannt war, dass sie eine feindliche, antikommunistische und antisowjetische, prowestliche und protitoistische Einstellung hegten, und auch solche, deren Verbindung zu imperialistischen Geheimdiensten und feindlichen, darunter auch zionistischen Organisationen ihm bekannt waren. Auf diese Weise wurde er, wie es die Anklage formulierte, zum Leiter eines staatsfeindlichen Verschwörerzentrums. (45) An dieser Stelle sei an den Bericht Leo Bauers über sein Begegnung mit Slansky, Clementis und André Simone im Sommer 1948 erinnert, in dem er deren große Unzufriedenheit über „den Druck aus Moskau“ zur Zurückziehung der Zustimmung zum Marshall-Plan und über „den Bruch des Kominform mit Tito“ beschrieb. (S.42)

In der Deutschen Demokratischen Republik hatten viele von Fields Freunden und der von ihm in der Emigration Betreuten wichtige Funktionen in der Partei, im Staatsapparat, in den Massenorganisationen und im Kultur- und Medien-Bereich inne. Der, mit dem Field die engsten Beziehungen unterhalten hatte, Paul Merker, war erwartungsgemäß Mitglied im Politbüro der SED geworden, ebenfalls Franz Dahlem, den Field auch aus dessen Internierung in Frankreich kannte.

Field selbst kehrte nach dem Ende des Krieges nur für kurze Zeit in die Staaten zurück, suchte jedoch, wie wir schon gesehen haben, in der DDR oder in der Tschechoslowakei eine Anstellung zu finden. Wie schon aus dem Matern-Bericht zitiert, wurde Field, „um ihn in die Deutsche Demokratische Republik einzubauen,…wegen Unterstützung der Kommunisten von seiner amerikanischen Dienststelle entlassen. Um ihm eine Grundlage in der CSR zu schaffen, wird er vom unamerikanischen Komitee öffentlich als kommunistischer Agent angeklagt.“

Der wirkliche Grund für sein Bleiben in Europa war, dass die eigentliche Arbeit für ihn ja jetzt erst begann: nun, da seine „Schützlinge“ hohe und höchste Funktionen in den kommunistisch regierten Ländern innehatten, wurde die Verbindung zu ihnen erst richtig wertvoll und von größter Wichtigkeit. Das Netz in der Emigration zu knüpfen – das war nur Vorbereitungsarbeit gewesen. Jetzt stand der wichtigere Teil bevor: dieses Netz zum Einsatz zu bringen, mit ihm zu arbeiten und es nach Möglichkeit durch Gewinnung neuer Adressen noch dichter zu machen! Diese Arbeit konnte keinem anderen übertragen werden – ihr Erfolg beruhte ganz auf dem Vertrauensverhältnis, das Field zu seinen „Schützlingen“ aufgebaut hatte.

Von Fields Bemühungen, neue zusätzliche Adressen zu gewinnen, hatten wir schon im Matern-Bericht Kenntnis erlangt. Diese Bemühungen hat auch Kießling erwähnt. Field hatte durch Vermittlung von Walter Bartel Franz Dahlem in Bartels Wohnung getroffen. „Ein Ergebnis der Begegnung Dahlems mit Field war zweifellos, dass zwischen Field und der VVN, (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, K.G.) vertreten durch Helmut Bock, Spenden des USC vereinbart wurden.“ (Kießling, S.132).

Kießling ist zu dieser Auffassung offenbar durch die Darstellung im Beschluss des ZK der SED vom 20.Dezember 1952 gekommen, in dem ausgeführt wurde: „Er (Field) versuchte mehrmals Listen von Opfern des Faschismus zu erhalten und wandte sich deshalb an das Zentralsekretariat der SED. Da er hier jedoch abgewiesen wurde, knüpfte er durch fingierte Telefonanrufe eine Verbindung zum Berliner Hauptausschuss der Opfer des Faschismus an, wo es ihm tatsächlich gelang, nach mehreren Besprechungen eine Liste mit 25 Namen zu erhalten.“

Beide Darstellungen stimmen so nicht. Als mir Helmut Bock, mit dem ich befreundet war, einmal von dieser Begegnung mit Field erzählte, bat ich ihn, das doch aufzuschreiben. Das tat er. Hier sein Bericht vom 17.7.1992: „Nach meiner nicht mehr genauen Erinnerung, es kann in der wärmeren Jahreszeit im Jahr 1948 gewesen sein, auf jeden Fall war es noch vor der Spaltung, da erhielt ich in meiner Dienststelle (ich war damals Leiter des Hauptamtes Opfer des Faschismus im Berliner Magistrat) einen Anruf von der Amerikanischen Militärregierung. Der Mann am Apparat stellte sich als Noel Field vor, und er bestellte mich zu einer Unterredung in die Wohnung von Walter Bartel, der damals in Schöneberg wohnte, Straße weiß ich nicht mehr. Als ich zum verabredeten Zeitpunkt im Treppenhaus emporstieg, kam mir von oben ein großer, sehr schlanker Mann entgegen, der zu mir sagte, er wäre Field, bei Bartels wäre niemand zu Hause, er bat mich, in seinem Straßenkreuzer Platz zu nehmen, und auf der Fahrt fand dann ein Gespräch statt: Er sei Mitarbeiter einer Hilfsorganisation der amerikanischen Militärregierung, und sie wollen Opfer des Faschismus materiell unterstützen. Es wurde ein Termin vereinbart, an dem ich mich, wenn ich wollte, mit

einem meiner Mitarbeiter, in einem Büro der amerikanischen Besatzungsmacht einfinden sollte. Das geschah dann auch, mit meiner Kameradin Ilse Haak (lebt nicht mehr) ging ich dorthin (an den Ort des Büros kann ich mich nicht mehr erinnern). Field empfing uns und verwies uns an eine Frau in mittleren Jahren, und kümmerte sich dann nicht mehr um uns, saß irgendwo hinten im Raum an einem Schreibtisch. Die Frau sagte uns, dass sie die Opfer des Faschismus mit wertvollen Lebensmitteln unterstützen möchten (Carepakete), nicht nur die Berliner, sondern auch die OdF im Bereich der sowjetischen Besatzungszone. Wenn es uns möglich wäre, sollten wir ihr doch eine entsprechende Adressenliste zur Verfügung stellen. Zunächst waren wir angenehm berührt von dieser, wie wir meinten humanen Geste. Im Gespräch mit Genossen des ZK wurden wir aber gewarnt, die Amerikaner könnten hinterhältige Zwecke damit verbinden, und der Bitte der amerikanischen Frau wurde nicht stattgegeben. Adressenlisten sind nicht übergeben worden."

Jedenfalls nicht von Helmut Bock. Field hat offenbar nach dem Fehlschlag bei Helmut Bock mit Hilfe seiner einflussreichen Freunde andere Wege gefunden, an neue Adressen heranzukommen. Es verdient übrigens Beachtung, dass der angeblich in den USA als Kommunistenfreund angeklagte Field in Berlin als Angehöriger der US-Militärregierung mit der Sammlung von Adressen von Opfern des Faschismus, die ja größtenteils Kommunisten waren, beauftragt war!

4. Der Imperialismus geschwächt, aber mit neuen Waffen ausgerüstet

Die Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus war zugleich auch eine Niederlage des Weltimperialismus, war ihm doch damit eine Waffe zerschlagen worden, die von ihm in langen Jahren aufgezogen und aufgerüstet worden war als Stoßkeil, der die Sowjetunion ins Herz treffen sollte. Der Sieg der Sowjetarmee über den Faschismus war zugleich ein Sieg der um ihre Befreiung von nationaler und kolonialer Unterdrückung und Ausplünderung durch den Imperialismus kämpfenden Völker. In kurzer Zeit machte der weltrevolutionäre Prozess solche Fortschritte, dass die Grenze zwischen Imperialismus und Sozialismus in Europa bis zur Elbe nach Westen verlegt wurde und in Asien bis ans Chinesische Meer. Die strangulierende kapi-talistische Umkreisung der Sowjetunion war gesprengt, die Periode des „Sozialismus in einem Lande" war zu Ende, begonnen hatte die Periode des sozialistischen Lagers, das bereits ein Drittel des Erdballs umfasste, darunter auch hoch entwickelte Industrieländer wie die DDR und die Tschechoslowakei.

Damit war die Perspektive einer für den Imperialismus im höchsten Maße alarmierenden Entwicklung eröffnet: Wenn dieses sozialistische Lager zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammenwachsen und nach einem einheitliche Plan von einem gemeinsamen Leitungszentrum geleitet würde, zu dem offenbar der 1949 gegründete Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe entwickelt werden sollte, dann

bestand für den Imperialismus die reale Gefahr, für die Menschheit aber die reale Chance, dass dieses sozialistische Lager im gleichen Sturmschritt, wie die Sowjetunion in den Jahren von 1917 bis 1941, seinen Rückstand gegenüber der kapitalistischen Welt verringern würde und am Ende des Jahrhunderts die Welt sich so verändert haben könnte, dass man nun das Wort von der kapitalistischen Umkreisung des einzigen sozialistischen Landes umkehren und von der sozialistischen Umkreisung des Restkapitalismus sprechen müsste.

Eine solche Perspektive war keineswegs irreal, waren doch die Völker Asiens – Koreas, Vietnams, Laos‘, Indiens, Indonesiens, der Philippinen -, Mittel- und Südamerikas und Afrikas, angespornt vom Sieg der Sowjetunion über den deutschen und japanischen Aggressor und vom begeisternden Sieg der chinesischen Volksrevolution in Bewegung geraten und hatten begonnen, um ihre Befreiung vom kolonialen und halbkolonialen Joch zu kämpfen.

Soviel war jedenfalls klar: So, wie der Hauptinhalt der Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Kampf der alten kapitalistische Gesellschaftsordnung gegen die neue, aufkommende und um ihre Behauptung kämpfende sozialistische Gesellschaftsordnung war, so würde der Hauptinhalt auch der zweiten Hälfte und damit des ganzen Zwanzigsten Jahrhundert die Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus sein.

In diesem Kampfe hatte bisher die alte kapitalistische Gesellschaftsordnung der neuen, sozialistischen eine gewaltige Überlegenheit der Produktivkraftentwicklung in allen Bereichen entgegenzusetzen. Sie war damit auf allen Gebieten – wirtschaftlich, politisch, militärisch – um ein Vielfaches stärker als die in einem ruinierten Land mit einer schwach entwickelten, durch den Krieg weitgehend zerstörten Industrie an die Macht gekommenen Sowjetordnung.

Und sie hatte dennoch den Aufstieg der sozialistischen Macht zur Weltmacht Nummer Zwei nicht verhindern können!

Ihre Chancen, die nächste Runde der Auseinandersetzung in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts besser zu bestehen, wären sehr gering gewesen, hätte sie dem Sozialismus wie bisher nur ihre ökonomische Überlegenheit entgegenzusetzen gehabt.

Aber im Kriege hatte der Imperialismus für seinen Kampf gegen den Sozialismus zwei neue Waffen entwickelt, von denen er sich erhoffte, sie würden ihm einen raschen und endgültigen Erfolg sichern.

Das war erstens die Atombombe, und das war zweitens das Trojanische Pferd des Browderismus, des neuen Revisionismus.

Die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945, mit denen die USA-Piloten das Leben hunderttausender Japaner auslöschten, waren, wie jedermann weiß oder wenigstens wissen sollte, für den Kriegsausgang ohne Bedeutung. Japans Niederlage und baldige Kapitulation war schon gewiss. Am gleichen Tage, an dem der US-Pilot seine Bombe auf Nagasaki abwarf, am 9. August, trat die Sowjetunion in den Krieg gegen Japan ein. Was das für die Kriegsentscheidung bedeutete, darüber heißt es in einer fünfbändigen „Geschichte des Krieges im Stillen Ozean“, verfasst von japanischen Autoren, dass „diese Nachricht ein betäubender Schlag für die Führer der japanischen Regierung war… Nicht einmal der Einsatz der Atombombe führte zu Veränderungen in der Staatspolitik, die der Höchste Rat für Kriegfüh-rung festlegte… Der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg aber zerstörte alle Hoffnungen, ihn fortsetzen zu können.“ (46) Die Sowjetarmee zerschlug in nur zehn Tagen die größte japanische Armee, die Kwantung-Armee auf dem chinesischen Festland. Am 2. September 1945 erfolgte die bedingungslose Kapitulation Japans.

Natürlich wusste Präsident Truman, dass Japans Kapitulation auch ohne den Atombombenabwurf kurz bevorstand. Aber diese Demonstration des Alleinbesitzes einer Waffe von unvergleichlicher Zerstörungskraft zielte ja in Wahrheit auch auf einen ganz anderen Adressaten – auf die Sowjetunion. Ihren Führern sollte klar gemacht werden, dass ihrem Land die atomare Vernichtung drohe, wenn sie noch länger der Neuordnung der Welt nach den Wünschen und Forderungen der USA im Wege stehen und Widerstand leisten sollten.

Das Atomwaffenmonopol erweckte auch im britischen Prime-Minister Churchill den Wunsch, jetzt mit Hilfe der Atombombe noch das zu erreichen, was ihm in den Interventionskriegen, misslungen war: die Sowjetmacht zu vernichten. Richard J. Aldrich berichtet darüber in seinem Buch über die englischen und amerikanische Geheimdienste im Kalten Krieg: (47) „Im Mai 1945, in den Tagen der Niederlage Deutschlands, ordnete Churchill an, Pläne für einen Krieg gegen die Sowjetunion auszuarbeiten…. Churchills erklärtes Ziel war die ‚Eliminierung Russlands‘. Der Plan erhielt den Codenamen „Operation Undenkbar“ (‚Operation Unthinkable‘) und er wurde zur Veröffentlichung freigegeben (‚declassified‘) erst 1999. Er verlangte Hundert tausende Britische und Amerikanische Truppen, unterstützt von 100.000 wiederbewaffneten deutschen Soldaten, um einen Überraschungsangriff gegen ihren kriegsmüden östlichen Verbündeten zu entfesseln. Gleichzeitig würde die RAF sowjetische Städte aus Basen in Nordeuropa angreifen. … Die Stabschefs – Brooke, Cunningham und Tedder – waren entsetzt über Churchills Idee….Sie wussten, dass dies ein Krieg sein würde, den der Westen nicht gewinnen konnte. …Warum dachte Churchill, der Westen könnte es im Sommer 1945 mit den Sowjets aufnehmen? Die Antwort war klar – die Ankunft der Atomwaffen. … Brooke schrieb in seinem

Tagebuch ‚Churchill sah sich jetzt im alleinigen Besitz der Bomben und in der Lage, sie abzuwerfen, wo immer er wollte, damit allmächtig und imstande, Stalin zu diktieren.'" (S.56-63).

War der Monopolbesitz der Atomwaffen die Wunderwaffe der USA für den äußeren Angriff auf die Sowjetunion, so sollte es der zum modernen Revisionismus entwickelte Browderismus für die Eroberung der sozialistischen Festung von innen werden.

Sehr rasch brachten aber die sowjetischen Führer mit Unterstützung der Führer der kommunistischen und Arbeiterparteien die imperialistischen Hoffnungen auf die Wirkung dieser Wunderwaffen zum Platzen.

Präsident Truman hatte schon auf der Potsdamer Konferenz (17. 7.-2. 8. 1945) versucht, Stalin mit der Ankündigung, die USA hätten eine neue Waffe von noch nie da gewesener Zerstörungskraft entwickelt, zum Nachgeben zu bewegen. Zur großen Enttäuschung aber war Stalin davon in keiner Weise beeindruckt. Truman schrieb später verwundert, „der russische Premier" habe „kein sonderliches Interesse" gezeigt. (48)

Noch viel schlimmer: Am 25.September 1949 wird das Atomwaffenmonopol der USA durch die erfolgreiche Erprobung einer sowjetischen Atombombe gebrochen!

Die sowjetische Führung hat unter Führung Stalins dafür gesorgt, dass der Traum des amerikanischen Imperialismus von der Verwirklichung der Weltbeherrschung durch das Atomwaffenmonopol ausgeträumt war.

Nicht besser erging es der Spekulation auf die zweite Wunderwaffe des Imperialismus, auf sein Trojanisches Pferd, den Staat gewordenen modernen Revisionismus, den Tito-Revisionismus.

Die Tito-Führung der KPJ verfolgte zielstrebig das Ziel, eine Vereinigung Bulgariens und Albaniens mit Jugoslawien zu erreichen – unter dem verlogenen Vorwand, damit das schon seit den zwanziger Jahren von der Kommunistischen Internationale propagierte Ziel einer Balkanföderation unter sozialistischem Vorzeichen zu verwirklichen, in Wahrheit jedoch mit dem Ziel, auf dem Balkan einen Block zu schaffen, der dem Einfluss der Sowjetunion entzogen war und ihm in den anderen sozialistischen Staaten entgegenwirken sollte.

Diese Zielsetzung war aber nur dem engsten Kreise der Führung der KPJ bekannt. Nach außen hin führte sie eine Politik durch, die den Außenstehenden den Eindruck vermittelte, als sei Jugoslawien das sozialistische Land, das am meisten dem Vorbild der Sowjetunion nacheiferte und von allen am meisten „sowjetisiert" sei. Das schien auch uns Genossen in der DDR so. Ich werde nie folgende Episode vergessen: In der

Berliner Landesparteischule der SED stand eines Tages – es muss im Mai oder Juni 1948 gewesen sein – die Entwicklung der Länder der Volksdemokratie auf dem Lehrplan. Als Referent kam zu uns der Genosse Kurt Schneidewind vom ZK der SED. Von allen volksdemokratischen Staaten erhielt von ihm Jugoslawien die höchsten Noten, weil, wie er sagte, Jugoslawiens Entwicklungsstand als sozialistischer Staat sich von allen am meisten dem der Sowjetunion angenähert hätte. Das hat bei uns überhaupt keine Überraschung ausgelöst, weil wir alle das auch so sahen, denn gerade ein solches Bild hatte unsere Berichterstattung bisher von Jugoslawien gegeben. Und auch in der Sowjetunion wurde das lange Zeit genau so gesehen. Das bestätigte auch der sowjetische Außenminister A. Y. Wyschinski, der im Sommer 1948 über die Beziehungen Jugoslawiens zur Sowjetunion äußerte: „Nach dem Sieg über Hitlerdeutschland wurden zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien die brüderlichsten Beziehungen hergestellt, es wurden wichtige Beschlüsse gefasst, Jugoslawien wirtschaftlich, militärisch und politisch in der internationalen Arena zu helfen, das wir als einen unserer treuesten und ideologischen Verbündeten betrachteten.“ (49)

Das erklärt, weshalb bei der Gründung des „Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien“ im September 1947 als dessen Sitz Belgrad festgelegt wurde. (50) Das erklärt auch, weshalb Anfang 1948 der Herstellung der Balkanföderation nichts mehr im Wege zu stehen schien, da ihr auch Georgi Dimitroff als Ministerpräsident Bulgariens zugestimmt hatte.

Aber im Frühjahr 1948 hatte die jugoslawische Führung damit begonnen, der Sowjetunion gegenüber eine immer feindseligere Haltung zum Ausdruck zu bringen, was schließlich dazu führte, dass die Sowjetführung, nachdem ihre Briefe und Proteste wirkungslos geblieben waren, im April 1948 ihre Berater und Militärspezialisten aus Jugoslawien abzog. Genau das hatte aber die jugoslawische Führung beabsichtigt. Sie begann damit das zu realisieren, was als Absicht der Tito-Führung schon im November 1944 der engste Tito-Mitarbeiter Kardelj bei seinem Aufenthalt in Sofia Traitscho Kostoff gegenüber eröffnet hatte: „Die Amerikaner und Engländer seien, so sagte Kardelj, fest entschlossen, auf keinen Fall zuzulassen, dass sich Länder, die von der Sowjetarmee befreit werden mochten, vom Block der westlichen Kräfte losrissen. Auf dieser Grundlage sei zwischen Tito einerseits und den Amerikanern und Engländern andererseits schon während des Krieges eine bestimmte Vereinbarung erzielt worden. … Kardelj erklärte, die jugoslawische Regierung beabsichtige, die UdSSR zu bitten, dass die Sowjettruppen Jugoslawien verlassen sollten, sobald die Kampfhandlungen auf seinem Gebiet abgeschlossen sein würden. ‚Dies aber ist nicht ausreichend‘, so sagte mir Kardelj, ‚die Sowjettruppen müssen auch Bulgarien verlassen, denn die Amerikaner und die Engländer sind außerordentlich daran interessiert,, dass sich der sowjetische Einfluss südlich der

Donau nicht durchsetzt.‘. Kardelj bemerkte, dass Tito und überhaupt die ganze jugoslawische Leitung einen sofortigen Anschluss Bulgariens an Jugoslawien als bestes Mittel zur Erreichung dieses Ziels ansähen, wobei die unter den Völkern Jugoslawiens und Bulgariens äußerst populäre Idee der Föderation der Südslawen im Interesse der jugoslawischen Leitung ausgenützt werden könnte. ‚Dann‘, so erläuterte mir Kardelj‘ wird Bulgarien nicht länger als feindlicher Staat angesehen werden, es wird zum Bestandteil einer alliierten Macht werden, und die Anwesenheit sowjetischer Truppen auf seinem Territorium wird sich als überflüssig, als durch nichts gerechtfertigt, erweisen.‘

Aus dem „sofortigen Anschluss“ wurde damals nichts, weil, wie Kostoff aussagte, von Georgi Dimitroff aus Moskau eine kategorische Warnung einging, „man solle sich mit einem Anschluss Bulgariens an Jugoslawien nicht beeilen.“ Die Föderierung könne „ohne vorherige außenpolitische Vorbereitung unerwünschte Folgen haben.“ Im März 1945 erhielt Kostoff den Besuch eines anderen Mitglieds der jugoslawischen Führung, Milovan Djilas. Der war unzufrieden damit, dass es Kostoff nicht gelungen war, den sofortigen Anschluss durchzusetzen, und erklärte, „trotz des Misserfolges werde unser gemeinsames Ziel nicht von der Tagesordnung abgesetzt.“ (51)

Über die Frage, wie man den Anschluss Bulgariens an Jugoslawien endlich verwirklichen könne, hatte Kostoff noch verschiedene Gespräche, darunter auch mit Tito selbst, das letzte mit diesem im November 1947, danach mehrere Unterredungen mit dem jugoslawischen Vertreter in Bulgarien, Cicmil. Bei seinem letzten Gespräch mit Cicmil, im April 1948, informierte der ihn darüber, dass Tito ihn beauftragt hatte, Kostoff „den bevorstehenden endgültigen Abbruch der Beziehungen zwischen Jugoslawien einerseits sowie der UdSSR und den Ländern der Volksdemokratie andererseits anzukündigen.“ (52) Der angekündigte Bruch wurde von Tito dann dadurch durchgeführt, dass der Vorschlag der Sowjetunion und der anderen Parteien des Informationsbüros, „die Lage in der jugoslawischen kommunistischen Partei auf der Sitzung des Informbüros auf den gleichen, normalen parteigenössischen Grundlagen zu prüfen, auf denen bei der ersten Beratung des Informbüros die Tätigkeit anderer kommunistischer Parteien erörtert wurden,“ (53) mit der Begründung abgelehnt wurde, die KP Jugoslawiens wäre bei einer solchen Beratung in eine „nicht gleichberechtigte Lage“ versetzt. In der Resolution der daraufhin ohne Teilnahme der Vertreter der KP Jugoslawiens in der zweiten Junihälfte 1948 in Rumänien durchgeführten Beratung der übrigen Parteien des Informationsbüros – also der Bulgarischen Arbeiterpartei, der Rumänischen Arbeiterpartei, der Ungarischen Partei der Werktätigen, der polnischen Arbeiterpartei, der KP der Sowjetunion (Bolschewiki), der KP Frankreichs, der KP der Tschechoslowakei und der KP Italiens, – wurde dazu gesagt:

„In dem Bestreben, der gerechten Kritik der brüderlichen Parteien im Informbüro auszuweichen, erfanden die jugoslawischen Führer die Version von ihrer angeblich ’nicht gleichberechtigten Lage‘. Man muss sagen, dass in dieser Version kein einziges Wort wahr ist. Es ist allgemein bekannt, dass die kommunistischen Parteien bei der Gründung des Informbüros von der unbestreitbaren Tatsache ausgingen, dass jede Partei vor dem Informbüro rechenschaftspflichtig ist, genauso wie jede Partei das Recht der Kritik an den anderen Parteien besitzt. Bei der ersten Beratung der neun kommunistischen Parteien nahm die jugoslawische Kommunistische Partei dieses Recht weitgehend in Anspruch. Die Weigerung der Jugoslawen, über ihre Handlungen vor dem Informbüro Rechenschaft abzulegen und die kritischen Bemerkungen anderer kommunistischer Parteien anzuhören, bedeutet eine tatsächliche Verletzung der Gleichberechtigung kommunistischer Parteien und ist gleichbedeutend mit der Forderung, für die KPJ eine privilegierte Stellung im Informbüro zu schaffen.“ Die Parteien des Informbüros kommen in ihrer Resolution zu dem unausweichlichen Schluss, „dass das ZK der KPJ sich und die jugoslawische Kommunistische Partei dadurch außerhalb der Familie der brüderlichen kommunistischen Parteien, außerhalb der kommunistischen Einheitsfront und folglich auch außerhalb der Reihen des Informbüros stellt.“ (54)

So endete der erste Versuch des Imperialismus, seine zweite Wunderwaffe, die staatliche Inkarnation des modernen Revisionismus, Tito-Jugoslawien, ins Spiel zu bringen, um mit ihr die kommunistische Einheitsfront zu sprengen, mit einem völligen Fiasko und mit der Schutzimpfung der kommunistischen Weltbewegung gegen die Krankheits- und Zersetzungskeime, die diese Waffe in alle kommunistischen Parteien pflanzen sollte. Die KPdSU und die kommunistische Weltbewegung blieben auf Leninschem Kurs und damit weiterhin auf dem Weg künftiger Siege.

Erst, als dieser Weg verlassen wurde, erhielt der Imperialismus von neuem die Chance, vor allem seine zweite neue Waffe, den „modernen Revisionismus“, wirkungsvoll einzusetzen.

Im Einzelnen dem nachzugehen, weshalb dieser neue Vorstoß des Revisionismus schließlich zu dem vom Imperialismus erhofften Erfolg führte, geht über den Rahmen von „Gedanken zu Dimitroffs Tagebüchern“ weit hinaus und muss einer weiteren Studie vorbehalten bleiben.

Anmerkungen:

(1) Georgi Dimitroff. Tagebücher 1933-1943.Hgg.von Bernhard H. Bayerlein. Aus dem Russischen und Bulgarischen von Wladislaw Hedeler und Birgit Schliewenz, Aufbau Verlag Berlin 2000. Alle Seitenangaben beziehen sich auf diesen Band. Ihm ist ein zweiter Band beigegeben: Kommentare und Materialien zu den Tagebüchern 1933-1943, von den gleichen Herausgebern im gleichen Verlag.

(2) Einen Spitzenplatz unter diesen traurigen Gesellen hat sich Klaus Kinner mit immer neuen, vom ND mit Vorliebe in seinen Wochenend-Ausgaben abgedruckten Nieder-trächtigkeiten – im ND v. 14./15. April 01 gegen Ernst Thälmann, im ND vom28./29. April gegen Georgi Dimitroff – erschrieben

(3) Zitiert nach „Neues Deutschland“ v. 8./9. Juni 1996, Artikel „Fakten wider Behauptungen“ von W.Wünsche.

(4) Beides zitiert nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1966, Bd.5, S. 524, 532.

(5) Hans-Adolf Jacobsen, Der Zweite Weltkrieg. Fischer Bücherei KG, Frankfurt am Main, 1965, S.81.

(6) Der Dreimächtepakt wurde am 27.September 1940 von Deutschland, Italien und Japan abgeschlossen. Ihm traten noch 1940 Ungarn, Bulgarien, Slowakei und Spanien bei.

(7) Der Antikominternpakt wurde am 25. November 1936 als „Vertrag zum gemeinsamen Kampf gegen die Kommunistische Internationale“ zwischen Deutschland und Japan geschlossen. Am 6.11. 1937 trat dem Pakt Italien bei, am 24. 2. 1939 Ungarn, am 27.3.1939 Franco-Spanien, am 25.11.1941 Bulgarien, Dänemark, Finnland, Rumänien, Slowakei, Kroatien.

(8) Jacobsen, S.78

(9) Rede J.W. Stalins in der Wahlversammlung des Stalinschen Wahlbezirkes in Moskau am 9.Februar 1956, SWA-Verlag, Berlin 1946, S.7. Auch in: J.W.Stalin, Werke, Bd. 15, S.38, Verlag Roter Morgen, Dortmund 1979.

(10) Marschall der Sowjetunion G.K.Shukow, Erinnerungen und Gedanken, Bd. 1, Deutscher Militärverlag Berlin, 1969, S. 324, sowie das ganze Kapitel: Der Kriegsbeginn, S.285 ff.

(11) Wolfgang Kießling, Partner im „Narrenparadies“, Berlin 1994, S.97

(12) In: Komintern und revolutionäre Partei. Auswahl von Dokumenten, 1919-1943, Berlin 1986, S. 313

(13) Für Frieden und Volksdemokratie. Bericht über die Tätigkeit einiger kommunistischer Parteien, gehalten auf der Konferenz in Polen Ende September 1947, Ber-lin 1947, S. 4

(14) Für dauerhaften Frieden und Volksdemokratie, Nr. 16 vom 17. 4. 1956

(15) N.A. Bulganin/N.S. Chruschtschow, Reden während des Besuches in Indien…, Berlin 1955, S. 141
(16) Benannt nach seinem Leiter Milton Wolff, ehemals Kommandeur des Lin-coln-Bataillons in Spanien.
(17) Renn weist mit Recht die Bezeichnung „Spanischer Bürgerkrieg“ zurück, weil es in Wahrheit ein Krieg der faschistischen Mächte mit westlicher Begünstigung gegen die spanische Republik war.
(18) Manfred Behrend, Attacken ohne Substanz. In: Arbeiterstimme Nr. 126, Dezember 1999, S.32 f.
(19) Archiv der Gegenwart, 1956, S.5878.
(20) Alexander Tinschmidt, Die Außenpolitik der Regierung Imre Nagy, in: UTOPIE kreativ, H.84, S.73.
(21) Georgi Dimitroff, Kommentare und Materialien zu den Tagebüchern, Berlin 2000, S.284.
(22) S. William Z. Foster, Geschichte der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten, Berlin 1956, S.557; s. a. Wolfgang Kießling, Partner im ‚Narrenparadies‘, Ber-lin 1994, S.97.
(23) Kießling, S.100.
(24) Foster, S. 611.
(25) Lazslo Rajk und Komplicen, Berlin 1949, S.181 f.
(26) Prozess gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums mit Rudolf Slansky an der Spitze. Prag 1953, S.281.
(27) In: Hermann Matern, Über die Durchführung des Beschlusses des ZK der SED „Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slansky“. Berlin 1953, S. 71-90. Die in dieser Erklärung angeführten Fakten finden sich auch im Buche Kießlings auf den in Klammern angegebenen Seiten.
(28) Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf das Buch von Kießling.
(29) Holger Becker, Er konnte Geschichte erzählen, Zum Tode des Berliner Historikers Wolfgang Kießling, „junge welt“ v. 3. März 1999, S.14.
(30) Lazslo Rajk und Komplicen…, S. 181 ff
(32) Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder (Moskau, 14. bis 16. November 1957). – Beschluss der 34. Tagung des ZK der SED zu den Ergebnissen der Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien anlässlich des 40. Jahrestages der großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin 1957, S.15-17.
(33) Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960.- Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, Berlin, 2. Aufl.1961, S.60-62.
(34) Prof. Dr. Dr. Fred Müller, Probleme des Sozialismus. Beiträge zur Geschichte des Sozialismus, Heft II, Offensiv Nr. 9/2000, S. 16, 14.

(35) Kurt Gossweiler, Bemerkungen zu Fred Müllers „Würdigung und Abschluss der Debatte“ in „Offensiv“ 1/99, in: Offensiv 4/99, S.39-50.
(36) Prof. Dr. Dr. Fred Müller, Kurt Gossweilers Bemerkungen zu „Würdigung und Abschluss der Debatte“ in Offensiv 4/99, in: Offensiv 6/99, S. 52.
(37) MEW (Marx Engels Werke), Brief v. 7. Oktober 1858, Bd. 29, Berlin 1967, S.358.
(38) W. I. Lenin, Werke, Bd.22, Berlin 1960, S.286, 288.
(39) Kurt Gossweiler, Thesen zur Rolle des modernen Revisionismus bei der Niederlage des Sozialismus, in: Ders., Wider den Revisionismus, München 1997, S.335 ff.
(40) Belege dazu in den bereits zitierten Bänden zu den Prozessen in Budapest und Prag und in dem Band: Traitscho Kostoff und seine Gruppe, Berlin 1951 über den Kostoff-Prozess in Sofia.. Siehe auch meinen Vortrag :Die Entfaltung des Revisionismus in der kommunistischen Bewegung und in der DDR, Teil I, in: Auferstanden aus Ruinen. Über das revolutionäre Erbe der DDR, Hannover 2000, S.164 und 176-178.
(41) Auferstanden, S.159-161.
(42) Laszlo Rajk und Komplicen…, S.41-67.
(43) Auferstanden, S. 167-174.
(44) Ebenda, S.174-178. Traitscho Kostoff und seine Gruppe, S.82-141..
(45) Prozess gegen die Leitung…(Slansky-Prozess), S.7-109. Auferstanden, S.161-163.
(46) Der zweite Weltkrieg 1939-1945.Kurze Geschichte, Berlin (DDR), 1988, S.712.
(47) Richard J. Aldrich,The Hidden Hand.Britain, America and Cold War Secret Intelligence, London 2001,S.56-63.
(48) Ebenda.
(49) Auferstanden, S. 164.
(50) Für Frieden und Volksdemokratie. Bericht über die Tätigkeit einiger kommunistischer Parteien, gehalten auf der Konferenz in Polen Ende September 1947, Ber-lin 1947, S.3/4
(51) Traitscho Kostoff, S.98, 103.
(52) Ebenda, S. 103, 106, 120 ff., 129
(53) Kommuniqué über die Beratung des Informationsbüros der kommunistischen Parteien über die Lage in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, in: Die Lehren aus der Entartung der jugoslawischen Parteiführung, Berlin 1948, S.16.
(54) Ebenda, S.17.

Quelle: Der Artikel erschien in „offen-siv – Zeitschrift für Sozialismus und Frieden“ von Mitte 2001 bis Mitte 2002 in einzelnen Teilen, die von Kurt Gossweiler für Heft

10/03 derselben Zeitschrift nochmals durchgesehen, überarbeitet und neu zusammengestellt wurden. Der hier vorliegende Text folgt dieser überarbeiteten Fassung vom Herbst 2003.

Warum Rückgriff auf „Die Zwiebel Gorbatschow“? Einleitende Bemerkungen zur Wiederveröffentlichung - 15.3.06

Ist der Michail Gorbatschow seit Veröffentlichung seines Artikels im „Spiegel“ im Januar 1993 - (s. „Zwiebel“, Punkt VIII) - , spätestens jedoch seit Veröffentlichung seines Vortrages in Ankara im Oktober 1999 (s. Punkt IX) in der Zeitung der DKP „Unsere Zeit“ vom 8. September 2000 nicht längst von allen Kommunisten und Sozialisten dahin befördert worden, wohin solche Leute gehören – auf den Müllhaufen der Geschichte?

Davon war ich bisher fest überzeugt, aber das war – wie ich zu meiner maßlosen Überraschung feststellen mußte, ein Irrtum. Maßlos war meine Überraschung deshalb, weil sie mir von einer Zeitung und einem ihrer Mitarbeiter bereitet wurde, von der ich solches nie erwartet hätte – nämlich von der einzigen konsequent antiimperialistischen Tageszeitung in Deutschland – der „Jungen Welt“ - und ihrem Mitarbeiter Werner Pirker, der mir bislang mit seinen Beiträgen fast immer aus dem Herzen gesprochen hatte.

Ausgerechnet zum 50. Jahrestag jenes Parteitages der KPdSU, der als erster Parteitag dieser Partei die Feinde der Sowjetunion und des Sozialismus mit erwartungsvoller Hoffnung erfüllte, die kommunistische Bewegung jedoch in eine sich ständig vertiefende Krise stürzte, - also zum XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, - und zum 20. Jahrestag des Parteitages dieser Partei, der den Auftakt zur Endkrise der Sowjetunion und ihrer europäischen Verbündeten gab, - also zum 27. Parteitag im Februar 1986 - erschien die „Junge Welt“ mit mehreren Ausgaben und mehreren Artikeln aus der Hand von Werner Pirker zur positiven Würdigung dieser Parteitage und ihrer Organisatoren, Chruschtschow und Gorbatschow.

An dieser Stelle soll nur von Gorbatschow die Rede sein. Seine von Pirker vorgenommene unbegreifliche Ehrenrettung in den Artikeln in der „Jungen Welt“ vom 28. Februar und 1. März d. J. kann um der historischen Wahrheit willen nicht unwidersprochen bleiben

Im ersten Artikel zum 27. Parteitag - in der „Jungen Welt“ vom 28. Februar -,stellt Pirker an den Anfang gleich die These, mit der alle Verrats-Beschuldigungen

pauschal vom Tisch gewischt werden: **„***Die KPdSU war nicht dem Ansturm feindlicher Kräfte erlegen, sondern ist an sich selbst zugrunde gegangen".*

Gorbatschow hatte in seinem Ankara-Vortrag offen heraus gesagt: „Mein Lebensziel war die Zerschlagung des Kommunismus".

Das weiß Pirker aber besser. Über Gorbatschows Auftreten auf dem 27. Parteitag belehrt er uns: *"Michail Gorbatschow versuchte erst gar nicht, die Delegierten mit einem radikal erneuerten Parteiprogramm zu konfrontieren. Weil er nicht den Mut aufbrachte, den Chruschtschow 1956 bewiesen hatte? Oder weil er – Perestroika hin, Glasnost her – die Delegierten über seine wirklichen Absichten in Unklarheit lassen wollte? Am wahrscheinlichsten ist die Annahme, dass er selbst noch nicht wusste, wohin die Reise zu gehen hat".* (Meine Unterstreichung, K.G.)

Gorbatschow, - so weiß es Pirker- ist im Grunde ein Opfer des „bürokratischen Sozialismusmodells:" Die Probleme des bürokratischen Sozialismusmodells lagen zu Beginn der Gorbatschow-Ära offen zutage und waren im Grunde bereits übermächtig geworden....

In seinem bürokratischen Korsett vermochte der Sozialismus keine ihm adäquate demokratische Öffentlichkeit hervorzubringen. Der Strukturkonservatismus korrespondierte mit der sozialen Trägheit der Massen"

Also die Trägheit der Massen war es, - nach Pirker - die Gorbatschow daran hinderte, das Nötige zu tun!

Was Gorbatschow in Wahrheit hinderte, seine Absichten kurz entschlossen zu realisieren, war nicht „die soziale Trägheit der Massen", sondern seine Furcht vor dem Widerstand der Massen gegen die Demontage der sozialistischen Ordnung.

Wie Gorbatschow deshalb die Massen an der Nase herumführte und über seine wahren Absichten vorsätzlich täuschte, hat er in seinem Spiegel-Interview ausgeplaudert. Der Spiegel-Reporter zu Gorbatschow zum Verlauf der „Perestroika": „Den einen ging es zu langsam, den anderen war alles zu radikal".

Dazu Gorbatschow: *„Und Gorbatschow musste das Schiff der Perestroika durch die Klippen steuern. Dabei konnte man noch nicht Dinge ankündigen, für die das Volk noch nicht reif war."* (Meine Unterstr., K.G.)

Pirker knüpft an seine Bemerkung über die „Trägheit der Massen" die folgende Betrachtung an:

„So gesehen war der Gedanke, die Verhältnisse durch ein neues System gesellschaftlicher Offenheit aufzubrechen, der Situation durchaus angemessen. In seinem Parteitagsreferat sagte Gorbatschow ‚Ohne Glasnost gibt es keine

Demokratie, und kann es sie auch nicht geben...Man braucht Glasnost im Zentrum, doch ebensosehr, vielleicht sogar noch mehr an der Basis, dort wo der Mensch lebt und arbeitet.'

Das brachte noch eine Vorstellung von Demokratie zum Ausdruck, wie sie sich nur auf der Grundlage sozialistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse entwickeln kann. Und eine Vorstellung von Offenheit, die nicht den bürgerlichen Parlamentarismus zum Vorbild hat, sondern auf eine breite gesellschaftliche Debatte abzielt, die Fehlentwicklungen aufdeckt, die Untertanenmentalität zurückdrängt, Formen der Volkskontrolle aktiviert und so das Kreativpotential der Basisschichten freisetzt .Darin bestand die Philosophie der frühen Perestroika, die sich in der Formel: 'Mehr Demokratie, mehr Sozialismus' ausdrückte."

An dieser Stelle müssen Pirker allerdings Bedenken gekommen sein, ob er mit dieser Lob-preisung des Gorbatschow zum sozialistischen Musterdemokraten nicht doch dem Leser etwas zu viel zugemutet hat, denn er relativiert sie mit dem nächsten Satz: *„So hatte es zumindest den Anschein."*

Nachdem Pirker uns vorgeführt hat, dass Gorbatschow eigentlich auf dem richtigen Wege zur wirklichen sozialistischen Demokratie war, kommt er nicht umhin, zu erklären, weshalb er dennoch *„scheiterte"*.

Dafür führt er persönliche Eigenschaften Gorbatschows an: *„Seine geringe Volksverbundenheit und seine soziale Arroganz."* Sie seien der Grund dafür gewesen, dass er *„nie zu großer Popularität gelangt"* sei – was wir für die Jahre 1985 bis 1987 ganz anders in Erinnerung haben! - , und das habe auch *„die Grundlage für den Aufstieg seines größten Rivalen Boris Nikolajewitsch Jelzin"* gelegt.

Auch das ist eine erstaunliche Fehleinschätzung: Wo Pirker nur Rivalität sieht, herrschte in den ersten Jahren zwischen Gorbatschow und Jelzin über das Ziel völliges Einvernehmen und eine vereinbarte Arbeitsteilung, deren Inhalt ich im Punkt IV der „Zwiebel" geschildert habe: Gorbatschow spielt die Rolle des Verteidigers des richtigen Mittel-Kurses gegen die linke und rechte Opposition, Jelzin spielte die Rolle eines oppositionellen Drängers in die Richtung viel weitgehenderer Reformen, war damit aber nur der Wegbereiter auf dem Wege zum gemein-samen Ziel beider – der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion.

Das aber war auf direktem Wege, ohne Verschleierung durch vorgespielte Richtungskämpfe, nicht zu erreichen.

Zum Konkurrenzkampf zwischen Gorbatschow und Jelzin kam es erst und konnte es erst kommen, nach dem das Ziel schon so gut wie erreicht war.

Einen weiteren Grund für das *„Scheitern“* Gorbatschows hat Pirker darin *„erkannt“,* dass Gorbatschow zu dumm war, um die Ziele des Imperialismus zu erkennen. Er entdeckte bei Gorbatschow eine *„Verkennung des grundsätzlich aggressiven Charakters des Imperialismus“.* Ein Zeugnis dieses *„Verkennens“* ist für Pirker die *„Kernthese des Neuen Denkens“* von der *„Priorität allgemein-menschlicher gegenüber Klasseninteressen.“*

Sollte es Pirker nicht zu denken geben, dass diese „Kernthese des neuen Denkens“ – allerdings noch in Keimform – schon von Chruschtschow angesprochen wurde? Der ließ sich auf dem XXI. Parteitag der KPdSU (1959) nämlich schon so vernehmen: *„Wenn sich die amerikanischen Politiker und Militärs von allgemein-menschlichen Überlegungen leiten ließen und nicht von egoistischen Absichten, wäre das für alle besser.“* (Zitiert mit Quellenangabe in der „Taubenfußchronik, Bd. II, S.235) Der gleiche Chruschtschow hat ja dann bei seinem Besuch des USA-Präsidenten Eisenhower (1959) entdeckt, dass der wirklich die friedliche Koexistenz mit der Welt des Sozialismus anerkannt habe! Die „Verkennung des grundsätzlich aggressiven Charakters des Imperialismus“ ist also schon bei Gorbatschows Vorläufer Chruschtschow stark ausgeprägt – was Pirker allerdings entgangen zu sein scheint.

Seine Studien zum XX. und XXVII. Parteitag der KPdSU haben offenbar nicht ausgereicht, ihm die Erkenntnis zu vermitteln, dass die ideologische Leitlinie dieser Parteitage der moderne Revisionismus war, und dass zu einem der Hauptmerkmale dieses Revisionismus die Ersetzung des Kampfes gegen den Imperialismus durch die Versöhnung und Zusammenarbeit mit diesem gehört.

Von einer solchen Erkenntnis scheint Pirker weit entfernt; auf jeden Fall aber will er offenbar seine Leser von einer solchen Erkenntnis fernhalten, indem er das Bild eines Gorbatschow malt, der ziemlich konzeptlos war und sich von den Ereignissen treiben ließ, der aber auf keinen Fall bewusst darauf hingearbeitet hat, das Ende der Sowjetmacht herbeizuführen:

„Je mehr die Perestroika in der Praxis auf der Stelle trat, desto radikaler wurde die Theorie der Perestroika. Sie schien die Verhältnisse von links außen umwerfen zu wollen. ‘Dem Volke die Macht, den Arbeitern die Fabriken, den Bauern das Land.‘, deklarierte das Machtzentrum um den Generalsekretär. Das verhieß mehr und nicht weniger Sozialismus. Eine über die Verstaatlichung der Produktionsmittel hinausgehende reale Vergesellschaftung war angesagt. Es wird wohl immer ein Geheimnis bleiben, von welchen Ideen der Führungsstab der Perestroika damals wirklich bewegt wurde“.

Hätte Pirker die Rede Gorbatschows vor Vertretern der Massenmedien vom 29. März 1989 gründlich gelesen und als Marxist analysiert, dann hätte er daraus ersehen

können, dass Gorbatschow nicht nur sehr genau wusste, wohin er wollte, sondern es sogar – wenn auch nicht direkt und unverhüllt – ankündigte: zur Wiedereinführung des Privateigentums an Produktions-mitteln! (S. dazu Punkt IV).

Aber schon vor dieser Rede war - worauf Pirker in dem letzten Abschnitt seines Artikels in der j.w. vom 28. 2., sogar unter der Überschrift „Bereichert Euch"!, ausdrücklich hinweist – im Dezember 1986 ein „Gesetz über individuelle Erwerbstätigkeit" und ein zweites Gesetz, das „Gesetz über die Genossenschaften", verabschiedet worden, Gesetze, die Pirker erstaunlicherweise so kommentiert: *„Schwer zu sagen, ob es sich dabei um theoretische Konfusion handelte oder ob bereits die Absicht dahintersteckte, das Gesellschaftseigentum zu zersetzen."*

Woher bloß solche Zweifel, hat doch Gorbatschow für sie mit seiner klaren Aussage sowohl im Spiegel wie in seinem Ankara-Vortrag keinen Raum gelassen? O-Ton Gorbatschow im Spiegel-Interview 1993 auf die Frage, ob er noch Kommunist sei**:** ***„Wenn Sie meine Aussagen nehmen, dann wird Ihnen klar, dass meine politischen Sympathien der Sozialdemokratie gehören und der Idee von einem Sozialstaat nach der Art der Bundesrepublik Deutschland."***

Und Gorbatschow in Ankara 1999: ***„Als ich den Westen persönlich kennengelernt hatte, war meine Entscheidung unumkehrbar. Ich musste die gesamte Führung der KPdSU und der UdSSR entfernen. Ich mußte auch die Führung in allen sozialistischen Staaten beseitigen. Mein Ideal war der Weg der sozialdemokratischen Parteien."***

Hätte Pirker nicht allen Grund, Gorbatschow dankbar dafür zu sein, dass er ihn aller Zweifel über seine, Gorbatschows, Ziele und Motive enthoben hat? Aber nein! Er möchte offenbar an seinen Zweifeln festhalten, und er möchte darüber hinaus, dass seine Leser diese teilen: *„Man sollte",* schreibt er, *„Michael Sergejewitsch vor seiner Selbstverleumdung, gegen den Sozialismus konspiriert zu haben, in Schutz nehmen".*

Wieso denn das? Dazu Pirker: Gorbatschow *„dürfte damals noch überhaupt keinen Plan gehabt haben. Als das Scheitern des sozialistischen Erneuerungsprojekts absehbar war, ließ er die Dinge laufen, wie sie liefen."*

Kommunisten, wie z.B. Rolf Vellay, bedurften keiner Bekenntnisse Gorbatschows, wie die zitierten, um in ihm einen bewußten Feind des Sozialismus zu erkennen. Auf der sog. Perestroika-Konferenz des Frankfurter IMSF der DKP im Jahre 1987 erklärte Vellay hellsichtig: *„Gorbatschow als Generalsekretär – das ist die Konterrevolution an der Spitze der KPdSU! Gorbatschow als Präsident der UdSSR – das ist das Ende des Sozialismus in der Sowjetunion! ‚Neues Denken' – das ist die Paralyse des revolutionären Gehalts der kommunistischen Weltbewegung."*[3]

Wie ist es zu erklären, dass sich ein Werner Pirker, den die Leser der „Jungen Welt“ doch über Jahre hinweg als eine scharfsichtigen Analytiker imperialistischer Machenschaften kennengelernt haben, sich in den Fällen Chruschtschow und Gorbatschow mit dem Erkennen der Wahrheit nicht nur schwer tut, sondern die offen zutage liegende Wahrheit als nicht vorhanden erklärt? Die Antwort darauf ist einfach genug: Pirker „weiß“ doch schon längst und hat es auch uns doch gleich am Anfang des Artikels wissen lassen: *„Die KPdSU ist nicht dem Ansturm feindlicher Kräfte erlegen, sondern ist an sich selbst zugrunde gegangen.“*

Wenn dem Tatsachen entgegenstehen – umso schlimmer für die Tatsachen! Da die KPdSU - nach Pirkers Entscheidung - nicht zugrunde gerichtet wurde, sondern an sich selbst zugrunde ging, können Gorbatschows Bekenntnisse nur Erfindungen sein, bestenfalls eine „Selbst-verleumdung“, vor der man ihn schützen sollte....

Pirkers merkwürdiges Augen-Verschließen vor längst erwiesenen Tatsachen hat seinen Grund darin, dass für ihn wie für alle Anti-Leninisten vor ihm – von Kautsky, über Trotzki und Tito bis zu Gysi, Brie und Bisky - das von Lenin begründete und von Stalin gefestigte „Sowjetsystem“, das „sowjetische Modell“, das „Leninsche Partei- und Machtmodell“, „der Staatssozialismus“, „das bürokratische Kommandosystem“ - von allem Anfang an den Todeskeim in sich trug und irgendwann einmal unbedingt scheitern bzw. „sich selbst zerstören“ musste. In dieser Auffassung befindet er sich in einer verblüffenden Übereinstimmung mit Robert Steigerwald. Steigerwald sagt ähnlich wie Pirker: *„Hauptursache des historischen Niedergangs ist also ein Organisationstypus.... Die Gorbatschow-Gruppe war mit dieser Sackgassen-Konstellation konfrontiert. Heute brüsten sich ihre wichtigsten Vertreter dessen, bewußt und mit Anleihen bei der Sozialdemokratie den Weg der Zerstörung der Sowjetunion eingeschlagen zu haben. Ich halte sogar das noch für Schwindel, den sie erfinden, um ihr Fiasko als ihr Verdienst hinzustellen und sich im Westen lieb Kind zu machen.“*[4]

Die Konsequenz solcher Auffassungen besteht in der Schlußfolgerung: von diesem gewesenen Sozialismus-Modell gibt es nichts zu lernen, außer – wie man es nicht machen darf! Die schlimmen Folgen einer solchen Auffassung sind unter anderem am Schicksal der französischen und österreichischen KP und am Programm-Entwurf der DKP zu studieren.

Wir fragten in der Überschrift: Warum dieser Rückgriff auf die „Zwiebel Gorbatschow?“ Die Antwort ist: Wenn die einzige konsequent antiimperialistische Tageszeitung Deutschlands und einer ihrer zu recht geschätztesten Mitarbeiter so deutlich erkennen lassen, dass sie auf dem Gebiet historisch-materialistischer Analyse geschichtlicher Tatsachen Hilfestellung benötigen, dann sollte jeder, der dazu etwas beitragen kann, sie ihnen und ihren Lesern nicht vorenthalten.

Quelle: offen-siv März-April 2006

Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow

I. Die äußere Schale: Auf dem Wege der Machterschleichung

1.

Aus der Rede M. Gorbatschows auf dem Trauermeeting anläßlich des Todes seines Vorgängers K. U. Tschernenko *(ND v. 14. 3. 85):* "Unter seiner (Tschernenkos) Leitung wurden vom Zentralkomitee und vom Politbüro des ZK wichtige Beschlüsse zu Grundproblemen *der ökonomischen und sozialpolitischen Entwicklung des Landes sowie* zur kommunistischen Erziehung der Massen gefaßt und verwirklicht. Konstantin Ustinowitsch tat viel für die Verwirklichung des Leninschen Kurses unserer Partei – des Kurses zur Festigung der Stärke unserer Heimat sowie zur Erhaltung und Festigung des Weltfriedens. Heute erklären die Kommunistische Partei, ihr Zentralkomitee und das Politbüro des ZK vor dem sowjetischen Volk nachdrücklich ihre unerschütterliche Entschlossenheit, der großen Sache des Sozialismus und Kommunismus, der Sache des Friedens, des sozialen Fortschritts und des Glücks der Werktätigen treu zu dienen."

2.

Aus einem Interview, das M. G. am 4. Februar 1986 der KPF-Zeitung "l'Humanité" gab: *"Frage: In verschiedenen Kreisen des Westens wird häufig die Frage gestellt: Sind in der Sowjetunion die Überbleibsel des Stalinismus überwunden? Antwort: Stalinismus ist ein Begriff, den sich die Gegner des Kommunismus ausgedacht haben und der umfassend dafür genutzt wird, die Sowjetunion und den Sozialismus insgesamt zu verunglimpfen. 30 Jahre sind vergangen, da auf dem XX. Parteitag die Frage der Überwindung des Personenkults um Stalin gestellt und ein Beschluß des ZK der KPdSU dazu gefaßt worden ist. Sagen wir es offen, dies waren keine leichten Beschlüsse für unsere Partei. Dies war eine Prüfung für die parteiliche Prinzipienfestigkeit, für die Treue zum Leninismus. Ich meine, wir haben sie würdig bestanden und aus der Vergangenheit die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen."*

Kommentar: Diese Antwort ist bereits gekennzeichnet von der Undeutlichkeit und doppelten Auslegbarkeit, die auch die künftigen Äußerungen G.s für lange Jahre auszeichnen sollten: Worin bestand die parteiliche Prinzipienfestigkeit? Darin, daß

diese Beschlüsse gefaßt wurden, oder darin, daß dem Druck nach "Zuendeführung der Abrechnung mit Stalin" nicht nachgegeben wurde?

Im gleichen Interview ein weiteres Beispiel für die bewußte, auf Irreführung berechnete Doppeldeutigkeit seiner Orakel:

"Im Atomzeitalter kann man nicht – zumindest nicht lange – mit der Psychologie, den Gewohnheiten und Verhaltensweisen der Steinzeit leben."

Jeder Kommunist, der das las, freute sich: "Jetzt hat er es den Imperialisten aber gegeben!" Sehr bald aber mußten sie feststellen – wenn sie genau hinhörten und hinsahen – daß er die gar nicht gemeint hat, sondern die eigenen Leute, die am "alten", nämlich marxistischen, Leninschen Denken festhielten.

Das Gleiche mit der zündenden Parole von der Notwendigkeit "Neuen Denkens": Natürlich sahen wir das an als eine Aufforderung an die imperialistische Seite vor allem: *Unsere* Seite hatte doch vom Anbeginn des eigenen Atomwaffenbesitzes an das Verbot, die Ächtung aller Atomwaffen verlangt; *wir* haben der anderen Seite doch unentwegt unseren Wunsch nach friedlicher Koexistenz, nach *friedlichem* Austrag unserer Differenzen angeboten, *sie* waren es doch, die stets und ständig das eine wie das andere abgelehnt hatten. Von *ihnen* mußte "Neues Denken" gefordert werden, sollte die notwendige Systemauseinandersetzung nicht zum Kriege führen.

Aber es sollte nicht lange dauern, und es wurde deutlich, daß G. gar nicht die Imperialisten, sondern uns gemeint hatte: Steinzeitdenken – das war *unser* Festhalten an der Grunderkenntnis des Marxismus-Leninismus, daß der Krieg vom Imperialismus ausgeht, und daß der Frieden umso sicherer ist, je stärker der Sozialismus ist. *Er* brachte die Mehrheit unserer Leute dazu, diese Grunderkenntnis als "altes Denken" anzusehen und ihre "Überwindung" und Ersetzung durch sein "Neues Denken" als notwendig und unabweisbar anzunehmen. Sein "Neues Denken" und die ihm entsprechende Politik bestand in der selbstmörderischen Logik, daß der Friede umso sicherer sei, je weiter wir vor dem Imperialismus zurückwichen.

Diese Logik stellte wahrhaftig alle Tatsachen auf den Kopf: Nicht der Imperialismus bedrohte die sozialistischen Länder, sondern umgekehrt, die Militärmacht des Warschauer Paktes bedrohte angeblich den Westen! Kein anderer als Marschall Achromejew brachte das zum Ausdruck! (ND v. 13./14. 4. 1991: Achromejew, "Berater von Präsident Gorbatschow", sprach sich "für die Auflösung der Militärstruktur der NATO aus". Begründung: "*Die sowjetischen Streitkräfte würden keine Gefahr für Europa mehr* darstellen und der Warschauer Pakt sei aufgelöst.")

Aber 1986 – da blieb es noch bei der *Doppel*deutigkeit, die so formuliert wurde, daß *wir* sie als marxistisch-leninistische Eindeutigkeit aufnahmen – denn wir *wünschten*

doch, daß Gorbatschow endlich der Mann sei, der den Sozialismus aus der Sackgasse auf neue Höhen führt, und genau das versprach er doch unentwegt.

3.

Der 27. Parteitag, Februar 1986. (ND v. 26. 2. 1986):

Kennzeichnend für den 27. Parteitag ist rückblickend, daß er – wie wir heute wissen – die Wiederaufnahme der Zielsetzungen des 20. und des 22. Parteitages der KPdSU *begann*, daß dies aber nur durch eine Äußerlichkeit zu vermuten war, in seinem Verlauf aber dafür nur kaum erkennbare Zeichen festgestellt werden konnten.

Die Äußerlichkeit: Auf den Tag genau dreißig Jahre nach dem 20. Parteitag wurde dieser erste Parteitag unter dem Generalsekretär Gorbatschow eröffnet, am 25. Februar 1986. Solche Äußerlichkeiten sind aber keine Zufälligkeiten, sondern haben "programmatische" Bedeutung.

Aber dieses Datum blieb der einzige Hinweis auf eine etwa beabsichtigte Kontinuitätsherstellung zwischen diesen beiden Parteitagen. Leute, die eine direkte Anknüpfung an den 20. Parteitag erwartet und gewünscht hatten, wurden enttäuscht. Man darf vermuten, daß Gorbatschow eine solche Anknüpfung beabsichtigt hatte, aber dazu vom damaligen Politbüro kein Placet erhielt. Noch war seine Position schwach, noch beherrschte er nicht das ZK, erst recht nicht den Parteitag. Noch wäre es für jene aus der Führung, die den Ausschlag für seine Wahl gegeben hatten – wie etwa Gromyko – ein Leichtes gewesen, eine Mehrheit gegen ihn zustande zu bringen. Dieser Parteitag mußte ihm erst zu einer eigenständigen Machtposition verhelfen, die ihm erlauben würde, eine neue Führung zu bilden die aus *seinen* Leuten bestand. Damit waren die Plenen nach dem Parteitag sowie die 19. Parteikonferenz beschäftigt, und die nachfolgenden Änderungen in der Parteiführung machten seine Position so unangreifbar, daß er immer deutlicher aussprechen konnte, wohin sein Kurs zielte.

Aber auf dem 27. Parteitag war es noch nicht so weit. Er war noch sehr bemüht, an seiner Treue zum Leninismus keinen Zweifel aufkommen zu lassen, und beschränkte sich nur auf Andeutungen beabsichtigter Kursänderungen. Dafür nur ein Beispiel aus seinem Referat: *"Marx verglich den Fortschritt in der Ausbeutergesellschaft mit jenem scheußlichen heidnischen Götzen, ... der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte ... Die historische Weitsicht, Treffsicherheit und Tiefgründigkeit von Marx' Analyse sind erstaunlich. In Bezug auf die bürgerliche Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts ist sie wohl noch aktueller als im 19. Jahrhundert!"* (!!! Sehr bald wird er uns aber belehren, daß das 19. Jahrhundert und damit Marx uns

nichts mehr lehren können, weil seine Lehren antiquiert seien!) *"Einerseits eröffnet die stürmische Entwicklung der Wissenschaft und Technik nie dagewesene Möglichkeiten, die Naturkräfte zu beherrschen und die Lebensbedingungen der Menschheit zu verbessern. Andererseits aber ist das ‚aufgeklärte' 20. Jahrhundert in die Geschichte mit solchen Ausgeburten des Imperialismus eingegangen wie blutigsten Kriegen, hemmungslosem Militarismus und Faschismus, Völkermord, Verelendung von Millionen. Ignoranz und Obskurantismus existieren in der Welt des Kapitals zusammen mit großen Errungenschaften der Wissenschaft und Kultur."*

Auf den ersten Blick könnte man meinen: eine marxistische Analyse! Bei genauem Hinsehen wird man feststellen, daß von *Analyse* keine Rede sein kann: es werden nicht innere Zusammenhänge bloßgelegt, sondern einfach ein Nebeneinander von Gut und Schlecht registriert. Und das erlaubt ihm dann, statt der Schlußfolgerung des Kampfes gegen den Imperialismus eine scheinbare Banalität auszusprechen, in der aber die Abkehr von Marx und Lenin und der Verzicht auf Kampf um Frieden durch Mobilisierung der Völker gegen den Imperialismus versteckt sind:

"Und eben das ist jene Gesellschaft, neben der wir zu leben haben und mit der wir Zusammenarbeit und gegenseitige Verständigung anstre*ben müssen."* Warum müssen wir das? *"Das hat die Geschichte so gewollt."*

Das kommt bei ihm immer wieder: Er beruft sich nicht auf den lieben Gott – noch nicht, das kommt aber noch! – aber er gibt *seine* Entscheidungen immer als *Schicksal*entscheidungen aus – die entweder "die Geschichte" oder "das Leben" verlangten.

Also – alles, was später kommt, ist hier in nuce schon angedeutet.

II. Die erste Schale fällt: Die Macht ist gefestigter, die Vorstöße zur Liberalisierung werden deutlicher

Rede Kurt Gossweilers auf der Festsitzung zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution (ND v. 3. 11. 1987):

Die Rede besteht eigentlich aus zwei ganz gegensätzlichen Einschätzungen der Geschichte der Sowjetunion. Der erste Teil ist eine Würdigung vom Standpunkt eines Kommunisten: Dieser Teil ist ihm vom Politbüro aufgetragen. Darin befinden sich Aussagen, die er durch das, was er im zweiten Teil ausführt, der sich vor allem mit der Stalinzeit befaßt, wieder aufhebt. Damit folgt diese Rede der Anlage des 20. Parteitages, dessen offizieller und öffentlicher Teil der gesamten Sowjetgeschichte im Großen und Ganzen Gerechtigkeit widerfahren ließ und eine relativ moderate Kritik an Stalin übte, während der zweite, hinter verschlossenen Türen und nur für einen ausgewählten Kreis von Parteitagsteilnehmern durchgeführte Teil mit

Chruschtschows Geheimrede (die bis vor kurzem nur als westliche Publikation vorlag, die weder von Chruschtschow noch von der KPdSU als echt bestätigt wurde) eine mit Erfindungen und haltlosen Vermutungen gespickte Entstellung der Geschichte der KPdSU unter Stalins Führung darbot.

Aus dem ersten Teil der Gorbatschow-Rede seien einige bemerkenswerte Passagen zitiert – bemerkenswert vor allem im Hinblick auf spätere Gorbatschow-Ausführungen, die ihnen kraß widersprechen.

"Das Jahr 1917 zeigte, daß die Wahl zwischen Sozialismus und Kapitalismus die wesentlichste gesellschaftliche Alternative unserer Epoche ist, daß man im 20. Jahrhundert nicht vorankommt, wenn man nicht zu einer höheren Form der gesellschaftlichen Organisation – zum Sozialismus – schreitet. Diese grundlegende Leninsche Schlußfolgerung ist heute nicht weniger aktuell als damals ... Das ist die Gesetzmäßigkeit der vorwärtsgerichteten gesellschaftlichen Entwicklung."

"Die Geschichte stellte der neuen Gesellschaftsordnung ein hartes Ultimatum: entweder in kürzester Frist ihre sozialökonomische und technische Basis zu schaffen, zu überleben und somit der Menschheit erste Erfahrungen einer gerechten Organisation der Gesellschaft zu vermitteln oder unterzugehen ... Die Periode nach Lenin ... nahm in der Geschichte des Sowjetstaates einen besonderen Platz ein. In nur anderthalb Jahrzehnten wurden grundlegende gesellschaftliche Veränderungen vollzogen."

"Der Trotzkismus ... stellte dem Wesen nach eine Attacke gegen den Leninismus an der gesamten Front dar. Es ging praktisch um das Schicksal des Sozialismus in unserem Lande, um das Schicksal unserer Revolution. Unter diesen Bedingungen mußte dem Trotzkismus vor *dem ganzen Volke der Nimbus genommen, mußte sein antisozialistisches Wesen entlarvt werden. Die Situation gestaltete sich noch komplizierter dadurch, daß die Trotzkisten in einem Block mit der neuen Opposition unter der Führung G. J. Sinowjews und L. B. Kamenews agierten."*

"Somit behauptete der führende Kern der Partei unter Leitung J. W. Stalins den Leninismus im ideologischen Kampf, formulierte Strategie und Taktik der Anfangsetappe des sozialistischen Aufbaus, und ihr politischer Kurs fand die Billigung der meisten Parteimitglieder und Werktätigen."

Nach einer solchen Würdigung folgten dann die Passagen, in denen massiver als bisher die allseits bekannten Vorwürfe gegen Stalin erhoben werden. Eigentlich beginnt damit die Kampagne, die dann von allen Medien, besonders aber von "Moskowski Nowosti", unter dem Schlagwort der Aufarbeitung der "weißen Flecken" die totale Schwärzung der Sowjet-geschichte, zunächst nur der Jahre unter

Stalin, dann aber auch der gesamten Sowjetperiode, betrieben und damit die Konterrevolution vorbereiteten.

Aber noch wichtiger sind jene Passagen in G.s Rede, die man rückschauend als Wegweiser in die Richtung der späteren Politik der hartnäckig vorangetriebenen Demontage der sozialistischen Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft erkennen kann, die man aber auch bereits damals als in die falsche Richtung weisend erkennen konnte, so man "Gorbi" gegenüber nicht jeden kritischen Blick für überflüssig, wenn nicht gar für blasphemisch hielt.

Solche Wegweiser waren:

Erstens: die einseitige, Lenin verfälschende und zu einem "Dutzend- Liberalen" degradierende Auswahl von Lenin-Zitaten. Damit sollten zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: die ständige Berufung auf Lenin sollte Gorbatschow als zuverlässigen Leninisten ausweisen; die von ihm angeführten Zitatfetzen hingegen sollten seine antileninistische Politik durch die Autorität Lenins gegen Angriffe abdecken. Buchstäblich jedes angeführte Lenin-Zitat, mit dem Gorbatschow seine "Reform-Politik" begründet, erweist sich bei Überprüfung als gröblichst mißbraucht: Liest man nach, besagt die entsprechende Passage, aus der das Zitat herausseziert wurde, das Gegenteil dessen, was Gorbatschow mit ihm sanktionieren will; *bei Lenin* ist der Kern der Aussage *immer* die Begründung der Notwendigkeit des unversöhnlichen *Klassenkampfes*; *Gorbatschow* mißbraucht seine Zitatfetzen *immer* als Beleg für die Übereinstimmung seiner *Absage an den Klassenkampf* mit Leninschem Denken.

Zweitens: die bevorzugte Hinwendung zu den letzten Schriften Lenins aus dem Jahr 1922/1923. Dies nicht nur wegen des sogenannten "Testaments" (das im übrigen immer nur unvollständig zitiert und absolut einseitig ausgelegt wird), sondern um Lenins Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Sowjetorgane als Weisungen auszudeuten, die jetzt durch die Gorbatschow-Reformen, durch die "Perestroika", ihre Verwirklichung fänden. Dabei scheuen die Gorbatschow-Journalisten und -Propagandisten auch nicht davor zurück, in diese Leninschen Schriften hineinzudeuten, daß Lenin sich schon mit Zweifeln geplagt habe, ob "das sozialistische Experiment" in Rußland zu Ende geführt werden könne.

Drittens: die besondere Vorliebe Gorbatschows und seiner Schreiber- Garde für die NÖP-Periode. Sie wird entgegen der eindeutigen Aussage Lenins nicht als zeitweiliger Rückzug, sondern als *die* Methode des sozialistischen Aufbaus dargestellt, die von Stalin fälschlicherweise abgewürgt wurde, zu der man aber jetzt zurückkehren müsse, um das Land aus der Stagnation herauszuführen. Die besondere Begeisterung der Gorbatschow-Leute ruft die NÖP wegen der *Zulassung*

verschiedener Eigentumsformen hervor; sie ist damit geeignet, die Propagierung der Zulassung von *privatem Eigentum an Produktionsmitteln* neben dem sozialistischen Eigentum als Rückkehr zu Leninscher Politik zu deklarieren. Diese Wegweisung wird im Referat zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution schon sehr deutlich.

"Die Führung der Partei demonstrierte (in der Zeit vom Februar bis Oktober 1917) *ihre Fähigkeit zum kollektiven schöpferischen Suchen, zum Verzicht auf Stereotypen und auf Losungen, die noch gestern, in einer anderen Situation, unanfechtbar und die einzig möglichen zu sein schienen."* (Schien, sagt er, nicht: waren!) *"Man kann sagen, daß die Leninsche Denkweise ... ein außerordentlich markantes Beispiel von antidogmatischem, wirklich dialektischem und folglich neuem Denken war. So und nur so denken und handeln echte Marxisten-Leninisten, insbesondere in Zeiten des Umbruchs, in kritischen Zeiten, in denen die Geschicke der Revolution und des Friedens, des Sozialismus und des Fortschritts entschieden werden."*

"Von der zutiefst revolutionären Dialektik war auch der Beschluß über die Neue Ökonomische Politik durchdrungen, die die Horizonte der Vorstellungen über den Sozialismus und über die Wege zu seiner Errichtung wesentlich erweitert hat."

"Wir wenden uns jetzt immer öfter den letzten Arbeiten Lenins, den neuen Leninschen Ideen der Neuen Ökonomischen Politik zu und versuchen, diesen Erfahrungen alles für uns heute Wertvolle und Notwendige zu entnehmen. Natürlich wäre es falsch, ein Gleichheitszeichen zwischen der NÖP und dem zu setzen, was wir derzeit ... tun ... Doch die NÖP hatte auch ein noch weiter gestecktes Ziel. Es stand die Aufgabe ..., ‚mit Hilfe des aus der großen Revolution geborenen Enthusiasmus, der persönlichen Interessiertheit, der wirtschaftlichen Rechnungs-führung ...', die neue Gesellschaft aufzubauen."

Wie später deutlich werden wird, hat Gorbatschow dieses Zitat nicht wegen des darin angesprochenen "revolutionären Enthusiasmus", auch nicht wegen der "wirtschaftlichen Rechnungsführung", sondern wegen der Erwähnung der *"persönlichen Interessiertheit"* vorgeführt.

Das Fehlen dieser persönlichen Interessiertheit bei den Produzenten in den staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben wird von Gorbatschow registriert und als Argument benutzt nicht für Überlegungen, wie diese Interessiertheit im Rahmen der sozialistischen Betriebe wiederhergestellt werden könnte, sondern für den Vorschlag, zu einer "Konkurrenz der Eigentumsformen" überzugehen, zu "sozialistischer Marktwirtschaft"; gemeint war und realisiert wurde die Wiederbelebung von Privateigentümerinstinkten.

Doch das erfolgte erst nach weiterer Häutung der Zwiebel. Hier, auf der Festsitzung zum 70. Jahrestag, wurden nur die ersten Töne des künftigen Leitmotivs

angeschlagen, aber das Motiv selbst noch nicht entfaltet. Aber diese ersten Töne waren da, wenngleich die Mehrheit der Zuhörer und Leser dieser Rede ihnen keine Beachtung geschenkt haben dürften.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik erfolgte bereits eine weitere Entfaltung des Leitmotivs, das die Umwandlung der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz aus einer Politik des Kampfes gegen den Imperialismus mit friedlichen Mitteln in eine antileninistische Politik der Kungelei mit dem Imperialismus als angeblichem Weg zur Abwendung der Atomkriegsgefahr zum Inhalt hat und dessen erster Akkord, angeschlagen auf dem 27. Parteitag der KPdSU, bereits zitiert wurde. Aber noch wurde der prinzipielle Positionswechsel, die Absage an den Klassenkampfinhalt der Politik der friedlichen Koexistenz, getarnt, geleugnet:

"Die Leninsche Konzeption der friedlichen Koexistenz hat natürlich Veränderungen erfahren ... Als Fortsetzung der Klassenpolitik des siegreichen Proletariats jedoch wurde die friedliche Koexistenz im weiteren, insbesondere im nuklearen Zeitalter, zur Voraussetzung für das Überleben der ganzen Menschheit."

"Der 27. Parteitag entwickelte umfassend eine neue außenpolitische Konzeption. Ihr Ausgangspunkt ist bekanntlich folgender Gedanke: ungeachtet der tiefen Widersprüchlichkeit der Welt von heute und der grundlegenden Unterschiede der sie repräsentierenden Staaten, ist die Welt wechselseitig miteinander verbunden, voneinander abhängig und bildet ein bestimmtes Ganzes."

Mit einer marxistischen Beschreibung des damaligen Weltzustandes hat diese Aussage nichts zu tun, da geflissentlich Inhalt und Charakter der "tiefen Widersprüchlichkeit" und der "grundlegenden Unterschiede" undefiniert bleiben.

Immerhin – die KPdSU ist zu diesem Zeitpunkt doch noch mehr vom Leninschen als vom "Neuen Denken" Gorbatschows erfüllt, darum kommt er nicht umhin, sich mit einigen Elementar-Erkenntnissen von Marx und Lenin auseinanderzusetzen.

"Wir arbeiten jetzt, an der neuen Wende der Weltgeschichte, *die Perspektiven des Vorwärtsschreitens zu einem stabilen Frieden theoretisch aus. Mit Hilfe des neuen Denkens haben wir die Notwendigkeit und die Möglichkeit eines umfassenden Systems der internationalen Sicherheit unter den Bedingungen der Abrüstung grundsätzlich begründet. Jetzt muß bewiesen werden, daß es notwendig und real ist, auf dieses Ziel zuzugehen und es zu erreichen."*

Um diesen "Beweis" zu führen, ist es notwendig, die Elementarsätze des Leninismus als nicht mehr gültig "nachzuweisen", also erstens die Frage nach dem Wesen des Imperialismus, in dem, "wie bekannt, die größte Kriegsgefahr wurzelt", auf "neue Art" zu beantworten.

Das Gleiche für die beiden weiteren Fragen:

"Ist der Kapitalismus in der Lage, sich vom Militarismus frei zu machen, kann er ohne ihn ökonomisch funktionieren?"

"Kann das kapitalistische System ohne Neokolonialismus auskommen?"

"Mit anderen Worten, es geht darum, ob der Kapitalismus imstande ist, sich den Bedingungen einer kernwaffenfreien und abgerüsteten Welt, den Bedingungen einer neuen, gerechten Wirtschaftsordnung, den Bedingungen ehrlichen Wettstreits der geistigen Werte zweier Welten anzupassen."

Wer diese Fragen so stellt, der tut das, weil er sie für sich schon mit einem eindeutigen "Ja" beantwortet hat. Ohne Wenn und Aber kann Gorbatschow das zu diesem Zeitpunkt dem Parteitag der KPdSU jedoch noch nicht zumuten, daher erst einmal:

"Die Antworten wird das Leben geben."

Aber dann gibt er gleich zu, daß seine Politik auf der Grundlage einer positiven Beantwortung obiger Fragen aufgebaut ist: *"Worauf rechnen wir also, wissend, daß man eine* sichere *Welt* zusammen *mit den kapitalistischen Ländern aufbauen muß?"*

Also, da ist es heraus: man kann die *sichere* Welt *nicht gegen* den Imperialismus *erkämpfen*, man *muß* sie "*zusammen mit ihm aufbauen*"! Am Ende einer willkürlichen Interpretation ebenso willkürlich ausgewählter Beispiele kommt Gorbatschow zu dem gewünschten Ergebnis, daß sich die imperialistischen Widersprüche "modifizieren lassen".

"Die Situation sieht nicht unlösbar aus ... wir stehen vor einer historischen Wahl, die diktiert wird durch die Gesetzmäßigkeiten einer in vieler Hinsicht miteinander verbundenen und einheitlichen Welt."

Die Welt – "gesetzmäßig einheitlich", der Kapitalismus bei Strafe des Unterganges zur friedlichen Koexistenz mit dem Sozialismus gezwungen:

"Entweder Zusammenbruch oder gemeinsame Suche nach einer neuen Wirtschaftsordnung, in der die Interessen sowohl der einen als auch der anderen wie auch die Dritter auf gleichberechtigter Basis berücksichtigt werden. Der Weg zur Errichtung einer solchen Ordnung scheint sich jetzt abzuzeichnen" – das ist die "freudige Botschaft", die der "Neudenker" Gorbatschow der von Atomkriegsängsten geschüttelten Menschheit verkündet. "Neues Denken"? Uralte, sozialdemokratisch-pazifistische Seichtbeutelei, die nur zu einem gut ist: Die Menschen zur politischen Passivität zu veranlassen in dem Glauben, "die da oben" würden's schon richten!

Um ganz zu begreifen, welches Verführungsstück auf dieser Festsitzung von Gorbatschow gespielt wurde, muß man erstens die fixe Wende von der Predigt der Systemzusammenarbeit zu den vertrauten und Vertrauen einflößenden klassenkämpferischen Tönen, mit denen er seine Rede abschließt, richtig einzuschätzen wissen, und dies wird man erst richtig und dann wohl ohne Schwierigkeit können, wenn man diese Treueerklärung zum Klassenkampf mit den im Weiteren dokumentierten Auslassungen unseres "Friedensretters" konfrontiert.

"Die KPdSU zweifelt nicht an der Zukunft der kommunistischen Bewegung – des Trägers der Alternative zum Kapitalismus, der Bewegung der mutigsten und konsequentesten Kämpfer für den Frieden, für Unabhängigkeit und Fortschritt ihrer Länder, für die Freundschaft zwischen allen Völkern der Erde ... Die Festigung der Freundschaft und die allseitige Entwicklung der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern hat in der internationalen Politik der Sowjetunion Vorrang! ...

Wie wird die Welt sein, wenn sie den 100. Jahrestag unserer Revolution begeht, wie wird der Sozialismus sein, welchen Reifegrad wird die Weltgemeinschaft (!) der Staaten und Völker erreicht haben? ...

Im Oktober 1917 haben wir die alte Welt unwiderruflich hinter uns gelassen. Wir gehen einer neuen Welt entgegen, der Welt des Kommunismus. Von diesem Weg werden wir niemals abweichen!"

III. Die dritte Schale: Offener Bruch mit dem Leninismus in der Außenpolitik – "zur Rettung des Friedens" natürlich! (ND v. 8. 12. 88)

Im Oktober 1988 übernahm Gorbatschow auch das Amt des Staatspräsidenten; er löste Gromyko als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets ab. Am 7. Dezember 1988 sprach er vor der UNO-Vollversammlung in New York und bekräftigte dort den Bruch mit der Leninschen Konzeption der friedlichen Koexistenz, den sein Außenminister Schewardnadse einige Wochen vorher dem gleichen Forum, der 43. Tagung der UNO-Vollversammlung, mit folgenden Worten verkündet hatte:

"Die Führung der Sowjetunion (hat) sich bemüht, die im Marxismus von Anfang an verankerte Idee der Wechselbeziehung zwischen dem Klassenmäßigen(!) und dem Allgemeinmenschlichen mit Sinn zu erfüllen, wobei den gemeinsamen Interessen aller Völker Priorität eingeräumt wird.

Wir sehen die friedliche Koexistenz als universelles Prinzip zwischenstaatlicher Beziehungen und nicht als besondere Form des Klassenkampfes."

Gorbatschows Rede variiert diese Feststellung und umgibt sie mit einem Kranz von Begründungen, die alle auf der Prämisse beruhen, die Sowjetunion und die

Kommunisten hätten es nunmehr mit einem geläuterten, vom menschenfressenden Untier zum lammfrommen Vegetarier konvertierten Imperialismus zu tun, der schon dabei ist, seine Absicht, den Sozialismus vom Erdball auszutilgen, zu begraben. Dabei zollt er besonders hohes Lob den Führern des stärksten und bedenkenlosesten Imperialismus, nämlich denen der USA. Wir können dort also Dinge lesen, von denen heute sicher viele sich fragen werden: wie konnte ich – als gelernter Marxist – nur in solchen Sprüchen eine ernstzunehmende Analyse der Situation sehen!

"Die Weltwirtschaft wird zu einem einheitlichen Organismus, außerhalb dessen sich heute kein einziger Staat normal entwickeln kann ..."

Die *Wirklichkeit* müßte allerdings so beschrieben werden: "Die Weltwirtschaft ist dabei, zu einem einheitlichen Organismus gepreßt zu werden, innerhalb dessen sich kein einziger Staat mehr normal entwickeln kann."

Doch weiter Gorbatschow: *"Es wäre naiv zu glauben, daß die Probleme, die die Menschheit heute quälen, mit Mitteln und Methoden gelöst werden können, die früher angewendet oder als tauglich betrachtet wurden. ... Diese* (bisher von der Menschheit gemachten, d.V.) *Erfahrungen stammen aus Praxis und Antlitz einer Welt, die bereits Vergangenheit sind oder werden."*

Glaube keiner, daß damit vor allem die Praktiken des Imperialismus gemeint sind! Nein, gemeint ist vor allem die Erfahrung mit der Revolution als Weg zur Lösung sozialer Probleme!

"Heute aber ersteht vor uns eine andere Welt, für die andere Wege in die Zukunft gesucht werden müssen. ... Wir sind jetzt in eine Epoche eingetreten, in der dem Fortschritt die universellen Interessen der gesamten Menschheit zugrunde liegen werden. Diese Erkenntnis macht es erforderlich, daß auch die Weltpolitik von der Priorität der allgemeinmenschlichen Werte bestimmt wird."

Der Marxismus geht davon aus, daß die Arbeiterbewegung die allgemeinmenschlichen Interessen vertritt, weil sich die Arbeiter von Ausbeutung nur befreien können, indem sie die Menschheit von Ausbeutung befreien. Gorbatschow aber predigt uns die Interessen-gemeinsamkeit von Arbeiter, Ausgebeuteten der Dritten Welt und imperialistischen Ausbeutern.

"Es geht um die Zusammenarbeit, die man exakter als ‚gemeinsame Entwicklung' bezeichnen sollte."

"Es ist zum Beispiel offensichtlich, daß Gewalt und Androhung von Gewalt keine Instrumente der Außenpolitik mehr sein können und dürfen ... Von allen, vor allem von den Stärksten, wird eine Selbstbeschränkung und völlige Ausschließung der Gewaltanwendung von außen verlangt."

Manche Leute haben sich darüber gewundert, daß Gorbatschow trotz solch wortgewaltiger Verdammung der Gewaltanwendung dennoch seine Truppen in Litauen intervenieren ließ und dem Golfkrieg der Amerikaner den Weg frei machte, indem er seinen UNO-Vertreter anwies, vom Vetorecht der Sowjetunion keinen Gebrauch zu machen. Diese Leute habe noch nicht gelernt, den verborgenen Sinn Gorbatschowscher Orakelsprüche zu erkennen: Mit der Betonung der "völligen Ausschließung der Gewalt von außen" hat er nur noch einmal deutlich gemacht, daß die Sowjetunion *unter seiner Führung* keinen Finger rühren und keinen Sowjetsoldaten in Marsch setzen wird, wenn noch einmal in einem sozialistischen Lande ein konterrevolutionärer Putsch unternommen würde. Wenn die Forderung "global" an *alle* gerichtet gewesen wäre, dann hätte die Sowjetunion doch wohl ihr Veto gegen den Golfkrieg einlegen müssen, oder?

"Eine Forderung der neuen Etappe ist die Entideologisierung *der Beziehungen zwischen den Staaten."*

Er hat diese "Entideologisierung" konsequent betrieben: Kein böses Wort mehr gegen "Imperialisten", nur noch *Vertrauenswerbung* für sie, etwa wie folgt: *"Unserer Meinung nach gibt es recht optimistische Perspektiven für die nächste und die weitere Zukunft. Schauen Sie, wie sich unsere Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika verändert haben. Nach und nach bildet sich gegenseitiges Verständnis heraus, entstanden Elemente des Vertrauens, ohne die man in der Politik nur schwer vorankommen kann."*

Also, da müssen wir doch mal fragen, wer in der Politik vorangekommen ist: die "vertrauens-volle" Sowjetunion – oder die keineswegs vertrauensvollen – (aber auch keineswegs vertrauens-würdigen!) – USA? Also Gorbatschowsche inhaltlose, irreführende Phrasen!

"An der Bewegung zu einer größeren Einheit der Welt müssen alle *teilnehmen."*

An wen kann dieser Appell wohl gerichtet sein? Etwa an die imperialistischen Führungsmächte? Nicht nötig: Ihr Ziel war und bleibt die Vereinheitlichung der Welt unter ihrer Führung!

Also an wen dann? Es bleiben nur jene, die nicht so vertrauensvoll an die guten Absichten der Imperialisten glauben, etwa ein Honecker, oder ein Fidel Castro, oder Staatsmänner in der "Dritten Welt", die sich nicht gerne per Weltbank und Weltwährungsfonds "vereinheitlichen" lassen. Gorbatschow also als Werbeagent des Weltkapitals! Verleumdung, böswillige Entstellung seiner Absichten? "Schaut auf diesen Mann – heute!" Reicht das nicht?

Gorbatschow zur UNO: *"Leider befand sie sich seit ihrer Gründung unter dem Druck des ‚Kalten Krieges'. Für lange Jahre wurde sie der Austragungsort propagandistischer Schlachten und zur Stätte der Kultivierung politischer Konfrontation."*

Ist bei diesen Worten niemand stutzig geworden, ist niemandem eingefallen, welche Weisung Lenin den Sowjetdiplomaten erteilte? Jede Gelegenheit, jedes Forum zu benutzen, um die Betrügereien und die Heuchelei der Imperialisten zu entlarven, ihre Brutalität gegenüber den unterdrückten Klassen und Völkern anzuprangern?

Ist es denn so schwer, hinter diesen Worten Gorbatschows den schändlichen Kotau des Vertreters der Sowjetmacht vor den Imperialisten zu erkennen, die schmähliche Entschuldigung für das "unziemliche" Verhalten der Vor-Gorbatschowschen Sowjetdiplomaten, die "leider" nicht davor zurückscheuten, den Klassenkampf sogar in die heiligen Hallen am East-River zu tragen!?

Natürlich weiß Gorbatschow, welches Befremden, ja welche Empörung seine Rede bei vielen Kommunisten in der Sowjetunion und überall in der Welt hervorrufen wird. Und – wenn wir in Betracht ziehen, daß er selbst ja eine solide Schulung in Marxismus-Leninismus hinter sich hat und über eine überdurchschnittliche Intelligenz verfügt – dann dürfen wir auch davon ausgehen, daß er sich über den illusionären Charakter seiner hoffnungsvollen Zukunftsbilder einer friedlichen vertrauensvollen

Zusammenarbeit von Imperialismus und Sozialismus völlig im Klaren ist. Verständlich daher sein Bedürfnis, dem nur allzu berechtigten Skeptizismus seiner utopischen "Friedensvision" gegenüber schon im vorhinein entgegenzutreten:

"Ist hier nicht eine gewisse Romantik im Spiel, werden hier nicht die Möglichkeiten und die Reife des gesellschaftlichen Bewußtseins in der Welt überbewertet? Derartige Zweifel und Fragen bekommen wir sowohl bei uns zu Hause als auch von einigen westlichen Partnern zu hören. Ich bin davon überzeugt, daß wir nicht wirklichkeitsfremd sind. In der Welt haben sich bereits Kräfte formiert, die auf diese oder jene Art eine Friedensperiode einleiten wollen ..."

Wer damals sich von solchem Sirenengesang einlullen ließ, weil er seiner Sehnsucht nach Abwendung der riesengroß ausgemalten Atomkriegsgefahr entsprach, wer also an die Stelle rationaler Wirklichkeitsanalyse Wunschdenken setzte, der muß aber doch wenigstens heute, nachdem die Gorbatschowschen Seifenblasen zerplatzt sind und die Welt sich genau in den Bahnen bewegt, die bestimmt werden von den von Marx und Lenin erkannten und nicht von den von Gorbatschow behaupteten "neuen objektiven" Gesetzmäßigkeiten, sich eingestehen, daß Gorbatschow – um das *Wenigste* zu sagen – einem fatalen *Irrtum* unterlegen ist.

Und dann müßte sich eigentlich eine nachdenkliche Frage aufdrängen: Wieviel zigtausende Mal wurde Stalin für schuldig erklärt und verdammt, weil er die Warnungen vor dem genauen Datum des Überfalles der deutsch-faschistischen Armee nicht geglaubt und damit – so wird recht leichtfertig behauptet – viele Tausende oder Hunderttausende Sowjetsoldaten (wenn es darum geht, Stalins Schuldkonto zu verlängern, bleibt die Skala nach oben offen) sinnlos geopfert habe?

Wie schwer aber wiegt erst der "Irrtum" Gorbatschows, ein Irrtum, der nicht nur Rückschläge verschuldete, sondern die Ergebnisse von 70 Jahren sozialistischer Staatlichkeit verspielte, damit alle Opfer von Revolution, Bürgerkrieg und zweitem Weltkrieg umsonst gebracht werden ließ, ein Irrtum der all die Tausende Menschenopfer der Kriege zwischen den Völkern der ehemaligen Sowjetunion, die Opfer der jugoslawischen Tragödie, die Opfer aller, die in der Dritten Welt deshalb sterben, weil es kein sozialistisches Lager mehr gibt, nach sich zog?

Warum ist der Irrtum des einen, der dennoch den größten weltgeschichtlichen Sieg des Sozialismus nicht verhinderte, ein Grund zur ewigen Verdammnis, und warum ist der "Irrtum" des anderen, der die schwerste, nie für möglich gehaltene opferreichste Niederlage der Arbeiterbewegung und aller fortschrittlichen Kräfte im Gefolge hatte, nicht einmal der Erwähnung wert?

IV. Die vierte Zwiebelschale: Der offene Angriff auf die ökonomische Grundlage des Sowjetstaates – das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln

Dieser Angriff wurde vorgetragen vor allem auf dem Treffen Gorbatschows mit leitenden Vertretern der Massenmedien am 29. März 1989 (ND v. 1./2. 4. 1989).

Wer diese Rede nur flüchtig liest, wird der Behauptung heftig widersprechen, in ihr werde der offene Angriff gegen die Grundlagen des Sozialismus geführt, denn diese Rede ist zugleich ein Musterbeispiel für die Kunst der Irreführung und Täuschung, die

Gorbatschow meisterhaft beherrscht. Er ist kein Alleindarsteller. Er hat sehr genau untersucht, woran sein Vorbild und geistiger Vater Chruschtschow gescheitert ist. (In seinen Reden kommt er mehrfach darauf zu sprechen, daß "wir" genau diese Frage untersucht haben.) Als einen der Gründe hat er erkannt, daß Chruschtschow einen schweren taktischen Fehler begangen hat. Er stand immer an der vordersten Spitze der "Reform-Bewegung" und hat deshalb alle Angriffe der sog. "Konservativen" auf sich konzentriert. Das sollte Gorbatschow nicht passieren. Er würde das schlauer angehen: er durfte nicht der Vorderste sein, sondern der "Mittler", derjenige, der die Partei zusammenhält gegen die "Extreme" zu beiden Seiten; um die "Mitte" zu repräsentieren, brauchte er eine Opposition von zwei entgegengesetzten Seiten. Die Opposition von links, von denen, die seinem aufweichenden Liberalisierungskurs entgegentraten, brauchte er nicht zu besorgen; er mußte nur darum bemüht sein, daß

sie nie die Mehrheit der Entscheidungsgremien auf ihre Seite ziehen konnten. Das würde umso leichter gelingen, wenn er eine Opposition zur Rechten hätte, die zwar genau in der von ihm selbst gewünschten Richtung drängt, aber mit Forderungen, die in der jeweiligen Situation als weit überzogen erscheinen, mit einem Ultra-Radikalismus, demgegenüber man sich wohltuend als gemäßigter Reformer und Verteidiger dessen abheben kann, was im allgemeinen Bewußtsein noch als unantastbar gilt. Diese Rolle des "Drängers" übernahm nur zu gerne *Jelzin*. Beide waren sich darüber, wohin die Reise gehen sollte, wie sie selbst viele Male zugaben, durchaus einig. Was allerdings, wie Gorbatschow noch erfahren sollte, nicht hieß, daß Jelzin sich ewig mit der Rolle des von der Nr. 1 zurückgehaltenen Heißsporns zufrieden geben würde. Vorläufig aber funktionierte das Gespann ausgezeichnet: Ligatschow kritisierte Gorbatschow von links, Jelzin warf ihm umgekehrt vor, er sei ein "Zauderer", und Gorbatschow wies den ersten schroff zurück als "Konservativen" und Vertreter der verknöcherten, selbstsüchtigen, nur um ihre Pfründe besorgten "Nomenklatura", spielte sich aber Jelzin gegenüber zugleich als entschlossener Verteidiger sozialistischer Positionen auf und erschien so als der Mann, ohne dessen ausgleichendes Wirken die Partei dem Zerfall ausgeliefert sein würde.

Wenn z.B. Jelzin forderte, man müsse den Artikel aus der Verfassung streichen, in dem die führende Rolle der Partei festgeschrieben ist, dann reagierte Gorbatschow zunächst mit einem empörten: "Nein, niemals!" Danach schwächte er sein "Nein" ab: "Nein, nicht unter den jetzigen Bedingungen", um dann binnen kurzem bei der Begründung der Notwendigkeit der Abschaffung eben dieses Artikels zu landen. So auch bei der Forderung nach Abschaffung des Einparteiensystems und in vielen anderen Fällen. Das wird zum eingespielten, zuverlässig funktionierenden Ritual der "Perestroika".

Da aber in der Arbeiterbewegung, und besonders in den Kommunistischen Parteien, in der politischen Geographie "Links" positiv, "Rechts" aber negativ besetzt sind, darf es nicht dabei bleiben, daß die linke Opposition links und die rechte Pseudo-Opposition rechts bleibt. Und so wird zur Verblüffung sicher vieler im Lande, aber auch außerhalb der Sowjetunion aus Jelzin ein "Linksoppositioneller", aus Ligatschow aber ein "Rechter". Denn: will Ligatschow nicht das Bestehende erhalten, ist also "konservativ", und damit, wie Konservative überall, ein Rechter? Und ist Jelzin nicht einer, der stürmisch auf Veränderung drängt, also ein Revolutionär, und somit, wie alle Revolutionäre, ein Linker? Na also!

Und so ergibt sich denn das seltene Schauspiel, daß die "Linken" in der Sowjetunion jene sind, denen die Herrschenden und ihre Medien in den Hauptstädten des Kapitals Beifall klatschen, während die "Rechten" dort eine ganz schlechte Presse haben.

Diese Umpolung der Begriffe “rechts” und “links” ist natürlich nicht ohne das Zutun Gorbatschows erfolgt. Er hat den Hauptanteil daran, daß von den “Radikalreformern” das brandmarkende Etikett “Rechte” entfernt und seinen wirklichen Widersachern, den echten Linken, den Verteidigern des Sozialismus, aufgeklebt wurde.

Nur wer diese Inszenierung der Moskauer Politmaskerade kennt, ist imstande, die Verschlüsselung der Gorbatschow-Reden aufzulösen. Nun also dazu, was Gorbatschow den Medienleuten für eine Direktive auf den Weg gibt:

“Wir gingen davon aus, daß die Perestroika ohne Lösung des Lebensmittelproblems, ohne Ausarbeitung einer modernen(!) Agrarpolitik nicht an Kraft gewinnt und nicht vorankommt. Allerdings waren wir uns zugleich bewußt, daß man auch im Agrarsektor kaum mit tiefgreifenden Veränderungen rechnen kann, wenn sie nicht mit tiefgreifenden Veränderungen in der gesamten Gesellschaft einhergehen.”

“Eben diese objektive Sicht auf die Situation haben die radikale Wirtschaftsreform notwendig gemacht. Eben deshalb brauchten wir auch eine politische Reform.”

“Die Lebensmittel sind das Grundproblem unserer Wirklichkeit. Lösen wir dieses, so ist das ein kolossaler Gewinn nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im sozialen Bereich und auf politischer Ebene. Gelingt es uns nicht, dieses Problem zu lösen, können wir, offen gesagt, die ganze Perestroika abbrechen, und es kommt zu einer ernsthaften Destabilisierung der Gesellschaft.”

Die Perestroika wurde *nicht* abgebrochen – die bereits eingetretene Destabilisierung der Gesellschaft ging gerade deshalb weiter.

Natürlich war das Lebensmittelproblem zwar ein ganz wichtiges, aber *nicht* das *Grundproblem* der sowjetischen Wirklichkeit. Das Grundproblem war die Entfesselung der antisozialistischen, nationalistischen, monarchistischen und antisemitischen Kräfte, die durch die immer heftiger werdenden Angriffe der Medien auf den Partei- und Staatsapparat geradezu angespornt wurden. Das Grundproblem war die Gefährdung des Sozialismus in der Sowjetunion und damit in allen europäischen sozialistischen Staaten.

Die Vorschläge, die Gorbatschow den Medienvertretern vortrug, waren derart, daß diese Gefährdung eine gewaltige Steigerung erfahren mußte.

“Es ist von grundsätzlicher Bedeutung, daß zum erstenmal seit vielen Jahren ein Plenum eine radikale Änderung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse auf dem Lande, den Übergang zu neuen Formen der Wirtschaftsführung und eine grundsätzliche Änderung der Leitungsmethoden zum Kernstück der Lösung von Wirtschaftsproblemen gemacht hat. ... Ich habe im Blick, daß es sich dabei um eine

grundlegende Wandlung unserer Einstellung sowohl zur Entwicklung im Agrarsektor als auch in der gesamten Wirtschaft handelt.

Deshalb gehen die Ergebnisse des Plenums, seine politischen Schlußfolgerungen und Zielstellungen über den Rahmen der Agrarfrage hinaus, sind von prinzipieller, allgemein-theoretischer, allgemeinpolitischer und allgemeinökonomischer Bedeutung."

"Der Agrarsektor wird die Rolle eines Wegbereiters, eines Pioniers bei der Aneignung entsprechender Formen des Wirtschaftens und der Leitung erfüllen. ...

Wenn sich die Massenmedien nicht ernsthaft bemühen und das Volk die Maßnahmen, die hier vorgeschlagen werden, nicht begreift, wird die Sache schwer vorankommen.

Natürlich prallen hier unterschiedliche Interessen aufeinander ..."

Und welche Beschlüsse wurden gefaßt, um zu einer "modernen" Landwirtschaft zu kommen? Man sollte es nicht glauben, aber es ist wahr: Die Wiederbelebung der unproduktivsten, die Bauern, insbesondere die Bauernfrauen, am meisten versklavende Form bäuerlichen Wirtschaftens, des kleinbäuerlichen Familienbetriebs! Das ist so ungeheuerlich, daß er nicht wagt, das Wesen der Sache klipp und klar und ungeschminkt darzustellen, sondern unendlich viel leeres Stroh drischt, bevor er wenigstens in Andeutungen zu erkennen gibt, worum es sich handelt.

"Das Plenum hat sich dafür ausgesprochen, durch eine innere Umgestaltung der Kolchose und Sowchose mit Hilfe der Pacht und der Gründung von Genossenschaften ihr riesiges Potential freizulegen. Das Plenum hat sich aber auch für die Unterstützung der Agrarfirmen und Agrarkombinate, der Bauernwirtschaften, der individuellen Nebenwirtschaften, der Pachtverträge nicht nur innerhalb der Kolchose und Sowchose, sondern auch außerhalb derselben ausgesprochen. ...

Anders gesagt, Genossen, keinerlei Dogmatismus, sondern ein Maximum an Unterstützung für alles, was die Selbständigkeit, das Gefühl, Herr auf Grund und Boden zu sein, festigt."

Wer damals beim Lesen dieser Ausführungen noch nicht wahrhaben wollte, daß diese "Reform" auf die Beseitigung des gesellschaftlichen Eigentums, auf die Rückkehr zur privaten Landwirtschaft, damit zur Bildung einer neuen Kulakenklasse bei Verurteilung der Masse der Bauern zu einem Elendsdasein hinausläuft, den sollte doch wohl die weitere Entwicklung davon überzeugt haben, daß er einer von gutem Glauben diktierten Fehleinschätzung zum Opfer fiel.

Die folgende Passage seiner Rede zeigt, daß die Gorbatschow-Riege entschlossen war, jeden Widerstand gegen ihre Restaurationspolitik mit allen Mitteln aus dem

Wege zu räumen. Zunächst versuchten sie es aber mit der moralischen Verleumdung all derer, die sich dieser Politik in den Weg stellten und die Formen sozialistischer, gesellschaftlicher Produktion verteidigten:

"Das Administrieren sitzt in vielen Leitern von Kolchosen und Sowchosen und in vielen Fachleuten noch tief drin. Deshalb paßt ihnen auch die Pacht nicht." (Mit der Pacht sind die durch die Beschlüsse zugelassenen und von Gorbatschow und den Medien propagierten bäuerlichen Familienbetriebe auf dem von den Kolchosen und Sowchosen zur Verpachtung abzugebenden Boden gemeint.)

"Sie möchten die Anweisungen und Aufträge erteilen und kommandieren, um die Leute von sich abhängig zu machen. Aber Pacht heißt Partnerbeziehungen, gegenseitige Verpflichtungen und Nichteinmischung. Das ist Selbständigkeit. ..."

Wichtig ist zum Abschluß dieses Abschnittes, noch einmal daran zu erinnern, daß Gorbatschow ausdrücklich davon sprach, daß der Landwirtschaft eine Pionierrolle zukomme bei der Einführung neuer Wirtschafts- und Eigentumsformen. Dies war ein ausreichend deutlicher Hinweis darauf, in welcher Richtung die sog. "Wirtschaftsreform" auch in allen anderen Wirtschaftszweigen vorangetrieben werden würde.

V. Fünfte Schale: Der offene Verzicht auf sozialistischen Internationalismus durch Propagierung des "Gemeinsamen Europäischen Hauses" (ND v. 7. 7. 1989)

In der Praxis und Theorie hatte Gorbatschow den sozialistischen Internationalismus schon lange aufgegeben, obwohl er ihn ab und an in seinen Reden noch beschwor.

Auch seine Rede vor der UNO hatte bereits deutlich gemacht, daß ihm das herzliche Einvernehmen mit den Führern der imperialistischen Staaten, insbesondere der USA, bei weitem das wichtigste außenpolitische Anliegen war. Obwohl der Zustand der "Gemeinschaft" der sozialistischen Länder jammervoll war, hat ihn das nie veranlaßt, etwa mit konstruktiven Vorschlägen zu einer wirklich effektiven Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten zu kommen. Er hat auch nie etwa eine Formel vom "gemeinsamen *sozialistischen* Haus" gefunden, weil ihm das baufällige, im Verfall befindliche Haus keine schlaflosen Nächte – wie vielen einfachen Kommunisten! – verursachte. Was seine Gedanken unaufhörlich beschäftigte und ihn schließlich zur Prägung der Formel vom "gemeinsamen europäischen Haus" veranlaßte, war die Frage, wie er den eigenen Leuten im Lande seine Linie der "vertrauensvollen" Zusammenarbeit mit dem Imperialismus eingängig und anziehend machen konnte. Das wichtigste Mittel dazu waren sichtbare Erfolge seiner "Entspannungspolitik". Das fiel allerdings nicht leicht. Obwohl weder die Dame Thatcher noch die Präsidenten Reagan und Bush an Gorbatschows politischer Zuverlässigkeit in ihrem

Sinne zweifelten und ihm unentwegt Erfolg bei seinem Unternehmen Perestroika wünschten, zweifelten sie doch sehr lange daran, daß er bei diesem wahrlich beispiellosen, halsbrecherischen Unternehmen imstande sei, die inneren Widerstände zu überwinden und die Partei der Bolschewiki tatsächlich zu dauerhafter Gefolgschaft zu veranlassen. Deshalb waren sie lange nicht bereit, die zahllosen einseitigen Abrüstungsschritte Gorbatschows durch entsprechende eigene Maßnahmen oder den Abschluß von Abrüstungsabkommen zu honorieren. Erst als sie ziemlich sicher waren, daß kaum noch Gefahr bestand, daß er von "konservativen" Kräften gestürzt werden könnte, gaben sie diese reservierte Haltung auf, zwar nicht völlig, aber auf Teilgebieten.

So kam es dann, daß ihm zur Belohnung für sein für den Westen so segensreiches Wirken die Ehre zuteil wurde, vor dem Europarat in Strasbourg eine Rede halten zu dürfen. In dieser Rede trägt er sein Konzept des "gemeinsamen europäischen Hauses" vor, und entwirft – wie schon in der UNO – ein in den schönsten Farben gemaltes Bild vom künftigen friedlichen, atomwaffenfreien, harmonisch zusammenarbeitenden Europa. (ND v. 7. 7. 1989)

Wieder spricht er vom "Aufbau einer neuen Welt", von der "Weltgemeinschaft", die sich "am Wendepunkt ihres Geschicks" befinde, von der "neuen Etappe der Weltgeschichte".

"Die Idee der europäischen Einigung muß von vornherein gemeinsam, im Prozeß des gemeinsamen Wirkens aller Nationen ... aufgearbeitet werden ... Die Schwierigkeit besteht ... in der überaus verbreiteten Überzeugung oder sogar dem politischen Standpunkt, bei denen man unter der Überwindung der Spaltung Europas die Überwindung des Sozialismus versteht. Dies ist aber ein Kurs auf Konfrontation, wenn nicht auf etwas noch Schlechteres. ... Die Zugehörigkeit der Staaten Europas zu unterschiedlichen sozialen Systemen ist eine Realität, und die Anerkennung dieser historischen Tatsache ... ist die wichtigste Voraussetzung eines normalen europäischen Prozesses."

So weit, so gut. Aber mit dem nächsten Absatz tröstet Gorbatschow seine Zuhörer: so, wie es ist, muß es ja nicht bleiben!

"Die soziale und politische Ordnung in diesem oder jenem Land hat sich in der Vergangenheit verändert und kann sich auch in Zukunft ändern."

Angesichts der Veränderungen, die er in der UdSSR bereits eingeleitet hatte, mußten diese Worte in den Ohren seiner Zuhörer wie eine Verheißung klingen.

"Dies ist aber ausschließlich Angelegenheit der Völker selbst und deren Wahl. Jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten und alle Versuche, die Souveränität der

Staaten einzuschränken, seien das Freunde und Verbündete oder nicht, sind unzulässig."

Dies war nochmals eine nachdrückliche Versicherung an die westliche Adresse, daß seitens der Sowjetunion keinem der Verbündeten mehr verwehrt werden würde, z.B. aus dem Warschauer Pakt auszutreten und ins andere Lager überzugehen, wie das Imre Nagy 1956 versucht hatte und wofür in Ungarn und Polen wieder starke Kräfte, die bis in Regierungskreise reichten, wirkten.

Diese Versicherung ist ihm so wichtig, daß er sie gleich noch einmal abgibt: *"Die philosophische Konzeption des gesamteuropäischen Hauses schließt die Möglichkeit einer militärischen Konfrontation aus, ja selbst die Möglichkeit der Anwendung oder Androhung von Gewalt, vor allem von militärischer – Bündnis gegen Bündnis oder innerhalb eines Bündnisses – wo auch immer."*

Gorbatschow tritt hier bereits als Anwalt US-amerikanischer Interessen auf, was schon ein Schritt auf dem Wege ist, der ihn im Golfkrieg 1990/91 dahin führte, sich zum Hilfs-Sheriff der USA zu erniedrigen:

"Die Realitäten des heutigen Tages und die Perspektiven für die absehbare Zukunft liegen auf der Hand: Die UdSSR und die Vereinigten Staaten sind ein natürlicher Teil der europäischen internationalen politischen Struktur."

All denen im Strasbourger Parlament, die noch immer Zweifel hegen mochten, ob es ihm, Gorbatschow, gelingen werde, sich zu halten und seine Reformen bis an das von ihnen erhoffte Ende zu führen, müssen seine Worte Zuversicht eingeflößt haben:

"Die Perestroika verändert unser Land, führt es zu Neuem. Dieser Prozeß wird weiter fortschreiten, sich vertiefen und die sowjetische Gesellschaft in jeder Beziehung verändern: in der Wirtschaft, im sozialen, politischen und geistigen Bereich, in allen inneren Angelegenheiten und in den Beziehungen zwischen den Menschen.

Diesen Weg haben wir entschlossen und unwiderruflich eingeschlagen."

Das "*unwiderruflich"* hörte man in Strasbourg sicherlich besonders gern. Und sie werden heute feststellen: Gorbatschow hat ihnen nicht zu viel versprochen!

VI. Der Zwiebel sechste Schale: Absage an die Oktoberrevolution im Gewand eines Bekenntnisses zu ihr

Am 26. November 1989 erschien in der "Prawda" ein zweiseitiger Artikel Gorbatschows mit der bezeichnenden Überschrift: "Die sozialistische Idee und die revolutionäre Umgestaltung". (ND v. 28. 11. 1989)

Bezeichnend deshalb, weil schon nicht mehr vom "Sozialismus" sondern nur von der "sozialistischen Idee" die Rede war – ein Erkennungszeichen für Revisionisten und Revisionismus: ihre tiefste Überzeugung ist, daß der Sozialismus im Grunde "nicht machbar" sei, daß aber das Gerede über die "sozialistische Idee", die "sozialistische Vision" nicht aufhören dürfe.

Dieser Gorbatschow-Artikel ist denn auch wirklich ein "Manifest des Revisionismus". Es würde sich schon lohnen, dies an vielen Passagen nachzuweisen. Glücklicherweise ist das nicht nötig, weil es in diesem "Revisionistischen Manifest" eine Passage gibt, die den Revisionismus des Ganzen in nuce enthält, so daß es genügt, diese Passage zu zitieren, um zu wissen, wes Geistes Kind der Verfasser ist.

In dieser besagten Passage spricht Gorbatschow nämlich aus, daß für ihn die *bürgerlich-demokratische Republik* das erstrebenswerte Ziel gesellschaftlicher Organisation ist und nicht etwa der Sozialismus.

Aber natürlich konnte der Generalsekretär der KPdSU dieses konterrevolutionäre Bekenntnis nicht "pur", unverbrämt zu Papier bringen. Es muß ihn – und wahrscheinlich auch einige seiner Berater – einige Zeit und Geistesakrobatik gekostet haben, bis ihnen die geniale Idee kam, die *Absage an den Sozialismus* in die Form eines *Bekenntnisses zur Oktoberrevolution* einzuhüllen; in eine Formulierung also, von der man ziemlich sicher sein konnte, sie werde von den "eigenen" Leuten *richtig* verstanden, von den anderen dagegen gutgläubig im gewünschten Sinne *miß*verstanden. Diese Formulierung ging so:

"Je weiter wir zum Wesen unserer eigenen Geschichte vordringen, um so offenkundiger wird heute, daß die Oktoberrevolution kein Fehler war, denn die reale Alternative zu ihr war durchaus keine bürgerlich-demokratische Republik, wie uns heute mancher einzureden versucht, sondern ein anarchischer Putsch und eine blutige Militärdiktatur, die Errichtung eines reaktionären, volksfeindlichen Regimes."

Wer lesen kann und die einfachsten Regeln der Logik beherrscht, der kann nicht leugnen, daß dieser Text besagt: *"Die Oktoberrevolution wäre ein Fehler gewesen, wenn es eine reale Alternative: bürgerlich-demokratische Republik gegeben hätte."*

Da aber Gorbatschow genauso gut und besser als jeder "einfache" Kommunist weiß, daß die Oktoberrevolution gegen eine bestehende bürgerlich-demokratische Regierung, nämlich die russischen Ebert/Scheidemänner, Kerenski u. Co., durchgeführt wurde (der Kornilow-Putsch war bereits gescheitert); daß Lenin im Gegensatz zu ihm, Gorbatschow, in der bürgerlichen Demokratie die Diktatur der Bourgeoisie sah, die es zu stürzen galt, um die Diktatur des Proletariats zu errichten, bedeutet seine Formulierung in Wahrheit: "Da die Oktoberrevolution gegen eine bürgerlich-demokratische Regierung durchgeführt wurde, war sie ein Fehler."

Wer so denkt, für wen die bürgerliche Demokratie höher steht als die sozialistische Revolution – und niemand kann daran vorbei, daß genau dies der Kern des zitierten Absatzes ist! – von dem ist nichts anderes zu erwarten, als daß er, wenn ihm die Macht ausgeliefert wird, diese dazu gebraucht, den "Fehler" zu korrigieren und eine Perestroika, einen Umbau der bestehenden antikapitalistischen in eine bürgerliche Ordnung in Gang zu setzen.

Nach einer solchen Aussage wie der zitierten dürfte es unter gelernten Marxisten keine Zweifel darüber geben,

- daß Gorbatschow, also der Generalsekretär der KPdSU, kein Kommunist, sondern ein bürgerlicher Liberaler, bestenfalls ein Sozialdemokrat ist;

- daß eine Partei mit einem solchen Manne an der Spitze aufgehört hat, eine kommunistische, eine Partei Lenins zu sein;

- daß ein Land, dessen Staatsoberhaupt ein Antikommunist ist und die Macht gegen die Kommunisten im Lande behauptet, kein sozialistisches Land mehr ist, sondern ein Land auf dem Wege der kapitalistischen Restauration;

- daß sich niemand darüber zu wundern braucht, daß diesem Manne die Sympathie und Dankbarkeit der Häuptlinge des Imperialismus zuflog und sie ihm erlaubten, herzliche Duz-Freundschaften zu demonstrieren.

VII. Schon fast am Zwiebelkern: Genugtuung am erreichten Ziel und verdiente Belohnung

Im Oktober 1990 entschied das Nobelpreiskomitee, den Friedensnobelpreis Michael Gorbatschow zu verleihen. Es gab auch einen anderen Kandidaten auf der Vorschlagsliste: Nelson Mandela.

Das Komitee blieb seiner Tradition treu, mit dem Friedensnobelpreis vorzugsweise Persönlichkeiten auszuzeichnen, die sich Verdienste im Kampf gegen den Sozialismus erworben haben; um nur zwei der letzten zu nennen: Sacharow und Walesa.

Zutreffend begründete das Komitee seine Entscheidung damit, Gorbatschow habe "viele und entscheidende Beiträge zum Umbruch in Osteuropa" geleistet. Der Vorsitzende des Komitees machte auch einen anderen Aspekt der Verleihung klar: mit dieser Verleihung sollte die schon sehr brüchig gewordene Autorität Gorbatschows in seinem eigenen Lande gefestigt werden: "Wir hoffen", sagte Giske Andersen, der Vorsitzende, "daß der Preis seine Handlungsmöglichkeiten stärkt, an der Schaffung einer neuen Weltordnung mitzuwirken."

Vielleicht hat er das wirklich getan. Auf jeden Fall hat Gorbatschow im Golfkrieg schon kräftig an der Schaffung der "neuen Weltordnung" mitgewirkt.

Bei der Preisverleihung persönlich teilzunehmen war Gorbatschow nicht vergönnt. Deshalb sandte er seine Dankesbotschaft schriftlich. Darin stellte er voller Genugtuung fest, das Jahr 1990 markierte "das Ende der widernatürlichen Spaltung Europas".

Wiederum: kein wirklicher Kommunist hat die Existenz sozialistischer Staaten in Europa neben kapitalistischen je als "widernatürlich" betrachtet, ebenso wenig wie etwa im 18. und 19. Jahrhundert Demokraten die Existenz bürgerlicher Staaten neben Feudalstaaten in Europa als "widernatürlich" betrachtet haben. Umgekehrt: das Entstehen sozialistischer Staaten war das *natürliche* Ergebnis der Entfaltung des Kapitalismus, wie der Kapitalismus das natürliche Ergebnis der Entfaltung der Warenproduktion im Feudalismus war.

Aber: die Genugtuung Gorbatschows über das Ende der Spaltung Europas durch das Verschwinden des Sozialismus ist – wie aus allem vorher zitierten eindeutig hervorgeht – kein plötzlicher Sinneswandel, sondern nur die "natürliche" Freude eines Mannes, der auf dieses Ergebnis mit aller Kraft hingearbeitet hat und sich nun am Ziel seiner Bemühungen sieht.

Und so ist es denn auch kein "Ausrutscher" oder ein "ganz neuer Gorbatschow", sondern genau der, der er schon 1985 war, wenn er *am Tage der Auflösung der UdSSR* durch Kündigung des Unionsvertrages von 1922 am *12. Dezember 1991* den Journalisten verkündete: "Die Hauptsache meines Lebens ist in Erfüllung gegangen. Ich tat alles, was ich konnte."

Das wird man ihm nicht streitig machen können! Im Zerstören des Sozialismus war er erfolgreicher als alle offenen Feinde des Sozialismus, von Churchill bis Hitler.

Aber – am Zwiebelkern sind wir damit noch nicht! Den hat erst der "Spiegel" von der letzten Hülle befreit und bloßgelegt.

VIII. "Das also ist der Zwiebel Kern: ein Sozialdemokrat!"

Wer immer seine "Gorbimanie" als Kommunist oder Sozialist noch nicht überwunden hat, dem muß man das Spiegel-Interview (Spiegel v. 18. 1. 1993) als Therapie verordnen.

Hier folgen nur einige der aussagekräftigsten Ausschnitte. Zunächst ein sehr wichtiges Eingeständnis: *"Was immer heute"* (in der ehemaligen Sowjetunion) *"geschieht, hängt damit zusammen, was ich 1985 begonnen habe. Die Ära Gorbatschow ist nicht zu Ende, sie fängt jetzt erst richtig an."*

Also: Er ist kein Geschlagener, kein Gestrandeter, er hat jetzt die Verhältnisse erreicht, in der seine Ära erst richtig beginnen kann!

"*Spiegel*: Den einen ging es zu langsam, den anderen war alles zu radikal.

Gorbatschow: *Und Gorbatschow mußte das Schiff der Perestroika durch die Klippen steuern. Dabei konnte man doch nicht Dinge ankündigen, für die das Volk noch nicht reif war. ... Man mußte Geduld zeigen, bis die Parteibürokratie so entmachtet war, daß sie das Rad der Geschichte (!) nicht mehr zurück (!) drehen konnte.*

Spiegel: Michael Sergejewitsch, Sie sind kein Kommunist mehr?

Gorbatschow: Wenn Sie meine Aussagen nehmen, dann wird ihnen klar, daß meine politischen Sympathien der Sozialdemokratie gehören und der Idee von einem Sozialstaat nach der Art der Bundesrepublik Deutschland."

Was hier mit dieser Chronik von 1985 an nachgewiesen wird – im "Spiegel" bestätigt es Gorbatschow: Ganz falsch ist die Ansicht der Leute, die glauben, Gorbatschow habe den Sozialismus verbessern wollen, aber dafür nicht das richtige oder gar kein Konzept gehabt. Er *hatte* ein Konzept, und das hat er konsequent und *erfolgreich* verfolgt und verwirklicht; nur war es kein *Konzept* des sozialistischen Aufbaus, sondern *der Demontage des Sozialismus.*

Gelingen konnte ihm das allerdings nur, weil durch die Vorarbeit Chruschtschows die kommunistische Bewegung in der Sowjetunion und international schon so tief im Sumpfe des Revisionismus steckte und ideologisch schon so sehr abgerüstet und entleninisiert war, daß nur wenige noch aus den Aussagen Gorbatschows herauslasen, was an Konterrevolution in ihnen enthalten war. Wieso es dahin kommen konnte – das ist zwar die *wichtigste*, aber eine neue Frage. Die kann aber nur richtig beantworten, wer von der "Gorbimanie" geheilt ist.

IX. Das Innerste des Kerns: Ein Hilfswilliger (HiWi) des Westens

M. Gorbatschow hielt im Herbst 1999 in Ankara in der Technischen Universität des Mittleren Ostens (ODTÜ) eine interessante und – obwohl veröffentlicht in den Zeitschriften „Prawda Rossii" aus Rußland, „Usvit" aus der Slowakischen Republik (Nr. 24/1999), „Dialog" aus der Tschechischen Republik (Nr. 146, Oktober 1999), „UZ" der DKP (8. 9. 2000) und „Die Rote Fahne" der KPD - vielleicht nicht genügend beachtete Rede:

„Mein Lebensziel war die Zerschlagung des Kommunismus, der eine unerträgliche Diktatur über das Volk ist. In dieser Haltung hat mich meine Ehefrau unterstützt und bestärkt, die diese Meinung schon früher als ich hatte. Am meisten konnte ich dafür in den höchsten Funktionen tun. Deswegen empfahl meine Frau Raissa mir, mich um

immer höhere Funktionen zu bemühen. Als ich den Westen persönlich kennen gelernt hatte, war meine Entscheidung unumkehrbar. Ich musste die gesamte Führung der KPdSU und der UdSSR entfernen. Ich musste auch die Führung in allen sozialistischen Staaten beseitigen. Mein Ideal war der Weg der sozialdemokratischen Parteien. Die Planwirtschaft hat die Fähigkeiten der Völker so gebunden, dass sie sich nicht entfalten konnten. Nur der Markt kann zu ihrer Entfaltung führen. Ich fand für die selben Ziele Mitarbeiter. Es waren vor allem Jakowlew und Schewardnadse, die gewaltige Verdienste an der Niederwerfung des Kommunismus haben.

Eine Welt ohne Kommunisten wird besser sein. Nach dem Jahr 2000 kommt die Zeit des Friedens und Aufblühens der Menschheit. Es besteht hier jedoch eine große Belastung, die den Weg zu Frieden und Wohlstand der Menschen bremsen wird. Das ist der Kommunismus in China. Ich war in Peking zur Zeit der Studentenunruhen 1989, als es schon den Anschein hatte, dass der Kommunismus in China zusammenbricht. Ich wollt zu den Demonstranten auf dem Platz des Himmlischen Friedens sprechen und ihnen sagen, dass sie durchhalten sollen, dass wir mit ihnen sympathisieren und dass es auch in China eine Perestroika geben muss. Die chinesische Führung wünschte das nicht. Das war ein unermesslicher Schaden. Wäre der Kommunismus in China gefallen, wäre die Welt weiter auf dem Weg zu Frieden und Gerechtigkeit.

Ich hatte den Wunsch, die UdSSR in den bestehenden Grenzen zu erhalten, das aber mit einer anderen Bezeichnung, als demokratischer Staat. Das ist mir nicht gelungen. Jelzin strebte krankhaft nach der Macht. Von einem demokratischen Staat hatte er keine Vorstellungen. Er löste die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf, und dadurch entstanden Wirren und alle möglichen Schwierigkeiten. Rußland ist ohne die Ukraine, Kasachstan und die kaukasischen Staaten keine Weltgroßmacht. Dort wird ein fortdauerndes Chaos bestehen. Es sind Staaten ohne Ideen. Hier müssten die Ideen der westlichen Staaten herrschen – der Markt, Demokratie, Menschenrechte.

Als Jelzin die UdSSR auflöste und ich aus dem Kreml schied, meinten Hunderte von Journalisten, dass ich weinen werde. Aber ich habe nicht geweint, denn das Hauptziel meines Lebens, d.h. die Vernichtung des Kommunismus in Europa war erreicht. Aber der Kommunismus muss auch in Asien zerschmettert werden, denn er bremst in der ganzen Welt den Weg der Menschheit zu den Idealen der Freiheit.

Der Zerfall der Sowjetunion ist auch für die USA nicht vorteilhaft. Sie haben in der Welt keinen Partner und dieser könnte nur eine einheitliche demokratische SSSR sein. Deswegen erwog ich die die Umbenennung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (SSSR) in Union Freier Souveräner Republiken, ebenfalls mit der Kurzbezeichnung SSSR (Sojus Svobodnych Suverennich Republik). Das ist nicht gelungen. Die USA ohne Partner können zu der Vision verführt werden, die alleinige

Weltmacht zu werden. Die kleinen Staaten in Europa und der Welt bemühen sich, am meisten den USA Dank abzustatten. Das ist falsch. Nur durch die Partnerschaft mit einer demokratischen SSSR ohne Kommunismus konnte man sich von der Vorstellung einer Weltsupermacht befreien. Der Weg der Menschheit zu wahrer Freiheit wird länger dauern, aber er wird erfolgreich sein. Die ganze Welt muss sich vom Kommunismus befreien." (Quelle: „Dialog", Prag, Nr. 146, Oktober 1999, Übersetzung: H.-J. Falkenhagen für die Veröffentlichung in „Die Rote Fahne" der KPD. Wörtliche Übernahme der dort veröffentlichten Gorbatschow-Rede).

Quelle: offen-siv März-April 2006. Erstveröffentlichung als Sonderdruck der Kommunistischen Arbeiterzeitung (KAZ) München, Februar 1993, dann veröffentlicht in „offen-siv", Dezember 1994 und schließlich in dem Sammelband von Kurt Gossweiler: „Wider den Revisionismus" im Jahre 1997. Der Wiederveröffentlichung 2006 ist als Punkt IX des Artikels von Kurt Gossweiler die Rede Gorbatschows in Ankara aus dem Jahr 1999 hinzugefügt worden, die es zum Datum der ersten Drucklegung noch nicht gab, sowie die einleitenden Bemerkungen zur Wiederveröffentlichung.

Der Antistalinismus – das Haupthindernis für die Einheit aller antiimperialistischen Kräfte und der kommunistischen Bewegung

Für Marxisten ist es keineswegs überraschend, daß das Ende der Sowjetunion und der europäischen sozialistischen Staaten die Wiederkehr des Krieges nach Europa und den Beginn einer General-Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk nach sich zog.

Diese brutale Kapitaloffensive kann nur durch die gemeinsame, einheitliche Abwehr aller Betroffenen zurückgeschlagen werden. Allein schon deshalb ist die Wiederherstellung einer einheitlichen kommunistischen Bewegung dringend erforderlich gar nicht zu reden von der Aufgabe, die Herrschaft des Imperialismus zu beenden.

Unglücklicherweise ist die kommunistische Bewegung jedoch noch weit entfernt davon, eine einheitliche Bewegung zu sein.

Dabei sind so scheint es mir jedenfalls, das Haupthindernis für die Herstellung der Einheit der Kommunisten weniger Meinungsverschiedenheiten über die Gegenwartsaufgaben, als gegensätzliche Auffassungen über die Einschätzung des

Charakters und der Politik der sozialistischen Länder, insbesondere der Sowjetunion, in der Vergangenheit.

Einige sind der Überzeugung, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder Europas - Albanien ausgenommen - seien seit dem 20. Parteitag, überhaupt keine sozialistischen, sondern staats-kapitalistische Länder gewesen und sie betrachten jeden als Revisionisten, mit dem es keine Gemeinsamkeit geben kann, der diesen ihren Standpunkt nicht vollständig teilt.

Andere wieder sehen - wie es ihnen seit dem 20. Parteitag und seit Gorbatschow mit wachsender Intensität erzählt wurde - in Stalin den Verderber des Sozialismus, weshalb sie erklären, mit "Stalinisten" könne es keine Gemeinsamkeit geben.

Auf dieser Position stehen die meisten Organisationen, die sich nach dem Zerfall der kommunistischen Parteien aus deren Trümmern gebildet haben, und zwar nicht nur jene, die sich nunmehr offen als sozialdemokratische Parteien bekennen, sondern auch die Mehrzahl jener, die sich als kommunistische Parteien verstehen, und auch die zwischen diesen beiden manövrierende PDS.

Der Anti-Stalinismus ist heute tatsächlich das größte Hindernis für den Zusammenschluß aller Kommunisten, wie er gestern der Hauptfaktor der Zerstörung der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Staaten war.

Für diese Behauptung möchte ich nur zwei Kronzeugen anführen, die über jeden Verdacht erhaben sind, "Stalinisten" zu sein. Der erste ist der ehemalige US-amerikanische Außenminister John Foster Dulles, der zweite kein anderer als Gorbatschow. Dulles äußerte sich nach dem 20. Parteitag der KPdSU äußerst hoffnungsvoll so: "Die Anti-Stalin-Kampagne und ihr Liberalisierungsprogramm haben eine Kettenreaktion ausgelöst, die auf lange Sicht nicht aufzuhalten ist." (Aus: Archiv d. Gegenwart v. 11.Juli 1956) Gorbatschow hat den Anti-Stalinismus treffend gekennzeichnet - und damit unfreiwillig auch den Hauptinhalt seines eigenen Wirkens, als er in einem Interview für die FKP-Zeitung "l'Humanite" am 4. Februar 1986 auf die Frage nach dem "Stalinismus" in der Sowjetunion sagte: "Stalinismus ist ein Begriff, den sich die Gegner des Kommunismus ausgedacht haben und der umfassend dafür genutzt wird, die Sowjetunion und den Sozialismus insgesamt zu verunglimpfen". Niemand kann also sagen, Gorbatschow habe nicht gewußt, was er mit seiner Anti-Stalin-Kampagne getan hat!

Das bei weitem wirkungsvollste Element des Anti-Stalinismus ist die Darstellung Stalins als eines machtgierigen Despoten, als eines blutdürstigen Mörders von Millionen Unschuldiger.

Dazu wäre sehr viel zu sagen. Hier in Kürze nur folgende Anmerkungen:

Erstens: Man mag das zutiefst bedauern, aber es ist eine Tatsache, daß noch niemals eine unterdrückte Klasse das Joch der Unterdrückerklasse abgeworfen hat, ohne daß ihr revolutionärer Befreiungskampf und die Abwehr der konterrevolutionären Restaurationsversuche auch das Leben vieler Unschuldiger gekostet hat.

Zweitens: Noch immer hat die Konterrevolution diese Tatsache dazu - benutzt, die Revolutionäre in den Augen der Massen zu verabscheuungswürdigen Verbrechern, zu Mördern und Blutsäufern zu stempeln: Thomas Münzer, Cromwell, Robespierre, Lenin, Liebknecht, Luxemburg... Stalin.

Drittens: Nur blinde Voreingenommenheit kann den kausalen Zusammenhang übersehen oder leugnen, der zwischen dem Machtantritt des deutschen Faschismus sowie dessen von den westlichen Siegermächten wohlwollend geförderten Aufrüstung und Ermunterung zur Expansion gen Osten hier und den Moskauer Prozessen sowie den repressiven Maßnahmen gegen Ausländer, die ausländischen Emigranten eingeschlossen, dort bestand, Berthold Brecht sah diesen Zusammenhang aber wohl, als er formulierte: "Die Prozesse sind ein Akt der Kriegsvorbereitung". Noch exakter formuliert: sie waren eine Antwort auf die faschistisch-imperialistische Vorbereitung zum Überfall auf die Sowjetunion.

Ohne die Gewißheit des früher oder später erfolgenden faschistischen Überfalles auf die Sowjetunion - keine Moskauer Prozesse und keine drakonischen "Säuberungen" zur Verhinderung einer 5. Kolonne im Lande.

Viertens: Nur politisch Blinden oder sehr Naiven blieb verborgen, daß die Chruschtschow und Gorbatschow bei ihren Anklagen gegen Stalin gar nicht von Gefühlen der Abscheu gegenüber Unrecht und Unmenschlichkeit geleitet waren; wäre dem so gewesen, dann hätten sie den Imperialismus und seine Exponenten mindestens mit der gleichen Unversöhnlichkeit attackieren müssen, die sie Stalin gegenüber an den Tat legten. Das Gegenteil aber war der Fall: der hervorstechendste Zug ihrer Politik war die Vertrauenswerbung für den Imperialismus, trotz dessen blutiger Verbrechen an der Menschheit!

Fünftens: Im krassem Gegensatz zu dieser Haltung steht die Tatsache, daß selbst der diplomatische Vertreter der imperialistischen Hauptmacht, der Botschafter der USA, Joseph A. Davies, Stalin eine positive Bewertung zuteil werden läßt, daß aber diese und andere in gleiche Richtung gehende positive Äußerungen von Zeitzeugen über die Sowjetunion seit dem 20. Parteitag in der Sowjetunion unterdrückt wurden.

Daher erstens einige Ausführungen zu den Moskauer Prozessen.

Zunächst Auszüge aus dem 1943 in Zürich erschienenen Buch von J. E. Davies "Als USA-Botschafter in Moskau. Authentische und vertrauliche Berichte über die

Sowjetunion bis Oktober 1941". Davies verfolgte - wie alle Diplomaten, die das wünschten - die Moskauer Prozesse als Augen- und Ohrenzeugen, (er war von Beruf Jurist).

Seinen Eindruck über den Prozeß gegen Bucharin und andere kabelte er am 17. März 1938 nach Washington. Die Depesche hat folgenden Wortlaut (Auszug): "Trotz Vorurteil ... bin ich nach täglicher Beobachtung der Zeugen und ihrer Art und Weise, auszusagen, auf Grund der unbewußten Bestätigung, die sich ergaben, ... zu der Auffassung gelangt, daß, was die politischen Angeklagten betrifft, von den in der Anklageschrift aufgezählten Vergehen gegen die Sowjetgesetze eine genügende Zahl bewiesen und für vernünftiges Denken außer Zweifel gestellt sind, um den Schuldigbefund des Landesverrats und die Verhängung der vom Sowjetkriminalgesetz dafür vorgeschriebenen Strafen zu rechtfertigen. Die Meinung derjenigen Diplomaten, die den Verhandlungen am regelmäßigsten beigewohnt haben, war allgemein, daß der Prozeß die Tatsache einer heftigen politischen Opposition und seines höchst ernsten Komplotts aufgedeckt hat, das den Diplomaten viele bisher unbegreifliche Vorkommnisse der vergangenen sechs Monate in der Sowjetunion erklärte." (S.209)

Davies hatte 1937 (bereits) den Prozeß gegen Radek und andere verfolgt und darüber am 17. Februar 1937 an den US-Staatssekretär beichtet. In diesem Bericht schrieb er u. a.: (S.33)

"Objektive Betrachtung ... ließ mich (jedoch) widerstrebend zu dem Schluß kommen, der Staat habe tatsächlich seine Anklage bewiesen, (wenigstens insofern, als das Vorhandensein einer ausgedehnten Verschwörung und geheimer Ränke gegen die Sowjetregierung unter den politischen Führern außer Frage gestellt, und gemäß den bestehenden Gesetzen die in der Anklageschrift behaupteten Verbrecher begangen worden und strafbar seien). Ich habe mit vielen, ja fast alle Mitgliedern des hiesigen Diplomatischen Korps gesprochen, und mit vielleicht einer einzigen Ausnahme waren alle der Auffassung, die Verhandlungen hätten deutlich das Vorhandensein eines politischen Geheimplanes und einer Verschwörung zum Zweck der Beseitigung der Regierung bewiesen." (S.35)

In einem Tagebuch notierte Davies am 11. März 1937 folgende bezeichnende Episode: "Ein anderer Diplomat, machte mir gestern eine sehr aufschlußreiche Bemerkung. Wir sprachen über den Prozeß und er äußerte, die Angeklagten seien zweifellos schuldig; wir alle, die wir den Verhandlungen beiwohnten, seien uns darüber einig. Die Außenwelt hingegen schiene den Prozeßberichten zufolge zu denken, daß der Prozeß die reine Aufmachung sei (er nannte es eine Fassade); er wisse zwar, daß dies nicht zutreffe, es sei jedoch wahrscheinlich (ebenso) gut, wenn die Außenwelt dies annehme." (S.86)

Davies berichtet auch über die vielen Verhaftungen und sprach über die "Säuberungen" am 4. Juli 1937 dem Außenminister Litwinow. Über Litwinows Ausführungen berichtete er: "Litwinow ... erklärte, man habe durch diese Säuberung die Sicherheit gewinnen müssen, daß keine Verräterei mit der Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Berlin oder Tokio mehr existierte. Eines Tages würde die Welt verstehen, daß das Geschehene notwendig gewesen sei, um ihre Regierung vor dem 'drohenden Verrat' zu schützen. Ja, sie leisteten in Wahrheit der ganzen Welt einen Dienst, denn wenn sie sich vor der Gefahr der Weltherrschaft der Nazis und Hitler schützten, bilde die Sowjetunion ein starkes Bollwerk gegen die nationalsozialistische Bedrohung. Der Tag würde kommen, wo die Welt erkennen dürfte, welch überragend großer Mann Stalin sei." (S.128)

Aufschlußreich ist auch Davies Schilderung seines Gespräches mit Stalin in einem Brief an seine Tochter vom 9. Juni 1938. Er war von der Persönlichkeit Stalins stark beeindruckt, schrieb er doch: "Wenn Du Dir eine Persönlichkeit ausmalen kannst, die in allen Stücken das volle Gegenteil von dem ist, was der rabiateste Stalingegner sich auszudenken vermöchte, dann hast Du ein Bild dieses Mannes. Die Zustände, von denen ich weiß, daß sie hier herrschen, und diese Persönlichkeiten gehen so weit auseinander wie zwei Pole. Die Erklärung liegt natürlich darin, daß die Menschen für ihre Religion oder für eine "Sache" zu tun bereit sind, was sie niemals ohne dies tun würden." (S.276)

Seine Einsichten faßt Davies 1941, nach dem Überfall der Faschisten auf die Sowjetunion, mit den Worten zusammen, die Landesverratsprozesse haben "Hitlers Fünfter Kolonne in Rußland den Garaus gemacht." (S.209)

Bereits 1936 hatte der Prozeß gegen Sinowjew und andere stattgefunden. Ihn zu beobachten, hatte der namhafte britische Kronanwalt D. N. Pritt Gelegenheit gehabt. Über seine Eindrücke hatte er in seinem Erinnerungsbuch "From Right to Left", 1965 in London erschienen, berichtet:

"Mein Eindruck war, ... daß der Prozeß im allgemeinen fair geführt wurde und die Angeklagten schuldig waren... Der Eindruck aller Journalisten, mit denen ich sprechen konnte, war ebenfalls, daß der Prozeß fair war und die Angeklagten schuldig; und gewiß dachte jeder ausländische Beobachter, von denen es etliche gab, vorwiegend Diplomaten, das Gleiche. ... Ich hörte einen von ihnen sagen: Natürlich sind sie schuldig. Aber wir müssen das aus Propagandagründen abstreiten." (S. 110/11)

Es ergibt sich also, daß nach dem sachkundigen Urteil solcher bürgerlicher Rechtsexperten, wie Davies und Pritt, die Angeklagten der Moskauer Prozesse von

1936, 1937 und 1938 zu recht verurteilt wurden, da die ihnen vorgeworfenen Verbrechen nachgewiesen wurden.

In diesem Zusammenhang soll auch noch einmal in Erinnerung gerufen werden, was Bert Brecht seinerzeit zu diesen aufwühlenden Prozessen an Überlegungen anstellte; er schrieb z. B. über die Konzeption der Angeklagten:

"Die falsche .Konzeption hat sie tief in die Isolation und tief in das gemeine Verbrechen geführt. Alles Geschmeiß des In- und Auslandes, alles Parasitentum, Berufsverbrechertum, Spitzeltum, hat sich bei ihnen eingenistet: Mit all diesem Gesindel hatten sie die gleichen Ziele. Ich bin überzeugt, daß dies die Wahrheit ist, und ich bin überzeugt, daß diese Wahrheit durchaus wahrscheinlich klingen muß, auch in Westeuropa, vor feindlichen Lesern... Der Politiker, dem nur die Niederlage zur Macht verhilft, ist für die Niederlage. Der der 'Retter' sein will, führt eine Lage herbei, in der er retten kann, also eine schlimme Lage ... . Trotzki sah zunächst den Zusammenbruch des Arbeiterstaates in einem Krieg als Gefahr, aber dann wurde er immer mehr die Voraussetzung des praktischen Handelns für ihn. Wann der Krieg kommt, wird der 'überstürzte' Aufbau zusammenkrachen, der Apparat sich von den Massen isolieren, nach außen wird man die Ukraine, Ostsibirien und so weiter abtreten müssen, im Innern Konzessionen machen, zu kapitalistischen Formen zurückkehren, die Kulaken stärken oder stärker werden lassen müssen; aber all das ist zugleich die Voraussetzung des neuen Handelns, der Rückkehr Trotzkis. Die aufgeflogenen antistalinistischen Zentren haben nicht die moralische Kraft, an das Proletariat zu appellieren, weniger weil diese Leute Memmen sind, sondern weil sie wirklich keine organisatorische Basis in den Massen haben, nichts anbieten können, für die Produktivkräfte des Landes keine Aufgaben haben. Sie gestehen. Es ist ihnen ebenso zuzutrauen, daß sie zu viel als zu wenig gestehen." (Aus: Berthold Brecht, Schriften zu Politik und Gesellschaft, Bd. I, 1919-1941, Aufbau-Verlag Berlin und Weimar, 1968, S.172 f.)

Wenn wir davon ausgehen, daß Davies und Pritt (und Brecht) mit ihrer Beurteilung der Moskauer Prozesse recht hatten, dann ergibt sich zwangsläufig die Frage: Taten diejenigen, die - wie Chruschtschow und Gorbatschow - nachträglich die in den Prozessen Verurteilten zu unschuldigen Opfern erklärten, dies nicht vielleicht deshalb, weil sie mit diesen sympathisierten oder gar ihre heimlichen Komplizen waren, und weil sie deren damals gescheiterte Sache zu Ende führen wollten?

Und wenn wir dann bei genauerer Betrachtung ihrer - (der Chruschtschow und Gorbatschow und ihresgleichen) - politischen Tätigkeit feststellen müssen, daß sich die Geständnisse der Angeklagten der Moskauer Prozesse über ihre Absichten und Ziele und der zu ihrer Erreichung angewandten Methoden, wie das Drehbuch zu

ihrem - Chruschtschows und insbesondere Gorbatschows - Wirken liest, dann legt das einen doppelten Schluß nahe:

Zum einen den, daß die Moskauer Prozesse als Schlüssel dienen können für die Erhellung und Entschlüsselung dessen, was seit dem 20. Parteitag der KPdSU die Sowjetunion, die anderen sozialistischen Länder und die kommunistische Bewegung auf die abschüssige Bahn geführt hat; und zum anderen den, daß das Wirken der Chruschtschow und Gorbatschow und dessen Ergebnis den Rückschluß zulassen, daß es sich bei den Moskauer Prozessen eben nicht um Inszenierungen von Schauprozessen gehandelt hat, sondern daß in diesen Prozessen Komplotte der gleichen Art aufgedeckt und vereitelt wurden, wie sie von Gorbatschow schließlich zum bereits damals geplanten Ende geführt werden konnten, weil ihm kein Moskauer Prozeß mehr Einhalt gebot.

Diente die Darstellung Stalins als eines blutgierigen Despoten und "seines" Regimes als das einer Hölle auf Erden dazu, den Widerstand gegen die Chruschtschow-Gorbatschow-Konterrevolution zu paralysieren, so zielt die Darstellung Stalins als eines Verfälschers der Leninschen Grundsätze auf die theoretische und ideologische Entwaffnung der kommunistischen Bewegung und aller Sozialisten. Der größte Teil solcher Art von Munition stammt aus dem Arsenal des Trotzkismus.

Ich will dafür nur einige wenige Beispiele anführen.

1. Die Frage des Sieges des Sozialismus in einem Lande

Die Konterrevolution in den europäischen sozialistischen Ländern und vor allem in der Sowjetunion wird als "Beweis" für die Richtigkeit der Trotzkistischen These von der Unmöglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande ins Feld geführt, wobei gewöhnlich verschwiegen wird, daß es Lenin war, der 1915 erstmals die These von - der Möglichkeit des Sozialismus in einem Lande niederschrieb. Bekanntlich stellte Lenin damals in einem Artikel "Die Vereinigten Staaten von Europa" (Werke, Bd. 21, S. 345) fest: "Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist." Trotzki, seit Jahren schon einer der verbissensten Gegner Lenins, widersprach sofort mit der Feststellung, es sei aussichtslos zu glauben, "daß zum Beispiel ein revolutionäres Rußland einem konservativen Europa gegenüber sich behaupten ... könne." (Trotzki, Schriften, Bd. III, Teil 1, S. 89 f, zit. nach Stalin, Werke, Bd.8, S.227 f)

Stalin, nach der Behauptung heutiger Trotzkisten angeblich der Erfinder der These von der Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande, hat in Wirklichkeit diese Leninsche These gegen Trotzki verteidigt: "Was bedeutet die Möglichkeit des

Sieges des Sozialismus in einem Lande? Das bedeutet die Möglichkeit, die Gegensätze zwischen Proletariat und Bauernschaft mit den inneren Kräften unseres Landes zu überwinden, die Möglichkeit, daß das Proletariat die Macht ergreifen und diese Macht zur Errichtung der vollendeten sozialistischen Gesellschaft in unserem Lande ausnutzen kann, gestützt auf die Sympathien und die Unterstützung der Proletarier der anderen Länder, aber ohne vorherigen Sieg der proletarischen Revolution in anderen Ländern.

Was bedeutet die Unmöglichkeit des vollen, endgültigen Sieges des Sozialismus in einem Lande ohne den Sieg der Revolution in anderen Ländern? Das bedeutet die Unmöglichkeit einer vollständigen Garantie gegen die Intervention und folglich auch gegen die Restauration der bürgerlichen Ordnung, wenn die Revolution nicht wenigstens in einer Reihe von Ländern gesiegt hat." (Stalin, Werke, Bd. 8, S. 58)

Stalin hat aber nicht nur Lenins These verteidigt, die KPdSU hat unter seiner Führung durch den sozialistischen Aufbau und die Behauptung der Sowjetmacht gegen die faschistischen Aggressoren den Beweis für die Richtigkeit dieser Leninschen These erbracht. Dagegen wurde Trotzki ebenso oft von der Geschichte widerlegt, wie er den Zusammenbruch der Sowjetmacht vorausgesagt hat, und das geschah fast in jedem Jahr mehrfach. Eine seiner letzten derartigen Voraussagen, veröffentlicht am 23.Juli 1939, (Leo Trotski, La lutte antibureaucratique en URSS, Paris, 1976, S. 257, zit. nach: Ludo Martens, Un autre regard sur Staline, Version nondefinitive, Bruxelles 1993, S. 133.) lautete: "Das politische Regime wird einen Krieg nicht überleben." ...

Der Wunsch war eindeutig der Vater dieser Prophezeiung! (Dies sprach so deutlich aus allen Äußerungen Trotzkis aus jenen Jahren, daß der deutsche bürgerliche Schriftsteller Lion Feuchtwanger daraus die Schlußfolgerung zog: (Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde, erstmals erschienen 1937 im Querido-Verlag, Mexiko; Neuauflage im Aufbau Taschenbuch Verlag Berlin 1993, S.89): "Was also war wohl die ganzen Jahre der Verbannung hindurch, was muß heute noch Trotzkis Hauptziel sein? Wieder ins Land hinein, um jeden Preis wieder an die Macht kommen." Selbst um den Preis der Zusammenarbeit mit den Faschisten: "Wenn Alkibiades zu den Persern ging, warum nicht Trotzki zu den Faschisten?" (Auch Feuchtwanger war Augen- und Ohrenzeuge eines der Moskauer Prozesses, des zweiten, gegen Radek, Pjatakow und andere, Januar 1937).

2. Stalin und die NÖP

Einer der Vorwürfe Gorbatschows gegen Stalin bestand in der Behauptung, Lenin habe in seinen letzten Arbeiten mit der Ausarbeitung der "Neuen Ökonomischen Politik' einen neuen Weg zum Aufbau der neuen sozialistischen Gesellschaft

gewiesen, den Stalin aber verlassen habe. Dieser Vorwurf wird von Antistalinisten verschiedenster Färbung aufgegriffen, wobei behauptet wird, Stalin habe Lenins Konzeption der NÖP durch einen "staatsmonopolistischen Kurs" ersetzt, und dadurch den Sozialismus ruiniert.

Für Lenin bestand der Kern der Neuen Ökonomischen Politik in der Untermauerung des politischen Zusammenschlusses der Arbeiterklasse und ihres Staates mit der breiten Bauernschaft durch den ökonomischen Zusammenschluß mit der bäuerlichen Wirtschaft. "Wenn wir den Kapitalismus schlagen und den Zusammenschluß mit der bäuerlichen Wirtschaft herstellen, dann werden wir eine absolut unbesiegbare Kraft sein", führte er auf dem XI. Parteitag 1922 der KPR(B) aus. (Lenin, Werke, Bd. 33, S. 272)

Genau so faßte Stalin die NÖP auf und führte sie nach Lenins Tod weiter:

"Die NÖP ist die Politik der proletarischen Diktatur, die gerichtet ist auf die Überwindung der kapitalistischen Elemente und den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft durch Ausnutzung des Marktes, vermittels des Marktes, nicht aber durch direkten Produktenaustausch ohne Markt, unter Ausschluß des Marktes. Können kapitalistische Länder, zumindest die entwickeltsten von ihnen, beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ohne die NÖP auskommen? Ich denke, sie können das nicht. In diesem oder jenem Grade ist die Neue Ökonomische Politik mit ihren Marktbeziehungen in der Periode der Diktatur des Proletariats für jedes kapitalistische Land absolut unerläßlich. Bei uns gibt es Genossen, die diese These in Abrede stellen. Was bedeutet es aber, diese These in Abrede zu stellen? Das bedeutet erstens, davon auszugehen, daß wir unmittelbar nach Machtantritt des Proletariats bereits über hundertprozentig fertige den Austausch zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Kleinprodukten vermittelnde Verteilungs- und Versorgungsapparate verfügen würden, die es ermöglichen, sofort einen direkten Produktenaustausch ohne Markt, ohne Warenumsatz, ohne Geldwirtschaft herzustellen. Man braucht diese Frage nur zu stellen, um zu begreifen, wie absurd eine solche Annahme wäre.

Das bedeutet zweitens, davon auszugehen, daß die proletarische Revolution nach der Machtergreifung durch das Proletariat den Weg der Expropriation der mittleren und kleinen Bourgeoisie beschreiten und sich die ungeheuerliche Last aufbürden müsse, den künstlich geschaffenen Millionen neuer Arbeitsloser Arbeit zu beschaffen und für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Man braucht diese Frage nur zu stellen, um zu begreifen, wie unsinnig und töricht eine solche Politik. der proletarischen Diktatur wäre." (Stalin, Werke, Bd. 11, S. 128 1)

Warum ein so ausführliches Zitat über ein so wenig aktuelles Thema?

Erstens - weil wir überzeugt sind, daß dieses Thema - die ökonomische Politik zum Aufbau des Sozialismus - nur vorübergehend in Europa von der Tagesordnung abgesetzt ist (und anderswo überhaupt nicht);

zweitens - weil es notwendig ist, daran zu erinnern, daß es einen ungeheuren Reichtum an theoretischen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen erfolgreichen sozialistischen Aufbaus gibt, der aber von den revisionistischen Nachfolgern Lenins und Stalins als "Stalinismus" auf den Index gesetzt wurde, damit er in Vergessenheit gerate;

schließlich drittens, - weil sich unter der antikapitalistischen Linken eine pseudo-linke Lehre breitmacht, denen bekanntester Propagandist Robert Kurz ist; nach ihm ist die Wurzel allen Übels nicht der Kapitalismus, sondern die Warenproduktion; der Sozialismus habe untergehen müssen, weil er die Warenproduktion beibehalten habe, statt zum direkten Produktenaustausch überzugehen. Angesichts solcher Lehren ist das obige Zitat sogar sehr aktuell!

Warum konnte es dem Revisionismus gelingen, die Ergebnisse von Jahrzehnten sozialistischen Aufbaus zu zerstören? Natürlich gibt es dafür viele Gründe. Ein ganz wichtiger ist nach meiner Überzeugung der: der Revisionismus trat lange Zeit stets als Anti-Revisionismus, als Verteidigung des Leninismus gegen dessen angebliche Verfälschung durch Stalin auf.

Erst als sein Zerstörungswerk so gut wie vollendet war, legte Gorbatschow die Maske des Kommunisten, des Leninisten ab und bekannte sich öffentlich als Sympathisant der Sozialdemokratie, also als Antikommunist und Anti-Leninist.

Der Anti-Stalinismus war aber von Anfang an seinem Wesenskern nach Antileninismus, Antimarxismus, Antikommunismus.

Doch selbst jetzt erkennen das viele sogar im kommunistischen Lager noch nicht, weil sie noch unter dem Einfluß der antistalinistischen jahrzehntelangen Haßpropaganda der antikommunistischen Generalsekretäre der KPdSU seit dem 20. Parteitag stehen, die Stalin mit Hitler gleichsetzten - eben jenen Stalin, der - wie Ernst Thälmann das voraussagte - Hitler das Genick brach!

Wir müssen klarmachen, daß es beim Kampf gegen den Antistalinismus nur vordergründig um die Person Stalins geht, dem Wesen nach aber um die Existenzfrage der kommunistischen Bewegung: bleiben wir - wie Marx und Engels, Lenin und Stalin - fest auf dem Boden des Klassenkampfes, oder begeben wir uns - wie die Anti-Stalinisten Chruschtschow, Gorbatschow und ihresgleichen - auf den Boden der Aussöhnung mit dem Imperialismus. Dies ist die Frage, von deren Beantwortung das Schicksal der kommunistischen Bewegung abhängt. Und weil

diese Frage nur richtig beantwortet werden kann, wenn sie das revisionistische Gift in allen seinen Erscheinungsformen ausscheidet, muß sie auch den Anti-Stalinismus in ihren Reihen überwinden.

Beitrag bei dem internationalen Seminar Kommunistischer und Arbeiterparteien in Brüssel am 1. Mai 1994

Quelle: Schriftenreihe der KPD, Nr. 15

Und schon beginnen sie, ihren Verrat zu besingen – eine Bestandsaufnahme vom 15. Dezember 1991

In den „Weißenseer Blättern“, Heft 4/1991 wagte ich folgende Prophetie: „Es kann mit Sicherheit vorausgesagt werden, dass der Rolle der imperialistischen Geheimdienste, … ihres nicht geringen Anteils an der Unterminierung und ‚Marodisierung’ des ‚Realsozialismus’ in den kommenden Jahren wachsende Aufmerksamkeit geschenkt werden wird und in einer an-schwellenden Literaturflut atemberaubende Enthüllungen zu lesen sein werden – und sei es auch nur aus dem einen Grunde, dass menschliche Eitelkeit viele der Beteiligten dazu drängen wird, nachdem das ‚Halali’ geblasen ist, aller Welt ihren Anteil an der Erlegung des sozialistischen Bären vor Augen zu führen.“

Während die Erfüllung der ersten Hälfte dieser Voraussage noch einige Zeit auf sich warten lassen wird, hat die Erfüllung der zweiten Hälfte bereits begonnen, wenngleich zunächst noch in dezent zurückhaltender Weise. Dafür drei Beispiele:

Beispiel 1: Der ehemalige Sekretär des ZK der KPdSU, Nikolai Portugalow[6], Deutschlandexperte und als solcher Intim-Berater Gorbatschows in einem Interview

mit der „Frankfurter Rundschau“: *„Wenn das Volk glaubt, ihm wird es besser gehen unter einem anderen Modell des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens – wir waren im Voraus bereit, das zu akzeptieren“* (zitiert nach: „Neues Deutschland“, 13. 11. 1991)

Mit der gewohnten Infamie der Volksbetrüger wird damit die Schuld am Untergang des Sozialismus dem Volk zugeschoben. Aber nur Leute mit kurzem Gedächtnis erinnern sich nicht mehr daran, dass die Gorbatschow-Gang mit dem Versprechen das Vertrauen der Menschen gewann, den Sozialismus zu erneuern, die friedliche Koexistenz des Sozialismus mit dem Imperialismus durchzusetzen, und nicht die Kapitulation vor dem Imperialismus zu betreiben. Sie aber haben das Volk belogen und betrogen – denn sie waren „im Voraus bereit“, die Restauration des Kapitalismus „zu akzeptieren“ – richtiger: die Perestroika hatte „im Voraus“ diese Restauration zum Ziel!

Wer daran noch zweifelt, dem mögen die Beispiele 2 und 3 zur Durchsicht verhelfen.

Beispiel 2: Als Schewardnadse, ebenfalls enger Vertrauter Gorbatschows und einer der Initiatoren der Perestroika, im November 1991 erneut zum Außenminister der (schon nur noch als Phantom existierenden) Union ernannt wurde, nahm er auch zu der Beschuldigung Stellung, die Honecker in seinem Moskauer Exil in dem berühmten Interview gegen Schewardnadse erhoben hatte (wobei jeder einigermaßen Informierte natürlich wusste, dass er auch den Namen Gorbatschow hätte nennen müssen, wenn er die Hauptfigur des Komplotts nicht aussparen wollte). Und was sagte Schewardnadse? Dies:

„Schewardnadse bezeichnete im sowjetischen Fernsehen neben der ‚Revolution’ in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen die politische Umgestaltung Osteuropas als eine der wichtigen Initiativen seiner ersten Amtszeit. In diesem Zusammenhang meinte er, Vorwürfe von Honecker, er sei der Hauptschuldige an der Annexion der DDR durch die BRD, gereichten ihm nur zur Ehre. Die Vereinigung sei ein gesetzmäßiger Prozess gewesen. („Neues Deutschland“, 21. 11. 1991)

Also:

1. Die *„politische Umgestaltung Osteuropas“* - die Liquidierung der dort existierenden nichtkapitalistischen Ordnungen und die Übergabe der Macht an die Kapitalismus-Restauratoren – das war seine Initiative! War also gewollt!

2. Für ihn ist gesetzmäßig, dass das imperialistische Deutschland das sozialistische schluckt, und

3. ist für ihn die Totalkapitulation vor dem USA-Imperialismus eine „Revolution“, so, wie ja auch Gorbatschow seine „Perestroika“, um sie für die am Sozialismus

hängenden und die Oktoberrevolution als nicht rückgängig zu machenden Menschheitsfortschritt betrachtenden Kommunisten und die 1985 noch in ihrer Mehrzahl nur die Verbesserung, nicht die Liquidierung des Sozialismus erstrebenden parteilosen Menschen der Sowjetunion akzeptabel zu machen, als „Revolution“, die der Oktoberrevolution gleichkomme, ausgegeben hat.

Die Gorbatschow-Gang erweist sich auch darin als Handlanger des Imperialismus, dass sie dessen Gepflogenheit, die Konterrevolution als „Revolution“ darzustellen, voll übernommen hat.

Beispiel 3: Nun kommt der Boss der Gang selbst zu Wort, jetzt, da er schon abgehalftert und überflüssig, ja lästig geworden ist, erinnert er die undankbare Welt daran, dass all dies ja schließlich keines anderen Werk als das seine ist. Der große Orator, der so oft seine Zuhörer noch einmal auf seine Seite brachte, verzichtet jetzt sogar, vor dem Parlament aufzutreten, wie er angekündigt hatte, und begnügte sich damit, eine Erklärung gegenüber Journalisten abzugeben. Ihnen gegenüber sagte er: *„’Die Hauptsache meines Lebens ist in Erfüllung gegangen. Ich tat alles, was ich konnte.’ Andere – so fuhr er fort – wären an seiner Stelle schon längst gegangen. Doch ihm sei es gelungen, wenn auch nicht ohne Fehler, die Hauptidee der Perestroika durchzuschleusen.“* („Neues Deutschland“, 13. 12. 1991

Also: Die „Hauptideen der Perestroika“ sind Wirklichkeit geworden! Jetzt endlich wissen wir, die wir es schon vorher sagten, aus seinem Munde: die Hauptideen der Perestroika waren nicht das, was er früher dafür ausgab, - heuchlerisch, demagogisch, skrupellos lügend – sondern das, was die Ex-Sowjetunion heute darstellt: ein Land, das für lange Zeit unumkehrbar den Weg der Restauration des Kapitalismus unter unendlichen Leiden für die Mehrheit der Bevölkerung – Leiden, die alles das, was uns die Gorbatschow-Gang ununterbrochen als unüberbietbare Leiden vor Augen führte, um ein vielfaches übersteigen – geht: alle Geißeln des alten, zaristischen Russlands hat die Gang über das ehemalige Sowjetland gebracht: Schwarzhundertertum, bestialischen Nationalismus, Antisemitismus, wirtschaftlichen Zerfall und Kolonisierung des Landes durch die „Hilfe“ der imperialistischen Großmächte, allen voran das imperialistische Deutschland, dem die Gang doch noch dazu verholfen hat, nachträglich den Zweiten Weltkrieg zu gewinnen.

Und sie schämen sich nicht, sich dessen zu rühmen! Warum? Weil für sie nicht interessant ist, was das Volk von ihnen hält, sondern die imperialistischen Sieger, denen sie zu diesem unverdienten Sieg verholfen haben! Von denen erwarten sie nun Dank und Anerkennung.

Die kann gar nicht dick und deutlich genug ausfallen, damit all jene, denen es schwer fällt, die bittere Wahrheit endlich anzuerkennen und einzugestehen, dass sie die

falschen Leute zu ihren Hoffnungsträgern gemacht haben, endlich wieder den klaren Blick für die Realitäten und die Ursachen der Niederlage des Sozialismus gewinnen können.

Quelle: offen-siv März-April 2006

Inhalte des 2. und 3. Bandes

Band 2:

Beiträge zur Geschichte

Zur Strategie und Taktik von SPD und KPD in der Weimarer Republik;

Hintergründe des 17. Juni 1953;

Geheimmission des BRD-Vizekanzlers beim DDR-Vize-Verteidigungsminister 1955 und 1956;

Ungarn 1956 – Hintergründe und Zusammenhänge;

Einige Daten zur Rolle Tito-Jugoslawiens zwischen West und Ost – eine Dokumentation;

Chruschtschow und die Kuba-Krise;

Genosse Domeniko Losurdos Flucht aus der Geschichte;

Kurt Gossweiler/Dieter Itzerott: Die Entwicklung der SED.

Band 3:

Briefe

Wendebriefe - Briefe gegen die „Wende“ genannte Konterrevolution;

Brief an Robert Steigerwald, inklusive vorhergehender und nachfolgender Korrespondenz zwischen Kurt Gossweiler und Robert Steigerwald.

Reden

Rede aus Anlaß des 67. Jahrestages der letzten, illegalen Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin;

Schlußwort Kurt Gossweilers bei der Feier zu seinem 90. Geburtstag am 17. November 2007.

Kritiken und Repliken

Einige Anmerkungen zu Vera Butlers „Hegemonismus";

Zur Niederlagenanalyse – Replik auf Fred Müller;

Antwort an einen Freund (Rolf Vellay);

Die „Antideutschen“ – wütende Verteidiger der schlimmsten Reaktionäre in der Welt.

Analysen zur DKP

Analyse zum DKP-Programm von 2006;

Quo vadis DKP?

Nachrufe

Abschied von Rolf Vellay

Zum Gedenken an Hanfried Müller

Gedanken zum 50. Jahrestag des Todes von J.W.Stalin

„Natur und Menschheit würden weitere 100 Jahre Herrschaft des Imperialismus nicht überleben.

Es ist in diesem 21. Jahrhundert, dass die Menschheit wählen muss zwischen Sozialismus oder Untergang.

Wenn die Menschheit nicht Selbstmord begehen will, und weil sie ihn mit Sicherheit nicht begehen will, deshalb muss und wird das 21. Jahrhundert vollenden, was im 20. Jahrhundert begonnen wurde –

den Sturz der Profitwirtschaft,

die Errichtung der UdSWR,

der Union der Sozialistischen Weltrepublik!“

Kurt Gossweiler, aus seinen „Gedanken zur Jahrhundertwende“

ISBN für diesen Band: 978-3-9818899-1-8

ISBN für die dreibändige Reihe: 978-3-9818899-0-1

16,00 €